Kari Palonen

Politik als parlamentarischer Begriff

Perspektiven aus den Plenardebatten des Deutschen Bundestags



Verlag Barbara Budrich

Kari Palonen
Politik als parlamentarischer Begriff

Kari Palonen

Politik als parlamentarischer Begriff

Perspektiven aus den Plenardebatten des Deutschen Bundestags

Verlag Barbara Budrich
Opladen • Berlin • Toronto 2021

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über https://portal.dnb.de abrufbar.

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier



Dieses Buch steht im Open-Access-Bereich der Verlagsseite zum kostenlosen Download bereit (https://doi.org/10.3224/84742545).
Eine kostenpflichtige Druckversion (Print on Demand) kann über den Verlag bezogen werden. Die Seitenzahlen in der Druck- und Onlineversion sind identisch.

ISBN 978-3-8474-2545-8 (Paperback)
eISBN 978-3-8474-1691-3 (PDF)
DOI 10.3224/84742545

Umschlaggestaltung: Bettina Lehfeldt, Kleinmachnow – www.lehfeldtgraphic.de
Titelbildnachweis: istock.com
Satz: 3w+p GmbH, Rimpar
Druck: paper & tinta, Warschau
Printed in Europe

Inhalt

Abkürzungen für Bundestagsparteien 11

Geleitwort 13

1. Politik als Debattenbegriff 15
1.1 Im Parlament ist alles Politik 15
1.2 Vier Aspekte der Politik 19
1.3 Das parlamentarische Paradigma für politische Akteure 22
1.4 Begriffsgeschichte als Debattengeschichte 23
1.5 Die Plenardebatten des Bundestages als Quellen 27
1.6 Der Bundestag als Parlament 31
1.7 Topoi des Politikbegriffs 33

2. Politik als Ordnung und Handeln 39
2.1 Politik als Ordnung 39
2.2 Apolitisch – unpolitisch 41
2.3 Grenzfälle zur Politik als Handeln 53
2.4 Politisch handeln – einige Deklarationen 59

3. Politikaspekte in Wortkonstellationen 63
3.1 Wortkonstellationen als heuristisches Instrument 63
3.2 Die *polity* in Parlamentsdebatten 65
3.2.1 Politisierung – Absagen und ihre Relativierungen 67
3.2.2 Politikgestaltung als Öffnung der *polity* 73
3.2.3 Politikverständnis als Thematisierung der *polity* 74
3.2.4 Politikfähigkeit als Bedingung für die *polity* 79
3.2.5 Das Ende der exklusiven *polity* 82
3.3 Wandel der Policy-Konzeptionen 83
3.3.1 Vom Neo-Kameralismus zu Policy-Programmen 84
3.3.2 Umprägung der *Realpolitik* 85
3.3.3 Der Anspruch auf Politikansätze 90
3.3.4 Politikkonzepte als Policy-Entwürfe 93

3.3.5 Die Umorientierung der *policies* als Politik 95
3.4 Formen des *politicking* 96
3.4.1 Politikverständnis als Thema 96
3.4.2 Rhetorik der Politikfähigkeit 97
3.4.3 *Politikstil* als eine Scheidelinie 99
3.4.4 Das Selbstverständnis des *politicking* 103
3.5 *Politicisation* als Eröffnung der Chancen 105
3.5.1 Politikum als *politicisation* 105
3.5.2 Vorbehalte gegen Politisierung 106
3.5.3 *Politicisation* mittels Parlamentarisierung 109
3.5.4 Forderungen nach Politisierung 111
3.6 Die Bereicherung des Politikvokabulars 113

4. Die Politikerperspektive 117

4.1 Politiker in den Bundestagsdebatten 118
4.2 Die Politik der Politiker 119
4.2.1 Lob- und Tadelreden 121
4.2.2 „Wir Politiker“ als Sprechakt 122
4.2.3 Wer ist Realpolitiker? 126
4.2.4 Die Bandbreite der Berufspolitiker 127
4.2.5 Politiker, Künstler und Wissenschaftler 132
4.2.6 Die Sprache der Politiker 136
4.3 Kriterien für Politiker – Paraphrasen zu Weber 140
4.4 Politikaspekte im Politikervokabular 145

5. Die politische Betrachtungsweise 149

5.1 Zum adverbialen Gebrauch von politisch 149
5.2 Politische Betrachtung 150
5.3 Steigerungen von politisch 153
5.3.1 Rein politisch 154
5.3.2 Weitere Steigerungen von politisch 160
5.3.3 Die Gradierung von politisch 170
5.4 Das politisch Mögliche 171
5.4.1 Politisch unmöglich 172

5.4.2 Politisch notwendig ... 174
5.4.3 Politik als Kunst des Möglichen ... 176
5.4.4 Variationen des politisch Möglichen ... 179
5.4.5 Politische Chancen ... 183
5.4.6 Die Möglichkeitskontingenz der Politik ... 189
5.5 Aspekte der politischen Betrachtungsweise ... 191

6. Handlungsverben der Politik ... 193

6.1 Thematisierung der Politik-Verben ... 194
6.2 Politik machen ... 195
6.3 Politik [be]treiben ... 198
6.4 Politik initiieren ... 202
6.4.1 Politische Initiative ... 203
6.4.2 Politisch eingreifen ... 211
6.4.3 Politik einleiten ... 213
6.5 Politik wenden ... 214
6.6 Politik [be]urteilen ... 220
6.6.1 Das politische Urteil ... 220
6.6.2 Die politische Beurteilung ... 226
6.6.3 Politisch einschätzen und abwägen ... 234
6.7 Aktionsformen der Politik ... 242

7. Politik als Dissenshandeln ... 245

7.1 Dissens versus Konsens ... 245
7.2 Rhetorik der politischen Entscheidung ... 247
7.2.1 Entscheidung als Schließung und Freiheit ... 247
7.2.2 Entscheidung und Politikberatung ... 250
7.3 Politisch verhandeln und beraten ... 254
7.3.1 Politische Verhandlung ... 255
7.3.2 Politisch beraten ... 262
7.4 Politische Debatte und Diskussion ... 267
7.4.1 Politisch debattieren ... 268
7.4.2 Politisch diskutieren ... 276
7.4.3 Exkurs: Modalverben und Gegenwartsbezüge für „politisch diskutieren“ ... 279

7.5 Typen des Dissenshandelns ... 284

8. Politik als Streithandeln ... 287

8.1 Politisch kontrovers ... 287
8.1.1 Politisch umstritten ... 288
8.1.2 Politisch kontrovers, strittig, streitig ... 293
8.1.3 Politik als kontroverses Handeln ... 296
8.2 Politisch streiten ... 297
8.2.1 Keinen Streit ... 297
8.2.2 Bei allem, Jenseits ... 301
8.2.3 Mängel der Streitkultur ... 303
8.2.4 Lob des Streitens ... 306
8.2.5 Politik des Streitens ... 310
8.3 Politisch auseinandersetzen ... 311
8.2.1 Grenzen der Auseinandersetzungen ... 313
8.3.2 Illegitime Formen der Auseinandersetzung ... 315
8.3.3 Entdramatisierung der Auseinandersetzung ... 320
8.3.4 Lob der Auseinandersetzung ... 321
8.3.5 Streit und Auseinandersetzung als politische Aktionen ... 325
8.4 Die Sprache des Gegeneinanderhandelns ... 326

9. Das Politikspiel ... 329

9.1 Politik als Spielen ... 329
9.2 Kritik an der Spielsprache ... 331
9.2.1 Die Absage an die Spielsprache ... 331
9.2.2 Gefahren und Risiken des Spiels ... 335
9.2.3 Eingrenzung des Spiels ... 339
9.3 Akzeptieren des Spiels ... 341
9.3.1 Das übliche Spiel ... 342
9.3.2 Präpositionen des Spiels ... 345
9.3.3 Lob des Spiels ... 351
9.4 Das parlamentarische Spiel ... 353
9.4.1 Rollenspiele der Politik ... 353
9.4.2 Politische Spielräume ... 356

9.4.3 Die Suche nach fairen Spielregeln 360
9.5 Die Spielkontingenz der Politik 366

10. Politik als parlamentarisches Handeln 367

10.1 Die Thematisierung des Politikbegriffs 368
10.2 Die Vielfalt der Politikrede 370
10.3 Topoi des Politikbegriffs 372
10.4 Die *politicisation* des Bundestags? 375
10.5 Politik als parlamentarischer Debattenbegriff 378
10.6 Politisch vorausgesetzt: vier Stufen 380
Tabelle 1: Wortkonstellationen in den Bundestagsdebatten 383
Politiker-Zitate in Bundestagsdebatten 1949–2017 385
Liste der zitierten Redner im Bundestag 1949–2017 386

Quellen und Literatur 399

Abkürzungen für Bundestagsparteien

BHE	Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BP	Bayernpartei
CDU	Christlich-Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
DA	Demokratische Aktionsgemeinschaft
DP	Deutsche Partei
DRP	Deutsche Reichspartei
FDP	Freie demokratische Partei
FU	Föderalistische Union
GB	Gesamtdeutscher Block
Grüne	Die Grünen, Bündnis 90/Die Grünen
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
Linke	Die Linkspartei
PDS	Partei des demokratischen Sozialismus
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
WAV	Wirtschaftliche Aufbauvereinigung
Z	Das Zentrum

Geleitwort

Diese Studie analysiert die Positionen, die in den Plenardebatten des Deutschen Bundestages von 1949 bis 2017, zum Politikbegriff eingenommen wurden. Das Neue an dieser Studie besteht darin, dass der Gebrauch des Begriffs in den Debatten dazu dient, Politik als einen parlamentarischen Begriff zu analysieren und zu beurteilen.

Der Politikbegriff und seine Geschichte sind seit den achtziger Jahren ein Hauptthema meiner Forschungen gewesen. Von Anfang an habe ich angestrebt, in meinem Denken über Politik über den rein akademischen Kontext hinaus ein breites Spektrum an Primärquellen – einschließlich Beiträgen in Kulturzeitschriften – zu berücksichtigen und auf die Politikkonzeptionen der Literaten wie Ludwig Rubiner und Kurt Hiller vor dem Ersten Weltkrieg aufmerksam zu machen (Palonen 1985, 1990). In *The Struggle with Time* (Palonen 2006/2014) sind Beiträge aktiver Politiker schon gut repräsentiert, aber diese stammen primär aus deren Pamphleten und anderen Beiträgen, die sich von der täglichen Politik (s. auch Palonen 2012b) abgrenzen. Im Vorwort zur zweiten Auflage von *The Struggle* verweise ich auf die Parlamentsdebatten als beispielhafte Quellen für die künftige Begriffsgeschichte der Politik. Die umfassende Digitalisierung der Plenardebatten hat sie schließlich für eine detaillierte Analyse verfügbar gemacht.

Inzwischen ist die Parlamentsforschung mit Fokus auf Prozedur, Rhetorik und parlamentarische Zeit zum Haupthema meiner Forschung geworden (Palonen 2014b, 2016, 2018b). Die Eigenart parlamentarischer Rhetorik habe ich als Rhetorik der Debatte identifiziert: Einzelne Reden sind nur als politische Schachzüge (*moves*) in den Debatten zu verstehen. Die Debatte als Darbietung und Konfrontation unterschiedlicher Perspektiven der Fragen auf der Tagesordnung ist die primäre Form politischen Handelns in Parlamenten (Palonen 2016). Mit *Parliamentary Thinking* habe ich die Eigenart der parlamentarischen Denkweise anhand einer Idealtypisierung à la Max Weber (1904) einiger Aspekte des Westminster-Parlamentarismus entworfen. Sie kulminiert in der These, der parlamentarische Politikstil sei „the purest and most intense way to conduct politics as a contingent und controversial activity by the peaceful means of dissensus and debate“ (Palonen 2018b, 240).

Meine Parlamentsstudien enthalten eine Diskussion eines Repertoires der Chancen parlamentarischer Politik aus verschiedenen Gesichtspunkten. Ich habe jedoch über die Beispiele hinaus kaum die Praxis und den Inhalt parlamentarischer Debatten im Detail betrachtet. Gerade dies habe ich in diesem Band mit Bezug auf den Politikbegriff unternommen, und zwar mit dem Wechsel von Westminster zum Bundestag als Gegenstand meiner Untersuchung.

Die Begriffsgeschichte der Politik als Handeln oder Aktivität (wie der Titel von Palonen 1985 und der Untertitel von Palonen 2006 betonen) wird also in diesem Band mit meinen Parlamentsstudien verbunden. Mit Quentin Skinner (1996, 1999) bin ich zur Ansicht gelangt, die Begriffsgeschichte als Debattengeschichte zu betreiben (Palonen 2017). Im Sinne der bekannten These Ludwig Wittgensteins: „Die Bedeutung des Begriffs ist sein Gebrauch in der Sprache“ (1953, § 43) behandle ich hier Politik als Handeln mittels Wortmeldungen in parlamentarischen Debatten. In ihrem expliziten Prozeduralismus bilden sie ein Paradigma für andere Debatten (s. Wiesner, Haapala und Palonen 2017). Im Vergleich zu meinen früheren Studien zum Politikbegriff, befasse ich mich nun mit der Analyse konkreter Parlamentsdebatten, was als eine neue Phase meiner Parlamentsforschung verstanden werden kann. Ein Aufsatz, der die Themen des Kap. 3 und die Vorgehensweise meiner Forschung behandelt, ist kürzlich auf englisch erschienen (Palonen 2021).

Für ihre Kommentare und Revisionsvorschläge danke ich Hubertus Buchstein und Rieke Trimçev der Universität Greifswald, die sich die Mühe gemacht haben, das ganze Manuskript durchzulesen. Marion Löffler (Universität Wien) hat mich mit wichtigen Hinweisen zur finalen Umarbeitung der Präsentation der Argumentation herausgefordert. Für die sorgfältige und politologisch kompetente Sprachkorrektur danke ich Meike Schmidt-Gleim. Für die Finanzierung der Sprachkorrektur danke ich dem Fachbereich Sozialwissenschaften und Philosophie der Universität Jyväskylä.

Helsinki, April 2021
Kari Palonen

1. Politik als Debattenbegriff

Quentin Skinner hat in seinem Vorwort zu den *Foundations* programmatisch eine Umorientierung im Studium des politischen Denkens formuliert: „For I take it that the political life itself sets the problems for political theorist“ (Skinner 1978 I, xi). In diesem Sinne verstehe ich den Gebrauch des Politikbegriffs in Parlamentsdebatten als einen zentralen Teil des ‚politischen Lebens'. Die Handelnden haben die Chance, eine politische Pointe in der aktuellen Debatte zu markieren und der Interpret kann darüber hinaus den Wortgebrauch als einen ‚Beitrag' zur breiteren Debatte zum Politikbegriff analysieren.

Der Politikbegriff als solcher ist kaum ein Thema auf der Agenda der Parlamente, aber indem die Redenden ihn in der aktuellen Debatte benutzen, verbinden sie den Begriff mit seinen früheren und zeitgenössischen Verwendungskontexten, bestätigen übliche Gebrauchsweisen oder weichen von ihnen mehr oder weniger radikal ab.

1.1 Im Parlament ist alles Politik

Für die Mitglieder eines Parlaments wird eine Frage politisiert, wenn sie auf der Tagesordnung des Parlaments die Erwartung auslöst, dass sie kontrovers debattiert werden kann. Ich habe einen Unterschied zwischen den Begriffen gemacht: Die Tagesordnung verweist auf die aktuell zur Debatte stehende Frage, die Agenda auf die überhaupt im Parlament zu debattierende Frage. In diesem Sinne enthält die Agenda auch jene Fragen, die im Parlament noch offen sind, in der Westminster-Terminologie „im Besitz des Hauses“ sind.

Die Politisierung der Fragen mittels des Agenda-Settings ermöglicht es, einige Hypothesen für diese Studie aufzustellen: 1) In einem Parlament ist für die Abgeordneten im Prinzip alles Politik; 2) wenn alles als politisch verstanden wird, muss es im Parlament nicht dauernd wiederholt werden; 3) der Gebrauch des Politikbegriffs in einer Parlamentsdebatte ist *per se* eine politische Handlung, die eine bestimmte Pointe in der Debatte markiert. Zum Politikbegriff zähle ich jede Verwendung eines Wortes aus dem Begriffscluster um Politik-, oder politisch-. Ich nenne es Politikvokabular. Dieses Vokabular ist in Plenardebatten westeuropäischer Parlamente ab dem zwanzigsten Jahrhundert überall zu finden.

Wenn aber im Parlament alles Politik ist, wie kann man dann dort den Politikbegriff analysieren? Der Politikbegriff in der Parlamentsdebatte kann entweder bloß beiläufig, in einem bloß lokutionären Sinn oder mit bestimmter Absicht als emphatischer Sprechakt in der Debatte, in einer illokutionären

Weise, verwendet werden. Diese Studie konzentriert sich auf den illokutionären Gebrauch des Politikbegriffs in den Debatten. Die Benutzung des Politikbegriffs bedeutet nicht nur eine Stellungnahme zu der Frage auf der parlamentarischen Tagesordnung, sondern sie ist ein politischer Sprechakt, mit dem man unterschiedliche Ziele befolgen und verschiedene Adressaten ansprechen kann. In dem Sinne kann man die Möglichkeit, über außerordentliche Chancen für das politische Handeln zu verfügen, als Rechtfertigung sowohl dafür, ins Parlament gewählt zu werden und dort an den Debatten teilzunehmen, verstehen. Die Mitglieder eines Parlaments zeichnen sich als Politiker* aus.

Nach Quentin Skinner ist das Vorkommen eines Vokabulars, das auf den Begriff hinweist, das deutlichste Zeichen von der Benutzung eines Begriffs (1978 I, x). Gelegentlich beanspruche ich ein Politikverständnis auch dort zu identifizieren, wo niemand das Politikvokabular benutzt (s. Wiesner, Haapala und Palonen 2017, 217–222 zu Fußballtaktiken). Die im Parlament entworfenen Redeweisen über Politik analysiere ich hier jedoch nur insofern als explizit Politikvokabular benutzt wird. Nur so kann ich die Breite und Dichte des Vokabulars studieren, Veränderungen in seinem Gebrauch identifizieren und über deren Gründe spekulieren.

Die Allgegenwart des Politikvokabulars ist zugleich etwas Paradoxes. Es ist oft politisch unklug, den politischen Charakter einer Frage oder eines Streits zu betonen. Es ist verbreitet anzunehmen, dass ein Antrag oder eine Formulierung leichter zu akzeptieren sind, wenn man eben nicht das *Politikum* darin hervorhebt. Bei Carl Schmitt heißt es, dass eine Verneinung des politischen Charakters des Handelns „eine besonders intensive Weise, Politik zu treiben“ ist (1932/63, 27). Die Parlamentarier haben somit ihre Gründe, wenn sie den politischen Aspekt in einer Debatte besonders betonen. Viele Beispiele des Politikvokabulars werden von ihren Benutzern jedoch als harmlose, bekannte und unproblematische Ausdrücke verstanden, ohne Kontroversen oder auch nur Aufmerksamkeit zu provozieren. Sie werden so routinemäßig oder konventionell verwendet, dass oft der Eindruck entsteht, dass ‚Politik’ in diesen Zusammenhängen zur ‚Sache’ oder zur ‚Realität’ naturalisiert worden ist.

Das gilt in der deutschen Sprache etwa für viele Themen der älteren Bindestrich-Politik in der kameralistischen Tradition, etwa der Finanz- oder Diskontpolitik (wie auch Max Weber sie auf der ersten Seite von *Politik als Beruf* betont, 1919a, 35). Die Naturalisierung zeigt sich in der stillschweigenden Annahme, dass schon der Gegenstandsbereich bestimmt, was die ‚richtige’ oder ‚beste’ *policy* ist. Die Geschichte dieser Naturalisierung, wäre durchaus

* Die feministische Sprachkritik hat das generische Maskulinum mit Recht kritisiert. Die Alternativen – PolitikerIn, Politiker*in oder Politiker:in – überzeugen mich jedoch nicht, die Doppelform Politikerin und Politiker finde ich zu kompliziert. Diese Vorschläge enthalten auch eine fragwürdige Zweiteilung der Menschen in Frauen und Männer. In Sprachen wie im Finnischen, Englischen und Schwedischen reicht ein Wort für alle. In meinem lingua franca Deutsch bleibe ich bei der Form ‘Politiker’ für alle.

genaueren Studien würdig. Hier interessiere ich mich gerade dafür, wie Politik bzw. politisch als etwas Problematisches erscheint, wie es ihre bzw. seine Selbstverständlichkeit verliert, und in Parlamentsdebatten deswegen speziell thematisiert wird.

Mit dem pointierenden Gebrauch behandeln die Abgeordneten also nicht nur bestimmte ‚politische Sachfragen', sondern agieren politisch. Zu behaupten, dass etwas ‚politisch ist' markiert schon eine Polemik gegen jene, die dies bestreiten, nicht beachten oder lieber unerwähnt lassen. Damit öffnen die so Redenden schon eine Debatte darum, welche Politik man mit der Frage zu betreiben hat oder wie sie diese legitimieren wollen. Im Parlament markieren die Debattenredner mit der Verwendung des Politikbegriffs einen rhetorischen Schachzug in der Debatte und nutzen darin die spezifischen politischen Ressourcen des Parlaments aus.

Wie kann man in Parlamentsdebatten aber den thematisierten Sprechakt vom routinemäßigen Gebrauch des Politikvokabulars unterscheiden? Wie können die Analysten den emphatischen Sprechakt von gängigen Konventionen unterscheiden? Es ist unmöglich, *a priori* zu unterscheiden, wann von der Politik in einem scheinbar harmlosen Sinne die Rede ist und wann die Redner den Begriff thematisiert haben. Der routinemäßige Gebrauch kann in Frage gestellt werden, indem ein Mitglied ihn hinterfragt, etwa wenn der Finanzminister sagt, die Regierung betreibe Konjunkturpolitik, und danach gefragt wird, welche Art Konjunkturpolitik sie betreibe oder worin ihre politische Qualität bestehe.

In der Betonung auf den Politikbegriff geht es in Parlamentsreden selten um die bloße Behauptung der politischen Qualität der Frage, sondern vielmehr um die Thematisierung eines bestimmten Politikaspekts, der in der Debatte bis dahin nicht beachtet worden ist. Die Behauptung des politischen Charakters bildet eine Vorstufe, während die Pointe des Sprechakts in der spezifischen Deutung der Politik besteht. In parlamentarischen Kontexten wird die Rede von der Politik selten mit einer ausführlichen Diskussion des Begriffs oder dessen bestimmter Aspekte verbunden, da die Debatten auf die jeweilige Frage der Tagesordnung bezogen sind. Offene Streitigkeiten um die Vor- und Nachteile der alternativen Politikkonzeptionen oder deren zur Debatte aufgenommenen Aspekte sind unter Parlamentariern eine Ausnahme.

Der thematisierte Gebrauch des Politikbegriffs bezieht sich jedoch auf den unproblematischen Alltagsgebrauch, ohne dass dies explizit erwähnt, ausgelegt oder kritisiert wird. Auch eine harmlos aussehende Formel kann, etwa wenn man den prozeduralen, rhetorischen oder regierungspolitischen Kontext genauer analysiert, eine starke politische Bedeutung enthalten. Oder ein zunächst harmlos erscheinendes Wort, wie *Realpolitik*, kann anhand historischer Kontroversen um sie den Begriff besser verstanden werden.

Die nicht-thematisierten Ausdrücke des Politikvokabulars bilden einen Hintergrundkontext für die thematisierten. Um sie zu identifizieren muss man

indirekte Zugänge zum Wortgebrauch finden. Die Anzahl der Belege zu bestimmten ‚Polit-Worten' können als Indizien, sowohl für deren Auslassung als auch für deren Verdichtung innerhalb einer bestimmten Periode, gelten. Derartige Aufzählungen werden heute auf Webseiten der Parlamente gemacht. Mein Ansatz beruft sich darüber hinaus auf das ‚Vorwissen', das meine Vorstellungskraft dahingehend geschärft hat, was politisch interessant sein kann, was im Material zu erwarten ist und wonach es wert ist zu suchen.

Als Kontrollmittel habe ich das, was Reinhart Koselleck „das Vetorecht der Quellen" (1982) nannte, bei den Interpretationen beachtet. Entsprechend habe ich meine Aufmerksamkeit auf unübliche und abweichende Nuancen auch innerhalb der sich wiederholenden Ausdrücke und Formulierungen gerichtet und diese als Chancen für eine Problematisierung diskutiert.

Eine weitere Annahme der Studie besteht darin, dass Parlamentarier am intensivsten mit Politik beschäftigt sind, da sie im Gegensatz zu Beamten und Funktionären nicht mit der Ausführung der Politik, sondern mit deren Entwurf und Beurteilung zu tun haben. Damit ist die Anerkennung der Kontingenz und der Kontroversen als konstituierende Aspekte der Politik stärker als bei Funktionären, Wahlkämpfern u. a.

In ihrer aktuellen Praxis haben die handelnden Politiker jedoch selten einen besonderen Anreiz, ihre eigene Sicht zur Politik analytisch und konzeptionell zu entwickeln und zu beurteilen. Wenn sie sich etwa in Pamphleten oder Erinnerungen dazu äußern, wann und wie sie am ehesten politisch gehandelt haben bzw. dazu herausgefordert sind, sind ihre Kommentare nicht immer wörtlich zu nehmen. Die akademische Forschung kann diese Beiträge als rhetorische Schachzüge im Kontext der aktuellen Kontroversen oder der Geschichte des Politikbegriffs zuordnen (s. Palonen 2012b).

Die Debattenreden in einem Parlament beziehen sich auf Fragen, die auf der Tagesordnung stehen. Die Parlamentsdebatten bieten eine außerordentliche Chance für uns, die Vielfalt und die Veränderungen im Verständnis des Politikbegriffs praxisnah zu studieren. Als Sprechakte stellen sie nicht bloß Indizien der Politik dar, sondern sind selbst Teil der Politik (vgl. Koselleck 1972 zu Begriffen als Indizien und Faktoren).

In diesem Band strebe ich danach, das Denken der Politik in den Debatten der Abgeordneten auszulegen und idealtypisch mit einer ‚einseitigen Steigerung' einer spezifizierten Forschungsperspektive (Weber 1904, 191) zu interpretieren und zu beurteilen. Nur so können wir hoffen, im gewissen Sinne Politik ‚besser [zu] verstehen als die Politiker selbst', ohne einem szientistischen Paternalismus den Politikern gegenüber zu unterliegen. Zwar finden sich die akademischen oder sonstigen Theorien zur Politik über verschiedene Umwege in den Reden und im Denken der Parlamentarier wieder, aber hier benutze ich sie nur als Hilfsmittel zur Analyse und Auswertung der Äußerungen zu den Fragen, die auf der Agenda stehen (zur Zitierung von Max Webers Politikbegriff in Parlamenten s. Palonen 2019b, Kap. 13).

Für das Profil meiner Analyse ist die alte Formel von George Nataniel Curzon über die Dreiteilung der Adressaten der Parlamentsreden fruchtbar: „the hearers of the moment, the readers of the morrow, and a remote posterity" (Curzon 1914, 5). Für mich, der eine nachträgliche akademische Lektüre der Debatten betreibt, gibt es jedoch einen Unterschied darin, wie ich die primären und sekundären Adressaten beurteile. Mich interessieren nicht die benutzten Wortformen an sich, sondern, wie gesagt, ihre politische Pointe als rhetorische Schachzüge in der laufenden Debatte um die Fragen auf der parlamentarischen Tagesordnung. Dagegen verzichte ich darauf die außerparlamentarische Rezeption der Debatten zu analysieren, ohne etwa die politische Bedeutung der Unterschiede zwischen Zeitungen, Radio, Fernsehen usw. für die Redenden im Parlament zu bestreiten. Dieser Verzicht ist Teil meines Forschungsprofils.

1.2 Vier Aspekte der Politik

Das Verständnis der Politik als ein kontingentes, immer auch anders mögliches, und kontroverses, dem Streit ausgesetztes Handeln, habe ich mit einer formalen Typologie der Politikaspekte verbunden (s. Palonen 2003). Die verschiedenen Aspekte der Politik als Handeln haben einen Anknüpfungspunkt im englischen Sprachgebrauch. Bekanntlich verweist das englische Adjektiv *political* auf drei verschiedene Substantive, *politics, policy* und *polity.* Dass diese Worte voneinander getrennt behandelt wurden und das Adjektiv darin nicht als ihre Verbindung erscheint, ist ein Grund dafür, warum die Politik als Begriff im Englischen spät und etwa in Lehr-, Hand- und Wörterbüchern nicht immer thematisiert worden ist.

Nicht-anglophone Autoren wie Bertrand de Jouvenel (1955) oder Karl Rohe haben diese Triade konzeptionell interpretiert. Rohe ordnet Politik verschiedenen Politics-, Policy- und Polity-Aspekten (1978/1994, bes. 61–67) zu. An ihn anschließend habe ich das Schema in zwei Anläufen (Palonen 1993 und 2003) uminterpretiert. Ich habe vor allem *politics* in zwei englische Termini *politicking* und *politicisation* unterteilt, und zwar so, das *politics* sich auf alle vier Felder dieses Schemas bezieht, und eine Art Schirm für das Begriffscluster bildet. In der späteren Version habe ich diesen dann zum Ausgangspunkt einer Pluralisierung des Politikbegriffs gemacht:

In this conceptual horizon, *policy* refers to the regulating aspect of politics, *politicking* alludes to a performative aspect, *polity* implies a metaphorical space with specific possibilities and limits, while *politicisation* marks an opening of something as political, as ‚playable'. Policy–politicking and polity–politicisation form two conceptual pairs. In the sphere-concept, the core of politics is occupied by the borders and regulations of the polity–policy space, whereas in the activity-concept politics is constituted by the ‚verbal' figures of politicisation and politicking. (Palonen 2003, 171)

Dieser Ausgangspunkt enthält eine räumliche und eine zeitliche Alternative der Interpretation des Schemas. Im zweiten Schritt habe ich dann mit Weber eine Stellung zugunsten der zeitlichen Interpretation bezogen, und zwar im folgenden Sinne:

It is now possible to reformulate the four aspects of politics in Weberian terms. *Politicisation* means a share of power and opens a specified horizon of chances in terms of this share, while *politicking* means performative operations in the struggle for power over already existing shares and their redistribution. *Polity* refers to those power shares that have already been politicised but have also created a kind of vested interest that tacitly excludes other kinds of shares, while *policy* means a regulation and co-ordination of performative operations by specific ends and means. (ebenda, 173)

In diesem Band verstehe ich Politik als ein Handeln, das nicht nur in der Zeit sondern auch und vor allem mit der Zeit spielt. Während im räumlichen Sinne *polity* und *policy* die ‚ordinären' Fälle bilden, *politicisation* und *politicking* auf ihre Marginale verweisen, wird aus der zeitlichen Sicht das Verhältnis umgekehrt. Jede Politik erfolgt durch den Akt der *politicisation,* die etwas als ‚politisch' markiert, während *politicking* auf das Handeln im Spielzeitraum des Politisierten verweist. *Polity* und *policy* erscheinen demgemäß als Sonder- oder Grenzfälle von *politicisation* bzw. *politicking:* die *polity* markiert, was als legitim politisiert anerkannt wird, *policy* einen teleologisch-normativen Grenzfall des *politicking.* Nach der Auslegung dieser Aspekte der Politik habe ich sie am Ende des Aufsatzes nochmals als Zeitbegriffe zusammengefasst.

Politics, as presented here, is understood as a correlate between two activities, politicisation and politicking, while polity and policy refer to their ‚regulating' limit-situations. Politicisation searches for new power shares, while politicking aims at an increase in disposition over the existing ones. Agents making use of either of these performatives refer to the other one as well as to the past and future variants of the same operation. This reference indicates temporal discrepancies, highlighting chances of revision while simultaneously constituting a new relative continuity in time between historical forms of both politicking and politicisation. (Palonen 2003, 184)

Dies deutet die begriffsgeschichtliche Anwendung des Schemas an. Die *politicisations* sind immer spezifische Aktionen oder Vorgänge. Aus diesen verschiedenen Schüben der *politicisations* bilden sich, mit Koselleck (2000) gesprochen, Zeitschichten, die jeweils bestimmte Chancenhorizonte für *politicking* enthalten, und die jeweiligen Praktiken des *politicking* mit einzelnen oder zusammenhängenden *politicisations* verbinden. Diejenigen Schichten der *politicisation*, die erfolgreich stabilisiert und legitimiert worden sind, bilden *polities*, die eben aus mehreren legitimen Schichten der *politicisation* bestehen, jedoch jederzeit revidiert werden können.

Die *politicisations* können die ihr ‚Momentum' markierende Chance verpassen bzw. von anderen überlagert werden. Jede *politicisation* bezieht sich auf die vorangegangenen und legitimierten Polity-Schichten und sie eröffnet zugleich neue Herausforderungen und Chancen für *politicking*, etwa im Sinne des

Politikstils, oder für die *policy*, zum Beispiel im Kontext der politisierenden Europäisierung. Als Zeit- und Handlungsbegriff bezeichnet die *polity* die Beziehung der unterschiedlichen, etablierten und herausfordernden Schübe der *politicisation* aufeinander, ähnlich wie *policy* auf die Koordination der einzelnen Policy-Felder zielt.

In diesem Prozess kann es gegebenenfalls aussehen, als ob die Zeit im Raum zum Stillstand gebracht wird und *polity* und *policy* als quasi-natürliche Formen der Politik erscheinen. Umgekehrt verweisen *politicisation* und *politicking* auf die Überschreitung des Rahmens der *polity* bzw. *policy* und verweisen auf die neuen Chancen für *politicisation,* die damit geöffnet werden können. In diesem Schema verweisen die Komplexe *polity-policy* und *politicisation-politicking* auf bestimmte Chancen, die sich mit der Aktivierung des je anderen Aspekts eröffnen.

Diesen Begriffsapparat habe ich in einigen Zusammenhängen auf historische Debatten angewendet (z.B. Palonen 2001). Hier verwende ich die englischen Ausdrücke als analytische Kategorien, als heuristische Mittel zur Interpretation der Quellenbegriffe. Diese analytischen Kategorien haben jedoch ihre eigene geschichtliche Verbindung, die ich mit meiner Analyse des Gebrauchs von *Politisierung* bei Reinhart Koselleck veranschaulicht habe (Palonen 2012a), aber die Idealtypen bei Max Weber haben ebenfalls ihren spezifischen historischen Kontext. In diesem Sinne sind meine vier Aspekte der Politik als eine Palette der Idealtypen von Politik zu verstehen.

Somit gibt es kein Eins-zu-eins-Verhältnis zwischen dem aktuellen Gebrauch der deutschen Ausdrücke in den Quellen und den englischen Termini als analytische Begriffe. Nicht jede *Politisierung* bedeutet *politicisation* in meinem analytischen Sinne, und dies kann auch mit anderen Wortformen, etwa mit dem *Politikum* oder mit einem Verweis auf einen ‚veralteten' *Politikstil* der Fall sein. Dasselbe gilt auch für die anderen Aspekte des Schemas. Dies ist auch der Grund, warum ich in dieser Studie systematisch die englischen Ausdrücke für den analytischen Gebrauch benutze.

Für die Anwendung dieses Politikschemas für die Analyse der parlamentarischen Debatten ist eine kurze Illustrierung und Auslegung dieses Schemas im parlamentarischen Kontext nötig. Der Gegenstand der parlamentarischen Deliberationen und Entscheidungen kann als die *polity* angesehen werden, in der unterschiedliche Stufen zu unterscheiden sind. Zu ihnen gehören auch das Parlament selbst, ihre Geschäftsordnung oder die Konventionen der ‚unparlamentarischen' Rede- und Verhaltensweisen, die ihrerseits kontrovers und Veränderungen unterzogen sind. Als *politicisation* gilt im minimalen Sinne jede neue Frage auf der parlamentarischen Agenda, im emphatischen Sinne die Aufnahme der Fragen, die bisher nicht vom Parlament als debattierbare Fragen angesehen wurden. Die ‚Sachfragen' auf der Tagesordnung sind zum großen Teil Policy-Fragen, die in der einen oder anderen Weise zu entscheiden sind, um zu normativen Regelungen zu gelangen. Diese, wie auch die Polity-Fragen

enthalten immer auch Chancen für das *politicking* im Sinne von Vor- und Nachteilen im Kampf um die Machtanteile von Politikern, ihren Parteien oder dem Verhältnis zwischen Regierung und Opposition, sowie im Streit zwischen konkurrierenden Politikstilen. Daraus können dann auch neue Ansätze zu *politicisation* entstehen, anfänglich etwa als Instrumente im Machtkampf mit dem Ziel die Veränderung der *polity* besser zu kontrollieren.

1.3 Das parlamentarische Paradigma für politische Akteure

Trotz aller Unkenrufe zum Niedergang der Parlamente, ist die Mitgliedschaft in parlamentarischen Institutionen – von kommunalen bis zu europäischen – eine primäre Voraussetzung für die Politikerkarriere in parlamentarischen Regierungssystemen geworden. Parteifunktionäre und Wahlkampfmanager haben sie nicht beseitigt (s. Borchert 2003). Charismatische Politiker des präsidialen Typus gehören zu den Ausnahmen, die jedoch auf die Tätigkeit der Parlamentarier angewiesen sind, um politische Veränderungen zu erreichen.

Für das Studium des Politikbegriffs anhand von parlamentarischen Quellen gibt es gute Gründe, obwohl dazu bisher kaum politologische oder begriffsgeschichtliche Studien vorliegen. Mit der Debattenanalyse kann man die bisherigen Ergebnisse der Begriffsgeschichte der Politik (s. auch Steinmetz Hg. 2005; Steinmetz et al. Hg. 2013; Weidner 2012a,b; Papenheim 2017; Palonen 2006/14, 2012b) mit der Sprache der primären Akteure überprüfen. Man kann in der Sprache der Parlamentarier die Eigenart ihrer Praktiken und Konventionen als auch ihre Debatten als Gelegenheiten für die Prägung begrifflicher Neologismen, Innovationen und Revisionen analysieren. Die langen Reihen der im Detail dokumentierten Parlamentsdebatten ermöglichen sowohl inner- als auch zwischenparlamentarische Vergleiche. Die Digitalisierung der Plenardebatten enthält ein Momentum, das neben der gesteigerten Vergleichbarkeit auch ein umfassenderes, detailliertes und vielseitiges Verständnis der Politik in Parlamenten ermöglicht.

Ein Vorzug der Debattenanalyse liegt im Verzicht auf die Siegergeschichte, d. h. dass man auch diejenigen Standpunkte, Veränderungsanträge und ihre Begründungen beachtet, die nicht akzeptiert worden sind. Mit der Debattenanalyse kann man besser verstehen, wie oder inwieweit die zum Beschluss stehenden Anträge auf unterschiedliche Konzeptionen oder verschiedene Aspekte des Politikbegriffs verweisen und wie diese rhetorisch begründet worden sind.

Parlamentsdebatten sind der aktuellen Politik näher als andere vergleichbare Quellen. An keiner anderen Stelle ist der Bezug zu politischen Kontroversen und die Kontingenz der Handlungen so offensichtlich wie in Parla-

mentsdebatten. Die parlamentarischen Sprechakte mit Politikvokabular deuten auf Annäherungen an *Politik live* hin.

Die Debatten enthalten sowohl den Eigengebrauch als auch den Fremdgebrauch, d.h. die Verweise auf Politik in Reden anderer Mitglieder, Ausschussresolutionen ebenso wie Zitate aus Schriften und Reden außerhalb des Parlaments. Obzwar im Parlament selten explizit über den Politikbegriff gestritten wird, konstituiert das Debattenformat eine eigenständige Basis für das Verständnis von Politik im Parlament, nicht zuletzt deswegen, weil die Debatte jederzeit neue Gedanken und Themen aufbringen kann, auf die die Mitglieder beim Reden relativ spontan Stellung beziehen können und damit begriffliche Revisionen provozieren können.

Es gibt kein geprüftes Paradigma dafür, wie man die Verwendung des Politikbegriffs in den Parlamentsdebatten im Detail studiert. Meine Studien hier sind experimentelle und explorative Versuche, um einige Modi zu veranschaulichen, wie man sowohl den Handlungsbegriff Politik anhand von Parlamentsdebatten analysieren als auch die Bedeutung dieses Begriffs für parlamentarische Politik verstehen und auswerten kann. Ihr primäres Ziel ist nicht die Behauptung einer Veränderung von X bis Z, sondern vielmehr die Vielfalt des Vokabulars und der Rhetorik um den Politikbegriff sichtbar zu machen und nach einigen zentralen Topoi narrativ zu gliedern.

Diese Studie widmet sich den digitalisierten Plenardebatten des Deutschen Bundestags der 18 Legislaturperioden, von September 1949 bis September 2017. Der begriffsgeschichtliche Ansatz legitimiert diese lange Zeitperiode, innerhalb dessen auch explizite und implizite politische Veränderungen stattgefunden haben. Die Bundestagsdebatten dienen hier zugleich als Beispiele des allgemeineren Interesses für die Begriffsgeschichte der Politik und für die Benutzung der Parlamentsdebatten als Quellen der Begriffsgeschichte.

Die parlamentarischen Belege zum Politikbegriff ermöglichen eine genauere Interpretation des zeitlichen Kontextes mitsamt dessen Veränderungen und deren Verbindung zu weiteren institutionellen Veränderungen oder Konstellationen der jeweiligen *polity.* Dies hängt mit der konstitutiven Rolle der parlamentarischen Prozedur, der rhetorischen Praktiken sowie der parlamentarischen Regierung und ihrem Verhältnis zur Opposition und zu Hinterbänklern zusammen (s. Palonen 2018b).

1.4 Begriffsgeschichte als Debattengeschichte

Die bisherige Begriffsgeschichte, einschließlich der *Geschichtlichen Grundbegriffe* (1972–1997) und, wie genannt, auch meine eigenen Studien zum Politikbegriff, hat parlamentarische Debatten weitgehend als Quellen ver-

nachlässigt (s. Ihalainen und Palonen 2009; Palonen 2010a). Es gibt vielmehr eine Tendenz in eine andere Richtung, nämlich Begriffsgeschichte mit akademischen Disziplingeschichten zu verbinden (s. Müller und Schneider 2016). Mit Skinner kann man dagegen vielmehr akademische Schriften, wie Hobbes's *Leviathan* als Debattenbeiträge parlamentarischen Stils verstehen (s. das Skinner-Interview von 2008). Indirekt haben die Autoren der *Geschichtlichen Grundbegriffen* mit der Analyse der konkurrierenden Lexika (s. Koselleck 1972) eine Debattengeschichte betrieben (s. Palonen 2017).

Schon William Gerald Hamilton in seinen Maximen aus Westminster im 18. Jahren verstand, wie parlamentarische Debatten durchaus Gelegenheiten enthalten, Revisionen der Begriffe als Schachzüge in der Debatte zu benutzen (Hamilton 1808/1927, dazu Palonen 2016, 45–57). Meine Annahme ist, dass unter den unzähligen thematisierten Anwendungen des Politikbegriffs durchaus einige stecken, die für die Debatte um die Begriffsgeschichte der Politik bedeutsam sein können. Diese Stellen, Formulierungen und Akteure müssen jedoch in einer fokussierten Lesart erst als solche identifiziert werden und dann im Verhältnis zum weiteren Kontext genauer analysiert und beurteilt werden.

Wie es etwa Reinhart Koselleck mit seinem linguistischen Dreieck zwischen Worten, Begriffen und Sachen behauptet (s. Koselleck 1972, 1979), besteht zwischen dem Wortgebrauch und dem Begriffsverständnis eine Kluft. Für Politik gibt es jedoch keine nicht-sprachlichen Entitäten, die Politik identifizieren könnten, sondern auch der Bezug zur ‚Sache' wird sprachlich als Kontext ermittelt.

Das Verhältnis zwischen sprechenden Politikern und den ihre verschriftlichten Handlungen interpretierenden Politologen entspricht dem zwischen Schriftstellern und Literaturforschern, wie Quentin Skinner in seinem Buch zu Shakespeare (2014) darstellt. Skinners anfangs zitiertes Diktum vom Vorrang des politischen Lebens (1978 I, xi) enthält auch die Möglichkeit, Politiker als Theoretiker zu behandeln (s. Palonen 2005). Die Debattenreden der parlamentarischen Akteure können Ansätze und Hinweise auf unterschiedliche Aspekte des Politikbegriffs thematisieren. Wenn ein Parlamentsmitglied zum Beispiel eine Frage als „ein Politikum" betrachtet und andere sie als ‚reine Sachfrage' behandeln wollen, deuten die Äußerungen auf Unterschiede im Politikverständnis zwischen den Abgeordneten hin sowie darauf, wie sie das Verhältnis zwischen den Ausdrücken ‚politisch' und ‚sachlich' rhetorisch beurteilen.

Die Schriftlichkeit der dokumentierten Parlamentsreden bildet hier einen Aspekt des Verhältnisses zwischen Worten und Begriffen. Digitalisierte Debatten unterliegen nicht der Illusion vom kompletten und treuen Abbild der Rede, sondern sind von Stenographen oder Parlamentsredakteuren mit der Zustimmung der Abgeordneten editiert. Diese können nicht das Gesagte bestreiten, nur Fehler korrigieren und Formulierungen präzisieren, während sich die Redaktionsarbeit um die grammatische usw. technische Vollständigkeit und

Korrektheit der Reden kümmert. In diesem Sinne verlieren die dokumentierten Debatten etwas von der Spontanität aber gewinnen an Reflexivität und Verständlichkeit im Hinblick auf das Gesagte (zur Diskussion ab den 19. Jahrhundert s. z. B. Pekonen 2014).

Dies kann mit Kosellecks Gegensatz zwischen symmetrischen und asymmetrischen Gegenbegriffen präzisiert werden (s. Koselleck 1979, 215–259). Der Debattencharakter des parlamentarischen Redens, das *Fair play*-Prinzip, die Freiheit der Abgeordneten von der Abhängigkeit (im Sinne von Skinner 1998) sowie die Gleichheit ihrer Stellung und der damit verbundene gegenseitige Respekt zwischen ihnen macht das Parlament zu einer Institution, die bessere Chancen als andere für den symmetrischen Gebrauch von Begriffen zwischen ihren Mitgliedern hat (s. Palonen 2018b, besonders Kap. 6), obzwar eingebaute Unterschiede (zwischen Regierung und Opposition, Parlament und seinen Wählern, Parlamentariern und Beamten usw.) dazu tendieren, diese Symmetrie zu untergraben. Der symmetrische Gebrauch hängt mit dem Prozeduralismus der parlamentarischen Politik eng zusammen.

Die *prozedurale* Dimension der parlamentarischen Deliberation wird mit dem methodischen Prinzip verbunden, dass kein Antrag ohne eine Konfrontation mit gegensätzlichen Perspektiven ordentlich verstanden werden kann. Vor der Debatte zu Stärken und Schwächen eines Antrags können Abgeordnete Gedankenexperimente zur Konstruktion von Perspektiven unternehmen, die die Begründungen des Antrags in Frage stellen, also Sichtweisen entwerfen, die die in der Begründung des Antrags betonten Stärken herunterspielen und die angeblichen Schwächen der ausgeschlossenen Alternativen umwerten (s. Palonen 2014b, 2018b). Hier bietet die im Werk Quentin Skinners (1996, 1999, 2007) aktualisierte Prozedur der paradiastolischen Auf- und Abwertung oder Neutralisierung des normativen Gehalts eines Begriffs für eine Umwertung der Werte, die ja auch im Denken Friedrich Nietzsches eine zentrale Rolle spielt, eine Chance.

Im Deutschen wird nicht immer eindeutig zwischen den rhetorischen Genres der Beratung und Verhandlung unterschieden, obwohl aus rhetorikhistorischer Sicht diese Differenz zwischen *deliberation* und *negotiation*, zwischen dem Streit um die Richtung der Politik und dem Verhältnis zwischen den Akteuren, zwischen Entscheidung durch Mehrheit und Vereinbarung zwischen Parteien, auf verschiedene Typen der Politik und der politischen Versammlung verweisen.

Die Eigenständigkeit der parlamentarischen Politik hängt mit dem Vorrang der Beratungsrede vor anderen Genres zusammen (s. Palonen 2019c). Im engeren Sinne verweist das deliberative Genre auf die auf der Tagesordnung vorliegende Streitfrage (*item*), die einen Antrag zur Stellungnahme des Parlaments enthält. Die parlamentarische Beratung um den Antrag auf der Tagesordnung basiert auf dem rhetorischen Prinzip des *pro et contra* (s. etwa Skinner 1996, Peltonen 2013). Im weiteren Sinne ist das Agenda-Setting selbst ein Teil

der deliberativen Rhetorik im Parlament. Die Deliberation des *pro et contra* weist darauf hin, dass die Anträge von Mitgliedern unterstützt oder bewusst bekämpft werden können. Der Streit um die Stärken und Schwächen in der Debatte erhält seine Bedeutung darin, dass im Laufe der Debatte weitere Argumente für oder gegen den Antrag präsentiert werden und im Anschluss daran Veränderungsanträge (*amendments*) gestellt werden können, die ihrerseits die Chance enthalten, die Stellungnahme zum Antrag zu verändern. Die Pointe der Beratung kann im Laufe der Debatte, etwa durch Aufnahme neuer Gesichtspunkte, verändert werden. Die Veränderungs- und Vertagungsanträge tragen zugleich zur Revision der Tagesordnung bei. Die Entscheidung bezieht sich im parlamentarischen Sinne auf die Abstimmung in der dritten Lesung, kann aber auch auf die Abstimmungen zur Nicht-Weiterführung der Frage auf der Agenda oder der damit verwandten Vertagung *sine die* verweisen.

Die Rhetorik des Verhandelns mit dem Ziel des Kompromisses gehört für Max Weber zu den ständischen Versammlungen, in denen die Stimmen gewogen nicht gezählt wurden (1917c, 167–169). Doch gesteht er auch Parlamenten die Bedeutung der Verhandlungen und des Kompromisses zu. Dies gilt klassisch zwischen den Kammern ebenso wie zwischen Bund und Ländern in einem Bundesstaat, aber auch im Streit zwischen den Parteien (etwa in Fragen des Agenda-Settings und der Geschäftsordnung), zwischen der Regierung und der Opposition (etwa um eine qualifizierte Mehrheit zu erreichen), und vor allem, zwischen den Regierungsparteien in einer Koalition.

Die epideiktische Rhetorik des Lobes und des Tadels erscheint im Parlament primär als das Entweder-Oder im Kontext der Abstimmungen. Das Paradigma ist die Reduktion der Politik auf den Gegensatz zwischen Regierung und Opposition, im Bundestag nicht zuletzt in der Abstimmung zum konstruktiven Misstrauensvotum verankert. Im Grenzfall reduziert sich die Politik auf die Frage, ob man die Regierung unterstützt oder nicht: Niklas Luhmann (2000) hat darin den „politischen Code“ identifiziert, der zur Kontingenzreduktion beiträgt. Insofern als die politische Konstellation auf den Gegensatz zwischen Regierung und Opposition konzentriert wird, reduziert sich auch die parlamentarische Politik auf den epideiktischen Gegensatz des Entweder-Oder.

Ein weiterer Kontext, in dem das parlamentarische Deliberieren mit epideiktischen Deklarationen und Akklamationen konfrontiert wird, ist das Verhältnis des Parlaments zur Beamtenherrschaft, deren parlamentarische Kontrollmöglichkeiten Max Weber analysierte (1918, 235–248). Er verweist auf den Gegensatz zwischen Wissen als Besitz und Wissen als Debatte (s. Palonen 2010a). In modernen Parlamenten sind allerlei Gremien der Experten und Sachkundigen hinzugekommen, deren Autoritätsanspruch ebenfalls mit dem parlamentarischen Prinzip der Beratung durch *pro et contra* kollidiert.

Ältere Studien, wie Jeremy Benthams *Essay on Political Tactics* (1791/1843) vergleichen Parlamentarier mit Richtern. Die forensische Rhetorik im Parlament gilt primär der Interpretations- und Entscheidungsmacht des Parla-

mentspräsidenten. Die Unparteilichkeit des *Speakers* wird in Westminster seit Mitte des 19. Jahrhundert vorausgesetzt, was in anderen Parlamenten nicht ebenso strikt durchgezogen wird. Das Verhältnis zwischen dem Bundestag und dem Bundesverfassungsgericht ist seit dem Beginn des Bundestags eine Streitfrage, die direkt zum Verhältnis zwischen deliberativer und forensischer Rhetorik führt. Forensische Rhetorik spielt darüber hinaus in der Beurteilung der Vergangenheit eine maßgebende Rolle, was im zunehmenden Maße auch auf der Agenda der Parlamente eingesetzt worden ist.

Der Vorrang der parlamentarischen Deliberation verweist auch auf Politik als Handeln im Spiel mit der Zeit. Die parlamentarische Geschäftsordnung institutionalisiert das Zeitspiel in mehreren Formen. Es gilt nicht nur den seit dem Mittelalter bewährten drei Lesungen für Gesetzesanträge oder dem Wechsel zwischen zwei Typen der Debatten, zwischen Plenum und Ausschüssen. Die Behandlung der parlamentarischen Anträge enthält auch die regulären Unterbrechungen, wie die Vertagungs- und Veränderungsanträge sowie die Öffnung einer Geschäftsordnungsdebatte, etwa ob ein Mitglied „nicht zur Sache" redet und deswegen vom Präsidenten „zur Ordnung" gerufen werden sollte, sowie die tolerierten aber im Protokoll registrierten Zwischenrufe. Nach den britischen Parlamentsreformen des 19. Jahrhunderts nahm die Knappheit der parlamentarischen Zeit zu und ermöglichte regelrechte Obstruktionskampagnen. Um die parlamentarische Paralyse zu verhindern, wurden neue Regeln zur Verkürzung der parlamentarischen Zeit, wie Anträge zur Beendigung der Debatte (*clôture*) und die Vorausbestimmung der für einen Antrag vorgesehenen Zeit (*guillotine*) akzeptiert. Hier werden die ältere Dimension des Streits zwischen Parlament und Regierung sowie die Art und der Umfang, in dem einzelne Abgeordnete, politische Initiativen ergreifen, als Gegenstände der prozeduralen Debatten aktiviert.

Die parlamentarischen Abstimmungen markieren die politische Entscheidung als letzten Schritt der Deliberation in der dritten Lesung, wenn die Debatte beendet worden ist. Rhetorisch gesehen wird mit der Abstimmung zwischen legitimen Vorschlägen entschieden, und zwar so, dass die Letztentscheidung auch für die Minderheit verbindlich ist. Wenn alle Argumente in der Debatte präsentiert worden sind, wird mit Abstimmungsmehrheit beschlossen.

1.5 Die Plenardebatten des Bundestages als Quellen

Die Begriffsgeschichte der deutschen Politik in der Nachkriegszeit ist weder in Willibald Steinmetzes Bielefelder Sonderforschungsbereich (s. jedoch Kutscher 2016 zur Verfassungsgerichtsbarkeit) noch in anderen Studien im Detail analysiert worden. Die Wissenschaftsgeschichten der deutschsprachigen Poli-

tikwissenschaft (s. z.B. Mohr 1988) oder linguistische Studien zur politischen Sprache der Bundesrepublik (s. Stötzer und Wengeler Hg. 1995; Metzler 2005) haben sich kaum mit dem Politikbegriff befasst. Die digitalisierten Plenardebatten der 18 Wahlperioden des Bundestags bieten ein reiches Material, dies zu tun.

Das deutsche linguistische Umfeld des Politikbegriffs ist insofern reicher als etwa das englische oder das französische, indem es Wortkonstellationen mit *Politik* bilden kann, für die in anderen Sprachen zwei oder mehr Worte nötig sind. Interessant sind weniger die auf den Policy-Aspekt der Politik verweisenden Bindestrich-Politiken als diejenigen, die mit einem Politwort anfangen. Unter diesen kann man parlamentarische Innovationen oder schnelle Übernahmen der Wortformen aus der akademischen oder Mediensprache vermuten. Während der 68 Jahre Bundestagsdebatten ist die deutsche Sprache in ihrem Politikvokabular reicher geworden. Damit kann man sowohl bekannte Aspekte nuancierter formulieren als auch neue Aspekte im Begriffsfeld thematisieren.

Es gibt einige Themen, in denen ein Politikwort einen *terminus technicus* der Gesetzgebung bildet, wie ‚politische' Verbrechen oder Gefangene, Flüchtlinge oder Asylbewerber. Sie haben kaum zur konzeptionellen Revision beigetragen (s. die Diskussion in Palonen 1985 und 2006). Interessanter sind Fälle, die sich auf den politischen Status der Abgeordneten selbst beziehen. Die Fragen der Kompensation/Belohnung sowie der Pensionen der Parlamentarier, ihrer Hilfskräfte usw., die Parlamentarier als Berufspolitiker thematisieren, sind historisch umstritten gewesen (s. Palonen 2012b) und in gewisser Hinsicht sind sie es immer noch. Wenn alles im Parlament politisch ist, umfassen auch diese Streitigkeiten einen relativ engen Kreis aktueller und möglicher Debatten.

Wenn man nicht im Voraus wissen kann, wann und wo ‚Politik' zum Gegenstand der Debatte geworden ist, helfen die Suchoptionen digitalisierter Debatten die Situationen, Redner und Formen des Wortgebrauchs zu identifizieren. Damit werden auch Debatten sichtbar, die von den Beteiligten bzw. von der zeitgenössischen Presse oder in der späteren Forschung nicht notiert und erinnert werden. Trotzdem sind hohe Frequenzen im Wortgebrauch keine sichere Garantie dafür, dass dort originelle Debatten oder neue Nuancen im Politikbegriff zu finden sind.

Die idealtypische Diskussion des Politikbegriffs ist vom Inhalt der Politik weitgehend unabhängig, und ebenso wenig haben die klassischen Ismen ihre eigenen Interpretationen des Politikbegriffs. Es verlangt jedoch einer gewissen Abstraktion, von der Politik als ein nicht auf einem Bereich oder eine Lebenssphäre gebundenes Handeln zu sprechen. Die Akzeptanz der parlamentarischen Demokratie als Rahmen der Politik erscheint jedoch für die in den behandelten 18 Legislaturperioden wichtigsten Parteien als relativ selbstverständlich. Inwiefern dies für die KPD, die rechts von der CDU stehenden Fraktionen der ersten Legislaturperiode oder für alle Mitglieder der PDS nach 1990 gilt, wird hier nicht diskutiert.

Die Plenardebatten sind das Zentrum des parlamentarischen Politikstils. Es lohnt sich, die Politikverweise auf die parlamentarische Form, die Prozedur, Rhetorik und vor allem die Zeitordnung zu beziehen. Die Verbindung zur parlamentarischen Regierungsweise, der Status der Abgeordneten und vor allem das freie Mandat und die Redefreiheit sind weitere zentrale Stufen der parlamentsbezogenen Diskussion der Politikbegriffe (s. Palonen 2018b).

Aus den gedruckten Parlamentsdebatten, die jährlich mehrere Bände umfassen, wäre die Auswahl der interessanten Beiträge und Debattenstellen auch mit Inhaltsverzeichnis sowie thematischem Rednerindex ungeheuer schwierig. Obwohl es Studien der gedruckten Debatten gibt, ist es eindeutig, dass die Digitalisierung der Debatten ein wahres Momentum für die detaillierte Verwendung der Parlamentsdebatten als begriffsanalytische Quellen ist und den Zugang zur Lektüre einschließlich der genaueren Beachtung der Formulierungen erleichtert.

Die Eigenart der rhetorisch-begriffsgeschichtlichen Debattenanalyse kann man erläutern, indem man sie mit dem Parlamentsjournalismus vergleicht. Dieser pflegt sich damit zufrieden zu geben, die jeweiligen Positionen der Abgeordneten in der Debatte zu referieren, und die Zeitungen des 19. Jahrhundert erhielten in vielen Ländern umfassende Referate von Parlamentsdebatten, auch im Ausland. Im Referat wird angenommen, dass die Quellen ‚für sich selbst sprechen', und deswegen werden die genauen Formulierungen der Fragestellung und der Interpretation nicht problematisiert. Forscher, die sich mit Rhetorik und Begriffsgeschichte befassen, betonen dagegen, dass sie selbst die Fragen stellen, die sie mit Hilfe der Quellen zu beantworten anstreben, ohne daraus fertige Antworten zu erwarten.

Mit meiner Diskussion des Chancenhorizonts der parlamentarischen Politik ist mein Ausgangspunkt hier dem Parlamentsjournalismus entgegengesetzt. Anstatt direkt in die Debatten einzugehen, habe ich zuerst sie mit dem parlamentarischen Genre der Debatten gebunden und eingegrenzt. Ungleich Parlamentsjournalismus oder vieler linguistischen Studien zu Parlamenten, ist hier das Parlament nicht ein Ort, wo viel debattiert wird, sondern eine Gelegenheit, über Politik in der parlamentarischen Form zu debattieren.

Der Analytiker muss auch über die Schwerpunkte der Studie entscheiden und beachten, wie viel Hintergrundwissen etwa zu den politischen Konstellationen des Landes und zu Fragen auf der parlamentarischen Agenda oder über die debattierenden Personen nötig ist. Ein Zugang zu lexikalischen und biographischen Quellen zur Parlamentsgeschichte und zu den Abgeordneten ist ebenfalls erforderlich. Wichtig sind ebenfalls die Fragen, was und wie in den Debatten dokumentiert worden ist und ob etwa darin im Laufe der Untersuchungsperiode Veränderungen stattgefunden haben. Auf derartige Fragen hin kann man dann verschiedene Ansätze und Fragestellungen sowohl nach ihrem heuristischen Wert ebenso wie nach ihrer praktischen Durchführung probieren.

Die digitalisierten Debatten auf der Webseite des Deutschen Bundestages* weisen einige Besonderheiten im Vergleich zu anderen Parlamenten auf. Auf der Webseite wird die Zahl der Suchbegriffe in den Plenardebatten doppelt gerechnet, erstens nach der Zahl der in der Regel täglichen Sitzungseinheiten, aus denen ein PDF-Dokument auf der Webseite vorliegt, in denen das gesuchte Wort vorkommt, und zweitens die Anzahl der Belege innerhalb dieser Sitzungseinheiten. Der Einfachheit halber benutze ich den Terminus ‚Debatten' für diese Sitzungseinheiten.

Im Bundestag trennt die digitale Suche nicht zwischen den drei häufigsten Politworten – *politisch, Politik* und *Politiker* und gibt für diesen Komplex bis zum Ende der 18. Legislaturperiode 4046 Sitzungen an. Die Kernausdrücke sind somit fast in jeder Sitzung erwähnt worden, d. h. die Abgeordneten des Bundestags verwenden fast immer Ausdrücke der Politik. Innerhalb der Sitzungen variiert die Anzahl der Belege sehr, aber in meiner Auswahl sind mehr als 100 Belege pro Debatteneinheit keine Seltenheit. Die auf der Webseite angegebene Anzahl der Verwendungen ist oft zu klein. Etwa Silbentrennungen in den Wörtern sind nicht immer in der Aufzählung notiert.

Für die Klassifizierung der Belege gibt die Suchoption die Möglichkeiten vor, *Relevanz, Nummer* und *Datum* zu präzisieren. Schon wegen dem historischen Forschungsinteresse ist deswegen für mich *Datum* das primäre Ordnungsprinzip. Für begriffsgeschichtliche Analysen bleibt die Nummer irrelevant und für die Auswahl von Relevanz sind keine Kriterien angegeben. Bei einigen sehr häufigen Worten habe ich jedoch zusätzlich eine Selektion nach Relevanz unternommen, ohne dass daraus die Häufigkeit des Wortgebrauchs und das politische Gewicht der Debatte als Kriterium sichtbar wurden.

Probleme für die handwerkliche Seite meiner Analyse entstehen, wenn die Anzahl der Belege sehr hoch ist. Einige Stichworte dieser Art habe ich weggelassen und die Problematik über Umwege anzunähern versucht. Aus den fast 300 Belegen für *Realpolitik* zum Beispiel habe ich die 50 ‚besten' nach dem Relevanzkriterium ausgewählt, zugleich aber notiert, dass dieses Vorgehen nur wenige Verweise auf Reden aus den zwei ersten Legislaturperioden enthält, da die Rede von der Realpolitik erst nach dieser Zeit häufig war. Deswegen habe ich den Korpus der Realpolitik mit ‚Datum' für die beiden ersten Bundestagsperioden komplettiert. Dies hängt auch damit zusammen, dass die Gegenüberstellung von *Realos* und *Fundis* bei den Grünen seit den achtziger Jahren die gesamte Debatte um die *Realpolitik* verschoben hat.

Einige andere Stichworte sind auch mit einem bestimmten historischen Momentum verbunden. Mit der Suche nach ‚Politik wenden', stoße ich auf

** Die von mir benutzte Webseitenversion http://pdok.bundestag.de scheint seit 1.6. 2021 nicht mehr aufrufbar zu sein. Die Suche wird auf die neue Webseite geleitet, auf der die selben Dateien zu den Debattentagen zu finden sind, s. https://dip.bundestag.de/suche?f.typ=Dokument&f.herausgeber_dokumentart=Bundestag-Plenarprotokoll&rows=25&sort=datum_auf Es ist unsicher, ob meine digitale Suche auf dieser neuen Seite nachprüfbar ist.

zwei historische Momente, die beide *Wende* genannt werden, die erste ist die von Helmut Kohl beanspruchte Wende von 1982, die zweite ist die Wende der DDR von 1989/90. Beide sind im Bundestag oft mit demselben Politikvokabular verbunden worden.

1.6 Der Bundestag als Parlament

Freie und machtvolle Parlamente verschiedener Staaten haben viele Gemeinsamkeiten. Dazu gehört die parlamentarische Sprache, die ein besonderes Vokabular für die Typen der Handlungen, Prozeduren und Praktiken, einschließlich der parlamentarischen Sonderbedeutung vieler Termini, hervorgebracht hat. So auch z.B. die Forderung, dass die Mitglieder keine ‚unparlamentarischen' Ausdrücke benutzen oder Handlungen begehen dürfen. Die parlamentarischen Geschäftsordnungen und die dazugehörige Kommentarliteratur sind zentrale Dokumente der Parlamentssprache.

Die parlamentarische Sprache und die ihr entsprechenden Praktiken haben ihren Ursprung im britischen Parlament und dessen Kampf gegen die Monarchie der Tudor- und Stuart-Era (s. Redlich 1905; Palonen 2014b). Allerdings hat insbesondere das französische Parlament Widerstand gegen Westminster-Praktiken geleistet und vor allem die parlamentarische Debatte teilweise der nationalen Einheit untergeordnet (s. Roussellier 2005, Gunn 2009). Historisch ist die deutsche Parlamentskultur in mehrfacher Hinsicht eher an das französische Modell angelehnt (zur Kritik Cohen 1861), obwohl auch die Westminster-Tradition ihre Anhänger im Bundestag gehabt hat.

Max Weber hat das Begriffspaar *Arbeitsparlament* vs. *Redeparlament* geprägt. Das Reden ist für alle Parlamente konstitutiv, aber in einem relativ machtlosen Honoratiorenparlament, wie dem Deutschen Reichstag bis 1918, fehlt die intensive Beratung der Details der Anträge in den Ausschüssen des Arbeitsparlaments (Weber 1918). Viele Studien behaupten, Weber teilweise missverstehend (s. Palonen 2014c), dass der Deutsche Bundestag den Charakter eines Arbeitsparlaments im Sinne des Vorrangs der Ausschüsse über das Plenum als Stätte der Beratungen hat. Eine neuere Studie setzt die Unterschiede zu Westminster so zusammen:

> MPs in the United Kingdom are significantly more active in debate than their German counterparts. On average, more than 4 200 speeches are delivered each month in the House of Commons, but just over 180 in the German Bundestag. Yet this drastic difference is partially due to what constitutes a speech in the two parliaments. In the United Kingdom the business of the House includes ministerial statements, debates, adjourned debates, and debates on early day motions. Short interventions and exchanges between MPs are not only common but also significantly easier to engage in than in Germany because the flow of debate is regulated by the Speaker. As a result, a lively

back-and-forth between government and opposition MPs is common. … In contrast … debates in Germany tend to be prepared in advance, speaking roles are predetermined by the parties, the speeches are longer, and, although possible, spontaneous exchanges between MPs remain rare. … This appears to confirm the view of the United Kingdom as a debating parliament and Germany as a working parliament. (Proksch and Slapin 2015, 102–103)

Verglichen mit Westminster haben die Plenardebatten im Bundestag den Ruf weniger bedeutsam und interessant zu sein. Die Anzahl der Plenarreden ist geringer als in Westminster, die Reden werden häufig im Voraus niedergeschrieben und vom Papier abgelesen, und deswegen sind auch wenig Bezüge zu vorangehenden Reden und Spontanität des Formulierens zu beobachten. Die Reden im Bundestag sind fraktionsgebunden, was der von Gerhard Leibholz (1951) geprägten These von der Bundesrepublik als Parteienstaat entspricht. Trotzdem wird das Ideal des Redens als *pro et contra* prinzipiell aufrechterhalten.

In seiner klassischen Studie zum Bundestag betont der Deutschamerikaner Gerhard Loewenberg: „Politik wird immer noch in erster Linie unter dem Aspekt des Verwaltungsakts gesehen, zu dem Fachwissen und Tüchtigkeit gehören“ (1969, 509). Der Verfassungsrechtler Florian Meinel argumentiert ähnlich: „Mit der nachträglichen Parlamentarisierung einer schon ausgebildeten Reichsregierung wurden jenes Verwaltungsmodell und der ihm zugehörige Bürokratietypus verfassungskräftig festgeschrieben und in die demokratische Republik übernommen“ (2019, 53). Max Webers Vorschlag des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur parlamentarischen Verwaltungskontrolle (1918) wurde zwar in der Weimarer Reichsverfassung und im Bonner Grundgesetz übernommen. Trotzdem ist die Idee, dass das Parlament neben der Regierung auch die Verwaltung kontrolliert, im Bundestag relativ wenig betont worden (s. jedoch Siefken 2018 und die dort erwähnten Studien).

Die Stärke der Parteien zeigt sich in der Stellung der Fraktionsführungen im Ältestenrat, der für das Agenda-Setting des Bundestags zuständig ist. Der Ältestenrat bestimmt die Länge der Debatten, verteilt parlamentarische Zeit zwischen Fraktionen (s. Ridard 2018), und die Fraktionen bestimmen ihre Redner in den Debatten (s. Recker 2018). Die einfachen Mitglieder haben kein Recht der parlamentarischen Initiative. Dafür ist entweder eine Fraktion oder eine bestimmte Anzahl von Unterstützern erforderlich (s. Ismayr 2001, 46–47). Als Maßnahme gegen ‚Störenfriede’ wurden insbesondere im frühen Bundestag „die Rechte einzelner Abgeordneter oder des Parlaments insgesamt gegenüber der Exekutive deutlich eingeschränkt“ (Recker 2018, 234). Die von jüngeren Mitgliedern initiierte ‚kleine Parlamentsreform’ von 1969 stärkte den Debattencharakter des Bundestags, obzwar mit dem Schwerpunkt auf die Ausschussdebatten (s. Recker 2018, 352–374; Meinel 2019, 179–182). Darüber hinaus ist auch die Zunahme der Zwischenrufe bemerkbar (s. Burkhardt 2016).

Obwohl die Bundestagsreden weniger spontan und stärker parteigebunden sind als die im britischen Unterhaus, ist dies kein Grund, Debattenreden im Plenum zu unterschätzen. Parlamentsreden der Mitglieder sind eben Debattenreden, keine Vorträge, auch wenn die Länge, die etwa der Regierungserklärung und Präsentation des Haushaltsplans entspricht, sie gelegentlich als solche erscheinen lässt. In Plenarreden haben die Abgeordneten Chancen, abstrakte Begriffe wie Politik in der einen oder anderen Weise zu thematisieren. In Plenardebatten kommen die Parlamentarier selbst zu Wort, und in dem föderalen Parlamentarismus der Bundesrepublik können auch Bundes- und Länderminister ohne Bundestagsmandat sowie beamtete Staatssekretäre im Plenum reden. Für die Ausschusssitzungen des Bundestags gibt es keine *Verbatim* Protokolle. Die ‚Drucksachen' sind im hohen Maße Produkte der Parlamentsverwaltung und der externen Sachkundigen sowie internationaler Gremien wie der EU oder der UNO.

1.7 Topoi des Politikbegriffs

Vielleicht lohnt es sich, hier zuerst zu sagen, worauf ich in diesem Band verzichte. Erstens bleibe ich in der Politik und Geschichte der Bundesrepublik ein Außenstehender. Zwar kenne ich den allgemeinen politischen und spezifisch parlamentarischen Kontext relativ gut, und habe einige in den Debatten erwähnte Termini – wie Beutelbacher Konsens – sowie die persönlichen Hintergründe einiger Abgeordneter mit einfachen Mitteln – vor allem Wikipedia – recherchiert. Trotzdem konnte ich die reiche politologische, historische, juristische u. a. sowie die akademische Forschung über den Bundestag nur begrenzt beachten. Vor allem in den weiteren ‚kulturgeschichtlichen' Studien sind viele Thesen zum ‚Politikbegriff' präsentiert worden. Obwohl ich dieses Genre der Studien gerne lese (Gatzka 2019 ist ein ausgezeichnetes Beispiel davon), bleiben die dort präsentierten Deutungen aus meiner Sicht oft „in der Luft" hängen, d. h. sie verweisen kaum je auf das explizite Politikvokabular der Akteure. Den Vorteil meiner Studien sehe ich eher in der Konstruktion einer bestimmten Perspektive als in den detaillierten Interpretationen.

Die Argumentation des Buchs operiert mit der Verbindung der Begriffsgeschichte mit der Rhetorik der Topoi, d. h. der angenommenen Knotenpunkte für die Konzeptualisierung und Kontroversen um den Politikbegriff. Innerhalb der Topoi werden dann spezifische Themen und Argumente als Sub-Topoi verschiedenen Grades präsentiert. In der Form der Darstellung folge ich der Praxis meines Buchs *The Struggle with Time* (Palonen 2006). Die Konstruktion und Unterscheidung der Topoi bleibt additiv und experimentell, um anhand der

Suchbegriffe Interessantes in den Debatten zu finden. Im Laufe der Studie wurde die Gliederung der Topoi revidiert.

In der Suche habe ich bestimmte linguistische Varianten als Anhaltspunkte benutzt, die ein Spektrum verschiedener typischer oder individueller Verwendungsweisen innerhalb eines breiteren Topos enthalten. Insofern beachte ich das, was Koselleck (1982) das Vetorecht der Quellen nennt, obwohl auch dies Fragen der Interpretation enthält. In dem Sinne sind die Topoi der Untertitel nicht direkt miteinander vergleichbar, sondern sie verweisen auf die unterschiedlichen Arten von Knotenpunkten, mit denen ich in dieser Studie operiert habe. Die Darstellung in den Kapiteln 3. bis 6. folgt grob gesprochen den grammatischen Topoi, die Kapitel 7. bis 9. folgen der parlamentarischen Sprache selbst.

In Webers Sinne verstehe ich die spezifischen Topoi der Kapitel als Idealtypen, die jeweils die ‚einseitige Steigerung' (Weber 1904, 191) einer Perspektive enthalten. Die Darstellung zielt auf eine Abfolge der Perspektiven und der Diskussion dessen, was jede von ihnen und alle zusammen zur Begriffsgeschichte der Politik einbringen können. Im Prinzip können dieselben Ausdrücke in mehreren Kapiteln sowohl in Bezug auf die Topoi als auch auf die Aspekte der Politiktypologie diskutiert und ausgewertet werden. Jedenfalls ist es das Prinzip, dieselben Zitate – zumindest in voller Länge – nicht zu wiederholen.

Die zwei analytischen Instrumente der Studie verhalten sich so, dass die Politiktypologie von vier Aspekten in jedem Kapitel thematisiert und dadurch die Narrative des Politikbegriffs quer durch die Topoi auf sie bezogen werden. Die historischen Wandlungen des Begriffs werden somit sowohl auf die Geschichte der Topoi als auch auf die der Politikaspekte bezogen.

In der Präsentation des Arguments habe ich eine Darstellung praktiziert, die sich von üblichen zu unüblichen, individuell profilierten Interpretationen des Politikbegriffs im jeweiligen Kapitel (ab 3.) bewegt. In normativer Hinsicht gehe ich in meiner Vorgehensweise von der Darstellung der Ablehnung der Politik aus, und bewege mich über Nuancen in Richtung ihrer Aufwertung. Damit wird sichtbar, dass es im Bundestag auch Ansichten gegeben hat, die die populären Stereotypen gegen Politik, Politiker und Parlamentarismus wiederholen, die jedoch in verschiedenen Graden und Formen widersprochen worden sind und im Vergleich mit pro-politischen Argumenten im Laufe der Jahrzehnte marginalisiert worden sind (Die 19. Wahlperiode mit der AfD im Bundestag habe ich nicht behandelt).

Das zweite Kapitel markiert den äußeren Rahmen der Debattenanalyse, der zentrale Anhaltspunkte für die konventionelle, nicht thematisierte Politiksprache im Bundestag gibt. Zur Abgrenzung von der Politik als kontingentes Handeln werden Beispiele von Sphären- oder Ordnungskonzeptionen angegeben, ebenso davon, was für apolitisch oder unpolitisch gehalten wird. Anschließend diskutiere ich einige Grenzfiguren zu Politik als Handeln. Als

Anknüpfung für die spezifischen Debatten werden am Ende des Kapitels einige allgemeine Deklarationen zu Politik als Handeln präsentiert.

Das dritte Kapitel operiert mit Wortkonstellationen von Politik als ein eigenständiger Topos. Bis zu einem gewissen Grad verweisen die einzelnen zusammengesetzten Politikwörter auf die unterschiedlichen Politikaspekte, die hier die Narrative gliedern. Innerhalb dieser bilden sich dann die verschiedenen Wortformen die Subtopoi, die die Analyse vertieft und spezifiziert. Da viele der Wortkonstellationen im Bundestag Neuprägungen der siebziger oder achtziger Jahre sind, entwerfe ich anschließend eine These von der Bereicherung des den Parlamentariern verfügbaren Vokabulars. Zur Datierung der Wortkonstellationen benutzte ich in diesem Kapitel als Vergleichsbasis Quellen außerhalb des Bundestags, vor allem den *Die Zeit online*-Korpus (https://www.dwds.de/d/k-zeitung#zeit).

Im vierten Kapitel bilden die Akteure, die Politiker, den Topos des Politikbegriffs. Wie verhalten sich die Parlamentarier auf die weitgehend negative Bewertung der Politiker in der Umgangssprache, und inwieweit bezeichnen sie, dem zitierten Diktum Carl Schmitts folgend, eher ihre Gegner als sich selbst als Politiker? Obwohl viele Abgeordnete eben ‚keine Berufspolitiker' sein wollten, gibt es kaum eine Polemik gegen Politiker, und ‚wir Politiker' ist eine gängige Redeweise. Neben der Identifizierung ‚der Politiker' werden ihre Klassifizierungen zu Typen von Politikern thematisiert, worin die Politikaspekte dann sichtbar werden.

Im fünften Kapitel bietet die Hervorhebung von ‚politisch' den Ausgangpunkt der Untersuchung. Der adverbiale Gebrauch von politisch wird in mehreren Ausdrücken zur Steigerung der politischen Qualität der Phänomene benutzt, zum Beispiel mit ‚rein politisch', ‚eminent politisch' oder mit dem grammatischen Superlativ ‚höchst politisch', was begriffsgeschichtlich interessant sein kann. Diese Beispiele verweisen kaum auf die Kriterien von ‚politisch'; in mehreren Zusammenhängen wird dies eher als bekannt vorausgesetzt. Der Schlussteil des Kapitels verweist auf eine andere Art des Nachdrucks auf politisch: In Formeln wie ‚politisch notwendig' oder ‚politisch möglich' erscheinen die Kriterien von ‚politisch' als kontrovers.

Im sechsten Kapiteln setze ich die Analyse mit grammatisch geprägten Knotenpunkten fort. Ich habe nach verbalen Ausdrucksclustern, einschließlich ihrer Substantivierungen, gesucht und diese als Topoi diskutiert. Zuerst behandle ich ‚Politik machen' sowie ‚Politik treiben bzw. betreiben' als allgemeine Kennzeichnungen des Handelns. Interessanter erscheinen die Ausdrücke des Anfangs, der Einmischung, der Wende und der Beurteilung, die den Moment, an dem Politik einsetzt, als unterschiedliche zeitliche Anhaltspunkte dafür, was der Politik eigen ist, sichtbar machen können.

Im siebten Kapitel werden die auf Dissens orientierten prozeduralen Operationen der parlamentarischen Politik näher diskutiert. In dem Kapitel behandle ich rhetorische Topoi der Politik als eine auf die Deliberation von *pro et*

contra ausgerichtete Aktivität. Zuerst werden die Grenze und der finale Schritt der Deliberation mit dem Vokabular der politischen Entscheidung zwischen Alternativen analysiert. Verhandlung verweist auf die Verhältnisse des Bundestags zu anderen parlamentarischen Gremien und Beratung gilt der Behandlung der Fragen auf der Agenda in den verschiedenen Stadien. Der parlamentarische Dissens wird mit den rhetorischen Begriffen der Debatte und der Diskussion vertieft: Die Debatte umfasst die gesamte Palette der Fragen vom Agenda-Setting bis zur Abstimmung, die Diskussion bezieht sich primär auf das vorparlamentarische Moment des Agenda-Settings.

Während im siebten Kapitel der Dissens zwischen politischen Alternativen nach dem parlamentarischen Modell das Thema bildet, konzentriert sich das achte Kapitel auf die personale Seite desselben Phänomens, auf die Politik als streitbares Handeln, das seine Gegner anerkennt und ihnen prinzipiell Respekt zollt. In der Praxis sind diese Aspekte schwer voneinander zu trennen, aber gewisse sprachliche Unterschiede gibt es. Das Vokabular der Kontroverse sowie die Topoi des politischen Streits und der politischen Auseinandersetzung als Quasi-Synonyme mit rhetorisch und historisch unterschiedlichen Nuancen werden anhand ihres Gebrauchs in den Bundestagsdebatten analysiert.

Im neunten Kapitel wird der Topos der Politik als Spiel thematisiert; darin sind prozedurale und personale Dimensionen miteinander verbunden. Zuerst werden die Gemeinplätze gegen das Spielen aufgenommen und diskutiert, und dann die praktische Akzeptanz des Spielens als Bestandteil aller Politik sowie die Aufwertung des Spielens behandelt. Danach werden drei scheinbar alltägliche Aspekte der Spielsprache der Politik diskutiert, bei denen man nicht immer an das Spiel denkt, nämlich, den Spielraum, das Rollenspiel und die Spielregeln, die jedoch eng mit der parlamentarischen Politiksprache verbunden sind. Bei den Abgeordneten zeigt sich eine zunehmende obzwar stillschweigende Akzeptanz der Spielsprache als Bestandsteil der Kontingenz der parlamentarischen Politik.

Im Schlusskapitel verbinde ich die Analyse der Politiktypologie mit dem Kontext der Studie. Ich stelle diese Interpretation zur Bedeutung der Parlamentsdebatten als Gelegenheit dar, der begrifflichen Revision und Innovation und der weiteren Begriffsgeschichte der Politik mittels der analytischen Typologie und der rhetorischen Toposanalyse zu dienen. Darüber hinaus mache ich vorsichtige Bemerkungen zu den konzeptionellen Wandlungen in der Stellung und im Verständnis des Politikbegriffs in der Bundesrepublik während der 68 Jahre. Primär interessiert mich das Verhältnis zwischen Parlament und Politik, das die Diskussion der Verbindungen zwischen Politiktypologie, der analysierten Topoi der Politiksprache und der parlamentarischen Prozeduren und Praktiken umfasst.

Neben den historischen Interpretationen zielt das Buch auf eine weiterführende Konstruktion eines Repertoires zum Politikbegriff, die spätere Studien anwenden, prüfen, modifizieren und revidieren können. Wenn in Parla-

menten alles Politik/politisch ist, wie können dann die interessantesten Aspekte der Politik aus den Debatten herausgelesen werden? Dazu liefert das Buch eine mögliche Antwort.

Zuletzt einige Bemerkungen zur Praxis der Darstellung. Die Wahlresultate, die Sitzverteilung im Bundestag sowie die Bundesregierungen habe ich als bekannt angenommen (s. https://www.bundestag.de/parlament/wahlen/ergeb nisse_seit1949-244692; https://www.wahlen-in-deutschland.de/bBundestag Fraktionen.htm; https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_deutschen_Bundesre gierungen).

Einige in den Zitaten erwähnte Phänomene oder Ereignisse, die ich selbst nicht kannte (Herstatt-Skandal, Zumthor-Entwurf, Kyffhäuser-Legende usw.) habe ich nachgeschaut und kurz präsentiert. Dasselbe gilt für andere, die man der heutigen Leserschaft nicht mehr als bekannt voraussetzen kann, wie die Metonymie 'Pankow' oder die Schleier-Entführung durch die RAF.

Die Mitglieder des Bundestags werden als Redner mit Vornamen und Parteibindung zur Zeit der Rede zitiert, auch bei Wiederholungen und wenn die Partei allgemein bekannt ist. Im sonstigen Text werden die erstrangigen Politiker als bekannt vorausgesetzt, etwa wenn ich von der Adenauer-Ära spreche. Doktor- und Adelstitel habe ich mit der etablierten Ausnahme von Otto Graf Lambsdorff weggelassen. Als Vornamen benutze ich allgemein gebrauchte Eigenbezeichnungen – Joschka Fischer, Theo Waigel, Ulla Schmidt usw.

2. Politik als Ordnung und Handeln

Intuitiv dachte ich ‚immer', dass Politik Handeln, Aktivität, Agieren, Tätigkeit oder Praxis sei. Seit ich mit der Begriffsgeschichte um 1980 begonnen habe, verstand ich Politik im Sinne einer kontingenten und kontroversen Aktivität, die immer auch anders sein könnte und dem Streit ausgesetzt ist. Diese Auslegung ist in europäischen Debatten seit dem neunzehnten Jahrhundert durchaus vorhanden (s. Palonen 1985, 2006). In diesem Band frage ich, inwieweit, wann und in welchen Formen der Handlungsbegriff der Politik sich in den Plenardebatten des Bundestags zeigt. In diesem Kapitel präsentiere jedoch zuerst die Gegenposition, die Belege, die einige Fragen oder Standpunkte für unpolitisch erklären sowie die Grenzfälle zwischen Handeln und Nicht-Handeln aus den Bundestagsdebatten, bevor ich im letzten Abschnitt einige prinzipielle Deklarationen auf Politik als Handeln kurz diskutiere.

2.1 Politik als Ordnung

Die Mehrheit der unproblematisch erscheinenden Anwendungen des Politikvokabulars in den Debatten des Bundestags dürfte mit dem räumlichen Verständnis der Politik als eine separate Sphäre, ein bestimmtes Feld, einem Bereich des Lebens, einem Sektor in einem System oder einer Ordnung unter anderen verbunden sein. Genau gelesen enthalten viele dieser Belege jedoch auch Verweise auf Zeit und Aktion, und zwar wenn man die Frage stellt, wie sich Politik in diesen Räumen bemerkbar macht.

Das Politische als Raum- oder Ordnungsbegriff – ein Terminus, der, teilweise mit Verweis auf Carl Schmitt, in der akademischen Debatte neuerdings gern benutzt wird (z.B. Rosanvallon 2003; Mouffe 2005; Marquard 2007, 2010) – operiert mit einer Ab- oder Eingrenzung der Kontingenz, die jedoch von jener der anderen Ordnungen, wie Moral, Ökonomie, Recht, Kultur und Religion unterscheidet. Dieser Begriff hat seine eigene Geschichte, die perspektivisch in vielen Studien im Umfeld des von Willibald Steinmetz geleiteten, nunmehr abgeschlossenen Sonderforschungsbereichs an der Universität Bielefeld analysiert worden ist (s. etwa Steinmetz Hg. 2005; Meier, Papenheim und Steinmetz 2012, Steinmetz et al. (Hg) 2013; Papenheim 2017).

Der Ordnungsbegriff der Politik operiert mit dem einfachen Entweder-Oder: ‚Ist' etwas politisch oder nicht? Die Zugehörigkeit zu Politik kann umstritten sein, und dazu dienen Redewendungen wie ‚Politik im engeren und weiteren Sinne'. Im Grunde setzt diese Redeweise voraus, dass man schon ‚weiß' was politisch ist, dass es eine gängige, normale oder ordentliche Be-

deutung von Politik gibt, die zumindest von allen Insidern verstanden wird. Dies in Frage zu stellen, ist ein Ansporn für meine Studien zur Begriffsgeschichte der Politik gewesen, die von der Annahme ausgehen, dass aus allen möglichen Phänomenen der politische Aspekt herausgelesen werden kann und dass es keinen sicheren Schutz vor der Politik gibt.

Dass eine räumliche Konzeption der Politik in den Bundestagsdebatten sehr häufig ist, findet man in den Suchergebnissen: *Politikbereich* (770) und *Politikfeld* (575) gehören zu den meist benutzten Wortkonstellationen. Die Raummetaphorik hängt offenbar mit der Vormacht der Regierungsvorlagen im Bundestag zusammen (zu *Politikbereichen* s. z.B. Oskar Lafontaine, SPD, 5. Februar 1998, zu *Politikfeldern* s. Ministerin Hannelore Rönsch, CDU, 24. Juni 1994, zu *Politiksektoren* s. Minister Hans Friederichs, FDP, 24. März 1977). Diese drei Termini treten jedoch erst seit den siebziger Jahren, zusammen mit dem Planungsdenken nach Policy-Bereichen auf.

Die für die Policy-Konzeptionen typische Rede von der ‚Bindestrich-Politik' erwähnt in Plenardebatten nur Carlo Schmid (SPD) in einem kritischen Sinn: „Wir sollten alles vermeiden, was da aussehen könnte, als wollten wir eine Art von Bindestrich-Politik betreiben, Bindestrich-Amerikaner, Bindestrich-Italiener, Bindestrich-undsoweiter-Leute schaffen. Wir dürfen durch unsere kulturpolitischen Bemühungen keine Deutsche schaffen wollen" (11. Dezember 1963).

Ein Hinweis zur etablierten Bedeutung des Politikbegriffs in den fünfziger Jahren enthält die Rede von Adolf Arndt (SPD), gehalten am 18. Februar 1955. Er präsentierte dem Bundestag den Bericht des Ausschusses für Rechtswesen und Verfassungsrecht in einer Streitfrage vor dem Bundesverfassungsgericht (Antrag des Landgerichts Traunstein gegen Friedrich Schmiedinger). Darin analysiert er das ‚politische Leben'. Arndts Bericht enthält eine Bestandsaufnahme davon, was im Bundestag der 50er Jahre als politisch galt und wer für einen Teilnehmer des politischen Lebens gehalten wurde.

Den Ausgangspunkt für den Bericht bildet die Stellungnahme des Landgerichts Launstein, „daß §187a StGB zu willkürlichen Erwägungen führe, weil sich nicht abgrenzen lasse, welche Person im politischen Leben des Volkes stehe" (zitiert ebenda, S. 352). Arndt hält diesen Standpunkt für „irrig": „Der Begriff des politischen Lebens in §187a StGB ist nicht unbestimmt, sondern bestimmbar". Er sieht darin einen „engeren Begriff" als den des „öffentlichen Lebens", indem er feststellt: „Während auch Wissenschaftler, Künstler, Schriftsteller, Schauspieler, Artisten und andere Personen im öffentlichen Leben stehen, sind Personen, die im politischen Leben stehen, ihrer Zahl und Art nach wesentlich enger umgrenzt" (18. Februar 1955).

Der Ausschluss der Wissenschaftler, Künstler usw. aus dem politischen Leben beruht auf ihrer Abgrenzung von der Sphäre des politischen Lebens. Der Streit mit dem Gericht gilt jedoch vor allem der Frage des „besonderen Eh-

renschutzes“ für die „Personen des politischen Lebens“, was Arndt wie folgt begründet:

> Das Landgericht Traunstein irrt, wenn es einen Grund vermißt, warum Personen, die im politischen Leben stehen, einen verstärkten Ehrenschutz genießen sollen. Verfehlt ist insbesondere seine Erwägung, weil der Schritt in das politische Leben freiwillig getan werde, dürfe niemand auf einen verstärkten Ehrenschutz Anspruch erheben, der sich aus eigenem Entschluß der öffentlichen Kritik in verstärktem Maße aussetze. Denn der erhöhte Ehrenschutz wird durch §187a StGB den im politischen Leben stehenden Personen ja nicht etwa um ihrer selbst willen zugebilligt, sondern dient dem Schutz der demokratischen Ordnung und des Staatsganzen. Ein demokratischer Rechtsstaat beruht darauf und ist darauf angewiesen, daß sich seine Bürger am politischen Leben beteiligen. Deshalb besteht um die Demokratie willen ein Staatsinteresse daran, diesen selbstverständlich freiwilligen Schritt in das politische Leben zu fördern und zu erleichtern, indem dafür gesorgt wird, daß die Bürger, die sich in besonderem Maße der Politik widmen, nicht als vogelfrei angesehen werden. (18. Februar 1955)

Amt, Mandat oder hauptamtliche Tätigkeit sind für Arndt keine entscheidenden Kriterien, sondern „die tatsächliche Stellung in der Wirklichkeit des politischen Lebens“. Damit zählt er auch hohe Richter, Parteiführer oder Publizisten zu politisch Tätigen, deren Ehre „üble[n] Nachreden und Verleumdungen“ ausgesetzt ist und die einen besonderen Schutz genießen sollten. Somit erweitert Arndt den Kreis der politischen Akteure auf alle ‚öffentlich’ wirksamen Akteure, wobei er als operationales Kriterium für, ‚üble[n] Nachreden und Verleumdungen’ ausgesetzt zu sein, das der ‚politischen Öffentlichkeit’ einsetzt.

In meinem Politikschema verweist *politisch* im Sinne der Öffentlichkeit auf die *polity.* Da diese auf die Aktionen der politisch wirksam Tätigen zurückführbar ist, bezieht sie sich auf das Handeln, aber nicht auf *policy* sondern auf *politicking*, im Sinne der Einmischung in die Politik.

Die Sonderstellung der Bundestagsmitglieder wird mit der parlamentarischen Immunität aufrechterhalten. Versuche, die parlamentarische Immunität aufzuheben, die sich in den ersten Wahlperioden des Bundestags häuften, enthalten ein analoges Problem: Das Kriterium der Immunität kann nicht die Unterscheidung von Recht und Politik als Lebenssphären, sondern nur das Handeln und seine Qualität sein (s. bes. Kap. 5. unten).

2.2 Apolitisch – unpolitisch

In den Bundestagsdebatten gibt es eine erhebliche Anzahl von Verneinungen des politischen Charakters von etwas. Diese Negationen können sowohl das eigene als auch das fremde Handeln, sowohl die Akteure als auch die Frage auf der Tagesordnung und eventuell auch bestimmte Vorgänge mit Bezug auf den Gegenstand betreffen. Aus der Sicht meiner Ausgangsthesen sind Parla-

mentsreden, in denen etwas für *unpolitisch* oder *apolitisch* deklariert wird, durchaus als politische Schachzüge in der Debatte zu verstehen – die Frage nach ihrer ‚Wahrheit' stellt sich nicht (s. Skinner 2012). In jeder Behauptung, dass etwas apolitisch, unpolitisch oder Ähnliches ist, deutet sich etwas als für die Politik Typisches, allgemein Akzeptiertes oder stillschweigend Vorausgesetztes an.

Im Deutschen gibt es mehrere Negationsausdrücke: in den Bundestagsdebatten sind antipolitisch, politikfeindlich usw. jedoch so marginal, dass ich sie weggelassen habe. *Entpolitisierung* behandle ich im Kap. 3.5, hier konzentriere ich mich auf *apolitisch* (erwähnt in 21 Debatten) und *unpolitisch* (260 Debatten). Der letzte Beleg für ‚apolitisch' stammt aus dem Jahr 1994, das Wort ‚unpolitisch' wird in jeder Legislaturperiode erwähnt.

Kein Redner in Bundestagsdebatten reklamiert *apolitisch* für sich. Einige unter ihnen zweifeln daran, ob eine apolitische Haltung überhaupt möglich ist, etwa Erik Nölting (SPD), der über das Monopolamt sagt, dass „ein solches Amt nicht isoliert im apolitischen, luftleeren Raum existiert, sondern ihm ist ein Beirat beizugeben" (27. Januar 1950). Albert Burger (CDU) kritisiert die Ansprüche mehrerer Bürgermeisterkandidaten in Baden-Württemberg, „parteipolitisch unbedingt neutral" zu sein: „Ist eine solche Haltung nicht undemokratisch, ja, apolitisch"? (11. Oktober 1967). Hans de With (SPD) beklagt, dass „pure Zurückgezogenheit, einseitige Kommunikation und apolitische Denkweisen von Richtern uns schlecht anstehen, wollen die Richter noch der Lebenswirklichkeit tatsächlich gerecht werden" (6. September 1994).

Die vermeintlich apolitische Haltung stärkt mehreren Rednern zufolge antidemokratische und antiparlamentarische Kräfte. Karl Kanka (CDU) parodiert die aus der NS-Zeit stammende Politikallergie vieler Richter: „Ein sehr fragwürdiger Grund ist für nicht wenige Richter, aber auch für viele andere Bürger und Diener unseres Staates, die sich jetzt so apolitisch benehmen, daß sie einmal in einer Partei waren, einer Partei, die in Wirklichkeit keine war, sondern nur das Instrument von Machthabern in einem totalitären Zwangsstaat" (22. Januar 1959). Liselotte Funcke (FDP) stellt die Sehnsucht nach harmonischer Ordnung in Frage: „Die Vorstellungen von der konfliktreichen Demokratie sind in unserer Bevölkerung nicht groß, und die Fragen der Politik stehen in weiten Teilen unserer Bevölkerung am letzten Ende. So trifft diese sich politisch engagierende Jugend auf eine völlig apolitische Bevölkerung" (7. Mai 1968, s. Peter Glotz, SPD, 30. Juni 1976; Ministerpräsident Oskar Lafontaine, SPD, 4. Oktober 1990).

Apolitisch kann jedoch Aktionen jenseits von *politicking* bezeichnen, wie Fritz Erler (SPD) Oberst Schmückle, den Pressereferenten vom Minister Franz-Josef Strauß im Bundesverteidigungsministerium, zitiert: „Der Atomkrieg ist der apolitische Krieg schlechthin" (6. April 1962). Innenminister Werner Maihofer (FDP) sieht die Terroristen als apolitisch: „Nicht also … die in ihm steckende politische Strategie, sondern die aus ihm folgende apolitische und

antisoziale Kriminalität gemeiner Straftaten solcher terroristischen Vereinigungen“ (12. Juni 1975), während SPD-Parteivorsitzender Willy Brandt unter den Jugendlichen die „ins Apolitische“ abgewanderten von jenen unterscheidet, die „im nichtpolitischen, verwerflichen, zerstörerischen Terrorismus gelandet“ sind (ebenda).

Karl-Hans Kern (SPD) nennt das Verlassen auf technokratische Lösungen, anstatt auf parlamentarische Verfahren apolitisch: „Einrichtungen … die gleichsam Sachzwänge technischer und technologischer Art zum Maßstab der Beurteilung politischer Sachverhalte machen, können keine für das Parlament dienliche Arbeit leisten. Technokratische Ansätze sind vom Grunde her apolitisch“ (18. Mai 1973). Wirtschaftsminister Karl Schiller (SPD) sieht, wie die technisch einfachste Lösung politisch fatal sein kann: „Ein anderer wiederum … mag ganz apolitisch, ganz kühl und gelassen aussprechen, die Lösung des Kohleproblems sei lediglich eine Frage des politischen Mutes. … Es ist kein politischer Mut, über Menschenschicksale einfach hinwegzusehen“ (8. November 1967).

In mehreren Beiträgen sind die Gegner *apolitisch.* Wilhelm Borm (FDP) verteidigt die Ostverträge: „Es wäre einfach apolitisch, wenn man glauben wollte, daß ein Nein nur eine vorübergehende, leichte internationale Unruhe auslösen würde, für die dann die jetzige Bundesregierung und ihre Verbündeten allein verantwortlich wären“ (23. Februar 1972). Heinrich Windelen (CDU) argumentiert dagegen: „Nach meiner Überzeugung würde das den Maßstäben der Moral und unserer Pflichten gegenüber jenen, die in Unfreiheit leben müssen, nicht gerecht. Ja, lassen Sie mich fragen: Ist ein solches Sich-Abfinden nicht letztlich eine amoralische und zugleich apolitische Haltung“? (24. Januar 1973).

Apolitisch sind die Gegner, wenn sie Politik nicht verstehen. Klaus-Jürgen Hoffie (FDP) begründet dies ‚realpolitisch’: „Ich meine nicht noch weitere Senkung der Lärmgrenzwerte, die ja wegen ihrer finanz- und haushaltspolitischen Realitätsferne in den Bereich apolitischen Wunschdenkens verwiesen werden müßte“ (6. März 1980, s. auch Kurt Mattick, SPD, 18. Februar 1977). Die Kritik an der Naivität der Jugendlichen verbindet Horst Ehmke (SPD) mit einer Selbstkritik:

> Daß in dieser jugendlichen Kritik oft auch eine gewisse apolitische Naivität und Mangel an politischer Erfahrung durchklingen, kann für uns weder ein Grund zum Hochmut noch ein Entschuldigungsgrund sein. Wenn es hier einen Graben von Unverständnis und Mißverständnissen gibt, so liegt das nicht nur an Schule und Elternhaus, sondern ganz offensichtlich doch auch an den politischen Parteien, d. h. an uns selber. (28. Mai 1982)

Diese Beiträge, politische Gegner für apolitisch zu halten, stammen alle aus den Jahren der sozial-liberalen Koalition. Sie drücken sowohl den mangelnden parlamentarischen Respekt den Gegnern als auch der Einsicht gegenüber aus,

dass nichts unabhängig von der politischen Konstellation apolitisch oder politisch ist.

Der Unterschied zwischen ‚apolitisch' und ‚unpolitisch' ist nicht eindeutig. Kurt Mattick (SPD) zitiert den US-Senator Jacob Javits: „Der amerikanische Senator … nannte den Vorschlag Titzck/Blumenfeld, wie er sich ausdrückte: unpolitisch, um nicht zu sagen apolitisch" (10. Februar 1977) – Rudolf Titzek war Minister in Schleswig-Holstein, Erik Blumenfeld CDU-Bundestagsabgeordneter. Oskar Lafontaine (SPD) als Ministerpräsident des Saarlandes verweist auf den französischen Politologen Alfred Grosser: „In Deutschland mehr als woanders – gibt es die Tradition des Unpolitischen, des Apolitischen" (4. Oktober 1990). Der doppelte Terminus markiert eine rhetorische Stärkung der Pointe, *apolitisch* ist aber das schlimmere Schimpfwort.

Dagegen wird ‚unpolitisch' im Bundestag auch neutral oder defensiv aufwertend verwendet. Es dient einer Abgrenzung der Politik innerhalb des Staates von Gerichten (z. B. Walter Kühn, FDP, 28. Mai 1952), von der Beamtenschaft (s. Max Becker, FDP), „die Minister und die Staatssekretäre und vielleicht noch dieser oder jener Ministerialdirektor sind politische Beamte … Alle anderen sind unpolitische Beamte" (12. Oktober 1952), und von der Polizei (s. August Dresbach, CDU, 7. November 1950; s. auch die Kritik an Politisierung, unten Kap. 3.5). Für Richard Hammer (FDP) ist die Ärztekammer „unpolitisch", da sie nicht „wirtschaftliche Interessen zu vertreten" hat (13. Oktober 1950), während Franz Richter [Rössler] (DRP) die Gewerkschaften kritisiert, die, obwohl sie „unpolitisch sein wollen", dies nicht sind (14. Februar 1951).

Mehrere KPD-Abgeordnete bestritten den unpolitischen Charakter der Richter und Beamten. Robert Leibbrand formuliert dies sozialdeterministisch:

> Selbst wenn es diesen chemisch reinen unpolitischen Richter oder Juristen geben würde, … – es kommt … auf die allgemein politische Einstellung, die schließlich jeder Mensch hat –, und …, daß allein die soziale Herkunft der Großzahl unserer Richter doch schon dafür bürgt, daß sie einer bestimmten politischen Auffassung, bestimmten Weltanschauung oder bestimmten sozialen Auffassung nahestehen. (19. Januar 1950, s. auch den Zwischenruf Heinz Renners, KPD, an Fritz Neumayer, ebenda)

Gustav Gundelach (KPD) beruft sich auf den historischen Fortschritt: „Ein fähiger und fortschrittlich eingestellter Beamter darf nicht unpolitisch sein. Der Berufsbeamte soll und muß … aufs engste mit dem Volk verbunden sein" (15. Februar 1950). Diese Stellungnahmen deuten auf das Profil der KPD in den Bundestagsdebatten der ersten Wahlperiode hin. Beide sind insofern paradox als sie Politik als Handeln der Herkunft oder dem Fortschritt unterordnen.

Verteidigungsminister Theodor Blank (CDU) beansprucht einen Bruch mit der deutschen Tradition des ‚unpolitischen' Soldaten in der neuen Bundeswehr:

> [A]ufgeschlossen und teilnehmend an allen großen politischen Fragen und Ereignissen, stets von innen heraus die Grundgedanken unseres demokratischen und sozialen Rechtsstaates bejahend, niemals in falscher Neutralität gegenüber diesem Staat, niemals

schlechthin unpolitisch, sondern überparteilich und dem Gesamtvolk verpflichtet. (12. Oktober 1955)

Erwin Feller (GB/BHE) will einen Bruch mit dem „unpolitische[n] Untertanengeist“, den der Nationalsozialismus benutzte (16. Juli 1955), und Carlo Schmid (SPD) kritisiert die Weimarer Redeweise, „die angeblich unpolitische Funktion des Militärs“ (18. April 1956). In der sozial-liberalen Ära setzten die Anhänger der Regierungsparteien die Kritik am unpolitischen Militär fort. Friedrich Schäfer (SPD) sagt dazu: „Der Soldat, der sich als unpolitischer Soldat, einer falschen Tradition folgend, auf das militärische Handwerk beschränkt, versäumt einen wesentlichen Teil seiner beschworenen Dienstpflicht als Soldat in einer Demokratie“ (3. Februar 1977, s. auch Karl-Wilhelm Berkhan, SPD, 26. Mai 1970 und Jürgen Möllemann, FDP, 18. Mai 1979 und 9. Juni 1982). Dagegen unterspielt Manfred Wörner (CDU) die Frage: „Man hat aus einem unpolitischen und geselligen Kameradschaftstreffen … eine Haupt- und Staatsaffäre gemacht“ (3. Februar 1977).

Der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer sprach gegen „eine unpolitische ‚Ohne-Mich-Stimmung'“ des Pazifismus der fünfziger Jahre (15. Dezember 1954), und Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß (CSU) sieht in der Atomdebatte „viel … an Antihistorischem bis Unpolitischem“ (8. April 1960). Nach dem Rücktritt von Strauß infolge der Spiegel-Affäre von 1962, verteidigt Georg Kliesing (CDU) einen Politiker als Verteidigungsminister: „Wollen Sie denn etwa das Ideal in einer unpolitischen Geßler-Natur sehen“ (15. April 1964). In diesen Beispielen geht es um die politische Kontrolle und ihre Grenzen innerhalb des Staates.

Gegen die kommunistische ‚Politisierung' verteidigen die Bundestagsabgeordnete das Unpolitische, um nicht alle Verbindungen abzubrechen. Bei Hermann Pünder (CDU) heißt es im zweiten Monat des Bundestags zum „Oststaat“, „daß für unsere Bundesrepublik kein Anlaß vorliegt, an den bisher schon bestehenden unpolitischen Wechselbeziehungen etwas zu ändern“ (21. Oktober 1949). Gegen politisch steht ‚privat' oder ‚menschlich': Max Riederer v. Paar (CDU) nennt „unpolitische Gebiete, etwa den Kulturaustausch oder den Sport“ (29. April 1954, zum „unpolitischen Gebiet der Kultur“ s. Ferdinand Friedensburg, CDU, 17. Januar 1955). Rudolf Will (FDP) nennt die „Wohlfahrt der Berliner Bevölkerung … eine völlig unpolitische Aufgabe“ (26. Oktober 1955). Für den Berliner CDU-Abgeordneten Ernst Lemmer kann „die beste Normalisierung des innerdeutschen Verkehrs und des unpolitischen Zusammenlebens deutscher Menschen … nicht als die Lösung der deutschen Frage angesehen werden“ (30, Mai 1956). Als Bundesminister sieht er, dass „das Fachstudium aber noch bis zu einem gewissen Grade unpolitisch und unausgerichtet danebenstand“, aber die SED strebt danach, „auch das Fachstudium völlig im Sinne des dialektischen Materialismus zu politisieren“ (1. Oktober 1958).

Einige Redner identifizierten die Post als die typische unpolitische staatliche Institution. Willy Stahl (FDP) berichtet wie im Ausschuss „eine unpolitische, aber dennoch eine nicht ganz unwichtige" Angelegenheit behandelt wurde, nämlich „die künftige Gestaltung der zweiten Dauermarkenserie der Deutschen Bundesrepublik" (25. April 1951). Auch Heinrich Schneider (FDP) fragt nach Briefmarken, und zwar nach den „Baudenkmäler[n] auf den Marken dieser neuen Serie" mit der Begründung, „ich spreche einmal unpolitisch" (11, Februar 1965). Er identifiziert politisch mit parteigebunden. Für Wilhelm Borm (FDP) gibt es „im wesentlichen unpolitische Fachministerien wie etwa das Postministerium, das Verkehrsministerium oder das Gesundheitsministerium" (16. Dezember 1966). Dahinter steckt die kameralistische Sicht, nach der einige Ministerien nur verwalten und keine Politik betreiben.

Fragen, wo die Scheidelinien nicht zwischen Parteien verliefen, wurden für ‚unpolitisch' und deswegen für allgemein akzeptabel gehalten (zu Wahlprüfungs- und Immunitätsfragen Ludwig Schneider, FDP, 23. Februar 1955; Max Riederer v. Paar, CDU, 12. Oktober 1955, zur „Änderung des Güterkraftverkehrsgesetzes" Egon Ramms FDP, 7. November 1958). Aber auch das Fehlen des parlamentarischen Respekts wird „unpolitisch" genannt, wie Hans Albert v. Rechenberg (FDP) es tut: „Diese Behandlung des Abgeordneten Leuchtgens ist so unpolitisch, wie man sie sich überhaupt nur vorstellen kann (Zuruf von der KPD: Würdelos!)" (24. März 1950).

Im frühen Bundestag war es unüblich, Gegner als ‚unpolitisch' zu disqualifizieren. Thomas Dehler (FDP) verwirft jedoch Thomas Manns Gedanken von der ‚Antiquiertheit des Nationalstaats' mit einem Verweis auf dessen Buchtitel: „Das sind die Betrachtungen eines Unpolitischen" (27. Mai 1955). Hans Furler (CDU) wehrt sich gegen die unpolitische Sicht zur europäischen Integration: „Es ist nicht so, als wäre die EWG etwas Unpolitisches, Technisches. In der Zeit der modernen Industriestaaten ist natürlich ein gemeinsames Wirtschaftsgebiet von außerordentlicher, wenn nicht außenpolitischer, so doch wirtschafts-, verkehrs-, konjunkturpolitischer und sonstiger vielfältiger politischer Bedeutung" (7. Juni 1967). Der politische Streit liegt hier in der Beurteilung der Polity-Ebenen.

Ex-Kanzler Kurt-Georg Kiesinger (CDU) wirft der Regierung Brandt-Scheel eine schwache Politik in Verhandlungen vor: „Wenn man gar noch auf manche Position von vornherein verzichtet, nicht einmal sich die Mühe gibt, sie in das Verhandlungsgeschäft mit den anderen einzubringen … Wir nennen es auch das, was es ist, nämlich einen schweren politischen Kunstfehler" (27. Mai 1970). Horst Ehmke (SPD) betont den Wert, in Verhandlung zu bleiben: „Solange uns … nicht ein anderer, besserer Weg gezeigt wird als Verhandlungen … um zu einem niedrigen Niveau von Rüstung zu kommen, würden wir verantwortungslos handeln, wenn wir von diesem politischen Weg mit einer großen Hoffnung, aber ohne jeden Weg zu ihrem Ziel abgingen" (26. Mai 1981). Das *politicking* dieser Verhandlungen zeigt sich in diesen zwei Reden.

Während der großen Koalition nahmen Polemiken gegen die ‚unpolitischen' Positionen der Gegner zu. Hans Friederichs (FDP) parodiert den Wahlslogan der CDU: „Ein Slogan ‚Keine Experimente' ist das Unpolitischste, was sich eine politische Partei in einer Demokratie leisten kann" (14. März 1968). Martin Hirsch (FDP) sieht im ‚Wirtschaftswunder' „die betont unpolitische Politik dessen, was man hypertroph und falsch ‚westdeutsches Wirtschaftswunder' genannt hat" (16. Mai 1968). Äußerungen wie diese verweisen auf eine Veränderung, darauf dass im Bundestag die Bezeichnung ‚unpolitisch' zunehmend im politischen Streit eingesetzt wurde.

Auf der Regierungsseite gibt es programmatische Kritiken am Unpolitischen. Bundeskanzler Willy Brandt deklariert: „Nur ist es dann steril, und vielleicht kann es sogar unpolitisch werden, wenn die Politik der Regierung, … an nebulösen, von der Opposition selbst nicht recht geglaubten Vorstellungen über die staatliche Einheit gemessen wird" (16. Januar 1970). Klaus Konrad (SPD) sieht eine Gefahr in der modischen ‚Umweltpolitik': „Die unpolitische, verharmlosende Behandlung vielschichtiger politischer Tatbestände von höchster Sprengkraft darf nicht zur Sonntagsbeschäftigung werden" (3. Dezember 1971). Minister Karl Schiller (SPD) hebt hervor: „Die deutsche Wirtschaft sollte aus dem unpolitischen Schatten heraustreten. … Sie sollte ihre Stimme erheben für eine internationale Politik der Vernunft und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit" (15. März 1972). Hier sind Öffnungen hin zu einer *politicisation* der Fragen angedeutet.

Nach dem Wahlsieg von 1972 setzte Kanzler Willy Brandt (SPD) die Polemik gegen ‚unpolitische Bürger' mit einer begriffsgeschichtlichen Markierung fort: „Es ist der unpolitische Bürger, der dazu neigt, sich der Obrigkeit zu beugen. Wir wollen den Bürger, nicht den Bourgeois. Wir sind dem angelsächsischen Citizen, dem französischen Citoyen geistig nähergerückt. Und vielleicht kann man sagen, die Bundesrepublik sei insofern ‚westlicher' geworden" (18. Januar 1973). Wolfgang Mischnick, Fraktionsvorsitzender der FDP, präzisiert die „sachorientierte Politik" der Regierung: „Das kann nicht etwa mit dem unpolitischen Wunsch nach Konfliktfreiheit gleichgesetzt werden" (ebenda). Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) ist jedoch besorgt über „den unpolitischen Deutschen": „Manchmal habe ich ein wenig Sorge, wenn ich sehe, wie sich dieser in anderer Gestalt wieder ausbreitet. Der deutsche Hang zur romantischen Ideologie ist mit der Gefahr verbunden, zu sehr unpolitischen Urteilen zu geraten" (21. Mai 1974). In diesen Beiträgen ist der Bruch mit der alten *polity* das verbindende Thema.

Während Erik Blumenfeld (CDU) von „unpolitischen Unterhaltungssendungen" spricht (5. März 1965) kehrt Peter Glotz (SPD) die Formel um: „Es gibt keine unpolitische Unterhaltung. Auch und gerade die billigste Klamotte, in der das Wort ‚Politik' überhaupt nicht vorkommt, macht Politik. Sie bestätigt konservative Gesellschaftsbilder" (13. Dezember 1973).

Die Regierungsparteien kritisierten die Außen- und Deutschlandpolitik der CDU als unpolitisch. Minister Egon Franke (SPD) greift den Kritiken der Opposition vor: „Wer kritisiert, daß diese Materialien ganz unpolitisch seien, … hat einfach nicht begriffen, worum es eigentlich geht“ (28, Januar 1971). Martin Bangemann (FDP) sagt zum UN-Beitritt: „Nein, es ist nicht bloß die Frage der Feststellung einer Realität, Herr Hupka. Das ist natürlich im Grunde genommen ein unpolitisches Verhalten, das ich Ihnen gar nicht unterstellen möchte“ (10. Mai 1973, zum Realitätssinn s. auch parlamentarischer Staatssekretär Karl Moersch, FDP, 20. Juni 1974). Wolfgang Mischnick (FDP) kritisiert die eng juristische Argumentation der Opposition: „Wem … in der Deutschlandpolitik nichts weiter einfällt, als im Stadium des konkreten Handelns gleich nach dem Richter zu rufen, verhält sich in meinen Augen zumindest unpolitisch“ (23. Mai 1973, s. auch Egon Bahr, SPD, 19. Juni 1974; Kurt Mattick, SPD, 25. Juli 1975; Minister Egon Franke, SPD, 11. Mai 1978).

Lenelotte v. Bothmer (SPD) wendet sich dagegen, „daß es immer noch Schulen gibt, in denen der politische Bereich als Tabu gilt, ja, Schulen, die stolz darauf sind, daß sie völlig unpolitisch sind. Es wird dadurch eine Haltung suggeriert, als könne man überhaupt denken und handeln, ohne Werte zu setzen“ (14. Oktober 1970). Ein anderes Beispiel, „daß Kommunalpolitik eben nicht eine Sache von unpolitischen Fachleuten ist, … sondern daß wir im Deutschen Bundestag Politik für Kommunen machen“ (Peter Conradi, SPD, 27. September 1974, s. auch Wilfried Penner, SPD, 24. November 1977).

Die CDU-Abgeordneten lernten ebenfalls die Regierungspolitik als unpolitisch zu diskreditieren, zuerst Manfred Abelein: „Daß die Bundesregierung in den Verhandlungen mit der DDR so zahlreiche politische Niederlagen hinnehmen mußte. Deswegen werden wir uns entschieden dagegen zur Wehr setzen, daß dieser von der Bundesregierung vielleicht beabsichtigte unpolitische Stil auch auf die Arbeit des Bundestages übergreift“ (10. April 1975). Eduard Lindtner (CSU) kritisiert die Bundesregierung: „Sie gibt sich z.B. hinsichtlich der wirtschaftlichen Beziehungen zur DDR weiterhin völlig unpolitisch“ (11. Mai 1978, s. auch Gerhard Kunz, CDU 5. Oktober 1978 und 15. Februar 1979; Heinz-Günther Hüsch, CDU, 5. März 1982). Auch Helmut Kohl als CDU-Oppositionsführer benutzt dieses Vokabular: „Das Gas- und Röhrengeschäft mit der Sowjetunion wird von den Repräsentanten der Bundesregierung als ein beinahe unpolitischer Handel hingestellt“ (26. Mai 1981).

Alois Mertes (CDU) wirft der Regierung Juristerei vor: „Sie hat Journalisten und Vertreter der politischen Bildungsarbeit darauf hingewiesen, wie falsch die Meinung ist, es handele sich bei der Seerechtskonferenz um eine abgelegene Materie für Marinespezialisten oder um unpolitischen juristischen Formelkram – um einen Ausdruck zu gebrauchen, der nach 1969 bei der SPD so beliebt war“ (2. Juli 1976, s. auch Karl-Heinz Narjes, CDU, zur Uranversorgung, 20. April 1978). Richard Jaeger (CSU) kritisiert die Südafrikapolitik der Regierung: „Diese Doppelmoral der Bundesregierung ist … unmoralisch

und letzthin unpolitisch. Denn der Blick der Bundesregierung und der Sozialdemokratischen Partei bleibt auf den Rassenkonflikt fixiert. Die übrigen Probleme, die Kap-Route und die Rohstoffe, sieht man nicht“ (18. Januar 1980). Hier ist die ältere Konnotation, die Politik mit Staatsräson verbindet, noch voll in Kraft.

Einige CDU-Abgeordnete benutzen ‚unpolitisch' noch im neutralen Sinne als ‚sachgemäße' *policy.* Hermann-Josef Russe (CDU) verteidigt die ‚Rettung der Arbeitsplätze' im Ruhrgebiet, „daß wir an allen Stellen, wo dies notwendig war, wo es zwingend wurde, schnell, unbürokratisch, unpolitisch zu handeln, dies getan haben“ (8. November 1974, s. auch Heinrich Gewandt, CDU, 28. April 1971; Claus Jäger und Richard Ey, beide CDU, 10. Juni 1976). Minister Gerhard Jahn (SPD) spricht von der ‚unpolitischen' Kriminalität (10. Dezember 1969 und 18. März 1970), indem er den Kontrast zwischen ‚politisch' und ‚gewalttätig' hervorhebt.

Analytisch gesehen besteht ein Unterschied darin, dass bei den CDU-Kritiken am Unpolitischen in der Regierungspolitik immer die *policy* etwas Unpolitisches ist. Dagegen verweisen sowohl die Kritiken an der Außen- und Deutschlandpolitik der Opposition als auch die programmatischen Deklarationen der SPD- und FDP-Politiker gegen das Unpolitische auf die Polity- und Politicking-Aspekte, und bezüglich der politischen Aktivierung der Personen auch auf den Aspekt der *politicisation.*

Seit der Kanzlerschaft Kohls und dem Eintritt der Grünen in den Bundestag bleibt die Praxis, politische Gegner ‚unpolitisch' zu nennen, weit verbreitet, und zwar nach allen Richtungen, auch zwischen Oppositionsparteien untereinander.

Im Gegensatz zur frühen Bundesrepublik wird das angeblich Unpolitische der Jugend quer durch die Parteien kritisiert (Gerd Weisskirchen, SPD, 18. Januar 1989; Jürgen Augustinowitz, CDU, 12. Dezember 1991; Peter Kittelmann, CDU, 2. Dezember 1992; Kerstin Griese, SPD, 8. November 2001; Gerald Häfner, Grüne, 21. März 2002; Florian Bernschneider, FDP, 29. Oktober 2010). Bestrebungen rechtsextremer Gruppierungen als unpolitisch aufzutreten werden eindeutig verworfen (Parlamentarischer Staatssekretär Carl-Dieter Spranger, CSU, 11. November 1983; Ministerpräsident Oskar Lafontaine, SPD, 10. Dezember 1992; Ulla Jelpke, PDS, 11. September 1996; Kristina Köhler, CDU, 25. September 2008; Hans-Peter Uhl, CSU, 26. Januar 2012; Uli Grötsch, SPD, 30. September 2016).

Die CDU-Kritik am Unpolitischen richtete sich vor allem gegen die Grünen. Joachim Clemens (CDU) benutzt in seiner ironischen Kritik an den Grünen den Terminus parteiunpolitisch (29. September 1983). Paul Laufs (CDU) parodiert einen „Antrag aus der riesigen Flut von extrem technischen Vorlagen der GRÜNEN … deren technische Probleme ‚in ihrer Zusammenhanglosigkeit unpolitisch sind“ (8. Juni 1984), und später kritisiert Laufs die gesamte Opposition: „Wer so realitätsblind und unpolitisch ist, ist nicht nur

regierungsunfähig, er ist auch oppositionsunfähig“ (28. März 1985). Dahinter stecken zwei allgemeine Vorwürfe, der Mangel an *Realpolitik* und die Politikunfähigkeit, welche zu dieser Zeit thematisiert worden sind (s. Kap. 3. und 4.). Diese Annahmen teilt die Grünen-Kritik des Parlamentarischen Staatssekretärs Martin Grüner (FDP): „Mit solchen, wie ich meine, unbedachten und unpolitischen Vorschlägen ist außerdem die Gefahr verbunden, daß konkrete Fortschritte im Moment verhindert werden“ (26. Januar 1989). Gegen die Grünen „mit Ihrer souveränen Mißachtung politischer Gegebenheiten und mit Ihrem zutiefst unpolitischen Herumtrampeln im Porzellanladen des sozialen Kampfrechts“ wendet sich ebenfalls Egon Lutz (SPD, 25. September 1986). Diese Belege verbindet ein der Tradition der *Realpolitik* verpflichtetes Politikverständnis.

Der Eintritt der PDS in den Bundestag hat weitere derartige Vorwürfe mit sich gebracht. SPD-Fraktionsvorsitzender Rudolf Scharping sieht die PDS als ein Beispiel „einer regionalistischen, regressiven und im Kern unpolitischen Partei“ (12. Oktober 1995). Scharping bestreitet nicht nur die Politikfähigkeit, sondern auch die Legitimität der PDS als Partei (s. auch Willi Brase, SPD, 1998).

Werner Schulz (Grüne) hält einen PDS-Antrag für unpolitisch: „Dieser Antrag ist absurd. Er ist unpolitisch. Solch einen Antrag stellt man, wenn man eine Mehrheit im Hause hat; dann wäre das gerechtfertigt“ (2. Oktober 1997). Dasselbe Argument gegen die Demonstrationspolitik der PDS benutzt Antje Hermenau (Grüne): „Ich halte das für einen eigentlich völlig unpolitischen Vorgang – es sei denn, es geht Ihnen wieder nur um den Eigennutz Ihrer Partei“ (30. Juni 1999). Katrin Göring-Eckardt (Grüne) verteidigt gegen die PDS die Kompromisse der Regierung Schröder: „Sie aber sollten sachlich bleiben und die Menschen nicht unnötig verunsichern. Dies ist nicht nur unpolitisch, sondern unverantwortlich“ (6. Juli 2000).

Die PDS- und Linken-Abgeordneten denunzierten ihrerseits die Politik der jeweiligen Regierung als unpolitisch. Manfred Müller (PDS) polemisiert gegen „eine undemokratische und eigentlich unpolitische Ausgrenzung von immerhin 30 Ihrer demokratisch gewählten Parlamentskolleginnen und -kollegen“ (26. Januar 1995). Heike Hänsel (Linke) wendet sich auch gegen die Grünen und die FDP: „Deshalb ist dieser Antrag in meinen Augen unpolitisch. Es ist nicht nachzuvollziehen, dass zwei Oppositionsfraktionen diesen Antrag unterstützen“ (26. April 2007, auch 13. Juni 2007 und 18. Juni 2015; Katrin Vogler, Linke, 31. Januar 2013, zur EU-Kritik Herbert Behrens, Linke, 25. September 2014).

Neu bei den Grünen war die Praxis, angeblich ‚unpolitische’ Phänomene oder Akteure als hochgradig politisch zu verstehen. Wolfgang Ehmke (Grüne) benutzt den Terminus noch scheinbar neutral für parteilose Menschen: Die „Diskussion über das Tempolimit hat vielen vorsichtigen, bedächtigen, vielleicht auch unpolitischen Mitbürgern, die meilenweit von den GRÜNEN ent-

fernt stehen, die Augen hinsichtlich Ihrer Verhandlungs- und Vernebelungstaktik geöffnet“ (17. Oktober 1984). Die szientistische Version der unpolitischen Haltung verwirft Hannegret Hönes (Grüne): „Für mich ist es die gleiche vermeintlich unpolitische Überheblichkeit des Naturwissenschaftlers, des Chemikers, für dessen Selbstverständnis es unerheblich ist, ob er Ammoniak produziert oder Zyklon B“ (20. Juni 1986). Auf Experten bezieht sich ebenfalls Antje Vollmer (Grüne): „Einerseits wollen Spender auf die Parteien Einfluß nehmen, und sei es lediglich in Form der sogenannten ‚Landschaftspflege’, andererseits soll der Schein erweckt werden, Unternehmer seien unpolitisch und hätten mit den Parteien überhaupt nichts zu tun“ (13. Oktober 1988). Für Helmut Lippelt (Grüne) gilt allgemein: „Wissenschaft ist politisch; sie kann nicht mehr unpolitisch sein“ (1. Juni 1990). Dabei identifizieren sie sowohl Spielräume für das *politicking* als auch solche für die *polity.*

Kritik am vermeintlich Unpolitischen der Technologie vertreten auch z. B. Jürgen Rüttgers (CDU), „Technikfolgen-Abschätzung ist eben keine unpolitische Domäne kleiner Expertenzirkel“ (22. Juni 1989) und Dieter Schanz (SPD) in der Entwicklungspolitik: „Diese Betrachtungsweise ist nach meinem Verständnis von Grund auf unpolitisch und geht auch an der Bewußtseinslage breiter Bevölkerungsschichten in unseren Ländern vorbei“ (10. Mai 1990).

Die sichtbarste Umwertung im Vergleich zur frühen Bundesrepublik sieht man in der Auswertung des Sports. Den ersten Beleg liefert Klaus-Jürgen Hoffie (FDP): „Der Sport selbst beginnt, hierbei ein neues politisches Selbstverständnis zu finden und die alten Komplexe aus einem – angesichts der NS-Vergangenheit und der Nachbarschaft zum sozialistisch ausgerichteten Staatssport – mißverstandenen ‚unpolitischen Sport’ abzuwerfen“ (30 Januar 1976). Er zitiert den Sportbundpräsidenten und FDP-Politiker Willy Weyer: „Parteipolitisch neutral, aber politisch handlungsfähig“ (ebenda). Das Ideal des unpolitischen Sportlers verwirft Hans-Joachim Brauer (Grüne):

> Wenn sie aber diesen scheinbar unpolitischen Bereich verlassen, sich in ihrer Vorbildfunktion zu wichtigen Überlebensfragen, wie hier für Frieden und Abrüstung, äußern und engagieren, also selbstverständliche demokratische Rechte wahrnehmen, dann passen sie nicht in das von der Bundesregierung gewünschte Bild eines sogenannten unpolitischen Sportlers. (4. Juni 1987, s. auch seine Kritik der „olympischen Illusion“, 3. März 1988)

Zwanzig Jahre später ist die Kritik am Unpolitischen des Sports ein Gemeinplatz geworden. Im Kontext der Peking-Olympiade gibt Holger Haibach (CDU) zu: „Die Olympischen Spiele waren nie unpolitisch. Es ist heuchlerisch, wenn man das behauptet“ (5. Juni 2008). Zur Eishockey-WM in Weißrussland sagt Dagmar Freitag (SPD): „Bislang fällt jedoch eher das große Schweigen im organisierten Sport auf. ‚Sport ist unpolitisch’ – so eine gern gegebene Standardantwort auf nationaler wie internationaler Ebene. Wer so agiert, verkennt die Chancen, die sich dem Sport aufgrund seiner weltweiten Faszination bei

den meisten Menschen bieten" (10. Mai 2012). Im Vergleich zu Brauer sprechen Haibach und Freitag jedoch nicht vom Sportler als politischem Akteur.

Als programmatische Kritik des Unpolitischen adressiert Außenminister Joschka Fischer (Grüne) den FDP-Abgeordneten Ulrich Irmer mit einem Verweis auf Thomas Manns berüchtigten *Betrachtungen* aus dem Jahr 1918:

> Ich weiß nicht, ob man in den „Betrachtungen eines Unpolitischen" von Thomas Mann, die damals die Grundlage für diese Frage waren, eine Tradition erkennen kann; jedenfalls hat das in Deutschland eine Entwicklung begleitet, die ich sehr zurückhaltend als äußerst unglücklich bezeichnen möchte…
> Ich glaube vielmehr, dass im Zusammenhang mit der Westbindung und der Durchsetzung der Demokratie als kulturell-politischer Form in Deutschland nach 1945 auch diese geistige Tradition überwunden wurde und auch im Kulturbegriff eine Verwestlichung stattgefunden hat. (24. Januar 2002)

Fischer sieht, dass die deutsche Tradition des Unpolitischen in der Bundesrepublik durch eine Anknüpfung an die vom Frankophilen Heinrich Mann vertretene Verteidigung der Zivilisation eine Politisierung des Kulturbegriffs mit sich brachte. Kirsten Lühmann (SPD) skizziert was ein Rückzug ins Unpolitische bedeuten würde.

> Wollen wir ein neues Biedermeier, unpolitische Bürger und Bürgerinnen, die sich zurückziehen ins Private und in ihrer engen Stube zu irdischer Glückseligkeit finden? Wollen wir eine neue außerparlamentarische Opposition heranziehen, die keine Möglichkeit mehr sieht, sich innerhalb demokratischer Strukturen an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen?. (27. Juni 2013, s. auch Michael Hartmann, SPD, 8. April 2011)

Lühmann unterscheidet zwischen zwei Arten antiparlamentarischer Politik, der einer passiven Akklamation, wie sie für das Präsidialsystem eigen ist, und der der Aktivisten, Lobbyisten u. a., die keine Debatten und deren faire prozedurale Regelung ertragen.

‚Apolitisch' ist von Beginn der Bundesrepublik an ein Schimpfwort; seit der sozial-liberalen Koalition gilt dasselbe zunehmend für ‚unpolitisch'. Da kann man zwei Stufen unterscheiden. Mit dem Koalitionswechsel von 1969 wurde der Begriffsgebrauch eng auf das *politicking* zwischen Regierung und Opposition bezogen. Die SPD und die FDP haben einen expliziten Bruch mit den unpolitischen Traditionen und eine Öffnung zur *politicisation* gefordert. Mit den Grünen und später der PDS/Linken wurde das *politicking* durch neuartige Klagen am Unpolitischen erweitert, aber die Beiträge der Grünen ab den achtziger Jahren haben vermeintlich unpolitische Policy-Fragen bestritten und ihre Verbindungen zu anderen Politikaspekten sichtbar gemacht.

In der frühen Bundesrepublik verweist die Rede vom Unpolitischen noch auf eine Abgrenzung der *polity*, die gewisse Policy-Fragen als unpolitisch erscheinen lässt. Mit der sozial-liberalen Koalition verschwindet diese Grenze der Politik, die Policy-Fragen sind ein Teil der Politik geworden, und mit den

gegenseitigen Vorwürfen des Unpolitischen, obwohl dort noch eine Differenz zwischen der sozial-liberalen Koalition und der christdemokratischen Opposition sichtbar ist, verschwindet der Eindruck, dass etwas in der Sprache noch als etwas ‚der Sache nach' Unpolitisches anerkannt wird.

Neben der Politisierung der Policy-Fragen wird in den Vorwürfen auch die Polity-Ebene sichtbar, welche mit dem Gewaltverzicht, parlamentarischem Respekt und dem prozeduralen Politikstil zusammenhängt. In dieser Hinsicht waren die Grünen lange des Unpolitischen verdächtig, doch sind sie relativ bald zu den stärksten Unterstützern dieser parlamentarischen Tugenden geworden

2.3 Grenzfälle zur Politik als Handeln

In der deutschen Sprache gibt es kein Wort, das dem englischen *politicking* entsprechen würde. Als Experiment der Debattenanalyse habe ich es zuerst mit der Formel ‚Politik-als-Handeln' probiert. Die Webseite zeigt dafür 173 Verweise in den Debatten an, innerhalb derer zumindest ein Fall des gesuchten Ausdrucks zu finden ist. Unter den darauf bezogenen Debattenstellen gibt es genügend Belege, um diese Seiten als einen ersten Anhaltspunkt für die weitere Diskussion heranzuziehen.

Die Rede vom Handeln verweist jedoch nicht immer auf die offene Kontingenz, sondern es gibt Grenzfälle, die auf die Begrenzung der Kontingenz der Politik abzielen. Einige dieser Grenzfälle spielen in den Bundestagsdebatten eine beachtenswerte Rolle. Das Nicht-Handeln der Politiker z. B. kann unterschiedlich gedeutet werden. Hannah Arendt in *Eichmann in Jerusalem* (1964) versteht das Nichtstun als eine Chance für zivilen Ungehorsam. Ihrer Deutung zufolge hätte es viele Juden vor dem Untergang gerettet, wenn die Judenräte ‚nichts getan' hätten. Das Nicht-Handeln kann aber auch als ein Verzicht auf Politik angesichts übermächtiger anonymer Prozesse verstanden werden oder auch so, dass das Handeln freiwillig anderen überlassen wird.

Im Gegensatz zwischen Handeln und Unterlassen wird die Kontingenz auf die Frage reduziert: Wer ist bereit und fähig zu handeln, wer ist zur Untätigkeit verdammt? Dies entspricht dem bekannten Kriterium aus Carl Schmitts *Politische Theologie* (1922): die Fähigkeit der Akteure über den Ausnahmezustand zu entscheiden. In diesem Sinne klagt Dirk Niebel (FDP) das Nicht-Handeln der rot-grünen Bundesregierung als Unfähigkeit zur Politik an: „Sie hätten regieren können, Sie hätten handeln können und Sie hätten tatsächlich etwas bewegen können, wenn Sie den Mumm dazu gehabt [hätten]"(29. November 2001).

Vor Aktionen, die den Bedingungen des Handelns nicht entsprechen, warnt Erich Mende (FDP) bezüglich der deutschen Teilung: „Jenseits der Elbe und

Werra [ist] die Möglichkeit politischen Handelns für uns gegenwärtig nicht gegeben … andere handeln“ dort (4. Mai 1956). Der spätere Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU) parodiert die „lieber rot als tot“- Haltung als Unfähigkeit zur Politik:

> Es gibt Menschen, die bei Betrachtung der Weltlage glauben, sich in einem Teufelskreis zu befinden, in dem es keine andere Alternative gibt, als entweder eines Tages den Atomtod zu erleiden oder eben unter kommunistische Herrschaft zu gehen. Wer so denkt, ist nicht mehr fähig, politisch zu handeln, und versucht er es doch, dann gerät sein Handeln zu einer flackernden Unruhe. (23. Januar 1958)

Beide Formeln sind von der politischen Konstellation des Kalten Krieges geprägt, wie auch die Erklärung des neu gewählten Bundeskanzlers Ludwig Erhard (CDU): „In dieser Zeit ist auch die deutsche Politik zum Handeln aufgerufen“ (18. Oktober 1963). Fritz Erler (SPD) warnt jedoch einige Tage später vor einem blinden Aktionismus: „Auch hier sehen wir, daß politisches Handeln not tut, aber Vorausdenken einschließen muß“ (24. Oktober 1963).

Im Gegensatz zum Unterlassen betont Erich Henke (SPD) die Fähigkeit der Regierung zum Handeln in der Wohnungspolitik: „Die Fehlbelegungen haben einen solchen Umfang angenommen, daß, so meinen wir, jetzt die Zeit zu politischem Handeln reif ist“ (13. Oktober 1973). Hier geht es eben um einen Policy-Bereich, in dem die Kriterien scheinbar unproblematisch sind und deswegen die Alternative zwischen Handeln oder Nicht-Handeln relativ glaubhaft erscheint.

Später fordern vor allem Oppositionsabgeordnete die Regierungen zum Handeln heraus, z. B. Hugo Collet (SPD): „Weil uns der Müll bis zum Hals steht, sind wir als Politiker zum Handeln aufgefordert. Aber das ist bei dieser Regierung bekanntlich schwierig“ (14. Juni 1985). Eine Mahnung zum Handeln der Regierungen aus der Sicht der Betroffenen bietet Erika Simm (SPD): „Auch hier ist zu vermerken, daß diese regional bedingte Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen für die Bundesregierung kein Anlaß für politisches Handeln … ist“ (21. März 1991). Die lakonische Form dieser Redeweise besteht aus einem Zwischenruf zur Rede des Umweltministers Klaus Töpfer (CDU): „(Zuruf von den GRÜNEN: Handeln!)“ (17. September 1987).

Eine andere Nuance enthält der Topos durch die Zeitansage: Die Politiker müssen ‚jetzt’ oder ‚sofort’ handeln, sonst verpasst man die Chance dazu. Der Handlungszeitpunkt ist also nicht wählbar. In dieser Hinsicht gibt es einen Unterschied zwischen der Deklaration der Regierung oder Minister und dem Verlangen der Opposition, dass die Regierung ‚handeln’ soll. Der Verdacht des Dezisionismus und der Stärkung der Exekutive ist stärker im ersten Fall, während die Oppositionskritik einen Ton haben kann, der besagt, dass die Regierung nicht ‚entschieden genug handelt’.

Handeln im Sinne der Entscheidungsfähigkeit als Qualität der Politiker im Gegensatz zum Zögern und zur ewigen Abwägung der Intellektuellen betont

Rainer Barzel, der Fraktionsvorsitzende der CDU, unter der ersten großen Koalition:

Wir hier, die Politiker, müssen handeln, wir müssen eine mehrheitsfähige Formel finden, wir müssen entscheiden. Der Intellektuelle sagt eigentlich viel lieber „zwar" und „aber", ihm ist der Zweifel sehr viel näher als das Ja einer Handlung; wenn er unentschlossen ist, ist ihm die Minderheit sympathischer als die Mehrheit, und er nimmt sich Zeit. Wir haben nicht immer die Zeit, wir müssen handeln, und so entstehen Mißverständnisse. (30. April 1968)

Eine ganz andere Variante dieses Gegensatzes betont Dietrich Wetzel (Grüne):

Dieser Antragstext formuliert dann, nach Einschätzung „*der*" Wissenschaftler existiere noch ein „weiter Bereich von Unsicherheit und Unwissenheit". Ja, meine Damen und Herren, wie genau muß es denn für Sie eigentlich sein, damit Sie anfangen, politisch zu handeln? Wer sind eigentlich die 21 von Ihnen erwähnten Wissenschaftler? (17. September 1987)

Wetzel behauptet also, dass sich die Regierung auf die Unsicherheit der Wissenschaft zum Vorwand des Nicht-Handelns beruft. Er erkennt dagegen die Uneinigkeit der Wissenschaftler als Regel an. Das Handeln aufgrund des fehlenden Konsenses unter den Wissenschaftlern zu verschieben, würde nicht nur ein ‚Warten auf Godot' sein, sondern auch die Eigenverantwortung der Politiker für ihr Handeln leugnen.

In Parlamentsdebatten wird der Gegensatz mehrfach in einen Gegensatz zwischen Reden und Handeln verwandelt. Wenn die Kontingenz des Redens als Teil des Handelns für den aktuellen Fall verneint wird, erscheinen der Inhalt, die Richtung oder die Form des Handelns als irrelevant. Die Grenzen zwischen Handeln und ‚bloßem Reden' sind jedoch relativ, wie man etwa aus dem Barzel-Zitat entnehmen kann. Einen antirhetorischen Begriff des ‚Handelns' benutzt etwa Uwe Jens (SPD): „Das ist Politik, nicht nur reden und quatschen, sondern handeln; darauf kommt es an" (27. Mai 1994). Gegen den Bundeskanzler (Adenauer) als auch den Wirtschaftsminister (Erhard) sieht Heinrich Deist (SPD) im Reden noch kein Handeln: „Die Rede des Bundeskanzlers war kein Beitrag zu politischem Handeln … Darum, Herr Bundeswirtschaftsminister: Eine Regierung muß politisch handeln; reden allein genügt nicht" (11. Oktober 1962). Er reduziert das ‚Reden' auf Programme oder Versprechen und trennt ‚Handeln' vom Reden, obwohl die spezifisch parlamentarische Form der Politik eben im Reden als Handeln besteht, ihre Gegenüberstellung legitimiert leicht eine Vollmacht für eine nicht-debattierende Regierung und Verwaltung.

Die Kenntnis der Sache genügt nicht, sondern Handeln ist nötig, sagt Hans Paintner (FDP) zur Landwirtschaftspolitik: „Diese in Besinnlichkeit gemachten Erkenntnisse können jedoch nicht praktische Politik ersetzen. Darum müssen wir politisch handeln" (13. Dezember 1984). Im Kontext der Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer, der später von der RAF er-

mordet werden sollte, beurteilt Herbert Wehner als SPD-Fraktionsvorsitzender die Sprache der RAF als missratenen Versuch, ihre Taten als politische zu legitimieren: „Sie mißbrauchen sogenannte politische Begriffe lediglich zur Tarnung ihres verbrecherischen Handelns“ (29. September 1977).

Ein anderer Aspekt des Topos liegt in der Behauptung, dass die günstige Gelegenheit, das *Kairos* des Handelns vorbei ist. Christoph Schnittler (FDP) begründet damit die Einschränkung des im Grundgesetz garantierten Asylrechts: „Spätestens zum Zeitpunkt der deutschen Einheit hätten die Politiker handeln müssen, d. h. das deutsche Asylrecht so ändern müssen, daß sein massenhafter Mißbrauch nicht länger möglich ist“ (26. Mai 1993). Handeln, bevor die Gelegenheit vorbei ist, verlangt auch Aribert Wolf (CSU): „Hier muss die Politik schnell handeln und darf nicht erst nach der Bundestagswahl damit beginnen, konkrete Maßnahmen anzupacken“ (22. Juni 2001, s. auch Lukrezia Jochimsen, Linke, 6. Juli 2007).

Eine klassische Variante ist zu behaupten, dass es an der Zeit ist, vom Reden zum Handeln überzugehen, etwa bei Ekin Deligöz (Grüne): „Werte Bundesregierung: Mir fehlen langsam die Worte. Ich fordere Sie also auf, sich endlich zu entscheiden und zu handeln, nicht nur wegen der außenpolitischen und innenpolitischen Glaubwürdigkeit, der betroffenen Kinder wegen“ (24. April 2008). Dies kann noch als eine prozedurale Mahnung dafür, dass sich eine weitere Debatte nicht mehr lohnt, angesehen werden. Der antirhetorische und antiparlamentarische Ton ist stärker bei Volker Schneider (Linke): „Wir Linke haben genug von einer Politik folgenloser bildungspolitischer Sonntagsreden aus der Abteilung: Reden ist Silber, Handeln ist Blech“ (18. Juni 2009).

In Westminster enthalten die Anträge (*motions*) einen Entscheidungsvorschlag (*resolution*), welcher den Übergang von der Debatte zur Abstimmung markiert. Die zitierten Mahnungen zum ‚Handeln statt Reden’ sind insofern antirhetorisch als die Richtung des ‚Handelns’ als gegeben erscheint. Dass Oppositionsabgeordnete die Regierungen zum ‚Handeln’ auffordern, klingt etwas paradox, da sie damit auf eigene Veränderungsanträge verzichten.

Die Formeln „es handelt sich um Politik“ bilden im frühen Bundestag einen erheblichen Teil der handlungsbezogenen Belege. Außenminister Heinrich von Brentano (CDU) sagt zur Politik der ‚deutsche[n] Einheit’: „Es handelt sich aber auch um eine, wie ich glaube, moralisch gerechtfertigte Realpolitik“ (5. November 1959). Damit wird der politische Charakter der Frage bestätigt oder ein *Politikum* zum Ausdruck gebracht wird (s. unten). Was dann als Politik gilt, bleibt in vielen dieser Fälle ungesagt.

In den frühen Debatten zum Verhältnis von Politik und Justiz sagt Hans-Joachim v. Merkatz (DP), „daß es sich bei dem Beschluß des Richterwahlausschusses um eine politische Vertrauensentscheidung handeln soll“ (14. Juli 1950). Walter Fisch (KPD) deklariert: „Es handelt sich um politische Entscheidungen, gefällt von den Vertretern der Junker und der Bourgeoisie“ (25. Januar 1951). Karl Wittrock (SPD) betont das Politikum der Wahl der

Bundesverfassungsrichter: „Damit handelt es sich bei dieser Wahlhandlung um einen politischen Akt, und nicht nur die Wahlhandlung ist ein politischer Akt, sondern auch das Scheitern einer Wahl eines Richters für das Bundesverfassungsgericht ist ein politisch relevanter Vorgang" (20. Juni 1956). Also obwohl er die Trennung zwischen Justiz und Politik anerkennt, ist die Abgrenzung selbst ein Politikum.

Das Politikum betont auch Werner Marx (CDU) im Zusammenhang der europäischen Integration, „weil es sich nicht nur um wirtschaftliche, sondern auch um politische Mittel handeln muß, wenn die gesamte westeuropäische Entwicklung einen Sinn haben soll" (29. Januar 1971). Die Verbindung zum *Politikum* betont Jörg van Essen (FDP), indem er erwähnt, „dass es sich um eine politische Bewegung handeln muss, die offensichtlich Gewicht hat" (14. Februar 2005).

Ein weiterer Grenzfall des Handlungsbegriffs liegt darin, ‚die Politik' zum handelnden Subjekt zu erheben. Ein frühes Beispiel gibt Arbeitsminister Norbert Blüm (CDU): „Die Politik muß handeln" (11. November 1992). Wer ist hier ‚die Politik'? Der Staat, die Regierung, der Bundestag oder eine qualifizierte Mehrheit ihrer Mitglieder? Bei Blüm ist es die letzte Alternative, aber warum sagt er dazu ‚die Politik'? Bedeutet dies, dass die Gerichte und Verwaltungen in der Asylpolitik ohne Grundgesetzrevision machtlos sind und eine politische Entscheidung nötig ist? Warum hypostasiert Blüm dann diese angestrebte qualifizierte Mehrheit zur ‚Politik' schlechthin?

Einen Monat später äußert sich Minister Horst Seehofer (CSU) zu den mangelnden Aufträgen der Krankenkassen: „Wären sie erfüllt worden, wäre die Politik heute nicht gezwungen zu handeln" (9. Dezember 1992). Für Seehofer ist ‚die Politik' hier der Gegenspieler von der ‚Selbstverwaltung' der Krankenkassen, d. h. der öffentlichen Hand, die zu den Mitteln der Gesetzgebung und der Verwaltung greifen kann. Warum wurde sie zur „handelnden Kollektivpersönlichkeit" erhöht, um Webers Kritik dessen, was ‚der Staat' keinesfalls ist, zu zitieren? (1922, 6).

Marion Caspers-Merk (SPD) benutzt die Formel: „Wenn jetzt schon zum zweiten Mal eine Ökobilanz deutlich macht, dass es ökologisch klar vorteilhafte und ökologisch klar nachteilige Verpackungen gibt, dann ist die Politik zum Handeln aufgefordert" (26. Oktober 2000). Hier verweist sie auf die legislativen Mittel des Bundestags – die juristischen oder administrativen Mittel reichen nicht – sagt aber nicht, dass das Parlament zum Handeln aufgefordert ist. ‚Die Politik' ist für sie eine Metonymie für das Parlament, zu dessen Regierungsmehrheit die Sprecherin gehört.

Christian Simmert (Grüne) polemisiert gegen das Überlassen der Kultur den Marktkräften. „Die Zentren dürfen eben nicht nur irgendwie dem Marktgeschehen überlassen werden. Hier muss die Enquete-Kommission Vorschläge erarbeiten und muss die Politik insgesamt handeln" (18. Januar 2001). Hier verweist ‚die Politik' auf die öffentlichen Akteure auf allen Ebenen, wie bei

Martina Krogmann (CDU), deren Formel, „deshalb muss die Politik schneller handeln“ (15. Februar 2001), auch ein Vergleich mit der ‚Wirtschaft’ ist.

Diese Belege für ‚die Politik muss handeln’ verweisen metonymisch auf das Moment des aktiven Eingreifens. Die Subjektivierung ‚der Politik’ zielt auf eine die Kontingenz reduzierende Formel für das unpersönliche Handeln im Gegensatz zum Nicht-Handeln. Die Parteilichkeit des Handelns versteckt man, um die Zustimmung zu maximieren. Neben diesen ‚muss’-Reden ‚der Politik’ (s. auch Aribert Wolf, CSU 22. Juni 2001; Axel Troost, Linke, 11. Mai 2006) gibt es auch ‚kann’-Reden. Zur Debatte um einen Amoklauf in Erfurt notiert die CDU-Oppositionsführerin Angela Merkel zuerst, „die Einigung beim Waffengesetz hat gezeigt: Die Politik ist handlungsfähig, wenn sie sich vor Augen hält, was wirklich wichtig ist,“ und betont dann, „Erfurt hat gezeigt: Politik kann handeln, wenn es sein muss. Politik kann schnell handeln, wenn es sein muss“ (3. Juli 2002). Merkel bestätigt die oft bezweifelte Handlungsfähigkeit ‚der Politik’ als Oberbegriff für alle öffentlich Handelnden und ihre Gemeinsamkeit des Handelns als ein imaginäres Kollektivsubjekt.

Die Kraft der Politik bestätigt auch Ministerin Edelgard Bulmahn (SPD): „Wir haben seit 1998 insgesamt mehr als 180 Ausbildungsberufe modernisiert bzw. neu geschaffen. In diesem Jahr kommen 19 hinzu. Auch das ist eine Politik des Handelns“ (14. April 2005, auch Katja Mast, SPD, 9. März 2007). Gemeinsam für die ‚kann’-Reden ist der Verweis auf etwas, was schon getan worden ist.

Das ‚Handeln der Politik’ stärkt die Legitimität des ‚politischen Systems’ ‚Politik muss/kann Handeln’ scheint eine Antwort auf die Fragestellung dieses ‚Systems’ in populären Medien zu liefern. Damit veranschaulicht man die Handlungskraft der *polity:* ‚ohne Politik geht es nicht’ oder gar ‚ohne Politik geht nichts’.

Die hier diskutierten Grenzfälle zeigen die Ambivalenz des Handelns. Der Begriff enthält ein elementares Kontingenzbewusstsein: auch anders handeln oder nicht Handeln ist immer möglich. Zugleich verweisen sie in den genannten Grenzfällen auf eine Reduktion der Kontingenz. Damit hoffen die Redenden, dem Handeln die Nuance der Entschiedenheit, der Willenskraft oder der Einheitlichkeit zu verleihen, die im Gegensatz zum Zögern und zur Abwägung – s. das Barzel-Zitat – steht und die Wahl der als unproblematisch angesehenen Aktion erleichtert.

Im Parlament, das die Debatte von *pro et contra* voraussetzt, sind derartige Mahnungen zum Handeln ohne nach dessen Richtung, Modus und Akteuren zu fragen, Ankündigungen einer Ausnahmesituation, die das reguläre parlamentarische Verfahren zu beseitigen anstrebt. Oder, sie zeugen von einer Sehnsucht nach Konsens, der im deutschen Parlamentarismus tief verwurzelt ist.

Im Gegensatz von Handeln vs. Nicht-Handeln geht es dann um die Fähigkeit, eine eindeutige *policy* zu wählen und zu befolgen, im Gegensatz zum *politicking*, das in Gefahr steht, das Handeln zu verzögern bzw. der Gegenseite

zu überlassen, steht es für sofortiges Handeln. Gleichzeitig bezieht sich dieser Gegensatz auf den Dualismus von Regierung vs. Opposition und dient dazu die Politikfähigkeit der Gegenseite zu bestreiten, also doch um *politicking.* Im Gegensatz zu Handeln vs. bloßem Reden geht es sowohl darum, endlich das *politicking* zu beenden und zur *policy* überzugehen, aber auch um die Kompetenz der Akteure im *politicking,* womit der Übergang vom Reden zum Handeln zur Debatte steht, und schließlich darum vor einem blinden Aktionismus zu warnen, um eine zu eindeutige *policy* zu vermeiden.

Die Formel „es handelt sich um Politik" enthält die Mahnung, dass es auch Policy-Alternativen gibt, deren Präsenz die Frage in ein *Politikum* verwandelt, was sowohl auf *polity* als auch auf *politicking* verweist. Dagegen verweist „die Politik" muss/kann handeln auf die als bekannt vorausgesetzte *polity,* die jedoch als quasi-singulärer Akteur vereinheitlicht und gar personalisiert wird. Eine genaue Analyse der zitierten Stellen erlaubt eine relativ präzise Identifizierung der Akteure, die zu *policy* bzw. zum *politicking* herausgefordert sind.

2.4 Politisch handeln – einige Deklarationen

Es gibt in den Bundestagsdebatten mehrere Belege von Redeauszügen, die von ‚Politik als Handeln' ausgehen und ein stolzes Kontingenzbewusstsein mit der vollen Anerkennung der Alternativen im Handeln aufweisen. Unter denen, die ‚Politik als Handeln' als Oberbegriff verwenden, finden sich ab den sechziger bis Anfang der achtziger Jahre einige ausführliche Deklarationen zum Thema von den leitenden Politikern der drei traditionellen Parteien. Diese geben einen Hinweis auf den Diskussionshorizont um den Politikbegriff der Zeit.

Der SPD-Professor Carlo Schmid nimmt den Unterschied von der Politik des Ministers und jener der Beamten als Ausgangspunkt:

> … ist der Minister im Gegensatz zum Beamten verpflichtet und berechtigt, politisch zu handeln, und das heißt: außerhalb jedes Schematismus. Auch als Behördenchef steht er nicht außerhalb der Politik, und Politik heißt Entscheidungen treffen müssen, ohne dafür Anweisungen zu haben; Wahlfreiheit gegenüber Mitteln und Personen, Spontaneität des Handelns sind hier geboten. Aber all das darf nie ausgeübt werden mit privaten Intentionen, sondern um des Staates willen.
> Zum Politischen gehört auch das Streben, an den Kommandohebeln zu bleiben, nicht aus schäbiger Machtgier, sondern weil man davon überzeugt ist, der rechte Mann zu sein. Das ist ein durchaus legitimes Bestreben. Darum kann es einem Minister nicht verwehrt werden, sich durch sein Verhalten Stützen für seine politischen Chancen zu verschaffen, es sei denn, sein Verhalten verstoße gegen die Amtspflichten selbst oder gegen die Moral, die sich auch im Politischen von selbst verstehen sollte. Er darf sich diese Stützen aber nicht am Staatsinteresse vorbei durch Gefälligkeiten verschaffen wollen! Unter keinen Umständen darf ihm etwas erlaubt sein, das sein Amt in der öffentlichen Meinung herabwürdigen oder dass die Werte, die unsere Demokratie als ihr

Fundament ausgibt, unglaubwürdig machen könnte. Zumindest muß der Minister im personellen Bereich, der sein Amt umgibt, mit der Sorgfalt handeln, die er in eigenen Angelegenheiten anzuwenden pflegt. (25. Oktober 1962)

Diese an Walter Bagehot (1867) und Max Weber (1918) erinnernde Stelle hebt die Kontingenz der Politik als Handeln ohne Schematismus und Anweisungen aber mit Wahlfreiheit und Spontaneität hervor. Machtstreben ist erlaubt und ist mit Chancen für die eigene politische Karriere verbunden, sollte aber von Machtgier differenziert werden. Staatsräson, Moral, Demokratie und die öffentliche Meinung dienen als normative Grenzen, die den Minister daran hindern, die Kontingenz in Willkür zu verwandeln. Mit der Rede von der Politik als Handeln erläutert Schmid den Polity-Rahmen für die Politik eines parlamentarisch verantwortlichen Ministers.

Der neu gewählte Bundeskanzler Ludwig Erhard (CDU) wollte mit einer Erklärung zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik sein Verhältnis zu Intellektuellen verbessern:

Wenn wir die Wissenschaft fragen, wie sie uns in der Aufgabe, die Freiheit zu verteidigen und unsere innere Ordnung zu vervollkommnen, helfen kann, so sind wir dabei doch weit davon entfernt, Politik mit Wissenschaft zu verwechseln. Das Handeln entspringt anderen Gesetzen als das Denken; gleichwohl sind beide aufeinander angewiesen. So sollten die Politiker auch das Gespräch mit denen suchen, deren Beruf es ist, über die Geschäfte der Menschen nachzudenken. Vielleicht wird dann der Rahmen deutlicher, in dem sich unser Handeln vollzieht, und wie dieses sinnvoll angelegt sein sollte. Dieser Dialog scheint mir besser als eine einseitige Polemik gegen die Intellektuellen. (18. Oktober 1963)

Erhard unterschied Politik als Handeln von der Wissenschaft als Denken. Er sieht beide den ‚Gesetzen' unterworfen, die der Kontingenz des Handelns klare Grenzen setzten und erhoffte von Wissenschaftlern eine ‚Klärung des Rahmens', d. h. eine Abgrenzung des Spielraums für Politik, damit Politiker auf Unmögliches verzichten könnten. Diese Einzäunung der Politik zeigt wenig Verständnis dafür, dass, wie Weber von den ‚Gesetzen' der Nationalökonomie sagt, diese von Menschen konstruierten analytischen Instrumente unter anderem als Interpretation der Welt zu verstehen sind (s. besonders Weber 1904, 171–172).

Einen ebenfalls Politik mit Zukunft und Wissenschaft verbindenden Ansatz findet man einige Tage später beim führenden Oppositionspolitiker Fritz Erler (SPD):

Auch hier sehen wir, daß politisches Handeln not tut, aber Vorausdenken einschließen muß. Wir handeln doch in die Zukunft hinein und können das nur richtig tun, wenn wir die ‚wirkenden Tendenzen rechtzeitig erkennen und sie nach unseren Zielvorstellungen zu beeinflussen suchen'. (24. Oktober 1963)

Erler betont die Vorausschau im Gegensatz zu den Ermahnungen zum Handeln. Hier zeigt sich der besonders bei der SPD verankerte starke Planungsglaube,

vor allem als Verlangen, Politik an die herrschenden Tendenzen anzupassen. Bertold Martin (CDU), wendet sich gegen eine allzu sehr auf die gegenwärtigen „Lehrmeinungen der Wissenschaft“ gestützte politische Bildung, die seines Erachtens „dem Charakter des Politischen als einem schöpferischen Handeln nicht gerecht“ wird (Schriftliche Erklärung, 15. November 1968). Die Qualifizierung der Politik als ‚schöpferisch' ist keine neue Einsicht (s. z. B. Schäffle 1897; Mannheim 1929).

In der sozial-liberalen Koalition gab es Strebungen nach Erweiterung der Demokratie in Richtung Wirtschaft und Alltag, Hermann Dürr (SPD) äußerte sich dazu: „Wie sonst soll jemand politisch mündig handeln können, wenn er während der überwiegenden Zeit des Tages, der Arbeitszeit, als unmündiges Befehlsobjekt behandelt wird?“ (14. Februar 1974).

Eine seltene Grundsatzdebatte um den Politikbegriff fand im Bundestag am 19. März 1975 statt. Sie wurde angeregt durch Richard v. Weiszäcker (CDU), der sich auf Helmut Schmidts Regierungserklärung vom vorigen Jahr bezog. Schmidt deutete in diesem Zusammenhang Webers Begriffspaare, worauf ich noch zu sprechen komme. Die für Politik als Handeln interessanteste Rede hielt Martin Bangemann, später Minister, FDP-Parteiführer und EU-Kommissar.

Diese Auseinandersetzung um politische Theorie und Rechtfertigung politischen Handelns ist sicher nicht akademisch. Im Vergleich dessen, was man zur Rechtfertigung seines politischen Handelns sagt, mit dem, was man tatsächlich tut, wird natürlich auch deutlich, wie glaubwürdig man ist, und wird auch deutlich, wie weit man das, was man politisch tut, so rechtfertigen kann, daß es in der Öffentlichkeit abgenommen wird. Und auch in der Art und Weise, wie man den politischen Gegner – den politischen Feind, muß man manchmal sagen – charakterisiert und zu analysieren versucht, wird deutlich, wie die eigene Position ist. (19. März 1975)

Bangemann verschob die Bedeutung der Theorien von der Anwendung auf die Problematik der Legitimationsgründe (zur akademischen Debatte s. Skinner 1973, 1974a, 1974b). Er sah sowohl für Handlungen als auch für Rechtfertigungen mehrere Alternativen, die rhetorisch vor der Öffentlichkeit und im Verhältnis zu Gegnern legitimiert werden müssten. Er verstand, dass kein reiner Pragmatismus möglich sei, sondern jedes Handeln irgendeine Form der Rechtfertigung benötige, um glaubhafte Chancen in der Zuhörerschaft zu haben.

In die Debatte über den Pragmatismus griff auch Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) einige Tage vor dem Austritt der FDP-Minister aus seinem Kabinett ein.

Politisches pragmatisches Handeln bedeutet die vernunftgemäße Nutzung von Mitteln zu einem moralisch gerechtfertigten Ziel, und die Mittel dürfen auch nicht unmoralisch sein.
Das heißt: Politischer Pragmatismus vergißt über dem Tagesgeschäft nicht das Ziel, und er versäumt über dem Ziel und dem Reden über das Ziel auch nicht, das heute und jeden Tag tatsächlich Mögliche zu verwirklichen. (9. September 1982)

Während bei Carlo Schmid Staatsräson und Zustimmung der Öffentlichkeit als Grenzen der akzeptablen Politik genannt wurden, betonte Helmut Schmidt die moralisch akzeptablen Ziele und Mittel. Sein Pragmatismus bestand in der ‚realpolitischen' Eingrenzung der Politik auf ‚das tatsächlich Mögliche', während Weber von der Politik als ‚Kunst des Unmöglichen' spricht (1917b, 514).

Die Antwort des Oppositionsführers Helmut Kohls (CDU) in derselben Sitzung parodiert Schmidts ‚Moralappell': „Moralappelle von Politikern bleiben ganz ungehört, solange die Bürger den Eindruck haben, sie würden nur deshalb zur Selbstdisziplin aufgerufen, weil Politiker die Folgen ihres Handelns nicht mehr unter Kontrolle halten können" (9. September 1982).

Kohl spitzte seine Kritik an Schmidt auf die These zu, seine Regierung habe die Folgen des Handelns nicht mehr unter Kontrolle. Dies sah er nicht wie Weber, als etwas „[R]egelmäßiges" (1919, 75), sondern er versprach, dass mit dem Regierungswechsel dies nicht mehr der Fall sein würde. Später wendete Gerhard Jahn (SPD) denselben Vorwurf gegen die Regierung Kohl, die er mit Schmidts vergleicht: „Hätten Sie die Maßstäbe für politisch verantwortliches Handeln Ihrer Vorgänger im Amt und früherer Verteidigungsminister auch für sich gelten lassen, dann wäre den Gepflogenheiten der parlamentarischen Demokratie, der politischen Kultur und dem Ansehen unseres Staates ein Dienst erwiesen worden" (8. Februar 1984).

Diese Deklarationen verweisen auf eine ambivalente Haltung zur Kontingenz als die Voraussetzung des politischen Handelns. Zwar setzt man die Alternativen voraus, sucht aber nach Kriterien zu ihrer Eingrenzung. Das parlamentarische Prinzip des Debattierens von *pro et contra* wird nie betont. Typologisch laufen die Unterschiede nicht zwischen Parteien. Erhard, Erler und Schmidt bewegen sich primär auf der Policy-Ebene, obwohl Schmidts Pragmatismus auch Chancen für *politicking* zulässt. Der Gegensatz besteht vielleicht zwischen Policy-orientierten Moralisten wie Schmidt und Politicking-orientierten Pragmatisten wie Schmid und Kohl. Kontingenz und Kontroverse werden vorausgesetzt, aber als solche kaum thematisiert.

3. Politikaspekte in Wortkonstellationen

In diesem Kapitel präsentiere ich eine erste Annäherung daran, wie ich die Politikaspekte meiner Typologie aus den Bundestagsdebatten herausgefiltert habe. Die Verbindung des interpretativen Schemas mit ausgewählten Zitaten aus den Bundestagsdebatten im Umkreis der für die deutsche Sprache eigentümlichen Wortkonstellationen – oder Wortkombinationen – bildet das Thema des Kapitels. Die Palette und das Profil der Wortkonstellationen um Politik, d.h. darum, was damit gemacht worden ist, bieten mir den ersten Topos zur Thematisierung des Begriffs. Nicht nur verweisen verschiedene Wortkonstellationen auf unterschiedliche Politikaspekte, sondern darüber hinaus thematisieren sie spezifische Subtopoi der Politikaspekte.

3.1 Wortkonstellationen als heuristisches Instrument

Es ist eine alte linguistische Einsicht, dass „Zusammensetzungen mit -politik“ im Deutschen zugenommen haben (Kann 1973). Für meine Zwecke wichtiger als die Bindestrich-Politiken sind jene Wörter, die mit Politik-, politisch-, Politiker- anfangen. Mithilfe der digitalen Suche auf der Webseite des Bundestags findet man eine Vielzahl davon, viele davon sind bekannt, andere eher weniger.

Der Vorteil der zusammengeschriebenen Wortkonstellationen liegt darin, dass die digitale Suche sie in der Regel genau identifiziert. Einige Beispiele von *Berufspolitiker* verweisen zwar auf Politiker, die sich mit Berufen beschäftigen, aber nicht auf berufsmäßige Politiker.

Weiter nehme ich an, dass ein gewisser Zusammenhang zwischen bestimmten Wortkonstellationen und den unterschiedlichen Aspekten des Politikbegriffs besteht. Etwa *Politikansatz* verweist primär auf *policy*, *Politikstil* bietet Anhaltspunkte zu *politicking,* während sich *Politikverständnis* vor allem auf die *polity* bezieht, wie in vielen Fällen auch *Politikgestaltung*, und *politicisation* ist mehrfach mit *Politikum* thematisiert worden, obwohl der thematisierte Aspekt oft erst im aktuellen Gebrauch und dessen Kontext identifiziert werden kann.

Die Wortkonstellationen sind als Ausgangspunkt der historischen Diskussion anwendbar und die Folgerungen des Kapitels dienen als Referenz für geschichtlichen Wandels zur Politiktypologie. Die Suchergebnisse müssen allerdings eine gewisse Häufigkeit und Regularität aufweisen, um in einer historisch vergleichenden Analyse anwendbar zu sein. Wenn die Verweise aber allzu häufig sind, muss man heuristische Mittel finden, um eine Auswahl zu

treffen. Eine kleine Anzahl von Verweisen kann benutzt werden, wenn sie mit parallelen oder kontrastierenden Ausdrücken verglichen werden kann.

Für den Handlungsbegriff Politik relevant habe ich Zusammensetzungen, die zumindest 40 Suchergebnisse in den Plenardebatten aufweisen, ausgewählt. Dadurch bin ich zu folgenden Politikwörtern gelangt. Ich habe die darauf bezogenen Zitate aus den Debatten gesammelt und als Basis für die Analyse benutzt (Anzahl der Debatten mit Belegen in Klammer):

Berufspolitiker (44)
Politikansatz (155)
Politikfähig (69)
Politikgestaltung (55)
Politikkonzept (46)
Politikstil (75)
Politikverständnis (136)
Politikunfähig (58)
Realpolitik (286)

Diese neun Wortkonstellationen fangen mit der Ausnahme von *Berufspolitiker* und *Realpolitik* alle mit *Politik-* an. Alle anderen Wortkonstellationen für die Konzeptualisierung der Politik hatten höchstens 20 Belege. Warum etwa *Politikkonzept* und nicht *Politikkonzeption*, *Politikverständnis* und nicht *Politikauffassung* häufig im Bundestag verwendet werden, frage ich hier nicht. Diese Politikausdrücke bilden den Ausgangspunkt für die Diskussion in diesem Kapitel. Zu denen habe ich auch zwei weitere Formen, die zwar keine Zusammensetzungen aber mit ihnen vergleichbar sind, nämlich *Politisierung* (189 Belege) und *Politikum* (211) hinzugefügt. Mein erster Korpus zur Analyse der Politiksprache im Bundestag ist in der Tabelle Wortkonstellationen in den Bundestagsdebateten 1949–2017 enthalten.

Die Tabelle zeigt deutlich, dass viele dieser Politworte erst relativ spät im Bundestag benutzt wurden. In den ersten vier Legislaturperioden bis September 1965 wurden nur *Berufspolitiker, Politikum* und *Politisierung* verwendet, die sieben anderen Stichworte erschienen in den Bundestagsdebatten erst viel später, aber alle sind in der zehnten Legislaturperiode (1983/87) im Gebrauch. Aufgrund der Tabelle kann man eine grobe Hypothese aufstellen, dass es einen begrifflichen Umbruch bezüglich des Politikbegriffs gegeben hat. In der frühen Bundesrepublik war das, was als politisch oder Politik gilt, kaum ein Problem. Die erhebliche Bereicherung des Politikvokabulars in der Zeit ab 1969 (sozialliberale Koalition) und nochmals nach dem Eintritt der Grünen in den Bundestag deutet auf eine für die Begriffsgeschichte der Politik durchaus interessante Fragestellung hin.

Um Wiederholungen zu vermeiden, habe ich die Analyse der ‚Berufspolitiker' ins Kapitel 4. verlegt, da dort speziell die Begriffe politischer Akteure thematisiert werden

3.2 Die *polity* in Parlamentsdebatten

Was zur *polity* gehörte, war in den frühen Wahlperioden relativ unproblematisch. Für die *polity* der frühen Bundesrepublik sind der Streit um das *Politikum* ebenso wie negative Bewertungen von *Politisierung* charakteristisch. In den späteren Legislaturperioden beziehen sich Neuprägungen wie die Begriffe *Politikverständnis* und *Politikgestaltung* die *polity* kommen die später Neuprägungen *Politikverständnis* und *Politikgestaltung* in Frage.

Das vom Lateinischen eingedeutschte *Politikum* ist eine interessante Formel, die der Angabe auf der Webseite zufolge in 211 Debatten des Bundestags erwähnt wird. Das *Politikum* wird eingesetzt, um von etwas mit emphatischem Nachdruck zu sprechen, eine Ermahnung oder eine Anklage auszusprechen. Der rhetorische Ton ist nicht immer eindeutig, und man kann *Politikum* unterschiedlich deuten.

In den ersten Wahlperioden des Bundestages wird *Politikum* relativ häufig benutzt. Für Hermann Etzel (BP) sind „eine hochpolitische Frage" und „ein Politikum" Synonyme (3. November 1949). Adolf Arndt (SPD) sieht in der Liberalisierung des Außenhandels „ein Politikum allererster Ordnung", Ludwig Schneider (FDP) spricht von „ein Politikum höchsten Maßes" und Wilhelm Hamacher (Z) sieht in der Vorlage „ein Politikum erster Ordnung" (alle am 31. März 1950). Die Formel „[ein] Politikum erster Ordnung" wird auch von anderen Rednern wiederholt (Werner Jacobi, SPD, 6. April 1951; Helmut Bazille, SPD, 14. April 1951; Hans Ewers, DP, 20. April und 10. Mai 1951, s. auch „Politikum ersten Ranges" bei Detlev Struve, CDU, 29. Mai 1952). Alle Beispiele verweisen auf traditionelle ‚hohe Politik', die der Außenpolitik zwischen den Großmächten oder den Verfassungsfragen gilt.

In einer Debatte waren sich drei Parlamentarier darin einig, dass eine bestimmte Frage auf der Tagesordnung kein Politikum ist. Nach Victor-Emmanuel Preusker (FDP) ist die abzustimmende Frage „kein Politikum, sondern es sind zwei verschiedene Wege, die im letzten zum gleichen Ziel führen. … Das hat mit einem Politikum … und das war auch unsere Überzeugung im Ausschuß – nicht das mindeste zu tun". Wilhelm Gülich (SPD) stimmt zu, sagt aber „dieses Thema ist hier im Deutschen Bundestag heikel geworden. … Es handelt sich … eben nicht um ein Politikum, sondern darum, daß wir eine wirtschaftlich richtige Entscheidung treffen wollen". Hans-Joachim Fricke (DP) sagt zuerst: „Die Intensität dieser Ausführungen und die Länge der Zeit, die sie erfordern, lassen nun doch den Anschein aufkommen, daß es sich hier um ein erhebliches Politikum handelt". Jedoch stimmt er Preusker zu, „daß es im Grunde genommen nur eine schwerwiegende wirtschaftspolitische Entscheidung ist, die hier gefällt werden muß" (alle 20. März 1953).

Hier erkennt man zwei unterschiedliche Gründe für ein Politikum. Die Verneinung des Politikums basiert auf einer Unterscheidung zwischen *wirt-*

schaftspolitisch und *politisch* im Sinne der ‚hohen' Politik. Das Politikum der Wirtschaftspolitik zu verneinen, beruht darauf, eine nach Kriterien der Zweckmäßigkeit zu bestimmende Policy-Frage von einem Politikum zu unterscheiden. Als Politikum wollte keiner der drei Redner, die in der Debatte mit „heikel" oder „intensiv" charakterisierte, rein prozedurale Bestimmung akzeptieren.

Dagegen gesteht Richard Muckermann (CDU) zu, „daß es sich beim Film nicht wie bei anderen Vermögenswerten einfach um ein wirtschaftliches Problem handelt, sondern daß dieses ehemalige Filmvermögen für den Bundestag ein Politikum besonderen Ranges darstellt" (18. Juli 1952). Der Film ist keine Frage der messbaren Werte, sondern eine der subjektiven Wertungen und hier offenbar auch eine der Interpretation der Vergangenheit. Der umstrittene, gar „subjektive" Charakter der Frage verlangt eine Stellungnahme zu dieser Frage im Parlament.

Die Gegenüberstellung dieser zwei Interpretationen des Politikums verweist also auf eine zentrale Scheidelinie. Die ‚bloß' wirtschaftlichen, rechtlichen u. a. Policy-Fragen reichen nach Ansicht dieser Abgeordneten nicht für ein Politikum, auch wenn die Frage heftig debattiert wird. Muckermann gibt mit dem Filmbeispiel zu, dass Kultur eine Frage des Geschmacks ist, in der Subjektivität erlaubt ist und es aussichtslos ist, einen bloß zweckmäßigen Maßstab für die *policy* zu finden. Er sieht die Frage nicht bloß eifrig debattiert, sondern auch prinzipiell kontrovers, dem *politicking* ausgesetzt.

Das Politikum einer Frage oder Thematik wird von früh an in regierungskritischen Redebeiträgen betont. Werner Jacobi (SPD) erwähnt das Politikum der „Regierungserklärung vom 20. September 1949" als Grund für „das Ende der materiellen Diskussion" im Ausschuss und für die Ablehnung der Änderungsvorschläge seiner Fraktion (10. Juni 1952). Karl Hoffmann (FDP) verweist „auf ein Politikum … daß sich … die Regierung auf den Grundsatz der Gewaltenteilung immer dann berufen hat, wenn ihr daran lag, die Kompetenzen des Parlaments so eng wie irgend möglich zu begrenzen" (7. Dezember 1956). Adolf Arndt (SPD) wendet sich mit seinem Gebrauch von Politikum gegen das Referendum als letztes Wort zur Todesstrafe (25. April 1958). Diese Belege zeugen davon, dass die relativ schwache Stellung des Bundestags als ein Politikum erscheint. Dies kann als eine Version der Verfassungsinterpretation gelten, die nach der politisierenden Überschreitung der existierenden *polity* trachtet.

Eine interessante Verzeitlichung der *polity* enthalten jene Reden, die das Politikum mit der Europäisierung verbinden. Artur Stegner (GB/BHE) sagt zu den Römischen Verträgen der Europäischen Gemeinschaft: „Diese Beschlüsse hatten eine politische Zielsetzung. Die europäische politische Integration mit wirtschaftlichen Mitteln sollte angestrebt werden. Das ist die Grundlage des Vertrages, und deswegen steht das Politikum immer im Vordergrund" (21. März 1957). Heinz Starke (FDP) betrachtet auch die Integration „vom Politischen

her“ und deutet ihre vorliegende Beschleunigung „als die Antwort auf die Gründung der Freihandelszone EFTA … Um dieses Politikum geht es“ (4. Mai 1960). Karl Mommer (SPD) sieht ebenfalls in der Integration „ein Politikum hohen Ranges“ (15. Juni 1962). In diesen Beiträgen liegt schon eine politisierende Überschreitung des nationalstaatlichen Polity-Rahmens vor. Klaus-Peter Schulz (SPD) bindet dies an die Parlamentarisierung der Politik der Europäischen Gemeinschaften:

> Auch wenn wir es heute bei dieser Andeutung bewenden lassen, sind wir der Meinung, daß das Thema der Demokratisierung immer wieder in Erinnerung gebracht werden muß und daß es hauptsächlich das Europäische Parlament ist, auf das die verlorengehenden oder bereits verlorengegangenen Befugnisse der nationalen Legislativen im wirtschaftspolitischen Bereich im Laufe der Zeit eindeutig übertragen werden müssen. (22. Februar 1967)

Das konventionelle Bild von der nationalen *polity* als gegebener Rahmen des Handelns ist im Bundestag eben graduell ins Marginale der Debatten verschoben worden. Verweise aufs *Politikum* behandle ich erneut im Kontext der *politicisation* (Kap. 3.5).

Im Laufe der Jahrzehnte nimmt die Rede vom Politikum ab und löst sich von ihren anfänglichen Bindungen zur ‚hohen Politik' ab. Während der sozialliberalen Koalition bedauerten CDU-Abgeordnete die unerwünschte *politicisation* einer Frage. Dies tut etwa Hanna Neumeister (CDU): „Heute ist die sogenannte Entscheidungsfreiheit der Frau zu einem Politikum geworden. Diese einseitige Entscheidungsfreiheit, die als Form der extremen Emanzipation gewertet werden muß, führt vor allem zu einer eindeutigen Überforderung der Frau“ (25. April 1974). Dies ist ein Musterbeispiel einer Rhetorik der Reaktion à la Hirschman (1991).

3.2.1 Politisierung – Absagen und ihre Relativierungen

Das Verb *politisieren* kann sowohl eine transitive, auf die *Politisierung* von etwas oder jemanden gerichtete, als auch eine intransitive, auf das *Politisieren*, d. h. auf das bloße Reden über Politik begrenzte Bedeutung haben und sich insofern auf eine Form von *politicking* beziehen.

Dieses intransitive Politisieren findet man vor allem in einigen Polemiken gegen Personen, die unberechtigterweise in die Politik eingreifen, wie Offiziere (Hellmuth Heye, CDU, 15. Juli 1955; Fritz Erler, SPD, 6. April 1962), Richter (Adolf Arndt, SPD, 21. Juni 1956; Hans-Dietrich Genscher, FDP, 14. März 1968) oder Pfarrer (Thomas Dehler, FDP, 15. Dezember 1966). Im Sinne des bloßen Redens spricht Helmut Lippelt (Grüne): „Über kein anderes Thema kann man so wunderbar herumpolitisieren wie über Pipelines, die durch die Türkei oder durch die Ukraine verlaufen sollen“ (22. Juni 2001). Gemeinsam

für diese Beispiele ist die pejorative Nuance, die in der Alltagssprache auch dem englischen *politicking* eigen ist.

Ebenfalls klar pejorativ sind vor allem im ersten Bundestag die reichlich verwendeten Beispiele gegen die unberechtigte Ausdehnung ‚der Politik'. Die Polemik gegen die „Politisierung der Justiz" ist der häufigste Fall in frühen Bundestagsdebatten (Franz-Josef Strauß, CSU, 16. Februar 1950; Otto Heinrich Greve, SPD 16. März 1950; Alfred Loritz, WAV, 23. März 1950). Die Politisierung der Gerichte, der Rechtsprechung und des Rechts sind ein gängiger Vorwurf (s. Minister Fritz Neumayer, FDP und Otto Heinrich Greve, SPD, 14. Juni 1955). Eine ähnliche Abgrenzung besteht in der Absage an die Politisierung der Beamten (Josef Ferdinand Kleindinst, CSU, 15. Februar 1950; Minister Fritz Neumayer, FDP, 14. Juni 1955; Hans-Georg Emde, FDP, 6. September 1967) oder der Verwaltung im Allgemeinen (Heinz Renner, KPD, 19. April 1951; Margot Kalinke, DP, 29. April 1953).

Eine nuancierte Interpretation kommt in zwei frühen Debatten zur Richterwahl und zum Betriebsrätegesetz zum Ausdruck. Georg August Zinn (SPD) unterstützt die Regierungsvorlage zur Richterwahl gegen Vorwürfe der parteimäßigen Politisierung: „Von Gegnern der Richterwahl ist vielfach behauptet worden, diese führe zu einer Politisierung der Richterschaft im Sinne einer Parteipolitisierung … Ich bin … der Überzeugung, daß die Richterwahl, so wie sie das Grundgesetz vorgesehen hat und… nach dieser Gesetzesvorlage … durchzuführen wäre, zu dem Gegenteil dessen führt, was jetzt befürchtet worden ist. Sie führt zur Entparteipolitisierung der Richter" (14. Juli 1950). Zinn führt hier das Parteiparadigma der Politisierung ein, und zwar in der Form des Parteienproporz, es gibt auch die Formen des Übergewichts und des Monopols einer Partei.

Eine rege Debatte entstand um die Richterwahl zum Bundesverfassungsgericht am 20. Juni 1956. Mit Bezug auf die Rede von Alfred Gille (GB/BHE) spricht Karl Weber (CDU) gegen die Ansicht, dass wenn „die Wahl dem Bundestag übertragen sei, die Wahl politisiert werde, sie ein politischer Akt sei". Dagegen ist Weber „der Meinung … daß hier solche Richter, solche Persönlichkeiten gewählt werden sollten, die, gerade weil sie in politischen Fragen zu entscheiden haben, möglichst über den Dingen stehen". Er unterscheidet zwischen der politischen Entscheidungsmacht des Bundestags und Politisierung als Abhängigkeit der Verfassungsrichter von der vorschlagenden Partei, d.h. er behauptet, dass die Richter imstande seien, eine eventuelle Parteibindung im Amt des Verfassungsrichters zu überschreiten.

Otto Heinrich Greve (SPD) zitiert in derselben Debatte aus dem *Münchener Merkur* die Ansicht, dass die Vorlage „eine Parteipolitisierung des ganzen Gerichts" bedeuten würde. Auch er sieht, dass mit der Art der Richterwahl „eine Parteipolitisierung der Bundesverfassungsgerichtsbarkeit herbeigeführt zu werden droht", was seine Partei nicht wünscht (ebenda). Justizminister Fritz Neumayer (FDP) stellt fest, dass „auch die Bundesregierung von jeher die

Auffassung vertreten hat, daß die Wahl zum Bundesverfassungsgericht entpolitisiert werden solle“, d. h. nicht parteimäßig erfolgen soll. Er verweist auf die „entpolitisierte“ Prozedur der Wahlen, mittels eines Verfahrens, das nicht von einer Partei im Voraus bestimmt, sondern fair ist (ebenda). Ungleich Greve, versteht Niemayer Politisierung als Stellungnehmen zugunsten einer Partei vor Gericht, er bezieht sich nicht auf die Gefahr der Parteibuchernennungen.

Alfred Gille (GB/BHE) bekennt sich zum Parteiparadigma der Politik: „Es ist soviel von einer Unterscheidung zwischen ‚politisch' und ‚parteipolitisch' gesprochen worden. Ich möchte die Behauptung wagen: Wenn eine Entscheidung nach dem Willen des Gesetzgebers eine politische sein soll, dann wird sie in einem Staat, der ein Parteienstaat ist, immer auch eine parteipolitische sein sollen“ (ebenda). Mit dem Hinweis auf den Parteienstaat spricht Gille von der Politisierung im Sinne des Parteienproporzes. Deswegen würde er es „außerordentlich begrüßen, wenn man eines Tages … zu einer Entpolitisierung kommen könnte“, d. h. die Wahl der Bundesverfassungsrichter dem Bundestag weggenommen würde (ebenda).

Greve sieht die Wahl im Bundestag als „Politisierung in einem schlechten Sinne“ (ebenda). Für Karl Weber (CDU) gilt jedoch, dass es, wenn „ein Beirat mit zwei Präsidenten der Bundesgerichte und zwei von Dekanen gewählten Professoren des Öffentlichen Rechts“ die Richterwahl im Bundestag berät, „sichergestellt [sei], daß eine Wahl erfolgt, die uns dem Ziel, das Bundesverfassungsgericht zu entpolitisieren, näherbringt“ (ebenda). Durch das Gremium wird der einseitigen Parteipolitisierung der Richterwahl ein Riegel vorgeschoben. Im Lichte seiner früheren Unterscheidung, dass die Entscheidungsmacht des Bundestags doch politisch ist, ist seine Rede von der Entpolitisierung doch als Politisierung im Sinne des Parteiparadigmas zu verstehen, ebenso die Bezeichnung der akademischen Beschlussfassung als „unpolitisch“ (ebenda).

Die von Karl Weber formulierte Einführung der Außenstehenden enthält einen Versuch, sowohl die Parteibindung als auch die Souveränität des Bundestags in der Richterwahl zu vermeiden. Wenn es um eine Wahl von so zentraler Bedeutung geht, sind die Vorschläge zur ‚Entpolitisierung' letztlich vergeblich, weil die Wahl als solche eine kontingente und kontroverse Entscheidung enthält.

Die Polemik gegen die ‚Politisierung der Betriebe' (z. B. Peter Nellen, CDU, 18. Juni 1953) enthält mehrere Dimensionen (Markt vs. Staat, Parteipolitisierung, Leitung vs. Teilnahme der Belegschaft, Grad und Art der parlamentarischen Kontrolle). Im Bundestag entstanden Streitigkeiten darüber im Umfeld des Betriebsrätegesetzes.

In einer Debatte vom 16. Juli 1952 sieht Karl Bergmann (SPD) in der „Verhältniswahl die Politisierung der Betriebsrätewahlen“, und „daß der Gesetzgeber jetzt dazu bereit ist … daß auch nach politischen Grundsätzen der Streit in die Betriebe hineingetragen wird“. Er spricht von der Politisierung als Parteienproporz, im Gegensatz zu den Gewerkschaften, die die Mehrheitswahl

benutzen. Der Berichterstatter des Ausschusses, Anton Sabel (CDU), wendet dagegen ein, dass nur die „Einführung der Listenwahl die Gefahr einer Politisierung der Betriebsratswahlen“ bringt, während „bei einer Mehrheitswahl insbesondere die weltanschaulichen Minderheitsgruppen völlig ausgeschaltet werden könnten, so daß es geboten sei, an den Grundsätzen der Verhältniswahl festzuhalten“ (ebenda). Er versteht als Politisierung die Dominanz einer Partei, während die Parteipolitisierung nach Proporz als „weltanschauliche Minderheitsgruppen“ getarnt wird.

Adolf Ludwig (SPD) argumentiert ebenfalls gegen das Verhältniswahlrecht: „Es ist gar nicht zu vermeiden, daß dann, wenn die extremen Gruppen erst einmal den Vorstoß gemacht haben, auch die übrigen Parteien kommen werden und wir dann in den Betrieben den schönsten Parteienkampf, d. h. die Politisierung der Betriebe bekommen“ (ebenda). Sein Argument ist gegen die KPD gerichtet, als deren Helfer er die Regierungsparteien CDU und FDP erscheinen lässt. Zugunsten der Mehrheitswahl argumentiert er meritokratisch, dass – anstatt der ‚Politisierung’ – „nur die Besten in den Betriebsrat gewählt werden“ (ebenda). Wer aber sind ‚die Besten’, die am ehesten Angepassten oder die effizientesten Betreiber der Arbeitnehmerinteressen? Später wiederholt Karl Bergmann (SPD) das meritokratische Argument gegen die politisierende Verhältniswahl: „Sie erschwert weiter die notwendige fachliche Auswahl der Aufsichtsratsmitglieder“ (7. Juni 1956). Verlassen sich die Sozialdemokraten auf ihre Mehrheit in den Gewerkschaften, wenn sie gegen die Öffnung des Streits unter der Belegschaft durch Verhältniswahlrecht sind?

Für Anton Besold (FU) hat „die Politisierung und die propagandistische Überdimensionierung des Kampfes um das Mitbestimmungsrecht … oft den klaren Blick und die freie, gesunde Entscheidung genommen, zumindest getrübt … für das, was politisch realisierbar und sachlich zweckmäßig ist“ (19. Juli 1952). Für ihn markiert die Politisierung, „daß politische und soziale Vorteile der Arbeiterschaft beim betrieblichen Mitbestimmungsrecht … durch die Verschärfung politischer und sozialer Reibungsflächen aufgehoben oder vermindert werden können“ (ebenda). Er sieht die Einbindung der Belegschaft in den Betrieb als berechtigt, meint aber, dass ihre „politisierenden“ Formen der Mitbestimmung Streit in den Betrieb einführen und zu einer Politisierung der Ökonomie führen. Also nicht eine von der Politik und Parteien geschützte Marktwirtschaft, sondern die Anwesenheit des Streits in den Betrieben ist für Besold das Schlimmste.

In diesen Diskussionen der fünfziger Jahre sieht man das Dilemma, dass Justiz und Betriebsverwaltung nicht strikt von der parlamentarischen Politik getrennt werden können, schon deswegen, weil sie im Parlament auf der Tagesordnung stehen. Ob der in den Parteien praktizierte Wahlmodus die Entscheidungen in den gewählten Gremien prägt, und wie dies zu vermeiden wäre, bleibt umstritten und folgt nicht immer den Parteilinien.

In zwei Debatten Anfang der siebziger Jahre wenden sich Christdemokraten eindeutig gegen die „Politisierung der Bundeswehr“, jedoch wenden Abgeordnete der SPD und FDP, einschließlich des Bundesverteidigungsministers Helmut Schmidt (SPD) die Frage in einem bestimmten Sinne um. Egon Klepsch (CDU) eröffnet den Streit: „Es mußte zu harten Kontroversen kommen über das, was im allgemeinen Sprachgebrauch, auch von uns, mit Politisierung der Bundeswehr im Sinne einer propagandistisch einseitigen Beeinflussung bezeichnet wird und was sich vor allem in einer einseitigen Informationspolitik niederschlägt“ (4. Februar 1971). Er weist also auf den „allgemeinen Sprachgebrauch“ hin und spricht von der „Politisierung der Bundeswehr“ im Sinne des einseitigen Parteienparadigmas in der Informationspolitik des Ministeriums. Er zitiert Äußerungen von Helmut Schmidt und anderen Sozialdemokraten, die seiner Deutung gemäß für die Parteipolitisierung der Personalpolitik in der Bundeswehr eingetreten sind.

Kurt Jung (FDP) fasst Klepschs Standpunkt zusammen: „Er hat hier Beispiele angeführt und hat gesagt, daß diese Armee in zunehmendem Maße politisiert wird“, wofür er den Zwischenruf „politisch beeinflußt“ (Peter Petersen, CDU) erhält. Jung bestreitet Klepsch gegenüber, „daß unter diesem Minister Schmidt eine Politisierung in dem von Ihnen genannten Sinn Platz gegriffen hat“ (ebenda). Die Formel „politisch beeinflusst“ im Zwischenruf verweist darauf, dass die politische Linie der Regierung von Behörden befolgt wird. Schmidt selbst bestreitet die Vorwürfe nach einer „politisierenden Personalpolitik“ im Sinne der „Parteipolitisierung“ (ebenda).

Im nächsten Monat nimmt Helmut Schmidt explizit für eine „Politisierung der Bundeswehr“ in einem spezifischen Sinne Stellung:

> Der Wehrbeauftragte hat jüngst von den Auswirkungen der politischen Polarisierung in unserem Lande auf die Haltung der Staatsbürger in Uniform hingewiesen. Gegen eine Politisierung der Bundeswehr haben wir dann nichts einzuwenden, wenn darunter eine stärkere Ausprägung der Fähigkeit zum Mitdenken und zum Urteilen in politischen Zusammenhängen gemeint ist. In diese Zusammenhänge sind Soldaten und zivile Bürger in gleicher Weise gestellt. Und dem Staatsdiener ist ein ausgeprägtes Staatsbürgerbewußtsein nicht nur erlaubt, sondern vielmehr geboten. (26. März 1971)

Schmidt benutzt eine schon am Anfang des 20. Jahrhunderts in deutschsprachigen Debatten anzutreffende Dimension im Gebrauch von Politisierung (s. Palonen 1985, 1989, 2006), nämlich die Politisierung der Personen, der Akteure. Für Schmidt gilt dies jedoch nicht den Parteien gegenüber, sondern er meint damit die Fähigkeit zum politischen Urteil, die er von allen Staatsbürgern, einschließlich den Staatsdienern, verlangt. Diese Dimension der Politisierung als unabhängige Urteilskraft stellt er gegen die obrigkeitliche Tradition des unbedingten Gehorsams auch für Bundeswehrangehörige.

Friedrich Zimmermann (CSU) verweist auf eine „Studie der Hauptleute“, in der eine „Klage über Politisierung der Armee und eine Vertrauenskrise ge-

genüber der politischen und militärischen Führung“ erhoben wurde und fragt: „Gibt es seit eineinhalb Jahren eine Politisierung in den Streitkräften?“ Er verweist noch auf einen Bericht eines für die Bundeswehrerziehung verantwortlichen Generals, der „warnend auf die schleichende Politisierung in der Bundeswehr“ im Sinne des „parteipolitisch gefärbten Verhaltens“ spricht (26. März 1971). Ungleich Schmidt, spricht Zimmermann von der Politisierung als parteipolitische Einseitigkeit.

Kurt Jung (FDP) unterstützt Schmidts Position, indem er die Oppositionskritik an Politisierung, der zufolge reformbereite „Kräfte dieses Landes … daran [seien], die Bundeswehr zu politisieren und umzufunktionieren, sie zu einem Debattierclub zu reformieren und sie damit letztlich ihres Kampf- und Abschreckungswertes zu entkleiden“, parodiert. Dies bestreitet Jung, aber er will nicht zur alten Ordnung zurück, sondern sieht hier eine Frage der „Güterabwägung … zwischen etwas mehr individueller Selbstgestaltung oder etwas mehr straffer Zucht und hierarchischer Ordnung in der Bundeswehr … zwischen etwas mehr Diskussion und mehr Mitdenken oder etwas weniger Diskussion und weniger Mitdenken“, eher den „Verfassungsprinzipien“ als „den ‚wohlbewährten' Methoden früherer deutscher Armeen“ folgend (ebenda). Auch bei ihm bezieht sich die Pointe der Politisierung auf die Personen, deren Qualität er in Abgrenzung von bloßer „Zucht und Ordnung“ definiert.

Die Mitglieder des Bundestags beurteilen erneut die Politisierung unter der sozial-liberalen Koalition, nämlich im Streit um die Befugnisse der Betriebsräte. Hansheinrich Schmidt (FDP) und Hermann Buschfort (SPD) verteidigen die Regierungsvorlage, der letztere mit dem Argument: „Hieß es bisher, behandelt werden dürfen nur solche Angelegenheiten, die den Betrieb und seine Arbeitnehmer berühren, so können künftig alle Probleme behandelt werden, die den Betrieb und die Arbeitnehmer in tarifpolitischer, sozialpolitischer und wirtschaftspolitischer Hinsicht betreffen“ (11. Juli 1971). Der Zwischenruf des CDU-Abgeordneten Thomas Ruf: „Das ist die Politisierung der Betriebe! Ein weiterer Schritt!“ (ebenda) ist insofern berechtigt, als mit der Ausweitung der Vollmachten auch das legitim Umstrittene erweitert wird.

Buschfort besteht jedoch darauf, dass das Gesetz nur die Praxis legalisiert, dass die Parteienvertreter „in Betriebsversammlungen gesprochen haben“ (ebenda). Dagegen wendet sich Rembert van Delden (CDU) in einem Zwischenruf: „[S]ie durften nur nicht politisieren“ (ebenda), d. h. über „Politik“ im Sinne von *politicking* als zwischenparteiliches Verhältnis sprechen. Dagegen sind für Buschfort tarif-, sozial- und wirtschaftspolitische Policy-Fragen Gegenstand der Politik.

Unter den vorsichtigen Befürwortern der ‚Politisierung' werden die Vorgegebenheit der *polity* anschaulich in Frage gestellt und bestimmte Aspekte der *politicisation* in die Debatte eingeführt. Sie erkennen an, dass ‚Politisierung' nicht immer und primär im parteipolitischen Sinne zu verstehen ist, sondern dass politisches Handeln allen Menschen erlaubt sein sollte.

3.2.2 Politikgestaltung als Öffnung der *polity*

Die Zunahme der Wortkombinationen mit Politik deutet auf ein breiteres Verständnis der Politik hin. Ob dies der Fall ist, diskutiere ich auf der Polity-Ebene mit den Ausdrücken *Politikgestaltung* und *Politikverständnis.* Während im *Die Zeit*-online Korpus die Politikgestaltung erst ab 1989 notiert worden ist (https://www.dwds.de/r/?q=Politikgestaltung&corpus=zeit&date-start=1946&date-end=2018&format=full&sort=date_asc&limit=50), hat im Bundestag der neu ernannte FDP-Innenminister Hans-Dietrich Genscher das Wort schon 20 Jahre vorher benutzt: „Das heißt, diese Bundesregierung will von der jungen Generation selbst wissen … welche Zielvorstellungen sie hinsichtlich der Praxis und Methoden heutiger Politikgestaltung hat" (28. November 1969). Die Formel *Politik gestalten* ist sicherlich schon damals im Gebrauch gewesen.

Die Politikgestaltung macht die Kontingenz zu einer notwendigen Voraussetzung der *polity*, was in den Debatten klar ausgedrückt wird. Etwa Helmut Wieczorek (SPD, 10. November 1995) verweist explizit auf den „Spielraum zur Politikgestaltung" (s. auch Konstanze Wegner, SPD, 25. November 1999 und Thomas Strobl, CDU, 6. Juni 2013). Gleichzeitig verweist das Wort auf die Grenzen dieses Spielraums, d. h. auf das spezifische Profil des Handlungsspielraums der *polity.* Wegner spricht an zitierter Stelle von der „sozialdemokratischen Politikgestaltung".

Beim Juraprofessor Rupert Scholz (CDU) gilt Politikgestaltung dem juristischen Rahmen des Grundgesetzes: „Stringenz in den normativen Grundentscheidungen und den Grundwerten Freiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit", die zugleich „das nötige Maß an Offenheit in die Zeit und in die Verfassungswirklichkeit hinein und gegenüber der jeweils demokratisch legitimierten Politikgestaltung bedeutet" (30. Juni 1994). Walter Kolbow (SPD) erwähnt die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts als Grenzen der Politikgestaltung (22. Juli 1994).

Die *polity* zu gestalten, kann auch den Bundestag selbst betreffen, insbesondere wenn um die Haushaltsmacht gestritten wird (z. B. Wolfgang Mischnick, FDP, 13. Oktober 1988, s. auch Markus Kurth, Grüne, 8. Juli 2010). Die SPD-Abgeordnete Siegrun Klemmer beklagt die Verkürzung von den für den sozialen Bereich bestimmten „einzigen freien Mitteln, die sonst an keiner Stelle im Haushalt zu finden sind, die nicht auf Grund von Leistungsgesetzen verausgabt werden, sondern für Politikgestaltung zur Verfügung stehen, sind … 8,1 Prozent weniger als im Vorjahr veranschlagt" (12. September 1996).

Die Macht des Bundestags gilt auch der Frage, wie gespart wird. Norbert Barthle (CDU) betont als Aufgabe der künftigen „realistischen" Politikgestaltung: „mit weniger Geld gestalten und Besseres machen" (26. November 2010). Auch die Sozialdemokraten sind wegen der „Massenarbeitslosigkeit" (Helmut Wieczorek 10. November 1995) bereit, den Sparplan der rot-grünen Bundes-

regierung (Konstanze Wegner 15. September 1999) zu unterstützen. Dagegen verwirft Dietmar Bartsch (Linke) die Finanzpolitik der schwarz-roten Bundesregierung: „Dieser Haushalt ist das Gegenteil von verantwortungsvoller Politikgestaltung“ (9. September 2014). Die Politikgestaltung der Regierungen gehört in vieler Hinsicht auch zum *politicking*.

Die internationale Dimension der *polity* wird seit den achtziger Jahren zunehmend als wesentlich anerkannt. Dies gilt der UN und der ‚Weltordnung' der Entwicklungs- und Dritte-Welt-Politik. Zur globalen Frauenpolitik spricht z. B. die CSU-Abgeordnete Ursula Männle: „Unsere Solidarität für die Dritte-Welt-Frauenförderungspolitik ist ein Zeichen für eine neue Art der Nord-Süd-Politikgestaltung: Kooperation statt Konfrontation, Solidarität statt Fraktionierung“ (15. Juni 1989). Ihre Rede verweist auf die Gemeinsamkeiten der Entwicklungspolitiker aller Parteien. Dieter Schanz (SPD) erklärt nach der Rio-Konferenz der UNO enttäuscht, „daß sich der ‚Geist von Rio', der die künftige Politikgestaltung beflügeln soll, dass das kleine, allzu schwache Pflänzchen des gegenseitigen Vertrauens und Verständnisses zwischen Nord und Süd und auch zwischen uns zu zerstören droht“ (20. Mai 1992, s. auch 10. Oktober 1991). Irmgard Schwaetzer (FDP) beklagt, dass das WTO-Abkommen „die eigene Politikgestaltung“ der „AKP-Länder“ erschwert (29. April 1998). Karin Kortmann (SPD) betont die Bedeutung der „Vereinbarungen der Staatengemeinschaft“ für die „globale Politikgestaltung“ (10. September 2003). Markus Kurth (Grüne) empfiehlt den Kollegen, sich „mit den Fragen, die der Vertragsausschuss der Vereinten Nationen stellen wird, auseinander[zu]setzen und schließlich die Empfehlungen [zu] diskutieren und in die Politikgestaltung auf[zu]nehmen“ (8. Juli 2010). Mit Politikgestaltung wird keine deutsche Interessenspolitik gegenüber den Dritte Welt-Ländern betrieben.

3.2.3 Politikverständnis als Thematisierung der *polity*

Politikverständnis ist ein zweites Schlüsselwort für *polity*, das erst in den siebziger Jahren in den Bundestagsdebatten eingeführt wurde. Das Wort ist in *der Zeit* ab 1969 zu finden (https://www.dwds.de/r?q=Politikverständnis&corpus=zeit&date-start=1946&date-end=2018&format=full&sort=date_asc&limit=50). Damit werden in den Debatten nicht alle Konzeptualisierungen der Politik verstanden, sondern der Ausdruck hat einen engeren Bedeutungshorizont, der sowohl auf *polity* als auch auf *politicking* verweist.

Im Gegensatz zur Politikgestaltung verweist das Politikverständnis auf die Akteure und auf Fragenkomplexe: die Scheidelinien der *polity* werden mit dem Politikverständnis diskutiert. Das Wort verweist in den Bundestagsdebatten auf Gegensatzpaare: es geht fast immer um das Politikverständnis entweder der

eigenen oder der gegnerischen Seite, und die Pointe des Begriffsgebrauchs besteht in Angeboten zu derartigen Gegenüberstellungen.

Seit den 1970er Jahren deutet das Politikverständnis in der Regel die Vielfalt der Scheidelinien in der parlamentarischen Politik der Bundesrepublik an. In diesem Sinne sprechen nicht nur die Parlamentarier der neuen Parteien, der Grünen und der PDS/Linke, sondern der Wortgebrauch gilt dem gesamten Parteienspektrum.

Helmut Kohl (CDU), als Rheinland-Pfälzischer Ministerpräsident und dann als Partei- und Fraktionsvorsitzender, redete relativ früh vom Politikverständnis. Er attackierte die programmatische Ausrichtung des Orientierungsrahmens ‚85: „Im Vergleich zum Godesberger Programm von 1959 offenbart der Orientierungsrahmen aus dem Jahre 1975 einen bedenklichen Wandel im sozialdemokratischen Staats-, Demokratie- und Politikverständnis" (21. Juni1977). Sich auf die gesteigerte Sorge um die Umwelt vieler Bürger berufend, wendet sich Kohl gegen Bundeskanzler Schmidt: „Dieses Vorurteil, Herr Bundeskanzler, gilt gerade auch Ihrem ökonomisch verkürzten Politikverständnis. Was immer Sie an Gesetzen, Programmen und finanziellen Aufwendungen auch vorweisen mögen, hier bleibt eine Glaubwürdigkeitslücke" (26. November 1980). Damit deutet er eine Dimension im Politikverständnis an, welche den seit dem Godesberger Programm der SPD aus dem Jahr 1959 beherrschten Konsens in Frage stellt und dies zu Lasten Helmut Schmidts und der SPD zu deuten versucht.

Kohl warf Schmidt ein „kaltes, technokratisches Politikverständnis" vor (ebenda). In seiner Antwort stellt Schmidt Kohls Verlangen nach „geistiger Führerschaft" in Frage: „In einer demokratischen – sprich: pluralen – Gesellschaft mit vielfältigsten Richtungen der religiösen wie auch philosophischen Grundüberzeugungen basiert doch das geistige Leben nicht auf irgendeiner politischen Führerschaft (Dr. Kohl [CDU/CSU]: Aber auch!). Es beruht auf der Vielfalt und der Toleranz" (28. November 1980). Hier geht es um den Gegensatz zwischen alter Ordnung und ihrer Öffnung im Politikverständnis.

Den Gegensatz Ordnung vs. Reform im Politikverständnis drückt Gerhard Schröder (SPD) in der Polemik gegen Hermann Kroll-Schlüter (CDU) aus:

> Sie haben gesagt, Sie wollten Jugend zur positiven Einstellung zu Staat und Gesellschaft erziehen. Sehen Sie, auch das ist ein Schlüsselsatz für Ihr Politikverständnis. … Sie wollen verordnen, Sie wollen reglementieren. Wir dagegen wollen zuhören und aus dem Zuhören lernen und aus dem Lernen Handlung entwickeln. Das ist der grundsätzliche Unterschied unserer Art Politik zu machen und Ihrer. (10. April 1981)

Nach dem Regierungswechsel von Schmidt zu Kohl sieht Günther Jansen (SPD) bei den Regierungsparteien „ein vordemokratisches Politikverständnis" (11. November 1983). und Peter Conradi (SPD). bemerkt: „Aber es entspricht Ihrem autoritären Politikverständnis, Herr Minister, daß Sie die Bürgerbeteiligung weiter einschränken" (17. Januar 1986). Er thematisiert

damit die Erweiterung des Kreises politischer Akteure als Reformelement, und wiederholt später den Vorwurf: „Das ist ihr Politikverständnis. Das halte ich für vordemokratisch und autoritär“ (7. Mai 1987). Uwe Küster (SPD) kritisiert die führenden CSU-Politiker Max Streibel und Theo Waigel: Sie haben „ein völlig verfehltes Politikverständnis. Für sie ist die Sache sehr einfach: Politik wird von oben ausgeübt und hat alle Probleme vom Tisch zu schaffen; dann braucht auch nicht mehr demonstriert zu werden“ (11. November 1992). Er führt die Frage der Legalität vs. Legitimität zum Thema Ordnung vs. Reform ein.

Ein neueres Beispiel von der Verbindung zum Reform- und Beteiligungsdenken bietet Martina Stamm-Fibich (SPD): „Das Politikverständnis vieler Menschen hat sich verändert. Bürgerbeteiligung ist die Gegenbewegung zur Politikverdrossenheit geworden. Viele Bürger warten nicht mehr darauf, dass die Politik ihre Sorgen löst, sie krempeln einfach selbst die Ärmel hoch und bringen sich ein. Das ist gut so. Denn Demokratie braucht Bürger, die sich einbringen, Menschen, die nicht nur zuhören, sondern selbst mitreden“ (9. Juni 2016). Direkte Antworten auf diese Beiträge mit der Berufung auf Politikverständnis sind jedoch nicht in den Debatten zu finden.

Die Kritik am Vorrang der Ordnung im Politikverständnis der Regierung ist ein Hauptthema bei den in den Bundestag eingezogenen Grünen. Christa Reetz wendet sich gegen die Volkszählung: „Die Obrigkeit, die diese mehrseitige Information haben will, sieht die Bürger als ‚Erhebungseinheiten und Auskunftspflichtige’ an. Das ist das Politikverständnis der Regierungsverantwortlichen“ (28. Januar 1985). Hubert Kleinert thematisiert die Tendenz zur Ausgrenzung: „Sie wollen gern den Oberzensor über das Politikverständnis der GRÜNEN spielen. Sie praktizieren eine Politik der Ausgrenzung, Sie praktizieren eine Politik der andauernden Diskriminierung gegenüber politischen Kräften, die Ihnen unbequem sind“ (1. April 1987).

Die Freidemokraten wenden sich gegen die Staatsfixiertheit, die Verteilungspolitik und den Regulierungsglauben der SPD, Roland Kohn sieht darin „ein so gouvernementales Politikverständnis“ (29. März 1990). Für Hans H. Gattermann „[v]erbirgt sich … dahinter ein Stück Politikverständnis des Inhalts, daß gute Politik nur jene sei, Wohltaten möglichst üppig zu verteilen und je nach parteipolitischer Orientierung dies zielgruppenorientiert zu tun?“ (21. März 1986). Birgit Homburger behauptet: „Das Politikverständnis der SPD ist schlicht und falsch: Sie messen die Qualität der Politik – auch die der Umweltpolitik – an der Höhe der Staatsausgaben“ (20. Januar 1995). Horst Friedrich wendet sich im Kontext des Verkehrslärmgesetzes gegen die Grünen: „Er entspringt dem streng staatsgläubigen Politikverständnis von Bündnis 90/ Die Grünen, daß mit einem Gesetz alle Probleme gelöst werden könnten“ (20. Januar 1997).

Auch Hans Peter Schmitz (CDU). betont: „Dabei ist Anspruchsdenken an den Staat doch gerade auch von sozialdemokratischen Bundesregierungen ab 1969 bis ins fast Uferlose gefördert worden: Der Staat regelt alles … Das ist

doch das verhängnisvolle Politikverständnis Ihrer Partei vor allem in der ersten Hälfte der siebziger Jahre gewesen“ (27. November 1992). Horst Seehofer (CSU) bemerkt: „Der SPD-Fraktionsvorsitzende Müntefering hat dieses Politikverständnis dankenswerterweise noch einmal auf den Punkt gebracht, indem er gesagt hat: Wir müssen den Staat stark machen und auf privaten Konsum verzichten. – Genau dieses Denken steht hinter der rot-grünen Politik“ (19. Dezember 2002).

Gegen die PDS/Linke sind antietatistische Argumente noch stärker, dazu Carl-Ludwig Thiele (FDP): „Was die PDS heute zur Debatte stellt, steht für ihr Politikverständnis: strenge Staatsgläubigkeit, eine Aufblähung des Staatsapparats, die vermeintliche Herstellung von Gerechtigkeit, kurz: massives Misstrauen gegenüber den Bürgern“ (1. März 2002). Ähnlich Joachim Pfeiffer (CDU): „Wir debattieren jetzt unter anderem über einen Antrag der Linken, an dem deren Politikverständnis und -ansatz exemplarisch deutlich wird. Sie fordern nämlich wieder einmal unreflektiert den Einsatz des Staates, und … Sie wollen, dass der Staat als Unternehmer auftritt“ (22. Januar 2009).

Mit der Ausnahme des Zwischenrufs von Albert Schmidt (Grüne) an Horst Friedrich (FDP): „Das glauben Sie doch nicht im Ernst!“ (20. Januar 1997) wird diese Polemik nicht mit der Bestreitung dieses Politikverständnisses beantwortet. Eine Parodie gegen die FDP-Polemik mit Andeutungen an die dahinterliegenden Interessen präsentiert Joachim Poß (SPD): „Die FDP sagt, wie üblich Nein, weil sie am engsten mit dem Finanzmarkt verflochten ist. Das Ganze offenbart ein erschreckendes Defizit im Hinblick auf ein ernsthaftes Politikverständnis“ (29. Januar 2010).

Ein beliebtes Thema liegt im Wahlkampffokus des gegnerischen Politikverständnisses. Bürgerliche Abgeordnete sehen darin den Grund für den Vorrang der Verteilungspolitik. Nach Karl-Hans Laermann (FDP): „Was ist das für ein Politikverständnis: Wahlkampf auf Kosten unserer Jugend, unserer Zukunft!“ (11. Mai 1995). Stefan Ruppert (FDP) adressiert Raju Sharma (Linke) mit der Formel: „In größerer Wahlkampfnähe versuchen Sie es jetzt erneut, aber nicht zu Bedingungen, die der geltenden Rechtslage entsprechen. Wenn man etwas erreichen will – insofern trennt uns unser Politikverständnis –, geht man dabei anders vor als einseitig, so wie Sie es hier tun“ (21. Februar 2013). Matthias Zimmer (CDU) wendet sich gegen die SPD: „Alles in allem ist der SPD-Antrag ein Antrag für das Wahlkampfschaufenster und ein Antrag, der ein wenig die Untiefen sozialdemokratischen Politikverständnisses zeigt,“ während Reinhard Grindel (CDU) den Grünen vorwirft: „Was stellen sich die Grünen denn da selbst für ein Zeugnis aus? Wenn das für sie gilt, dass sie sich nur um die kümmern, bei denen es in ihrer Wahlkasse klingelt, dann sagt das viel über ihr Politikverständnis aus“ (beide 7. Juni 2013).

Umweltpolitik und Nachhaltigkeit wurden seit den achtziger Jahren allseitig benutzte Schlagworte. Im Politikverständnis zeigen sich jedoch die Unterschiede. Für Marion Caspers-Merk (SPD) bedeutet Nachhaltigkeit „einen

neuen Ansatz, ein neues Politikverständnis“ (23. Juni 1998). Einen Anspruch dafür, die Umweltpolitik zu politisieren, erhebt Winfried Herrmann (Grüne) in seiner Rede zur Rio-Konferenz der UNO: „Daß Dreidimensionalität des Entwicklungsbegriffs Nachhaltigkeit – Ökologie und Soziales verbunden mit der Ökonomie – nun auch in der deutschen Politik eine Rolle spielt. Damit hat man, glaube ich, den Horizont der Politik ein Stück weit erweitert und zu einem neuen integrativen Politikverständnis beigetragen“ (23. März 1999).

Die bürgerlichen Parteien blieben in der Defensive, etwa Günther Brederhorn (FDP): „Mit vorschnellen Forderungskatalogen aber ist es nicht getan. Das Politikverständnis der rot-grünen Umweltpolitiker … ist einfach zu simpel“ (30. Januar 1997). Georg Girisch (CSU) verbindet Nachhaltigkeit mit Markwirtschaft: „Nachhaltigkeit ist ein fortwährender Lernprozess, der nicht befohlen werden kann. Ein Diktat von oben wäre unweigerlich zum Scheitern verurteilt und entspricht auch nicht unserem Politikverständnis“ (20. Januar 2000). Die Parteikollegin Daniela Raab polemisiert gegen ein Gutachten, das „einen sehr einseitigen Schwerpunkt auf die Fragen setzt, wie wir mit dem Klimawandel umgehen und was für uns Umweltschutz im täglichen Politikverständnis bedeutet“ (1. Juli 2010).

Offenheit im Politikverständnis gilt auch für die Europa- und Außenpolitik. Wolfgang Roth (SPD) beklagt, dass „aus den von Helmut Schmidt und Valéry Giscard d’Estaing entwickelten Gipfeln der Konfliktaustragung und der Kompromißfindung nun Gipfel der Selbstdarstellung und der Ausklammerung von Problemen geworden sind … Aber es entspricht wohl Ihrem Politikverständnis“ (24. Juni 1988). Manfred Such (Grüne) kritisiert die Auslandsgeheimdienstpolitik der Regierung: „Eine solche passive oder gar resignative, rückwärtsgerichtete Haltung widerspräche grundsätzlich dem Politikverständnis von Bündnis 90/Die Grünen“ (24. September 1996). Annelie Buntenbach (Grüne) beklagt, dass im Gegensatz zum Europäischen Parlament, im Bundestag „kein parlamentarisches Gremium, in dem über die politische Gestaltung der Globalisierung im Zusammenhang diskutiert und entschieden werden kann, gibt … von einem kohärenten Politikverständnis sind wir noch ein ganzes Stück entfernt“ (21. Februar 2002).

Dagegen strebt Gerda Hasselfeldt (CSU) danach, „zu einem stabilitätsorientierten Politikverständnis in allen europäischen Ländern zu kommen“ (7. November 2011). Günter Gloser (SPD) kritisiert die Linke, die „wieder einmal einseitig und kurzsichtig in einem uralten Konflikt die Argumente nur einer Seite aufgreift und alle Gegenargumente und Differenzierungen sozusagen links liegen lässt. Für dieses Politikverständnis ist die Linke bekannt, und dies ist ein wesentlicher Teil ihrer so oft nachgewiesenen Außenpolitikunfähigkeit“ (19. Januar 2012).

Feminismus sowie Ausländer- und Flüchtlingspolitik werden mit Politikverständnis selten thematisiert. Nicole Bracht-Bendt (FDP) wendet sich gegen Frauenquoten in Aufsichtsräten (18. April 2013), während für Halina

Wawszyniak (Linke) das „Nein heißt nein"-Gesetz allzu verwässert worden ist und „leider ein Gesetz [bleibt], das in wesentlichen Teilen das Politikverständnis weißer alter Männer widerspiegelt" (7. Juli 2016). Zur Integration der Einwanderer und Flüchtlinge behauptet Fritz Rudolf Körper (SPD), dass Integrationspolitik ein interkulturelles Politikverständnis voraussetzt: „Sie wird nur … in parteiübergreifendem Konsens möglich sein" (22. Februar 2008). Markus Kurtz (Grüne) kritisiert den Staatssekretär Ole Schröder (CDU) darin, im Asylverfahren primär Kosten zu sehen: „Ein merkwürdiges Politikverständnis. Geht es doch beim Asyl häufig um Leben und Tod. Von christlicher Nächstenliebe zeugt diese Haltung nicht" (17. Juni 2010).

Das Politikverständnis einiger Sozialdemokraten prägte die Sehnsucht nach Harmonie. Nach Michael Müller ist „Umweltpolitik eine Chance … um erstens wieder mehr Konsens in unserer Gesellschaft und um zweitens wieder die Grundlage für ein gemeinsames, einheitliches Politikverständnis zu schaffen (5. März 1998). Im Unterschied „zu dem christdemokratischen und christsozialen Politikverständnis" versteht Mathias Schubert (SPD) „Politik als Verpflichtung und Verantwortung zum Gemeinwohl" (17. Februar 2000).

Kontingenzoffener ist Angela Merkel (CDU), die als Umweltministerin von „einem bestimmten Politikverständnis" des zu behandelnden Antrags spricht: „Für mich muß Umweltpolitik auch den Kompromiß und die Auseinandersetzung suchen und nicht dauernd die Konfrontation" (16. Februar 1995). Man kann sich zwar fragen, worin die Differenz zwischen Auseinandersetzung und Konfrontation besteht, aber Sehnsucht nach Konsensus gibt es bei Merkel nicht.

Mit Politikverständnis verweisen die Bundestagsabgeordneten also auf politische Scheidelinien, aber dies tun sie vielfach in einer bestimmten Weise. Mehrere FDP-Mitglieder sprechen gar von einem „falschen" Politikverständnis (Hans H. Gattermann, 21. März 1986; Birgit Homburger, 20. Januar 1995; Carl-Ludwig Thiele, 20. November 1998). Diese Interpretation und Präsentation der *polity* entspricht dem, was Reinhart Koselleck (1979) „asymmetrische Gegenbegriffe" nennt. Darin ist eine Degradierung der Gegner implizit, im Gegensatz zu dem für die parlamentarische Politik eigenen Respekt ihnen gegenüber.

3.2.4 Politikfähigkeit als Bedingung für die *polity*

Die personelle Dimension der Beteiligung an der *polity* besteht in der Anerkennung der *Politikfähigkeit* als die Kompetenz der aktiven Einmischung in der *polity*. Im Bundestag ist es nicht selten, Parteien oder Personen die *Politikfähigkeit* abzusprechen, um sie in der *polity* zu marginalisieren, was mit dem vom parlamentarischen Regime erforderlichen Respekt vor den Gegnern schlecht vereinbar ist. Das Wort *politikfähig* ist ebenfalls eine Neuprägung. Im Korpus

der Zeit ist es ab 1983 auffindbar (https://www.dwds.de/r?q=politikfähig&corpus=zeit&date-start=1946&date-end=2018&format=full&sort=date_asc&limit=50). *Politikunfähig* wird ein Jahr später datiert (https://www.dwds.de/r?q=politikunfähig&corpus=zeit&date-start=1946&date-end=2018&format=full&sort=date_asc&limit=50).

Politikunfähigkeit ist ein rhetorisches Mittel, auf Kompetenzmängel berufend, bestimmten Gegnern faire Chancen zum parlamentarischen Betrieb abzustreiten. Die Kritik an der Politikunfähigkeit der Grünen nach ihrem Einzug in den Bundestag war bei den etablierten Parteien gängig. Der Korpus *der Zeit* erwähnt als zweiten Beleg für politikunfähig die Bundestagrede des hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner (SPD) gegen Joschka Fischer und die Grünenfraktion: „Sie wissen ja, Herr Fischer, daß ich Ihre Fraktion für politikunfähig halte. Es hat keinen Sinn, diesen Dialog hier fortzusetzen" (8. September 1983).

Zwei Jahre später, als Börner die Grünen mit Joschka Fischer als Umweltminister in die hessische Landesregierung holte, erinnert Finanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) an diese Rede: „Es sind dieselben grünen Parolen und Programme, die Herr Börner bis in die jüngste Vergangenheit als – wie das dann so heißt – ‚politikunfähig' beschrieben hat. … Es ist überhaupt nicht wahr, daß sich die Personen – Herrn Fischer kennen wir aus langjähriger Tätigkeit im Deutschen Bundestag – und die Positionen so grundlegend verändert haben" (25. Oktober 1985, s. auch Dieter Weirich, CSU in derselben Debatte).

Besonders scharfe Attacken der *Politikunfähigkeit* galten der Außen- und Verteidigungspolitik der Grünen (Peter Kurz Würzbach, CDU, 23. Januar 1986; Verteidigungsminister Manfred Wörner, CDU, 4. Juni 1987; Werner Hoyer, FDP, 16. Oktober 1987; Volker Rühe, CDU 7. September 1989; Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg 7. Dezember 1989). In den neunziger Jahren hat Günter Friedrich Nolting (FDP) diesen Topos wiederholt aufgenommen (9. Februar 1995; 13. Dezember 1996; 20. Februar 1997; 20. März 1997; 19. Juni 1998). Die Argumente wurden gelegentlich auch gegen die SPD gerichtet, etwa von Jürgen Rüttgers (CDU): „Auch das dritte Thema ist eigentlich ein schlimmes Beispiel für die Politikunfähigkeit der SPD, das Thema des Einsatzes der Bundeswehr" (13. Januar 1993, s. Noltings Zwischenruf an Uta Zapf, SPD, 27. Oktober 1993).

Die Kritik an den Grünen blieb nicht ohne Antwort. Zu Manfred Wörner ruft Hans-Werner Senfft (Grüne): „Dann seid ihr politikunfähig!" (17. April 1986). Ulrich Fischer (Grüne) wendet sich gegen die Opferung der Menschenrechte im Namen der Staatsräson und ist „froh, daß wir GRÜNEN solche ‚Politikfähigkeit' nicht haben und hoffentlich nie haben werden" (10. Dezember 1986). Uwe Hüser (Grüne) adressiert die Regierung Kohl mit Max Webers Formel des Augenmaßes: „Sie haben total den Überblick und jegliches Augenmaß verloren. Sie sind nicht in der Lage, die Probleme der Zeit zu erkennen. Sie sind politikunfähig" (23. Juni 1988).

In dieser Phase war das Zusammenprallen der Politikverständnisse eindeutig. Die bürgerlichen Parteien hielten am Primat der Außen- und Sicherheitspolitik fest, der innenpolitische Streitigkeiten untergeordnet werden sollten. Die Grünen forderten dieses Politikverständnis aus zwei Perspektiven heraus, im Namen des Pazifismus und der Umwelt- und Menschenrechtspolitik, die sich gegen das unbedingte ‚Primat der Außenpolitik' richteten. Später gaben die Grünen dann den strikten Pazifismus auf.

Wegen ihrer Ablehnung der Auslandseinsätze der Bundeswehr und der UNO-Missionen wird die Linke ebenfalls als politikunfähig angesehen (s. Axel Schäfer, SPD, 26.8, 2009; Philipp Mißfelder, CDU 20. Februar 2013, s. auch den Zwischenruf von Jörg Tauss, SPD an Alexander Ulrich, Linke 1. Dezember 2006). Jürgen Trittin (Grüne) sieht im Motto einer Linkendemo ‚Bundeswehr raus aus Afghanistan' „eine falsche Parole", verwirft auch die FDP-Kritik an UNO-Mandaten: „An dieser Stelle sind sie und die Linke genauso wenig politikfähig" (12. September 2007).

Die europäische Erweiterung der *polity* bringt der Politikfähigkeit eine neue Dimension. Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) formulierte dies: „Sollte die europäische Integration zurückfallen oder gar scheitern und Deutschland sich selbst überlassen bleiben, würde der alte Ungeist wieder in großem Umfang gesellschafts- und politikfähig werden. Die europäische Integration ist auch ein Anker für die politische Stabilität Deutschlands" (2. Dezember 1992). Wieczoreck-Zeul sieht in der europäischen Vereinigung eine Garantie gegen einen Rückfall zum Nationalismus und zur Politikunfähigkeit.

Der Parlamentarismus selbst ist ein Thema, an dem die Politikfähigkeit der Gegenseite in Frage gestellt wird. Parlamentarischer Staatssekretär Norbert Lammert (CDU) sieht, dass „die Politikfähigkeit des Deutschen Bundestages" von der „Bereitschaft zur sachlichen Auseinandersetzung ohne vordergründige Polemik" abhängig sei, was „in den Ausschußberatungen regelmäßig ausgeprägter ist als in den Plenardebatten" (23. November 1993). Michael Müller (SPD) sieht Probleme für den Parlamentarismus in medialen Strukturen, die „uns mit politikunfähig machen", und schlägt für die Rehabilitation der Politik vor, „wenigstens wieder Schritte in die Politikfähigkeit zu machen" (5. September 1995). Als SPD und Grüne im Bundesrat die Mehrheit erreichten, fordert Michaela Hustedt (Grüne), „nicht weiter über Tricksereien den Bundesrat auszugrenzen und eine breite Einigung zu blockieren" (28. November 1997) und Gerd Andres (SPD) richtet sich gegen „lächerliche Blockadevorwürfe in Richtung Bundesrat" (12. Februar 1998). Beide sahen darin ein Zeichen der fehlenden Politikfähigkeit der Bundesregierung.

Hinter der Kritik an *Politikunfähigkeit* steckt seit den siebziger Jahren die Annahme, dass keine Partei im Bundestag Politik verachten darf. Die Polemik gegen die mangelnde *Politikfähigkeit* der parlamentarischen Gegner impliziert die eigene Politikfähigkeit. Die Asymmetrie zugunsten der Politikfähigkeit enthält eine im Bundestag seit den siebziger Jahren für alle Parteien gemein-

same Aufwertung der Politik. Diese Wertbeziehung ist ein besonderer Aspekt der *polity.*

3.2.5 Das Ende der exklusiven *polity*

In diesem Kapitel habe ich den Polity-Aspekt mit einigen in den Debatten häufig benutzten Wortformen interpretiert. Wenn die Veränderungen in der *polity* auf die jeweils vorangegangenen Schritte und Stufen der *politicisation* zurückgeführt werden, wird es verständlich, dass mit diesen Politworten thematische Kanten der *politicisation* der (west-)deutschen *polity* sichtbar gemacht werden. Diese *politicisation* ist eine weitgehend unbeabsichtigte Öffnung oder Lockerung der ursprünglich, auch wegen der Unsicherheit über die Zukunft der Bundesrepublik (s. Ullrich 2009), sehr eingegrenzten *polity* gewesen.

Die *polity* ist mit den neuen Wortkonstellationen aus der der Regierung und den Parteien reservierten hohen Politik herausgebrochen. Die Frage danach, was politisch oder Politik sei, ist mit dem zunehmenden Gebrauch der Wortkonstellationen verfeinert worden, was stillschweigende Schübe der *politicisation* mit sich gebracht haben. Diese Veränderung ist zwar umstritten geblieben, lange vor allem von vielen CDU/CSU-Mitgliedern scharf abgewiesen, später jedoch stillschweigend als die neue Realität akzeptiert worden (s. die Abschnitte zu *politicking* und *politicisation*).

Die Abgrenzungen zwischen Politik und anderen Phänomenen – sei es Justiz, Verwaltung, Ökonomie, Militär, Kunst, Schule oder Universität – sind nicht einfach. Die Beispiele machen deutlich, dass Politik nach genauerer Betrachtung unter den Bundestagsabgeordneten als Aspekt des Lebens und Handelns unabhängig von der Sphäre des Politischen politisch werden konnte. Eine Rückkehr zur stabilen Politikordnung der frühen Bundesrepublik war nicht mehr denkbar. Dies ist eine der eindeutigsten Wandlungen der Begriffsgeschichte unter den Parlamentariern.

Die Politikgestaltung bezieht sich auf Kontingenz: wie Politik ‚gestaltet' wird, bleibt eine offene und umstrittene Frage. Auf diesen Ausdruck verweisen oft diejenigen Sprechakte, die neue Aspekte des Kontingenten und Kontroversen als politisch bedeutsam auf die Agenda setzen, inklusive der Erweiterung des Handlungsrahmens, der Polity-Ebenen, von nationalstaatlichen zu europäischen und weltweiten Auseinandersetzungen.

Die Rede vom Politikverständnis verweist in den Debatten, auf die Kontroversen und Scheidelinien. Die Redeweise ist oft asymmetrisch, das gegnerische Politikverständnis wird als eng, altmodisch, einseitig, parteilich usw. charakterisiert, wodurch eben die verschiedenen Aspekte der Öffnung der *polity* oder die Erinnerungen an der Bedeutung der etablierten Konfliktlinien debattiert werden.

Die personelle Öffnung der *polity* zeigt sich deutlich darin, wie die Politik(un)fähigkeit thematisiert worden ist und wird. Die Politikfähigkeit den Gegnern abzusprechen verweist indirekt auf den hohen Wert der Politik und auf die Schwierigkeit, ein kompetenter Politiker zu werden. Dies wird vor allem *Newcomern* und marginalisierten Fraktionen leicht abgesprochen, doch es gibt auch Tendenzen, dass dies die Traditionalisten der etablierten Parteien tun, die die Umwandlung der parlamentarischen Agenda nicht verstanden haben und daher daraus keine Konsequenzen für die eigene Politik gezogen haben.

3.3 Wandel der Policy-Konzeptionen

Es gibt seit dem 18. Jahrhundert eine deutsche Tradition der Kameral- und Polizeiwissenschaften, die ihren Ursprung im quasi-aristotelischen Verständnis der ‚Politik' als eine Disziplin, eine ‚angewandte Wissenschaft' hatte. Darin verwies die Disziplin *Politik* nicht auf Handeln, das auch anders hätte sein können, sondern das Tun wurde als etwas verstanden, was durch den Gegenstandsbereich bestimmt wurde (s. Maier 1966, Brückner 1977, Tribe 1995, Palonen 1985).

Gustav Schmoller u. a. vertraten im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts einen Neo-Kameralismus, der danach strebte, die Kontingenz der Politik zu minimieren, indem in der Bezeichnung des Gegenstandbereichs schon implizit die Richtung der *policy* vorausgesetzt wurde. Etwa *Finanzpolitik* betraf nicht die parlamentarische Deliberation über das jährliche Budget des Staates, sondern einen Versuch, die angemessene Finanzpolitik als eine kalkulierbare auf Zweckmäßigkeit ausgerichtete Frage zu verstehen (s. Palonen 1985, 22–27). In der deutschen Ökonomen- und Verwaltungssprache wurden Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht als Gegenstand einer Wahl zwischen Alternativen verstanden, sondern als eine Art Optimierungsaufgabe der Ziele und Mittel. Politiker haben darauf zurückgegriffen, um die eigene Linie zu rechtfertigen.

Max Weber wendete sich schon in seiner Freiburger Antrittsrede (1895) gegen die Ansicht, die Nationalökonomie sei eine Weltanschauung. Später hat er in Aufsätzen zur „*Objektivität*" (1904) und „*Wertfreiheit*" (1917b) noch stärker hervorgehoben, dass ‚die Wissenschaft' nicht Politik bestimmen kann, sondern das Anders-Handeln-Können eine Voraussetzung nicht nur der Politik, sondern auch der Wissenschaft ist. In parlamentarischen Debatten, in denen die Infragestellung aller Regierungsvorlagen die Regel ist, erscheinen jegliche Entpolitisierungen der *policies* verdächtig.

Auch später bleibt in der Rede von *policies* ein Hauch von der Optimierungstendenz sichtbar. Dies gilt etwa für die Auffassung Friedrich Meineckes

von Außenpolitik, die die für jeden Staat jeweils beste mögliche *policy* als *Staatsräson*, die nicht zu wählen, sondern zu finden ist (1924, 1), darstellt. Diese Tradition deutet noch die Kontingenzreduktionen an, die Handeln in einen Gegensatz zum Nicht-Handeln oder zum bloßen Reden bringen oder verlangen, dass ‚die Politik' handeln muss, soll oder kann (s. Kap. 2.3).

3.3.1 Vom Neo-Kameralismus zu Policy-Programmen

Im Politikvokabular des Bundestags gibt es keine direkten Belege für das Weiterbestehen der kameralistischen Kontingenzreduktion. Eine explizite Kritik am entpolitiserenden Policy-Denken übt Bruno Diekmann (SPD) in der Debatte zum Haushalt des Bundespostministeriums:

> Das Ministergehalt ist also, wenn ich so sagen darf, das einzige Politikum, das in diesem Haushaltsplan vorhanden ist. denn der eigentliche Haushalt des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen ist in die Zuständigkeit des Postverwaltungsrats gelangt. Wir hier im Bundestag haben leider nicht die Möglichkeit, den allgemeinen Haushalt des Bundespostministeriums zu verabschieden.
> Dennoch aber, scheint mir, gibt es einige Punkte in dem schon verabschiedeten Haushaltsplan des Bundespostministeriums, die nach meiner Auffassung vom Bundestag unbedingt angesprochen werden müssen. (16. Juni 1955)

Diekmann polemisiert dagegen, die *policy* des Ministeriums als eine reine Verwaltungsaufgabe zu verstehen, über die der Postverwaltungsrat entscheidet. Er wollte dem Bundestag die Möglichkeit geben, über das Budget des Ministeriums zu debattieren und zu entscheiden.

Mit dem politischen Umbruch, der mit der sozial-liberalen Koalition unter Brandt und Schmidt von 1969 bis 1982 erfolgt, kann man einen Bruch im Verständnis der *policy* bemerken. Die *policy* enthält eine bewusst normative Richtung und erfährt eine Neukoordinierung der einzelnen Policy-Felder sowohl ineinander als auch miteinander, was die teleologische Komponente der *policy* stärkt (s. auch Carlo Schmids Kritik an Bindestrich-Politik, Kap. 2.2).

Die Wahl einer *policy* enthält sowohl eine Kritik an der Richtungslosigkeit der Maßnahmen als auch eine Abwahl der alternativen Politikrichtung. Die normative Wahl der Policy-Richtung ist ein für die europäische Sozialdemokratie der siebziger und achtziger Jahre typisches Politikprofil. Dieses Policy-Denken vertritt später etwa Ursula Burchardt (SPD), die die Politikinnovation in der Umweltpolitik im Bereich der *policy* befürwortet; „Schließlich ist ein Umweltplan Politikinnovation. Er koordiniert die Planung der Ressorts, bedeutet Folgenabschätzung für Entscheidungen in Politik und Verwaltung und fördert mehr Demokratie" (20 March 1997). Trotzdem bleibt auch hier die Debatte und Wahl zwischen mehreren Richtungen unterbeleuchtet. Insofern bleibt das Kontingenzbewusstsein bei Policy-Entscheidungen oft weniger thematisiert als beim Bezug auf *polity.*

3.3.2 Umprägung der *Realpolitik*

Realpolitik verweist auf einen anderen Topos in der Tradition des Policy-Aspekts der Politik. Der nach den Erfahrungen der 1848er Revolution enttäuschte Liberale Ludwig August von Rochau hat mit seiner Schrift *Grundsätze der Realpolitik* (1853, erweiterte Ausgabe 1869) das Schlagwort Realpolitik geprägt, das später auch in andere Sprachen als deutsches Fremdwort übertragen wurde. Zum Schlagwort wurde Realpolitik erst durch die Verbindung mit der Otto von Bismarck zugeschriebenen Formel von der Politik als ‚eine Kunst des Möglichen' (s. Palonen 1985, 37–41). Später wurde dieses Schlagwort mehrfach umgedeutet und die ‚Realpolitik' u. a. von Max Weber parodiert (s. Palonen 2006). In diesem Abschnitt begrenze ich mich auf die Realpolitik und überlasse den ‚Kunst des Möglichen'-Topos dem Kap. 6 sowie die Realpolitiker dem Kap. 4.

Im Laufe der Jahrzehnte löste sich die Rede von der Realpolitik von ihren historischen Konnotationen des 19. Jahrhunderts los, und es entstanden neue Bedeutungsschichten und leicht ironische rhetorische Verwendungen. In der Bundesrepublik blieb Realpolitik insbesondere in der Außenpolitik lange Zeit ein zentraler Slogan, obwohl dem Begriff im Laufe der Zeit teilweise neue Interpretationen gegeben wurden.

Den Suchergebnissen zufolge ist Realpolitik in fast 300 Debatten des Bundestags zu finden, vor allem in frühen und späten Legislaturperioden. Probeweise habe ich als Ausgangspunkt der Analyse die Auswahloption ‚Relevanz' gewählt und damit die Suche auf die 50 ‚besten' Belegen begrenzt, jedoch so, dass mehr oder weniger alle Perioden in dieser Auswahl enthalten sind.

Rochau wird in den Plenardebatten nicht erwähnt, und von einem direkten Bezug zu Bismarck ist kaum die Rede (ungleich Realpolitiker, s. Kap. 4). In den ersten zwei Legislaturperioden wurde die Realpolitik emphatisch mit ‚Tatsachen' verbunden, wie etwa bei Anne-Marie Heiler (CDU): „Sich den Tatsachen beugen heißt Realpolitik machen, und das müssen wir hier tun. Den Tatsachen sich beugen heißt aber auch, daß diese Sache nicht in einem so raschen Zug verhandelt werden kann … wie das der Vorschlag der SPD vorsieht" (26.2. 1953). Für Hans-Joachim v. Merkatz (DP) sind es die Wähler, welche die Realpolitik verlangen: „Unsere Wähler verlangen von uns jedenfalls, dass wir in allen Dingen den Realitäten und Möglichkeiten Rechnung tragen. Die Wähler wünschen eine nüchterne Realpolitik" (9. Dezember 1954). Der Erfolg der Regierungsparteien bei den Bundestagswahlen von 1953 legitimiert für v. Merkatz einen Verzicht auf große Programme und unsichere Veränderungen.

Belege dieser Art verweisen auf das Verhältnis zu den Alliierten und zur politischen Konstellation im Kalten Krieg. Justizminister Thomas Dehler (FDP) bekennt sich: „Die Regierung muß der Lage realpolitisch Rechnung tragen" (25. November 1949). Später spricht er davon, dass „unser so realpo-

litisch denkender Herr Bundeskanzler“ [gesagt hat], „daß er von dem nüchternen, realpolitischen Sinn der neuen Männer des Kreml mehr erwarte als von den Politikern, die von Ideologien erfüllt sind“ (7. Mai 1955). Dehler macht Realpolitik zum Gegenbegriff für Ideologie.

Kurt-Georg Kiesinger (CDU) distanziert sich von der älteren deutschen Tradition der Realpolitik:

> Wir betrachten uns nicht als Realpolitiker in einem Sinne, wie es einmal in Deutschland gemeint war. Was wir unter realer Politik verstehen, ja, meine Damen und Herren, das haben Sie ja in den letzten Jahren gesehen. Und Sie werfen uns ja gar nicht Realpolitik vor, im Gegenteil: die nehmen Sie für sich in Anspruch, uns werfen Sie Utopismus vor. (Zuruf von der SPD: Nein, nein! — Abg. Dr. Greve: Das ist verdammt real, was Sie machen! Ihnen wirft keiner Utopismus vor!)
> Was Sie vorhin aus dem Munde von Herrn Carlo Schmid hörten, war der Vorwurf einer unrealistischen Politik, verehrter Herr Kollege Greve. Und wenn das richtig ist, was ich von Ihnen gehört habe, daß Sie gegen jede deutsche Wiederbewaffnung sind, dann, verehrter Herr Kollege Greve, muß ich Ihnen allerdings sagen, daß das eine höchst unreale Politik wäre. (7. Oktober 1954)

Kiesinger präsentiert hier Seitenhiebe nach mehreren Richtungen. Vor allem unterscheidet er die traditionelle Realpolitik von der ‚realen Politik’ der Bundesregierung bzw. der CDU. Dass Carlo Schmid der Regierung ‚Utopismus’ bzw. ‚unrealistische Politik’ vorwarf, markiert eben eine Distanz zur alten Realpolitik, während Kiesinger seinerseits der SPD ‚unreale Politik’ vorwarf.

Mehrere Gegenbegriffe für Realpolitik werden in den Debatten erwähnt: Romantik (Max Becker, FDP, 15. November 1949), Illusion (SPD-Parteiführer Kurt Schumacher, 8. November 1950), „eine Politik des ‚Als ob’“, Phantasie (Carl v. Campe, DP, 10. und 24. März 1950) und Gefühl (Herbert Schneider, DP, 6. März 1956). Alle diese Beispiele der Realpolitik spielen die normative Dimension der *policy* herunter. Nach den Suez- und Ungarn-Ereignissen 1956 lobt Außenminister Heinrich v. Brentano (CDU) die „rationale und nüchterne Betrachtung“ in der US-Politik (6. Dezember 1956). Etwas später empfindet er die „sowjetrussische Deutschlandpolitik“ als „Ausdruck einer harten Realpolitik“, während die Bundesregierung gegen sie „moralisch gerechtfertigte Realpolitik“ betreibt (5. November 1959), womit er eine an moralischen Maßstäben verpflichtete aber realistische Politik meint.

In der frühen Bundesrepublik beansprucht jede Fraktion außer der KPD Realpolitik für sich, spricht sie aber dem Gegner ab. Die SPD-Abgeordneten Arno Behrisch (21. Oktober 1954) und Willy Brandt, damals noch ein Hinterbänkler in Bonn (24. Februar 1955), zitieren den verstorbenen Berliner Bürgermeister Ernst Reuter. Für ihn pflegt die Außenpolitik der Bundesrepublik zu viele Lippenbekenntnisse zur Realpolitik mit der Implikation, dass sie nicht ‚realpolitisch genug’ sei.

Eine Kritik der Deutung des Ost-West-Konflikts als eine Entweder-Oder-Situation übt in einer der ersten Bundestagsdebatten Helene Wessel (Z): „Zur

Realpolitik gehört auch die Frage, ob wir Deutschen nur die Wahl zwischen Ost und West haben. … doch glaube ich, es wäre eine Verkennung der historischen Gegebenheiten und Aufgaben unseres Volkes, wollten wir sagen, wir könnten nur zwischen Ost und West wählen“ (22. September 1949). Max Becker (FDP) kritisiert die britische Haltung gegen die „europäischen Einigungsbestrebungen“, insbesondere den Abgeordneten Fletcher-Cooke mit seinem Verlangen im Europarat, gegen „die Sehnsucht der Europäer, schnell zu supranationalen Institutionen zu kommen“. Daraus zieht Becker den Schluss: „Wir bleiben bei unseren europäischen Idealen, aber wir müssen realpolitisch handeln“ (16. Dezember 1954).

In Debatten der sechziger und siebziger Jahre spielte Realpolitik eine marginale Rolle. Inmitten der Kontroversen um die Ostverträge hebt Außenminister Walter Scheel (FDP) jedoch hervor, „daß es allerhöchste Zeit ist, einen Teil unseres Volkes mit den realpolitischen Verhältnissen unserer Welt vertraut zu machen“ (25. Februar 1978). Hans-Günter Hoppe (FDP) verteidigt im Verhältnis zur DDR die Begrenzung auf das, was ohne Zweifel möglich ist: „Das verlangt Sinn für das politisch Mögliche, aber auch die Bereitschaft zum Kompromiß. Ein nüchterner Sinn für Realpolitik ist dabei unumgänglich“ (9. März 1978).

In den achtziger Jahren hat Helmut Kohl als CDU-Oppositionsführer und als Bundeskanzler eine Rehabilitation der Realpolitik eingeleitet. Er polemisiert gegen die grün-alternative Herausforderung: „Dies sind verwöhnte Kinder, die sich den Luxus erlauben, die Voraussetzungen zu ignorieren, unter denen sie so glücklich unglücklich sein dürfen, unter denen auch der gröbste Mangel an realpolitischer Einsicht noch als ‚kritische Utopie’ des Beifalls und auch des bedeutenden Honorars sicher sein darf“, wogegen er u. a. „Fähigkeit zur Realpolitik“ setzt (26. Mai 1981). In der sozial-liberalen Koalition „mit Ihrem ideologischen Opportunismus, mit Ihrer Sehnsucht nach neuen deutschen Sonderwegen, mit dem Verlust an Staatsraison und mit der mangelnden Fähigkeit zur Realpolitik“ sieht Kohl wachsende Risiken (24. Juni 1982). Er verbindet Realpolitik mit Staatsraison. Nach den Wahlen im März 1983 sieht Bundeskanzler Kohl die Möglichkeit zu Realpolitik mit Veränderungen: „Die geschichtliche Erfahrung zeigt: Der gegenwärtige Zustand ist nicht unabänderlich. Realpolitik: ja, Resignation: nein!“ (4. Mai 1983).

Oppositionelle Parlamentarier pflegten eine ironische Distanz zur Realpolitik. Bald nach seiner Wahl zum Bundestag formuliert Otto Schily (Grüne) die Pointe:

Den sogenannten Realpolitikern … antworte ich mit den Worten Albert Schweitzers aus dem Jahre 1958: Wir haben die Wahl zwischen zwei Risiken. Das eine besteht in der Fortsetzung des unsinnigen Wettrüstens. … das andere in dem Verzicht auf Atomwaffen und in dem Hoffen, daß Amerika, die Sowjetunion … es fertigbringen werden, in Verträglichkeit und Frieden nebeneinander zu leben. Das erste enthält keine Möglichkeit

einer gedeihlichen Zukunft, das zweite tut es. Wir müssen das zweite wagen. (21. November 1983)

Norbert Gansel (SPD) wendet sich gegen die „sogenannten Realpolitiker" seiner Partei: „Diese Zielvorstellung aus dem Godesberger Programm galt lange Zeit bei sogenannten Realpolitikern, die die Atombombe als Weiterentwicklung der Artillerie betrachteten, als eine überlebte Utopie. Heute, im Zeitalter mehrfachen atomaren Overkills ist sie eine Überlebensutopie für Realisten"(ebenda). Freimut Duve (SPD) beansprucht dagegen eine neue Realpolitik, die normative Kriterien einschließt: „Ein solches Verhalten setzt Realpolitik nicht außer Kraft, sondern schafft erst die nach Verfassung und Völkerrecht für die Demokratie einzig denkbare Legitimation für Realpolitik" (3. Mai 1984). Diese Verbindung wurde schon von Friedrich Meinecke in seiner *Die Idee der Staatsräson* (1924, 1) vertreten.

Antje Vollmer (Grüne) verteidigt nach dem Mauerfall Realpolitik gegen Helmut Kohl: „Warum eigentlich immer dieses Theater um die Grenzfrage? Nach den Gesetzen der Realpolitik, nach dem Geist bestehender Verträge, auch in Anrechnung des Lebensschicksals von mindestens zwei Generationen von Menschen, die dort gelebt haben, steht die polnische Westgrenze längst definitiv fest" (18. Januar 1990).

Joschka Fischer (Grüne) war eine Hauptperson im innerparteilichen Streit der Grünen zwischen *Realos* und *Fundis.* In der Opposition spricht er im Kontext der Russlandreise des Bundeskanzlers gegen „drei Punkte Kohlscher Realpolitik":

Ich nenne Ihre Rußlandreise, Ihre Zurückhaltung – um nicht zu sagen: geduckte Haltung – in der Tschetschenien- und Demokratiefrage gegenüber Jelzin. Ich nenne Ihre Verneigung vor dem chinesischen Militär. Ich nenne die vielen Fragezeichen Ihrer Iranpolitik, Herr Bundeskanzler. Wir werfen Ihnen vor, daß Sie sich mit Ihrer außenpolitischen Realpolitik mehr und mehr dem Verdacht aussetzen, eine Politik des Wandels durch Anbiederung erreichen zu wollen. Wo das enden wird, haben wir schon einmal erlebt. (28. Februar 1996)

Die Pointe liegt in der Kritik an der Anpassung an normativ fragwürdige Mächte. Christian Schmidt (CSU) sieht hier keine Realpolitik und fragt Fischer über Kohls Treffen mit Präsident Boris Jelzin: „Haben Sie sich einmal umgekehrt gefragt, Herr Fischer: Was wäre gewesen, wenn der Bundeskanzler die im Rahmen der Konsultationen vereinbarte Reise abgesagt hätte?" (ebenda). Etwas später parodiert Verteidigungsminister Volker Rühe (CDU) Fischers Realpolitik: „Wenn ich Sie sprechen höre, habe ich manchmal Angst, daß Sie die sofortige Bombardierung Bagdads fordern, nur um im Rennen der Realpolitiker weiter vorn zu sein" (19. Juni 1998). Kritik an Realpolitik als Mangel an gründlicher Überlegung übt Jürgen Rochlitz (Grüne): „Doch leider bevorzugt die Realpolitik immer wieder die vorgeblich schnelleren Lösungswege, die meist noch anderen, meist ökonomischen Nutzen versprechen" (ebenda).

Das normative Kriterium für Politik sind für viele Grüne die Menschenrechte geworden. Claudia Roth (Grüne) parodiert die unter konventionellen Realpolitikern häufig zu findende Haltung: „Feierstunden sind gefährlich für die Menschenrechte, weil sie dem Irrglauben Nahrung geben können, Menschenrechtspolitik sei ein feierlicher Luxus, den man sich nur an besonderen Tagen leisten kann". Roth dagegen verbindet Menschenrechte mit Realpolitik: „Menschenrechtspolitik ist Realpolitik. Menschenrechtspolitik ist Demokratiepolitik, weil Menschenrechte nur dort gedeihen, wo Demokratie funktioniert. Demokratie aber setzt die Unteilbarkeit der Menschenrechte voraus" (10. Oktober 1998).

Der zum Außenminister avancierte Joschka Fischer (Grüne) gesteht die besondere Realpolitik in seinem Ministerium: „Außenpolitik wird sich immer im Spannungsverhältnis zwischen der Orientierung an Prinzipien und der Durchsetzung von Interessen entwickeln müssen". Auch er wendet sich gegen die „Unterdrückung der Menschenrechte" und erinnert an „die Erfahrung der osteuropäischen und auch ostdeutschen Dissidentengruppen … die wesentlich zum Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen … beigetragen haben" (ebenda). Auch für Fischer ist Menschenrechtspolitik Realpolitik, er betrachtet Menschenrechte jedoch nicht als über der sonstigen Politik stehend. Für Christian Ruck (CSU) bleibt eine grundlegende Differenz: „Realpolitik zu betreiben ist das eine, zu deklamieren im Sinne von Menschenrechten das andere" (16. Oktober 2000).

Zum Bericht der schwarz-gelben Bundesregierung über den Verhandlungsstand des Menschenrechtsübereinkommens zur Biomedizin geht es nach Volker Beck (Grüne) „bei der Zustimmung und Unterzeichnung … auch um eine Entscheidung der Realpolitik. Die Konvention enthält einige Mindeststandards. Diese sind unbefriedigend, aber besser als nichts" (17. Oktober 1996). Trotzdem verweigert er die Zustimmung dazu: „Ein halbvolles Glas Wasser, von dem man nicht trinken kann, weil es unerreichbar ist, löscht keinen Durst. Deshalb werden wir einem solchen Konventionstext in keinem Fall zustimmen" (ebenda). Wolf-Michael Catenhusen (SDP) kommt zum ähnlichen Ergebnis, er behauptet, „daß wir auf europäischer Ebene keine Chance haben – bei aller Gemeinsamkeit im Wertesystem und hinsichtlich der Geschichte –, in der Frage der Embryonenforschung eine Vereinbarung zu treffen, die deutsche und britische Positionen in Übereinstimmung bringt" (ebenda).

Für Christa Nickels (Grüne) liegt dagegen „der grundsätzliche Konflikt" darin, „daß nämlich grundlegende Werte im Augenblick permanent gegen Wirtschafts- und Standortinteressen abgewogen werden, [wird] nicht thematisiert … Für mich ist das die grundlegende Problematik unter dem Stichwort Realpolitik". Diese ist für Nickels keine Frage der „Abwägung zwischen Realpolitik und Wertefragen", sondern eine der Menschenrechte (ebenda). In seiner Antwort auf Nickels prozeduralisiert Volker Beck die Abwägung der Möglichkeit einer Menschenrechtsklage:

> [E]ine Konvention, die für sich in Anspruch nimmt, ethische Mindeststandards zu sichern, ist immer Anlaß, in realpolitische Abwägungsprozesse einzutreten. Für mich ist die entscheidende Frage: Kann ich wenigstens die „schlappen" Mindeststandards einklagen? Kann ich sie durchsetzen, so daß kein Land mehr darunter wegtauchen kann? – Das ist nicht der Fall. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat keine Möglichkeit, diese Mindeststandards durchzusetzen. Er darf allenfalls, wenn er gefragt wird, zu einer Rechtsfrage Stellungnehmen, wie die Konvention womöglich auszulegen sei. Das reicht nicht! (ebenda)

Ohne von zitierten Kollegen in der Sache abzuweichen, besteht Beck auf die ‚realpolitische' Frage der Abwägung und beruft sich auf die juridische Prozedur des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Nur wenn er dort keine reale Chance sehe, lehne er die Konvention ab. Seine ‚Realpolitik' besteht eben in der Auslotung aller existierenden Chancen, während Nickels diese Suche nach realisierbaren Möglichkeiten mit normativen Kriterien abzulehnen scheint.

In den Debatten nach der Jahrtausendwende zur Realpolitik sind die Kontroversen entschärft worden. Deklarationen, wie jene Kohls am Anfang der achtziger Jahre, sind auch unter den bürgerlichen Parteien inaktuell geworden. Gewisse normative Kriterien werden bei allen Fraktionen an die Realpolitik gebunden, und etwa Cem Özdemir (Grüne) empfiehlt „eine wertegeleitete Realpolitik" (25. Februar 2016).

3.3.3 Der Anspruch auf Politikansätze

Ein häufiger Ausdruck zur Bestimmung des Policy.Aspekts in den Debatten ist *Politikansatz*, eine weitere Neuprägung, die im Korpus *der Zeit* erst ab 1982 zu finden ist (https://www.dwds.de/r?q=Politikansatz&corpus=zeit&date-start=1946&date-end=2018&format=full&sort=date_asc&limit=50). Sie markiert eine Verfeinerung des Policy-Aspekts. Im Bundestag stammt der erste Beleg dafür aus dem Jahr 1985 (Dieter Schanz, SPD, 29. März 1985), seither wurde er in 155 Debatten verwendet. Die häufigsten Debatten um diese Formel fanden in der 14. Wahlperiode statt, d. h. in der ersten der rot-grünen Regierung Gerhard Schröders.

Ungleich der Optimierung der *policy* erscheinen alternative *Politikansätze* als sachgemäß: „Wir haben da unterschiedliche Politikansätze. Wir gehen mit unserem Ansatz und Sie mit Ihrem auf den politischen Markt" (Hans-Joachim Fuchtel, CDU 25. Februar 1999). „Auch da haben wir eine grundsätzliche Differenz zu Ihrem Politikansatz in diesem Haushalt" (Anja Hajduk, Grüne, 23. November 2006). Matthias Miersch (SPD) präsentiert die Differenzen mit Adresse an die Wählerschaft: „Auf diesem Politikfeld verfolgen wir ganz unterschiedliche Politikansätze … Am Sonntag stehen auch hier zwei unterschiedliche Politikansätze zur Wahl, der von Rot-Grün und der von Schwarz-

Gelb“ (16. Januar 2013). Die Unterschiede zwischen Parteien werden eben in ihren Politikansätzen deutlich.

Eine Sehnsucht nach überparteilicher Bewertung der Politikansätze findet man bei Thomas Silberhorn (CSU) „Ich finde es sinnvoll, … eine Rangliste der EU-Mitgliedstaaten in den einzelnen Bereichen wie Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik zu erstellen. Das ist der Weg, wie man zu einem solchen Wettbewerb der besten Politikansätze kommt“ (20. April 2010).

Die gegnerische Politik als *falsch* zu bezeichnen, ist eine weit verbreitete, jedoch rhetorisch fragwürdige Praxis (z.B. Gerald Thalheim, SPD, 9. März 1995; Franziska Eichstädt-Bohlig, Grüne, 11. Mai 1995; Hartmut Schauerte, CDU, 13. Dezember 2001; Christel Happach-Kasan, FDP, 3. April 2003). Noch weniger Respekt für parlamentarische Gegner liegt im Anspruch, die eigene Politik für *richtig* zu halten (z.B. Gerd Wartenberg, SPD, 6. September 1994; Peter Jacoby, CDU, 4. Mai1999; Minister Philipp Rösler, FDP, 17. Januar 2013; Ministerin Johanna Wanka, CDU, 22. Februar 2013). Die meisten dieser Belege stammen aus der Regierungsmehrheit. Im Sinne der epideiktischen Rhetorik sind falsch und richtig als Synonyme für schlecht und gut, für Tadel und Lob, zu verstehen.

Tadelworte im Umfeld von *Politikansatz* verweisen weiter darauf, dass sie ausgedient haben – „alt“ (Heidemarie Wieczorek-Zeul, SPD, 8. Oktober 1992), „herkömmlich“ (Ursula Fischer, PDS, 1. Dezember 1993), „Auslaufmodell“ (Peter Pazioreck, CDU, 21. Oktober 2004), „diskreditiert“ (Birgit Homburger, FDP, und Rolf Bietmann, CDU, 21. Oktober 2004) – oder auf die Unterschiede in der Bewertung – „unsozial und patriarchalisch“ (Petra Bläß, PDS, 30. September 1993), „unwahrhaftig“ (Rolf Mützenich, SPD, 1998), „ideologisch“ (Ministerpräsident Erwin Teufel, CDU, 18. März 1999), „neoliberal“ (Uwe Hicksch, PDS, 21. Februar 2002), „Repression“ (Monika Lazar, Grüne, 10. Mai 2012) sind. Es werden auch Gründe angegeben, warum sie für unrealisierbar gehalten werden: „kann auch nichts herauskommen“ (Jürgen Starnick, FDP, 12. Februar 1992), „überfordert“ (Gudrun Kopp, FDP, 27. Juni 2002), „unseriös“ (Lothar Binding, SPD, 20. Juni 2006), „Wünsche die Sie nicht erfüllen können“ (Joachim Poß, SPD, 23. Juni 2006), „nicht seriös und nachhaltig“ (Stephan Stracke, CSU, 17. Dezember 2009), „fehlgeschlagen“ (Elisabeth Scharfenberg, Grüne, 11. Mai 2012), „katastrophal“ (Norbert Röttgen, CDU, 7. September 2016) oder „destruktiv“ (Arnold Vaatz, CDU, 2. Dezember 2016).

Vielleicht am schärfsten lehnt Anette Kramme (SPD) einen gegnerischen Politikansatz ab: „Ihr Politikansatz in diesem Bereich ist von einer einzigartigen Naivität geprägt“ (5. April 2002). Ebenso vernichtend äußert sich Dietmar Kansy (CDU): „Wenn das Ihr Politikansatz ist, liebe Kollegen von der SPD, dann können wir so langsam wirklich einpacken“ (20. Juni 1996). Priska Hinz (Grüne) meint, dass eine „große Fehlanzeige“, was die Politikansätze betrifft,

vorliegt (22. November 2012). Diese Beispiele zeigen indirekt, wie der Politikansatz einer *policy* gewisse Mindeststandards verlangt.

Es ist schwieriger, die eigene Politik zu loben als die gegnerische zu tadeln, da ihre Folgen oft unabsehbar und ihre Voraussetzungen nie völlig explizit sein können und jede *policy* ihre Risiken hat, die beim Lob leicht sichtbar werden können. Trotzdem gibt es keinen Mangel an Selbstlob des eigenen Politikansatzes in den Debatten.

Den Ansatz als „neu" zu qualifizieren ist besonders beliebt (z. B. Konrad Weiß, Grüne, 18. Oktober 1991; Ursula Fischer, PDS, 9. Dezember 1993). Zu zeitorientierten Lobreden eigener Politikansätze gehören „zukunftsweisend" (Minister Carl-Dieter Spranger, CSU, 11. November 1993), „generationenübergreifend" (Lale Akgün, SPD, 13. März 2003) „mittel- und langfristig" (Michael Kauch, FDP, 6. April 2006) und „innovativ" (Anna Lührmann, Grüne, 24. November 2006). Über den Inhalt sagen die Redner dabei nichts.

Zu den Kriterien der *policy* passt auch, den Politikansatz als „kohärent" zu bezeichnen (Minister Klaus Kinkel, FDP, 14. Januar 1993; Michael Hennrich, CDU, 5.6. 2008). Ab ca. 2000 wird es modisch, die eigene *policy* als „integriert" bzw. „integrativ" einzustufen (z. B. Achim Großmann, SPD, 4. November 1999; Klaus Brandner, SPD, 4. Juli 2001; Peter Götz, CDU, 14. Januar 2005; Angelika Brunkhorst, FDP, 21. September und 14. Dezember 2006; Markus Tressell, Grüne, 19. Dezember 2014; Stephan Albani, CDU, 24. November 2015, 18. Dezember 2015 und 28. April 2016). Ein Modebegriff zum Lob des Politikansatzes ist auch „vernetzt", den R. Werner Schuster (SPD) schon am 11. November 1993 benutzt, s. auch Achim Großmann (SPD, 4. November 1999) und Winfried Herrmann (Grüne, 12. Februar 2009).

Die Policy-Teile werden ebenfalls mit dem „ganzheitlichen" (Klaus Brähmig, CDU, 16. März 2000; Rolf Schwanitz, SPD, 30. Juni 2000; Winfried Herrmann, Grüne, 12. Februar 2009), bzw. „gesamtheitlichen" (Heidrun Bluhm, Linke, 25. September 2008) Politikansatz verbunden. Daran schließen die Merkmale „komplex" (Gudrun Kopp, FDP, 27. Juni 2002) oder „umfassend" (z. B. Uta Zapf, SPD, 9. November 2000: Christian Ruck, CSU, 7. November 2003; Günter Gloser, SPD, 17.6, 2010) an. Der Politikansatz wird auch als „Querschnittsaufgabe" (Rosel Neuhäuser, PDS, 10. März 1995; Maritta Böttcher, PDS, 7. September 1995) oder „sektor- und ressortübergreifend" (Gerhard Botz, SPD, 18. Juni 2009: Jutta Müller, SPD, 18. Januar 2001; Heinz Paula, SPD, 20. September 2010) präsentiert.

Werner Schulz (Grüne) sieht den Politikansatz der ostdeutschen Bürgerbewegungen als „jenseits von Parteiinteressen, ideologischen Überzeugungen und materiellen Interessen" (27. November 1991). Sabine Kaspereit (SPD) beurteilt die deutsche Einigung: „Die Lösung liegt nicht mehr in einem einheitlichen Politikansatz, der die teilungsbedingten Sonderlasten allein in den Mittelpunkt stellt" (31. Januar 2002).

Zur Eigenwerbung für den Politikansatz dienen Merkmale wie „dialogorientiert und verantwortungsorientiert“ (Margaretha Wolf, Grüne, 14. März 1999), „konzeptionell“ (Werner Hoyer, FDP, 16.9 1999), „gestalterisch“ (Irmingard Schewe-Gerigk, Grüne, 18. Januar 2001), „raumwirksam“ (Christian Müller, SPD, 29. März 2001), „problemgerecht“ (Klaus Grehn, PDS, 22. Februar 2002), „pragmatisch und schrittweise“ (Günter Gloser, SPD, 24. Mai 2007). Die Pointe liegt vielleicht im Anspruch, Probleme nicht zu versteckten und die Politik der anderen zu beachten.

Diese einzelnen Kriterien für den Politikansatz verweisen auf die allgemeine Problematik der Policy-Formation. Man will die verschiedenen Themen koordinieren, konventionelle Teilung der Felder oder Ministeriumsressorts überschreiten, die Mängel der alten Politik vermeiden, sie nicht nur auf die Zukunft hin orientieren, sondern auch den Rhythmus der Veränderung beachten und sich an der Politik der Gegner orientieren und flexibel sein. Die Berufung auf das ‚Ganze’ ist aus der Sicht der unbeabsichtigten Folgen verständlich, sie erkennt jedoch nicht die für jede *policy* zu erwartenden Grenzen an. Fragen wie man den Politikansatz revidiert oder wechselt werden nicht thematisiert.

3.3.4 Politikkonzepte als Policy-Entwürfe

Der Policy-Aspekt wird auch mit *Politikkonzept* thematisiert, eine weitere Neuprägung, die ab 1981 im Gebrauch ist (https://www.dwds.de/r?q=Politikkonzept&corpus=zeit&date-start=1946&date-end=2018&format=full&sort=date_asc&limit=50). In die Bundestagsdebatten gelangte das Wort ebenfalls in den achtziger Jahren (der erste Beleg bei Ludwig Volmer, Grüne, 16. Oktober 1986) und wurde seither in 46 Debatten verwendet. Im Vergleich zum Politikansatz verweist es stärker auf den Gegensatz zwischen Regierungs- und Oppositionspolitik. Dies sieht man etwa in diesen Beiträgen aus dem Anfang der rot-grünen Regierung:

> Konsens und Kooperation sind die innovativen Schlüssel für die Ausgestaltung der Arbeitsbeziehungen, die auch in Zukunft tragfähig sind. Konfrontation, Ausgrenzung und soziale Unsicherheit für viele und Bevorzugung weniger sind Führungs- und Politikkonzepte von gestern und daher schlichtweg megaout. (Ute Kumpf, SPD, 10 Dezember 1998)
>
> Am Ende der Beratungen in dieser Haushaltswoche gibt es bis zur Stunde noch kein geschlossenes Politikkonzept, das den Herausforderungen der Gegenwart oder gar der Zukunft – den Herausforderungen wirtschaftspolitischer, finanzpolitischer oder arbeitsmarktpolitischer Art – entspräche. (Peter Jacoby, CDU, 26. Februar 1999)

Viele der für Politikansatz benutzten Epitheta, wie umfassend, kohärent, integriert oder kooperativ, sind auch bei Politikkonzept in Gebrauch. Einige Redner streiten ab, dass die Gegenseite überhaupt ein *Politikkonzept* habe, etwa eine

„Abrüstungspolitik, Kollege Pflüger, die diesen Namen auch verdient, muß in ein Politikkonzept eingebettet sein" (Angelika Beer, Grüne, 5. Juni 1997, auch 1. Dezember 1999). Michael Link (FDP) fordert eine kohärentere Nachbarschaftspolitik der EU:

> Die ENP muss eine bilaterale Kooperationspartnerschaft ermöglichen, die den beiderseitigen Anforderungen und Bedürfnissen gerecht wird. Nichtsdestotrotz muss es eine Differenzierung innerhalb eines kohärenten Politikkonzeptes sein. Nicht nur die Annäherung des jeweiligen Partnerstaates an die Union, sondern auch die Förderung der regionalen Zusammenarbeit, ja wo möglich der regionalen Integration innerhalb der Partnerregionen, ist ein wichtiges Ziel der ENP. (8. November 2007)

Politikkonzept scheint vom Politikansatz insofern abzuweichen als es auch solche Fragen umfasst, mit denen noch keine *policy* betrieben worden ist. Dies ist der Fall, z. B. wenn Dieter Schanz den Antrag der SPD zur Entwicklungspolitik verteidigt:

> Der Antrag fordert die Bundesregierung bzw. den Bundeskanzler und den Umweltminister auf, in Rio ein Politikkonzept zu vertreten, das folgenden Ansprüchen gerecht wird. Dieses Konzept soll festlegen, welchen Beitrag die Industrieländer zur Bewältigung der Problematik zu leisten bereit sind. Dabei soll sich die Bundesregierung in Rio dafür einsetzen, daß es zu einer konkreten Verpflichtung der Industrieländer zur Umsetzung der bereits international getroffenen Vereinbarungen kommt. (20. Mai 1992)

Ausführliche Kriterien für ein *Politikkonzept* präsentiert Winfried Herrmann (Grüne). Für ihn ist das Politikkonzept ein Entwurf, gleichzeitig viele nicht leicht miteinander vereinbare Dinge zu verbinden, die Kompetenzstreitigkeiten und die verschiedenen Zeitschichten zu beachten und die aus ihnen gebauten Barrieren zu überwinden.

> Wenn man ein neues Politikkonzept vorlegt, das andere Arbeitsformen verlangt, wird deutlich, dass es allerhand Barrieren und Hindernisse gibt. Dazu gehören die Ressortborniertheit, die Tatsache, dass bei uns alle Zuständigkeiten in den Ausschüssen, Gremien und Arbeitskreisen klar geregelt sind, und … die Kurzatmigkeit, der Alltagsdruck in der Politik wie auch die fehlende Kohärenz und Kooperation zwischen Politikfeldern und Handelnden. Das ist übrigens nicht nur ein Problem der Regierungsparteien, sondern auch der Oppositionsparteien. Das ist ein grundlegendes Problem der Politik. (30. Januar 2004)

Ein einheitliches Konzept ist eher der Bürokratie eigen als der parlamentarischen Politik, die dauernd zu Modifizierungen und Revisionen bereit sein muss, ohne dabei ‚das Konzept' aus der Sicht zu verlieren. Gerade in diesem Sinne ist in der parlamentarisch-demokratischen Politik eine kohärente *policy* nur bedingt oder in speziellen Fällen möglich. Herrmanns Einsicht ist von der Planungseuphorie weit entfernt, und er macht auch klar, dass *policy* im weiteren Rahmen des *politicking* zu verstehen ist.

Der Policy-Aspekt der Politik wird in den Bundestagsdebatten seit den achtziger Jahren relativ gut mit *Politikansatz* und *Politikkonzept* abgedeckt.

Weniger benutzte Politikworte, die sich auf den Policy-Aspekt beziehen, wie *Politiklinie* oder *Politikstrategie*, scheinen nicht viel Neues anzubieten.

3.3.5 Die Umorientierung der *policies* als Politik

Die präsentierten Beispiele verweisen darauf, dass von einer kameralistischen Policy-Sprache im Bundestag – im Gegensatz zur Beamtensprache – nicht viel übriggeblieben ist. Die *policies* werden sowohl als ‚politisch' als auch als ‚Politik' verstanden, wovon die neuen Politworte zeugen.

Seit den späten achtziger Jahren sind auf der Policy-Dimension keine neuen Schlagworte entstanden. Die Grünen haben eben das Profil einer Partei, die sich im Parlament ‚sachlich' mit Policy-Fragen beschäftigt, bewusst angenommen. Auch die PDS/Linke unterscheidet sich nicht markant von den anderen Parteien, obwohl Kritiker ihre Policy-Vorschläge gern als von vornherein unseriös verwerfen.

Die Suchergebnisse veranschaulichen die Art und den Grad der Thematisierung des Policy-Aspekts der Politik im Deutschen Bundestag. Der Policy-Aspekt bindet die Politikrede stark an die parlamentarische Tagesordnung, vor allem an den starken Gegensatz zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien. Weder Verbindungen zwischen Hinterbänklern mehrerer Parteien noch individuelle Profile im Verständnis der *policy* als Aspekt der Politik unter einzelnen Abgeordneten werden mit dem *Politikansatz*- und *Politikkonzept*-Vokabular präsentiert.

Die Policy-Fragen haben eine zunehmende Bedeutung für die konstituierenden Scheidelinien der *polity* gewonnen. Parteien und auch einzelne Abgeordneten müssen eigene Alternativen konstruieren und sie glaubhaft formulieren. Doch diese Professionalisierung und Spezialisierung auf der Policy-Ebene mag gleichzeitig die Regierung mit dem Verwaltungsapparat und die Partei- und Fraktionsführung gegen einzelne Abgeordnete stärken, aber die Policy-Initiativen in unkonventionellen Themen mögen als Gegengewicht dazu fungieren.

Eine Konsequenz ist, dass auch die *policies* der *politicisation* ausgesetzt worden sind. Die Fragen der politischen Linie oder Richtung weisen mit Politikansatz und Politikkonzept darauf hin, dass es eben auch in Einzelfragen und -gebieten immer Alternativen gibt, die die Chancen für Debatten im Parlament steigern. Zwar findet dies dezentral in Ausschüssen statt und die Spezialisierung auf bestimmte Policy-Felder mag die Partei- und Fraktionsführung stärken, aber der alte Glaube an eine Optimierungspolitik ist nicht mehr zeitgemäß im Bundestag.

3.4 Formen des *politicking*

Was im Deutschen dem englischen *politicking* entspricht, kann man in Verweisen von mehreren Wortkonstellationen ausfindig machen, vor allem in Politikverständnis, Politikstil und Politikfähigkeit. Das *politicking* in meinem Schema bezieht sich auf die Operationen des Handelns, auf die Präsentation, Interpretation und Beurteilung der für die Politik typischen bzw. sie konstituierenden Aktivitäten.

3.4.1 Politikverständnis als Thema

Wenn man das *politicking* über das Politikverständnis analysiert, wird die parlamentarische Form explizit. Adolf Schmidt (SPD) äußert sich zum Mitbestimmungsgesetz, nach ihm „erfüllen wir in unserem Politikverständnis einen Verfassungsauftrag. Die Frage der Verfassungsgemäßheit unserer Gedanken hat sowohl in der öffentlichen Debatte wie insbesondere bei den von den Ausschüssen veranstalteten Hearings eine bedeutende Rolle gespielt" (18. März 1976). Lothar Binding (SPD) thematisiert das Politikverständnis in der Kritik an der linken Überbietungspolitik.

> Diesen Haushaltsansatz möchte ich zum Anlass nehmen, einmal über unser Politikverständnis nachzudenken. Die Linke hatte, wohl wissend, dass der ursprüngliche Haushaltsansatz insgesamt schon um 9 Millionen erhöht wird, den Antrag gestellt, ihn um weitere 5 Millionen zu erhöhen, ohne dabei sicherzustellen, dass diese Mittel überhaupt gebraucht werden und sinnvoll in die Projektarbeit dieses Jahres einfließen können. (20. Juni 2006)

Im Stil des Westminster-Parlamentarismus ist eine derartige Überbietungspolitik allzu durchsichtig, da die Veränderungsanträge im Detail debattiert werden müssen. Joachim Poß (SPD) formuliert die Pointe, dass die Opposition nicht ohne Debatte die Vorschläge der von der Regierung eingesetzten Expertengremien unterstützen kann:

> Da sieht Ihre Arbeitsteilung so aus, den Vorwurf der Blockade gegenüber der SPD zu erheben. Als ob die SPD dazu da wäre, Konzepte von Regierungskommissionen, an denen sie überhaupt nicht mitgearbeitet hat, zu übernehmen! Was ist das für ein Parlaments-, was ist das für ein Politikverständnis! (26. Juni 1997, s. auch seine Rede 6. November 2003)

Otto Reschke (SPD) betont: „Ich schäme mich für so ein Parlaments- und Politikverständnis, für diese Inkompetenz und Arroganz von Mitgliedern eines Verfassungsorgans" (21. September 1994). Michaele Hustedt (Grüne). beurteilt, dass sich unter der rot-grünen Regierung das Parlament aktiv in die Politik eingemischt hat: „Wenn sie während ihrer Regierungszeit immer gekuscht haben, dann mag das Ihrem Verständnis von Politik entsprechen. Wir wollen,

daß das Parlament Politik macht. Ich bin deswegen sehr stolz darauf, daß wir das schon ein Stück weit erreicht haben" (17. Juni 1999). Parlament und Verfassung sind Bestandteile von einem Politikverständnis, das die Regierung als den primären politischen Akteur in Frage stellt oder zumindest ihre Macht eingrenzt.

Gegen den Ausschluss der Bürger aus der Politik polemisiert Christa Reetz (Grüne, 28. Februar 1985, Zitat oben in 3.2.4, s. auch Peter Conradi, SPD, 17. Januar 1986). Martina Stamm-Fibich (SPD) führt ihrem Politikverständnis folgend Bürgerbeteiligung als Schutz vor Politikverdrossenheit an:

> Wir sprechen oft von Politikverdrossenheit Wir sprechen davon, dass die Themen zu komplex werden, und davon, dass sich die Fronten zwischen Bürgern und Politik immer mehr verhärten. Das Politikverständnis vieler Menschen hat sich verändert. Bürgerbeteiligung ist die Gegenbewegung zur Politikverdrossenheit geworden. (9. Juni 2016)

In den Debatten des Bundestags verweist Politikverständnis somit auf die Fragen, wer Politik betreibt bzw. sich in sie einmischen kann. Dies steht im Einklang mit dem oben analysierten Gebrauch des Begriffs zur Thematisierung der Scheidelinien der Politik.

3.4.2 Rhetorik der Politikfähigkeit

Als *politicking* kann man viele Belege mit den schon zitierten Polit-Wörtern verstehen, vor allem jene, die auf den Gegensatz zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien verweisen. Wenn ein Politikansatz oder ein Politikverständnis diskreditiert oder die eigene Linie gerühmt wird, können diese als Schachzüge eines Stils von *politicking* verstanden werden, die den Gegensatz übertreiben oder den Konflikt polarisieren.

Dasselbe gilt den Klagen der Handlungslähmung der Regierung als *politikunfähig:* „Wer nach nur sechs Monaten Amtszeit die Handlungs- und Politikfähigkeit dieser Koalition anläßlich dieser Haushaltsdebatte bewertet, kann nur feststellen: Es steht nicht gut um deutsche Regierungspolitik" (Rudolf Dressler SPD, 15. Juni 1991). Jürgen Koppelin (FDP) spricht der rot-grünen Regierung die Politikfähigkeit ab, indem er zum Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit sagt: „Versprochen wurde, dass dieses Ministerium unter dieser Koalition eine große Blüte erleben würde. Die Bilanz ist heute, dass das Bundesministerium fast politikunfähig geworden ist" (29. November 2000).

Die Regierungsvertreter haben durchaus Antworten auf diese Anklagen bereit. Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) benutzt den Ausdruck: „Es geht um nicht weniger als um die Politikfähigkeit, unseres Gemeinwesens – eine Politikfähigkeit, die auf Grund des Schuldenberges, den Sie angehäuft haben, wirklich in Frage steht" (16. September 1999). Sein parteiloser Wirtschafts-

minister Werner Müller stellt die Forderung an die Opposition: „Sie müssen irgendwie wieder politikfähig werden, wir machen Politik“ (17. Februar 2000), und Christine Scheel (Grüne) hält die FDP wegen ihrer Steuerversprechen für politikunfähig: „Ein Wunschzettel ist noch keine Politik. Steuererleichterungen zu verteilen ohne Gegenfinanzierung bedeutet Politikunfähigkeit. Das bescheinigt sich die F.D.P. mit diesem Antrag nur ein weiteres Mal“ (16. März 2001). In diesen Belegen zeigt sich, wie die Regierung andere Chancen zum Handeln als die Opposition hat, und ihre Anhänger können gegen die Klagen der Untätigkeit auf den mangelnden Realismus der Opposition verweisen.

Die Bereitschaft zur Regierungsverantwortung wird gern als Maßstab der Politikfähigkeit verwendet. Peter Ramsauer (CSU) begrüßt die erste Große Koalition unter Angela Merkel: „Wenn wir politikfähig sein wollen, dann müssen wir auch kompromissfähig und kompromissbereit sein“ (28. November 2007). Zweifel an der Politikfähigkeit der Grünen bleiben bei der CDU (s. Stefan Kaufmann, CDU und der Zuruf von seiner Partei „Die waren noch nie politikfähig!“, 30. November 2011). Der Linken wird vorgeworfen, nicht „außenpolitisch verantwortungsvoll“ zu sein: „Das zeigt nicht nur, dass Sie nicht regierungsfähig sind. Das zeugt auch von Politikunfähigkeit“ (Thorsten Frei, CDU, 9. April 2014). Hubertus Heil (SPD) betont ebenfalls: „Sie geben die Fähigkeit zur Differenzierung auf, nur weil Sie sich davon billige Vorteile im Wahlkampf versprechen. Ihnen geht diese Fähigkeit ab. Das ist nicht gut für die Demokratie. Deshalb sind Sie nicht politikfähig“ (22. Mai 2014).

Die Bereitschaft zu Kompromissen dient ebenfalls als Bedingung für Politikfähigkeit. Davon zeugt die frühe Kritik an der Umwelt- und Energiepolitik der Grünen (z. B. Olaf Feldmann, FDP, gegen Tay Eich, Grüne, 15. Dezember 1989), oder ihren „Rigorismus“ in Fragen der Menschenrechte (Volkmar Köhler, CDU. 31. Oktober 1990). Minister Horst Seehofer (CSU) verteidigt Kompromisse auch gegen eigene Anhänger: „Ich bekomme immer noch vorwurfsvolle Briefe darüber, daß man überhaupt Gespräche mit der Opposition und den Ländern geführt habe. Dazu kann ich nur sagen: Wer in der Politik bei einem so schwierigen Thema nicht kompromißfähig ist, ist schlechthin politikunfähig“ (5. November 1993). Volker Beck (Grüne) hält die Linkspartei für unfähig zu Kompromissen und verbindet dies mit dem Kriterium der Politikfähigkeit:

> Politikfähig sein bedeutet, dass man in Respekt vor den unterschiedlichen Interessen in der Lage ist, Kompromisse zu schließen. Kompromisse bedeuten aus der eigenen Perspektive zwangsläufig, dass man etwas nur Zweitbestes tut. Sie sind aber immer nur bereit, das, was schon „ums Eck“ ist, als letzte Kompromisslinie zu akzeptieren. Das zeigt, dass die Linke, unabhängig von ihren Positionen, einfach vom Verfahren und vom Politikverständnis her nach wie vor nicht politikfähig ist, da sie nicht in der Lage ist, am Verhandlungstisch fair auf jemanden zuzugehen. (21. Februar 2013)

Beck veranschaulicht, wie die Bereitschaft zu Kompromissen als eine dem Parlamentarismus geeignete Form der Politisierung des Denkens bei den Grünen Akzeptanz gewonnen hat. Es reicht nicht, neue Fragen auf die Agenda zu bringen, sondern man muss bereit sein von anderen Beteiligten in Debatten und Verhandlungen zu lernen. Nach Beck ist die Linke „einfach vom Verfahren und vom Politikverständnis her nach wie vor nicht politikfähig … da sie nicht in der Lage ist, am Verhandlungstisch fair auf jemanden zuzugehen (21. Februar 2013). Es geht also nicht so sehr um Kompromisse als um die prinzipielle Verhandlungsbereitschaft.

Kompromiss bei Beck oder Seehofer ist jedoch kein Ersatz von Konsens. Vielmehr ist die Bereitschaft zum Kompromiss eine Bedingung, als legitimer und aktiver Teilnehmer im parlamentarischen Spiel anerkannt zu werden. Nach Beck fehlt der Linken der parlamentarische Prozeduralismus im Politikverständnis.

3.4.3 *Politikstil* als eine Scheidelinie

In der inneren Politik der frühen Bundesrepublik ging es primär um Inhalt und Richtung der *policy* oder um den Gegensatz zwischen Regierung und Opposition. Politik betraf primär Was- und Wer-Fragen. Die Wie-Fragen fielen in Debatten nicht auf. Obwohl man in der frühen Bundesrepublik persönliche Stile der bedeutendsten Politiker – wie Kurt Schumacher, Carlo Schmid, Franz-Josef Strauß oder Herbert Wehner – über Parteigrenzen hinaus achtete und ihre Bundestagsreden bewunderte, wurde in den Debatten nicht vom Politikstil gesprochen. Später wurde Politikstil zum Schlüsselbegriff des *politicking* im Bundestag. Auch er ist relativ neu, im Korpus *der Zeit* erst ab 1978 belegt (https://www.dwds.de/r?q=Politikstil&corpus=zeit&date-start=1946&date-)

Im Bundestag wird das Wort noch im selben Jahr vom CDU-Oppositionsführer CDU-Oppositionsführer Helmut Kohl gegen Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) verwendet. Kohl verweist auf Erhard Epplers (SPD) Kritik an der eigenen Partei und setzt fort: „Was Herr Eppler Ihnen hier vorwirft, was viele in Ihrer Fraktion denken, aber nicht sagen dürfen, ist doch nichts anderes als Ihre elitäre Arroganz, eine Arroganz, die Ihnen die Einsicht verwehrt, daß dieser sogenannte technokratische Politikstil dem Land nichts nützt, sondern ihm schadet und es nicht fördert“ (21. September 1978). Kohl identifiziert somit im *Politikstil* eine (neue?) Dimension politischer Auseinandersetzungen.

Mit seiner Absage an Helmut Schmidts „technokratischen Politikstil“ wirft Helmut Kohl der Regierung vor, dass sie die Adressaten ihrer Politik im In- und Ausland, die Oppositionsparteien oder das Parlament nicht beachtet, sondern ihre jeweilige *policy* unbekümmert mit der Mehrheit durchboxt. Gegen die Regierung Schröder benutzt Steffen Kampeter (CDU) den Ausdruck, „dieser von mir mehr als autistisch interpretierte Politikstil“ (29. November 2001). Die

Kritik gilt der Reduktion des *politicking* auf mehr oder weniger programmierte *policies.* Die Sozialdemokraten verteidigen weder dieses Vorgehen noch kritisieren sie es als Missverständnis des Politikstils in den Bundestagsdebatten.

Seit den achtziger Jahren ist es gängig geworden, von der Personalisierung der Politik zu sprechen. Die organisierten Massenparteien wie die Sozialdemokraten beklagten diese Tendenz oft als etwas, was die politischen Scheidelinien zwischen rechts und links unter den Wählern der Fernsehzuschauer zu verwischen drohte. Ein Aspekt dieser Personalisierung bestand darin, dass die Gegensätze zwischen Regierung und Opposition oder zwischen Parteien eine Stildimension erhielten.

Dies bedeutete keine Entpolitisierung, sondern vielmehr eine *politicisation* der Art des *politicking*, sowohl innerhalb der parlamentarischen Konstellation als auch unter individuellen Abgeordneten. Ein parteitreuer Politikertypus tendiere dazu, seine politische Glaubwürdigkeit zu verlieren. Mit der Forderung „einen Stil zu haben", werden jedoch nicht die Parlaments- und Politikstile bewertet, sondern die Stilvarianten werden eben zum eigenständigen Aspekt parlamentarischer Politik, durch welche die Art des *politicking* zum Thema und Problem wird.

Auch Politikstile bieten Gelegenheiten zur Polemik zwischen Regierungs- und Oppositionsanhängern. Kritik an der Unberechenbarkeit des Politikstils der Regierung Kohl übte etwa Andrea Fischer (Grüne):

> Dieser selbstvergessene und unberechenbare Politikstil hat sehr viel mit der Rat- und Phantasielosigkeit seiner Akteure zu tun. Dieser Auseinandersetzung zwischen den Sparkommissaren, die sich einer unterschiedlichen Rhetorik bedienen, aber dasselbe Ziel verfolgen, fehlt jede inhaltliche und konzeptionelle Qualität. Die Qualität einer politischen Maßnahme wird nicht mehr daran gemessen, ob sie den Betroffenen hilft und die Risiken in einer modernen Gesellschaft abfedert, sondern daran, ob sie ihren Akteuren die eindrucksvolle Pose erlaubt und Kosten spart, ohne einflußreichen Interessengruppen auf die Füße zu treten. (13. Juni 1996)

Andrea Fischers Gegenstand der Kritik ist der „schauspielhafte" Eindruck, der der Karriere der Politiker dient. Die bürgerliche Politik unter Kohl sei inhaltsleer, d. h. der medialen Selbstdarstellung der Hauptakteure untergeordnet. Später sieht Karin Evers-Mayer (SPD) beim Verteidigungsminister Karl Teodor zu Guttenberg (CSU), der mit seinem „Politikstil große Erwartungen geweckt hat", die Gefahr, dass er zum „charmanten Ankündigkungsminister" wird (16. Dezember 2010).

Helmut Heiderich (CDU) seinerseits wirft Bundeskanzler Gerhard Schröder vor, keine konsistente *policy* zu führen: „Alle haben geschrieben, dass das wieder einmal Ausdruck des typisch schröderschen Politikstils gewesen sei, von einem Tag auf den anderen die Karre um 180 Grad zu drehen" (9. Februar 2001). Der PDS-Chef Gregor Gysi spricht etwas vorsichtiger: „Und ich hoffe … daß die Wackelei bei der SPD in dieser Frage nicht zu ihrem Politikstil auch in anderen Fragen wird" (9. März 1998). Klaus Hofbauer (CSU) benutzt Au-

tofahrersprache gegen die Schröder-Regierung: „Das ist der neue Politikstil, den wir bisher noch gar nicht kannten: Nach einer Vollbremsung mit dem Rückwärtsgang in die Zukunft“ (4. März 1999). Kritisiert wird die zu flexible Taktik im *politicking*, die eine plötzliche Wende der Regierungspolitik ermöglicht.

Gegen die zu unbestimmte Politik der CDU-Frauen- und Familienpolitikerin Claudia Nolte argumentiert Christine Lambrecht (SPD): „So kann man doch keine Politik machen … Es ist es kein guter Politikstil, ständig Bedenken vorzutragen und die Hände in den Schoß zu legen. So erreicht man doch nie etwas“ (28. Februar 2002). Ihre Kritik richtet sich gegen die „zwei Schritt vorn, ein Schritt zurück“-Politik, die sowohl die reformorientierte als auch die konservative Wählerschaft zufriedenstellen will. Klaus Daubertshäuser (SPD) polemisiert gegen eine von Fall zu Fall durchwurstelnde Politik: „Da verstehen Sie Politik als Kunst des bewußten Mogelns mit dem Ziel, dabei nicht erwischt zu werden. Das ist aber nicht unser Politikverständnis. Es ist auch nicht das Politikverständnis unserer Bürger“ (19. Januar 1990).

Viele Beiträge berufen sich auf die Sachlichkeit der Politik, etwa Antje Hermenau (Grüne) polemisiert gegen den „Herbst der politischen Showeffekte“ (9. September 2003). Rainer Arnold (SPD) wendet sich gegen die Rede von „einer Neueinrichtung, also ob man das Rad neu erfinden würde“ (21.11, 2012). Vielleicht am schärfsten ist Renate Rennebachs (SPD) Polemik gegen die Freidemokraten unter Guido Westerwelle: „Seit einiger Zeit spielt die F.D.P. am Rande der Spaßgesellschaft … Das ist kein guter Politikstil“ (4. Juli 2001). Dies entspricht Max Webers Polemik gegen die Eitelkeit als „Todsünde“ des Politikers (1919a, 74–75).

SPD-Finanzminister Peer Steinbrück präsentiert den Politikstil der ersten Merkel-Koalition als Neuheit: „Wir wollen uns ernsthaft und intensiv um einen glaubwürdigen Politikstil bemühen, der von den Wählerinnen und Wählern anerkannt wird“ (1. Dezember 2005). Einige Monate später sagt er, dass „diese große Koalition auch die Chance bietet, einen etwas anderen Politikstil einziehen zu lassen. Ich bin ziemlich sicher, dass die Menschen das erwarten; denn sie haben kein großes Interesse an aufgeregten, ritualisierten Auseinandersetzungen, in denen wir nur aufeinander einprügeln … Ich glaube aber, dass diese Haushaltsberatungen der richtige Einstieg in einen neuen Politikstil sind“ (31. März 2006). Mit der Berufung auf die ‚Menschen’ stellt er den politischen Streit als solchen in Frage und erhebt den Koalitionsfrieden zum Wert an sich. All das ist auf der Linie der harmonisierenden Sicht zur *polity* unter einigen Sozialdemokraten.

Schon vor der zuletzt zitierten Rede Steinbrücks kommentiert Anja Hajduk (Grüne). seinen Politikstil: „Ich denke da weiter an Ihre Äußerung, Herr Steinbrück, zum Politikstil. Man soll Maß halten und man soll auch einmal etwas durchargumentieren. Zum Maß im Ton gehört ebenfalls Aufrichtigkeit, die ich jetzt keinesfalls grundsätzlich infrage stellen will“ (28. März 2006). Die

Kehrseite der großen Koalition ist ein schwaches Parlament, das statt Argumenten und Debatten nur applaudiert und ratifiziert.

Den Protestpolitikstil der Linkspartei als „Robin-Hood-Politik“ bezeichnet der SPD-Abgeordnete Josip Juratovic (5. März 2010), und dagegen wendet sich auch sein Fraktionskollege Anton Schaaf: „Sich immer in Abgrenzung zu verstehen, ist ein ziemlich einfacher Politikstil“ (21. Mai 2010). Fritz Kuhn (Grüne) sieht Ähnlichkeiten im Politikstil der Linken und der CSU: „Übrigens, an dieser Stelle sind der Politikstil der Linkspartei und der der CSU in Bayern einander nah. Es ist Ihnen völlig egal, wie man die Dinge realisieren kann; dennoch stellen Sie erst einmal Forderungen, weil Sie denken, es komme irgendwie gut an“ (17. September 2008). Mit Max Weber gesprochen, wirft Kuhn beiden mangelndes Verantwortungsgefühl vor, da deren Forderungen als unrealistisch verstanden werden.

Versprechungen und Erwartungen als Politikstil werden mehrfach kritisiert. Peter Conradi (SPD) wendet sich gegen Heiner Geißler (CDU): „Es ist kein guter Politikstil, in der Öffentlichkeit mit griffigen Formulierungen Aktivität vorzutäuschen, dann die Sache still zu beerdigen und zu hoffen, daß der Bürger das nicht merkt“ (10. Dezember 1986). Hans-Martin Bury (SPD) polemisiert gegen die Grünen, indem er ihnen vorwirft, dass sie in der Öffentlichkeit etwas sagen und sich dann im Parlament dagegen wenden (10. September 1996), und Christel Happach-Kasan (FDP) bezeichnet den ihrer Ansicht nach auf Forderungen gerichteten Politikstil der Grünen als „Panikmache“ (25. September 1998).

Die Regierungszusammenarbeit mit Experten und Lobbyisten beseitigt das Parlament, ist ein Argument sowohl gegen die SPD- (Günter Uldall, CDU, 27. September 2001; Renate Blank, CSU, 17. Mai 2002) als auch gegen die CDU-geführten Regierungen (Irmingard Schewe-Gerigk, Grüne, 8. November 2007; Christoph Waitz, FDP, 26. März 2009; Karl Lauterbach, SPD, 29. Januar 2010; Kerstin Andrae, Grüne, 29. September 2011). Als Ausnahme lobt Claudia Roth (Grüne). Entwicklungsminister Gerd Müllers (CSU) verbesserten Politikstil: „Die Musik und der Sound von Gerd Müller waren heute tatsächlich anders als das, was wir in den letzten vier Jahren gehört haben, und das ist wirklich gut … die Entwicklungspolitik braucht tatsächlich einen neuen, einen einbindenden Politikstil“ (29. Januar 2014).

Kritik an der selbstzufriedenen Regierungspolitik wegen der Nicht-Beachtung der in der Debatte präsentierten Argumente übt Hubert Kleinert (Grüne). Er mahnt die Regierung „nach[zu]denken, was Sie mit einem solchen Politikstil anrichten, der in frecher Unbekümmertheit, ja in dreister Unbekümmertheit gegenüber allem, was an Argumenten vorgetragen wird“ (23. Juni 1988) verharrt. Jella Teuchner (SPD) verlangt: „Da ich mich einem sachlichen, an den Inhalten und am Wettstreit der Argumente orientierten Politikstil verpflichtet fühle, kann und will ich nicht mit gleichen Waffen zurückschlagen“ (23. November 1995).

Auf Argumente beruft sich auch Angela Merkel als CDU-Oppositionsführerin im Bundestag: „Ich habe … sehr viel darüber nachgedacht, was an demokratischem Streit möglich ist und was nicht, was die Menschen von den Politikern erwarten und was nicht. … Ich stelle … diese Frage in zweierlei Hinsicht: in Bezug auf die Wahl der Mittel unserer politischen Auseinandersetzung, also des Politikstils, und im Hinblick auf den Inhalt der Debatte" (26. Januar 2001). Der Kanzlerin Merkel wirft dagegen etwa Konstantin v. Notz (Grüne) Ignoranz von Argumenten und Alternativen vor – „Dieses Durchwurschteln ist der erklärte Politikstil der Bundeskanzlerin" (21. Mai 2015) – ebenso wie Irene Mihalic (Grüne): „Wenn Sie unter dem Punkt Alternativen ‚Keine' schreiben, dann entspricht das vielleicht dem Merkel'schen Politikstil" (10. Februar 2017). Als Kanzlerin äußert sich Merkel nicht zu den Politikstilen im Bundestag.

Wie viele andere Ausdrücke, erscheint Politikstil in den Bundestagsdebatten primär als ein Medium der Kritik am fehlenden, misslungenen oder zu einfachen Politikstil der Gegenseite. Viel weniger wird über den eigenen Politikstil gesagt. Da bleibt man auf der Oberfläche der praktizierten oder idealen Art des *politicking.* Die zunehmende politische Bedeutung der Stilfragen des *politicking* wird anerkannt, auch die Einsicht, dass der alte Stil verändert werden soll, ohne jedoch eine klare Einsicht dessen, was an seine Stelle treten kann und soll.

Im Parlament ist ein deklarierender Politikstil eine Versuchung. Das gilt sowohl den Regierungen mit ihrem Verwaltungsapparat und überlegener Sachkunde als auch den Oppositionen, die wissen, dass ihre Anträge keine Chancen im Parlament haben, jedoch Wählerstimmen einbringen könnten.

Die jeweilige Opposition hebt auch das Argumentieren von *pro et contra* hervor. Bei mehreren Abgeordneten, insbesondere den Grünen und der SPD, liegt dahinter ein Versuch, die Stellung des Bundestags und der parlamentarischen Vorgehensweisen zu stärken. Dagegen wenden sich verwaltungsorientierte SPD-Politiker wie Steinbrück, die die große Koalition als Konsens- und Kompromissmechanismus befürworten.

3.4.4 Das Selbstverständnis des *politicking*

In den Plenardebatten reflektieren Parlamentarier selten ihre eigene Art politisch zu handeln oder die Formen und Praktiken des *politicking* überhaupt. Dies tun sie im Bundestag am ehesten mit dem *Politikstil*, und zwar eher mit der Absicht, den gegnerischen Politikstil zu analysieren und abzulehnen als den eigenen auszulegen und zu verteidigen. Welche rhetorischen Schachzüge man verwendet und wie die taktischen Finessen der eigenen Politik aussehen, davon ist wenig zu finden.

Für *policy* ist eine gerade ‚Linie' ein Vorteil, und dies kann die Regierung mit ihrem Apparat zumeist einfacher präsentieren als die Opposition. Zwar verweisen die Beispiele von Politikstil darauf, dass das Fehlen einer Linie eben ein bevorzugtes Oppositionsargument ist, und dass Regierungen in komplexen Situationen eben des *politicking* bedürfen, obwohl sie dies nicht gern zugeben. Durchwursteln wird selten ‚paradiastolisch' (im Sinne von Skinner 1996) aufgewertet. Für die Opposition dagegen ist eine ‚gerade Linie' oft des Dogmatismus verdächtig, wie dies die vielen Kritiken an der PDS/Linke belegen.

Politicking ist etwas Experimentelles und als solches passt die Betonung seiner Bedeutung gut zu kleineren Oppositionsparteien sowie Hinterbänklern der etablierten Parteien. Es hängt mit der Stärkung des Parlaments, mit der Einbringung neuer Fragen auf der Agenda oder mit Chancen für Veränderungs- und Vertagungsanträge zusammen. Die meisten Belege für *politicking* im Bundestag verweisen darauf, ob im strikt parlamentarischen Sinne oder in Bezug auf die Chancen der Bürger, Politik zu praktizieren.

Wenn man die Belege zu *politicking* im Bundestag mit dem Buch des *Labour*-Hinterbänklers Paul Flynn, *How to be an MP?* (2012) vergleicht, fällt auf, wie selten im Bundestag parlamentarische Vorgehensweisen als Ressourcen für Mitglieder erwähnt werden. Dies zeigt die schwächere Stellung der einzelnen Abgeordneten im Vergleich zu ihren Kollegen in Westminster (s. auch Loewenberg 1969, 455–490).

Trotzdem sind die Belege für Politikstil ein Beispiel davon, dass auch in Deutschland der Parteienstaat und der Fraktionsparlamentarismus auf ihre Grenzen gestoßen sind. Wenn die Wie-Fragen und die Politikstile auf der Tagesordnung der Debatten erscheinen, bedeutet dies zumindest Chancen, sowohl die Regierung vs. Opposition –Scheidelinie als auch die Abhängigkeit von der Fraktion zu relativieren.

In der *polity* sind die institutionellen und prozeduralen Chancen für *politicking* markiert. Die Lockerung der Polity-Grenzen haben den Bundestagsabgeordneten eine Menge neuer Chancen im parlamentarischen Agenda-Setting eröffnet, obzwar die Regierung, Verwaltung und Parteien ihre Ausnutzung erschwert haben. Die Thematisierung des Politikstils seit den späten siebziger Jahren hat neue Einsichten in die Nutzung dieser Chancen gebracht. Die Art, wie man Politik praktiziert, macht einige dieser Chancen sichtbar und praktizierbar, und damit werden dann die Grenzen des Legitimen innerhalb der *polity* in Frage gestellt. Die Einbildungskraft im *politicking* sieht man bei den unkonventionell politisch agierenden Grünen, die der Parteidisziplin nicht bei weitem eine ähnliche Bedeutung beimessen wie die etablierten Parteien.

3.5 *Politicisation* als Eröffnung der Chancen

Der Sprechakt *politicisation* im Sinne meiner Typologie verweist entweder auf einen unbeabsichtigten Vorgang ohne identifizierbare Akteure oder auf Resultate bestimmter Handlungen oft namentlich genannter Akteure. Für den ersten Typus gibt es im Deutschen das Wort *Verpolitisierung*, das im Bundestag nur Walter Altheimer (CDU) gegen die Anwendung „politische[r] Prinzipien" wie Demokratisierung in „Sachentscheidung[en]" verwendet: „Darin scheint mir auch ein sehr schwerwiegendes Problem zu liegen, daß man heute durch eine falsche Anwendung solcher Prinzipien immer mehr Sachprobleme verpolitisiert, die durch die Verpolitisierung verdorben werden, weil sie sich dafür nicht eignen" (23. Oktober 1973). Die im Kap. 3.2 analysierten Kritiken sowie Formen der bedingten Akzeptanz der *Politisierung* beziehen sich auf beiderlei Vorgänge.

3.5.1 Politikum als *politicisation*

Als Chancen für *politicisation* sind einige Belege des Politikums aus den späteren Jahrzehnten des Bundestags zu beachten. Von der Umweltpolitik als Politikum im Sinne der *politicisation* hat Joachim Müller (Grüne) gesprochen. Seine an die SPD gerichtete Formulierung veranschaulicht gut diesen Vorgang:

> Daß es zur Lösung dieser beiden Probleme zusätzlichen staatlichen Handelns auf Basis des wachsenden Umweltbewußtseins und der wachsenden gesellschaftlichen Solidarität mit den von Arbeitslosigkeit Bedrohten bedarf. Das ist das entscheidende Politische an diesem ökologischen Nachtragshaushalt. Ich bitte insbesondere die Herren von der SPD, auf dieses Politikum einzugehen. (8. November 1985)

Das Politikum des Umweltbewusstseins ist hier eben mit spezifischen Fragen der Haushaltspolitik verbunden, die für Müller ein Beispiel eines Themas und eines politischen Schachzugs (Nachtragshaushalt) sind, die er politisch beurteilt.

Ein zweites Thema für *politicisation* mittels des Politikums bilden die Debatten um die Vergangenheitspolitik, primär der Interpretation der deutschen Geschichte seit den achtziger Jahren. Helga Timm (SPD) nennt einen Vorgang während einer Israel-Reise des Bundeskanzlers Kohl „als folgenschweres Politikum", worauf der Staatssekretär Peter Boenisch antwortet: „Hier ist doch wirklich ein zufälliger Vorgang zum Politikum hochgespielt worden" (23. Februar 1984). Das Politikum besteht darin, wie politisch man die Ereignisse im Gastland deutet.

Die Vergangenheitsbewältigung ist ein prominentes Politikum-Thema. Christine Lucyga (SPD) lobte Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) dafür, „die Rehabilitierung politisch Verfolgter zu einem Po-

litikum ersten Ranges zu erheben“, setzt aber mit Vorbehalt fort, „aber Sie plädieren gleichzeitig dafür, daß es nur eine symbolische Entschädigung geben kann“ (17. Juni 1992). Volker Beck (Grüne) will einen Antrag zum Jahrestag der Bombardierung Guernicas in die Tagesordnung stellen: „Das ist ein Politikum. Herr Hörster …. Es geht hier um ein Bekenntnis zu Schuld und Verantwortung. Das ist in dieser Frage vom Bundestag noch nicht abgegeben worden“ (24. April 1997).

Hans-Christian Ströbele (Grüne) möchte den Majestätsbeleidigungsparagraphen aus dem Strafrecht streichen: „Damit wird die Strafverfolgung zu einem Politikum. Darf die Bundesregierung einen Unterschied machen zwischen einem guten und einem bösen Präsidenten oder Minister und für den einen die Ermächtigung verweigern und für den anderen nicht? Und sind Erdogan oder Kim Jong Un nun böse und Trump oder May nicht? Jedenfalls vor dem Gesetz sind nicht mehr alle gleich“ (1. Juni 2017). Nach Ströbele besteht das vorhandene Politikum in der Macht der Bundesregierung, zu bestimmen, wen der Paragraph betrifft und daher will er den ganzen Paragraphen streichen.

3.5.2 Vorbehalte gegen Politisierung

Seit der sozial-liberalen Koalition wurde der Gebrauch von *Politisierung* zu einer parteipolitischen Scheidelinie. Unter den CDU-Abgeordneten wiederholen sich alte Polemiken gegen die Politisierung des Rechts, der Verwaltung, der Schulen und Universitäten (s. Kap. 3.2), obzwar sie nicht mehr dieselbe Bedeutung wie in der frühen Bundesrepublik haben.

Ein neues Thema sind die Klagen über die Politisierung der Vereinten Nationen. Siegbert Alber (CDU) wendet sich gegen „die immer stärker werdende Politisierung selbst der Unterorganisationen der UNO“ (11. Juni 1976), und Hans v. Huyn (CSU) sieht „eine Politisierung, wie wir sie leider auch von der Arbeit in der Vollversammlung der Vereinten Nationen kennen“ (10. März 1978). Die Kritik richtet sich gegen die Verwandlung der Weltorganisation in ein Instrument der Dritte Welt-Länder, die die Mehrheit in den UNO-Gremien haben. Peter-Wilhelm Höffkes (CSU) wendet sich gegen die „Politisierung der UNESCO“: „Hier ist es zu einer echten Konfrontation zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern gekommen, ohne daß die Regierung irgendetwas dagegen getan hat“ (25. April 1980). Staatsministerin Hildegard Hamm-Brücher (FDP). antwortet darauf, dass „wir auf Effektivität und nicht [auf] Politisierung achten“ (ebenda). Parlamentarischer Staatssekretär Georg Gallus (FDP) bestreitet in zwei Antworten die „unnötige oder unzulässige Politisierung der FAO-Arbeit“ (13. Juni 1980).

Der parlamentarische Staatssekretär Hans-Jörg Häfele (CDU) betont, dass die Erweiterung der Aufgaben des IMF „leicht zu einer Politisierung führen

[würde], die den währungspolitischen Zielen des Fonds abträglich wäre" (15. September 1983). Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) versichert: „Wir bemühen uns um Reformen, die sachfremde Politisierung von Sonderorganisationen … überwinden" (7. November 1985). Er sieht die UNO-Organisationen in der Weltpolitik eher als Schiedsrichter oder Vermittler denn als Machtorgane, die mit Mehrheitsbeschlüssen die Richtung der Weltpolitik verändern können.

Viele bürgerliche Abgeordnete bekämpfen die ‚Politisierung' unabhängig davon, von wem sie betrieben wird. Sogar die Frage, ob das Parlament oder die Regierung intervenieren sollen, wird mit einem prinzipiellen Vorbehalt thematisiert. Im Gegensatz dazu steht die explizite Akzeptanz der Politisierung. Die Ärztin Hedda Heuser (FDP) in einer Rede aus dem Jahr 1968 ist vielleicht die erste, die dies wagt:

> Ich habe mit Aufmerksamkeit verfolgt, wie sehr in diesem Hause der Bereich Gesundheit zunehmend politisiert worden ist. … Wir möchten diese Politisierung als erfreulich bezeichnen, einmal weil sie der Bedeutung der Sache entspricht, aber auch insoweit, als sie eine Reaktion auf das zunehmende Interesse unserer Bevölkerung – leider offensichtlich nicht des Parlaments – für die Fragen der Gesundheit ist. (26. Juni 1968)

Heuser deutet eine erst nachträglich sichtbare Veränderung als Chance, nicht als Gefahr. Sie zeigt eine Einsicht in den politischen Aspekt der Gesundheitsfragen, die auf die Tagesordnung der Debatten gesetzt, d. h. nicht den Medizinern überlassen worden sind, obzwar der Bundestag dies nicht voll realisiert habe. Ihr geht es explizit um die Fragen auf der Agenda, wenn nicht unmittelbar um die des Bundestages, dann um die der allgemeinen Debatte, was dieses Beispiel klar von der oben zitierten Befürwortung Helmut Schmidts der Politisierung der Personen unterscheidet.

Es gibt auch bei den Grünen wie bei der PDS/Linke einige konventionelle Absagen an ‚Politisierung'. Zum Beispiel Birgitt Bender (Grüne) wendet sich gegen die „Politisierung der Finanzausstattung des Gesundheitswesens" (26. September 2008). Sie verwendet das Wort im konventionellen Sinne des Parteiproporzes. Ulla Jelpke (PDS) beklagt, mit dem BKA-Gesetz „soll der Weg freigemacht werden für eine weitere Zentralisierung und Politisierung einer deutschen Bundespolizei" (13. Oktober 1995, auch 8. November 1995), verweist also auf die Regierungsabhängigkeit der Polizei.

Im Bundestag haben die Grünen das parlamentarische Instrument der Bürgerpetitionen aktiviert, was Christdemokraten provozierte, sich gegen „diese Politisierung der Petitionen im Deutschen Bundestag" zu wenden (Simon Wittmann, CSU, 23. Mai 1985, s. Ernst Josef Pöppl, CSU, 19. Juni 1986). Sie sprechen von der Politisierung im Sinne des Parteiparadigmas. Die „Politisierung des Petitionsrechts zu beklagen" ist nach Horst Peter (SPD), „für Abgeordnete nicht die angemessene Antwort" (ebenda). Christa Nickels

(Grüne) verteidigt den zunehmenden Gebrauch der Petitionen: „Dabei ist es natürlich nur logisch, daß die Arbeit des Petitionsausschusses – das einzige Türchen der vielbeschworenen Aktivbürger und -bürgerinnen zum Parlament – politisiert wird“ (ebenda). Ihre Pointe in der Politisierung ist die Einbeziehung der Bürgeraktivitäten in die parlamentarische Agenda. Dagegen spricht Hans-Joachim Fuchtel (CDU) von der „Überstrapazierung“ und der mangelnden „Effizienz“ der vielen Petitionen (ebenda). Inge Segall (FDP) verteidigt explizit die ‚Entpolitisierung’ der Petitionen:

> Zum Schluß möchte ich ein weiteres Mal für die Entpolitisierung des Petitionsausschusses eintreten. Zugleich wende ich mich deshalb gegen den Antrag der GRÜNEN, ein Minderheitsrecht im Petitionsausschuß einzuführen. Gefordert wird dieses Recht, damit die jeweilige Minderheit verlangen kann, Rechte des Ausschusses, wie Aktenvorlage, Zutritt zu Einrichtungen und ähnliches, wahrzunehmen. (16 Juni 1988)

Segall als Vertreterin einer Regierungspartei ist also dagegen die Rechte der Ausschussminderheit zur Regierungs- und Verwaltungskontrolle, wie sie einst Max Weber vorschlug, zu bewilligen.

In einem späteren Zusammenhang verlangt Christa Nickels (Grüne) „die Gleichstellung der Bitten mit den Beschwerden“, das heißt „eine Gleichstellung der politisierten Petitionen, wenn es um Gesetzesvorschläge geht“ (20. April 1989), was die Petition als parlamentarisches Instrument stärken würde. Später konstatiert Horst Peter (SPD), dass „die Bereitschaft des Ausschusses … die Politisierung des Petitionsrechts zu akzeptieren“ zugenommen hat. Er unterstützt die Gleichstellung, knüpft aber die Petition stärker ans Parteienparlament: „Hier wird eine Brücke zum parlamentarischen Willensbildungsprozeß geschlagen, dessen Träger die Fraktionen sind“ (18. Mai 1994). Das hätten die Grünen wohl nicht gesagt.

Kritik an als entpolitisierend beurteilten Maßnahmen ist ein zentraler Bestandteil der Politik der Grünen seit ihrem Eintritt in den Bundestag. Milan Horacek (Grüne) hebt anlässlich der 10-Jahreskonferenz der KSZE heraus, dass im Verhältnis zu den osteuropäischen Ländern die Menschenrechte nicht entpolitisiert werden dürften: „Wenn die Frage der Menschenrechte nur als eine Angelegenheit von Diplomaten betrachtet wird, dann führt das zu Entpolitisierung und Desinformation“ (27. Juni 1985). Heinz Suhr (Grüne) sieht eine Entpolitisierung der *policy* gegen das Waldsterben: „Wir erleben eine strukturelle Entpolitisierung, die immer mehr versucht, das Programm verseichen und versanden zu lassen“ (5. Juni 1986, zur Kritik an der „Entpolitisierung des Umweltthemas“ s. Jürgen Rochlitz, Grüne, 23. Juni 1998).

Freimut Duve (SPD) wendet sich gegen die Entpolitisierung der Medien: „Der Gefahr der Entpolitisierung in den Massenkommunikationsmitteln müssen wir bewußt begegnen“ (21. Juni 1989). Diese Kritik teilt später auch Guido Westerwelle (FDP), indem er sich gegen „eine Tendenz zu Verflachungen, Entpolitisierungen, Bagatellisierungen und Brutalisierungen, die wir in den

Medien bedauerlicherweise zum Teil erleben müssen," wendet (26. Januar 2000), obzwar mit der Pointe gegen die Werbung in öffentlich-rechtlichen Medien. Der Philosoph Julian Nida-Rümelin (SPD), Staatsminister der Regierung Schröder, übt ebenfalls Medienkritik: „Ein völlig unpolitisches, reines Unterhaltungsprogramm ist selbst Politik. Es trägt nämlich zur Entpolitisierung bei" (17. April 2002).

Die personale Entpolitisierung steht ebenfalls in der Kritik. Irmingard Schewe-Gerigk (Grüne) wirft der Frauenpolitik der Ministerin Claudia Nolte vor: „Ihre Politik ist eine Art Politik-Ersatz, eine Alibipolitik und keine Politik für Frauen. In der Konsequenz bedeutet Ihre Politik eine Entpolitisierung der Frauenpolitik ‚von oben'" (27. Februar 1997). Grünen-Fraktionsvorsitzender Anton Hofreiter wirft Kanzlerin Merkel die Entpolitisierung der Wählerschaft vor:

> Niedrige Wahlbeteiligungen und Politikverdrossenheit sind Folgen davon. Das ist mit Ihr Verdienst, Frau Merkel. Eine träge und politisch sedierte Bundesrepublik ist die Folge von zehn Jahren Kanzlerschaft Merkel. Ihre asymmetrische Demobilisierung, mit der Sie erfolgreich Wahlkämpfe geführt haben, ist längst zu einer flächendeckenden Entpolitisierung geworden. (21. Mai 2015)

Die Rede von Entpolitisierung ab den achtziger Jahren ist klar parteilich verteilt. Die bürgerlichen Abgeordneten verstehen sie als eine Frage der Zweckmäßigkeit in Policy-Bereichen, wie in der Rentenpolitik (Horst Günther CDU, 18. Januar 1985 und 9. November 1989, in derselben Sitzung auch Ulrich Heinrich, FDP) oder als „Entpolitisierung von Bildung und Wissenschaft" (Rainer Jork, CDU, 22. Januar 1993). Wenn es zu Justiz- und Verwaltungsreformen in den Balkanländern kommt, können auch Grüne (Manuel Sarrazin, 1. Dezember 2011, s. Oliver Luksic, FDP, ebenda) und Linke (Ulla Jelpke, 10. November 2016) dies teilen. Hier richtet sich die Kritik jedoch gegen die Parteibindung, während es an den zitierten Stellen gegen Entpolitisierung um den offenen Streit und aktive Teilnahme der Betroffenen geht.

3.5.3 *Politicisation* mittels Parlamentarisierung

Max Webers zentrales Projekt war die an seinen Objektivitätsbegriff anschließende Kritik der Selbstgenügsamkeit der Verwaltung mittels des Sach-, Dienst- und Geheimwissens der Beamten. Weber wollte die alltägliche, als solche legitime, Beamtenherrschaft durch parlamentarische Kontrolle ändern, und zwar das angebliche überlegene „Wissen" der Beamten mittels der Konfrontation entgegengesetzter Perspektiven beobachten. Um dies zu erreichen, müssen Parlamente über rhetorische Mittel (Kreuzverhör, Augenscheineinnahme und parlamentarische Untersuchungsausschüsse) verfügen (Weber 1918, bes. 235–248, s. Palonen 2010b).

In den Bundestagdebatten gibt es einige Wortkonstellationen mit *Politik,* die gerade auf eine derartige Parlamentskontrolle der Verwaltung zielen. *Politik* bezieht sich in einigen Fällen darauf, wie die ordinäre Verwaltung versagt hat und darauf, dass die politische Verantwortung des Parlaments und der Regierung gefragt ist. Nach Helmut Bazille (SPD) ist dies in der Kriegsopferfürsorge zum Politikum geworden, er behauptet,

> … daß es sich bei diesen katastrophalen Auswirkungen einer unverständlichen Verwaltungspraxis nicht um Probleme handelt, die versorgungsrechtlich zu lösen sind, sondern daß hier ein Politikum erster Ordnung vorliegt, das auch nicht vom Versorgungsfachbeamten zu vertreten ist, sondern von dem verantwortlichen Bundesminister und von den zuständigen parlamentarischen Instanzen der deutschen Demokratie. (12. April 1951)

Wenn Verwaltungspraxis zu katastrophalen Folgen führt, ist ihre Korrektur nur durch das parlamentarische Eingreifen möglich. Die „Sauberkeit der Verwaltung“ ist ein Politikum, das durch die Politiker kontrolliert werden muss, betont Adolf Arndt (SPD, 22. Januar 1959), während nach Albrecht Schlee (CSU) aus der „Straffälligkeit einzelner Verwaltungsangehöriger“ als solcher noch „nicht ein Politikum geltend gemacht werden soll“, sondern alte Beamtentugenden rehabilitiert werden sollten (18. Juni 1959). Nach Heinz Rapp (SPD) sind „die Sicherheit der Spar- und sonstigen Einlagen bei den Banken ein Politikum von hohem Rang … Und nun ist sie zumindest nach dem Herstatt-Skandal auch zur politischen Aufgabe für Parlament und Regierung geworden“ (5. Dezember 1974, zum Skandal an einer Kölner Bank, die zum Anlass der Bankenregulierung wurde). Obwohl die SPD seit ihrem Godesberger Programm (1959) unnötige Staatseinmischung vermeiden will, müssen die Parlamentarier imstande sein, eine politische Überwachung der Banken zu sichern, damit sich fatale politische Folgen für die Bürger nicht wiederholen.

In den neunziger Jahren schlägt Fritz Rudolf Körper (SPD) vor, innerhalb der Ministerien stärker Politik von der Verwaltung zu unterscheiden: „Den Ministerien kommt im Politikprozeß eine aktive Rolle zu. Ihnen obliegt die Lösung von Zukunftsproblemen. Wir schlagen deshalb vor, die Führungs-, Beratungs- und Gestaltungsfunktion der Ministerien von den ausführenden Verwaltungsaufgaben deutlicher zu trennen“ (26. September1995, s. auch 26. März 1998).

Mehrere Parlamentarier betonen die Unzulänglichkeit des bloßen Verwaltungsdenkens, etwa wenn Klaus Lennartz (SPD) der Umweltpolitik der Regierung Kohl vorwirft: „Das Elend der Konservativen in der Umweltpolitik ist ihre programmierte Handlungsunfähigkeit. … Sie sind in einer Ideologie gefangen, die Ihnen nur die Verwaltung der Wachstumsgesellschaft erlaubt … in einer Ideologie, die Ihnen nach Ihrem Politikverständnis … höchstens ein Reagieren auf Umweltschäden erlaubt“ (8. September 1988). Dass die Zu-

nahme der Verwaltung politische Fragen nicht lösen kann, betont Otto Schily (SPD):

Das Politikmuster, Probleme durch Mehrausgaben und Ausbau von Verwaltung zu lösen, ist jedoch längst an seine Grenzen geraten. Wird der Staat ständig mit neuen Aufgabenstellungen konfrontiert, ohne daß er sich in vergleichbarem Maße von überkommenen Aufgaben trennt und dadurch Ressourcen für neue Prioritäten freimacht, kann das nur in einem Debakel enden. (14. März 1996)

Damit trifft der ehemalige Grüne den Planungsglauben, der mit dem Zuwachs der Bürokratie verbunden war. Der Umfang der Verwaltungskosten in einem Themenbereich lässt wenig Spielraum für eigenständige Politik, hebt Hans-Peter Haustein (FDP) hervor: „Sieht man dann noch die Kosten für das Ministerium bzw. die Verwaltung – das muss ja sein – ab, dann verbleiben diesem Ministerium zur freien Politikgestaltung rund 2 Milliarden Euro“ (19. Januar 2010). Auf den Spielraum des Ministers gegen den Schematismus der Verwaltung verweist schon Carlo Schmid SPD (25. Oktober 1962, Zitat in Kap. 2.4).

3.5.4 Forderungen nach Politisierung

Eine Politisierung zu fordern bleibt im Bundestag rar, und fast ausschließlich den Grünen vorbehalten. Die Politisierung der Personen begrüßt Imma Hillerich (Grüne), die gegen „bornierten Fächerpartikularismus“ in der hessischen Schulpolitik argumentiert, als „ein bewährtes Mittel, um Politisierung, die eingesetzt hat, wieder zu neutralisieren“. „Fächerübergreifendes … politisches und weitgehend autonomes Lernen gefährdet den konservativen Schulfrieden. Menschen als handelnde Subjekte innerhalb von politischen Lernprozessen sind unerwünscht“ (21. Januar 1988). Der ehemalige Berufsoffizier Alfred Mechtersheimer (Grüne) begrüßt die Zunahme der Kriegsdienstverweigerer als Zeichen der Politisierung: „Die Schulen werden auch im Zusammenhang mit den Diskussionen an den Universitäten im Zug ihrer Politisierung, die ganz deutlich sichtbar wird, auch die Friedensfragen aufgreifen“ (19. Januar 1988). In beiden Fällen ist die Politisierung von Personen zugleich ein Indiz von neuen Schwerpunkten auf der politischen Agenda.

Darüber hinaus gibt es Reden, in denen die Grünen im Bundestag direkt die Politisierung einer Frage verlangen. Hannelore Saibold (Grüne) wird „alles tun, um eine Politisierung des Konsums zu erreichen, d. h. einen gezielten Einsatz des privaten Geldes; denn die angebliche Ohnmacht der Verbraucher muß in Macht verwandelt werden“ (6. Mai 1987). Somit strebt sie die Politisierung einer konventionell als ‚privat’ bezeichneten Thematik an und setzt auf den bewusst politischen Gebrauch des eigenen Geldes unter Bürgern.

Peter Sellin (Grüne) fordert die Politisierung der Technologie: „Demokratie verlangt geradezu die Politisierung industriepolitischer Entscheidungen“ (23. November 1988), d. h. eine parlamentarische Debatte um die Alternativen in der Richtung und Kontrolle der Industriepolitik. Mit Bezug auf die Legalisierung des Pflanzenschutzmittels Glyphosat sagt Hermann Färber (CDU), „Der Zulassungsprozess wurde politisiert“. Dazu ruft Renate Künast (Grüne): „Der war immer politisch! Vom ersten Tag an!“ (21. September 2016). ‚Politisierung’ bedeutet für Färber zunehmende „Willkürlichkeit von Entscheidungen“, für Künast liegt das Politikum vielmehr darin, dass in Fragen dieser Mittel Entscheidungen zu treffen sind und die Debatte um sie wichtig ist.

Viele dieser Forderungen der Grünen nach Politisierung stammen aus der zweiten, 1987 begonnenen Legislaturperiode seit ihrem Eintritt in den Bundestag. Dies hängt mit der Professionalisierung und Steigerung parlamentarischer Kompetenz nach dem Rotationsexperiment der ersten Grünen-Fraktion zusammen. Nach der ersten Phase einer Protestpolitik kam eine, die die aktive Einmischung in das parlamentarische Agenda-Setting als Gelegenheit für neue politisierende Initiativen und Einwände nutzte. Wenn das Verlangen nach der Politisierung später bei den Grünen nicht mehr so profiliert ist, kann man dies auf ihren relativen Erfolg in der Politisierung neuer Fragetypen auf der Agenda des Parlaments als auch auf ihr Lernen, andere parlamentarische Instrumente zu nutzen, zurückführen.

Europa-Politik ist ein Themenkomplex, in dem die Grünen-Parlamentarier explizit Politisierung angestrebt haben. Zwar wollte Joschka Fischer, noch in Opposition zur Regierung Kohls, „keine Politisierung der Geldpolitik … Geldpolitik im Sinne der Kontrolle und im Sinne des Durchgriffs auf die Zinsgestaltung bei der Europäischen Zentralbank“, d. h. er sah die Autonomie der EZB von den aktuellen Streitigkeiten zwischen Mitgliedsländern oder Parteigruppierungen als wesentlich für die Europäisierung der Wirtschaftspolitik. Im nächsten Satz fordert er jedoch eine Parlamentarisierung der sonstigen Wirtschaftspolitik: „Aber eine koordinierte Abstimmung der Wirtschafts-, der Finanz- und der Haushaltspolitik ist eine notwendige Konsequenz des Schrittes, den wir heute beschließen. Ansonsten wird dieses Parlament abdanken“ (2. April 1998). Es geht also nicht darum, ob *politicisation* akzeptiert wird, sondern wie und wo sie gefördert wird.

Als Außenminister sieht Joschka Fischer im „Entscheidungsverfahren zur Auswahl eines Kommissionspräsidenten“ kein gutes Beispiel der Parteipolitisierung Europas, da sie „im Hinterzimmer hängen bleibt“, d. h. keiner parlamentarischen Debatte ausgesetzt ist. Trotzdem identifiziert er im EU-Verfassungsentwurf Chancen zur Politisierung, und „dass auch aus dem nationalen Parlament heraus ein Politisierungsprozess stattfinden kann, der von eminenter Bedeutung ist“ (2. Juli 2004).

Claudia Roth (Grüne) sieht in der „Grundrechtscharta … ein zentrales Projekt der notwendigen Demokratisierung und Politisierung Europas“. Es

kann ein Gleichgewicht schaffen zwischen dem Goliath der „Wirtschafts- und Währungsunion“, neben der „das politische Europa … als kleiner David“ steht (18. Mai 2000). Rita Grießhaber (Grüne) ihrerseits verlangt „eine Politisierung der NATO“ im Sinne einer Zusammenarbeit mit früheren Gegnern (25. April 2002).

Die expliziteste Forderung nach Politisierung der EU stellt Christian Sterzing (Grüne): „Die wesentlichen Stichworte … sind zum einen Parlamentarisierung, also Demokratisierung des Integrationsprozesses insbesondere durch einen Parlamentarisierungsprozess, aber auch Politisierung und Entnationalisierung der Debatte“ (12. Dezember 2001). Die vier zusammenhängenden Veränderungen enthalten die Einbindung der Bundesrepublik und des Bundestages in eine parlamentarisierte und politisierte Europäische Union. Zumindest unter dem Stichwort Politisierung hat niemand dies in Bundestagsdebatten ebenso eindeutig gefordert.

Im Parlament bleibt, wie oben notiert, *politicisation* umstritten. Die Praxis der Schmitt-Formel, die Gegenseite als politisch zu bezeichnen, ist nicht verschwunden. Deswegen war es schon eine Herausforderung, im Bundestag eine *politicisation* von etwas zu verlangen, wie es die Grünen seit 1983 im Bundestag am explizitesten getan haben. Die Öffnung hin zum Politischen bedeutet dabei die Identifizierung der Chancen auf Kontroverse auch dort an, wo es angeblich nichts zu spielen gibt oder das Spielen bisher bloß als Ausdruck privaten Geschmacks verstanden wurde.

Jedenfalls präsentierten die Grünen-Belege zugunsten der *politicisation* weder bestimmte Lösungen noch eine Begünstigung ihrer eigenen Partei. Sie hängen mit dem Verlangen nach Parlamentarisierung insofern zusammen, als die Politisierung die betreffenden Fragen in der Debatte prinzipiell offen lässt. Sofern sie *politicisation* fordern, vertreten die Grünen keine bestimmte policy-Linie, sondern eröffnen individuellen Parlamentariern Chancen fürs *politicking.*

3.6 Die Bereicherung des Politikvokabulars

Die Analyse des Gebrauchs der Wortkonstellationen verweist nicht nur auf die Zunahme der ‚Zusammensetzungen mit -politik’. Vielmehr muss der Zeitpunkt der Prägung der Neologismen beachtet werden, und zwar insofern also die siebziger und achtziger Jahre einen Umbruch markierten. Mit den neuen, im Bundestag bald viel benutzten Polit-Worten sind die Ressourcen der Parlamentarier markant erweitert worden. Im Gebrauch des Politikvokabulars ließen sich neue Nuancen ausdrücken, und damit sind auch Chancen entstanden, Aspekte der Politik umzudenken.

Für die Geschichte der Bundesrepublik entsprechen die ‚Resultate' dieses Kapitels den allgemeinen Erfahrungen der Liberalisierung, Demokratisierung und Politisierung der Bundesrepublik. Auf welche Weise dies mit der sozialliberalen Koalition oder mit dem Einzug der Grünen in den Bundestag, oder auch der Studenten-, Frauen-, Umwelt- u. a. Bewegungen zusammenhängt, kann nur spekuliert werden.

Offensichtlich ist, dass die linguistischen Ressourcen parlamentarischer Politik mit der Ausdehnung und Nuancierung des Politikvokabulars deutlich zugenommen haben. Obwohl die Christdemokraten in der Opposition in mehrfacher Hinsicht gegen diese Erweiterung der Politikrede sprachen, haben sie selbst diese neuen Ressourcen seit der Kohl-Ära fast ebenso ausgenutzt wie alle anderen Parteien.

Dies bedeutet eine zunehmende Anerkennung, dass das, was *politisch* oder *Politik* ist, nicht mehr als bekannt voraussetzbar ist. Mit W. B. Gallie (1956) gesprochen, ist in der Bundesrepublik Politik zu einem *essentially contested concept* geworden. Auch die Identifizierung der Politik mit Parteilichkeit, wie sie etwa Reinhart Koselleck (1972) bei seinem analytischen Begriff der *Politisierung* praktisch voraussetzt (dazu Palonen 2012a) hat viel an Glaubwürdigkeit verloren. Vielmehr haben Parlamentarier gelernt, die Vielfalt des neu verfügbaren Politikvokabulars zu eigenen Zwecken zu nutzen. Der Begriff ist als ein Medium der *politicking* selbst akzeptiert, ohne dass es einen gemeinsamen Rahmen für die unterschiedlichen Debatten gibt.

Die Perspektive der Wortkonstellationen richtet die Aufmerksamkeit auf das Politikum, zu dem die Antwort keine Entweder-Oder-Frage mehr ist, sondern man muss vielmehr fragen, „in welcher Hinsicht" etwas Politik oder politisch ist. Mein Schema englischer Ausdrücke hilft der Analyse dieser ‚Dezentrierung' der Streitigkeiten um den Begriff.

Die Parlamentsdebatten eignen sich für die Behandlung des Reichtums des Politikvokabulars. Dies hängt auch mit der Vielfalt der Fragestellungen zusammen, die mehrere, in vieler Hinsicht voneinander unterschiedliche politische Scheidelinien sichtbar gemacht haben. Im parlamentarischen Gebrauch wurden die erweiterte Anzahl und die Neuheit vieler Politwörter zur Meisterung der gesteigerten Komplexität der Politik genutzt. Der Umweg über Wortkonstellationen hat es für die Abgeordneten ermöglicht, die zugenommenen und nuancenreichen linguistischen Ressourcen für ihre Unabhängigkeit und Eigeninitiative zu nutzen.

Gemäß Carl Schmitts Diktum, wird das Politikvokabular der Wortkonstellationen eher für das fremde als das eigene Handeln benutzt. Seit den achtziger Jahren lässt sich die klare Tendenz beobachten, die Gegenseite für *politikunfähig* zu halten und damit die *Politikfähigkeit* der eigenen Seite vorauszusetzen. Das Begriffspaar setzt voraus, dass die *raison d'être* der Parlamentsmitgliedschaft in der Politik besteht, und wer sie nicht beherrscht, sollte nicht einmal kandidieren.

Eine Zunahme der Politikakzeptanz betrifft jeden der vier Politikaspekte. Obwohl Policy-Fragen immer noch oft als ‚Sachfragen' von der ‚bloßen' Politik abgegrenzt werden, wurden sie zunehmend als umstrittene Fragen der Richtungswahl verstanden. Ebenso ist akzeptiert, dass das *politicking* der Parteien und Abgeordneten sachgemäß ist, obwohl sie die Policy-Fragen u. a. mit denen des *Politikstils* kompliziert haben. Dasselbe gilt für die Verbindung der Policy-Fragen mit der *polity* als Rahmen, die sowohl *policy* und *politicking* bedingen, jedoch von diesen dauernd umgeformt werden, u. a. durch neue Parteienkonstellationen, und ab den achtziger und neunziger Jahren im Sinne der Europäisierung und Globalisierung der *polity* als solche. Diese Revisionen der *polity* im Hinblick auf eine Ausweitung der *polity* bedeuten als solche eine *politicisation* im Sinne der Eröffnung neuer Chancen sowohl der Parlamentarier als auch der Bürger der Bundesrepublik. Im weiteren Sinne verweist die Bereicherung des Vokabulars also auf eine *politicisation* der parlamentarischen Agenda.

Die Erweiterung der Ressourcen des Politikvokabulars mit neuen Wortkonstellationen und ihre zeitliche Identifizierung in den zwei letzten Jahrzehnten der ‚alten Bundesrepublik' bietet auch eine Vergleichsbasis für die Diskussion in den folgenden Kapiteln. Inwieweit kann man von einem so klaren Umbruch sprechen und wenn ja, ist der Zeitrahmen immer derselbe?

4. Die Politikerperspektive

Der Politiker – die Politikerin und andere Wortvarianten mitgerechnet – ist ein Schlüsselwort für den Politikbegriff in der deutschen Sprache. Als Akteur gibt der Politiker Auskünfte darüber, was man tut, wenn man ‚politisch handelt'. Politiker im weiten Sinne, umfasst Berufs- und Gelegenheits-, Vollzeit- und Teilzeitpolitiker, Amateure und Profis, wie Max Weber sie in *Politik als Beruf* (1919a) thematisiert hat.

Die Politiker haben, zumindest seit dem 19. Jahrhundert, einen schlechten Ruf (s. Palonen 2012b). Es muss gefragt werden, ob, inwieweit und in welcher Hinsicht die Bundestagsabgeordneten sich als Politiker verstehen und wie das Verhältnis der Parlamentarier zu anderen Politikertypen ist. Was für Kriterien findet man in den Debatten für den Akteur ‚Politiker' und mit welcher Art der Rhetorik sprechen die Bundestagsabgeordneten von Politikern?

Wegen der Mängel der Suchmaschine, getrennt geschriebene Worte identifizieren zu können, habe ich hier zuerst die Wortkonstellationen mit *Politiker* in relativer Vollständigkeit gesammelt. Dazu habe ich alle Belege für *Politiker* zu meinen gesammelten Suchdateien hinzugefügt. Zuerst präsentiere ich die für ‚Politiker' benutzten Suchergebnisse. Dann folgt die Aufzählung der Belege für die Worte im Umfeld von Politiker, die anschließend in eine zeitliche Reihenfolge gebracht und nach der Anzahl der Belege in den jeweiligen Legislaturperioden sowie den Parteien klassifiziert werden.

Im Verzeichnis Politikerzitate in den Bundestagsdebatten 1949-2017 habe ich die Wörter und die jeweilige Anzahl der Debatten, in denen sie vorkommen gezählt (hier keine Überlappungen). In einem Zitat können die Stichworte von einem oder mehreren Abgeordneten einmal oder mehrfach benutzt worden. In der Sprache der Rhetorik bildet diese Zitatensammlung eine Synekdoche, was man mit Kenneth Burke (1945) auch als eine repräsentative Anekdote von der Gesamtheit der Debatten bezeichnen kann. ‚Repräsentativ' soll hier nicht statistisch, sondern nur im Sinne einer Vermutung, dass das Profil der Auswahl mit einer vollständigeren Suche nicht wesentlich verschieden sein würde, verstanden werden. Sie beruft sich – neben der Suche in den Plenarprotokollen – auf die in meinen langjährigen Studien geformte Urteilskraft, die sowohl zur Auswahl der gesuchten Stichwörter in den Debatten als auch dazu, wie einzelne Belege thematisch organisiert sind, beiträgt. Zur Auswahl habe hier außerdem einen Teil der Verweise auf ‚Max Weber' in den Debatten hinzugefügt, von denen die Mehrzahl auf das Politikvokabular verweist (s. Palonen 2019b).

4.1 Politiker in den Bundestagsdebatten

Das Verzeichnis umfasst eine Übersicht über die Belege zum Stichwort *Politiker* gesammelt und sie dann nach Wortformen und Wahlperioden geordnet. Es enthält sowohl den unproblematischen als auch den thematisierenden Gebrauch, unabhängig von der Bewertung der Ausdrücke. Doppelformeln wie ‚Politikerinnen und Politiker' sind als eine Erwähnung gezählt. Einige Bemerkungen zu dieser Statistik geben Hinweise auf die Richtung der weiteren Analyse.

In diesen Debatten haben sich insgesamt 263 Redner zu Wort gemeldet. Die meisten Zitate beziehen sich auf Reden einzelner Mitglieder und die Verweise auf vorangegangene Redner sind selten, und auch diejenigen Zitate, in denen zwei oder mehrere Mitglieder das Politiker-Vokabular benutzen, sind nicht alle Debattenbeiträge in einem rhetorischen Sinne. Nur ein Zwischenruf bezieht sich direkt auf das Politiker-Vokabular, nämlich jener des Juraprofessors Rupert Scholz (CDU) „Wir sind nicht alle Berufspolitiker!" (7. Juni 2002).

Die Gesamtzahl der Politiker-Wörter ist 327 – im Singular klassifiziert, auch wenn sie im Plural benutzt worden sind – d.h. im Durchschnitt ist ca. in einem Fünftel der zitierten Reden das Wort mehr als einmal benutzt worden. Zusammen bilden die Verweise auf *Politiker* sowie *Politikerinnen und Politiker* (oder umgekehrt) 169 Fälle, d.h. etwa die Hälfte der Belege. Das Umfeld des *Berufspolitikers* (einschließlich *Politikerberuf, Berufspolitikertum*) enthält 62 Belege, d.h. ein knappes Fünftel der Fälle, und diese zwei Wortfelder zusammen bilden etwa zwei Drittel des zitierten Politiker-Vokabulars. Insgesamt ca. 50 Belege beziehen sich auf die Sprache – *Politikerrede, Politikersprache, Politikerwort* usw. – oder auf das Selbstverständnis – *Politikerleben, Politikerkopf, Politikerbetrieb* – der Politiker. Dagegen bleiben die Bindestrich-Politiker mit Hinweisen auf ‚Fachpolitiker' in der Auswahl relativ selten, was wohl mit den Suchkriterien und Forschungsinteressen zusammenhängt.

Nach Legislaturperioden kann man keine eindeutige Tendenz unterscheiden, wenn man beachtet, dass die Anzahl der Reden im Laufe der Jahre zugenommen hat, aber die Reden auch im Durchschnitt kürzer geworden sind. Auffallend ist dagegen eine gewisse Fluktuation zwischen Wahlperioden. Dass die meisten Belege im Bundestag nach der Vereinigung (1990–1994) situiert sind, ist vielleicht nicht überraschend.

Dagegen ist die Variation der Politiker-Wörter zwischen den Wahlperioden beachtlich. In der Adenauer-Ära und noch in der Zeit der sozial-liberalen Koalition sind die Belege auf die Stichworte Politiker, Berufspolitiker und Realpolitiker konzentriert. Selbstreflexive Ausdrücke zur Politikersprache und zum Politikerleben sind erst nach 1983 im größeren Umfang benutzt worden, obzwar der SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner schon am 25. September 1975 von der „Politikersprache" redet. Die Doppelformulierung *Politiker*

und Politikerin benutzt zuerst Imma Hillerich (Grüne) am 21. Januar 1988, aber erst nach 2000 sind diese Formeln gängig geworden und auch bei männlichen Abgeordneten im Gebrauch.

Die Verteilung nach Parteien unterscheidet sich wenig von der durchschnittlichen Anzahl der Abgeordneten zwischen den Parteien während der 68 Jahre im Bundestag. Belege von Rednern der kleineren Parteien sind etwas häufiger als die der ‚Volksparteien', die SPD überschreitet die CDU ab den Jahren der sozial-liberalen Koalition. Mit der Ausnahme Konrad Adenauers sind die Regierungschefs vertreten, Ludwig Erhard, Helmut Schmidt und Gerhard Schröder auch während ihrer Kanzlerschaft.

Diese Beobachtungen deuten eine Agenda für die folgende Diskussion an. Ich habe die wenig ergiebigen Bindestrich-Politiken aus der detaillierten Studie aussortiert. Von den übrigen Politikerwörtern werden zuerst die eher routinemäßigen Beschreibungen wie Politikerbetrieb und ihre Historisierungen wie und Politikergenerationen nebst ihrer Historisierung etwas genauer betrachtet. Danach sind die eher selbstreflexiven Ausdrücke wie Politikerleben an der Reihe. Der normative Aspekt – der pejorative, selbstironische oder aufwertende – steht dann im Zentrum der Diskussion der auf die Sprache der Politiker bezogenen Ausdrücke.

4.2 Die Politik der Politiker

Den begriffsgeschichtlichen Hintergrund für die rhetorische Analyse bildet der Umstand, dass mit der Demokratisierung des Parlaments und des Wahlrechts ein neuer Typus des Berufspolitikers, der für lokale Wahlkampagnen und Parteiorganisationen zuständig war und dem von Seiten der Wählerschaft oft mit Verachtung begegnet wurde, auftrat. Seit dem ab 1830 ansetzenden *spoils system* in den Vereinigten Staaten haben die Berufspolitiker einen schlechten Ruf. Die Debatten um sie sind seit dem 19. Jahrhundert in Parlamenten ein Dauerbrenner, mit der Zeit wurde es jedoch anerkannt, dass die parlamentarisch-demokratische Politik ohne sie schwerlich denkbar wäre.

Mit Berufspolitiker wurden zuerst bezahlte Wahlkämpfer, dann Parteifunktionäre und parteiabhängige Beamte bezeichnet, die – wie James Bryce (1888/1914) und Max Weber (1919a) sagten – von der Politik lebten. Bryce, ein Jurist und langjähriger liberaler Abgeordneter im britischen Parlament, präsentiert in *The American Commonwealth* (erste Auflage 1888) den Unterschied zwischen dem europäischen, primär britischen, und dem nordamerikanischen Typus ‚des Politikers'.

What is one to include under this term? In England it usually denotes those who are actively occupied in administering or legislating, or discussing administration and le-

gislation. That is to say, it includes ministers of the Crown, members of Parliament (though some in the House of Commons and the majority in the House of Lords care little about politics), a few leading journalists, and a small number of miscellaneous persons, writers, lecturers, organizers, agitators, who occupy themselves with trying to influence the public. (Bryce 1888/1914, 731)

Während in Europa die Minister und die Parlamentarier das Paradigma des Politikers bildeten, war Politik für den nordamerikanischen Politikertypus eine Einnahmequelle, „living off politics" anstelle der „living for politics", wie Bryce es formulierte (ibid. 732). Diese Tätigkeit der Politiker fand eben nicht primär im Parlament statt:

The men needed for the work are certain to appear because remuneration is provided. Politics has now become a gainful profession, like advocacy, stockbroking, the dry goods trade, or the getting up of companies. People go into it to live by it, primarily for the sake of the salaries attached to the places they count on getting, secondarily in view of the opportunities it affords of making incidental and sometimes illegitimate gains. (ebenda, 735)

Als Wahlkämpfer oder Parteifunktionär muss und kann ‚der Politiker' kaum über die Alternativen für die Gesetzgebung, die Regierungsbildung, parlamentarische Zeitverteilung oder die Außenpolitik des Landes debattieren und entscheiden, sondern nur die beschlossene Parteilinie befolgen. Wenn diese zwar wichtigen, aber zweitrangigen Aktivitäten mit dem ‚Politiker' verbunden werden, wird die ‚Profession' als solche abgewertet. Dazu kam, wie Bryce und Moisei Ostrogorski (1903) beschreiben, die berüchtigte Lobbyorganisation *Tammany Hall* in New Yorks Demokratischer Partei, die fragwürdige oder schmutzige Mittel für den Stimmenfang und die Ämterpatronage anwandte.

Bei Max Weber in *Politik als Beruf* (1919a) besteht der Verdacht, dass nach dem US-Beispiel die Parlamentarier ihre Machtanteile an Parteibeamte verlieren würden. Nach Jens Borchert haben sich seither gerade die Parlamentarier professionalisiert: „So kann etwa das Amt des Parlamentsabgeordneten als professionalisiert angesehen werden, sobald nennenswerte Diäten eingeführt worden sind und die Sitzungsperiode (inkl. Ausschußsitzungen) einen Umfang erreichen, die die Ausübung eines ‚zivilen' Berufes nebenbei unmöglich macht" (2003, 27, s. Borchert 2008; Palonen 2012b und die dort angeführte Literatur).

Im Bundestag ist dieser Wandel während der Untersuchungsperiode vollzogen worden. Der SPD-Abgeordnete Carl-Christoph Schweitzer war als Bundestagsmitglied von 1972 bis 1976 noch teilweise als Professor für Internationale Politik an der Pädagogischen Hochschule Bonn tätig (s. Schweitzer 1979 über die veränderte Stellung des Bundestagsabgeordneten).

4.2.1 Lob- und Tadelreden

Als ersten Schritt der Analyse der Stellung des Politikers diskutiere ich die epideiktische Rhetorik des Lobs und Tadels (s. Palonen 2002 und 2012b). In meine Auswahl fiel nur eine Erinnerungsrede, in der Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier (CDU) den Abgeordneten und ehemaligen Minister Hans-Christoph Seebohm (zuletzt CDU) „als Fachmann und als Politiker“ charakterisierte (4. Oktober 1967).

Die Tadelreden gerichtet an politische Gegner gehören zum parlamentarischen Alltag, aber sie sind selten rhetorisch interessant. Die Tadelreden werden im Bundestag jedoch als Herausforderungen für die Politiker angesehen. Christine Ostrowski (PDS) etwa sieht bei Politikern eine gefährliche Tendenz zu unbegründeten Stellungnahmen: „Ich beobachte sehr häufig, dass Politiker … nicht auf analytischer Grundlage handeln, sondern von Interessen geleitet werden und aus dem Bauch heraus reagieren“ (31. Januar 2002). In einer Rede nach dem Ende seiner Kanzlerschaft zweifelt Helmut Schmidt (SPD) daran, ob Politiker gewisse ihnen typische Schwächen überhaupt los werden können, „weil offensichtlich im Handeln von Politikern im Überschwang ihrer innenpolitischen Auseinandersetzungen auch dann die Rationalität verlorengehen kann, wenn es gar nicht gewollt ist“ (21 November 1983). Diese Beispiele sind keine Selbstkritiken, aber Warnungen an Versuchungen, die den Politikern bevorstehen.

Eine Mahnung an Politiker, sich künftig zu verbessern, erteilt Kerstin Griese (SPD) mit ihrer Äußerung, „dass wir in unserer Verantwortung als Politiker nicht nur appellieren, sondern auch handeln müssen. Wir müssen Impulse geben, damit sich das gesellschaftliche Bewusstsein ändert“ (3. Juli 2002). Ingo Wellenreuther (CDU) verteidigt parlamentarische Politiker gegenüber plebiszitären Ansätzen: „Diese Möglichkeit, alle vier Jahre die Politiker und die Parteien zur Verantwortung zu ziehen, wäre bei der Gesetzgebung durch Volksentscheide eingeschränkt. Damit würde insgesamt eine Abwertung des Parlaments einhergehen“ (23. April 2009). Michael Hartmann (SPD) unterstreicht die besondere Verantwortung der Politiker den populären Vorurteilen gegenüber: „Es ist eine Aufgabe gerade von Berufspolitikerinnen und Berufspolitikern, überall dem Geist der Intoleranz, dem Geist der geistigen Enge, dem Geist, der undemokratisch ist, der rassistisch ist, zu widerstehen und auch da deutlich zu widersprechen, wo es unangenehm wird“ (28. Juni 2012). Diese normativen Aspekte der Politikerkritik, ihrer Abwehr sowie der Erwartungen an Politiker sind an zentraler Stelle in Reden, deren Gegenstand eben ‚die Politiker’ überhaupt sind.

Im parlamentarischen Kontext der Nachkriegszeit sind Diskussionen über die Politiker, ihre Lebenspraktiken oder ihre Unentbehrlichkeit für demokratisch-parlamentarische Politik in der Bundesrepublik nicht so umstritten wie früher. Die Akzeptanz der vollen Professionalisierung der Parlamentarier hat im

Bundestag einige Zeit gedauert, aber die Kritik daran kommt seither nur von Außenseitern.

Das Profil des Politikerlobs in den Bundestagsdebatten unterscheidet sich von dem, was ich in der *Rhetorik des Unbeliebten* in Pamphleten, Journalismus usw. als zentrale Topoi identifiziert habe. Zu den normativen Idealen zählt im Bundestag die ‚Sachlichkeit', während Ruhm und Größe des Politikerlebens praktisch nie erwähnt werden, und auch Freude an der Politik, der Vorrang der Rede als Medium der Politik, Politik als Spiel oder Politik als Freiheit (s. Palonen 2012b, Kap. 9.) treten kaum mit dem Wortfeld um den Politiker direkt in Erscheinung. In Plenardebatten, wenn die Parlamentarier unter sich sind, wären pathetische Selbstlobreden sicherlich als solche sehr verdächtig.

4.2.2 „Wir Politiker" als Sprechakt

In 40 Beispielen haben die Redner im Bundestag den Ausdruck „wir Politiker" in irgendeiner linguistischen Form explizit benutzt. Darunter sind vier Nennungen von „wir Realpolitiker", ein Beleg für „wir Berufspolitiker" sowie fünf Fälle, in denen das „Wir" auf einen Bindestrich-Politiker bezogen ist. Dazu kommen sieben Beispiele von „ich als Politiker". Mit dieser Anzahl der Belege ist es schon möglich weiter damit spekulieren, was für Sprechakte diese Formulierungen für den Politikbegriff bedeuten könnten.

Nach den Erfahrungen von früheren Regimes war Ruhm für Politiker, Parteien und das Parlament in der frühen Bundesrepublik etwas Schlechtes (s. Ullrich 2009, Schulz 2018). Dem Gegensatz zwischen *le Politique* und *le politicien* bei Barthou (1923) entspricht in der deutschen Tradition der zwischen *Staatsmann* und *Politiker.* Diesen Gegensatz vertritt in meiner Auswahl jedoch nur Franz-Joseph Wuermeling (CDU) der beklagte, dass Saarlands Ministerpräsident Johannes Hoffmann aus der damals – bis zur Vereinigung mit der Bundesrepublik – unabhängigen Einheit Saarland nicht „mehr Staatsmann als Politiker" sei (18. November 1952).

Auf die übliche Politikerbeschimpfung gehen die Parlamentarier nicht direkt ein, obwohl einige Beispiele diese Stimmung kommentieren. Edelgard Bulmahn (SPD) sagt: „Wenn Umfragen zufolge immer mehr Bundesbürgerinnen und -bürger … uns, den Politikerinnen und Politikern, und dem Parlament immer weniger zutrauen, vorausschauende, gesellschaftlich und ökologisch vernünftige Entscheidungen zu treffen" (22. Juni 1989) Als Rezept dagegen fordert sie von der Regierung Kohl Initiativen für „eine stärkere Überwachung und Kontrolle der Technik" (ebenda). Von der *Politikerverdrossenheit* unter den Jugendlichen spricht Reinhold Grindel (CDU) und fordert die Senkung des Wahlrechtsalters, um sie auch zu Parlamenten zuzulassen: „Im Übrigen setzt eine Bekämpfung der Politik- oder vielleicht sogar Politikerverdrossenheit voraus, dass man den jungen Menschen dann auch das Recht

einräumt, nicht nur wählen zu dürfen, sondern sich auch selbst an der parlamentarischen Debatte beteiligen zu dürfen“ (7. Juni 2013). Der Grundton ist, dass der Bundestag und seine Mitglieder die Achtung der Öffentlichkeit selbst verdienen müssen.

Im Bundestag werden Politiker keineswegs für Parlamentarier oder gewählte Vertreter eingegrenzt. Auch nicht frei gewählte Ostblockführer werden zumindest in den frühen Bundestagen als Politiker bezeichnet. Thomas Dehler (FDP) verweist auf Bundeskanzler Konrad Adenauers Formulierung nach dem Tod Stalins und meint, „daß er von dem nüchternen, realpolitischen Sinn der neuen Männer des Kreml mehr erwarte als von den Politikern, die von Ideologien erfüllt sind“ (27. Februar 1955). Kurt Georg Kiesinger (CDU) äußert sich, „gerade bei Stalin und den sowjetrussischen Politikern dürfen wir eine durchgehende Konsequenz des politischen Denkens und Handelns annehmen“ (23. Januar 1958). Ob die Parlamentarier von heute so ohne Bedenken Stalin als Politiker bezeichnen würde, ist fraglich.

Die „wir Politiker“-Formeln unter den Bundestagsmitgliedern liefern trotzdem den Eindruck, dass sie selbst das Paradigma bilden und dass es im eigenen Land kaum Politiker außerhalb der gewählten Vertreter gibt. Trotzdem grenzen sich einige Mitglieder des Bundestags von „Berufspolitikern“ ab. FDP-Abgeordneter Oswald Kohut äußert sich stolz: „Nicht jeder, der hier im Bundestag ist, ist Berufspolitiker. Mein Beruf ist allerdings, Schnapsfabrikant zu sein, wenn Sie nichts dagegen haben“ (12. Februar 1960). Kohut lebte ebenso wenig wie der oben zitierte Juraprofessor Rupert Scholz (s. 4.1) „von der Politik“. Kohuts Äußerung ist zugleich ein Beispiel davon, wie Wirtschaftszweige und -verbände Lobbyisten in den Bundestag wählen ließen, die dort ihre bürgerlichen Berufe offen vertraten (zu Berufsstruktur der Abgeordneten in frühen Bundestagen s. Loewenberg 1969, 139–164).

In klarem Kontrast dazu steht die Ansage des SPD-Abgeordneten Hans Apel: „Wenn ich mich für den Berufspolitiker ausgesprochen hatte, Herr Ertl, dann natürlich nicht für den politischen Funktionär oder für den Politrentner“ (27. März 1969). Der Politrentner ist vielleicht ein Hinweis auf Max Webers *Politik als Beruf,* dass sich nur diejenigen die von ihren Unternehmer- oder Grundeigentumsrenten leben können, den Luxus leisten können, nur „für die Politik“ zu leben (Weber 1919a, 43).

Trotz diesen Vorbehalten belegen die „wir Politiker“-Äußerungen, dass nicht nur die öffentliche Meinung Bundestagsabgeordnete zu „den Politikern“ zählt, sondern dass diese sich selbst damit identifiziert haben. Dieser Zustand lässt Spielräume für unterschiedliche Nuancen des Sprechakts. Mit „wir Politiker“ gestehen sie zugleich, dass sie zum Bundestag gewählt worden sind, um dort Politik zu betreiben. Dieses Selbstverständnis unterscheidet sie von dem Honoratioren des 19. Jahrhunderts oder von Abgeordneten in Ländern, in denen parlamentarische Mandate eher einen Status, ein Zeichen der Zugehö-

rigkeit zum ‚Establishment' des Landes bilden (zu MPs in Indonesien s. Adiputri 2015).

Die „wir Politiker"-Rede setzt weiter voraus, dass alle Bundestagsabgeordneten als Politiker anerkannt und behandelt werden. Prinzipiell werden alle Abgeordneten, die nicht Minister oder Parlamentarische Staatssekretäre oder fraktionslos sind, zu Ausschüssen gewählt. Im Bundestag als Arbeitsparlament können nur die Fraktionslosen als bloße Plenarredner Politik betreiben.

Diese Gleichheit der „wir Politiker"-Anrede zeigt sich darin, dass politische Gegner mit parlamentarischem Respekt behandelt werden. In dieser Hinsicht zeigt sich der Unterschied zu den Nazis und Kommunisten in der Weimarer Republik, die dem Parlament und den gegnerischen Abgeordneten mit einer „unparlamentarischen Sprache" begegnet sind (s. Mergel 2002, 310–323, 428–449). Obwohl es unter den „wir Politiker"-Benutzern keinen KPD-Redner aus dem Ersten Bundestag gibt, sprachen sie auch nicht mit Absicht gegen „die Politiker".

Barbara Höll von der PDS, ein ehemaliges SED-Mitglied, benutzt in einer Rede gegen die Zigarettenautomaten den Ausdruck „wir als Politikerinnen und Politiker" und appelliert an ihre Verantwortung (18. Mai 1994). Damit erhebt sie den Anspruch für die Abgeordneten der PDS wie alle anderen behandelt zu werden, was 1994 noch keineswegs selbstverständlich war. Über 20 Jahre später war es für Petra Sitte (Linke), einst ebenfalls SED-Mitglied, schon einfacher, gegen die übliche Politikverachtung zu polemisieren, ohne zugleich die Anerkennung der Partei zu behaupten. „Uns Politiker und Politikerinnen werden allzu oft Mauschelei und das Handeln aus sachfremden Motivationen, etwa Eigen- oder auch Parteiinteressen, unterstellt" (9. Juni 2016, s. auch Karin Binder, Linke, zum Tierschutz 10. November 2016).

Andere „wir Politiker"-Reden setzen ebenfalls die Ausweitung der Politikqualität auf alle Mitglieder voraus. Sie heben ein Gesamtinteresse aller Parlamentarier quer durch die Parteien hervor, nicht den *esprit de corps* einer korporativen Interessenvertretung, wie sie Tardieu (1937) für Frankreich parodierte, sondern eher als eine Markierung gegen populäre und populistische Vorwürfe gegen Politiker wie bei Petra Sitte. Fast ein halbes Jahrzehnt früher beschwor – wie zitiert (Kap. 2.3) – der CDU-Fraktionsführer Rainer Barzel die gemeinsame Stellung der Bundestagsmitglieder als Politiker gegenüber den Intellektuellen, die er für unfähig hielt, Entscheidungen zu fällen (30.4. 1968).

Wir können von zwei Arten des inklusiven Wir in den Bundestagsdebatten sprechen. Bei Barbara Höll liegt der Anspruch darin, Abgeordnete zu inkludieren, die von den etablierten Parteien als vielleicht nicht dazu berechtigt angesehen wurden. Bei Rainer Barzel geht es um die Inklusion der Abgeordneten als Politiker gegen die als politikunfähig bezeichneten Intellektuellen außerhalb des Parlaments. Typologisch gesehen verweisen jedoch beide auf einen Typus der *polity*, in der die Parlamentarier als professionelle Politiker *par*

excellence sich mit gegenseitigem Respekt und Professionalität behandeln, was sie von Amateuren oder Dilettanten unterscheidet.

Zum parlamentarischen Respekt unter den Abgeordneten gehört weiter, dass sie Kritik gegen ihre Argumente und Standpunkte als Politiker zu beantworten haben, ohne sie zu psychologisieren oder zu moralisieren. Die Abgrenzung ist jedoch nicht immer eindeutig, wie man an dem folgenden Austausch sieht. Martin Patzelt (CDU) sagt zu Franziska Brandtner (Grüne): „Frau Dr. Brandtner, ich würde Ihrem Antrag so gerne zustimmen, wenn ich nicht ein großes Problem hätte: Ich bin kein Gutmensch, sondern ich bin Politiker." Dem begegnet die Sitzung leitende Vizepräsidentin Claudia Roth (Grüne): „Vielen Dank, Herr Kollege Patzelt. – Erlauben Sie mir eine Bemerkung zu dem, was Sie zu Beginn Ihrer Rede gesagt haben. Ich glaube nicht, dass ein guter Mensch zu sein im Widerspruch zum Politikerdasein steht. Ich sehe hier viele gute Menschen im Saal, und zwar in allen Fraktionen" (4. Dezember 2014). Für Martin Patzelt ist Politiker in der Machiavelli-Tradition ein Gegenbegriff zum „Gutmenschen", während Claudia Roth den Ausdruck verwandelt und „gute Menschen" mit dem „Politikerdasein" für vereinbar hält. Patzelt stellt die Kompetenz im *politicking* in einen Gegensatz zur Moral, während Roth beim „guten Menschen" vielleicht eine Politisierung der Moralfragen ohne Moralisierung sieht.

Obwohl nicht alle sich als Berufspolitiker identifizieren, wäre es im Bundestag schwer zu behaupten, überhaupt kein Politiker zu sein. ‚Als Politiker' erklärt man sich bereit, den Herausforderungen zu begegnen, die auf die Tagesordnung des Bundestags gestellt werden, oder denen, die man selbst zu stellen, imstande sein kann.

Für die Grünen fand ich in meinem Korpus nur ein Beispiel einer „uns Politiker"-Rede. (Fraktionsvorsitzender Rezzo Schlauch, 20. Januar 2000). Eine Veränderung der Erwartungen an den Typus Politiker betont Antje Vollmer (Grüne) im Kontext der deutschen Einheit" (20. September 1990). In einer Rede gegen den Typus der „Nachkriegspolitiker". Schon früher beklagt Anke Martiny-Glotz (SPD), dass der Bundestag „zu mehr als 90 % aus Männern besteht" und erklärt: „Unser verrückter Politikerberuf ist nicht die Norm". (12. April 1984)

Es gibt durchaus Selbstkritik an den Politikern im Bundestag. Nicht die Mitgliedschaft im Bundestag allein macht Abgeordnete zu Politikern, obwohl sie prozedural und rhetorisch als solche behandelt werden, sondern ihr Handeln, und in dieser Hinsicht sind die Kriterien des Politikers wandelbar. Die Beispiele verweisen auf veränderte Praktiken des *politicking*, auf einen Wandel der *polity* und auf eine Erweiterung jenes Personenkreises, aus dem sich professionelle Politiker zusammen setzen.

4.2.3 Wer ist Realpolitiker?

Im Kapitel 3 verwies ich auf den Bedeutungswandel des Begriffs Realpolitik in der frühen Bundesrepublik. Die 12 Zitate mit Realpolitiker enthalten Interpretationen im Verständnis dessen, was ‚real', ‚realistisch' oder gar ‚Realität' oder ‚Wirklichkeit' ist. Noch deutlicher sind die Unterschiede, wenn man die Gegenbegriffe thematisiert. Dies gilt schon für die fünf Belege aus den ersten zwei Wahlperioden des Bundestags. Unter diesen Rednern sind die bürgerlichen Kleinparteien auffallend stark vertreten.

Den konventionellen Sinn von der Realpolitik als Politik der reduzierten Ansprüche vertritt am ehesten Josef Arndgen (CDU), der die Politik der Regierung verteidigt: „Als Realpolitiker und als CDU stehen wir auf dem Standpunkt, daß es im Interesse der Kriegsopfer gelegen ist, dem Antrag zuzustimmen" (2. Februar 1950). Herbert Schneider (DP) unterstützt als Realpolitiker die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik: „Aber vor die Frage gestellt, ob wir dem Gefühl oder den realpolitischen Tatsachen Raum geben sollen, haben wir uns als Realpolitiker für letzteres entschieden" (6. März 1956). Max Becker (FDP) beruft sich auf Gustav Stresemann, Außenminister in der Weimarer Republik: „als Stresemann – ich glaube, Hugenberg gegenüber – von den ewig-Gestrigen sprach, diesen ewig-Gestrigen, die sich als große Realpolitiker vorkommen und in Wirklichkeit nur hinter den Ereignissen herlaufen" (22. November 1951). Ein Realpolitiker ist vor allem ‚auf der Höhe der eigenen Zeit', mit der Implikation, dass Furcht vor Veränderungen eben keine Realpolitik bedeutet.

Helene Wessel (Z) sieht im ersten Monat des Bundestags, dass es nicht genügt, sich als Realpolitiker zu präsentieren, sondern dass man nach der Art der Wirklichkeit fragen muss. „Gerade heute haben wir allen Grund, an die Wirklichkeit zu denken und einmal das Wort wahrzumachen, das wir alle so gern in den Mund nehmen: Realpolitiker zu sein" (22.9.1949). Mit dieser Begründung wollte sie eine eindeutige Stellung zum Ost-West-Konflikt vermeiden.

Nach über 30 Jahren kehrte Realpolitiker ins Vokabular des Bundestags zurück, zwar mit einer ironischen Nuance. Der aus der SPD ausgetretene Karlheinz Hansen spricht bezüglich der US-Politik unter Reagan von „neunmalklugen Realpolitikern" in der Bundesrepublik (24 Juni 1982). Wilhelm Knabe (Grüne) bemerkt ironisch zum Bundestagsausschuss für innerdeutsche Beziehungen: „Lassen Sie uns in diesem Ausschuß Politik machen … Politik zum Nutzen der Menschen in beiden deutschen Staaten. In diesem Punkt sind wir oft gescholtenen grünen Fundis viel realistischer als die Realpolitiker der anderen Parteien. Machen Sie diesen Ausschuß endlich politikfähig!" (1. April 1987). Der Gegensatz der Kritik sind nicht die Realos der eigenen Partei, sondern die Pointe liegt im Anspruch, „realistischer als die Realpolitiker" zu sein.

CDU-Politiker parodieren den Oberrealo unter den Grünen, Joschka Fischer. Nachdem Fischer zum Außenminister der rot-grünen Regierung wurde, polemisiert Karl Lamers (CDU) gegen ihn:

> Der Außenminister ist so richtig Realpolitiker geworden und betont immer wieder – sicherlich nicht zu Unrecht–, dass unsere Möglichkeiten, mit Sanktionen auf Russland einzuwirken, in Wirklichkeit sehr bescheiden sind.
> Herr Fischer ist ein richtiger Diplomat, ganz staatsmännisch. Das passt zum Amt. Aber ich frage mich: Passt es auch zur Person? (28 Januar 2000, s. auch Volker Rühe, CDU, 9.6. 1998, Zitat im Kap. 3.3.2)

Lamers und Rühe sind nicht bereit, Fischer und seine Partei als realpolitische Akteure anzuerkennen, weil die CDU die wahre Partei der Realpolitiker bleibt. Realpolitiker verteidigt auch Ute Finckh-Krämer (SPD) in der Abrüstungspolitik: „Ich hoffe, dass auf der Überprüfungskonferenz diejenigen Gehör finden, die sich im Sinne von Alexander Kmentt als Realpolitiker erweisen, also konstruktive Vorschläge machen, wie wir dem Ziel einer Welt ohne Atomwaffen näherkommen können" (24. April 2015).

Auf das Politik-Schema situiert, kann man in *Realpolitiker* eine Spannung zwischen der *policy* der „kleinen Schritte", wie Finckh-Krämer in ihren auf Policy-Felder begrenzten Beiträgen betonte, und einem Stil des *politicking* unterscheiden. Dies gilt auch der distanzierten Ausnutzung des Begriffs, etwa bei den Grünen, die damit auch ihre Politikfähigkeit manifestieren wollten.

4.2.4 Die Bandbreite der Berufspolitiker

In der frühen Bundesrepublik blieb das Verhältnis des Parlamentariers zum *Berufspolitiker* ambivalent. Insbesondere Abgeordnete mit Unternehmer- oder Anwaltsberufen betonten, dass Berufspolitiker ohne einen ‚bürgerlichen' Beruf den Kontakt zum „Leben draußen" verlieren, wie etwa der FDP-Abgeordnete Max Becker:

> … aber der Großteil unter uns sollte nicht zum Berufspolitiker werden, … sondern der sollte draußen auch noch in einem Beruf stehen; denn dann hat er die Möglichkeit, das, was er hier an Gesetzesparagraphen zusammenschaffen und -schustern will, selber in seiner Wirkung zu beobachten. Dann hat er die Möglichkeit, mit seinen Wählern in Verbindung zu treten; dann hat er die Möglichkeit, das praktische Leben auch an sich wieder einmal zu erleben und draußen wieder einmal rezeptiv tätig zu sein. (17. Juli 1952)

Dieser Standpunkt, der einem mimetischen Verständnis der parlamentarischen Repräsentation im Sinne Ankersmits (1996, 2002) entspricht, wird auch in späteren Jahren im Bundestag verteidigt. Für Ernst Waltemathe (SPD) lautet die Fragestellung, „ob Volksvertreter tatsächlich noch das Volk vertreten oder sich in einem Gewirr von Regeln, Geschäftsordnungen und Vorherrschaften selbst verfangen," was einen Hauch von Antiparlamentarismus zeigt (20. September

1984, s. auch s. Hans Engelhard, FDP, 1. Juli 1976; Ortwin Lowack, CSU, November 1984). Dieser Repräsentationsbegriff begrenzt die Politik der Abgeordneten auf die Vermittlung der Wähleransichten anstatt auf die parlamentarische Debatte, Regierungs- und Verwaltungskontrolle und wäre mit einem machtlosen Bundestag vereinbar.

Von Anfang an findet man im Bundestag jedoch Argumente gegen die Verachtung der Berufspolitiker. Sie markiert für Hans-Joachim v. Merkatz (DP) „zugleich eine Zerstörung der Demokratie, auch indem man den Politiker als Berufspolitiker diffamiert und an seinen Bezügen eine Kritik übt, die alle Neidkomplexe und alles Zersetzende aktiviert" (22. September 1950). Bundestagspräsident Eugen Gerstenmeier (CDU) zeigt Verständnis für die Berufspolitiker, da „das Diätengesetz jedem Mann und jeder Frau in diesem Hause ermöglichen muß, auch im Konfliktfall seinem eigenen Gewissen und seiner eigenen politischen Überzeugung mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen treu zu bleiben" (18. April 1958). Hans Apel (SPD) bekennt sich zum Berufspolitikertum und zu Vollzeitparlamentariern: „Wir müssen … stärker als bisher den Berufspolitiker … wollen und ihn auch so … stellen, daß er seine Arbeit tun kann" (26. März 1969).

Das Diätenurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 5. November 1975 (s. https://www.servat.unibe.ch/dfr/bv040296.html#), das den Vollzeitcharakter der Abgeordneten bestätigt und damit den Berufspolitiker zum Regeltypus unter Bundestagsmitgliedern macht, bildet eine Scheidelinie in den Debatten. Trotzdem betonen auch danach viele bürgerliche Abgeordnete, dass sie kein Parlament von ‚bloßen' Berufspolitikern wollen. Diesem Terminus geben sie in diesen Zusammenhängen Epitheta, die dem Status des gewählten Parlamentariers fremd sind.

Ein altes Argument gegen Berufspolitiker ist die These, dass ein Beruf außerhalb des Parlaments die Unabhängigkeit der Abgeordneten garantiert (s. dazu die Analyse der Debatten im kaiserlichen Reichstag, in Westminster vor dem Ersten Weltkrieg und im Irland noch 1960, in Palonen 2012b, Kap. 3). Im Bundestag wird dies noch nach dem Diätenurteil wiederholt.

Der Advokat Horst Eylmann (CDU) beansprucht: „Es ist doch eine gefährliche Entwicklung für die Unabhängigkeit des Parlaments, daß wir fast nur noch Berufspolitiker haben und daß ich hier schon eine große Ausnahme bin, wenn ich meinen Beruf noch ausübe. Wir brauchen mehr Durchlässigkeit in den Führungspositionen in der Gesellschaft und in der Politik" (13. Dezember 1989, auch 7. November 1991). Sein Parteikollege Helmut Brandt präsentiert eine Karikatur der Abhängigkeit: „Welche Art von Politiker wollen wir eigentlich? Von Parteiapparaten abhängige Berufspolitiker, die in ihrem Leben nie oder kaum einer Arbeit außerhalb der Politik nachgegangen sind und deren weiteres Fortkommen somit von dem nächsten sicheren Listenplatz oder der Aufstellung im richtigen Wahlkreis abhängt?" (23. April 2015). Obwohl

diese Gefahr im Listenwahlsystem der Bundestagswahl vorliegt, haben die Parlamentarier nicht die Macht an den Parteiapparat verloren.

Ein Zerrbild des Berufspolitikers bietet Andreas Schmidt (CDU): „Welcher Politikertypus soll das Bild des Parlaments in Zukunft prägen: der Berufspolitiker, der direkt von der Universität ins Parlament einzieht, lebenslang Parlamentsmitglied ist und dann in Pension geht, oder derjenige, der mit Berufserfahrung ins Parlament einzieht und vielleicht wieder in seinen Beruf zurückgeht?“ (16. Februar 2006). Er unterschätzt die Unsicherheit der Neuwahl und übersieht die professionelle Kompetenz derjenigen wenigen Parlamentarier, die diesem Bild entsprechen (s. das Buch des SPD-Abgeordneten Hermann Scheer, 2003, analysiert in Palonen 2012b).

Der SPD-Abgeordneter Gerhard Jahn unterstützt Versuche, „bessere Regelungen dafür zu finden –, daß die Ausübung des Berufs neben dem Mandat leichter möglich ist, als es heute tatsächlich der Fall sein kann“ (8. Dezember 1976), ebenso sein Parteikollege Dieter Wiefelspütz (20. Februar 1997). Ex-Bundestagspräsidentin Annemarie Renger (SPD) heißt Seiteneinsteiger im Parlament willkommen:

> Als Konsequenz kann dies aber nicht bedeuten, daß die Abgeordneten ihr parlamentarisches Amt als Beruf wie jeden anderen auffassen, dem etwa die Ausübung einer anderen Tätigkeit entgegensteht. Auch in Zukunft muß gewährleistet sein, daß ein freiberuflich Tätiger, daß ein Selbständiger, daß ein Angestellter in einer Gewerkschaft oder in Verbänden wenigstens noch teilweise diese Aufgaben ausfüllen kann. (8. Dezember 1976, s. auch 18. Juni 1973 und 18. September 1974)

Den Wechsel der Abgeordneten zur Wirtschaft und Verwaltung kritisiert Sonja Steffen (SPD), für die ist „die Grenze überschritten, wenn für ehemalige Berufspolitiker ein hochdotierter Posten in einem Wirtschaftsbereich zurechtgeklüngelt wird, den der Politiker während seiner Amtszeit betreut hat“ (16. Januar 2014). Dagegen verteidigt Bernhard Kastner (CDU) den beiderseitigen Wechsel zwischen Politik und Wirtschaft (ebenda). Für Innenminister Thomas de Maizière (CDU) „kommt es nicht darauf an, dass man überhaupt keine Tätigkeit mehr ausübt, nachdem man Mitglied der Bundesregierung war, sondern es kommt darauf an, ob ein Interessenkonflikt vorliegt“, was er verhindern will (4. Februar 2015).

Das wichtigste Kriterium für den Berufspolitiker ist die Vollzeitmitgliedschaft, die auf die Verlängerung der parlamentarischen Agenda verweist. „Diese Aufgabe ist nicht mit 44-Wochen-Stunden eines Arbeitnehmers zu bewerkstelligen. Sie fordert in der Woche häufig 70 bis 80 Arbeits- oder Einsatzstunden“, sagt Rembert van Delden (CDU) schon am 4. März 1964. Hans Apel (SPD) betont, „daß wir endlich begreifen müssen, daß das, was hier in Bonn zu tun ist, den ganzen Mann verlangt“ (27. März 1969). Max Webers Kriterium der Abkömmlichkeit ist in dem Vollzeitparlament seiner Zeit nicht

nur für Geschäftsleute, sondern auch etwa für die Journalisten unmöglich geworden (s. Hans Engelhard, FDP, 1. Juli 1976).

Die Unabhängigkeit der Abgeordneten von sonstigen Einkünften ist ein wichtiger Grund für die Professionalisierung und mit dem freien Mandat vereinbar. Mit Berufung auf den Artikel 38 des Grundgesetzes verteidigt Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier (CDU) diese Unabhängigkeit der Berufspolitiker, „gerade ein Parlament mit urteilsfähigen und gewissenhaften Leuten, die sich, ich sage es wieder, auch im Konfliktsfall … weder der politischen Opportunität noch der Verführung der Macht, noch ihrer menschlich begreiflichen Existenzangst unterwerfen müssen" (23 April 1958). Antje Vollmer (Grüne) will die Bezüge der Parlamentarier an die Richtergehälter binden, um die Diätendebatten zu beenden: „Ich bin, und zwar aus tiefer Überzeugung, wegen der notwendigen Selbstachtung des Parlaments für diesen Maßstab" (21. September 1995).

Hugo Collet (SPD) verlangt eine dem Beamten gleichgestellte Unabhängigkeit. „Wenn wir den Berufspolitiker wollen, müssen wir … [dafür sorgen, dass] dem Abgeordneten jene Unabhängigkeit gesichert wird, die derjenige hat, der sich als Beamter entschließt, in das Parlament zu gehen" (27.3. 1969). Hans Engelhard (FDP) lehnt dagegen die Übertragung, „beamtenrechtlicher Kategorien auf den Status des Abgeordneten" ohne weiteres ab: „Mit Begriffen wie ‚Alimentation' oder ‚Mandatsgehalt' können wir uns nicht befreunden" (1.7. 1976, s. auch Gerhard Jahn, SPD, 8.12. 1976). Collet verweist jedoch auf die Möglichkeit der Abwahl, die Abgeordnete notwendigerweise von ‚bürgerlichen' Berufen mit Karriereplänen unterscheidet. Bundestagspräsidentin Annemarie Ringer (SPD) drückt dies deutlich aus:

> Es ist üblich geworden, den Abgeordneten als Berufspolitiker zu sehen. Für viele Abgeordnete trifft das auch für die Zeit einer Legislaturperiode voll zu, aber eben nur für diese Zeit, meine Damen und Herren. Der Abgeordnete selbst trägt das volle politische und materielle Risiko für sein Verhalten. Das Mandat ist unabhängig von Laufbahn- und Beförderungsrichtlinien. Es muß prinzipiell jedem offenstehen, und zwar ungeachtet seiner Ausbildung und seiner bisherigen Tätigkeit. Es muß durch die Art und die Höhe der Entschädigung Unabhängigkeit und Freiheit im Sinne von Art. 38 des Grundgesetzes ermöglichen. (18. Juni 1973)

Renger betont die Heterogenität der Erfahrungen und Kompetenzen als ein Vorteil der parlamentarischen Politiker gegenüber den Beamten und Funktionären. Für Renger können die Abgeordneten nicht „ihr parlamentarisches Amt als Beruf wie jeden anderen auffassen", schon „allein infolge der immer stärker werdenden Fluktuation kann man lediglich von einem ‚Beruf auf Zeit' ausgehen" (8.12. 1976). Die zeitliche Befristung des Mandats ist keine juristische Formalität, sondern ein Risiko und eine Chance, die die Parlamentarier auch von anderen Arten der ‚Berufspolitiker' unterscheidet (s. auch die Selbstbeschreibungen bei Lattmann und Couchepin in Palonen 2012b).

Unter dem Stichwort *Berufspolitiker* findet man auch Erläuterungen zur Praxis der Parlamentarier. Einige Beiträge sehen die Berufsparlamentarier durchaus mit einem debattierenden Verständnis des Parlaments zusammenhängend. Michael Hartmann (SPD) sieht Berufspolitiker als Beispiele für Toleranz gegen undemokratischen und rassistischen Geist (28. Juni 2012, Zitat in 4.2.1).

Annemarie Renger (SPD) verweist gegen die Parlamentsfremdheit der frühen Grünen mit Recht auf die Priorität der innerparlamentarischen Kontroversen hin.

> Wir halten hier keine Fensterreden; wir unternehmen vielmehr den Versuch, dem Bürger zu vermitteln, was das Ergebnis langer Beratungen ist. Das ist auch ein Sinn unserer Debatten. Häufig kann man außerhalb des Hauses hören, die GRÜNEN seien deshalb im Parlament, weil sie ein Ausdruck von Enttäuschung über vermeintliche Ineffektivität, über Stil und Gepflogenheiten der alltäglichen parlamentarischen Arbeit seien. Ist das aber nicht doch ein Mißverständnis über Wesen und Möglichkeiten des Parlaments und der Institutionen unseres Staates überhaupt? Das Parlament bedeutet ebenso Integration wie Konfrontation. Vor allem aber muß das, was die Bürger beschäftigt, aus aktuellem Anlaß diskutiert werden. (30. Januar 1986)

Die langjährige Parlamentarierin Renger thematisiert die übliche Unkenntnis des parlamentarischen Politikstils unter Bürgern. Diese hoffen auf die Vereinfachung der parlamentarischen Geschäftsordnung, ohne deren politische Bedeutung beurteilen zu können. Renger versteht den Eindruck der im Bundestag neuen Grünen von der „Enttäuschung über vermeintliche Ineffektivität" als eine, die auf der Unkenntnis parlamentarischer Praktiken beruht. Ihre Polemik gegen die Fensterreden ist einer der wenigen Beiträge im Bundestag, der das Reden und das Debattieren als Merkmal des parlamentarischen Politikertypus sieht.

Ein anderes Beispiel bietet Hans-Ulrich Klose (SPD), der die parlamentarischen Berufspolitiker als diejenigen ansieht, die am ehesten verstehen, dass es „in der Politik keine absoluten Wahrheiten [gibt], und es sind auch nur Mehrheiten, keine Götter, die über eher richtige oder eher falsche Politik entscheiden" (7. September 1974). Dieser Umstand steht im Widerspruch zu Zeitplänen und Effizienzkriterien ‚bürgerlicher' Berufe: „Das Ringen um politische Mehrheiten für bestimmte Argumente und am Ende für bestimmte politische Entscheidungen mag langwierig und manchmal quälend sein. Wer es aber als lästig oder gar überflüssig empfindet, der sollte wissen, daß eine freiheitliche Demokratie anders nicht zu haben ist" (ebenda). Er unterstreicht, dass Parlamentsbeschlüsse keine ‚Wahrheiten' sind und ‚Mehrheiten' hätten nicht nur anders werden können, sondern Teil einer Debatte sind. Und *politicking* ist etwas, wofür man Zeit braucht, was auch von Politikern besondere Geduld verlangt, insbesondere in der Demokratie. Klose verteidigt die Eigenständigkeit der Zeit- und Bewertungsperspektiven für die Politiker.

Diese Beiträge veranschaulichen die Forderungen an parlamentarische Berufspolitiker, wie die Realisierung des freien Mandats gegenüber der eigenen Partei oder der Verbände sowie die vollzeitige aber auf die Wahlperiode befristete risikoreiche Qualität des Parlamentariers.

Das Reden in der Debatte mit anwesenden politischen Gegnern unterscheidet den parlamentarischen Politiker inhaltlich von anderen Politikertypen, deren Gegner außerhalb der aktuellen Zuhörerschaft sind und keine direkte und spontane Antwort geben können. Die ‚Durchsetzung' des eigenen Antrags ist kein Selbstzweck, dieser ist ein Beitrag zur Debatte, in der alle Beteiligten grundsätzlich bereit sind, ihren Standpunkt zu ändern. Die Argumentation der Parlamentarier gilt nicht nur der Gültigkeit der Standpunkte, sondern auch der Erreichung einer Mehrheit durch Abstimmung oder der *politicisation* einer Frage mit dem Ziel ihrer Einführung in die parlamentarische Agenda. In diesen Beiträgen kann man den Vorrang der *polity*, sowohl über *policy* als auch über *politicking* eindeutig identifizieren.

Die Kontingenz der parlamentarischen Politik steigert sowohl die prekäre Stellung des Mitglieds als auch die Offenheit der Debatte. Ein Parlamentsmitglied kann sich nie auf Standpunkte festlegen, die weder Konfrontation mit gegnerischen Anträgen und Argumenten noch die Thematisierung neuer Fragen, die ein Parlamentarier vor der Mitgliedschaft nicht kennt oder beachtet, einschließt. In den Bundestagdebatten um den Berufspolitiker steht die personale Dimension im Vordergrund, die Art der Politik bleibt, außer bei Renger und Klose, kaum thematisiert.

Die zunehmende Anerkennung der Berufspolitiker ist vor allem eine Qualität des *politicking*, mit ihrer Generalisierung verwandelt sie sich zu einem Aspekt des Wandels der bundesdeutschen *polity.* Kompetenz in *politicking* wird seit den späten sechziger Jahren von allen Parlamentariern als vollwertige Akteure in der *polity* vorausgesetzt. Die gelegentlich bis ins 21. Jahrhundert fortwährende Betonung „keine Berufspolitiker" zu sein, ist eine Kuriosität parlamentarischer Außenseiter geworden, die keine Bedeutung für die *polity* und die Kompetenz in *politicking* hat

4.2.5 Politiker, Künstler und Wissenschaftler

Unter den Belegen zu den Politikern gibt es nicht wenige, die sie mit anderen Berufstypen vergleichen. Dies bedeutet keine bloße Abgrenzung der Politik, sondern eine Gelegenheit, die Eigenart der Politikerqualitäten zu erläutern. In dieser Sektion diskutiere ich einige originelle Beiträge zum Verhältnis der Politiker zu Künstlern, Wissenschaftlern, Experten oder Spezialisten.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger sprach in einer Rede ausführlich über das Verhältnis zwischen Politikern und Künstlern. Er nahm Günter Grass als Typus eines politisch engagierten Künstlers, der für den

Kanzlerkandidaten Willy Brandt Wahlkampf machte. Dregger betont den Respekt der Politiker der „autonomen Existenz“ der Künstler gegenüber, setzt aber dasselbe von Künstlern gegenüber Politikern voraus: „In seinem künstlerischen Schaffen sollte der Künstler die prekäre Grenze zwischen Politik und Kunst respektieren“ (9. November 1984). Dregger argumentiert deutlich gegen die Grenzüberschreitungen der Künstler in Richtung Politik:

> Aber weil Politik und Kunst ihrem Wesen nach verschieden sind, ist es, wie ich meine, mehr als problematisch, wenn eine allein künstlerisch ausgewiesene Autorität ohne weiteres aktuelle politische Kompetenz beansprucht. Künstler und Wissenschaftler müssen sich vor einer Anmaßung hüten, die mit den Prinzipien der Demokratie nur schwer vereinbar wäre. Kunst verleiht kein politisches Mandat. Es ist eine Überschreitung der von der Demokratie gesetzten Grenzen, meine ich, wenn in Mutlangen oder anderswo Künstler den Vollzug einer von der Mehrheit beschlossenen Politik durch physische Einwirkung aufhalten wollen. Als Persönlichkeiten der kulturellen Öffentlichkeit haben sie Möglichkeiten genug, ihre Meinung in die Waagschale zu werfen. (ebenda)

Damit wendet sich Dregger gegen den seit Ende der Dreyfus-Affäre entstandenen Typus der Intellektuelleneinmischung in die Politik. Zu dieser Zeit war Dieter Lattmann, der ehemalige Vorsitzende des Schriftstellerverbandes VDS, nicht mehr SPD-Bundestagsabgeordneter. In seinem Pamphlet verwies er auf seine „Erfahrung, daß der Beruf des Politikers mit dem des Schriftstellers gemeinsam hat“ (das volle Zitat von Lattmann 1977 in Palonen 2012b, 122).

Mit dem aktuellen Fall der Wahl der Standorte für US-Mittelstreckenraketen unterstreicht Dregger die Mehrheitsentscheidung als Basis demokratischer Politik, die mit den Mitteln des zivilen Ungehorsams nicht behindert werden sollte.

Dregger benutzt ein interessantes Kriterium für die Unterscheidung von Künstlern und Politikern: „Ein Künstler von Rang stiftet Bleibendes, der Politiker meistert bestenfalls die Gegenwart“ (ebenda). Dies ist ein klassizistisches Verständnis der Kunst, es bezieht die Politiker auf die Gegenwart, vielleicht mit einem Unterton des Bedauerns, aber mit der Anerkennung, dass für den Typus Politiker die Gegenwart die primäre Zeitdimension bildet. Wer keinen Bezug zur Gegenwart hat, ist kein Politiker, so kann der Gedanke Dreggers zugespitzt werden. Entsprechend hat Hannah Arendt in *Vita activa* (1960) zwischen dem künstlerischen Herstellen und der Politik als Handeln unterschieden. Ob Dregger darauf Bezug nahm, geht aus dem Zitat nicht hervor.

Zum Verhältnis zwischen Politikern und Künstlern äußert sich auch Hans-Joachim Otto (FDP) mit einer weniger strengen Abgrenzung als Dregger: „Es ist wahr: Kunst hat durchaus das Recht und vielleicht auch die Pflicht, sich in Politik einzumischen. Wir Politiker haben aber doch nicht die Pflicht, über jedes uns von Künstlern hingehaltene Stöckchen zu springen“ (15.4. 2000). Er setzt die künstlerische Einmischung den Petitionen aus der Bürgerschaft, die Politiker im Parlament nicht ignorieren können, gleich. Für Otto ist Politik

keine Arena für Spezialisten und keine Symmetrie zwischen Politikern und Künstlern herstellbar ist.

Viel mehr ist im Bundestag über das Verhältnis von Politik und Wissenschaft die Rede. Ludwig Erhards (CDU) am Anfang seiner Kanzlerschaft ‚der Wissenschaft' gestellte ‚Aufgabe' klingt paternalistisch, und die kategoriale Unterscheidung zwischen Denken und Handeln vereinfacht das Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft ins Extreme (18. Oktober 1963, Zitat in 2.4). Seine Erwartung, dass die Wissenschaften den Rahmen des Handelns für Politiker ‚anlegen' könnten und sollten, deutet auf eine technische Auffassung vom Handeln der Wissenschaftler – als ob die Reichweite des legitimen politischen Streits von außen bestimmt würde, ohne den Politikern die Möglichkeit zu geben, diese Grenze in Frage zu stellen.

Heinrich Windelen (CDU) hält jedoch „eine Auffassung … daß die wissenschaftlichen Erkenntnisse über Politik und Gesellschaft, Regierung und Parlament von dem Zwang befreien könnten, sich zu einer Rangordnung der wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele zu bekennen" für „in Wirklichkeit … unpolitisch" (14. März 1968). Kurt Schober (CDU) setzte sich in einer Debatte zur Wissenschaftsförderung vom modischen Glauben an die Allmacht der Wissenschaft ab. Max Weber zitierend sagt er, dass „Wissenschaft niemals selber zur Politik werden kann" und „die Wissenschaft die Politik niemals wird ersetzen können" (7. Februar 1968). Den Politikern kann man „nicht die Entscheidung darüber aus der Hand nehmen, was von den großen Zukunftsaufgaben denn nun verwirklicht wird. Wir müssen die Prioritäten – oder, wie Herr Kollege Dichgans sagte, die Posterioritäten – setzen" (ebenda). Die Forschungsschwerpunkte will Schober von oben setzen, als einen Dienst ‚an die Zukunft', aber sein Misstrauen gegenüber der Politikfähigkeit der Wissenschaftler und Universitäten ist keineswegs unberechtigt.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Rainer Barzel versteht, wie im Kap. 2.3 zitiert, das Verhältnis zwischen Politikern und Intellektuellen als Gegensatz zwischen Handeln und Zweifeln. Er betont, dass den Intellektuellen die Mehrheitsmeinung verdächtig ist: „Ihm ist der Zweifel sehr viel näher als das Ja einer Handlung; wenn er unentschlossen ist, ist ihm die Minderheit sympathischer als die Mehrheit, und er nimmt sich Zeit. Wir haben nicht immer die Zeit, wir müssen handeln, und so entstehen Mißverständnisse" (30. April 1968). Der Intellektuelle verpasst nach Barzel leicht den *kairos* des Handelns. Diese Vision der Politik passt zum Führer einer quasi permanenten Regierungspartei, dem die parlamentarische Deliberation als zu langsam erscheint.

Etwas später kam das Thema der Politikberatung durch die Wissenschaft auf die Tagesordnung. Der FDP-Abgeordnete Walter Hitschler empfiehlt sie:

> Die politische Abwägung unterschiedlicher Entscheidungsmöglichkeiten kann die Wissenschaft der politischen Seite dabei nicht abnehmen, aber sie kann helfen, diesen Abwägungsprozeß zu erleichtern, so daß die Politiker mit mehr Überzeugung als bisher sagen können, sie hätten sich nach „bestem Wissen und Gewissen" entschieden. Das

Instrument der Technikfolgen-Abschätzung sollte daher dem Deutschen Bundestag als Möglichkeit zur Verfügung stehen, das Arbeitswissen der Abgeordneten zu verbessern. (22. Juni 1989)

Hitschler erwartet wie Erhard von „der Wissenschaft“ oder von der „Technikfolgenabschätzung“ eine Entlastung für die Politik. Wenn das akademische *mainstream* relativ einig ist, müssen Politiker dies keineswegs als Erleichterung der eigenen Abwägung und Entscheidung ansehen. Hitschlers Ansicht wird einige Monate später von Bärbel Rust (Grüne) kritisiert. Sie zitiert Hans Magnus Enzensberger:

Es ist ein Zitat von Hans Magnus Enzensberger, das folgendermaßen lautet:
Die Überzeugung, daß er es draußen im Lande mit Millionen von Idioten zu tun hat, gehört zur psychischen Grundausstattung des Berufspolitikers.
Das, Herr Kollege Hitschler, ist der Eindruck, den wir nach außen vermitteln, wenn wir uns hier so über die angebliche Laienspielschar äußern,
(Dr. Hitschler [FDP]: Das bezieht sich aber nur auf die GRÜNEN!)
die in der öffentlichen Diskussion über Technologiepolitik, Atompolitik, Gentechnik usw. mitreden möchte und die dazu auch ihr volles Recht hat. (16. November 1989)

Die Pointe des Zitats ist klar: die parlamentarischen Berufspolitiker sind als ‚Laienspieler’ durchaus berechtigt, sich in den genannten Policy-Feldern einzumischen und dürfen diese nicht den Experten überlassen. Wenn sich Experten auf ihre Autorität berufen, ist es angemessen, dass Abgeordnete die Experten politisch zu den ‚Idioten’ zählen.

Monika Grütters (CDU) zitiert einen Satz aus Max Webers *Wissenschaft als Beruf*: „Politik gehört nicht in den Hörsaal“ (24. März 2011). Dabei vermisst sie Webers spezifische Pointe gegen professorale Meinungsdeklarationen *ex cathedra* (s. bes. Weber 1917b) und erwähnt nicht, dass nach Weber Politik als Thema ‚im Hörsaal’ behandelt werden kann und soll. Grütters erkennt den Wissenschaftlern an, „sich über ihre eigenen Regeln, über ihr Selbstverständnis und über die Maßstäbe klar zu werden, an denen sie von uns und allen anderen gemessen werden wollen“ (ebenda), ohne wie Weber klar zu sagen, dass darüber unter Wissenschaftlern „gestritten werden kann und soll“ (Weber 1904, 156–157). Petra Sitte (Linke), eine promovierte Philosophin, scheint dies in ihrer Bemerkung zur Politikberatung besser zu verstehen:

Wissenschaft soll unterschiedliche Blickwinkel, Deutungsmöglichkeiten jenseits von tradierten Pfaden und Verantwortung für Folgekosten aufzeigen, die alle die Meinungsbildung von Politikerinnen und Politikern unterstützen. Sie soll aber natürlich nicht politische Entscheidungen ersetzen: Politisch kann man entscheiden, ein Risiko einzugehen, wenn die Gefahren beherrschbar und die erwarteten gesellschaftlichen Gewinne groß erscheinen. (30. Juni 2011)

Der Streit um den Wert der Wissenschaft gilt primär der Agenda der parlamentarischen Politik. Hier auf eine eindeutige ‚Hilfe der Wissenschaft’ zu setzen, ist irreführend, wie dies Rust mit ihrer Kritik an der Abwesenheit des

Streits unter akademischen Experten und Sitte mit ihren Hinweisen darauf, wie die Wissenschaft die Perspektiven der parlamentarischen Fragestellung erweitern kann, deutlich machen.

Wie in anderen westlichen Ländern, war in der Bundesrepublik seit den fünfziger Jahren ein an der Naturwissenschaft orientiertes Denkmodell von ‚Wissenschaft und Technik', an das sich die Politiker anzupassen versuchten, zum *mainstream* geworden. Dies bestand in einem starken Vertrauen auf *policies*, etwas später auch mithilfe der Politikberatung. Diese Tendenz wurde mit einer eher vagen Hoffnung auf eine Reduktion des *politicking* verbunden, obwohl die Parlamentarier auch die Grenzen der Wissenschaft und damit sowohl die Notwendigkeit des *politicking* als auch ihre eigene Kompetenz darin, durchaus verstehen. Dagegen erschien nicht nur bei Dregger die Einmischung der Künstler in die Politik als etwas Verdächtiges, eine *politicisation*, die am Fortschrittsglauben zweifelte und ihre Aufmerksamkeit auf die autoritären Reste innerhalb des Techno-Optimismus richtete.

Seither ist im Bundestag der Optimismus ins Wanken geraten, ebenso wie der Glaube an die technikanalogen *policies*, die das Parlament entlasten könnten. Die wenigen Beispiele, die dies explizit machen, betonen die internen Streitigkeiten der Wissenschaft. Diese sind nicht mit Mehrheiten zu entscheiden, aber Parlamentarier können und sollen als ‚Laienspieler' die Selbstgerechtigkeiten und die Abwesenheit des Streits in der Wissenschaft kritisch beurteilen.

4.2.6 Die Sprache der Politiker

Den Übergang vom ‚Wer' der Politiker zu ‚Was' sie tun, kann man mit den Belegen analysieren, die sich explizit auf Politik als sprachliches Handeln beziehen. Im Korpus gibt es 11 Belege für ‚Politikerrede', 10 für ‚Politikersprache', 3 für ‚Politikerwort', einmal das Wort ‚Politikerversprechen'. Zwei Beiträge zur ‚Politikersprache' stammen von führenden Politikern der sozialliberalen Koalition, die nächsten aus der Zeit der Regierung Kohl, die letzte aus 2011. Die ‚Politikerrede' wird erst ab 1984 benutzt, dann jedoch relativ gleich unter den Wahlperioden und unter SPD, FDP und Grünen verteilt, mit Bildungsministerin Johanna Wanka als einzige von der CDU. ‚Politikerwort' wird dreimal von SPD-Abgeordneten unter Kohl benutzt, zweimal vom zeitweiligen Fraktionsvorsitzenden Hans-Ulrich Klose.

In der Regel verweisen diese Belege auf die eigene Sprache als Politiker mit ironischer Distanz. Am deutlichsten ist dies bei *Politikerwort.* Zweimal wird der Ausdruck in Situationen benutzt, in denen ‚die Politiker' nicht ‚das Wort erhalten' haben. Herta Däubler-Gmelin (SPD) verweist auf den Skandal, der zum Rücktritt des Schleswig-Holsteinischen Ministerpräsidenten Uwe Barschel führte. Sie zitiert Erich Böhme aus *Dem Spiegel:* „Seit den Sudelwochen

in Kiel galt das Politikerwort weniger in Deutschland … Verdruß an der Politik und ihren Politikern war aufs neue begründet“ (24 November 1987). Mit dem Zitat vermeidet sie es, den Wortbruch unter Politikern als eine allgemeine Tendenz zu behaupten.

Hans-Ulrich Klose (SPD) verweist auf den angelegten Brand in Solingen, in dem mehrere türkischstämmige Einwohnerinnen getötet wurden. Auf die Anti-Ausländersprache anspielend sagt er: „Auch nach dem Anschlag von Solingen waren solche Politikerworte zu hören. Es ist aber glücklicherweise so, daß über die Anwendung der Gesetze nicht Politiker, sondern Staatsanwälte und Gerichte entscheiden“ (16. Juni 1993). Die relative Schwäche der Politikerworte hängt bei Klose damit zusammen, dass für sie keine ähnlich starke Prüfung als für die Gerichte vorliegt.

In einigen Fällen werfen Oppositionsabgeordnete der Regierung eine beschönigende Politikersprache vor, etwa Eberhard Bueb (Grüne): „Dies alles wird von der Bundesregierung als Erhöhung von Einstellungs- und Beschäftigungschancen für Schwerbehinderte auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt gepriesen. Der Verdrehung der Politikersprache wird offensichtlich keine Grenze gesetzt“ (20.6. 1986). Georg Bamberg (SPD) stärkt mit dem pejorativem Wort *Politikversprechen* die Kritik.

Was ist nun eigentlich bei der Bundesregierung geschehen, damit sie ihren eigenen Feststellungen Nachdruck verleiht? Ich muß leider sagen, es ist nichts geschehen – außer den üblichen Politikerversprechen, die niemand mehr hören kann, die in einer Politikersprache gegeben werden, in der uns niemand mehr versteht und die uns insgesamt nicht glaubwürdiger macht. (28. September 1989)

Der Redner deutet an, dass die Politikersprache so unverständlich geworden ist, dass niemand mehr daran glaubt. Manfred Müller (SPD) findet Politikerreden nicht gefährlich, wenn sie nicht tieferen Stimmungen entsprechen: „Politikerreden können bestimmte Trends verstärken – völlig klar – , aber ohne entsprechenden Grundtrend in der Bevölkerung können sie auch kein Bewußtsein verändern“ (2. Dezember 1987). Peter Glotz (SPD) stellt in der Hauptstadtdebatte die Verführungskraft der Politikerreden in Frage: „Aber ich bin nicht bereit, die Geschichtslegende zu akzeptieren, als hätten die Deutschen, verführt von Politikerreden, jahrzehntelang auf die Rückkehr der Regierung und des Parlaments nach Berlin gewartet“ (20. Juni 1991).

In einigen Fällen verwenden Abgeordnete euphemistisch Ausdrücke als Kennzeichen der Politikersprache, etwa wenn Martin Bangemann (FDP) den englischen Ausdruck „less prosperous countries“ kommentiert (6. Dezember 1978). Eine verschönende Übersetzung Günter Verheugens (SPD) kommentiert Vizepräsident Hans Klein (CSU) mit den Worten: „Die amerikanische Politikersprache, Herr Kollege, ist nicht immer parlamentsfähig“ (10. Oktober 1991). Nicole Maisch (Grüne) interpretiert einen verschönenden Begriff: „Jetzt sollen sich die Länder in einer AG zum Kontrollbarometer zusammenfinden und

Einvernehmen herstellen. ‚Einvernehmen' steht in der Politikersprache für ‚Beerdigung zweiter Klasse'" (28. Oktober 2011).

Andere Beispiele parodieren den Jargon, etwa Hildegard Hamm-Brücher (FDP): „Die Sowjetunion darf auf keinen Fall ‚singularisiert' werden, wie es jetzt in der Politikersprache heißt" (21. 6. 1990). Für Matthias Miersch (SPD) ist ‚Nachhaltigkeit' begrifflich entleert worden: „Der Begriff der Nachhaltigkeit findet zwar in mehr oder weniger jeder Politikerrede seinen Platz. Aber Nachhaltigkeit ist inzwischen zu einem Begriff verkommen, der beliebig verwendet wird" (14. 6. 2012) Johanna Wanka (CDU), eine Naturwissenschaftlerin, ärgert sich mit der Berufung auf Zahlen: „Wenn wir diese Zahlen steigern wollen, dann halte ich Politikerreden, die ich in letzter Zeit gehört habe und in denen gesagt wird: ‚Wir wollen die 3,5 Prozent bis 2017 erreichen', für töricht" (17. Dezember 2015).

Die Doppelzüngigkeit der Politikerreden betont Marie-Luise Beck-Oberndorf (Grüne) im Kontext der DDR in Monaten nach der Wende: „Es gibt keine Politikerrede mehr zum Problem der Übersiedlung, welche nicht einflicht, daß man sich von Herzen wünsche, daß die Menschen nun in der DDR bleiben, daß man alles tun müsse, damit in der DDR wieder Hoffnung aufkäme" (15. Februar 1990).

Eine Formulierung des SPD-Landesministers Friedhelm Farthmann wird im Bundestag gar zweimal von FDP-Ministern parodiert. Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff zitiert ihn und fügt dann seinen lakonischen Kommentar hinzu:

> ‚Alles, was zur Zeit über Konjunktur geredet wird, was an optimistischen Prognosen abgesondert wird, findet nach meiner Einschätzung' — so Herr Farthmann — ‚ausschließlich in den Zeitungen und den Politikerreden statt. In der Wirklichkeit merkt man davon überhaupt nichts.'
> Das, meine Damen und Herren, war in der Tat ein ganzer Chor von Unglücksraben. (23. April 1984, s. auch den Verweis auf dasselbe Zitat bei Martin Bangemann, FDP, 24. 4. 1986)

Hubert Kleinert (Grüne) plädiert jedoch dafür, dass mit Einführung öffentlicher Ausschusssitzungen als Regel, die Politikersprache einmal ernst zu nehmen sei: „Damit könnte auch etwas der Rechnung getragen werden, was ansonsten gerade in Ihren Reden, was in wohlfeilen Politikerreden oft im Munde geführt wird, nämlich die schönen Sprüche von mehr Transparenz, von mehr Durchschaubarkeit politischer Entscheidungsprozesse, Bürgernähe" (18.2. 1987).

Die Parlamentarier ironisieren neben der Sprache ihrer Kollegen auch populäre Vorurteile über die Politikersprache. Vor der Nachahmung warnt Ernst Waltemathe (SPD): „Köpfe werden beeinflußt: durch die biedermännisch anständigen Deutschen, die natürlich nichts gegen Ausländer haben, durch angeblich objektive Kommentare, aber auch durch ach so volkstümliche Po-

litikerreden“ (4. November 1992). Für Liselott Blunck (SPD) ist der Politikerjargon keineswegs das schlimmste:

> Politikersprache muß oft dafür herhalten, um besonders zu kennzeichnen, wie schlecht man mit Sprache umgeht. … Das, was bei der Politikersprache nur andeutungsweise vorhanden ist, hat sich bei den Arzneimittelbeipackzetteln zur hohen Kunst verselbständigt. Die sind wirklich Weltmeister im Verstecken von Wichtigem unter Unwichtigem, im Manches-überhaupt-nicht-Sagen. (5. Februar 1993)

Antje Vollmer (Grüne) freut sich ihrerseits darüber, dass die Verherrlichung des Krieges in Politikerreden nicht mehr als legitim erscheint: „Froh bin ich darüber, daß selbst in Zeiten des Krieges diese Gesellschaft den Krieg nicht will, daß sie ihn nicht vorbereitet und dass sie seine moralische und religiöse Überhöhung in Politikerreden nicht erträgt“ (1. Juli 1999). Joachim Müller (Grüne) beklagt aber: „Es gibt offensichtlich nicht mehr die Schranken in Deutschland, die öffentliche antisemitische Äußerungen von Politikern unmöglich machen“ (27. Februar 1986).

Somit ist in den Bundestagsdebatten seit den achtziger Jahren das Verhältnis der Politik zur Sprache und Rede thematisiert worden, was dem Befund der Bereicherung der Wortkonstellationen um Politik entspricht. Die Belege deuten an, dass unter Abgeordneten zumindest eine kritische Haltung gegenüber der Politikersprache besteht, aber zugleich eine Kritik an deren einfacher Denunzierung bemerkbar wird.

Wie beim *Politikstil* haben Parlamentarier zunehmend verstanden, dass die Rede und die Sprache keine neutralen Instrumente sind, sondern Mittel der Politik. Gerade deswegen thematisieren sie, *wie* im Parlament gesprochen wird, was es für Chancen für die Einführung bzw. Entdeckung parteienübergreifender Politikdimensionen im Bundestag gibt. Im Gegensatz zum naiven sprachlichen ‚Realismus’ der frühen Jahre des Bundestags, gibt es auch in der Bundestagspolitik zumindest Ansätze einer ‚linguistischen Wende’, wie in der akademischen Debatte.

Die selbstreflexive oder gar ironische Behandlung der Politikersprache ist eine Anspielung darauf, dass jene *politics as usual*, die in der frühen Bundesrepublik noch gang und gäbe war, ab den achtziger Jahren im Bundestag durchsichtiger geworden und nicht mehr ohne weiteres glaubhaft sind. Das ursprüngliche politisierende und zugleich politikreduzierende Momentum in der Formation der *polity* der Bundesrepublik hat ihre paradigmatische Stellung als Politikersprache verloren. Die *polity* und die ihr gemäßen Formen des *politicking* wurden durch sowohl stillschweigende als auch beanspruchte Formen der *politicisation* einem Wandel ausgesetzt, zu der eben eine Distanz zur gängigen Politikersprache sowie eine Bereitschaft ihrer Revision gehören.

4.3 Kriterien für Politiker – Paraphrasen zu Weber

Es ist relativ selten, dass man in den Bundestagsdebatten explizite Kriterien dafür erstellt, welcher Typus des Menschen (im Sinne von Hennis 1987) der Politiker ist bzw. sein sollte. Dabei werden fast ausschließlich Politikerqualitäten angeboten, die ihre Quelle in Max Webers *Politik als Beruf* haben, unabhängig davon, ob Weber zitiert wird – was auch oft der Fall ist (s. Palonen 2019b, Kap. 13). Dies gilt primär für die Triade Leidenschaft, Verantwortungsgefühl, Augenmaß (Weber 1919a, 73–74) oder für den Gegensatz zwischen Verantwortungs- und Gesinnungsethik (ebenda, 79–88).

Die Geste, sich auf die ‚Verantwortung' der Politiker zu berufen, wiederholt sich zumindest ab den achtziger Jahren. Klar parteilich benutzt den Ausdruck der Schleswig-Holsteinische Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg (CDU), der die „verantwortungsbewußte Opposition" seiner Partei „gegenüber der Misere einer Regierungspolitik, die alle Maßstäbe der Nachkriegsgeschichte sprengt" rühmt (27. November 1980). Eine ‚staatsmännische' Variante vertritt Berlins Regierender Bürgermeister Walter Momper (SPD) im Kontext des Vereinigungsprozesses, den er als „eine historische Aufgabe, die nicht nur alles taktische und politische Geschick von uns Politikern erfordert, sondern auch Besonnenheit und Gefühl für die Verantwortung" versteht (23. Mai 1990). Beide verbinden Verantwortung eng mit der *polity*, und zwar so, dass *politicking* nach etwas Unverantwortlichem klingt.

Carsten Schneider (SPD) versteht Verantwortung als eine allgemeine Qualität von Politikern: „Wir brauchen Politiker, die handeln und Verantwortung übernehmen" (2. April 2003). Auf Webers zwei Ethiken berufend polemisiert Oppositionsführer Helmut Kohl (CDU) gegen die Regierung Schmidt: „Moralappelle von Politikern bleiben ganz ungehört, solange die Bürger den Eindruck haben, sie würden nur deshalb zur Selbstdisziplin aufgerufen, weil Politiker die Folgen ihres Handelns nicht mehr unter Kontrolle halten können" (9. September 1982). Diese Beispiele verbinden Verantwortung mit Kompetenz in Sachen *politicking*.

Von der Leidenschaft der Politiker spricht Antje Vollmer (Grüne) im Kontext der Parlamentariergehälter, und zwar von der „Leidenschaft, Kreativität und … [dem] persönlichen Preis, den dieser Beruf auch kostet" (21. September 1995). Dasselbe gilt für das Augenmaß im Kontext des Koalitionswechsels im Herbst 1982, wenn Ingrid Matthäus-Maier (FDP) diesen Wechsel verteidigt, aber trotzdem der aufgelösten Koalition mit der SPD dankt: „Eine Politik der Konsolidierung mit Augenmaß unter Wahrung der sozialen Ausgewogenheit" (14. Oktober 1982). In diesen beiden Beispielen steht die Qualität des *politicking* im Vordergrund.

Explizite Hinweise auf Webers Kriterien gibt es seit den sechziger Jahren unter Abgeordneten aller etablierten Parteien sowie ihren Spitzenpolitikern. Die

Triade als ein Allgemeingut, ohne Weber zu nennen, präsentiert Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle (CSU): „Drei Qualitäten sollen – so sagt man – einen Politiker auszeichnen: Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Augenmaß“ (5. Juni 1991).

Sowohl Webers Triade der Politikerqualitäten als auch seine zwei Ethiken werden unterschiedlich benutzt. Sie fungieren als ‚pädagogische’ Mahnung an den Bundestag oder seine Mitglieder, als implizites oder explizites Selbstlob oder als Maßstab, mit dem man gewisse Schwächen der gegnerischen Politik sichtbar macht.

Als Mahnung benutzt Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) die Triade, indem er am Ende einer langen Rede zur Entstehung der internationalen Finanzkrise deklariert: „Die Tugenden, die Max Weber vor hundert Jahren für einen Politiker beschrieben hat, sind aktueller denn je: Leidenschaft, Verantwortungsbewusstsein und Augenmaß“ (25. September 2008). Sie markieren sowohl eine Warnung gegen Panik als auch die Aufrechterhaltung des kühlen Kopfs in der Krise. Der erste Teil verweist auf die *polity*, der zweite auf dem Stil des *politicking.*

Bei Hans Engelhard (FDP) fehlt dem Politiker „die unbefangene, distanzierte Objektivität eines Berufsrichters“. Diese ist unvereinbar mit der Leidenschaft des Politikers, „aber verlangen wir auch hier von ihm zusätzlich ein gutes Stück Verantwortungsbewußtsein und Augenmaß!“ (15. Juni 1973), womit der Politiker doch etwas von der Distanz des Richters gewinnt. Der Richter soll sich von allem *politicking* fernhalten, der Politiker es mit Leidenschaft praktizieren.

Eine Kontroverse um die Triade entstand im Dezember 1966 zwischen Alex Möller (SPD) und Thomas Dehler (FDP). Auf Dehlers Rede verweisend sprach Möller:

> Ich habe, als er heute sprach, wieder an Max Weber gedacht und an die drei Qualitäten, die Max Weber als für den Politiker entscheidend ansieht: Leidenschaft im Sinne der Sachlichkeit, Verantwortungsgefühl — selbstverständlich beides bei Herrn Dehler vorhanden — und Augenmaß. (Beifall bei der SPD.) Hier gestatten Sie mir ganz leise, vorsichtige Zweifel. Herr Dehler hat gesagt, die SPD war 1949 nicht koalitionswürdig. (15.12. 1966)

Dehler antwortet am nächsten Tag, ohne die Behauptung des fehlenden Augenmaßes zu beachten. Vielmehr erweist er sich als einstiges Mitglied der Freien Studentenschaften, die Webers ‚Beruf’-Reden in München organisiert haben, und offenbar ist er bei Webers Rede zu *Politik als Beruf* am 28. Januar 1919 anwesend gewesen. So beansprucht Dehler, Weber besser als andere im Bundestag zu kennen:

> Herr Dr. Möller, es ist eine bittere Sache für mich gewesen, daß Sie – ausgerechnet Sie – glaubten, mich an dem Maß von Max Weber messen und abwerten zu können. Herr Möller, der Vortrag „Politik als Beruf“ von Max Weber in München ist von mir und

meinem Freundeskreis herbeigeführt worden, und ich habe daraus gelernt, was Verpflichtung des Politikers ist. Bei einem Neujahrsempfang hat Theodor Heuß einmal dem versammelten Kabinett den Rat oder die Mahnung gegeben, in jedem Jahr einmal „Politik als Beruf" zu lesen. Ich tue es, und ich lasse mir keine Qualität für eine politische Verantwortung von irgend jemandem absprechen oder mich in meinem Werte vermindern. (16.12. 1966, zu Heuß-Zitat s. auch Palonen 2019b, 242)

Wegen des mangelnden Augenmaßes hat Möller Dehler unsachgemäßes *politicking* vorgeworfen. Dieser rühmt sich mit seinen Weber-Kenntnissen und gibt diese als Grund für seinen Anspruch, über eine autoritative Interpretation der Politikerqualitäten zu verfügen, aus. Noch unter der Kanzlerschaft Erhards, hat Karl Schiller (SPD) mit Webers Triade der Bundesregierung Mangel an Augenmaß vorgeworfen:

Fritz Ullrich Fack hat kürzlich aus Anlaß der Krise auf die drei Eigenschaften hingewiesen, die Max Weber dem Politiker abverlangt, nämlich Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Augenmaß. Ich sage es frei heraus: wir setzen dabei für jede Bundesregierung die ersten beiden Eigenschaften, Leidenschaft und Verantwortungsgefühl, als selbstverständlich voraus. … Was wir aber besonders verlangen, ist das bisher fehlende Augenmaß. (10. November 1966)

Das Fehlen an Augenmaß wiederholt auch der SPD-Abgeordnete Walter Seuffert (ebenda), aber die Vertreter der Bundesregierung haben nicht darauf geantwortet. Bei Schiller liegt die Pointe hier in der Inkompetenz der Regierung Erhard in Sachen *politicking.* Nach Ignaz Kiechle (CSU) fehlen der Opposition sowohl das Verantwortungsgefühl als auch das Augenmaß:

Leidenschaft haben Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, das will ich nicht bestreiten, wo aber ist das Verantwortungsgefühl gegenüber den Bauern, wenn die Opposition im ganzen Land immer nur altbekannte Parolen zur Agrarpolitik vorträgt? … Und auch um Augenmaß ist die Opposition offensichtlich nicht bemüht. (5. Juni 1991)

Denselben Vorwurf richtet Hubertus Heil (SPD) an Franz Schäffler (FDP):

Max Weber hat drei Eigenschaften für gute Politiker angemahnt: die Bereitschaft zur Verantwortlichkeit, die Leidenschaft in der Überzeugung und das Augenmaß im Handeln. Ich spreche Ihnen nicht die Leidenschaft ab; aber den Beweis, dass Sie die Bereitschaft haben, Verantwortung zu übernehmen, sind Sie heute schuldig geblieben. Auch Augenmaß spricht nicht aus Ihrer Argumentation. (29.6. 2012)

Leidenschaft verweist in diesen beiden Fällen auf die Bereitschaft zur Parteinahme, die von einem Politiker eingefordert wird, aber das Fehlen des Verantwortungsgefühls verweist auf die Folgen für die *polity* und das des Augenmaßes auf eine fehlende Distanz, die von der zu leidenschaftlichen Parteilichkeit produziert worden ist.

Dagegen wirft Monika Grütters (CDU) der Opposition mangelnde ‚Sachlichkeit' vor, was für sie Leidenschaft und Verantwortungsgefühl verbindet:

In diesem Sinne sollten wir alle uns, hier besonders die Antragsteller von den Grünen und der SPD, fragen und fragen lassen, ob und wie redlich es ist bzw. war, uns heute hier

diese Debatte aufzuerlegen. Dient sie wirklich der „Sache“ der „Redlichkeit in der Wissenschaft“? Oder war es nicht wieder einmal ein bisschen mehr Wahlkampf? (24. März 2011)

Sie sieht unter ihren Gegnern zu viel Parteilichkeit, zu wenig Verantwortung für die *polity.* Auch die Leidenschaft für die „Sache“ markiert für sie keine Parteinahme, vielmehr steht für Grütters die *polity* auch dabei im Vordergrund.

Auch wenn Webers Triade der Politikerqualitäten als Instrument der Kritik verwendet wird, zeigen alle Beispiele, dass die Parlamentarier durchaus Weber verstanden haben und alle drei Qualitäten voraussetzen, statt etwa einer Arbeitsteilung zwischen Politikertypen. Die Situation mit dem Paar der Ethiken ist jedoch teilweise anders, was auf Webers eigene Mehrdeutigkeit in dieser Hinsicht zurückgehen kann.

Mehrere Redner haben eindeutig Stellung für die Verantwortungsethik oder zumindest gegen die Gesinnungsethik bezogen. Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) bekennt sich zur Verantwortungsethik:

[F]ür mich als Politiker, als politischen Menschen kommt nur das in Betracht, was Max Weber „Verantwortungsethik“ genannt hat: … daß der politisch entscheidende Mensch, der politisch handelnde Mensch nach Abwägung – oder, wie Weber ja sagt, nach Abwägung „mit Augenmaß“ trotz „Leidenschaft“ … verantworten muß, was an Folgen aus seinem Handeln entsteht, nicht nur die von ihm erstrebten Ziele, sondern auch das, was an anderen Folgen, an Nebenfolgen, an Gegenwirkungen, also das, was insgesamt an Folgen aus seinem Handeln entsteht. Das muß er verantworten, und er muß sich prüfen, ob er einen solchen Komplex von Folgen, die er sich ja in nüchterner, in kritischer Analyse zunächst einmal vorstellen muß, ehe er sie sittlich bewertet, auf sich nehmen kann. (19. März 1975)

Schmidt betont, die letzte Seite von *Politik als Beruf* befolgend, die Abwägung zwischen Augenmaß und Leidenschaft, aber seine Wahl zwischen den Ethiken ist eindeutig. Theo Waigel (CSU) verweist auf Schmidts Rede auf dem Kant-Kongress 1981, zitiert die drei Qualitäten des Politikers, nimmt ebenfalls zur Verantwortungsethik Stellung und kritisiert darüber die Politik der Bundesregierung zur Arbeitslosigkeit: „Zu dieser Verantwortungsethik gehört es, daß man für die voraussehbaren Folgen seines Handelns aufzukommen hat. Die Bundesregierung weiß, daß das von ihr vorgelegte Programm seinem Namen und seinem Anspruch nicht gerecht wird“ (4. März 1982). An Gerhard Jahns (SPD) Rede, „Der Politiker trägt … Verantwortung für die Folgen seines Handelns oder Unterlassens“, ruft Waigel: „Das hat Max Weber schon besser gesagt!“ (beide 8. Februar 1984).

Die Verantwortungsethik im zitierten Sinne hat ein ambivalentes Verhältnis zu den Aspekten der Politik. Beim Verantwortungsgefühl kann man einen Vorrang der *polity* identifizieren, wenn Verantwortungsethik aber gegen Gesinnungsethik gestellt wird, tritt darin ein gewisser ‚Opportunismus’ des *politicking* in den Vordergrund, der verschiedene mögliche Folgen miteinander

vergleicht. Im Gegensatz dazu steht der Rigorismus der eindeutigen Policy-Linie, was der Gesinnungsethik bei Weber entspricht.

Kurt Rossmanith (CSU) nimmt *Politik als Beruf* gegen die Folgen der „reinen Gesinnung" (Weber 1919a, 80) zur Hilfe. Er hebt auch die Asymmetrie des Sprachgebrauchs hervor, „weshalb manchmal in Diskussionen über Politiker von Gesinnungslumperei und nicht von Verantwortungslumperei gesprochen wird" (28. März 1985). In der Bildungspolitik der SPD der siebziger Jahre sieht Rossmanith ein Musterbeispiel der Gesinnungslumperei (ebenda). Eindeutig und einseitig gegen die Gesinnungsethik nimmt Erika Steinbach (CDU) Stellung: „Das Spannungsverhältnis zwischen Gesinnungsethik und Verantwortungsethik beschwert nicht wenige. Max Weber verlangte von uns Politikern, sich verantwortungsethisch zu verhalten. Gesinnungsethik, so Max Weber, sei etwas für die Heiligen" (25. November 2015). Die beiden Beispiele betonen den Pragmatismus des *politicking*, während bei Weber Gesinnungsethik auch zum Medium der *politicisation* gewendet werden kann.

Karl Schiller (SPD) hält die Gesinnungsethik für unzureichend: „Allerdings hat Max Weber vor 50 Jahren gesagt: Die bloße Geste der Gesinnungsethik genügt für die Politik nicht; die Verantwortungsethik muß hinzukommen" (10. November 1966). Den Vorrang der Verantwortungsethik verteidigt Wolfgang Schäuble (CDU) mit einem Verweis auf die deutsche Geschichte:

> Max Weber hat … den Widerspruch hervorgehoben zwischen dem gesinnungsethischen Grundsatz, dem Übel nicht mit Gewalt zu widerstehen, und dem für ein verantwortungsethisches Handeln maßgebenden Prinzip „Du sollst dem Übel widerstehen, notfalls auch mit Gewalt, sonst bist du für seine Überhandnahme mitverantwortlich" … Ein Politiker, … ist nicht nur für sein Gewissen, sondern auch für die Folgen seines Tuns und für die Folgen seiner Unterlassungen verantwortlich. Das lehrt uns die Geschichte Weimars und des Dritten Reichs. (23. Juni 1983)

In diesen Fällen bildet die Unbekümmerheit im Hinblick auf eventuelle Folgen, also der moralische Rigorismus der bloßen Gesinnungsethik, den Gegenstand der Kritik. Herman Otto Solms (FDP) behauptet die Gleichberechtigung der beiden Ethiken bei Weber: „Er hat von Politikern verlangt, daß sie über zwei Dinge verfügen müssen, nämlich über Gesinnungsethik und Verantwortungsethik. Beides gehört zusammen. Verantwortliches Handeln ohne eine dazugehörige Gesinnung im demokratischen, liberalen und toleranten Sinne ist genauso gefährlich wie eine Gesinnung ohne verantwortliches Handeln" (30. März 1995). Trotzdem sieht auch er, „daß immer mehr Politiker ihre Gesinnung vor sich hertragen – Max Weber nennt solche Leute Windbeutel – und in Wirklichkeit nicht bereit sind, zu sagen, daß die Wohltaten, die sie landauf, landab wohlfeil versprechen, andere bezahlen müssen" (ebenda). Von ‚Windbeutel' redet Weber in seinem Stichwortmanuskript (Weber 1919a, 86), das kurz vor Solms' Rede in der Gesamt- und Studienausgabe von *Politik als*

Beruf (in 1992 bzw. 1994) veröffentlicht wurde. Solms sieht also durchaus das politisierende Potential der Gesinnungsethik, will sie aber in Grenzen halten.

Webers Formulierungen sind als Schlagworte nicht nur durch den eigenen Studien, sondern auch durch die unzähligen Festreden und Feuilletons ein Gemeinplatz für die öffentliche Debatte der Bundesrepublik geworden. Gleichzeitig stehen sie unterschiedlichen Interpretation offen und bieten also Gelegenheiten für die eigene Deutung sowie für eine kritische Beurteilung der aktuellen Politik. Andere Politiktheoretiker haben den Parlamentariern nichts Entsprechendes zu bieten.

Es gibt alternative, von Weber unabhängige, Typologien für die Klassifizierung der Politikerqualitäten und -kriterien. Stephen Medvic *In Defence of Politicians* erwähnt aus der US-amerikanischen politischen Psychologie „three trait dimensions most commonly found to be in use are competence, integrity (trustfulness) and warmth (empathy), sieht es aber zweifelhaft, inwieweit die Wähler erwarten, dass Politiker diese Kriterien ausfüllen (2013, 18).

Auf den Bundestag angewendet, verweist Kompetenz nicht nur auf Politikfähigkeit, sondern auf alle drei Kriterien Webers, und *integrity* passt eher zur Gesinnungs- als zur Verantwortungsethik. „Wärme“ oder „Sympathie“ wird von den Bundestagsabgeordneten offenbar nicht erwartet – sie würden besser zum Mehrheitswahlrecht in Personenwahlkreisen sowie zu Präsidenten- und Gouverneurs- als zu Parlamentswahlen passen. Obwohl Weber in *Politik als Beruf* mit der Gefahr spekulierte, dass die Parteibeamten die Parlamentarier als dominanten Politiktypus überwinden könnten, sind seine Kriterien für einen für die Politik lebenden Politiker am besten für Parlamentarier geeignet.

Webers Kriterien deuten eine innere Spannung zwischen *polity* und *politicking* im Typus des Politikers an. Mit der Akzeptanz der Professionalisierung, der Anerkennung, dass Webers Kriterien für alle Bundestagsabgeordneten vorausgesetzt werden sollten, wurden die angenommenen Kompetenzen in *politicking* verallgemeinert und zugleich als Bestandteil der *polity* verstanden.

4.4 Politikaspekte im Politikervokabular

Verglichen mit der Analyse der Wortkonstellationen im Kap. 3 deutet der historische Wandel im Wortfeld um den Typus Politiker ebenfalls eine Bereicherung des Vokabulars und eine Abkehr von dem politikfremden Ethos der frühen Bundesrepublik an. Es sind jedoch zeitlich und konzeptionell gewisse Unterschiede bemerkbar.

Seit den sechziger Jahren sind im Verhältnis zu Politikern im Bundestag zwei Tendenzen bemerkbar. Dem starken Glauben an Wissenschaft und Technik entspricht eine Orientierung hin zu Bindestrich-Politiken und zur

Spezialisierung der Politiker in Policy-Bereiche. Gleichzeitig nimmt unter den Abgeordneten die Professionalisierung zu, also die Anerkennung, dass sowohl die wirksame parlamentarische *polity* als auch die zunehmende Kompetenz in *politicking*, Berufspolitiker auf Vollzeit voraussetzt. Während der sozial-liberalen Koalitionen laufen beide Tendenzen weitgehend parallel, ohne dass sie dabei eindeutig als gegensätzlich verstanden wurden.

Vom Bundestag als Arena für Fachpolitiker gibt es wenige Indizien in den Plenardebatten. Schon die relative hohe Zahl der ‚wir Politiker'-Ausdrücke übermittelt den Eindruck, dass zumindest nach der Adenauer-Ära ‚Politiker' vor allem für die Bundestagsmitglieder selbst benutzt wird. Die parlamentarische Kompetenz erscheint als bedeutendes Kriterium der Politiker. Dieser Eindruck wird durch die rhetorische Analyse in diesem Abschnitt gestärkt.

Seit den achtziger Jahren sind jedoch Kritiken an beiden Tendenzen sichtbar geworden. Mit dem Einzug der Grünen in den Bundestag entstand eine Kritik an Technologie- und Expertengläubigkeit, die auch als Politisierung der Technik, der Umwelt und weiterer ‚Sachfragen' erschien und anstelle der Spezialisten die Macht der parlamentarischen ‚Laienspieler' aufwertete. Darin enthalten ist die Einsicht, dass der für die Politik allgemein akzeptierte Streit der Richtungen und Ansätze auch ein reguläres und sachgemäßes Phänomen der wissenschaftlichen Praxis ist.

Es entstand ebenfalls eine Selbstreflexion über die ‚Politikersprache', die ein gewisses Umdenken des Nachkriegsparadigmas für die Professionalisierung andeutete. Sie richtete sich nicht gegen die Professionalisierung als solche, sondern gegen ihre eng an Parteien, Wahlen und Organisationen gebundenen Formen und setzte, teilweise mit den Weberschen Termini, bei den Abgeordneten höhere individuelle Kompetenzen in *politicking* voraus. Ungleich der Adenauer-Ära werden nicht bloß wenige Spitzenpolitiker im Parlament und in den Parteien zu Berufspolitikern gerechnet, sondern die allgemeine Verwandlung der Parlamentarier in Berufspolitiker wird zunehmend akzeptiert.

Obwohl im Wortfeld um den Politiker kaum von Politisierung die Rede ist, kann man in der Selbstkritik der Politikersprache und in den neuen Erfordernissen für Politiker weitere Gesichter der indirekten *politicisation* identifizieren, die die etablierten Formen des *politicking* herausfordern. Verglichen mit Westminster bleibt Rhetorik oder Beredsamkeit im Bundestag pejorativ konnotiert, obwohl sowohl epideiktische als auch deliberative Genres der Rhetorik in mehreren Versionen praktiziert wurden.

Da sich eine wachsende Mehrheit der Bundestagsabgeordnete als Politiker versteht, prägt dies das Profil der Rhetorik von Lob und Tadel. Die übliche Politikerbeschimpfung wird höchstens auf politische Gegner angewandt, obzwar die Kritiken an dieser Rhetorik, teils in abwehrender Absicht, teils in Form von Selbstreflexion, durchaus da sind. Die Regeln gegen die unparlamentarische Sprache und die mit der zunehmenden Professionalisierung zusammenhängenden Forderungen nach Politikfähigkeit schützen auch die Parlamentarier

vor der übelsten Sorte der Politikerbeschimpfung. Um nicht als *politikunfähig* abgestempelt zu werden, werden Ansprüche an die Abgeordneten gestellt, wenn diese anerkannte Politiker sein wollen.

Trotzdem findet man im Bundestag selten Lobreden auf die Auszeichnung von Politikern, außer als Einleitung einer Kritik in den folgenden Teilen einer Rede. Höchstens zum Abschied eines langjährigen Parlamentariers kann man derartige Reden halten. Die epideiktische Rhetorik ist eher indirekt, mit der Betonung der Erwartungen, Forderungen usw. an Politiker verweist sie oft auf die Tendenz des Wandels im Politikertypus oder im Profil der parlamentarischen Aktivitäten.

Wenn man die Belege zu Politiker auf das Politikschema bezieht, besteht eine Spannung zwischen *policy* und *politicking,* deren relative Gewichte dann im Wandel der *polity* sichtbar werden, während *politicisation* in diesem Wortfeld eher indirekt zum Ausdruck kommt. Die Spannung verweist auf zwei gegensätzliche Interpretationen der Professionalisierung der Politiker, nämlich auf Spezialisierung und Parlamentarisierung.

Die Parlamentarisierung bildet einen wesentlichen Teil der Professionalisierung von Politikern. Fachpolitiker haben ihre primäre Arena in den Ausschüssen, während ich hier nur Plenardebatten analysiert habe. Mit diesem Vorbehalt kann gesagt werden, dass die parlamentarische Professionalisierung in der *polity* der Bundesrepublik nicht nur das *politicking* verallgemeinert, sondern indirekt auch eine *politicisation* des Parlaments mit sich gebracht hat.

Ungleich Westminster, kennt der Bundestag kaum eine Bewunderung von Politikern, die die Geschäftsordnung geschickt einsetzen, um mit rhetorischer Kompetenz etwa Unterbrechungen zur Öffnung einer Geschäftsordnungsdebatte zu nutzen oder mit Vertagungsanträgen zu operieren. Dasselbe gilt für jene, die die spezifische zeitliche Struktur der parlamentarischen Debatte politisch ausnutzen. Hier sind sowohl Vorbehalte gegenüber dem Redeparlament als auch, wie im Kap. 2 diskutiert, der Vorrang des ‚Handelns' gegenüber dem ‚bloßen Reden' zu stark.

5. Die politische Betrachtungsweise

Das Adjektiv *politisch* wird in der deutschen Sprache auch adverbial verwendet. Das Adjektiv qualifiziert das Substantiv und folgt diesem in Genus, Casus und Numerus, etwa „das politische Mandat“ oder „dem politischen Charakter entsprechend“ oder auch „der Grund dafür ist ein politischer“. Adverbial benutzt man dagegen die unveränderte singuläre Form *politisch.*

In vielen Fällen kann man im Adverb jedoch eine indirekte Qualifizierung von Substantiven und Verben entdecken. ‚Politisch agieren’ hat eine andere rhetorische Nuance als ‚politisches Agieren’, ‚agiert politisch’ oder ‚das Agieren ist politisch’ usw. Die Suche danach im digitalen Archiv der Bundestagsdebatten kommt in vielen Fällen zu unterschiedlichen Resultaten, für das Adverb sind diese in der Regel relativ genau.

In diesem Kapitel fokussiere ich auf die eigenständige *politische Betrachtungsweise*, die den adverbialen Gebrauch des Politik-Vokabulars zum Ausgangspunkt hat. Welche Beispiele aber sind begriffsgeschichtlich interessant genug, um analysiert zu werden?

5.1 Zum adverbialen Gebrauch von politisch

Wenn im Bundestag alles als *politisch* erscheint, steigert der explizite adverbiale Gebrauch von *politisch* die Pointe der Aussage. Im Gebrauch von ‚politisch’ habe ich zwischen dem Vergleich, dem Gegensatz und der Emphase unterschieden. Es gibt Fälle, in denen ‚politisch’ gegen ein anderes Wort gestellt wird, etwa ‚technisch vs. politisch machbar’ oder auch parallelisiert, etwa ‚rechtlich und politisch’. In anderen Fällen erscheint *politisch* als Gegenbegriff für Negationen, vor allem gegenüber *unpolitisch* und *apolitisch (*s. Kap. 2.4).

Mich interessiert der politische Aspekt des Markierten in der Aussage der Parlamentarier. In Verweisen wie *politisch betrachtet* ist der Geschichtspunkt enthalten und die Aufmerksamkeit der Zuhörerschaft auf einen politischen Aspekt gerichtet. Im Gegensatz dazu bezeichnet die Emphase in Ausdrücken wie *eminent politisch, politisch möglich, politisch umstritten* oder *relativ unpolitisch* Sprechakte, in denen *politisch* das Phänomen verstärkt oder modifiziert.

Ich bin eine große Anzahl der konzeptionell bedeutsamen Ausdrücke mit *politisch* durchgegangen und habe die Auswahl anschließend auf die Belege konzentriert, in denen ‚politisch’ mit einem bestimmten anderen Wort unmittelbar im Zusammenhang steht. Wegen der Kompliziertheit der Identifizierung unter den Suchergebnissen habe ich die parallelisierenden Formeln wie etwa

‚politisch und technisch machbar' oder jene mit einem Epithet dazwischen wie ‚politisch genau verstanden' weggelassen. Zur Kontrolle und Komplettierung habe ich meine gesammelten Zitate durchgesehen. Zusätzlich habe ich auch einige Beispiele notiert, in denen das gesuchte Wort mit Politik in einer interessanten Weise verbunden ist.

Viele dieser Ausdrücke – etwa ‚politisch gesprochen' – sind ein fester Bestandteil der bundesdeutschen Parlamentariersprache. Viele dieser festen Ausdrücke haben jedoch nach den ersten Wahlperioden eher abgenommen. Die Recherche um den Begriff politisch deutet in dieser Hinsicht eine Gegentendenz zu der der Wortverbindungen mit Politik an.

5.2 Politische Betrachtung

In der deutschen Sprache gibt es eine Anzahl Wörter, mit denen der politische Aspekt als ein Kriterium für Phänomene benutzt wird, ohne ihm eine nähere inhaltliche Bestimmung zu geben. Mit diesen adverbialen Ausdrücken kann man etwas präziser formulieren, was in der Rede von ‚politisch' als etwas Gängiges und allgemein Bekanntes vorausgesetzt wird. Kontextuelle Konventionen bieten eine Vorstufe für die Analyse der Streitigkeiten und Veränderungen oder einen Verweis auf den Rahmen dieses Wortgebrauchs. Ihre genaue Identifizierung ist schwierig – sowohl im Kontext der älteren Geschichte, in der die Quellen knapp sind (s. Skinner 1970) – als auch hier, wo die Anzahl der Belege groß ist und es einer weiteren Nuancierung bedarf, um das Interessante zu finden.

Ich habe vorläufig Adverbialausdrücke von ‚politisch' identifiziert, die auf eine bestimmte Betrachtungsweise hindeuten, nämlich die folgenden (Anzahl in Klammern):

politisch betrachtet (15)
politisch gedacht (4)
politisch gemeint (23)
politisch gesprochen (14)
politisch verstanden (8).

Diese insgesamt 64 Belege habe ich unter dem Themenkomplex *politische Betrachtung* zusammengeführt. In zeitlicher Hinsicht sind alle untersuchten Bundestagsperioden darin enthalten, obzwar mit leicht abnehmender Tendenz nach der Jahrhundertwende.

Es gibt in diesem Kontext unproblematische Abgrenzungen. Manfred Vohrer (FDP) sagt zur Einkommenssteuer: „Ich hoffe wenigstens, daß Sie es politisch verstanden wissen wollen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Sie hier zu der späten Stunde noch wissenschaftlich diskutieren wollen" (5. Juni 1974).

Bundestagspräsident Hermann Ehlers (CDU) bemerkt zu Paul Bausch (CDU): „Ich unterstelle, daß das Wort ‚steril' in diesem Sinne nicht medizinisch, sondern politisch gemeint war" (15. April 1953). In beiden Fällen ist ‚politisch' offensichtlich, dient jedoch zur Klärung der Frage.

In anderen Fällen ist der Gegenbegriff von ‚politisch' keine Abgrenzung, sondern eine andere Perspektive zur Frage auf der Tagesordnung. Politisch wird vor allem mit juristisch oder rechtlich konfrontiert, wie bei Karl-Georg Pfleiderer (FDP) im ersten Bundestag: „Der Ausschuß … hat nun seine Aufgabe nicht darin gesehen, die Frage der Dienstgruppen als ein juristisches Problem zu behandeln; er hat vielmehr die Frage politisch betrachtet und seine Anträge dementsprechend gestellt" (21. Februar 1952). Friedrich Wendig (FDP) gibt zu, dass die Erklärung der Koalitionsfraktionen SPD und FDP „keinen Rechtszwang auf die Exekutive" ausüben kann. „Sie ist also eine politische Erklärung, die als solche auch politisch verstanden und gewertet werden muß" (24. Februar 1975). Beide Belege sehen die Frage als keine bloß juristische an und heben die Eigenständigkeit der politischen Betrachtung hervor.

Beide Aspekte des Begriffspaares müssen beachtet werden, etwa wenn Harald B. Schäfer (SPD) den ehemaligen SPD-Abgeordneten Adolf Arndt aus dem Jahr 1960 zitiert, der die staatliche Gewaltanwendung „politisch und rechtlich betrachtet" sah (10. Dezember 1981). Ex-Kanzler Willy Brandt (SPD) betont: die Europäische Gemeinschaft „bedeutet für uns einen Stabilitätsfaktor. Das ist so. Dabei ist ‚Stabilitätsfaktor' nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch gemeint, wenn dies auch noch nicht in hinreichendem Maße verwirklicht ist" (24. Juni 1982). Der so betonte politische Aspekt bringt etwas zur Diskussion, das nicht selbstverständlich ist und etwas Neues in die Beurteilung der Frage einbringt.

In einigen Fällen verweist die weitere Eingrenzung auf die *policy*, etwa „rechtspolitisch" (Detlef Kleinert, FDP, 15. Mai 1975) oder „wohnungspolitisch betrachtet" (Hans-Joachim Hacker, SPD, 26. Mai 2011). In anderen Zitaten geht es um die *polity*, „staatspolitisch" (Georg Leber, SPD, 24. Januar 1963), „bundespolitisch" (Achim Großmann, SPD, 23. Februar 1989) oder um das *politicking*, wie bei „parteipolitisch" (Ralph Brinkhaus, CDU, 7. Oktober 2010). Auf die Bedeutung von Polity-Alternativen zielt Reinhard Ueberhorst (SPD) mit dieser Formulierung:

> Die heute vorgelegten Anträge … machen deutlich, daß hier nicht nur über unterschiedliche energiepolitische Ansätze gesprochen wird, sondern über zwei unterschiedliche grundsätzliche politische Ansätze, was das Parlamentsverständnis, die parlamentarische Demokratie, was die Aufgaben der politischen Parteien und ihr Verhältnis zum Bürger angeht. (14. Dezember 1978)

Interessant sind auch Behauptungen, dass etwas „nicht politisch" sei. Mehrere dieser Belege beziehen sich auf die in der Rede nicht gemeinten Parteifarben. Der begnadete Rhetoriker Herbert Wehner (SPD) spricht von der „Schwarz-

malerei“ und präzisiert: „‚Schwarz’ habe ich hier nicht politisch gemeint“ (31. Januar 1957, s. auch Rüdiger Veit, SPD, 24. Februar 2000 und Alfred Hartenbach, SPD, 24. Januar 2008). Gerhard Schüßler (FDP) richtet an den Kollegen im Bundestag „einen nicht parteipolitisch gemeinten liberalen Appell“ an die Kommunalpolitik (8. Juni 2000), was eine Berufung auf die Liberalität der Parlamentskollegen und die Ausnutzung der über die Parteinamen hinaus gewertete Qualität des Liberalen enthalten kann. Dagegen beansprucht Eckart von Klaeden (CDU) eine klassische Farbenmetapher für die Regierungsseite: „Wahrscheinlich liegt die Wahrheit in der goldenen Mitte oder, politisch gesprochen, in der schwarz-gelb-blauen Mitte“ (14. November 1996).

Beim Staatsekretär Peter Corterier (SPD) verweist ‚politisch gemeint’ auf die Gefahr der Übertragung der innenpolitischen Konflikte in die Außen- und Deutschlandpolitik.

> Der Herr Bundesinnenminister hat diese Bemerkung doch ganz offensichtlich nicht politisch gemeint, sondern er wollte darauf hinweisen, welche Gefahren gerade für die deutsche Bevölkerung in beiden deutschen Staaten im Falle eines Konflikts bestehen würden. Er wollte darauf hinweisen, welche besondere Verantwortung gerade wir Deutschen haben, um einen Konflikt von vornherein auszuschließen. (27. Mai 1982)

Pejorativ, gegen die Energiepolitik der Regierung Schmidt gerichtet, verwendet Albert Probst (CSU) ‚politisch’: „Der Bundesregierung sind die unbestreitbaren Vorteile der friedlichen Nutzung der Kernenergie sehr wohl bekannt … Da aber – politisch gemeint – nicht sein kann, was nicht sein darf, wird die fällige Nutzanwendung hieraus nicht gezogen“ (14. Januar 1982). Wolfgang Weng (FDP) sieht auch „nur politisch“ als einen bloßen Wunsch, den die autonomen Tarifpartner doch selbständig beurteilen müssen (28 November 1987). Hier wird das *politicking* kritisiert.

Otto Schily (SPD) provozierte die Bundesregierung: „Was ist nach Beurteilung der Bundesregierung der Unterschied zwischen einem echten und einem nur politisch gemeinten Staatsnotstand?“ (4. November 1992). Nach Minister Friedrich Bohl (CDU) geht es in der Aussage Bundeskanzler Kohls „nicht um einen rechtlichen Begriff … der jetzt sozusagen anhand einzelner Verfassungsartikel abzuhandeln wäre, sondern um eine politische Wertung dieses Vorgangs“ (ebenda). Hier wird ‚politisch’, im Sinne des Zweckmäßigen zu einem schwächeren Ausdruck als ‚rechtlich’, was in diesem Kontext nicht gerade die Pointe ist. Burkhard Hirsch (FDP) bedauert: „Das Wort Notstand, ob politisch oder rechtlich gemeint, ist nicht gut gewählt“ (ebenda).

In einigen Reden verweist ‚politisch’ auf den Gegensatz zwischen Regierung und Opposition, wie in dieser Anspielung an Bundeskanzler Helmut Kohls Versprechen von „blühenden Landschaften“ im Osten: „Daß dies nicht objektiv eintreten konnte, hat jeder gewußt, der ein wenig politisch gedacht hat. Das hat auch Kanzler Kohl gewußt“ (Tilo Braune, SPD 17. Juni 1998). Christian Flisek (SPD) wendet sich gegen Kanzlerin Angela Merkel: „Politisch

betrachtet hat das Bundeskanzleramt – ich sage hier: auch die Bundeskanzlerin – bei der Bewältigung der NSA-Affäre versagt“ (28. Juni 2017). Hier steht wieder der Politicking-Aspekt im Vordergrund des Streits.

In anderen Fällen enthält ‚politisch' Vorwürfe gegen das Versagen der Regierung aufgrund der Uneinigkeit unter den Koalitionspartnern. „So lesen wir heute, wenn man es politisch betrachtet, und dabei sogar den Blick auf den Bundesrat einmal außer Acht läßt, den Haushalt einer Minderheitenregierung“, sagte Rainer Barzel (CDU, 5. Oktober 1977). Thomas Schröer (SPD) formuliert, „oder – politisch gesprochen – sich vor erneuten Irritationen innerhalb der Koalition bewahren“ (9. Februar 1990).

Es gibt durchaus Beiträge, in denen ‚politisch' als etwas Wertvolles erscheint, als ein Gesichtspunkt, der die Routine überschreitet. Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth (CDU) dankt den scheidenden Wehrbeauftragen: „Sie haben Ihr Amt stets politisch verstanden“ (11. Mai 1995). Ihr Vorgänger Kai-Uwe von Hassel (CDU) spricht von neuen parlamentarischen Herausforderungen: „Unsere Zeit, in der jedermann durch vielfältige Informationsmöglichkeiten stärker Anteil nehmen kann und will an dem, was politisch gedacht und getan wird, erfordert neue Formen parlamentarischer Arbeit“ (5. Februar 1969). Hier geht es also um die Polity-Fragen.

Bernhard Friedmann (CDU) sieht, dass auch in großen Unternehmen „vor der Öffentlichkeit politisch gesprochen und politisch argumentiert“ wird (17. Mai 1979). *Politisch* als eine Perspektive gegen die geschlossene Bürokratie versteht Wilfried Penner (SPD): „Nur politisch verstandene Betroffenheit kann es verhindern, daß auch dieser Waldschadensbericht zum bürokratischen Vorgang verkümmert … den Blick dafür verstellend, daß der Wald mehr als nur eine statistische Ansammlung von Bäumen ist“ (7. November 1985). In diesen Fällen verweist ‚politisch' auf eine außerordentliche Handlungs- und Denkweise. Sie markiert eine *politicisation*, die Chancen im Horizont der *polity* oder des *politicking* öffnet und alte in einem neuen Licht erscheinen lässt.

5.3 Steigerungen von politisch

Die Beispiele*,* in denen ein steigerndes Merkmal dem Adverb ‚politisch' vorangeht, sind häufiger als jene mit umgekehrter Wortfolge. Mit der digitalen Suche habe ich einige Beispiele durchgesehen, die entweder das grammatische Superlativ enthalten, wie *äußerst politisch* oder *höchst politisch*, oder mit einem anderen Adverb die Qualität steigern, wie *ausgesprochen politisch, eminent politisch*, *offensichtlich politisch* oder *rein politisch.* Für Stichworte wie ‚höchst politisch' oder ‚offensichtlich politisch' verweist die Mehrheit der Belege auf

das Adjektiv, aber insoweit die Emphase auf politisch liegt, diskutiere ich sie in diesem Zusammenhang.

5.3.1 Rein politisch

Für den Ausdruck ‚rein politisch' habe ich 171 Debatten mit exakt derselben Formulierung gefunden, einige mit zwei oder mehreren Sprechern. Am häufigsten ist *rein politisch* in den ersten Bundestagen benutzt worden, danach nimmt ihre Anzahl ab.

Zumeist bildet ‚rein politisch' ein Synonym für ‚nur politisch' oder ‚bloß politisch'. Diese enthalten sowohl Abgrenzungen als auch Abwertungen von ‚politisch'. Davon unterscheidet sich die Bedeutung von ‚ausschließlich politisch' als eine relativ häufige Betrachtungsweise.

Ein zweiter Aspekt gilt dem Gegensatz zwischen Eigen- und Fremdgebrauch. Eine zunehmende Tendenz ist ‚rein politisch' als die Handlung der Gegenseite zu betrachten. Dies entspricht Schmitts Formel vom asymmetrischen Gebrauch: Man bestreitet nicht, dass die eigenen Handlungen auch politisch sind, aber nicht so ‚rein politisch' wie die der Gegenspieler.

Der abwertende asymmetrische Gebrauch von ‚rein politisch' wird stärker während der sozial-liberalen Koalition. Einen klaren Ausdruck davon bietet Hans Hermsdorf (SPD): „Bei diesem Änderungsantrag der CDU/CSU … [handelt] es sich nicht um eine fiskalische Maßnahme, sondern es ist ein rein politischer Antrag" (3. Juni 1970). Lutz G. Stavenhagen (CDU) formuliert: „Es nützt nichts, auf Grund rein politischer Überlegungen Organisationspläne anzufertigen, die sich über die Verwaltungs- und Management-Erfahrungen … hinwegsetzen" (29. November 1973).

Der Vorwurf ‚rein politisch' kann auf den Klientelismus der Gegner verweisen, wie bei Max Kunz (CSU): „Die erweiterte Kohlefrachthilfe, die eine rein politisch bedingte Hilfsmaßnahme ist" (5. April 1984). Marina Steindor (Grüne) sagt, „daß Ihre Politik des Abkassierens bei den Versicherten und des Geschenkeverteilens zugunsten der Ärzte und der Pharmaindustrie rein politisch motiviert ist" (20. März 1997). Es kann auch eine vorhandene Benachteiligung andeuten, wie in Dagmar Enkelmanns (PDS) Beispiel der Bahntrassen: „So ist für mich nach wie vor schleierhaft, warum heute noch an einer Trassenführung festgehalten wird, die zwischen DDR und Bundesregierung 1988 vereinbart worden war und aus rein politischen Gründen eine Umfahrung der Stadt Stendal vorsah" (17. Juni 1993).

Auf die wissenschaftliche Autorität gegen eine ‚rein politische' Maßnahme beruft sich Christel Happach-Kasan (FDP): „Vor diesem Hintergrund hat Professor Balling sehr recht, wenn er darauf hinweist, dass Ministerin Aigner eine rein politische Entscheidung getroffen hat" (13. Mai 2009, s. auch Paul Laufs, CDU, 5. November 1987 und Ekkhard Pols, CDU, 26. März 2010). Hier

verweist ‚rein politisch' neben der Parteilichkeit auch auf die Ineffizienz, dem Topos der *futility* bei Hirschman (1991) entsprechend.

Gegen eine ‚rein politische' Einmischung wider die Sachkündigen betont auch Walter Fisch (KPD): „Welche Absichten dem Vorgehen der Verfasser des Entwurfs zugrunde liegen, die auf eine solche Weise scheinbar medizinische Komplexe mit rein politischen verknüpft … haben. Offenbar haben sie dies doch wohl nur darum getan, um bestimmte politische Absichten einschmuggeln, um sie legalisieren zu können" (11. September 1950).

Es gibt auch Belege, die den ‚rein politischen' Charakter einer Angelegenheit explizit bestreiten, um sich gegen das *politicking* mittels dieser Frage zu wenden. Ein Beispiel bietet Franz-Josef Strauß (CSU) im ersten Bundestag: „Es muß auch in diesen Angelegenheiten einmal Fragen geben, die nicht immer rein politisch angesehen werden, sondern die auch von einer anderen Seite her betrachtet werden können" (27. April 1950). Nach ihm erschöpfe sich das ‚rein Politische' nicht im Parteienstreit, sondern es gibt auch andere Dimensionen wie „Denkweisen oder Generationsunterschiede" (ebenda). Adolf Arndt (SPD) sieht die „menschliche" Betrachtungsweise der ‚rein politischen' übergeordnet: „Und der Sinn unserer heutigen politischen Ordnung ist es, die menschlichen Belange zu achten und zu berücksichtigen. Das ist unsere Betrachtungsweise, keine rein politisch-ökonomische, sondern eine menschenwürdige" (4. Mai 1955). Zu behaupten, dass die Gegenseite das Menschenwürdige im Namen einer rein politischen Betrachtung missachtet, wäre im Sinne Schmitts eine „besonders intensive Weise, Politik zu treiben".

Walter Harm (SPD) spricht von der Gesamtverantwortung als Gegenbegriff für „eine rein politische Entscheidung" (19. Juni 1958). Nach Dorothee Bär (CSU) geht es beim Thema auf der Tagesordnung, „natürlich nicht nur um die rein politische Aufgabe … sondern auch um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe" (26. März 2009). Beide ordnen ‚politisch' der „Gesamtheit" bzw. der „Gesellschaft" zu, ebenso wie die Äußerung von Steffen Kampeter (CDU): „Wir alle können von den unterschiedlichen Lebenssphären der Kolleginnen und Kollegen, die nicht aus dem rein politischen Geschäft in den Bundestag gewählt werden oder in die Regierung eintreten, lernen" (16. Februar 2006). Diese Absage an die (partei-)politische Basis der Wahl zum Bundestag deutet eine korporativistische Konzeption an, die die Macht der Experten oder Lobbyisten für ‚sachlich' im Gegensatz zu ‚politisch' hält.

In einigen Abgrenzungen von ‚rein politisch' ist der Rangunterschied deutlich. Anton Besold (FU) widersteht „den rein politischen Verfechtern des Mitbestimmungsrechts", denen er „die Politisierung der Betriebe" vorwirft (19. Juli 1952). Die Privatwirtschaft gegen ‚rein politische' Standpunkte verteidigt etwa Adolf Mauk (FDP), der gegen „rein politische Preise in der Agrarwirtschaft" polemisiert (24. Februar 1961, s. auch Jürgen Warnke, CSU, 15. Dezember 1971, der in der ‚rein politischen' Betrachtung einen „Standortnachteil" sieht). Hier geht es also um die ‚unberechtigte Einmischung der

Politik'. Hans Martin Bury (SPD) wendet sich ebenfalls gegen die Regierung: „Der dritte Schwachpunkt des Konzepts ist die Kostenschätzung, die auf rein politischen Zahlen beruht, denen keiner hier wirklich traut" (20. Januar 1994). ‚Politisch' verweist hier auf ‚einseitig parteilich'.

Josef Effertz (FDP) formuliert: „Wenn man die Verteilung der regional, national und saisonbedingten Überschüsse nicht wirtschaftspolitisch und nicht nur ökonomisch, sondern politisch sähe, dann wäre das Problem kein agrarpolitisches, sondern ein rein politisches" (22. Februar 1962). Er stellt eine Policy-Frage in einen Gegensatz zum *politicking.* Hans Dichgans (CDU) betont in Hinblick auf den Gegensatz zwischen fachlich und ‚rein politisch' den Polity-Aspekt als berechtigt: „Aber in der Bildungspolitik stecken zahlreiche Fragen, die gar nicht fachlicher, sondern rein politischer Natur sind" (4. März 1964). Ähnlich spricht Minister Rolf Dahlgrün (FDP): „Ich halte das im übrigen nicht nur für ein finanzpolitisches Problem, sondern ich halte das Ganze auch für ein eminent rein politisches Problem" (17. Mai 1966). Hier ist *politicking* im höheren Grad ‚politisch' als *policy* und wird als solches verteidigt.

Interessante Bemerkungen zu ‚rein politisch' gelten den Versuchen zur Aufhebung der parlamentarischen Immunität der Abgeordneten. Der Geschäftsordnungsausschuss diskutierte sie ausführlich und verwarf sie in der Regel mit dem Argument, dass die beanspruchte Angelegenheit wie „üble Nachrede", eben eine „rein politische" ist, und als solche nicht berechtigt, die parlamentarische Immunität aufzuheben. Der Berichterstatter des Ausschusses war ein Abgeordneter einer anderen Partei als der Beschuldigte. Die Begründungen sind durchaus interessant. Ich zitiere zwei Berichterstatter, zuerst Richard Muckermann (CDU):

> Aus dem dem Ausschuß vorliegenden Material geht einwandfrei hervor, daß das Grundmotiv bei dem Vorgehen des Abgeordneten Brünen rein politischer Natur ist und keineswegs der Beweis einer objektiven Nötigung erbracht worden ist. Nach sorgfältiger Prüfung hat der Ausschuß festgestellt, daß in diesem Fall nach den Richtlinien zu verfahren sei, d. h. daß dieser politisch infizierte Fall nicht geeignet ist, dem Bundestag die Aufhebung der Immunität des Abgeordneten zu empfehlen. Ich bitte deshalb das Hohe Haus, in diesem Sinne zu verfahren und sich der einstimmigen Auffassung des Ausschusses anzuschließen. (10 Januar 1951)

Zum Immunitätsaufhebungsverfahren gegen Herbert Wehner (SPD), das Justizminister Thomas Dehler (FDP) eröffnet hatte, sagt Hans Ewers (DP):

> Nach den Richtlinien unseres Geschäftsordnungsausschusses besteht darüber Einstimmigkeit, dass rein politische Angriffe nicht zum Gegenstand eines Verfahrens gemacht werden können, indem wir die Immunität aufheben. Bei der Kritik des Herrn Wehner … handelt es sich nirgendwo um Vorwürfe, die in den persönlichen Bereich des Herrn Dr. Kather eingreifen. Es ist … nur gesagt worden, seine Politik laufe auf einen Betrug hinaus. Wir sind nach unseren Grundsätzen bei politischen Streitigkeiten überhaupt nur dann in der Lage, die Aufhebung der Immunität zu erwägen, also das Interesse des Parlaments dem Interesse der Justiz unterzuordnen, wenn die Kritik in den persönlichen

> Bereich vorstößt und die persönliche Ehre des Angegriffenen berührt. Das ist hier ganz unzweifelhaft nicht der Fall. Es handelt sich um eine rein politische Auseinandersetzung, bei der nach unseren allgemeinen Richtlinien die Aufhebung der Immunität nicht erfolgen kann. (11. Juli 1951)

Diese Beispiele bieten wichtige Begründungen für die Legitimität der ‚rein politischen' Fragen im Sinne der Berechtigung von *politicking.* Sie verweisen schon für die parlamentarische Praxis der frühen Bundesrepublik auf eine politische Streitkultur, die erlaubt, Parlamentarier scharfen politischen Angriffen auszusetzen, sowie vermeidet, politische Kontroversen wie privatrechtliche Dispute zu behandeln. Es gab jedoch eine Ausnahme, nämlich der Fall des Abgeordneten Franz Richter (DRP) gegen Bundeskanzler Konrad Adenauer. Dazu sagte Hans Ewers (DP):

> Das ist eine üble Nachrede, wenn nicht Verleumdung. Der Ausschuß ist der Ansicht, daß in diesem Sinne die Möglichkeiten parlamentarischer Kritik weit überschritten seien, und jeder, der so etwas behauptet, sich darüber klar sein muß, dass er für die Wahrheit seiner Worte vor dem Richter einzutreten hat, um sie zu verantworten. Davon kann ein Abgeordneter nicht befreit werden, weil es sich hier nicht um eine rein politische, sondern um eine die Staatsautorität untergrabende Angriffsart handelt. Der Ausschuß empfiehlt einstimmig, die Immunität des Abgeordneten Richter aufzuheben. (11. Juli 1951)

Franz Richter war im Winter 1952 als NS-Gaustellenleiter Fritz Rößler enttarnt worden, wonach seine Immunität aufgehoben wurde und der Bundestag ihn ausschloss. Die Berufung auf die Untergrabung der Staatsautorität enthält ein Indiz dafür, dass es sich in der Immunitätsaufhebung um eine Frage der *polity*, nicht des *politicking,* geht.

Ein zweites Thema im Verhältnis zwischen Recht und Politik betrifft die politischen Vollmachten des Bundesverfassungsgerichts. Justizminister Fritz Neumayer (FDP) deklariert: „Wir dürfen nicht den Gerichten Verantwortungen übertragen, die von ihnen nicht getragen werden können. Wir dürfen ihnen nicht rein politische Fragen zur Entscheidung zuleiten und damit das Parlament der Befugnisse entkleiden, die ihm an sich zustehen" (26. Februar 1954). Adolf Arndt (SPD) begegnet ihm mit der Berufung auf das Grundgesetz: „Sie dürfen diese Frage hier nicht so vereinfachen, daß Sie sagen, es sei eine rein politische Frage … Aber in unserer rechtsstaatlichen parlamentarischen Demokratie haben sich nach dem Grundgesetz alle politischen Entscheidungen auf der Grundlage des Rechts abzuspielen" (ebenda). Somit sind politisch und rechtlich für Arndt keine getrennten Sphären und er erkennt das Bundesverfassungsgericht als Schiedsrichter an, was im Westminster-Parlamentarismus nicht in Frage käme.

Die SPD der fünfziger Jahre vertrat eine Strategie, die dem Bundesverfassungsgericht Macht über die Verfassungsmäßigkeit der Gesetze und Verträge gab. Die Konfrontation mit der Bundesregierung zeigte sich 1956. Otto-Heinrich Greve (SPD) leitet sie ein:

Die Vorgänge, die zur Änderung der Bestimmungen über die Richterwahl geführt haben, sind vielmehr rein politischer Natur … Das Wahlmännergremium sollte in der Lage sein, bereits mit einfacher Mehrheit Richter zum Bundesverfassungsgericht zu wählen, wenn die bisher vorgeschriebene qualifizierte Mehrheit binnen kurzem nicht erreicht werden konnte … Diese rein politisch zu betrachtenden Vorgänge sind in der Giftküche des Bundeskanzleramtes … und unter der Giftführung und unter der Giftführung von Herrn Staatssekretär Globke entstanden". (20. Juni 1956)

Für die „Giftküche" erhielt Greve vom Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier eine Rüge. Minister Fritz Neumayer (hier DA) bestätigte dagegen den kategorialen Unterschied: „Rechtliche Fragen sind vom Gericht zu beantworten; politische Fragen, rein politische Fragen sind Dinge, die der Zuständigkeit des Parlaments unterliegen und diesem nicht entzogen werden dürfen" (ebenda). Adolf Arndt (SPD) weist darauf hin, wie auch Koalitionsabgeordnete in bestimmten Fällen politische Fragen dem Bundesverfassungsgericht überlassen haben:

Erst kürzlich in der Konkordatsdebatte als Sprecher der größten Regierungspartei der Herr Kollege Cillien unbekümmert behauptete, in den Wehrstreitigkeiten sei das Bundesverfassungsgericht mit rein politischen Fragen befaßt worden, worin doch enthalten ist, dass auch das Gericht selber in diesem Verfahren durch seine Verhandlungen und Entscheidungen sich mit rein politischen Fragen beschäftigt habe (ebenda)

Der seit der Weimarer Republik dauernde Streit um die Verfassungsgerichtsbarkeit blieb aktuell (s. Kutscher 2016). Richard Jaeger (CSU) wendet sich gegen die Mehrheitswahl des Wehrbeauftragten: „Wenn der Wehrbeauftragte mit der einfachen Mehrheit abberufen werden kann. Er wird damit zu einer rein politischen Figur … Wir waren der Meinung: Er ist in erster Linie keine politische Institution, sondern eine Institution zum Schutz von Rechten, und er soll insofern in einer gewissen Freiheit vom Parlament stehen" (11. April 1957). Als ein Akteur des *Ombudsmann*-Typus ist der Wehrbeauftragte durchaus politisch, und obzwar vom Bundestag gewählt, setzt seine Stellung, wie Jaeger betont, „gewisse Freiheit vom Parlament" voraus (ebenda), und dies kann auch zur Stärkung des Parlaments beitragen

Es gibt auch Beispiele, die hinter der Jurisprudenz eine ‚rein politische' Frage erkennen, wie Franz Seume (SPD): Der „Gesetzentwurf der Bundesregierung will … die Anteilseigner der ehemaligen Reichsbank mit 100 % des Reichsmarknennwertes der Anteile entschädigen. Das ist, wie sich in den Ausschußberatungen ergeben hat, eine rein politische Entscheidung, die eine entsprechende politische Begründung verdient hätte, um verstanden zu werden" (19. Mai 1960). Heinrich Lindenberg (CDU) gibt zu: „Aber die politische Entscheidung, die hier vorliegt, betrifft einfach die Frage: Sollen wir die Reichsbank … anders behandeln, als wir sämtliche Unternehmungen … im Rahmen der Währungsreform behandelt haben?" (25. Januar 1961).

Der Parteienstreit um die juristische Kontrolle ‚rein politischer' Fragen verläuft keineswegs linear. Während der ersten großen Koalition verteidigt

Gerhard Reischl (SPD) die Parlamentssouveränität mit dem Argument: „Da wäre die Sache noch viel schlimmer, weil man dann nämlich die Gerichte für etwas mißbrauchte, für das sie nicht da sind, nämlich zur Kontrolle rein politischer Entscheidungen … Eine solche Frage ist durch das Parlament zu prüfen, und deswegen ist dieses parlamentarische Gremium eher dazu berufen, das nachzuprüfen, als es jedes Gericht wäre" (29. Mai 1968). Später fragt Wilfried Penner (SPD), „War es danach von der CDU/CSU wirklich weise, das Bundesverfassungsgericht gegen das Ausländerwahlrecht anzurufen und dieses damit zum Schiedsrichter in einer rein politischen Angelegenheit zu machen?" (6. September 1989, s. Barbara Hendricks, SPD, 7. November 1996). Das Bundesverfassungsgericht ist in eine Vetomacht verwandelt worden, auf die sich die jeweiligen Minoritäten berufen. Dabei werden also Kontroversen in *politicking* in quasi-juristische Dispute um die *polity* verwandelt.

‚Rein politische' Mittel sind höher als rohe Gewalt, etwa für Robert Tillmanns (CDU): „Seit mindestens zwei Jahren wissen die Sowjets, daß sie ihr Ziel in Deutschland mit rein politischen Mitteln nicht mehr erreichen" (7. Februar 1952). Hierzu schließt an, was Alfred Dregger (CDU) zu Parteien- und Berufsverboten sagt:

> Wer die politische Auseinandersetzung dem rechtlichen Verbot vorzieht – und dazu bekenne ich mich persönlich –, sollte nicht die Voraussetzungen in Frage stellen, ohne die eine rein politische Auseinandersetzung keinen Erfolg haben kann. Das sind meines Erachtens zwei: zum einen, daß der öffentliche Dienst freigehalten wird, und zum anderen, daß die demokratischen Parteien sich klar von verfassungsfeindlichen Kräften abgrenzen. (25. Januar 1973)

Dies bezieht sich auf die Zeit, in der die Länderministerpräsidenten den sogenannten Radikalenerlass beschlossen, der den Zugang aller Bewerber zum öffentlichen Dienst mit einer Gewissensprüfung im Verhältnis zu ihrer Haltung zur „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" kontrollierte. Dregger verteidigt die Fortsetzung der rein politischen Auseinandersetzung mit administrativen Mitteln und rechtfertigt den Ausschluss von einem öffentlichen Amt aus politischen Gründen.

In der Asylpolitik werden dagegen ‚rein politische' Gründe für den Antrag höher als andere bewertet und die Streitigkeiten gelten der Frage, wie eng ‚politisch' gedeutet wird. ‚Rein politisch' als Asylgrund ist für Gerd Wartenberg (SPD) zu eng: „Was wir feststellen können, ist … die Tatsache, daß neben den rein politisch Verfolgten zunehmend Flüchtlinge herkommen, die aus Bürgerkriegssituationen und Krisengebieten kommen, für die im engeren Sinn Art. 16 nicht gilt" (13. November 1986, s. Ingeborg Hoffmann, CDU, zu „rein politischen Gefangenen" in der Tschechoslowakei, 2. Oktober 1986). Für eine „großherzige" Interpretation als „allemal besser als rein politische und juristische Enge" plädiert Helmut Wilhelm (Grüne, 28. Oktober 1999). Er verlangt

die Anerkennung des Ermessensspielraums für *politicking* gegen eine enge Auslegung des Grundgesetzes.

Hugo Scharnberg (CDU) hebt hervor: „Um so verwunderlicher ist es, daß die gleiche SPD jetzt eine Novelle zu diesem Bundeswahlgesetz einbringt, und zwar offensichtlich aus rein parteipolitischen Zweckmäßigkeitserwägungen" (7. Februar 1957). Für die ‚rein politische' Betrachtung verweist Scharnberg auf die beiden üblichen Paradigmen, auf Parteipolitik sowie auf die Zweckmäßigkeit. Diese hängen keineswegs zusammen: politisch kann auf das Parteienverhältnis verweisen (für ‚rein parteipolitisch' s. auch Walter Seuffert, SPD, 9. März 1961), ohne dass dies auf Zweckmäßigkeit bezogen ist, und Zweckmäßigkeit kann als ein parteiunabhängiges Kriterium der politischen Betrachtung benutzt werden (für eine ‚rein politische Zweckmäßigkeitsfrage', s. Linus Kather GB/BHE, 25. Februar 1955). Vielleicht wollte Scharnberg mit der Verdoppelung der Paradigmen für das ‚rein Politische' im leicht pejorativen Sinne die Kritik an der SPD weiter steigern.

Es gibt einige interessante Reden, die ‚rein politisch' als etwas das die übliche Betrachtungsweise überschreitet aufwerten. Ein frühes Beispiel bietet Peter Jacobs (SPD) zur Tourismuswerbung:

> Aber für uns Sozialdemokraten hat die Fremdenwerbung darüber hinaus noch eine Seite, die gerade in der heutigen Situation nicht genügend berücksichtigt werden kann, und zwar handelt es sich um eine rein politische und damit auch geistige Angelegenheit, nämlich um eine Art von Fremdenwerbung, die es zumindest den kommenden Generationen in Europa einmal gestattet, sich gegenseitig nicht nur aus der Perspektive einer Maginotlinie oder eines Westwalls und nicht immer nur in einem Rock, der mehr als vier Knöpfe hat, kennenzulernen. (23 Januar 1950)

‚Rein politisch' sieht er als eine Perspektiverweiterung über die nationalen Grenzen und vergangene Erfahrungen hinaus. Dieser Aspekt der Überschreitung klingt auch in anderen Belegen, etwa bei Waltraud Steinhauer (SPD) mit: „Es ist eine rein politische Entscheidung, wofür man Mittel locker macht und wofür nicht. Das ist eine Frage der Prioritäten" (25. Juni 1987). Hier scheint es um Vorrang des *politicking* über bloße Policy-Fragen zu gehen.

Bertrand de Jouvenel veröffentlichte 1963 das Buch *The pure theory of politics* in Englisch, auf französisch *De la politique pure.* ‚Rein politisch' wird im Deutschen Bundestag eigentlich nie in diesem formalen Sinne benutzt. Das alles hängt damit zusammen, dass parlamentarische Politik immer auf spezifische Fragen auf der Tagesordnung bezogen ist, die selten Gelegenheiten dazu bieten, Grundsatzdeklaration über die Politik überhaupt zu präsentieren.

5.3.2 Weitere Steigerungen von politisch

Die Beispiele von rein politisch verweisen selten direkt auf die Eigenart von ‚politisch'. Ausdrücke, wie offenbar politisch bzw. offensichtlich politisch sind

ambivalent. Der Sinn hängt davon ab, ob die Qualifizierung auf ‚politisch' oder auf das folgende Wort verweist. Die letztere Nuance ist etwa bei Gerald Thalheim (SPD) vertreten, „dass …eine solche Entwicklung offensichtlich politisch gewollt ist" (3. Februar 1994) oder bei Alexander Ulrich (Linke), „den Koalitionsfraktionen … fehlten offenbar politische Überzeugungskraft und Stärke, um die Rechte des Parlaments gegenüber der von ihr getragenen Regierung umzusetzen" (5. März 2009). Die Rede von Christa Nickels (Grüne) ist mehrdeutig: „Ich finde dies sehr spannend, da hier doch offensichtlich politische Meinungsverschiedenheiten bestehen" (4. Februar 1988). Sind hier die politischen Meinungsverschiedenheiten offensichtlich oder sind sie offensichtlich politisch? Beide Interpretationen sind denkbar.

Belege für ‚offenbar' scheinen nicht politisch zu betonen, und auch bei ‚offensichtlich' ist nur eine klare Minderheit darauf bezogen. Dazu gehört Hugo Paul (KPD) mit seiner Äußerung gegenüber seinem Parteifreund Max Reimann: „Bei diesem Antrag, der mit 10 gegen 9 Stimmen im Immunitätsausschuss angenommen worden ist, handelt es sich um eine offensichtlich politische Straftat, wenn man in diesem Falle überhaupt von einer Straftat reden kann" (10. Januar 1951). Hier ist das Politische offensichtlich, nicht die Straftat. Dasselbe gilt bei Walter Seuffert (SPD): „Der Bundesfinanzminister spricht von Steuersenkungen im nächsten Jahr, dafür hat er ganz offensichtlich politische Gründe" (15. April 1964) oder bei Marie-Louise Beck (Grüne): „Warum musste Polen nach dem offensichtlich politisch motivierten russischen Importstopp für polnische Fleischerzeugnisse erst ein Veto gegen die Neuverhandlung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens einlegen?" (6. März 2008; s. auch Volker Hauff, SPD, 16. Januar 1986; Thomas Kossendey, CDU, 29. September 1988; Claudia Nolte, CDU 25. September 1991; Ulla Jelpke, PDS, 11. November 1993; Matthias Wissmann, CDU, 25. November 1999; Rainer Funke, FDP, 26. November 2000). In diesen Zusammenhängen sind die ‚offensichtlich politischen' Akteure die Regierung, politische Gegner oder andere, nie die eigene Seite.

Die Superlative ‚höchst politisch' und ‚äußerst politisch' sind selten und auch bei ihnen ist der Bezug auf das Qualifizierte häufiger als auf politisch. Für ‚äußerst politisch' habe ich nur einen ‚politisch' betonenden Beleg gefunden, die Rede des Parlamentarischen Staatssekretärs Stefan Höpfinger (CSU): „Herr Kollege Lutz, auch für die Länder ist die Krankenhausfrage eine äußerst politische Frage in Anbetracht der Gesundheitspolitik" (6, Juni 1984). Er verweist über die Policy-Ebene hinaus auf die Intensität der politischen Auseinandersetzung in den Bundesländern.

Bei ‚höchst politisch' habe ich 12 relativ eindeutige Beispiele mit der Betonung von politisch identifiziert, die meisten aus den frühen Jahren des Bundestags, etwa bei Oskar Müller (KPD), der auf „eine Entscheidung von höchst politischer Bedeutung" verweist (22. Februar 1951). Das letzte stammt aus dem Jahr 2000, als die frühere Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth (CDU)

zu Hans Haackes umstrittenen Kunstwerk im Bundestag sagt: „Wenn heute erklärt wird, es stehe nicht die Freiheit der Kunst in Rede, dann kann ich dem auch noch zustimmen. Hier aber es geht um eine höchst politische Entscheidung, die heute getroffen wird“ (5 April 2000).

Carlo Schmid (SPD) spricht von „höchst politischen Dingen“ (28. April 1953), Hubertus zu Löwenstein (FDP) zitiert Politologieprofessor Theodor Eschenburg, der „eine höchst politische Angelegenheit“ thematisiert hatte (20. Juni 1956). Adolf Arndt (SPD) spricht von „eine[r] Frage höchst politischer Überlegung“ (13. Juni 1958, s. auch Richard Jaeger, CSU, 15. Februar 1973). Nach Freimut Duve (SPD) ist der Bundestag „zu einem höchst politischen Ereignis“ zusammengekommen (27. Februar 1986). Ein pejorativer Ton liegt bei Heidi Knake-Werner (PDS) vor, für die dem Sozialrecht „höchst politische Motive zugrunde lagen“ (13. November 1997). Für Ingomar Hauchler (SPD) ist die Schuldenkrise „eine höchst politische Frage geworden“ (7. September 1988), und Angela Stachowa (PDS) fragt zum Walter Benjamin-Gedenkort: „Warum mußte diese Frage zu einer höchstpolitischen werden, die den Bundestag beschäftigt?“ (8. Oktober 1992).

Was jeweils als ‚politisch’ qualifiziert, bleibt in diesen Beispielen offen oder wird im Kontext als bekannt vorausgesetzt. Die Formulierungen sind weitgehend analog mit den Belegen zum Politikum, außer der Rede Ludwig Schneiders (FDP), der von der Finanzierung des Bundesverfassungsgerichts als „höchst politisch und staatspolitisch notwendig“ spricht (11. Juni 1952). Hier klingt die alte Nuance der „hohen Politik“ mit.

‚Ausgesprochen politisch’ und ‚eminent politisch’ fungieren als indirekte Superlative. Auch diese Belege sind am häufigsten in den ersten zwei Bundestagen, bleiben jedoch auf der Agenda, obwohl ihr Klang heute altmodisch erscheint. Die Rede von ‚offensichtlich politisch’ setzt auf die Sichtbarkeit, mit ‚ausgesprochen politisch’ wird die Sprachlichkeit der Politik betont, während ‚eminent politisch’ auf den extremen Grad oder auf das markante Kriterium von politisch verweist.

Hans Mühlenfeld (DP) bezieht den Ausdruck ‚ausgesprochen politisch’ auf gegnerische Aktionen: „Die Preise für die Agrarwirtschaft sind ausgesprochen politische Preise mit dem Erfolg, daß die Landwirtschaft die übrige deutsche Wirtschaft in großem Umfang subventioniert“ (10. November 1950). Er verweist auf die Abweichung vom Marktmechanismus, darauf dass ihm zufolge politische Einmischung per se eine Störung bedeutet (s. auch Fritz Mensing, CDU, 30. März 1950, der denselben Ausdruck benutzt). Es ist nicht ausgeschlossen, dass diejenigen, die zur Preissetzung beigetragen haben, sie als ‚ausgesprochen politisch’, ohne dies in einem pejorativen Sinn zu meinen, verstanden haben.

‚Ausgesprochen politisch’ gegen ‚sozial’ setzt Oskar Müller (KPD) „daß die Herren Hohen Kommissare vom Petersberg das allergrößte Interesse daran haben, ein solches Gesetz durch den Bundestag verabschiedet zu sehen, nicht

etwa ein soziales, sondern ein ausgesprochen politisches Interesse“ (28. Februar 1951). Hier gibt es Spuren der alten marxistischen Sicht, wonach ‚politisch’ zum Überbau und ‚sozial’ zur Basis gehört. Dies gilt nicht mehr für Ulla Jelpke (Linke), die bemerkt: „Wenn die Bundesregierung den Schutz von Ehe und Familie begünstigt, nicht aber die Förderung des Schutzes gleichgeschlechtlicher Partnerschaften, dann agiert sie selbst ausgesprochen politisch, um ein konservatives Familienbild zu bewahren“ (15. Dezember 2016). Jelpke wirft der Bundesregierung nicht vor, politisch gehandelt zu haben, sondern kritisiert die *policy* der Regierung und das Fortbestehen einer *polity* ohne Gleichberechtigung.

In zwei Beispielen wird das ‚ausgesprochen politische’ Handeln fremder Regierungen im Bundestag der Kritik ausgesetzt. Parlamentarischer Staatssekretär Gerhard Jahn (SPD) betont, dass die Beteiligung deutscher Athleten an einem Sportereignis in Südafrika „gerade wegen des ausgesprochen politischen Charakters, der den Spielen in Südafrika von den dortigen Verbänden oder von der dortigen Regierung beigelegt worden ist, besondere Bedeutung zukommt, durfte man nicht achtlos vorübergehen“ (21. März 1969). Parlamentarischer Staatssekretär Martin Grüner (FPD) unterstreicht, „daß die Frage der Stromlieferungen durch die Einbindung von West-Berlin in die entsprechenden Vereinbarungen natürlich auch einen ausgesprochen politischen Aspekt hat“ (13. Februar 1974). Hier scheinen die zuständigen Akteure den politischen Charakter der Frage verstanden zu haben.

Karl Bielig (SPD) wirft seinen Gegnern vor, den ‚ausgesprochen politischen’ Charakter einer Frage nicht anzuerkennen, „Es ist auch nicht richtig, wenn es so hingestellt worden ist, als sei nur ein verschwindend geringer Teil derjenigen, die aus der Ostzone in die Westzonen kommen, als ausgesprochen politische Flüchtlinge anzusehen“ (13. Januar 1950). Ähnlich Willi Lausen (SPD): „Es ist höchst bemerkenswert, wie der Deutsche Industrie- und Handelstag versucht, dieses ausgesprochen politische Thema auf das verwaltungstechnische Gleis abzuschieben und … stillschweigend abzuwürgen“ (31. Mai 1951). Etwas vorsichtiger formuliert Willi-Peter Sick (CDU): „Was ich vermisse, Herr Minister Gscheidle, das ist der ausgesprochen politische Akzent. Das Buchhalten, das Zählen allein genügen nicht“ (29. September 1977).

‚Ausgesprochen politisch’ wird mehrfach gegen die bloß juridische Betrachtung gestellt, etwa bei den Immunitätsaufhebungsanträgen (Oskar Müller, KPD, 1. März 1951; Matthias Hoogen, CDU, 1. Juli 1951; Karl Gengler, CDU, 11. Juli 1951; Max Riederer v. Paar, CSU, 26. Mai 1955). Hans-Joachim v. Merkatz (DP) äußert sich zum Bundesverfassungsgericht: „Das Bundesverfassungsgericht hatte gewissermaßen einen Ausnahmecharakter und war zur Entscheidung nur solcher Fälle bestimmt, die einen ausgesprochen politischen Akzent hatten“ (18. Januar 1951, s. auch seine Reden vom 3. Dezember 1952

und 4. bis 5. Mai 1961, Heinz Renner, KPD, 27. April 1950, Friedrich Wilhelm Wagner, SPD, 24. Januar 1952).

Emmy Diemer-Nicolaus (FDP) wollte, dass für ein ‚ausgesprochen politisches' Gesetz zu den Grundrechten auch das Parlament zuständig sein sollte:

Wenn es sich … um ein ausgesprochen politisches Gesetz handelt, dann kann die politische Verantwortung für die Rechtsverordnungen, zu deren Erlaß in §1 Abs.1 die Ermächtigung gegeben wird, nicht von der Bundesregierung allein getragen werden, sondern dann muß sie von der Bundesregierung gemeinsam mit dem Parlament und seinem Gesamtdeutschen Ausschuß getragen werden. (26. Oktober 1966)

Den Missbrauch der parlamentarischen Geschäftsordnung kritisiert Manfred Schulte (SPD) als ‚ausgesprochen politisch'. Er wirft einigen Bundestagsausschüssen vor, die Prozedurfragen zu Zweckmäßigkeitsfragen, also Polity-Fragen in *politicking,* verwandelt zu haben:

In manchen Ausschüssen allerdings werden Fragen wie z. B. der Tagesordnung, z. B. des Schlusses der Aussprache und dergleichen mehr ausgesprochen politisch. Hier gab es immer wieder Fragen: Wie haben wir dies zu regeln? Wie haben wir dies zu lösen? Wir waren in vielen Fragen überfordert. Deshalb, glaube ich, müßten wir alle begrüßen, daß wir jetzt ausdrückliche Regelungen haben, die im Grunde genommen niemanden einengen. (25. Juni 1980)

Einen interessanten Fall zur Entkriminalisierung eines ‚ausgesprochen politischen' Tatbestandes enthält der Bericht des Rechtausschusses, den der Berichterstatter Horst Haasler (CDU) formuliert:

Was die Vergehen gegen die Landesverteidigung anbelangt, empfiehlt der Ausschuß in Übereinstimmung mit einem Vorschlag des Bundesrates, dem die Bundesregierung zugestimmt hat, den Tatbestand der Verleitung zum Ungehorsam aus der Zuständigkeit der zentralen Strafkammer herauszunehmen. Solche Taten haben meist keinen ausgesprochen politischen Charakter, so daß ein hinreichender Anlaß, hierfür die besondere Zuständigkeit nach § 74 a GVG zu begründen, nicht ersichtlich ist. (3. Mai 1957)

Das im Grundgesetz verankerte Recht zur Wehrdienstverweigerung berechtigt auf der Polity-Ebene für das *politicking* in Fragen der Wehrdienstverweigerung.

Mehrere Redner beziehen ‚ausgesprochen politisch' auf die Aktionen internationaler Gremien. Herbert Schneider (DP) rühmt Bundeskanzler Adenauers Verhalten in der NATO-Konferenz in Paris, da es „ein Beweis dafür gewesen ist, wie man einem solchen Instrument … auch einen ausgesprochen politischen Akzent geben kann" (21. März 1958, vgl. auch Karl Bielig, SPD, zum Gesamtdeutschen Ausschuss, 25. Februar 1953). Auch in der alltäglichen Finanzpolitik werden ‚ausgesprochen politische' Aspekte erkannt: „Herr Minister, man muß hier die Finanzkontrolle von der politischen Kontrolle unterscheiden. Die Finanzkontrolle hat hier aber einen ausgesprochen politischen Charakter" (Friedrich Schäfer, SPD, 15. April 1964). Policy-Fragen werden sowohl mit Gesichtspunkten des *politicking* als auch der *polity* verbunden.

Eine originelle Kritik in Bezug auf ‚ausgesprochen politisch' präsentiert Herwart Mießner (FDP): „Letztlich muß das Ziel immer die unbedingte Gleichstellung aller Beamtengruppen bleiben. Wollte man auf die Dauer anders verfahren, so wäre das nicht nur eine harte Unbilligkeit gegenüber der einen oder andern Gruppe, sondern auch ein Akt ausgesprochen politischer Torheit" (27. September 1951). Hier spricht er explizit von Steigerung bzw. Mangel an politischer Urteilskraft, was sowohl eine Polity-Frage als auch eine der Kompetenz in *politicking* ist.

‚Ausgesprochen politisch' verweist in diesen Beispielen neben dem Gesprochenen oder Schriftlichen auch auf das, was explizit politisch ist. Dies sichtbar zu machen ist nicht nötig, insofern das Politikum einer Angelegenheit, sowohl im Fremd- als auch Eigengebrauch, offen anerkannt wird. Dies gehört auch zu den Zusammenhängen, in denen die Bundestagsabgeordneten stolz zeigen wollen, wie politisch sowohl *politicking* als auch *polity* im Vergleich zu rechtlich oder juristisch ist.

Die Rede von ‚ausgesprochen politisch' nimmt nach den ersten Legislaturperioden ab und verschwindet praktisch nach 2000. In der Ära Adenauer war das, was politisch ist, noch nicht sehr umstritten und die Emphase konnte mit expliziten oder impliziten Superlativen ausgedrückt werden. Später, um das zunehmend kontroverse Verständnis von Politik oder politisch zu präzisieren, wurden dafür andere linguistische Mittel gefunden.

Als ein weiteres Beispiel der Steigerung sind die 86 Belege für ‚eminent politisch' anzuführen. Auch sie konzentrieren sich primär auf die ersten Jahrzehnte des Bundestags, nur 17 Belege stammen aus der Zeit nach dem Regierungswechsel im Herbst 1982.

Eine interessante Formulierung benutzt Hermann Etzel (BP) gegen Otto-Heinrich Greve (SPD), Heinz Renner (KPD) applaudiert:

> Der Herr Abgeordnete Dr. Greve hat meinen Ausführungen, daß eine Begründung vor dem Rechts- und Verfassungsausschuß nur eine sachlich-fachliche Angelegenheit sei und des politischen Charakters entbehre, eine offenbar mißverständliche Deutung gegeben. Es ist selbstverständlich, daß alles, was in diesem Hohen Hause hier geschieht, eminent politisch ist. (Abg. Renner: Ja, ja, sicher!). (11. Oktober 1951)

Etzel (und Renner) verstehen also, dass alles auf der parlamentarischen Agenda des Bundestags ‚eminent politisch' ist. Wer anderer Ansicht ist, hat entweder den politischen Charakter eines Parlaments nicht verstanden bzw. anerkannt oder beruft sich, wie Greve an der zitierten Stelle, auf den nicht-politischen Charakter einer Frage, um Zustimmung für seine Position zu gewinnen. Dies kann man tun, wenn man politisch mit Zweckmäßigkeit verbindet und die nicht parteigebundenen, für die Macht und das Profil des Parlaments grundlegenden Prozedurfragen für nicht politisch erklärt.

Wenn man davon ausgeht, dass ‚eminent politisch' auf den Grad der *politicisation* eines Themas verweist, bestätigen Etzel (und Renner) die Politisie-

rung einfach wegen der Aufnahme der Frage auf der Tagesordnung des Bundestags. Die sonstigen Belege unterscheiden sich darin, dass sie den Policy-, Polity-, oder Politicking-Aspekt, die jedoch oft miteinander verbunden sein können, der Politik betreffen.

Inwieweit die Policy-Fragen als ‚eminent politisch' erscheinen konnten, bleibt unklar. Es gibt Äußerungen, denen gemäß Fragen erst, wenn ihre Bedeutung die Policy-Ebene überschreiten, ‚eminent politisch' werden können. Dies sieht man bei Else Bröckelsen (CDU): „Denn die ganzen Maßnahmen für das Zonengrenzgebiet sind nicht allein wirtschaftspolitische oder arbeitsmarktpolitische, sondern auch eminent politische Maßnahmen. Wir dürfen nicht vergessen, daß gerade das Zonengrenzgebiet den Gefahren der kommunistischen Infiltration am nächsten ist" (6. Mai 1953). Hier geht es also auch um das *politicking* im Ost-West-Verhältnis.

Zunehmend ist jedoch auch die Policy-Wahl ‚eminent politisch' geworden. Herbert Schneider (DP) veranschaulicht dies am Anfang der Entwicklungspolitik:

> Aber wir sollten nicht übersehen, daß das ganze Problem von eminenter politischer Bedeutung ist, ja, daß die Auffassungen darüber, ob man den Entwicklungsländern überhaupt helfen soll oder nicht, eine ganze Gefühlsskala beinhalten, die von dem Gefühl, daß man unter Umständen die Natter am eigenen Busen nähre, bis zu dem Gefühl reicht, dass man sich mit Geld Freunde für immer schaffen könne. (6. April 1960)

Kurt Birrenbach (CDU) erläutert die Bedeutung der Entwicklungspolitik für die weltweiten Machtverhältnisse. „Ich glaube, alle Parteien dieses Hauses stimmen darin überein, daß die Hilfe für die unterentwickelten Länder eine der zentralen Aufgaben unserer Zeit ist. Von den 82 Mitgliedern der Vereinten Nationen gehören heute nahezu 60 zu den Entwicklungsländern. Daraus erhellt die eminent politische Bedeutung dieses Problems" (22. Juni 1960). Er verbindet die deutsche Entwicklungspolitik sowohl mit dem *politicking* als auch mit der internationalen *polity.*

Die Policy-Differenz zwischen der sozial-liberalen Regierung und der CDU-Opposition in der Außenpolitik bezieht sich auch auf *politicking*, wie Olaf v. Wrangel (CDU) betont: „Die Bundesregierung und die Koalition haben den Grundlagenvertrag mit der Aussicht auf Folgeverträge vereinbart und dabei … ungewöhnlich hohe Erwartungen erweckt. Sie vergleichen dies mit unserer Politik. Die CDU/CSU hat doch solche Erwartungen niemals erweckt. Darin liegt doch auch ein eminent politisch-historischer Unterschied" (11. Januar 1978).

Max Wönner (SPD) erwähnt einen kuriosen Antrag der Bayernpartei:

> Nur in Bayern … spielt der Bierpreis nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine eminent politische Rolle … Offenbar hat die Bayernpartei auch den Ehrgeiz, den ersten verfassungsändernden Antrag hier eingebracht und durchgesetzt zu haben. Es wäre, wie wir glauben, ein verfassungsgeschichtlicher Witz, wenn es ausgerechnet der Bierpreis

wäre, der Anlaß zu dem ersten verfassungsändernden Gesetz in diesem Hause geben würde. (1. Juni 1950)

Also das bayerische *politicking* hängt vom Bierpreis ab. Die Bayernpartei beantragt, dies auch in der Verfassungspolitik, auf der Polity-Ebene, zu beachten.

Der junge Wolfgang Schäuble (CDU). kommentiert die Sportpolitik: „Für uns hat der Sport eine eminent politische Funktion. Aber wir wollen keine Parteipolitisierung der Sportvereine" (30. Januar 1976). Er verweist der Gesundheits-*policy* eine ‚eminent politische' Funktion als Voraussetzung für die aktive Staatsbürgerschaft in der *polity*, aber er warnt vor *politicking* im Sinne des Parteienstreits. Ähnlich kann man die Bemerkung Ludwig Metzgers (SPD) zum Kunstbesitz beurteilen: „Ich glaube, so gesehen hat dieser Kunstbesitz auch eine ganz eminent politische Aufgabe und eine ganz eminent politische Bedeutung" (29. September 1955).

Ministerin Andrea Nahles (SPD) sagt zum Armuts- und Reichtumsbericht: „Ich meine, auch dazu muss die Bundesregierung Stellung beziehen, und das tun wir mit diesem Armuts- und Reichtumsbericht. Wir können es uns als Bundesregierung auch nicht vorstellen, dass wir das auslagern und an Experten delegieren. Das ist eine eminent politische Frage" (28. Juni 2017). Sie verweist auf die *polity* im Sinne der politischen Verantwortung von Parlament und Regierung in Bezug auf die Einkommensverteilung (zur politischen Bedeutung der Armut s. auch Elmar Pieroth, CDU, 28. Januar 1981).

Auch sonst verweist ‚eminent politisch' selten auf das Verhältnis zwischen Parteien oder das zwischen Regierung und Opposition. Den Gegensatz zwischen parteipolitisch und *‚eminent politisch'* unterstreicht Michael Horlacher (CSU): „Daß es zu begrüßen ist, daß die SPD diese Große Anfrage gestellt hat, … weil man dadurch Gelegenheit hat, dazu Stellung zu nehmen. Es handelt sich hier auch nicht um eine parteipolitische Frage, … sondern das ist eine Frage des ganzen Hauses, … eine eminent politische Frage!" (18. April 1956). Die parteiliche Dimension hatte vielleicht im Bundestag noch nicht den Grad von ‚eminent politisch' erreicht.

Dagegen war das *politicking* der außen- und weltpolitischen Verhältnisse ‚eminent politisch', wie bei Willi Eichler (SPD): „Und daher ist diese Angelegenheit auch für das Verhältnis der Westalliierten gegenüber Sowjetrußland eine Frage von eminenter politischer Bedeutung" (23. Februar 1952). Das Zitat verweist auf die *polity* der internationalen Beziehungen.

Der Bezug zur *polity* des Grundgesetzes, der Verfassungspolitik, der Stellung des Bundestags und der parlamentarischen Geschäftsordnung sind prominent unter den Belegen zu ‚eminent politisch'. Otto-Heinrich Greve (SPD) hebt als Antragsteller hervor: „Aber die Lösung dieser Frage ist unseres Erachtens nicht nur ein juristisches, sondern ein eminent politisches Problem. Wenn der Staat einmal wirklich in Gefahr kommt, dann sind die toten Buchstaben des Gesetzes keine genügend scharfe Waffe, um ihn zu retten" (16. März

1950). Richard Jaeger (CSU) findet die vom Parlamentarischen Rat präsentierten Gründe für das konstruktive Misstrauensvotum „eminent politisch" und stichhaltig (6. März 1956).

Friedrich Zimmermann (CSU) verteidigt das kommunale Wahlrecht für Soldaten als öffentlich Bedienstete mit dem Argument: „Kommunalwahlen haben nicht den eminent politischen Charakter wie Bundestags- oder Landtagswahlen" (19. Januar 1962). Hans Engelhard (FDP) diskutiert die Stellung der kommunalen Wahlbeamten in Parlamenten:

> Dies hier ist eine eminent politische Frage, denn der kommunale Wahlbeamte, insbesondere wenn er Oberbürgermeister oder Landrat ist, übt ja wohl auch ein politisches Amt aus. Wem der politische Scharfblick dafür fehlt, daß er beide Ämter, sein Mandat zu Hause in seinem Landkreis oder in seiner Stadt als Landrat oder Oberbürgermeister und hier als gewählter Abgeordneter im Deutschen Bundestag, nicht gleichzeitig ausfüllen kann, der disqualifiziert sich doch in politischer Hinsicht in bedenklicher Weise. (8. Dezember 1976)

Engelhard strebt also nicht eine gesetzliche Regelung zur Unvereinbarkeit dieser gewählten politischen Positionen an. Er überlässt die Entscheidung den jeweiligen Politikern und ihrer Wählerschaft zur Beurteilung.

Für Walter Menzel (SPD) ist die strikte Befolgung der parlamentarischen Geschäftsordnung eminent politisch: „Daran, wie Sie jetzt abstimmen werden, werden wir erkennen, ob Sie wirklich noch eine Atomgesetzgebung wollen oder nicht. Daher ist die Reihenfolge der vor uns liegenden Tagesordnungspunkte gar nicht mehr eine Frage der formalen Geschäftsordnung oder der Einteilung von Stunden und Minuten, sondern mit ihr wird eine eminent politische Frage entschieden" (5. Juli 1957).

Die Stellung des Parlaments als solche wird mehrfach als eminent politisch angesehen. Käte Strobel (SPD) stellt schon Mitte der Sechziger Jahre einen später oft wiederholten Wunsch der Parlamentarier auf: „Ich persönlich bin allerdings der Meinung, daß der Bundeskanzler solche eminent politischen Probleme zuerst im Parlament vortragen sollte, bevor er sie in einer Pressekonferenz behandelt" (20. Mai 1965, s. auch Werner Zywietz, FDP, 26. Oktober 1977). Wolf-Michael Catenhusen (SPD) sieht in den Risiken der Gentechnologie „eine eminent politische Frage. Deshalb sollten wir gemeinsam überlegen, wie an diesem Prozeß auch in Zukunft das Parlament in geeigneter Weise beteiligt werden kann" (22. Juni 1989).

‚Eminent politisch' im Sinne einer Polity-Frage ist für die Mitglieder des Bundestags insbesondere seit den siebziger Jahren vor allem die Frage der europäischen Integration, etwa für Werner Marx (CDU):

> Herr Außenminister, wir fragen, warum die Gründung der Gemeinschaften, wie es dort heißt, „politische Ziele mit wirtschaftlichen Mitteln" verfolgt. Warum wird das so vernebelt? Wir halten fest, die Gemeinschaft und ihre Gründung sind nicht nur wirtschaftliche, sondern eminent politische Mittel. Politisch sind die Verträge, politisch die

nach ihnen arbeitenden Institutionen, politisch die Methoden und die Gegenstände der Vergemeinschaftung. (29. Januar 1971)

Außenminister Walter Scheel (FDP) begrüßt die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften durch den Beitritt von Großbritannien und anderen Staaten:

Seit Aufnahme der Beitrittsverhandlungen hat auch die politische Zusammenarbeit in Europa konkrete Formen angenommen und erste Fortschritte erzielt. Die neu beitretenden Staaten, die sich ja auch die politische Zielsetzung der Gemeinschaft ausdrücklich zu eigen gemacht haben, wirken schon heute gleichberechtigt auch in diesem Bereich der europäischen Einigung mit. Damit erweist sich, daß die Erweiterung ein eminent politisches Ereignis ist. (4. März 1972)

Karl Moersch (FDP), Staatsminister im Auswärtigen Amt, beklagt, dass „bei so eminent politischen, und zwar innenpolitischen Entscheidungen, nämlich Währungs- und Wirtschaftsentscheidungen, Entscheidungen der Zentralbankinstitute der einzelnen Staaten, um die es heute geht, eine Kommission in der jetzigen Konstruktion doch keine bestimmenden Möglichkeiten besitzt“, sondern „der politische Wille der Regierungen koordiniert werden“ muss (19. September 1974)

Im Kontext der Osterweiterung sind Europafragen wieder eminent politisch geworden. Günter Verheugen (SPD) sagt: „Dieser Utopie können wir uns wirklich nähern, indem wir durch die politische Vereinigung ganz Europas Voraussetzungen dafür schaffen, daß dieser Kontinent für immer in Frieden und Sicherheit lebt und daß von ihm auch für andere Teile der Welt Frieden und Sicherheit ausgehen. … Diese Erweiterung ist in erster Linie ein eminent politischer Prozeß“ (16. September 1999). Der frühere Verteidigungsminister Volker Rühe (CDU) betont: „Die militärische Reorganisation in Europa, also weg von einer rein nationalstaatlichen Organisation, hat vielmehr eine eminent politische Bedeutung“ (5. Juni 2003). Norbert Röttgen (CDU) problematisiert das Verhältnis zur EU-Gesetzgebung:

Im Kern ist das, was wir mit dieser Gesetzgebung regeln, aber eine grundlegende, eminent politische Frage; denn es geht um die Grundsatzfrage: Wie ist das Verhältnis zwischen Nationalstaaten und europäischer Integration? Diese Grundsatzfrage hat die europäische Integration immer begleitet. (26. August 2009)

Außenminister Joschka Fischer (Grüne) thematisiert die Menschenrechte im globalen Kontext:

Auf der anderen Seite bedürfen Menschenrechte überall dort, wo man zu praktischen Verbesserungen kommen kann, des ständigen Bemühens, den eigenen Ansprüchen gerecht zu werden, zumal wir wissen, dass wir es in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts nicht mehr nur mit einer moralischen Frage, sondern mit einer eminent politischen Frage, mit einer Frage auch von Stabilität, Frieden und wirtschaftlicher Entwicklung zu tun haben. (4. April 2001)

Diese Beispiele weisen darauf hin, dass eine klare *politicisation* der *polity* im Sinne der Erweiterung vom Nationalstaat zur Europa- und Weltpolitik stattgefunden hat.

In zwei Beiträgen wird die Sprache der *polity* thematisiert. Dies tut Claus Jäger (CDU, 9. März 1978) im Sinne einer Warnung gegen die Adoption der DDR-Bezeichnungen. Helmut Kohl als CDU-Oppositionsführer sagt zu demselben Thema:

> Wir alle wissen doch, Herr Kollege Wehner – und ich hoffe, da sind wir uns doch einig –, welche eminent politische Bedeutung die Sprache – (Wehner [SPD]: Wir sind doch nicht einig in der Verfälschung der Auffassung vom Gegner!) – Herr Kollege Wehner, wir alle wissen doch, welch eminent politische Bedeutung gerade auch die Sprache für das kommunistische Regime hat und daß in den Begriffen „Wiedervereinigung“ und „deutsche Frage“ zu Recht der Ausdruck unserer Überzeugung und unseres Willens zu sehen ist, daß die Teilung Deutschlands rechtlich, moralisch und geschichtlich vorläufiger Natur ist. Das ist doch das, was immer wieder hervorgehoben werden muß. (17. Mai 1979)

Diese Beiträge verweisen auf die vom damaligen CDU-Generalsekretär Kurt Biedenkopf eingeleitete, von Sprachwissenschaftlern sehr kritisch beurteilte Kampagne zur ‚Besetzung der Begriffe' (s. Heringer Hg. 1982, Liedtke, Wengeler und Böke Hg. 1991). Das Urteil der Sprache als 'eminent politisch' verweist auf eine Möglichkeit der Politisierung, die umstritten blieb, wie man an Wehners Zwischenruf sieht, und die auf die Wende hin zu Stil- und Formfragen im Verständnis der Politik verweist.

5.3.3 Die Gradierung von politisch

Die Beispiele in diesem Kapitel verweisen auf den Grad der Präsenz von ‚politisch' in Fragen, die im Parlament auf Interesse gestoßen sind. Wir können dabei von einem zunehmenden Grad der *politicisation* im Sinne des Streits um die Schwerpunkte des Agenda-Settings sprechen. Dies gilt nicht nur der qualifizierten Absagen an ‚politisch', sondern auch der Relativierungen und Gradierungen von ‚unpolitisch'. Es geht zugleich um die Anerkennung bzw. Ausnutzung des Politisierten, d. h. um die Fragen der in der *polity* legitimen oder erlaubten Arten des *politicking*.

Das Gemeinsame der hier behandelten Ausdrücke ist, dass die Steigerungen von ‚politisch' auf die Überschreitung der bloßen Policy-Fragen in Richtung *polity* oder *politicking* verweisen, und zwar mit einem zunehmenden Verständnis dafür, dass es auch in der *policy* Alternativen gibt. Bei ‚rein politisch' steht primär der Aspekt von *politicking* im Vordergrund, während bei ‚ausgesprochen politisch' und ‚eminent politisch' der Polity-Aspekt hervorgehoben wird. Darin steckt auch die normative Differenz zugunsten der anderen Ausdrücke.

Wenn die verschiedenen Steigerungen von ‚politisch' auf die Eröffnung der Handlungschancen im Rahmen der *polity* im Zentrum der Debattenbeiträge steht, wird es verständlich, warum die ersten Legislaturperioden so stark vertreten sind. Als, wie genannt, das, was als politisch galt, nicht besonders umstritten war, operierten die Parlamentarier mit Gradunterschieden. Sie erkannten zum Beispiel an, dass die parlamentarische Immunität der Abgeordneten nicht mit üblichen privatrechtlichen Kriterien aufgehoben werden darf, sondern viel *politicking* erlaubt sein soll, auch wenn dies die Grenzen der üblichen bürgerlichen Konventionen überschreitet. Bei Ausdrücken wie ‚rein politisch' wurde jedoch den Gegnern ein unsachgemäßes *politicking* vorgeworfen, ohne den politischen Charakter der eigenen Aktion zu bestreiten. Vor allem bestand die de facto *politicisation* darin, dass die Redner in angeblich reinen ‚Sachfragen' nicht nur die Policy-Alternativen, sondern auch die Bedeutung für die *polity* und die Chancen für *politicking* erkannten.

Offenbar hatten die adverbialen Mittel zur Steigerung von ‚politisch' die pädagogische Absicht, den Gegnern oder den eigenen Anhängern die verfügbaren aber unbenutzten oder einseitig benutzten Spielzeiträume aufzuzeigen und die Frage auf der Tagesordnung zu thematisieren. Was mit dem Neuen getan werden sollte, davon wird wenig gesagt, außer einigen Abgrenzungen. Nach diesem Lernprozess der frühen Jahre des Bundestags sind die Gradierungen der politischen Qualität der Handlungen selten geworden und andere Mittel zur Bereicherung des Politikvokabulars erfunden worden.

Die Epitheta für Steigerungen des Politischen geben ihm eine Emphase in der Debatte, aber der Begriff selbst bleibt weitgehend unproblematisch, er wird als bekannt und von den anwesenden Akteuren als weitgehend akzeptiert vorausgesetzt. Man kann weiter damit spekulieren, dass mit ‚eminent politisch' bzw. ‚ausgesprochen politisch' der politische Aspekt den Gegnern in einer schwer bestreitbaren Weise dargelegt wurde. Bei ‚rein politisch' war es weniger die Frage der Sichtbarkeit, sondern die der Legitimität des *politicking* und der *politicisation,* die den Streit bestimmte. Das relative Verschwinden der eindeutig pejorativen Benutzung dieser Ausdrücke kann als ein weiteres Zeichen der stillschweigenden Akzeptanz, auch unter den bürgerlichen Abgeordneten, gedeutet werden, dass Fragen auf der parlamentarischen Agenda einen politischen Aspekt haben.

5.4 Das politisch Mögliche

Der Ausdruck ‚politisch möglich' unterscheidet sich von den bisher in diesem Kapital behandelten in bedeutsamer Hinsicht. Letztere sind vom Inhalt der Politik weitgehend unabhängig, während Politik als kontingentes Handeln eben

auf das Mögliche verweist. Ohne die Möglichkeit, anders handeln zu können, gibt es keine Politik. Die Unterschiede zwischen den Alternativen oder die Differenz zum vorliegenden Zustand können minimal sein, aber sie müssen immerhin als solche identifiziert werden.

Diese Kontingenz der Politik öffnet eine breite Palette der Semantik und Rhetorik im Umkreis von *politisch möglich*, die ich in diesem Abschnitt genauer analysiere. Ich mache zuerst die Redeweisen um *politisch unmöglich* und *politisch notwendig* zum Gegenstand der Diskussion. Danach setze ich die im Kap. 3 und 4 angefangene Diskussion der *Realpolitik* mit dem Bismarck-Wort von Politik als *Kunst des Möglichen* fort. Danach erst gelange ich zur Interpretation dessen, was und wie als *politisch möglich* angesehen oder anerkannt wird, und komplettiere sie mit den Belegen zu den teilweise synonym verwendeten *politischen Chancen.*

5.4.1 Politisch unmöglich

Für ‚politisch unmöglich' oder ‚politische Unmöglichkeit[en]' habe ich 35 Belege identifiziert. Davon stammen 14 aus den ersten 20 Jahren des Bundestags, weitere 9 aus der Zeit der sozial-liberalen Koalition, und nur 12 aus der Zeit seit dem Regierungsantritt Helmut Kohls. Rhetorisch finden sich darunter sehr verschiedene politische Sprechakte. Die CDU- und FDP-Abgeordneten sind unter diesen Rednern leicht überrepräsentiert.

Ein Grund dafür, etwas als ‚politisch unmöglich' zu beurteilen, liegt in einer politischen Konstellation, die der Deutsche Bundestag nicht zu verändern imstande ist. Dies war unter dem Besatzungsstatut der Fall, was nach Adolf Arndt (SPD) den Beitritt der Bundesrepublik zum Ruhrstatut unmöglich machte, „die politische Unmöglichkeit eines Abschlusses vor, durch den man einem Abkommen, einem Statut beitritt, ohne selbst dadurch Signatarmacht zu werden" (24 und 25 November 1949). Später erkannte Außenminister Walter Scheel, dass „es eine politische Unmöglichkeit ist, in dieser Situation die Amerikaner in Europa zu ersetzen" (25. September 1970).

Im Streit über die Ostverträge der Brandt-Regierung äußerte sich der maßgebend an den Verhandlungen beteiligte Minister Egon Bahr (SPD) zur Berlin-Klausel:

> Nein, es geht um den Vorwurf, daß wir es unterlassen hätten, eine Berlin-Klausel in den Moskauer Vertrag zu bringen. (Widerspruch bei der CDU/CSU) — Dann lesen Sie es bitte nach! — Und ich möchte darauf aufmerksam machen, daß dies nicht nur politisch unmöglich war, sondern daß dies auch rechtlich unmöglich gewesen ist. (3. Oktober 1973)

Nach Bahr machte es neben der politischen Konstellation auch das internationale Recht unmöglich, eine starke Berlin-Klausel in den Verträgen zu erhalten.

Als innenpolitische ‚Unmöglichkeit' unterstreicht Josef Ertl (FDP) in Bezug auf eine Wählerklientel: „Es ist politisch unmöglich, der Landwirtschaft dauernd zu empfehlen, sie müsse die Zahl der Arbeitsplätze weiter vermindern, solange keine beruflichen Alternativen außerhalb der Landwirtschaft geschaffen sind" (26. Februar 1969, s. auch Paul Gibbert, CDU, 5. Juli 1956).

Die Staatsfinanzen liefern für die Finanzminister eine besonders ‚sachliche' Begründung dafür, warum Reformvorschläge ‚politisch unmöglich' sind. Nach Fritz Schäffer (CSU): „Wenn dieser Vorschlag von 40 zu 60, der mir als die Grenze des augenblicklich politisch Möglichen erscheint, nicht durchginge … wäre der Bund gezwungen, bei der dann gegebenen Rechtslage allein auf die indirekten Steuern zurückzugreifen" (20. Mai 1954, s. auch 26. Oktober 1955). Auch andere, die sparen wollen, benutzen die Formel, etwa Anton Hoppe (FDP): „Ohne solide Staatsfinanzen ist solide Politik unmöglich" (7. September 1988).

Eine prozedurale Unmöglichkeit deutet Walter Menzel (SPD) an: „Schon vor Jahrzehnten hat die Sozialdemokratie gegen politisch unmögliche und politisch korrupte Wahlgesetze kämpfen müssen" (25. Juni 1953). Eine Wahlrechtsreform hätte eine Zweidrittelmehrheit verlangt, und Menzel erklärt dies für die SPD als unakzeptabel. Einen im Grundgesetz verankerten prozeduralen Grund im Bund-Länder-Verhältnis, sieht Alois Niederalt (CSU): „Daß ich diese Entwicklung erstens für verfassungswidrig und zweitens für politisch unmöglich halten würde … weil sie vom Bundesstaat zum Staatenbund führen würde" (14. März 1962).

Paul Bausch (CDU) begründet ‚politisch unmöglich' mit einer moralischen Entrüstung. Er lehnt die Gründung der Spielbanken ab: „Es ist offenkundig, dass die Duldung von Spielbanken für einen Staat, der sich in der Lage Deutschlands befindet, politisch unmöglich ist … Die Jugend hat einen legitimen Anspruch darauf, in einem sauberen und anständigen Staat leben zu dürfen" (14. Februar 1952). ‚Unmöglich' ist hier ‚unanständig'.

Die Re-aktivierung des Antisemitismus lehnt Joachim Müller (Grüne) als ‚politisch unmöglich' ab: „Es gibt offensichtlich nicht mehr die Schranken in Deutschland, die öffentliche antisemitische Äußerungen von Politikern unmöglich machen" (27. Februar 1986). Im strikten Sinne verweist ‚politisch unmöglich' hier rhetorisch auf die Illegitimität des Antisemitismus als eine denkbare politische Möglichkeit.

Mehrere Belege sehen bestimmte *policies* als ‚politisch unmöglich' an, etwa Gustav Heinemann (SPD), „daß von daher gemeinsame Politik unmöglich ist, durch das, was Sie sagen, und durch das, was der Kanzler sagt" (11. Juni 1959). Im Kontext der Schleyer-Entführung benutzt Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) ein starkes Wort gegen die Entführer: „Sie wollen die Funktions-

tüchtigkeit unseres demokratischen Gemeinwesens unmöglich machen, Sie wollen demokratische Politik schlechthin unmöglich machen“ (15. September 1977). Hier geht es um die Polity-Ebene.

Gregor Gysi (Linke) wirft der SPD vor, ihr Positionswechseln macht Politik überhaupt unmöglich: „Jetzt haben Sie von der SPD einen entsprechenden Antrag eingebracht … Damit machen Sie Politik unmöglich. Was sagen Sie denn den Leuten? Als Sie in der Regierungsmehrheit waren, haben Sie dagegen gestimmt. Wenn Sie aber in der Opposition, in der Minderheit, sind, stimmen Sie dafür“ (17, März 2010). Für ihn soll die *policy* einer ‚Sachfrage' nicht vom *politicking* im Verhältnis zwischen Regierung und Opposition abhängen (s. auch Gysi 25. Juni und 18. Dezember 2014).

5.4.2 Politisch notwendig

Wenn Politik als kontingentes Handeln verstanden wird, kann keine Politik im engen Sinne notwendig sein. Trotzdem ist die Berufung auf *necessitas*, auf das ‚politisch Notwendige' oder ‚politische Notwendigkeit' eine alte rhetorische Figur, um die Gegenseite zum Schweigen zu bringen (zum Gebrauch im vorrevolutionären England, s. Peltonen 2013). Auch im Bundestag fehlt sie nicht. Interessant sind insbesondere die Belege, in denen das politisch Notwendige und das politisch Mögliche miteinander eng verbunden erscheinen.

Nach dem sowjetischen Veto gegen das Stimmrecht der Berliner Abgeordneten im Bundestag erkennt Karl Mommer (SPD) die begrenzten Möglichkeiten, was ihn zur ‚politischen Notwendigkeit' führt: „Was nach unserer Überzeugung also durchaus politisch möglich ist, ohne im geringsten die Sicherheit Berlins zu gefährden … was da möglich ist, das ist außerdem eine unausweichliche politische Notwendigkeit, eine Notwendigkeit der gesamtdeutschen Politik geworden“ (6. Februar 1957). Die politische Notwendigkeit verweist hier auf die notwendige Voraussetzung der Politik überhaupt zwischen den Großmächten im Kalten Krieg, die der Politik der Bundesrepublik wenig Möglichkeiten lässt.

Diese Sicht auf die Bedingungen des Kalten Kriegs vertritt auch Außenminister Heinrich v. Brentano (CDU): „Die Gespräche, die in Bonn geführt wurden, bestätigten die volle Übereinstimmung in der Beurteilung der Lage, in der Beurteilung des politisch Möglichen und des politisch Notwendigen“ (5. November 1959). Auch er geht auf die notwendigen Voraussetzungen ein, um das Mögliche der Politik zu beurteilen (s. auch Anton Besold, FU, 4. Dezember 1952; Wilhelm Mellies, SPD, 8. November 1956).

Dagegen steht ein normativer Begriff des politisch Notwendigen, als ein Kriterium, das durch das ‚politisch Mögliche' begrenzt wird. Käte Strobel (SPD) formuliert die Pointe: „Hier darf nicht gelten, daß die Politik die Kunst des Möglichen ist, sondern hier muß gelten, daß man das Notwendige möglich

macht“ (12. Dezember 1957). Wie *necessitas* der klassischen Rhetorik, markiert ‚das Notwendige’ etwas politisch Unverzichtbares, das aber erst politisch ‚möglich’ gemacht werden soll.

Franz-Josef Strauß (CSU) als Finanzminister der Koalition Kiesinger-Brandt formuliert: „Das, was sachlich richtig, wirtschaftlich zweckmäßig und finanzpolitisch notwendig ist, sich nicht immer von vornherein automatisch mit dem deckt, was politisch möglich ist“ (6. September 1967). Deswegen appelliert er an das Parlament:

> Es muß von einem verantwortungsbewußten Parlament immer wieder auf der Grundlage der entsprechenden Vorschläge der Regierung der mühsame Versuch gemacht werden, die Interessen, Notwendigkeiten und Zielsetzungen so auf eine gemeinsame Linie zu bringen was hier nur durch Überredung, Überzeugung und Mehrheitsbildung geschehen kann, durch Disziplin und auch eine gewisse Opferbereitschaft, aber nicht auf dem Kommandowege erfolgen kann –, daß das, was sachlich richtig und politisch möglich ist, ich darf sagen: optimal einander angenähert ist. (ebenda, s. auch den Minister Alex Möller, SPD, 19. Februar 1970)

Als Politiker erkennt Strauß den rhetorischen Stil der parlamentarischen Politik an und strebt an, das was politisch möglich, d. h. mit der Mehrheit der Regierungsparteien erreichbar, mit dem „sachlich Richtigen“ in Einklang zu bringen sei. Die Möglichkeit, dass die parlamentarischen Beratungen das ‚sachlich Richtige’ verändern, erwägt er nicht, sondern versteht das ‚politisch Notwendige’ der finanziellen Staatsräson als etwas Überpolitisches. Als Partei- und Fraktionsvorsitzender der CSU in der Opposition beruft sich Strauß mit der Begründung, dass eine Mehrheit nicht das politisch Notwendige beseitigen kann, wieder auf das politisch Notwendige im Sinne einer Einschränkung der Politik:

> Sicherlich ist Politik die Kunst des Möglichen, auch die Kunst, das Notwendige möglich zu machen, aber auch die Kunst der Beschränkung, die Kunst, sich die Maßstäbe für das Notwendige nicht von einem wirklichkeitsfernen, popularitätsgetriebenen Ehrgeiz vorschreiben zu lassen, der unerfüllbare Forderungen und unstillbare Erwartungen erweckt. (24. Januar 1973)

Otto Graf Lambsdorff (FDP) sieht als Minister der sozial-liberalen Koalition, die Abwägung zwischen dem Notwendigen und dem politisch Möglichen als eine rhetorische Aufgabe der NATO: „Das Bündnis steht vor der doppelten Aufgabe, das für die Verteidigung Notwendige zu tun und das rüstungskontrollpolitisch Mögliche zu versuchen“ (8. März 1979). Ungleich Strauß bezeichnet das Notwendige hier keine der Politik vorgegebene Staatsräson, sondern verweist auf die notwendigen Voraussetzungen als eine Frage der Abwägung.

Klaus Däubertshäuser (SPD) spricht ebenfalls von der Kunst des Notwendigen: Es „gilt immer noch das, was Herbert Wehner in diesem Hause einmal gesagt hat: Politik ist die Kunst, das Notwendige möglich zu machen“

(19. Januar 1990). Er verweist auf diese Formel des SPD-Fraktionsvorsitzenden Wehner im Kontext der Schleyer-Entführung:

> Diejenigen, die die Verbrechen begehen und weitere Verbrechen zu begehen sich gerüstet haben, sind keine politische Richtung oder Strömung in unserem Volk und in unserem Parteien- und Organisationsspektrum. Sie sind der organisierte und bewaffnete Versuch, Politik unmöglich zu machen. Politik, das heißt, das Notwendige für alle im Ringen, um die bestmöglichen Wege nicht nur zu finden, sondern auch verwirklichen zu können. (15. September 1977)

Wehner bestreitet, wie Helmut Schmidt in derselben Sitzung (zitiert in 5.4.1), dass die RAF-Terroristen politisch handeln. Darüber hinaus verweist auch sein Begriff der politischen Notwendigkeit als Findungs- und Verwirklichungshandeln auf die klassische Staatsräson, deren Kern wie bei Friedrich Meineckes *Die Idee der Staatsräson* (1924, 1) als politiküberschreitend erscheint, ebenso wie die finanzielle Staatsräson bei Strauß.

5.4.3 Politik als Kunst des Möglichen

Zum Umfeld des politisch Möglichen kann man Verweise auf die Bismarck-Formel von der Politik als ‚Kunst des Möglichen' anschließen (zu dessen Benutzung im Jahre 1869, s. Wieder gelesen, 1999). Im frühen 20. Jahrhundert wurde sie von vielen Akteuren und Autoren revidiert oder ins Gegenteil verwandelt (dazu s. Palonen 1985 und 2006).

In den Bundestagdebatten war das Schlagwort durchaus präsent. Walter Franz Altherr (CDU) erwähnt sogar Bismarck: „Politik ist, so hat es bereits Bismarck immer wieder gesagt, immer nur die Kunst des Möglichen. Das gilt selbstredend auch für dieses Gesetzeswerk" (9. Dezember 1992). Er verweist auf den benötigten Kompromiss mit der Opposition als Grund dafür, warum die eigene *policy* soweit zurückgesetzt werden soll, dass ‚das Mögliche' sicher erreichbar wird. Josef Arndgen (CDU) benutzt in einer Rede zur Kriegsopferversorgung Realpolitik ebenso wie die ‚Kunst des Möglichen':

> Um der Bundesregierung in dieser Beziehung auch mit Richtlinien und mit Forderungen an die Hand zu gehen, hat der Kriegsopferausschuß eine Entschließung gefaßt, nach der all diese Dinge, die wir bei der augenblicklichen Situation nicht der Verwirklichung entgegenführen können, in irgendeiner Form in das Gesetz zur Neugestaltung der Kriegsopferversorgung einzubauen sind. Weil die Dinge so liegen, meine Damen und Herren, und weil wir als CDU auf dem Standpunkt stehen, dass Politik die Kunst des Möglichen ist … bitten wir Sie, dem Antrag des Kriegsopferausschusses die Zustimmung zu geben. (2. Februar 1950)

Die Argumentation unterscheidet sich von der Realpolitik à la Rochau insofern als Arndgen nicht die Verkürzung der Ziele, sondern ihre relative Verschiebung anstrebt. Obwohl Arndgen Realpolitik zum CDU-Prinzip erklärt, ruft Heinz Renner (KPD) zum Schluss der Rede „Sehr gut!" (ebenda), zwar eher um seine

Zustimmung zum Ausschuss als zur Politikformel zu geben. Dieser stimmt jedoch Helmut Bazille (SPD) zu, obzwar mit einigen Vorbehalten im Detail (ebenda).

Einen Monat später spricht Helene Wessel (Z) gleichfalls von der Kunst des Möglichen: „Wenn ich in diesem Hohen Hause sehe, daß Politik die Kunst des Möglichen ist, dann muß ich doch versuchen, im Sinne der verheirateten Beamtin zu erreichen, was möglich ist. Deshalb bedaure ich, daß die SPD nicht glaubt, dem Zentrumsantrag, der aus diesen Gründen gestellt worden ist, zustimmen zu können“ (3. Februar 1950). Sie beruft sich auf die Konstellation im ersten Bundestag, in der die Regierung Adenauer keine feste Mehrheit hatte und es möglich war, mit punktueller Zusammenarbeit zwischen Fraktionen Anträge durchbringen (s. Recker 2018). Dies sah Wessel hier als eine versäumte Gelegenheit und warf es der SPD deswegen vor.

Einige frühe ‚Kunst des Möglichen'-Zitate entsprechen der realpolitischen Zielsetzung. Max Riederer von Paar (CDU) formuliert, „daß es zu nichts Gutem führt, Zielen nachzustreben, die nach vernünftiger Beurteilung unerreichbar sind“ (29. April 1954). Der fraktionslose Arno Behrisch formuliert die Pointe: „Wenn nämlich Politik die Kunst des Möglichen ist, dann kann man sich nicht dem Wunschdenken hingeben“ (18. August 1961). Minister Heinz Starke (FDP) gibt der Formel eine finanzpolitische Interpretation: „Denken wir daran, daß Haushaltspolitik, wie alle Politik, die Kunst des Möglichen, nicht des Unmöglichen ist! Alles auf einmal aber ist unmöglich … Wir haben nicht zu wenig Einnahmen … – das gilt insgesamt für die öffentliche Hand – wir haben zu viele Ausgaben!“ (13. Februar 1962, auch Ernst Burgbacher, CDU 30. Juni 1966).

Die reduktive Deutung der Kunst des Möglichen wiederholt später Finanzminister Otto Graf Lambsdorff (FDP): „Wir wissen ja alle – auch Sie wissen es –, daß Politik die Kunst des Möglichen ist“ und mahnt dann, gleiche Maßstäbe für Regierung und Opposition zu benutzen (12. Dezember 1979, s. auch Heinz-Adolf Hörsken, CDU, 7. September 1994). Die Berliner Senatorin Annette Fugmann-Heesing (SPD) macht die ökonomische Interpretation explizit, indem sie sagt, „daß Politik zur Kunst des Möglichen mit knappen Mitteln geworden ist“ (16. September 1999). Die Regierungsanhänger favorisieren den Topos, und haben die Finanzpolitik als dazu angemessenes Feld gefunden.

Im 21. Jahrhundert ist der Topos selten geworden. Ruprecht Polenz (CDU) begrüßt den Vorschlag „des UN-Sondervermittlers Ahtisaari“ zur Kosovo-Krise: „Es ist im Grunde die Politik als Kunst des Möglichen, die diesen Vorschlägen zugrunde liegt. Ideallösungen gibt es nicht. Man kann sich nur … über schlechte und weniger schlechte Lösungen unterhalten“ (21. Juli 2007). Er verwandelt den Topos in die Wahl des kleineren Übels in der *policy*, was nicht mit der Zielreduktion identisch ist. Rüdiger Veit (SPD) betont dieselbe Pointe

im Kontext dessen, was in einer Koalition erreichbar ist, d. h. in den Grenzen des *politicking (*3 Juli. 2014).

Es gibt jedoch von der minimalistischen Sicht abweichende Interpretationen der ‚Kunst des Möglichen', wie diese bei Arthur Stegner (FDP):

Ich möchte dem bekannten Wort, daß Politik die Kunst des Möglichen ist, hier eine andere Deutung entgegensetzen. Ich möchte sagen: Richtige Politik ist auch das Denken an morgen, und in diesem Denken an morgen bekennen wir uns zum Schumanplan und werden ihm unsere Zustimmung geben. … Wir wollen an Stelle von Mißtrauen in der Vergangenheit Vertrauen in der Zukunft. (10. Januar 1952)

Gegen die ‚realpolitische' Sicht, traut Stegner der Politik zu, dass die Zukunft anders sein kann und Chancen für die Vereinigung Europas enthält. Auch Herbert Schneider (DP) sieht als Resultat der europäischen Integration „eine wirkliche Freundschaft mit allen Völkern" und setzt fort: „Die Politik, die oft Unmögliches – auch Unmögliches im negativen Sinne – fertigbringt, hat hier fast ein Wunder vollbracht" (30. Juni 1960).

Mit der Zeit des Möglichen spielt Marie Schlei (SPD): „Wenn Politik die Kunst ist, das Mögliche zum richtigen Zeitpunkt zu tun, dann sind die vorliegenden Vereinbarungen ein Beispiel dafür. Jetzt war der Zeitpunkt gekommen, dies zu gestalten, und wir haben es durchgesetzt" (16. November 1978). Sie bezieht sich auf das jetzt Mögliche als eine *kairos*-Situation, auf eine Gelegenheit, die genutzt wurde.

Carlo Schmid (SPD) hat im Bundestag sowohl die ‚Kunst des Möglichen'-Formel benutzt als auch eine darüber hinaus gehende politische Imagination gefordert.

Aber, Herr Kollege, Politik ist nicht nur die Kunst des Möglichen. Hinter diesem Satz kann sich manchmal Phantasielosigkeit und Freude an Untätigkeit verstecken. Politik ist vielmehr auch die Aufgabe, das Notwendige möglich zu machen … zum mindesten aber nichts dazu beizutragen, daß das Notwendige unmöglich werden könnte. (30. Mai 1951)

Schmid plädiert also dafür, Phantasie in der Suche des Möglichen zu benutzen, wobei er also das Erstrebenswerte rhetorisch als ‚notwendig' qualifiziert, doch bei dessen Realisierung etwas vorsichtig bleibt und auf die Prävention dessen setzt, dass das ‚Notwendige' nicht unmöglich wird. Hier steht das politisch Notwendige nicht über der Politik wie bei Strauß und Wehner – auch wenn es nicht klar ist, wie er das Notwendige rhetorisch mit dem Wünschenswerten identifiziert.

Verglichen mit der Vielfalt des ‚politisch Möglichen', bezieht sich die ‚Kunst des Möglichen' eng auf die Grenzen des Möglichen. Die Umkehrung zur Kunst des Unmöglichen und die Spekulation darüber, was alles möglich sein könnte, bleiben hier relativ selten. Auch das Verständnis der Politik als ‚Kunst' wird nicht mit den Praktiken der schöpferischen und unkonventionellen Künstler verglichen.

5.4.4 Variationen des politisch Möglichen

Unter den Belegen für *politisch möglich* wendet sich gar ein CDU-Parlamentarier, Matthias Zimmer, gegen eine minimale Abschätzung des Möglichen. Er scheint der realpolitischen These zuzustimmen, nimmt im nächsten Satz aber Abstand davon. „Es ist richtig: In der Politik entscheidet nicht das Wünschbare, sondern das politisch Mögliche. Aber ein wenig mehr Fantasie darf man auch entwickeln" (10. Februar 2011). Also was politisch möglich ist, hängt eben von der Fantasie der Akteure ab.

In den Beziehungen zwischen den deutschen Staaten betonten mehrere Abgeordnete die volle Ausnutzung der vorliegenden Möglichkeiten. Mit der Erwähnung der Prüfung der Grenzen des Möglichen, betont Wolfgang Mischnick (FDP): „Aber es ist doch notwendig, daß wir den Mut haben, zu prüfen, was in dieser Situation unseres Volkes politisch möglich ist, um gewisse Erleichterungen innerhalb Mitteldeutschlands zu erreichen" (17. Mai 1966). Johannes Kunze (CDU) verweist auf die volle Ausnutzung der realen Möglichkeiten: „Wir sind gewillt und entschlossen, bis zu den Grenzen des staatsrechtlich und politisch Möglichen zu gehen, d. h. praktisch, Berlin in den Lastenausgleich einzubeziehen" (31. Januar 1951). Für Ernst-Christoph Brühler (DP) ist die Wiedervereinigung „tatsächlich eine Frage des politisch Möglichen. Ihre Lösung kann nur auf Umwegen und mit Geduld erreicht werden" (2. Dezember 1955).

Eine Beurteilung dessen, was zu bestimmten Zeitpunkten der vorangehenden Jahre politisch möglich war, unternimmt Viktor Kirst (FDP):

> Der ganz entscheidende Punkt, den Sie leugnen, besteht ja darin: Erfolg konnte eine Politik der Geldentwertungs- und Inflationsbekämpfung — die Inflation war bis zum Frühjahr/ Sommer 1973 primär importiert — erst haben, nachdem es damals politisch möglich war — und Sie wissen genauso wie wir, daß es früher politisch nicht möglich war —, eine fast lückenlose außenwirtschaftliche Absicherung aufzubauen. (19. März 1976)

Unter den Belegen für ‚politisch möglich' sind wieder Parallelisierungen mit auf Policy-Felder verweisende Begriffe, wie rechtlich, wirtschaftlich, militärisch oder technisch. Beim Verhältnis zwischen rechtlich und politisch verweisen viele Redner auf das Grundgesetz. Adolf Arndt (SPD) spricht für die volle Öffentlichkeit der Beratungen des Bundestags: „Wir werden im Ausschuß zu prüfen haben, ob überhaupt eine geheime Abstimmung erstens rechtlich zulässig und zweitens politisch möglich ist" (9. Dezember 1949) und wendet sich damit gegen die Möglichkeit der geheimen Abstimmung. Arndts Ansicht, „daß es ohne eine Verfassungsänderung weder rechtlich zulässig noch politisch möglich ist, eine bewaffnete Macht aufzustellen" zitierend, nimmt Richard Jaeger (CSU) für Geheimabstimmungen Stellung (1 Februar 1957).

Der CDU-Fraktionsführer Alfred Dregger zeigt sich als Technologieoptimist: „Was technisch möglich ist, werden die Forschungen zeigen, was poli-

tisch möglich ist, wird sich in Genf zeigen“ (18. April 1985). Er zweifelt jedoch den politischen Willen der Großmächte an, neue technische Möglichkeiten auszunutzen (s. auch Peter Kurz Würzbach, CDU 20. März 1986).

Die Grenzen des Möglichen erscheinen als politisch, wenn zum Beispiel Regierungsparteien von der Opposition die Anerkennung der Fakten fordern, wie etwa Friedrich Wendig (FDP) unter der sozial-liberalen Koalition: „Es wäre sehr gut, wenn die Opposition endlich mehr Sinn für solche Fakten und die Grenzen des politisch Möglichen entdeckte“ (10. Februar 1977). Finanzminister Theo Waigel (CSU) verteidigt die Regierung in einem ähnlichen Sinne: „Sie wissen, daß wir bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bis an die Grenze des arbeitsmarktpolitisch Möglichen gegangen sind“ (6. September 1989). Die Regierung hat ihre Ambitionen nicht von Anfang an gekürzt, sondern die Möglichkeiten geprüft und für sie eine politisch nicht überschreitbare Grenze gesetzt. Dies verweist auf die unwillkommenen Nebenfolgen jenseits dieser Grenze, die die Anhänger der Regierungsparteien dulden sollten.

Gegen den üblichen Vorrang der Wirtschaft betont Rudolf Dressler (SPD): „Wirtschafts- und Finanzpolitik einerseits sowie Sozialpolitik andererseits sind gleichberechtigte und gleichgewichtige Politikfelder. Dies zwingt dazu, dass finanzpolitisch Mögliche mit dem sozialpolitisch Gebotenen in Einklang zu bringen“ (6. September 1989). Er fordert für die Policy-Fragen eine Abwägung zwischen dem Möglichen und dem normativen Prinzip.

In der Abschätzung des politisch Möglichen wirft die Grünen-Politikerin Antje Vollmer im Spätherbst 1989 der Regierung und der SPD-Opposition eine Überschätzung der Möglichkeiten vor: „Und was ist, wenn der große nationale Konsens, der leider auch die SPD erfaßt hat, haarscharf an der Wirklichkeit, an den realen Möglichkeiten vorbeigeht?“ (14. Dezember 1989). Einige Jahre später zitiert Vollmer die Stellung des Bundesrates zu Enteignungen in der DDR: „Er ist dabei davon ausgegangen, daß es sowohl rechtlich als auch politisch möglich ist, diese Grundstücke wegen ihres hohen Symbolcharakters an die früheren Eigentümer zurückzugeben, ohne daß zugleich weitere Enteignungen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR … gleichbehandelt werden müssen“ (14 Juni 1996). Die Ansicht des Bundesrats setzt voraus, dass dies politisch und rechtlich möglich sein muss, also dass dazu geeignete Wege gefunden werden können, da das Anliegen eben einen Symbolcharakter hat. Die Jurisprudenz erscheint hier als ein Instrument, das politisch Mögliches realisieren, aber nicht verhindern kann.

An die zeitliche Eingrenzung politischer Möglichkeiten knüpft Detlef Kleinert (FDP) an. Er strebte danach, in der Verjährungsfrist für Verbrechen auf die alte Praxis einer 20 Jahre Frist zurückzukehren, „sobald das politisch möglich ist“ (26. März 1979). In der Koalition mit der SPD war das nicht möglich, aber nach ihrem Ende will die FDP die Verkürzung auf die Tagesordnung stellen.

Hubert Kleinert (Grüne) kritisiert die SPD: „Das parteipolitische Interesse ist Ihnen offensichtlich doch wichtiger als der politisch mögliche und zu diesem Zeitpunkt angemessene Schritt, den Untersuchungsausschuß einzusetzen" (13. Januar 1988). Kleinert benutzt den klassischen *Kairos* der gegenwärtigen Möglichkeit zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, wozu die Geschäftsordnung die Oppositionsparteien berechtigt. Er wirft Sozialdemokraten vor, diese Gelegenheit versäumt zu haben, weil die Initiative von den Grünen kam.

Die Zeitbezüge zu politisch Möglichem sind insbesondere im Kontext der Wende und der Vereinigung der deutschen Staaten im Gebrauch. Im Juni 1990 appelliert Finanzminister Theo Waigel (CSU) an diejenige unter den Bürgern, die für den Vereinigungsprozess „eine langsamere Gangart wünscht, als dies politisch möglich ist. Ich glaube, man muß den Bürgern sagen, daß das ein Irrtum ist, dass eine langsamere Gangart nicht möglich ist, daß wir die Dynamik ausnutzen müssen und daß eine langsamere Gangart zu Mehrkosten führen würde" (21. Juni 1990). Waigel sieht eine einmalige *Kairos*-Situation, die ohne kostbare politische Folgen nicht verlangsamt werden darf.

Peter Kurt Würzbach (CDU) sieht, dass nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, die Rüstungsspirale „wieder zurückzuschrauben nötig und erfreulicherweise endlich auch politisch möglich geworden ist" (9. Oktober 1991). Eine langjährige Tendenz war aufgrund des Endes der sie aufrechterhaltenden Konstellation gestoppt und umgekehrt worden. Ina Albowitz (FDP) sagt: „Deshalb ist jetzt die arbeitsmarkt- und sozialpolitische Flankierung nötig, denn sie macht die rasche Umstrukturierung der Wirtschaft für die Menschen erst akzeptabel und damit auch politisch möglich" (28. November 1991). Sie verweist auf Maßnahmen, die eine notwendige Voraussetzung dafür sind, dass die Umstrukturierung im Osten Deutschlands ohne die Gefahr einer Reaktion politisch möglich wird.

Was gegenwärtig politisch möglich ist, ist der primäre Zeitbezug der parlamentarischen Politik. Dies betont Brunhilde Irber (SPD) in der Afrika-Politik: „Wir müssen uns heute aber mit dem beschäftigen, was derzeit politisch möglich und praktisch vor Ort umsetzbar ist" (15. Dezember 2006). Auf bessere Zeiten in der EU-Politik zu warten, um dann zu handeln, wäre für Rainder Steenblock (Grüne) politisch fatal: „Die Europäische Union ist die einzige Struktur zur Kooperation, die wir erreichen können; dieser Vertrag ist der einzige Vertrag, der zurzeit politisch möglich ist. Ich kann also nicht sagen, dass nur deshalb, weil es eine konservative Mehrheit gibt, dieses Projekt falsch ist" (19. Juni 2008). Die Kritik richtet sich gegen die Linkspartei, für die die europäische Integration keinen Eigenwert besitzt. Hubertus Zdebel (Linke) rät dagegen die Bundesregierung, mit „allen rechtlichen und politisch möglichen Maßnahmen" einen Beschluss der EU-Kommission zu bekämpfen (26. März 2015).

Politisch möglich ist nicht immer erstrebenswert. Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) verweist darauf, „dass wir die präventiven Möglichkeiten der Politik verstärken müssen“ (5. April 2000). Erwin Marschewski (CDU), klagt die rot-grüne Bundesregierung an, das Schicksal deutscher Zwangsarbeiter ignoriert zu haben: „Nicht zu vergessen ist die politisch mögliche, fatale Auswirkung“ (21. Oktober 2004).

Georg Kliesing (CDU) betont, dass die Abrüstung nicht auf die Atomwaffen begrenzt sein darf: „Täte sie das, würde sie den Krieg … wieder in den Bereich des politisch Möglichen hineinbringen“ (15. März 1961). Noch deutlicher verweist Marina Steindor (Grüne) auf die Bedingungen für den weiteren Ausschluss bestimmter gentechnologischer Möglichkeiten: „Der Verzicht auf Gentechnologie muß in der internationalen Völkergemeinschaft legitim und politisch möglich bleiben“ (25. Oktober 1995). Die Parlamentarier haben verstanden, wann Möglichkeit ein formaler Begriff ist: Der Spielraum der Politik enthält auch Möglichkeiten, die politisch inakzeptabel sind, und es geht darum, die Realisation dieser auszuschließen.

In einigen Beiträgen verweist das politisch Mögliche auf das Streben mit äußerster Anstrengung, etwa bei Hermann Scheer (SPD): „Es muß alles politisch Mögliche versucht werden, um durch geeignete Initiativen das weitere Zupflastern Deutschlands … mit atomaren Mittelstreckenraketen einerseits und mit atomaren Kurzstreckenraketen andererseits zu beenden“ (28. Juni 1984). Edith Niehuis (SPD) formuliert ähnlich: „Junge Menschen haben einen Anspruch darauf, daß eine Bundesregierung Probleme zur Kenntnis nimmt und alles politisch Mögliche tut, zur Problemlösung beizutragen“ (10. März 1995). ‚Alles’ verweist hier auf eine Art Steigerung des Strebens nach dem Möglichen, im Sinne einer Art weichen Superlativs, was auch Anton Pfeifer (CDU) so formuliert (18. Januar 1979).

Wilhelm Nölling (SPD) benutzt im Kontext der Haushaltsverabschiedung das Mögliche als eine Art Superlativform: „Es [ist] uns gelungen … einen Haushalt vorzulegen, der das Menschenmögliche, das politisch Mögliche für 1973 schafft“ (6. April 1973). Parlamentarischer Staatssekretär Heinrich Franke (CDU) lobt die Bundesregierung in ihrem Streben, „das Menschenmögliche und das politisch Mögliche zu tun, damit die Einhaltung der Gesetze und die Humanisierung des Arbeitslebens … gewährleistet werden“ (12. November 1982).

Der grammatische Superlativ *möglichst* passt gut zu der Politik der Regierung, wie etwa Minister Hans Matthöfer (SPD) zeigt: „Wir … bemühen uns um volkswirtschaftlich und umweltpolitisch möglichst sinnvolle Beiträge aller Verkehrsträger“ (7. Mai 1981, s. auch das Zitat von Theo Waigel, CSU, am 21.6. 1990). Auch ein Oppositionsabgeordneter, nämlich Othmar Schreiner (SPD), appelliert an Geschäftsleute: „So wäre der dringendste Appell der an die Großwirtschaft, sich politisch möglichst bescheiden zu gebärden“ (25. Oktober 1985)

Alle diese Ausdrücke setzen das politisch Mögliche voraus, gradieren es und streben nach dessen Realisierung bei gleichzeitiger Anerkennung seiner Grenzen. Dieses Vorgehen gilt primär den Policy-Fragen. Damit wird das Mögliche trivialisiert, da der Grad der Realisierung zu einer Frage des Messens wird, anstelle eines Einschätzens ungewisser Bedingungen. Gerade diese Einschätzung diskutieren einige Redner und schlagen Stichworte vor, wie man überhaupt das politisch Mögliche beurteilen kann.

Hans-Günter Hoppe (FDP) benutzt im Verhältnis zur deutschen Teilung zweimal den Ausdruck „Sinn für das politisch Mögliche“: „Die uns durch die Teilung gestellten Probleme müssen gemeistert werden. Das verlangt Sinn für das politisch Mögliche, aber auch die Bereitschaft zum Kompromiß. Ein nüchterner Sinn für Realpolitik ist dabei unumgänglich“ (9. März 1978). Einige Monate später betont er die Kreativität: „Die uns durch die Teilung gestellten Probleme müssen durch konkretes Handeln gemeistert werden. Das verlangt Kreativität, Einsatzfreude und Tatkraft. Das verlangt Sinn für das politisch Mögliche, aber auch die Bereitschaft zum Kompromiß“ (16. November 1978). Die DDR-Führung konnte nur mit einem diplomatischen Kompromiss zur Erreichung des politisch Möglichen gebracht werden und verlangt kreative Ideen.

Kurt Jung (FDP) polemisiert gegen den bayerischen Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauß (CSU): „Wer so verfährt, dem fehlt jeder Blick für das politisch Mögliche, oder er meint es nicht gut mit der überlebensnotwendigen Politik des Dialogs“ (26. Juni 1980). Er wirft Strauß also fehlende Einschätzung des Möglichen vor. Auch Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) bezieht sich auf ein Möglichkeitsurteil zur Stellung Berlins und benutzt à la Max Weber die Begriffe Chance und Augenmaß: „Eine ruhige und konstruktive Entwicklung bedarf der Festigkeit und der Zurückhaltung. Wir müssen Augenmaß für das politisch Mögliche beweisen, und wir müssen Gespür für die europäischen Chancen der Stadt haben“ (20. März 1980). Für ihn setzt das, was politisch möglich ist, eine besondere Urteilskraft voraus.

Diese Beispiele verweisen auf das Möglichkeitsbewusstsein. Das politisch Mögliche bezieht sich dabei nicht darauf, ob die Urteile in aktuellen Fällen zutreffen oder nicht oder bloß darauf, dass Resultate politischer Aktionen kontingent sind. Klarer als die anderen Beispiele verweisen sie darauf, dass die Kontingenz vom Handeln politischer Akteure, von ihrer Urteilskraft darüber, was möglich ist, das heißt von ihrer politischen Kompetenz, die über den aktuellen Fall hinausreicht, abhängt.

5.4.5 Politische Chancen

Chance wird im Deutschen weitgehend als Synonym für Möglichkeit verwendet, zumindest wenn man wie Max Weber den Begriff formal verwendet

und auch unerwünschte Möglichkeiten zu den Chancen rechnet. Rhetorisch wird das Wort jedoch primär für günstige Gelegenheiten verwendet und mit Risiken und Gefahren konfrontiert, die formal Chancen besonderer Art markieren. Die Kontexte des Möglichen und der Chance[n] unterscheiden sich rhetorisch, und deswegen ist eine eigenständige Diskussion der Rede von politischen Chancen im Bundestag nötig.

Mithilfe der digitalen Suche nach politischer Chance fand ich 45 Debatten, in denen davon die Rede ist. Zumeist spricht man von der/den politische(n) Chance(n) im Singular oder Plural, aber auch von Chancen der Politik, für die Politik oder in der Politik. Im Vergleich zu dem Möglichen verweist Chance stärker auf die einmalige Gelegenheit, auf den Kairos. Für denkbare Alternativen wie chancenreich, chancenvoll oder chancenlos findet die digitale Suche fast nichts.

Die Rede von der einmaligen Chance und ihrer Nutzung war in den ersten Jahrzehnten des Bundestags stark vertreten. Die Oppositionsabgeordneten warfen der Regierung vor, dass sie bestimmte Chancen verpasst hat. Hermann Ehlers (CDU) formuliert die Antwort der Regierungspartei bezüglich der Chance der Wiedervereinigung:

> Sie wissen aber auch eines: daß, wenn es eine politische Chance für sie gibt, sie in der Politik der Bundesregierung und der Bundesrepublik und ihren Erfolgen und in keinem anderen Moment liegt. Sie wissen … daß es keine Chance gäbe und daß das Wollen der deutschen Wiedervereinigung … auf schwachen Füßen stände, wenn es auf dem isolierten politischen Willen und Können der Bundesrepublik Deutschland beruhen müßte. (7 Oktober 1954)

Ehlers wirft also der Opposition ohnmächtigen Voluntarismus vor, der die Chance in der aktuellen Konstellation der Weltpolitik nicht ergreift. Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß (CSU) spricht im ähnlichen Sinne:

> Wenn Sie selber uns vorwerfen, daß durch unsere Politik Chancen verpaßt worden seien, dürfen Sie es uns wirklich nicht übelnehmen, wenn wir fragen: Glauben Sie auch heute noch, daß diese Chancen gegeben waren, daß Ihr Nein damals berechtigt war und Sie nur durch die von uns geschaffenen Tatsachen heute zu einem Ja gebracht worden sind? (15 März 1961)

Karl Carstens (CDU) behauptete, dass die Regierung Brandt-Scheel die Chance versäumt hat, Berlin zu den Ostverträgen einzubeziehen: „Damals bestand eine politische Chance, dies zu erreichen; denn die Bundesregierung erfüllte bekanntlich mit dem Papier vom Mai 1970 sämtliche Forderungen, die die Sowjetunion seit langem gegenüber der Bundesrepublik Deutschland erhoben hatte“ (9 Mai 1973). Das Verfügen über eine Chance ist aber keine Frage der einfachen Messung, sondern des politischen Urteils, das unterschiedlich ausfallen kann.

Im Kontext der ‚Wende' 1989/90 beurteilt Jürgen Schmude (SPD), dass Bundeskanzler Kohl, eine „unverdiente“ Chance genutzt hat: „Eine große

Chance für die Menschen beiderseits der deutsch-deutschen Grenze und natürlich auch eine große, unverdiente Chance für den Politiker, der in dieser Zeit Bundeskanzler ist. Für sich und seine Partei kann er viel daraus machen" (8. März 1990). Schmude klagt nicht Kohl der Nutzung der Chance an, sondern will die Wählerschaft darauf aufmerksam machen, dass derartige Chancen praktisch nie ein Verdienst einzelner Politiker sind.

Dorothee Wilms (CDU) dagegen lobt die Bundesregierung, die nur kurzfristig bestandene Chance zur Wiedervereinigung ergriffen zu haben: „Wir wissen heute noch besser als im vorigen Jahr, wie kurz die politisch-geschichtliche Chance war, die sich uns bot, und daß sie verstrichen wäre, wenn wir sie nicht sofort genutzt hätten. Die Bundesregierung hat in der gegebenen historischen Situation schnell und zukunftsgerichtet gehandelt" (17. Oktober 1991). In derselben Sitzung klagt Christian Neuling (CDU) die PDS an, dass diese mit der Sicherung des SED-Vermögens eine Chance ungenutzt gelassen hat: „Sie hätten möglicherweise eine politische Chance gehabt, wenn Sie den Mut gehabt hätten, zu sagen: Wir fangen als neue linke Partei an" (ebenda). Er lässt offen, ob es besser gewesen wäre, eine unbelastete linke Partei zu gründen als eine, der man die Fortsetzung der SED-Tradition vorwerfen kann.

Schon früher gab es Beispiele, die auf gegenwärtige oder künftige Chancen bezogen sind. Erika Wolf (CDU) hebt eine nicht anerkannte Chance hervor, die als Nebenfolge der politischen Entscheidungen entstanden ist: Wir „haben … nicht erkannt, welche politische Chance uns die Beschäftigung von Menschen aus Südeuropa für die Einigung Europas geboten hat" (11. Oktober 1967). Dies bleibt eine aktuelle These.

Eine einmalige Chance für die europäische Integration sieht Außenminister Walter Scheel (FDP) in Großbritanniens Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft:

> Heute erleben wir, daß Großbritannien eine Wendung macht, die niemand in der Vergangenheit vermutet hätte, eine Wendung zum Kontinent hin. Dies ist eine einmalige politische Chance, die jetzt, in der Zeit, in der sie besteht, genutzt werden muß. Wenn wir diese politische Chance nicht jetzt nutzen, meine Damen und Herren, dann könnte sie vorübergehen und ungenutzt bleiben, und das könnte am Ende die westliche Welt als Ganzes schwächen, die wir aber durch unsere Politik gestärkt haben wollen. (20. Oktober 1969)

Diese Chance, die der Rücktritt De Gaulles eröffnet hat, und die in den Augen Scheels eine überraschende „Wendung zum Kontinent" bewirkt hatte, war wohl nicht dauerhaft. Bedeutsam ist hier die Einsicht in die zeitliche Begrenztheit der Chance.

Zur Chance im Singular gehört auch der bewusste Ausschluss der Chancen für extremistische oder antidemokratische Kräfte. Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) deklariert: „Wir sind stolz darauf, daß wir in diesen sieben Jahren dazu haben beitragen können, daß in diesem Lande Kommunisten und

Faschisten keine politische Chance haben" (11. Mai 1976). Nach Hugo Brandt (SPD) gilt: „Immerhin haben wir gemeinsam erreicht, daß antidemokratische Parteien von rechts wie von links bei uns keine politische Chance haben" (15. Februar 1979).

Uwe-Jens Heuer (PDS) referiert einen Bericht: „Auf der ersten Seite des Berichts ist davon die Rede, es ginge darum, daß bestimmte Kräfte nie wieder eine politische Chance erhalten sollen" (17. Juni 1994). Man fragt sich, ob er sich selbst unter diesen Kräften vermutete. Ein Fall, in dem eine politische Chance gegen die etablierte Praxis gesehen wird, besteht nach Konrad Weiß (Grüne) in Mozambik: „Auch in Mosambik mehren sich die Anzeichen, daß statt der Waffen die politische Vernunft eine Chance erhält" (10. Oktober 1991).

Die Rede von der einzigen Chance benutzt etwa Kurt Spitzmüller (FDP) in der Gesundheitspolitik für eine Policy-Alternative: „Der Weg eines gespaltenen Pflegesatzes … war die einzige politische Chance, zu einer Beseitigung der Defizite im Krankenhauswesen zu kommen" (1. März 1972). Da im Parlament die Abwägung der alternativen Chancen die Regel ist, ist diese These kaum glaubhaft.

Gründe für eine singuläre Chance liefert der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel: „Gemeinsamkeit zwischen Opposition und Regierung … ist eine politische Chance, um deren Ausfüllung und deren Gestaltung, um deren Nutzung im Interesse der Republik Sie sich als Bundeskanzler zu bemühen haben" (19. September 1984). Von der Nutzung einer fraktionsübergreifenden Chance spricht auch Lars Klingbeil (SPD): „Nutzen Sie die Chance, eine politische Mehrheit zu finden, die über Ihre eigenen Fraktionen hinausgeht" (6. Mai 2010). Diese Beispiele verweisen auf *politicking* im Verhältnis zwischen Regierung und Oppositionen.

In der unkonventionellen Allianz zwischen der Münchener CSU und den Grünen sieht Hannegret Hönes (Grüne) eine Chance für den Tierschutz: „Wir fordern Sie alle, meine Damen und Herren, auf, die verfehlte Vorlage zu verwerfen und die politische Chance zu nutzen, unverzüglich ein Tierschutzgesetz zu erarbeiten, das diesen Namen auch verdient" (17. April 1986, s. auch Albert Schmidt, Grüne, 7. Juni 2002). Eine gelegentliche Gemeinsamkeit in Policy-Fragen ermöglicht nicht nur eine Zufallsmehrheit, sondern sie kann auch die Grenze der Koalierbarkeit zwischen Parteien überwinden. Jenseits der konventionellen Scheidelinien in einer spezifischen Policy-Frage verweist auch Kerstin Naumann (PDS) auf die Möglichkeit überparteilicher Mehrheiten im Kontext eines tiermedizinischen Skandals, der „die Chance für ein politisches Überdenken" enthält (7. Juni 2002).

Norbert Mann (Grüne) sieht eine Chance zum Umdenken der Parteienfinanzierung: „Durch die Klagen der GRÜNEN beim Bundesverfassungsgericht sowohl zu den Parteistiftungen als auch zur Parteienfinanzierung besteht für uns auch die politische Chance, dieses Problem noch einmal aufzugreifen" (12. September 1985). Norbert Gansel (SPD) sieht in der „strukturellen

Nichtangriffsfähigkeit“ der Bundesrepublik verteidigungspolitisch „eine große politische Chance“ (19. September 1986). Beide Beispiele verweisen auf Besonderheiten der *polity*, die oberhalb der parteigebundenen Scheidelinien des *politicking* gestellt werden.

Der Begriff Chance wird rhetorisch sowohl als Voraussetzung des Handelns – Chance von – als auch als Perspektive zum Handeln – Chance zu – benutzt. Beide Aspekte sind eng verbunden in der europäischen Integration. Nach Außenminister Klaus Kinkel (FDP) gilt: „Die erste Präsidentschaft des wiedervereinten Deutschlands bedeutet eine besondere politische Chance, aber eben auch eine besondere Verpflichtung“ (29. Juni 1994). Der bayerische Ministerpräsident Eduard Stoiber (CSU) beurteilt die Osterweiterung der EU: „Wir haben die politische Chance, Mitteleuropa nach Europa zu holen“ (7. Dezember 1995). Adolf Roth (CDU) sieht in der „Teilnahme Deutschlands an der Europäischen Währungsunion … eine klare Chance in Europa … Wir werden die politische Chance auch nutzen“ (25. November 1997).

Die beiden Aspekte der Chance für die EU wurden unter der rot-grünen Bundesregierung gestärkt. Werner Schulz (Grüne) betonte emphatisch: „Die Erweiterung der Europäischen Union nach Osten und Südosten ist eine politische Notwendigkeit und Chance. Bündnis 90/Die Grünen wollen die zügige Erweiterung“ (27. Juni 2002). Für Außenminister Joschka Fischer (Grüne) „bedeutet es eine enorme wirtschaftliche wie auch politische Chance, dass sich dieses Europa erweitert“ (10. September 2003). Die europäische Integration erscheint als eine Polity-Ebene, deren spezifische Chancen jenseits innerdeutscher Streitigkeiten um das *politicking* liegen.

Politische Chance im Singular wird in der Regel als eine Frage des Entweder-Oder verstanden. Eine Ausnahme gibt es in der Rede des Naturwissenschaftlers des Schleswig-Holsteinischen Umweltministers, Berndt Heydemann (SPD):

> Mir erscheint es außerordentlich wichtig, meine Damen und Herren, daß wir die Lage sehr gründlich einschätzen, nicht so, daß wir dabei gleichzeitig sagen: Wir haben auch eine politische Chance. Sie muß vielmehr echt sein, gleichgültig, wie groß die politische Chance zum Handeln noch ist. Das heißt, wir brauchen eine gute naturwissenschaftliche Analyse. Sie besagt, daß – ich schätze einmal – 10 % bis 15 % der Schäden in Nord- und Ostsee bereits irreversibel sind“. (7. Dezember 1988)

Wie messbar sind politische Chancen überhaupt? Schäden können messbar sein, aber davon zur Quantifizierung der politischen Chancen zu gelangen ist eine illegitime Vereinfachung. Die Messungen ironisierend aber Grade der Chancen unterscheidend spricht Martina Bunge (Linke) von fairen Chancen: „Wir brauchen endlich eine Politik, die die Menschen wieder mitnimmt, eine Politik, die sozial gerecht ist, eine, die den Menschen faire Chancen bietet, die höher sind als die auf einen Lottogewinn“ (4. Dezember 2008).

Analog zur Diskussion des politisch Möglichen stehen die Ansätze zur Beurteilung der Chancen. Thomas Dehler (FDP) beruft sich auf die Einmaligkeit der Chancen in der dramatischen *kairos*-Situation: „Es ist ein Gesetz der Geschichte, daß sie Möglichkeiten, die sie Chancen immer nur einmal gibt. Und es ist die große Aufgabe des Politikers, das Gefühl für die Chance zu haben und sie zu nützen" (7. Oktober 1954). Carlo Schmid (SPD) spricht in einem lockeren Sinn davon, wie ein Minister die Chancen beurteilt: „Darum kann es einem Minister nicht verwehrt werden, sich durch sein Verhalten Stützen für seine politischen Chancen zu verschaffen" (25. Oktober 1962). Später sind diese Formalisierungen der Chancen, die weniger überzeugend klingen als Ansätze, die das politisch Mögliche zu beurteilen anstreben, nicht mehr unternommen worden.

Obwohl für Politik als Handeln die Rede von der Chance im Singular konstitutiv ist, wird das Wort zunehmend im Plural gebraucht. Damit verliert der Begriff seine Einmaligkeit und verweist, wie bei Max Weber, auf mehrere in der aktuellen Situation verfügbare Chancen. Wie bei politisch Möglichem werden diese vielfach im Sinne einer Maximierung oder Optimierung gebraucht.

Ein typisches Feld ist die Entwicklungspolitik. Schon Erhard Eppler (SPD) als Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit in der ersten großen Koalition spricht in diesem Sinne: „Wir sollten vielmehr versuchen, die darin liegenden neuen Aufgaben sorgfältig zu prüfen und die politischen Chancen, die sich dabei abzeichnen, zu ergreifen" (16. Januar 1969). Sein späterer Nachfolger Carl-Dieter Spranger (CSU) spricht von Chancen für die Adressaten: „Der Zusammenschluß der Staaten des südlichen Afrikas zur sogenannten Koordinierungskonferenz für die Entwicklung des südlichen Afrikas ist eine wesentliche Voraussetzung für die volle Nutzung der vorhandenen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Chancen in der Region" (10. Oktober 1991, s. auch Walter Riester, SPD, 17. Januar 2008 sowie Dagmar Wöhrl, CDU und Karin Roth, SPD, beide 14. Juni 2013).

Das Zitat von Martina Bunge verweist auf Chancengleichheit, ein Terminus, der nicht mit der Möglichkeitssprache zu ersetzen ist. Für Maria Eichhorn (CSU) gilt: „Frauenpolitik ist Politik für Chancengleichheit" (16. April 1996), während Hubertus Heil (SPD) dessen Bedeutung für die Studierenden betont: „100 000 Studierende zusätzlich haben jetzt die Chance, BAföG zu bekommen, und das BAföG ist um 10 Prozent gestiegen. Das ist ein Wort und ganz konkrete Politik für Chancengleichheit" (6. September 2016). Konzeptionell ist der Begriff insofern problematisch, als man Chancengleichheit durch eine Reduktion der vorhandenen Chancen nach unten auch erreichen kann.

In der Regel setzt die Rede von der Chance ihre An- oder Abwesenheit voraus, das Plural Chancen führt jedoch zur weiteren Frage, welche Chancen gemeint sind und wie man sich zu der Vielfalt der realen Chancen zu verhalten hat. Einige Redner sehen Risiko oder Gefahr als Gegenbegriffe für Chance,

etwa in der Gentechnologie (s. Wolf-Michael Catenhusen, SPD, und Karl-Hans Laermann, FDP, 25. Mai 1984). Nach dem Mauerfall sagt Eckhard Stratmann (Grüne): „Eine wachsende Zahl von GRÜNEN, zu denen ich auch gehöre, sieht in der Einheit der Deutschen, auch in der staatlichen Einheit, mehr politische Chancen als Gefahren“ (28. November 1989). Hier geht es um die Abwägung und Bewertung der bestimmten, einander ausschließenden Chancen, und darum welche Chancen zu befürworten sind. Für Max Weber waren auch Risiken und Gefahren Chancen besonderer Art, was eine vorurteilsfreie Abwägung in Fällen, wo es keine *a priori* Bewertung der Chancen gibt, ermöglichen würde, etwa in der Um- oder Aufwertung der als Nebenfolgen erscheinenden unbeabsichtigten Chancen.

5.4.6 Die Möglichkeitskontingenz der Politik

Das politisch Mögliche ist ein rhetorischer Begriff mit einem reichen Spektrum an Gebrauchsweisen. Einige Redner setzen voraus, dass die Mitglieder des Bundestags die rhetorische Nuance verstehen, andere heben dies besonders hervor, mehrfach spekulieren die Benutzer vielleicht damit, dass die Formeln so mehrdeutig sind, dass dies ihre parlamentarische Akzeptanz erhöhen könnte.

Die Beispiele der Abschnitte in 5.4 verweisen auf unterschiedliche Gesichter der Politik als kontingente Aktivität, die hier kurz zusammengefasst und in ihren weiteren Implikationen diskutiert werden. Sie veranschaulichen die Vielfalt der Interpretationen des Verhältnisses von Möglichkeit und Politik überhaupt. Das Verhältnis zwischen den Begriffen möglich, unmöglich, notwendig und Chance erweist sich als komplex und bedarf einer Erläuterung.

Die Rede von ‚politisch unmöglich’ verweist primär auf praktische Grenzen der Veränderbarkeit der Situation oder auf die gegnerische Politik als Hürde gegen bestimmte Möglichkeiten. In einem extremen Fall, wie bei Helmut Schmidts Stellung zur RAF, werden die Grenzen der Politik überhaupt angedeutet. ‚Politisch notwendig’ wird auch mehrfach als rhetorisches Mittel, um die Gegenseite zum Schweigen zu bringen, benutzt, doch erkennt man in Grenzfällen Hinweise auf die klassische Figur der Staatsräson, der man ‚das politisch Mögliche’ anzupassen hat.

Den minimalistischen Grenzfall bildet die Anpassung an das Mögliche. Als Schachzug in der Debatte enthält diese Art Politik eine Strategie, die Risiken minimiert und sich dadurch einem Mindestmaß von Veränderungen ausgesetzt zu sein glaubt. Diese Interpretation findet man am ehesten in den Belegen zur ‚Kunst des Möglichen’. Dies ist aber auch mit einer maximalen Ausnutzung der als politisch verfügbaren erkannten Möglichkeiten verbunden, wie man sie in der Deutschlandpolitik und auch in der europäischen Integrationspolitik sowohl betonte als auch praktizierte.

In diesen Zusammenhängen findet man auch eine Gradierung des Möglichen als Realisierbares mit dem Superlativ möglichst oder Ausdrücken wie ‚alles Mögliche' oder ‚das Menschenmögliche'. Dies kann als Ansporn zu gesteigerten Anstrengungen, um das ‚beste Mögliche' zu erreichen, verstanden werden. An diesen Topos knüpfen auch das Erreichbare oder das Realisierbare, die die ‚objektiven Möglichkeiten' (im Sinne von Weber 1904, 1906) von den bloß denkbaren unterscheiden. Nach der Wende von 1989 erfreuten sich einige Redner der Beseitigung dieser Ohnmachtserfahrung und behaupteten, dass etwas früher politisch Unmögliches jetzt möglich geworden sei, während andere die weitere EU-Integration gerade in diesem Kontext hervorhoben.

Das politisch Mögliche kann unterschiedliche Zeitbezüge haben. Die phänomenologische Tradition von Husserl bis Koselleck verbindet das Mögliche mit dem Zukünftigen. Diese Sicht passt schlecht zur parlamentarischen Zeitpolitik, die Fragen auf der Tagesordnung bzw. das Agenda-Setting behandelt. Dagegen spielt die Figur des Kairos, der Chance einmalige Gelegenheiten zu ergreifen, eine prominente Rolle in den Debatten. Zwar gibt es kaum Hinweise auf die vergangenen, verpassten realistischen Chancen, etwa auf jene einer Vermeidung der Naziherrschaft. Dagegen gibt es durchaus Beispiele davon, wie einige politisch mögliche Sachlagen verhindert bzw. unter härteren Bedingungen beibehalten werden können.

Die Rede von Kairos ist in einigen Zusammenhängen auch mit Sinn oder Augenmaß für das politisch Mögliche verbunden, also mit der Kompetenz, Möglichkeiten zu beurteilen. Wenn das Möglichkeitsurteil oder -bewusstsein der Akteure zum Gegenstand der Reflexion wird, werden die Parlamentarier selbst zu Theoretikern der Politik. Sie verstehen die gegenwärtigen Möglichkeiten und Chancen, einschließlich ihrer zeitlichen Befristung, als einen zentralen Aspekt des Gegenstands der Politik als kontingentes Handeln.

Die Urteile zum politisch Möglichen beziehen sich auf eine Situation, die sowohl auf die Vergangenheit als auch auf die Zukunft verweist und in der das Handeln der Akteure und die politische Konstellation in ihrer Vielfalt und Komplexität gemeint werden können. Die Nicht-Ersetzbarkeit der Chancen mit Möglichkeiten bezieht sich auf die größere Singularität einer bestimmten Chance für die Akteure im Verhältnis zur Möglichkeit. Im Laufe der Jahrzehnte ist im Bundestag dieser Unterschied relativiert worden, und die Rede von politischen Chancen im Plural hat in einigen Kontexten die Rede vom politisch Möglichen ersetzt. Damit verliert die Rede von der Chance tendenziell den Sinn eines einmaligen Kairos und wird entdramatisiert: Irgendwelche Chancen politisch zu handeln, gibt es immer, obwohl keine von ihnen ‚gut' sein muss, und trotzdem eine Wahl zwischen ihnen zu treffen ist.

Weiter besteht jedoch die Tendenz, dass die Chancen von Risiken und Gefahren abgegrenzt werden. Jedoch ist im Begriff des Risikos immer auch die Chance enthalten – außer bei Weber auch etwa in der Risikogesellschaft Ulrich Becks (1986) – was eine Formalisierung des Chancenbegriffs und damit die

Trennung der Dimension des Möglichen von der Bewertung klarer machen könnte.

Somit sind politische Chancen auf die Akteure gerichtet und weniger auf die Konstellation bezogen als auf das politisch Mögliche, Realisierbare oder Erreichbare. Mit Chancen im Plural wird das Resultat des Handelns offener für konkurrierende Profile politischer Alternativen verstanden, einschließlich ihrer schwer einschätzbaren aber immer vorhandenen Nebenfolgen. Diese können auch als neue, unerwartete und vielleicht von den Akteuren unverdiente Chancen identifiziert und politisch thematisiert werden.

Verglichen mit den inhaltlosen Steigerungen von politisch, enthält der Topos des politisch Möglichen ein Verständnis, dass das Mögliche durchaus umstritten ist, und die Emphase des politisch Möglichen ist ein rhetorischer Schachzug, auch wenn die Gegenposition nicht erwähnt wird oder es kaum Debatten darum gibt, ob die Möglichkeit realistisch ist oder nicht. Die Beispiele zeigen, dass es innerhalb dieses Topos mehrere Interpretations- und Handlungsweisen gibt, die in bestimmten Fällen einander ausschließen, in anderen eher vereinbar sein können.

5.5 Aspekte der politischen Betrachtungsweise

Vom adverbialen *politisch* ausgehend, habe ich in diesem Kapitel die politische Betrachtungsweise im Bundestag in unterschiedlichen Weisen thematisiert. Wenn man die vier Aspekte von Politik als Handeln beachtet, stecken in den Details beachtenswerte Schwerpunkte. Die Veränderungen im Laufe der 68 Jahre Bundestag sind bedeutsam, weil sie nicht immer in die gleiche Richtung gehen wie die Wortkonstellationen.

Wieder ist zu notieren, dass Policy-Fragen im Bundestag nicht als besonders politisch erscheinen. Die Belege für ‚rein politisch' enthalten die Tendenz, den Ausdruck *politisch* eng an das *politicking* zu binden, gegen die Betonung der Autonomie von *policies* und den Vorrang der *polity*, in denen keine radikalen Unterschiede zwischen den Parlamentsparteien angenommen werden. Was als ausgesprochen, offensichtlich oder eminent politisch erscheint, verweist ebenfalls auf die Überschreitung der Policy-Ebene, mit der Betonung entweder des *politicking* oder der *polity.* Das *politicking* wird vor allem im Verhältnis zwischen Regierung und Opposition oder zwischen den Parteien, als legitim und sachgemäß erkannt. Trotzdem bleibt es letztlich den Fragen der *polity* untergeordnet.

Kennzeichnend für die beiden Dimensionen ist, dass politisch als eine Frage des Grades oder der Steigerung der Aktionen verstanden wird. Was den Inhalt von politisch bildet, wird in diesen Zusammenhängen mit Absicht nicht ge-

nauer thematisiert. Zu dieser Deutung passt, dass mehrere dieser Ausdrücke am meisten in den ersten beiden Legislaturperioden des Bundestags gebraucht wurden und danach seltener geworden sind, obzwar sie in Phasen der harten Auseinandersetzung, wie in den späten Regierungsjahren Helmut Schmidts, eine gewisse Reaktivierung erhielten. Ab den achtziger Jahren wurde das Politikvokabular mit neuen Wortverbindungen bereichert und die Mehrdimensionalität des Begriffs zog in die Debatten ein. Danach waren Gradierungen von politisch nicht mehr ohne weiteres verständlich und mussten auf spezifische, relativ unumstrittene Kontexte begrenzt werden.

Gradunterschiede von politisch sind auch im Verständnis des ‚politisch Möglichen' zu finden. Diese Beispiele verweisen auf unterschiedliche Einschätzungen der Frage, inwieweit in diesen Zusammenhängen Politik betrieben werden kann, und im Gegensatz zu Debatten, ob es in einer – vergangenen, zukünftigen oder gegenwärtigen – Konstellation überhaupt möglich ist, eine bestimmte Art der Politik zu praktizieren.

Die ‚realpolitische' Deutung, die die Ansprüche minimiert, geht offenbar vom Vorrang der *polity* sowohl über *policies* als auch über *politicking* aus. In der als ‚politisch notwendig' verkleideten Staatsräson wird angestrebt, sowohl Finanzpolitik als *policy* als auch das Regime als *polity* vor *politicking* oder gar *politicisation* zu schützen.

Wenn verschiedene Chancen im legitimen Profil zur Wahl gestellt werden, bleiben die Policy-Fragen sekundär, sowohl dem *politicking* als auch der *polity* untergeordnet. In der *polity* werden Möglichkeiten und Chancen zunehmend auf der supranationalen Ebene gesehen. Die erweiterten Chancen werden *per se* nicht als *politicisation* präsentiert, trotzdem kann man davon indirekt sprechen, ebenso wie in den Belegen zum Möglichkeitsbewusstsein. Dies gilt sowohl der zunehmenden Akzeptanz der Kontroversen, die Erweiterung des politisch Möglichen steigert die Chancen für *politicking*, als auch einem Verständnis der Polity-Ebenen jenseits juristisch-konstitutionellen sowie jenseits des nationalstaatlichen Rahmens, was als weitere Merkmale der *politicisation* sowohl das Leben der Abgeordneten als auch das der Bürger betrifft.

6. Handlungsverben der Politik

Für das Verständnis von Politik als kontingentes Handeln im Sinne der Möglichkeitssemantik und -rhetorik sind die Verben, die das kontingente Handeln zum Ausdruck bringen, von primärer Bedeutung. Die Verben sind im gewissen Sinne das Kernstück des kontingenten Handelns, sie enthalten nicht nur die Bedeutung, dass das Anders-Handeln möglich ist, sondern drücken auch verschiedene rhetorische Gesichter der für die Politik charakteristischen Kontingenz aus.

Welches sind die verbalen Ausdrücke, die auf die vielfältigen Gesichtspunkte der Politikkontingenz aufmerksam machen? Die begriffsgeschichtliche Forschung hat sie bisher kaum behandelt. Meine Politiktypologie (Kap. 1.2), die Einteilung der Aspekte der parlamentarischen Handlungen (Kap. 1.3) sowie meine Klassifikation der Politiktopoi (Palonen 2006) liefern jedoch einige Anhaltspunkte für ein Repertoire der Handlungen, das mit dem aktuellen Verbgebrauch im Politikvokabular der Debatten konfrontiert werden kann.

Die bisherige Darstellung verweist auf ein Grundmuster der Thematisierung der Politik im Bundestag, nämlich auf die politische Bedeutung der Ausdrücke, die den Policy-Aspekt überschreiten. Im Folgenden habe ich Policy-zentrierte Verben wie ‚Politik verwirklichen' oder ‚Politik fortsetzen' ausgeklammert, da sie eher die Kontingenz reduzieren als deren Präsenz behaupten. ‚Politik akzeptieren' oder ‚Politik unterstützen' verweisen ebenfalls auf eine passive Zustimmung für die Politik der anderen anstatt auf die eigene Art, politisch zu handeln. Die Parlamentarier als politische Akteure können darin nur im Sinne der epideiktischen Rhetorik der *policy* der Regierung applaudieren, sie ratifizieren oder ablehnen.

Einen Gegenpol zur Kontinuität einer *policy* bietet die punktuelle Diskontinuität, die mit Formeln wie *Politik beschließen*, *Politik bestimmen* angesprochen wird. Diese Diskontinuität ist insofern kontingent als die Beschlüsse jeweils auch anders sein können. Wenn aber in der parlamentarischen Politik die Entscheidung die letzte Phase der Debatte bildet, überdramatisiert diese Diskontinuität der Kontingenz die Instanz des Übergangs, wenn es zu spät ist, anders zu handeln. Mit Hannah Arendt (1958/60) gesprochen würde diese Perspektive Politik auf das Herstellen der Beschlüsse reduzieren, wie es umgekehrt bei der Reduktion des Parlaments auf die Gesetzgebung ist, in der die politische Bedeutung der vorangehenden Debatten unterbewertet wird.

6.1 Thematisierung der Politik-Verben

Politik machen dürfte in der Umgangssprache das häufigste Verb für Politik sein. Es enthält die Nuance eines einzelnen Akteurstypus, des ‚Machers'. Verglichen mit ‚politisch möglich' hat auch ‚politisch machbar' die Nuance der Realisierung eines Ziels vor Augen, d. h. einer Reduktion der Kontingenz, die mit *policy* im Sinne des englischen *policy-making*, aber nicht mit anderen Politikaspekten vereinbar ist.

Politik treiben enthält die Kontingenz im Sinne eines offenen Ausgangs. Es ist der übliche Terminus für Politik als Handeln bei Max Weber und passt auch zu Arendts Verständnis von Politik als Handeln. Bei der Durchsicht der Bundestagsdebatten zeigt sich, dass ‚Politik treiben' der digitalen Suche zufolge 98 Mal benutzt wurde, aber seit den achtziger Jahren kaum mehr in Gebrauch ist, was mich zu einer Spekulation über die Gründe veranlasst hat.

Politik betreiben wird in Bundestagsdebatten nach der digitalen Suche über 500 Mal benutzt, die Auswahl habe ich teilweise mit dem Relevanzkriterium getroffen. ‚Politik betreiben' hat eine starke Policy-Konnotation, es ist auf ein bestimmtes Ziel gerichtet oder auf einen Zweck hin orientiert, die Realisierung bleibt offen, für die *policy* wäre sie jedoch erstrebenswert. Es gibt allerdings auch mehrere Belege, die den Policy-Aspekt überschreiten.

Für den Handlungsbegriff sind die Ursprünge der Politik, die politische Initiative besonders bedeutsam. Es ist das, was Albert O. Hirschman (1970) mit *voice* ausdrückt. Dafür gibt es in der deutschen Sprache mehrere Kandidaten: ‚Politisch oder in die Politik einmischen bzw. eingreifen', einen ‚politischen Einspruch' gegen den herrschenden Zustand erheben anstatt der bloß bürokratischen Art, Probleme zu behandeln. Dazu kommen mit Verweis auf Hannah Arendts Begriff des Handelns als Anfangen-Können, etwa ‚Politik initiieren, einleiten, eröffnen', und im Parlament ‚Politik auf die Agenda setzen' in Frage. Dazu reicht ein einzelnes Verb selten, andere linguistische Formen müssen beachtet werden.

Als eine weitere Stelle des Umbruchs, die sozusagen eine *voice* inmitten der laufenden Vorgänge markiert, kann man ‚Politik wenden' ‚Politik wechseln' oder auch ‚Politik umkehren' thematisieren. Im deutschen Nachkriegskontext sind zwei Ereignisse mit der einfachen Figur der ‚Wende' bezeichnet worden, nämlich die von Helmut Kohl 1982/83 mit dem Regierungswechsel beanspruchte „geistig-moralische Wende" und die

‚Wende' als eine metonymische Umschreibung für den Zerfall des DDR-Regimes, die als ein weicherer Ausdruck für Revolution steht.

Als letzten Subtopos der verbalen Kontingenz diskutiere ich die Rhetorik der Beurteilung der Stärken und Schwächen der jeweiligen Anträge auf der Tagesordnung als Vergleich und Rangordnung von Alternativen. Die politische Urteilskraft unter Abgeordneten kann mit Verben wie ‚Politik/politisch urteilen,

beurteilen, abwägen, einschätzen' analysiert werden. Es werden sowohl vergangene, gegenwärtige als auch künftige Aktionen und Pläne oder vergangene Ereignisse und Prozesse nach ihrer Qualität beurteilt, eingeschätzt oder abgewogen.

6.2 Politik machen

Für *Politik machen* findet die digitale Suche in den Archiven des Bundestags Belege in über 400 Debatten. Ich habe mich daher für die exakte Wortform ‚macht Politik' entschieden und ca. 50 Beispiele in 19 Reden gefunden, in denen diese Formel im von mir intendierten Sinne des Handelns von bestimmten Akteuren – und nicht ‚der Politik' als Akteur (wie etwa bei Anette Kramme, SPD, 20. Februar 2013) – benutzt wird.

Wer ‚macht Politik' in diesen Beispielen? Es ist häufig ein Akteur außerhalb des Bundestags, „die ausländische Presse" (Hans Reif, FDP, 10. Juli 1952), der südafrikanische Präsident, „So kann man auf Dauer keine Politik machen" (Helmut Schäfer, FDP, 19. Juni 1986) oder der türkische Premier, „Ministerpräsident Erdogan macht Politik als Machtpolitik" (Gunther Krichbaum, CDU, 12. Juni 2013).

Das Politikmachen der jeweiligen Regierung wird vielfach verworfen, wie Walter Fisch (KPD) mit einem Wortspiel gegen Bundeskanzler Adenauer zeigt: „Wer so spricht, der macht keine deutsche Politik, sondern der macht Politik im Interesse einer fremden Macht" (24. Juni 1953). Auch andere Abgeordnete benutzen den Ausdruck zur Regierungskritik, wie Franz-Josef Strauß (CSU) gegen Willy Brandts Ostpolitik mit einem Churchill-Zitat von 1938: „Wie ein demokratischer Staat gegenüber einer totalitären Macht Politik machen soll" (24. Februar 1972). Andere Beispiele: „Dies ist Ihre Schmutzkampagne in diesem Wahlkampf. So wollen Sie Politik machen" (Joachim Müller, Grüne, 19. Juni 1986), „Rot-Grün macht Politik für die Großen" (Birgit Homburger, FDP, 21. März 2002), „Die Koalition macht Politik mit sozialer Schieflage" (Katja Dörner, Grüne, 1. Juli 2010). Zur Verteidigung der Politik, die die eigene Regierung ‚macht' sagt Minister Norbert Blüm, CDU), „Diese Regierung macht Politik für die Schwachen" (15. Oktober 1982); nach Yvonne Magwas (CDU) gilt: „Die Union macht Politik für alle Menschen im Land" (29. Januar 2015).

Origineller ist, wie Wolfram Dorn (FDP) den CDU-Fraktionsführer Rainer Barzel zitiert, der fordert: „Es müsse jetzt endlich Politik gemacht werden, anstatt Debatten in Wolkenkuckucksheimen der Illusionen zu führen". Dorn antwortet darauf: „Diese Bundesregierung macht Politik", und erhält den Zwischenruf von Barzel: „Im Wolkenkuckucksheim!" (27. Mai 1970). Cem

Özdemir (Grüne) skizziert während der rot-grünen Koalition eine Modellopposition, um die aktuelle zu treffen: „Eine gute Opposition ist immer eine Regierung im Wartestand … Sie regiert mit und macht Politik so, dass das, was sie in der Opposition fordert, auch umgesetzt werden kann“ (21. Februar 2002).

Michael Müller (SPD) zitiert den „französischen Philosophen“ Paul Virilio über die Bedingungen der Politik überhaupt: „Virilio stellt die These auf, daß wir in der Welt einen Kampf zwischen der Politikerklasse und der Medienklasse erleben, und zwar nach dem Motto: Wer macht Politik?“. (5. September 1995) Volker Beck (Grüne) ironisiert einen Politikstil: „Wer nun ein Problem damit hat, diesem Recht zur prozessualen Umsetzung zu verhelfen, der macht Politik nach dem Motto: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“ (10. Mai 2012). Peter Glotz (SPD) sieht, dass auch diejenigen Politik machen, die dies nicht einsehen (13. Dezember 1973, Zitat im Kap. 2.4). Gemeinsam ist diesen Beispielen, dass *Politik machen* auf einen primären Akteur, verweist. Das für parlamentarische Politik charakteristische *pro et contra*-Handeln ist mit dem Machen-Vokabular unvereinbar, obzwar zumindest Glotz beide Denkfiguren zusammen benutzt.

Diese Belege können mit den Formeln *politisch machbar* (21), *politisch erreichbar* (11) und *politisch realisierbar* (6) analysiert werden. Gemäß der Tradition der *Realpolitik* beziehen sich viele davon auf die Grenzen des Machbaren. Claudia Nolte (CDU) zitiert für ihre Anti-Abtreibungslinie Bismarck: „Von Bismarck stammt der Satz: Politik ist die Kunst des Möglichen. Wer die Tötung menschlichen Lebens rechtfertigt, überschreitet das, was politisch machbar ist, machbar sein darf. Denn es steht der Politik nicht an, menschliches Leben zu qualifizieren“ (25. Juni 1992). Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle (CSU) will Politik aufs Machbare begrenzen: „Man hat in der Politik nie die Wahl zwischen absoluten Wünschen, sondern immer nur die Wahl zwischen dem, was politisch machbar, und dem, was sachlich notwendig ist“ (29. März 1984). ‚Sachlich notwendig’ verweist auf das Hindernis etwas politisch zu erreichen, das außerhalb der Politik liegt.

Noch weitere Christdemokraten wollen die Grenzen des ‚politisch Machbaren’ aufzeigen. Im Kontext des Antrags zum konstruktiven Misstrauensvotum, mit dem Ziel Kanzler Brandt zu stürzen und sich an seine Stelle zu setzen, formulierte Rainer Barzel (CDU): „Nicht Illusionen zu wecken, Versprechungen zu machen oder Träume zu nähren, sondern die Grenzen des politisch Machbaren zu erkennen und hier ehrlich die Wahrheit zu sagen und dem zu folgen, das ist die zweite Lehre, die sich aus diesem Scheitern anbiete“ (22. September 1972).

Landwirtschaftsminister Josef Ertl (FDP) spielt die Grenzen des Machbaren in der europäischen Integration an: „Orientieren wir uns daher am politisch Machbaren. Alle Überlegungen müssen sich dabei im Rahmen des gegenwärtig bestehenden Agrarsystems halten, um in Brüssel konsensfähig zu sein“ (19. März 1980). Er zieht aber den Schluss, das Bestmögliche im Rahmen des

Machbaren zu erreichen. Andreas Schockendorff (CDU) unterstreicht ebenfalls: „Aber Maastricht ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zum europäischen Bundesstaat. Bei den Verhandlungen ist die Bundesregierung an die Grenzen des jetzt politisch Machbaren gegangen“ (8. Oktober 1992). Zugeständnisse sind für beide notwendig, um überhaupt Entscheidungen der EG zu ermöglichen.

Das politisch Machbare gilt auch innerhalb der Koalition. Friedrich Hölscher (FDP) beachtet die Mehrheit der CDU-Opposition im Bundesrat: „Wir bedauern, daß sich die notwendige Mehrheit nicht gefunden hat, zu einer Verbesserung zu kommen, die wir allerdings in der Tat für eine Verbesserung im Rahmen des zur Zeit politisch Machbaren halten“ (4. Juli 1980). Die Perspektive des kleineren Koalitionspartners hebt Christine Scheel (Grüne) hervor: „Das heißt für uns als Regierungspartei: Wir sind einen Weg gegangen, der auch politisch machbar ist, der eine starke Verbesserung der heutigen Situation bedeutet“ (4. Dezember 1998).

Politisch realisierbar und *politisch erreichbar* werden früh im Bundestag verwendet. Finanzminister Fritz Schäffer (CSU) spricht von Grenzen des politisch Erreichbaren: „Es ist feste Überzeugung des Bundesfinanzministers, … daß wir … allmählich an der Grenze dessen angelangt sind, was politisch überhaupt erreichbar ist“ (11. März 1954). Andere benutzen diese Ausdrücke für die Anstrengungen, um das Realisierbare bzw. Erreichbare in einem Parlament ohne die Mehrheit einer Partei zu verwirklichen, etwa bei Johannes Kunze (CDU): „Es gehört zur Politik, daß man, wenn man keine absolute Mehrheit hat, Kompromisse suchen und sich ehrlich auf das politisch Erreichbare zu verständigen versuchen muß“ (18. Juni 1954). Barbara Lüdemann (FDP) geht noch weiter: „Gemessen an der bisherigen Lage und an dem politisch Erreichbaren, dürfen wir es mit Fug und Recht als ‚viel’ bezeichnen. In der Politik ist alles relativ“ (10. April 1975). Relativ markiert hier die notwendige Kluft zwischen dem Ist-Zustand und den normativen Maßstäben, innerhalb derer es gilt, das politisch Erreichbare soweit wie möglich zu realisieren.

Von den Eingrenzungen in der Politik der Koalitionsregierung weicht Minister Walter Arendt (SPD) insofern ab, als er die Mitglieder der eigenen Fraktion davor warnt, in der Mitbestimmung mit weniger als dem politisch Erreichbaren zufrieden zu sein: „Sollten Mitglieder meiner Fraktion dem Antrag zustimmen und damit das auf dem Feld der Mitbestimmung derzeit politisch Erreichbare zerstören?“ (18. März 1976). In einer früheren Debatte stellt Walter Arendt neben dem politisch Realisierbaren auch ein eher technisches Kriterium dar: „Die Vorschläge sollen nicht nur politisch realisierbar, sie sollen auch praktisch durchführbar sein“ (8. Mai 1970).

Theo Waigel (CSU) beruft sich auf das politisch Realisierbare, um bestimmte Alternativen als völlig unrealistisch auszuschließen: „Zum EG-Agrarsystem kenne ich keine erfolgversprechende und politisch realisierbare Alternative“ (4. Mai 1983). Ingeborg Philipp (PDS) benutzt dagegen die For-

mel für die Skizzierung von neuen Alternativen: „Wir sind herausgefordert, politisch realisierbare Lösungsvorschläge zu unterbreiten" (4. März 1993).

Allgemein erscheinen *politisch realisierbar* sowie *politisch erreichbar* als pragmatische Komplemente des politisch Möglichen. Sie werden angestrebt, um es zu gradieren und um relativ wirksam das möglichst Beste aus der Situation herauszuholen. Für die Policy-Konzeptionen als wählbare aber miteinander unvereinbare Politiklinien wäre es durchaus denkbar, ‚Politik machen' als bewussten Wahlspruch einer konsequenten und zielgerichteten Regierungspolitik einzusetzen. Dies scheint im Bundestag eben nicht der Fall gewesen sein. *Politik machen* primär die anderen – insbesondere für die CDU- und FDP-Abgeordneten. Gegen jede Planbarkeit der Politik äußert sich Fritz Burgbacher (CDU): „Mit Recht hat jemand gesagt, daß es in der Politik unmöglich ist, so zu handeln, wie man sich etwa in einem Planspiel unter Gleichgesinnten in der Theorie die Dinge vorstellt. Politik geht immer vom Gewachsenen aus" (6. September 1967).

Politik auf *policy-making* zu reduzieren entspricht Hannah Arendts Kritik (1960) am Verständnis der Politik als Herstellen. Die Reduktion der Politik auf Herstellen ist unvereinbar mit der *Fortuna*-Kontingenz (s. Kosellecks Kritik an der Verfügbarkeit der Geschichte, 1979) ebenso wie mit der *Chance*-Kontingenz, wie vor allem Max Weber sie thematisierte. Die Kritik am Machbaren enthält eine Absage an die *Hybris*, die beansprucht, dass die Menschen mit Politik alles Mögliche erreichen können. In diesem Sinne stehen ‚Politik machen' und ‚politisch machbar' im Gegensatz zu Webers Verständnis Macht, Herrschaft, Staat usw. als Chancenbegriffe zu begreifen, die den Ausgang des Handelns offenlassen (s. Palonen 1998).

6.3 Politik [be]treiben

Max Weber benutzt in *Politik als Beruf* sowohl *Politik treiben* als auch *Politik betreiben* (1919, 35–36). In den Bundestagsdebatten wird ‚Politik treiben' in 31 Debatten in den zwei ersten Legislaturperioden benutzt, in insgesamt 81 Debatten bis zum Misstrauensvotum zur Regierung Schmidt 1982, und nur in 17 während der folgenden 25 Jahre. Hier interessiere ich mich primär für diejenigen Beispiele, die den Policy-Aspekt überschreiten. Die Beispiele von ‚Politik betreiben' habe ich selektiv analysiert, vor allem in zwei Wahlperioden nach 1983.

‚Politik treiben' bzw. ‚Politik betreiben' benutzt man sowohl für die eigene als auch für die gegnerische Politik, ebenso für die Politik in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Die Kritiker der Regierungspolitik haben dieser Epitheta wie „Adenauer-Politik" (Heinz Renner, KPD, 24. Oktober 1951) oder

„Westpaktpolitik“ und „Atom-Politik“ (Carlo Schmid, SPD, 7. Oktober 1954; 10. Mai 1957) gegeben. Als normative Kriterien für die eigene Politik kann man etwa „eine vorsorgliche Politik treiben“ (Michael Horlacher, CSU, 18. April 1951) oder das Prinzip aufstellen, „nur eine solche Politik zu betreiben, die mit den Grundsätzen der Humanität übereinstimmt“ (Max Becker, FDP, 29. April 1954).

Eine interessante Formel stammt von dem Finanzminister Fritz Schäffer (CSU): „Die Bundesregierung hat sich nicht auf die Bahn einer inflatorischen Politik und auch nicht auf die Bahn einer deflatorischen Politik treiben lassen“ (5. Mai 1950). Er setzt als Ideal das Policy-Gleichgewicht, das sowohl Inflation als auch Deflation vermeidet. Aber es ist nicht die Bundesregierung, die hier Politik treibt, sondern sie hat es geschafft, sich zu keiner der genannten Gefahren für ihre *policy* ‚treiben zu lassen'. Hier erkennt der Minister an, dass die Finanzpolitik der Bundesregierung keine souveräne Entscheidung ist, sondern dass dies auch von anderen Akteuren mitbestimmt ist, von denen sich die Regierung jedoch nicht ‚treiben lassen' darf.

Im frühen Bundestag wurden auch Zweifel laut, inwieweit die Bundesregierung überhaupt ‚Politik treiben' konnte. Es wurde gefragt, ob die Alliierten der Bundesrepublik überhaupt die Möglichkeit zulassen, eine eigenständige Politik zu treiben. Hans-Joachim v. Merkatz (DP) deklariert: „Wir haben nicht den Beruf und die Möglichkeit, Weltpolitik zu treiben“ (3. bis 4. April 1952). Hermann Ehlers (CDU) glaubt nicht, „daß wir eine Außenpolitik treiben müßten, die uns aus dem Objektverhältnis der beiden Weltmächte heraushole“ (5. Dezember 1952). Carlo Schmid (SPD) begründet diese Grenzen mit der Souveränitätsbegriff: „Was heißt denn ‚Souveränität'? Der Begriff bedeutet, daß ein Staat, ohne einen Dritten fragen zu müssen, die Politik treiben darf, die er glaubt treiben zu müssen“ (16. Februar 1956). Er zweifelt daran, ob die Bundesrepublik in diesem Sinne souverän ist.

Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) präsentiert einen weiteren Balanceakt: „Wenn die Wirtschaft nicht stabil ist, kann man keine stabile Politik treiben, und wenn die Politik nicht stabil ist, kann die Wirtschaft auch nicht stabil sein“ (22. Juni 1956). Das Gleichgewicht wird zum idealen Verhältnis zwischen der Wirtschaft und der *polity*, die Stabilität als normatives Policy-Kriterium zwischen diesen Aspekten vermittelt.

Auch später wird die Möglichkeit, Politik zu treiben, von der Überwindung bestimmter Sachzwänge abhängig gemacht. Günther Müller (SPD) will die Abgeordneten des Bundestags dazu befähigen:

> Wenn wir wirklich die Chancengleichheit in diesem Hause herstellen wollen, wenn wir den Abgeordneten in diesem Hause die Instrumente in die Hand geben wollen, die notwendig sind, um in einer so hoch technisierten Gesellschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts überhaupt noch Politik treiben zu können, dann leisten wir der deutschen Demokratie einen guten Dienst. (3. April 1968)

In diesem Beispiel wird ‚Politik treiben' nicht auf *policy* begrenzt, sondern sowohl *politicking* als auch *polity* sind gemeint. Hasso v. Manteuffel (FDP) verweist eher auf *politicking.* Nach ihm kann der Westen bzw. die Bundesregierung dem Ostblock gegenüber „eine elastische und geschmeidigere Politik treiben" (4. Mai 1956; 6. Juli 1956). Die *policy* muss nicht eine gerade Linie bilden, sondern sie kann Elemente des flexiblen *politicking* enthalten.

‚Politik treiben' wird auf die europäische Polity-Ebene ausgedehnt. Robert Margulies (FDP) bekennt sich zur gemeinsamen Politik der Europäischen Gemeinschaften und will sie auf die assoziierten Mitglieder erweitern:

> Aber es ist doch unvorstellbar, daß wir etwa auf der einen Seite innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft eine gemeinsame Handelspolitik, gemeinsame Wirtschaftspolitik, gemeinsame Konjunkturpolitik, gemeinsame Verkehrspolitik treiben, aber auf der anderen Seite gegenüber den Assoziierten keine gemeinsame Politik, obwohl es die gleichen Themen sind. (16. November 1962)

Als Außenminister der sozial-liberalen Koalition betont Walter Scheel (FDP): „Es ist für unsere Partner in der Welt zum erstenmal sichtbar, daß wir eine dynamischere Politik treiben, die ihren eigenen Vorstellungen über die Veränderungen in Europa entgegenkommt" (14. November 1969). Uwe Ronneburger (FDP) betont, „eine Bereinigung des Verhältnisses der Bundesrepublik Deutschland zu ihren östlichen Nachbarn sind ebenfalls Voraussetzung dafür, daß wir eine erfolgreiche und aktive Europapolitik und atlantische Politik treiben können" (19. Juni 1974). Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) zitiert aus seiner Rede auf dem Historikertag: „Es gibt keinen anderen Weg, für die Einheit der deutschen Nation politisch Sinnvolles zu tun, als die Politik des Friedens und der Entspannung fortzusetzen und die Wiederherstellung der geistigen, kulturellen, ökonomischen Einheit ganz Europas zu betreiben" (9. April 1981). Hier hat die *policy* unmittelbar eine Bedeutung für die *polity.* Die Europäisierung hat den Polity-Spielraum der Bundesregierung in mehrfacher Hinsicht erweitert. Diese Beispiele aus den Regierungsparteien verweisen auf die Überschreitung des nationalstaatlichen Politikverständnisses. Die Europäisierung des Politiktreibens hängt mit der *politicisation* des eigenen Handlungsrahmens zusammen.

Die späteren Belege für ‚Politik treiben' enthalten kaum etwas Originelles oder über die Policy-Ebene Hinausgehendes. Dieser frühere Standardausdruck klingt Parlamentariern offenbar schon etwas altmodisch. Für ‚Politik betreiben' gilt diese Zeitverteilung nicht. Ich habe die jeweils über 40 Beispiele aus der 11. (1987–1990) und 14. (1998–2002) Wahlperiode durchgesehen. Hier bleibt die Policy-Betonung dominant.

Es gibt jedoch einige typische Ausnahmen. Vor allem wird der Politikstil der Grünen von CDU- oder FDP-Abgeordneten verworfen. „Das ist die Art, in der Sie Politik betreiben" (Thorsten Wolfgramm, FDP, 2. April 1987). „Wir wollen nicht eine Politik betreiben, die den Kopf in den Sand steckt, um die

Probleme zu übersehen“ (Umweltminister Klaus Töpfer, CDU, 9. September 1987). „Wir müssen daher eine Politik betreiben, die auf die Vermeidung von Spannungen und atomaren Kriegen … abzielt. Der Weg, den die GRÜNEN in ihren Anträgen aufzeigen, ist jedenfalls illusorisch und politisch nicht brauchbar“ (Klaus Beckmann, FDP, 4. Februar 1988).

Diese Kritik am Politikstil enthält den Vorwurf, dass die von den Grünen angebotene Politik nicht zu einer realistischen *policy* taugt. Davon unterscheidet sich der Vorwurf von Friedrich Bohl (CDU): „Weil der Opposition die Tatsachen nicht passen, führt sie einen beispiellosen Kampf gegen Verfahrensvorschriften. Sie scheut sich auch nicht, rechtsstaatliche Grundsätze in Frage zu stellen. … Alle diese Institutionen fühlen sich dem Rechtsstaat verpflichtet. Was machen Sie? Sie wollen Politik betreiben … Sie wollen schlicht und einfach die Verfolgung aus politischen Motiven“ (8. März 1990). Er klagt also die Opposition des unsachlichen *politicking* und der *politicisation* an.

Unter der Regierung Schröder setzen mehrere Unions- oder FDP-Abgeordnete die Polemik gegen die Policy-Unfähigkeit der Regierung fort. „Es kann nicht sein, dass sich der Bundeskanzler hinstellt und in seiner bekannten Art sagt … ‚Ich lasse keinen im Regen stehen!‘ aber er jeden im Regen sitzen lässt. So kann man nicht Politik betreiben“ (Hans Raidel, CSU, 8. März 2001, s. auch Rainer Brüderle, FDP, 1. Juni 2001). „Wer so Politik betreibt, verspielt Glaubwürdigkeit und macht deutlich … dass diese Regierung kein Konzept und keinen Kompass hat, nach dem gesegelt wird“ (Aribert Wolf, CSU, 28. Juni 2001). Die Policy-Konnotation von ‚Politik betreiben’ wird zu einer Behauptung des Fehlens von *policy* überhaupt.

Die Kritik der Gegenseite ist etwas nuancierter. Horst Jungmann (SPD) kritisiert den unsachlichen Politikstil der Regierung Kohl: „Sie lassen zwar Umfragen machen, aber Sie lesen nur die Ihnen genehmen Umfragen. Die Ihnen nicht genehmen Umfragen nehmen Sie einfach nicht zur Kenntnis. Natürlich kann man auch so Politik betreiben“ (22. November 1988). Wolfgang Daniels (Grüne) radikalisiert die Polemik mit dem Beispiel der Müllpolitik zur Irreführung der Bürger: „Daraus wird wieder deutlich, daß Sie hier eine Politik betreiben, bei der Sie bewußt, die Bevölkerung an der Nase herumführen“ (20. April 1989).

Eckhardt Barthel (SPD) wendet sich gegen den Populismus der CDU-Opposition: „Mit dieser Politik betreiben Sie Populismus. Sie engagieren sich vorgeblich für die innere Sicherheit, tun es aber auf Kosten von Menschen, die zu unserer Gesellschaft gehören. Das darf nicht sein“ (4. November 1999, s. auch Peter Struck, SPD, 14. Februar 1999 zur EU-Politik der CSU). Franziska Eichstädt-Bohlig (Grüne) will, dass im Verhältnis zwischen West- und Ostdeutschen, „wir endlich eine Politik betreiben, die dieses Gegeneinander Ausspielen nicht mehr zum Gegenstand hat“ (5. Juli 2000) .Justizministerin Herta Däubler-Gmelin (SPD) wendet sich gegen „die Gefahr, dass Parteien Gaukelei statt Politik betreiben oder meinen, mit Vorurteilen gegen Minder-

heiten Vorteile zu erhalten“ (7. Juni 2002). Hier geht es also um die Art des *politicking.*

Diese Kritik ähnelt in vieler Hinsicht den Klagen der Policy-Unfähigkeit unter den bürgerlichen Politikern. Die Beiträge der Anhänger der rot-grünen Regierung unterscheiden sich jedoch davon insofern, als sie die Gefahren der zu einfachen *policy* für die faire *polity* unter den Staatsbürgern thematisieren. In dieser Hinsicht wird *Politik betreiben* im Sinne der Überschreitung der Policy-Ebene benutzt.

Die Akteure von *Politik treiben* bzw. *betreiben* sind in Bundestagsdebatten fast ausschließlich Regierungen, Parteien, eventuell Minister aber kaum irgendwelche anderen Akteure. Dies könnte auch einen Grund dafür bilden, warum *Politik treiben* heute altmodisch klingt und *Politik betreiben* nur selten den *Policy*-Aspekt überschreiten kann. Es scheint kein anderes einzelnes Verb zu geben, das es als Paradigma für die Politik als eigenständiges Handeln ersetzt hätte. Denkbare Alternativen wie ‚Politik ausüben' und ‚Politik praktizieren' erhielten in der Suche danach weniger als zehn Belege und wurden deswegen nicht genauer analysiert.

6.4 Politik initiieren

Um den Anfang der Politik als Handeln zu identifizieren, kann man in der deutschen Sprache auf kein einzelnes Wort zurückgreifen. Dafür kann man an zwei Theorieansätze anknüpfen. Hannah Arendt hat an einer berühmten Stelle in *Vita activa* formuliert: „In diesem ursprünglichen Sinne ist Handeln und etwas Neues anfangen dasselbe: jede Aktion setzt etwas in Bewegung“ (Arendt 1960, 166). Die Kontingenz der Politik zeigt sich also in der Möglichkeit, Neues anzufangen, könnte man ihre Sicht zusammenfassen.

Einen anderen Anlauf bietet Albert O. Hirschman in *Exit, Voice and Loyalty* (1970). Er sieht den Gegensatz zwischen *exit* und *voice* als „a more fundamental schism: that between economics and politics. Exit belongs to the former realm, voice to the latter“ (S. 15). Hiermit markiert er einen Unterschied zwischen den *realms.* Interessanter ist, was *voice* als Handeln ausmacht, obwohl Hirschman vom Paradigma des Konsumenten ausgeht. „To resort to voice … is … to make an attempt at changing the practices, policies, and outputs of the firm … Voice here defined as any attempt to change, rather than escape from, an objectionable state of affairs“ (ebenda, 30). Oder im Vergleich zu *exit*, *voice* „is far more messy concept, because it can be graduated, all the way from faith grumbling to violent protest“ (ebenda. 16). Die Kontingenz der Politik besteht in der Veränderung des existierenden Zustandes.

Parlamentarisch entspricht Arendts Paradigma der institutionalisierten Initiative, einen Antrag oder eine Vorlage auf die parlamentarische Agenda zu setzen. Ihr Werk liefert eine selten notierte Begründung für die Schlüsselrolle, die im parlamentarischen Agenda-Setting und in Formen der Eröffnung der Parlamentssitzung zukommt. Sitzung, Debatte und Abstimmung müssen im Parlament formal vom Präsidenten eröffnet werden. Parlamentarisch gedeutet enthält Arendts Lob des Anfangs eine Polemik, sowohl gegen Politik als *business as usual* als auch gegen die Sicht des Parlaments als eine Gesetzgebungsmaschine (s. Palonen 2018a).

6.4.1 Politische Initiative

Die Ausdrücke *Politik initiieren* oder *Politik anfangen* werden in den Bundestagsdebatten selten benutzt. Die acht Verweise auf Debatten mit ‚Politik anfangen' werden in Hinblick auf die Ansprüche der Opposition benutzt, die bestehende Regierung durch eine neue abzulösen. Dies tut Rainer Barzel (CDU) – „Es liegt an Ihnen, Ihre Kraft entweder gegen Herrn Eppler und dessen Genossen zu verschwenden oder das zu tun, was jetzt objektiv nottut, was unserem Lande nutzt, was die Basis des Aufschwungs ist: der neue politische Anfang" (23. Juni 1977). Hans-Ulrich Klose (SPD) sagt Ähnliches zur Regierung Kohl: „Am 16. Oktober steht die Alternative zur Wahl, sich weiter so durchzuwursteln oder einen neuen politischen Anfang zu wagen" (7. September 1994, s. Ulla Schmidt, SPD, 20. Mai 1992). ‚Anfang' bedeutet hier *voice* im Sinne der Unterbrechung einer existierenden Praxis. einschließlich der parlamentarischen Veränderungsanträge, die einen Neuanfang der Debatte verlangen.

Zum Neuanfang im Osten sagt Gerd Poppe (Grüne): „‚Keine Gewalt' war eine wichtige Forderung des revolutionären Herbstes 1989. In diesem Geist muß eine Politik konsequent weitergeführt werden, die dem Neuanfang im Osten gerecht werden will" (27. November 1991). Ungleich Forderungen nach einem Regierungswechsel entspricht dies besser Arendts Idee von der Politik als Neuanfang.

Der Begriff *politische Initiative* ist im Bundestag als parlamentarische Initiative von Anfang an präsent. Im Gegensatz zu Westminster wird sie primär der Regierung zugestanden, im Vergleich zu ihren Vorlagen die Anträge der Oppositionsparteien wenig Chancen haben. Im Bundestag haben individuelle Abgeordnete kein Recht auf politische Initiative, sie bleibt Fraktionen und Gruppen von mindestens 10 Abgeordneten vorbehalten (s. Ismayr 2001, 45–48).

Die über 200 Debatten, in denen ‚politische Initiative' erwähnt wird, manifestieren ihr eigenes Zeitprofil. Im Herbst 1949 adressiert der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher die Bundesregierung mit den Worten: „Wo zeigt sich

bei diesen Verhandlungen die geplante politische Initiative"? (12. November 1949). Carlo Schmid (SPD) gesteht der Regierung den Vorrang in der Außenpolitik bedingt zu: „Selbstverständlich hat die Regierung die Außenpolitik zu führen, selbstverständlich hat sie Initiativen zu ergreifen. Aber ist es denn nicht besser für die Regierung, wenn sie sich bei so wichtigen Entscheidungen vorher versichert, was die Mehrheit dieses Parlaments zu ihren Initiativen zu sagen hat und was sie von ihnen hält?" (ebenda). Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß (CSU) polemisiert gegen Adolf Arndt (SPD): „Kollege Dr. Arndt hat gerügt, daß die Regierungspartei während schwebender diplomatischer Verhandlungen selber die Initiative zu einer außenpolitischen Debatte im Parlament ergriffen hat" (30. März 1958). Nach dem Mauerbau erwartete Berlins Regierender Bürgermeister Willy Brandt (SPD) von der Regierung politische Initiativen: „Der Senat von Berlin würde es für gut halten, wenn sichtbare Zeichen der alliierten Präsenz und der alliierten Rechte erfolgten und wenn alle möglichen politischen Initiativen ergriffen würden!" (18. August 1961).

In diesen frühen Debatten galten politische Initiativen vor allem der Außenpolitik. Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) unterstützte die Initiativen zur europäischen Integration:

> Es wird so oft gesagt, daß die freie Welt es an einer eigenen politischen Initiative fehlen lasse, daß sie inaktiv sei und, statt zu agieren, reagiere. Hier, im Bereich der europäischen Politik, meine Damen und Herren, wird diese These widerlegt. Hier handelt die freie Welt, handeln die zu einer dauernden Gemeinschaft verbundenen europäischen Staaten. (17. Januar 1962, s. auch Bundeskanzler Ludwig Erhard, CDU, 9. Januar 1964)

Albert Leicht (CDU) versteht die ‚realpolitischen' Grenzen der Haushaltsinitiativen: „Wir werden uns, … wenn man als Parlamentarier den Drang zu eigener politischer Initiative hat, allen Ernstes die Frage stellen müssen, ob nicht die weise Selbstbeschränkung des Parlaments zu einem Verzicht auf ausgabeerhöhende Initiativen einen Weg weist und verankert werden sollte" (9. Dezember 1965). Hans-Georg Emde (FDP) schlägt sogar eine Sparinitiative vor: „Als weitere politische Initiative meiner Freunde möchte ich hier den Antrag ankündigen, die Pläne zum Ausbau des Bundestages … fallenzulassen und durch weniger kostspielige Maßnahmen die bestehende Raumnot zu beseitigen" (3. März 1966).

Bürgerinitiative wurde 1977 in die Debatten des Bundestags eingeführt, und ihr politischer Charakter anfangs in Frage gestellt. Sie bildete ein Muster für das Vokabular der Initiativen überhaupt. Bald danach wurde Initiative jedoch zu einem internationalen Modebegriff, der etwa im Kontext von Friedens- und Abrüstungsverhandlungen verwendet wird, ebenso wie dasselbe Wort im Englischen.

Die Rede von Bürgerinitiativen wurde schnell von allen Parteien adoptiert. Zu ihren wenigen Kritikern gehörten Peter Schmidhuber (CSU) und Adolf Spies v. Büllersheim (CDU, beide 15. Juni 1977), obwohl sie explizit nicht das

Politikvokabular benutzten. Dies tut jedoch Harald B. Schäfer (SPD), der die politische Bedeutung der Bürgerinitiativen für die Fragestellungen des Bundestags betont: „Es ist unbestreitbares Verdienst der Bürgerinitiativen, durch ihren hartnäckigen Protest gegen Kernkraftwerke die Probleme der Energiepolitik, insbesondere der Kernenergie, ins öffentliche Bewußtsein gerückt zu haben“ (ebenda).

‚Initiative' wurde bald auf alles Mögliche angewendet: Der Bürgerinitiative folgten Arbeitslosen-, Behinderten-, Eltern-, Flüchtlings- usw. Initiativen, ebenso schließen ältere Ausdrücke wie Privat- oder Eigeninitiative daran an, später entstehen u. a. Tierwohl-Initiative oder Exzellenzinitiative. Die meisten davon verweisen auf Ein-Punkt-Bewegungen oder -Netzwerke, Exzellenzinitiative bedeutet ein großes öffentliches Programm für die Spitzenforschung. Derartige ‚Initiativen' wurden zu gegensätzlichen Zwecken und in sehr verschiedenen Formen gegründet.

Die Zunahme des Initiative-Vokabulars ist ein Indiz davon, dass ab den späten siebziger Jahren die unproblematische, allen Parteien gemeinsame Agenda der Vergangenheit angehörte. Der Eintritt der Grünen in den Bundestag 1983 verdeutlichte, dass Kontroversen ab dann in weit höherem Maße als vorher die politischen Initiativen zum Agenda-Setting selbst zum Gegenstand hatten. Trotz ihrer bescheidenen politischen Stärke nach ihrer Wahl in den Bundestag sind die Grünen mit ihren Initiativen bedeutungsvoll gewesen, betont Norbert Mann (Grüne):

> Mit Stolz stelle ich für die Fraktion DIE GRÜNEN fest, daß wir … im Bundestag eine Vielzahl der … Forderungen in praktische politische Initiativen umgesetzt haben. In … der Umweltrechtspolitik, erwähne ich unsere Initiative für die Verankerung des Umweltschutzes als Grundrecht in unserer Verfassung, die Einführung der Verbandsklage für Naturschutz und Umweltschutzverbände im Bundesnaturschutzgesetz sowie unseren unmittelbar vor der Einbringung stehenden Gesetzentwurf für ein allgemeines Akteneinsichtsrecht in Umweltakten. (25. Juni 1986, s. auch Karitas Dagmar Henschel, Grüne, 24. November 1987)

Diese Beispiele beziehen sich primär auf Policy-Fragen. Die Bedeutung der politischen Initiativen für die *polity* betont Christa Nickels (Grüne):

> Es sind auch zahlreiche politische Initiativen aus diesem unmittelbaren Erleben und der unmittelbaren Erfahrung der Bürgerinnen und Bürger, die an uns herangetragen wurde, entstanden und sind in vielfältiger Weise in die Arbeit des Parlaments eingeflossen, durch Anträge, Anfragen, Anhörungen von Fraktionen und Ausschüssen. Ab und an hat man auch einmal das Erfolgserlebnis, daß ein bürgernaher Minister etwas aufgreift, ehe Gerichte letzten Endes zugunsten der Betroffenen entscheiden; meistens sind es die Sozialgerichte selber. (1. Oktober 1997)

Mit den Grünen erweiterte sich das thematische Profil der Policy-Initiativen. Irmingard Schewe-Gerigk (Grüne) bemerkt, „[s]elbst die Bundesregierung … konnte sich dem Thema Prostitution nicht mehr verschließen … trotz der umfangreich dokumentierten sozialen und rechtlichen Probleme und einer sehr

fortschrittlichen Empfehlung der Studie hat die Regierung bisher keinerlei politische Initiative ergriffen“ (17. April 1997). Zugespitzt formuliert: Mit den Grünen sind politische Akteure aufgetreten, denen das Agenda-Setting als Öffnung der Debatte wichtiger ist als die Mehrheit in den Abstimmungen. Das war auch ihre Schwäche, wie die Abwahl der Westgrünen 1990 zeigte, ohne allerdings das Ende der Partei zu bedeuten.

Für den Politikbegriff kann ich zwei Neologismen notieren: Initiative Politik und Politikinitiative. Joschka Fischer (Grüne) spricht als Außenminister: „Wir haben von Anfang an eine initiative Politik im Rahmen des Bündnisses zu betreiben versucht, und ich denke, das ist auch einigermaßen gelungen“ (5. Mai 1999). Ulrich Kelber (SPD) führt Politikinitiativen ein: „Die Stabilisierung der Landwirtschaft in den letzten Jahren, ausgelöst durch verschiedene Politikinitiativen und durch Veränderungen auf dem Weltmarkt, ist eine weitere Chance“ ebenso wie die Formel „Aus der Debatte entwickeln sich Beispiele dafür, wo Politik initiativ werden kann“ (13. Dezember 2007). Fischer verweist auf einen Politikstil, der Initiativen statt Resultate betont, während Kelber Politikinitiativen von vielen anderen Initiativen unterscheidet, die vor allem in der Außen- und Weltpolitik zunehmend benutzt worden sind.

Ab ca. 2000 wurde es schwierig zu erraten, zu welcher Partei die jeweiligen Redner von politischen Initiativen gehörten. Zum Beispiel Gabriele Hiller-Ohm (SPD): „Greenpeace hat vor kurzem den Entwurf eines Urwaldschutzgesetzes in die Diskussion gebracht. Ich habe dieses wichtige Thema in der letzten Plenardebatte zum Wald aufgegriffen und eine gemeinsame politische Initiative aller Fraktionen dieses Hauses angeboten“.(1. April 2002). Für Kerstin Müller (Grüne) „gehören Initiativen zur Stabilisierung des Libanons und Gespräche mit Syrien“ (22. November 2006), Birgit Homburger (FDP) spricht, ebenfalls auf den Nahen Osten verweisend, von der „Verantwortung, politische Initiativen zur Stabilisierung der Region zu ergreifen“ (ebenda). Ruprecht Polenz (CDU) bedauert: „Natürlich bleibt die Situation im Südosten der Türkei ökonomisch und politisch schwierig, vor allen Dingen deshalb, weil es kaum politische Initiativen gibt, um die Kluft zwischen dem Südosten der Türkei und dem Rest des Landes zu schließen“ (15. November 2007). Die Linke hat hartnäckig die Regierung wegen mangelnder Initiativen kritisiert, Heike Hänsel etwa: „Trotzdem ging von diesem Gipfeltreffen der G 8 keine echte Initiative für einen politischen Weg aus der Krise aus. Auch von der Bundesregierung wurde im Rahmen der G-8- und der EU-Präsidentschaft bisher keine eigenständige politische Initiative zur Beendigung der menschlichen Katastrophe in Darfur ergriffen“ (13. Juni 2007).

Diese Beispiele verweisen wieder auf die Erweiterung der Fragen auf der Tagesordnung des Bundestags in Richtung globaler Politik. Diese gelten auch den Kommentaren zu außereuropäischen *polities.* Die Empfehlungen an die Bundesregierung, politische Initiativen zu ergreifen, blieben zumeist ohne unmittelbare Bedeutung für die behandelten Fragen.

Dagegen waren politische Initiativen zur europäischen Integration im Bundestag bedeutsam. Schon Bundeskanzler Ludwig Erhard versprach „eine neue Initiative politischer Art zur Neugestaltung Europas“ um „eine gewisse Malaise in der europäischen politischen Integration“ zu überwinden und „einen neuen Anlauf [zu] nehmen“ (9. Januar 1964). Wolfang Mischnick (FDP) schlägt vor „in der europäischen Politik eigene Initiativen zu ergreifen, auch dann, wenn die Bereitschaft Frankreichs – oder, besser gesagt, des französischen Staatspräsidenten –, darauf einzugehen, nicht vorhanden ist“ (17. Oktober 1968). Parlamentarischer Staatssekretär Ralf Dahrendorf (FDP) klagt die Bundesregierungen an, „viele Jahre hindurch [durch] ein Fehlen von Initiativen“ aufgefallen zu sein (30. April 1970).

Neu aktiviert wurden die Europa-Initiativen in den achtziger Jahren. SPD-Fraktionsvorsitzender Hans-Jochen Vogel formulierte die Pointe:

> Jetzt bedarf es eines neuen politischen Ansatzes, einer Initiative, wie sie seinerzeit in einer vergleichbaren Krise der europäischen Einigung 1955 von der Konferenz von Messina ausging. …Wir sind auf diesem Gebiet zur Kooperation bereit. Wir stimmen überein: Es gibt zur Europäischen Gemeinschaft für uns keine Alternative. (7. Dezember 1983)

Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) liegt auf derselben Linie: „Wenn wir Europäer den Amerikanern aus unseren Gründen nicht folgen wollen, müssen wir selbst mehr politische Initiative entfalten, von der auch mehr Wirkung ausgeht“ (16. April 1986). Christian Sterzing (Grüne) klagt jedoch die europapolitische Passivität der Regierung Kohl an: „Wenn man die Bundesregierung in den letzten Tagen gefragt hat, wie sie sich die weiteren Schritte im Sinne einer Vertiefung der politischen Union vorstelle, welche Initiativen sie ergreifen wolle, dann ist die Antwort zumeist Schweigen gewesen“ (23. April 1998). Weitere Schritte zur Europäisierung der Politik sind nach dem Lissabon-Vertrag in der Sprache der Initiativen nicht zu finden.

Mit den Bürgerinitiativen und den Grünen hat sich ein Momentum des Anfangens ins Vokabular des Bundestags eingeschlichen. Dieses Vokabular konnte mit parlamentarischer Sprache verbunden werden, obwohl Abgeordneteninitiativen formal sehr begrenzt geblieben sind. Für die weitere Verbreitung des Vokabulars, vor allem in der internationalen Politik, spielt dieses Momentum durchaus eine Rolle. Trotzdem verflachte das Momentum der Initiativsprache wegen des inflationären und die Pointe verwässernden Gebrauchs und seiner Eingrenzung auf Policy-Fragen.

Voice kann am ehesten mit Einspruch übersetzt werden. Für ‚politischer Einspruch’ ergibt die Suche nur einen Beleg in den Debatten, einen interfraktionellen Entschließungsantrag gegen ein niederländisches Wasserleitungsprojekt:

> Um von dem zunächst betroffenen Teil der deutschen Nordseeküste den zu erwartenden Schaden abzuwenden, bittet der Bundestag die Bundesregierung, jede praktische

Möglichkeit des rechtlichen und politischen Einspruches gegen das Vorhaben auszuschöpfen. Insbesondere sollte die Bundesregierung bemüht sein, mit diplomatischen Mitteln auf eine Revidierung des niederländischen Standpunktes zu dringen. (16. Dezember 1970)

Hier geht es definitiv um die *voice.* Für weitere Belege habe ich Politik oder politisch mit drei Verben – einmischen, eingreifen und einleiten – durchgesehen. In 35 Debatten ist von ‚politisch/in die Politik einmischen' die Rede. Dazu kommen 15 Debatten mit ‚politisch/in die Politik eingreifen' und 19 mit ‚Politik einleiten', sowie 5 für ‚politisch/Politik öffnen bzw. eröffnen'. Obwohl nicht immer von einer starken *voice* die Rede ist, verdienen sie hier beachtet zu werden.

‚Politisch bzw. in die Politik einmischen' erscheint zuerst 1975, während alle anderen Beiträge erst ab 1987 belegt sind. Bei Einmischen verteilen sich die Belege auf Verwerfung und Befürwortung. Die bloße Rede von politischer Einmischung in der Wirtschaft enthält einen Vorwurf für viele bürgerliche Politiker (Kurt Biedenkopf, CDU, 18. März 1987, Finanzminister Theo Waigel, CSU, 29. November 1989), während eine breite Zustimmung gegen die ‚politische Einmischung' in die Tarifautonomie herrscht (Maritta Böttcher, PDS, 28. Juni 2002; Johann Wadephul, CDU, 10. Februar 2011; Peter Weiß, CDU, 27. April 2011). Hier wird die politische Entscheidung, dass der Bundestag sich nicht einmischt, gemeint und für nicht ‚politisch' erklärt. Ob der Mindestlohn eine politische Einmischung in die Tarifautonomie bedeuten würde, darüber haben Unions- und SPD-Abgeordnete miteinander gestritten (s. Peter Weiß, CDU, und Josip Juratovic, SPD, bei am 23. April 2013).

In einigen Fällen erinnern oppositionelle Abgeordnete an fatale Eingriffe der Regierung, etwa als das Landwirtschaftsministerium die Kriterien gegen die Salmonellengefahr gelockert hat (Karl-Hermann Haack, SPD, 13. Januar 1994). Jörg Tauss (SPD) zitiert einen Unionsantrag für die „Freiheit der Forschung … gegen jede politische Einmischung und Einflussnahme", sieht dies jedoch im Widerspruch zum Hochschulgesetz im CDU-geführten Baden-Württemberg, das „die Einsetzung von Freiheit nehmen sollten" (20. Januar 2005). Gregor Gysi (PDS) bemerkt zu seinen DDR-Erfahrungen: „Sie wissen, daß ich aus einem Land komme, in dem sich Politik ständig in Kunst eingemischt hat. Das war übrigens nicht nur verheerend für die Kunst, sondern auch für die Politik" (25. Juni 1999). In diesen Beispielen erscheint jede politische Einmischung an sich als etwas Schlimmes.

Keiner der Belege für den Topos der Politik der Nicht-Einmischung in die „inneren Angelegenheiten" anderer Länder verweist auf den Ost-West-Konflikt, dagegen mehrere auf die Entwicklungspolitik. Dieter Schanz (SPD) plädiert hier für eine Politik der Einmischung: „Die Selbsthilfepolitik muß auf Beteiligung der Mehrheit der Bevölkerung am politischen Leben aufbauen. … Insofern ist diese Politik auch Einmischung. Das hat mit Paternalismus überhaupt nichts zu tun" (10. Mai 1990). Ursula Fischer (PDS) ist vorsichtiger,

um die schlechten Erfahrungen in Ost und West zu vermeiden: „Auch Bestrebungen marktwirtschaftlicher Bevormundung und politischer Einmischung, selbst über die Entwicklungspolitik, werden ebenso scheitern wie seinerzeit die entwicklungspolitischen Versuche des Sozialismus" (3. Februar 1994). Wolfgang Gehrcke (PDS) nimmt für die Einmischung in die Palästinapolitik Stellung: „Jetzt aber ist vor allem politische Einmischung mit erkennbaren eigenen Positionen und deutlichen Forderungen nötig" (25. Oktober 2000).

Annelie Buntenbach (Grüne) unterstützt prinzipiell die politische Einmischung, die sich für die Demokratisierung der Dritten Welt einsetzt. Für sie sind „politische Einmischung und Regulierung dringend nötig … um soziale und ökologische Ziele in diesem Prozess fest zu verankern und mehr Transparenz, Teilhabe und Demokratisierung durchzusetzen" (18. Oktober 2001, s. auch 28. Juni 2002). Nach Michael Roth (SPD) ist das „Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Nationalstaaten, ein Relikt des 19. Jahrhunderts, das in der Europäischen Union keinen Bestand mehr hat (14. März 2013). Während die PDS-Abgeordneten auf der Ebene der Zweckmäßigkeit der *policy* bleiben, unterstützen Schanz und Buntenbach die Überschreitung der nationalen Polity-Ebene, was Roth – ohne das Politikvokabular zu benutzen – explizit macht.

Bei der Einmischung der Kirchen bzw. Religionsgemeinschaften waren zwei FDP-Abgeordnete unterschiedlicher Meinung. Der Fraktionschef Wolfgang Mischnick polemisiert gegen den „CSU-Kollegen [Hans] Roser … die evangelische Kirche möge sich gefälligst nicht in das politische Geschehen einmischen" (26. September 1975). Später, während der schwarz-gelben Koalition, sagt sein FDP-Kollege Klaus Beckmann: Das „sollten die Vertreter der Religionsgemeinschaften sehr gut bedenken, ob sie sich in einen aktuellen politischen Streit einmischen wollen" (18. Januar 1988). Bei Mischnick sind die Kirchen ein Teil der *polity*, während Beckmann den Ruf auf Nicht-Einmischung eher auf die aktuelle Policy-Frage zu begrenzen scheint.

In bestimmten Fällen befürwortet auch Laurenz Meyer (CDU) politische Einmischung zur Unterstützung des Wirtschaftsministers: „Wir als Wirtschaftspolitiker werden den Wirtschaftsminister nach Kräften unterstützen, wenn er sich in andere Gebiete einmischt" (1. Dezember 2005). Gegen Innenminister Wolfgang Schäuble nimmt Max Stadler (FDP) zur Einmischung des Bundesverfassungsgerichts in die Politik Stellung:

> Am 8. März hat Bundesinnenminister Schäuble … das Bundesverfassungsgericht kritisiert, weil es sich mit der einstweiligen Anordnung gegen die Vorratsdatenspeicherung angeblich zu sehr in die Politik einmische. Wir teilen diese Auffassung ganz und gar nicht. Ganz im Gegenteil! Wenn der Bundestag Gesetze verabschiedet, die unzulässig in die Grundrechte eingreifen, dann ist es die Pflicht der Karlsruher Richter, sich einzumischen. Und das hat das Bundesverfassungsgericht getan. (3. Juli 2009)

Stadlers Ansicht entspricht der konventionellen deutschen Polemik gegen die Parlamentssouveränität, und zwar im Namen der Menschenrechte.

Ute Titze-Stecher (SPD) betont die Einmischung des Bundesrechnungshofs als Teil der parlamentarischen Kontrolle: „Wenn dies seitens der Geprüften als politische Einmischung statt als Hilfe für die politische Entscheidungsfindung definiert wird, dann müssen sich jene, die sich so äußern, die Frage nach ihrem Verständnis von parlamentarischer Kontrolle stellen lassen“ (29. Juni 1994). Für die Betroffenen ist politische Einmischung etwas Verdächtiges, und die Rednerin will andere Termini benutzen, um die parlamentarische Kontrolle zu legitimieren.

Gila Altmann (Grüne) fordert dagegen offen: „Frauen müssen sich auf allen politischen Ebenen einmischen, vom Bundestag bis zu den Kommunalparlamenten. Sie müssen auch entsprechend beteiligt werden“ (16. Januar 1997). Ina Lenke (FDP) stimmt zu: „Wir Frauen müssen uns in alle Politikfelder einmischen“ (4. März 1999). Das Stärken des *politicking* kann zu einer *politicisation* der existierenden *polity* beitragen.

Vor allem Grüne und Linke fordern eine stärkere politische Einmischung der Staatsbürger. Petra Pau (PDS) verlangt: „Wo steht eigentlich im Grundgesetz, daß Kapitalverwertung tatsächlich über Menschenrechte und Bürgerinteressen geht? Spätestens hier muß sich die Politik einmischen, wenn der Markt blind ist“ (12. November 1998). Ihr Parteifreund Rolf Kutzmutz ein anderes traditionell linkes Thema betont: „Demonstrieren gehört … zum guten Recht derjenigen, die sich politisch einmischen, die sich ungerecht behandelt fühlen, … egal, wen es zu welcher Zeit trifft“ (27. September 2000). Hier geht es um die aktive Aufrechterhaltung dessen, was prinzipiell in der *polity* anerkannt wird.

Die Grünen begründen die Einmischung anders. Volker Beck markiert die Pointe: „Wir streben eine neue politische Kultur an, wir wollen Beteiligung, Kritik und Einmischung. Wir wollen lebendige Demokratie und den ernsthaften Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen“ (12. November 1998). Grietje Bettin (Grüne) deklariert im ähnlichen Sinne: „Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger stärker in die Politik einmischen, egal, ob online oder offline. Hauptsache, wir haben ein offenes Ohr für ihre Belange“ (14. März 2002). Auch für Katja Kipping (Linke) gehört „politische Einmischung“ zu den erstrebenswerten Aktivitäten der Menschen (14. März 2014). Die Beispiele enthalten Ermahnungen ans *politicking*, was zugleich *politicisation* der vorhandenen *polity* durch eine Erweiterung sowohl der Aktivitäten als auch der Akteure bedeuten kann.

Gegen das traditionelle Sphärendenken verlangt Winfried Hermann (Grüne) eine politische Einmischung in den Sport (s. auch die Kritiken am Unpolitischen, Kap. 2.4):

Ich möchte ausdrücklich an den Beitrag von Herrn Kollegen Kinkel anknüpfen, der auf der einen Seite deutlich gemacht hat, dass wir als Politikerinnen und Politiker uns immer dann verantwortungsvoll in den Sport einmischen müssen, wenn Bedarf besteht, der aber auf der anderen Seite deutlich gemacht hat, dass wir nicht so tun sollten, als könnten wir alleine die Probleme des Sports lösen. (23. Februar 2000)

Reinhart Loske (Grüne) plädiert an die Adresse der ersten Merkel-Koalition für eine stärkere Einmischung in die Verkehrspolitik: „Auch sollten Sie sich in den Bereich der Verkehrspolitik stärker einmischen. Denn es kann nicht richtig sein, einerseits Klimaschutz zu propagieren und andererseits die Regionalisierungsmittel für die Bahn zusammenzustreichen. Das passt nicht zusammen“ (1. Dezember 2000). Wie bei Hermann geht es oberflächlich um Policy-Fragen, die aber für die *polity* und *politicking* durchaus eine weitere Bedeutung haben.

Dasselbe gilt für Lars Klingbeils (SPD) Empfehlung, „dass wir mehr Soldaten haben, die sich auch in die gesellschaftlichen und politischen Debatten einmischen, die stärker ihr Wort erheben und auch deutlich machen, wo eigentlich Missstände und wo Mängel bei der Armee sind“ (6. Mai 2010). Er knüpft an den ähnlichen Appell, den Helmut Schmidt als Verteidigungsminister an den ‚Staatsbürger in Uniform’ stellte. Es geht um das stärkere *politicking* unter Soldaten, unter denen *Politik* traditionell etwas Verdächtiges ist.

Insgesamt enthält die „politische Einmischung“ ein stark persönliches politisches Engagement. Die Policy-Effekte sind sekundär im Vergleich zu den Chancen für *politicking*, was zugleich die *polity* in Richtung *politicisation* verändern kann. Die Kontroversen um die Einmischung in die Politik verweisen darauf, dass die Einmischung eben ein markanter Ausdruck der Politik der *voice* ist, die von der Gegenseite als Zerstörung der Ordnung gelegentlich militant abgelehnt wird.

6.4.2 Politisch eingreifen

Verglichen mit dem Einmischen hat das *politische Eingreifen* teilweise abweichende Züge. Zwei Belege stammen aus den fünfziger Jahren, die anderen fangen Mitte der neunziger Jahre an. Hier gibt es keine vorbehaltslose Ablehnung des Eingreifens mit politischen Mitteln. Auch bürgerliche Politiker akzeptieren das Eingreifen zumindest als Komplement des Marktes.

Karl Atzenroth (FDP) deklariert: „Auch der Finanzminister selbst kann sehr aktiv in diese Politik eingreifen und damit Entwicklungen in der Gesellschaftsordnung fördern oder aufhalten“ (13. März 1958, s. auch Franz Böhm, CDU, 20. November 1956). Parlamentarische Staatssekretärin Elke Wülfing (CDU) legitimiert später das politische Eingreifen der Bundesregierung:

Dort, wo politisches Eingreifen erforderlich und nützlich ist – etwa bei der Schaffung technischer oder rechtlicher Rahmenbedingungen zur Standardsetzung – Beispiel Mobiltelefon oder beim Informations- und Kommunikationsdienstgesetz – sowie bei ge-

sellschaftspolitischen Maßnahmen zur Informationsgesellschaft – hat die Bundesregierung gezielt Maßnahmen ergriffen. (30 Oktober 1997)

Wülfing behandelt politisches Eingreifen als eine reine Zweckmäßigkeitsfrage der *policies*, mit der Regierung oder dem Ministerium als Akteur. Zur Korrektur der unerwünschten Tendenzen wird die Formel bei Maritta Böttcher (PDS): „Gerade in der Lehrstellenfrage gibt es noch eine Chance, die Krise durch politisches Eingreifen zu mildern" (15. Mai 1997). Sie bleibt auf der Policy-Ebene, ebenso wie Wilhelm Priesmeier (SPD), der zu Weltagrarmärkten aussagt: „Hier müssen wir den Realitäten ins Auge schauen und politisch eingreifen" (11. November 2010). In Policy-Fragen will auch Mechthild Heil (CDU) politisch eingreifen: „Dort, wo Verbraucher nicht auf Augenhöhe entscheiden können, muss und soll die Politik eingreifen" (6. September 2016, s. auch Lothar Riebsamen, CDU, 8. September 2011).

Winfried Hermann (Grüne) benutzt ebenfalls die metonymische Substantivierung von *Politik* als Akteur: „Hier muss die Politik eingreifen und sagen: Wir stehen dazu. Wir wollen, dass der neue Grenzwert ab 2012 gültig ist" (13 September 2007). Ähnlich Barbara Höll (Linke): „Wenn die Mittel nicht dem öffentlichen Interesse, sondern den Interessen Einzelner dienen, und zwar auf Kosten der Mehrheit, muss die Politik eingreifen und regulieren" (25. März 2010). Obwohl hier die Frage Policy-bezogen ist, verweist die Subjektivierung von *Politik* auf die *polity* als Bewertungsebene.

Auf die *polity* als eingreifende Institution verweist auch Uwe-Jens Heuer (PDS): „Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß auch Bundesverfassungsrichter politisch denkende Menschen sind und daß ihre Urteile in Politik eingreifen. Das war so gewollt" (16. Januar 1996). Anton Schaaf (SPD) kritisiert bestimmte Urteile des Bundessozialgerichts: „Ein politisches Eingreifen hat sich damit aber keineswegs erübrigt, sondern ergibt sich gerade auch aus den Urteilsbegründungen" (28. Juni 2012). Hier geht es um einen Streit zwischen den Institutionen der *polity* und darin enthält Schaafs Rede einen starken Aspekt von *politicking.*

Rudolf Bindig (SPD) betont die neuen Chancen für die deutsche Politik nach der Vereinigung in internationalen Institutionen: „Ich glaube doch, daß man eine ganze Reihe von Akzenten pointierter setzen könnte, wo auch Deutschland markanter in die UN-Politik eingreifen kann" (25. Oktober 1995). Er betont also die Bedeutung der supranationalen Polity-Ebene.

Ein persönliches politisches Eingreifen fordert auf die Wende bezogen Annelie Buntenbach (Grüne): „Gerade nach fünf Jahren deutsch-deutscher Vereinigung müßten doch auch Sie begriffen haben, daß kein Gesundbeten hilft, keine pauschalen Entlastungen der Industrie, keine Gießkannensubventionen, sondern daß politisches Eingreifen, politisches Handeln gefordert ist" (29. März 1995). Sie begrüßt das *politicking,* da einzelne *policies* für eine Veränderung nicht ausreichen. Ihr Eintreten für politisches Eingreifen ist ein

starkes Beispiel von der *voice* als Politik, auch als Komplement zur politischen Einmischung. Die Policy-Zentrierung des politischen Eingreifens deutet an, wieviel weniger umstritten es ist als die politische Einmischung, aber ebenfalls als Politik der *voice* verwendet wird.

6.4.3 Politik einleiten

Auf den ersten Blick scheinen die Belege für ‚Politik einleiten' auf den Vorrang der *policy* hinzudeuten, bei genauerer Sicht ist die Situation komplizierter. Drei Belege stammen aus den fünfziger Jahren, sonst sind sie ab 1970 relativ gleichmäßig verteilt.

Viele der frühen Beiträge warnen davor, eine gewisse Politik (wieder) einzuleiten. Wirtschaftsminister Ludwig Erhard (CDU) versichert: „Niemand kann gerade die Bundesregierung auf Grund ihrer bewährten Politik etwa verdächtigen, nun etwa eine Politik einleiten zu wollen, die unsere Währung gefährden könnte".(26. Februar 1955). Peter Blachstein (SPD) meint, „wir sollten dafür sorgen, daß die Herren des Herrenklubs, die ja zum Teil noch leben, sogar zum Teil in diesem Hause sitzen, in diesem Lande nicht wieder eine Politik einleiten können, die zu ähnlichen Katastrophen wie den vergangenen führt" (24. April 1958). Gerhard Stoltenberg (CDU) warnt die Regierung Brandt davor, „eine Wende der deutschen Politik ein[zu]leiten weit über das hinaus, was Sie dem deutschen Wähler vor der Wahl gesagt haben" (4. Juni 1970). Minister Heiner Geißler (CDU) versichert im Namen der Regierung Kohl: „Denjenigen, die eine langfristige grundsätzliche Änderung der deutschen Politik einleiten wollen, muß deutlich und für jeden verständlich entgegengetreten werden, um Schaden vom deutschen Volk abzuwenden" (8. Dezember 1983). Die Kontinuität der *policy* über die Regierungswechsel hinaus bestätigt bei diesen Rednern die Stabilität der *polity*, die über dem *politicking* der Parteien und Regierungen steht.

Oppositionsabgeordnete hatten von Anfang an Wünsche nach Veränderung, wie Helene Wessel (SPD) in der Rüstungspolitik: „Jede demokratische Regierung, die den Willen des Volkes respektiert, würde bei der ablehnenden Haltung des Volkes gegenüber ihrer atomaren Aufrüstungspolitik entweder abtreten oder eine andere Politik einleiten" (21. März 1958). Hansjörg Häfele (CDU) wünscht für die Westmächte, dass sie „endlich eine kraftvolle Politik einleiten, um entsprechend zu handeln" (19. Juni 1980). Willi Hoss (Grüne) strebt an, „eine Politik einleiten [zu] können, die weg von der Rüstung führt und hin zu einer friedlichen Produktion" (25. Juni 1987). Ulla Jelpke (PDS) klagt die Regierung an, „nicht … ein Ende Ihrer bornierten Politik ein[zu]leiten, sondern, ganz im Gegenteil, die repressive Drogenpolitik fortsetzen" (2. Oktober 1997). Diese Beiträge bleiben auf der *Policy*-Ebene, obwohl sie auch weitergehende Veränderungen in der *polity* andeuten.

Die Perspektiven Arendts und Hirschmans zum Anfang der Politik habe ich mit dem parlamentarischen Agenda-Setting im Bundestag verglichen. ‚Politik einleiten' im Arendtschen Sinne des Neuanfangs ist in den Bundestagsdebatten kaum kontrovers und verweist zumeist auf das konventionelle Regierungshandeln. Zur ‚politischen Initiative' habe ich ein historisches Momentum identifiziert, das eine Herausforderung an den Parteienstaat und seine Fraktionen als Initiatoren sowie eine Aktivierung des westdeutschen Parlamentarismus darstellt, ganz so wie später die Grünen selbst ihre politische Bedeutung verstanden haben.

‚Politisch einmischen' entspricht am ehesten der *voice.* Bürgerliche Politiker verwarfen die Formel mehrfach als gefährlichen Interventionismus, einige Grüne begrüßten sie als eine Politik, die für jede Person geeignet ist. Die Grenzen zu ‚politisch eingreifen' sind jedoch fließend. ‚Politik einleiten' deutet ein Momentum des Anfangs an, das über die spezifisch thematisierte *policy* hinaus, Auswirkungen auf den Politikstil und die Politisierung der Fragestellungen hat.

6.5 Politik wenden

Eine weitere Möglichkeit für die Initiation der Politik als *voice* bietet ‚Politik wenden'. Das Vokabular der Wende markiert keine neue Politik, sondern die Umkehr von einer zur anderen Politik. Es wurden 76 Belege ausgewählt, die das Wende-Vokabular mit Politik oder politisch verbinden. Die naheliegende Alternative, Politikwechsel wird praktisch erst ab Mitte der neunziger Jahre dann aber fast 200 Mal benutzt. Und die Belege verweisen primär auf den Policy-Wechsel oder auf den Regierungswechsel, weswegen ich auf ihre nähere Analyse verzichtet habe: sie markieren keine politische Wende.

Eine Wende im Falle einer Ablösung der Regierung Schmidt haben Horst Waffenschmidt (CDU) – „es ist dringend notwendig, daß in der Bundespolitik eine Wende eintritt" – und Hermann Kroll-Schöter (CDU) – „es ist wirklich eine politische Wende notwendig" – gefordert (beide 5. Februar 1982). Nach dem Regierungswechsel im September 1982 wird die Wendepolitik zum umstrittenen Topos, zu dem sich in derselben Debatte mehrere Redner äußern.

Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) selbst feiert nachträglich die politische Wende: „Die Bundesregierung hat, bestätigt durch das Wählervotum am 6. März, den ersten und entscheidenden Schritt einer politischen Wende vollzogen" (7. Dezember 1983). Für seine Koalition tun dies Manfred Carstens (CDU) – „es wurden Grenzbereiche fürs Überleben unserer Sozialen Marktwirtschaft erreicht. Deswegen wurde es im Herbst 1982 höchste Zeit für die politische Wende" (25. November 1986) – Otto Graf Lambsdorff (FDP) –

„Unsere mit der Wende 1982 eingeleitete Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung“ (25. Oktober 1990) –, und Finanzminister Theo Waigel (CSU) – „darum war es notwendig, eine völlige Wende der Finanzpolitik herbeizuführen“ (27. Mai 1993). Der Regierungswechsel von Kohl zu Schröder wird nicht als politische Wende bezeichnet, aber der Eintritt der FDP in die zweite Regierung Merkel 2009 provoziert in dieser Partei einen Nachklang zur „geistig-moralischen Wende“ von 1982.

Die Radikalität und der Gegenstand der Wende zu Kohl bleiben umstritten. Für die Freidemokraten gibt es „in den Grundsätzen der Außen- und Sicherheitspolitik insgesamt keine Wende“ (Staatsminister Jürgen Möllemann, FDP, 10. November 1983). Dies bestreitet etwa Karsten Voigt (SPD), der eine „mit dem Besuch Bundeskanzler Kohls in Saudi-Arabien eingeleitete verhängnisvolle Wende in der bundesdeutschen Sicherheitspolitik und Rüstungspolitik“ sieht (11. November 1983). Hermann Scheer (SPD) sieht im Abrüstungsbericht der Bundesrepublik „ein Dokument der politischen Wende, der Wende von der Entspannungs- und Rüstungskontrollpolitik der früheren sozial-liberalen Koalition zu einer Aufrüstungspolitik“ (ebenda, zur Wende in der Außenpolitik s. Jürgen Reents, Grüne, 7. Dezember 1983).

Vor dem Misstrauensvotum zur Absetzung der Regierung Schmidt verlangt Carl-Julius Cronenberg (FDP) eine „Trendwende in der Haushalts- und Sozialpolitik“ (16. September 1982). Nachher betont Wolfgang Weng (FDP) den „Kraftakt der politischen Wende, der unter Aspekten der Haushalts- und Wirtschaftspolitik notwendig wurde“ (8. Dezember 1983, s. auch Walter Althammer, CDU, 7. Dezember 1983; Parlamentarischer Staatsekretär Stefan Höpfinger, CSU, 13. Dezember 1984: Jochen Borchert, CDU, 3. September 1991).

Einen Streit um die Wende gab es in der Entwicklungspolitik. Günter Schluckebier (SPD) beklagt „die Wende in der deutschen Nord-Süd-Politik“ auf Kosten von z. B. Nikaragua und Tansania (18. Oktober 1984, auch Dagmar Luuk, SPD, ebenda). Wolfgang Rumpf (FPD) bemerkt dagegen, „daß ich oft eher amüsiert als beunruhigt in der Presse lese, die deutsche Entwicklungspolitik hat eine radikale Wende vollzogen (ebenda), und Hans-Peter Repnik (CDU) behauptet, „dass die Entwicklungspolitik nichts mit der Wendepolitik zu tun hat“ (ebenda).

Die innenpolitische Wende kritisieren Oppositionspolitiker, wie etwa Hubert Kleinert (Grüne), der an den Fall Cemal Kemal Althun, einen türkischen Asylbewerber, der während des Abschiebeverfahrens vor der drohenden Auslieferung an die Türkei Suizid verübte, erinnert:

Nicht nur die geplanten Verschärfungen des Demonstrationsrechts und das Verfahren mit Asylbewerbern, wie es im Fall Altun öffentlich sichtbar geworden ist, nicht nur die unglaublichen Ausfälle gegen die Friedensbewegung, durch die sich namentlich Herr Geißler hervorgetan hat, zeigen, daß es in der Innenpolitik tatsächlich so etwas wie eine

Wende gegeben hat. Hier ist dieses Wort offensichtlich tatsächlich einmal zu Recht angebracht. (7. Dezember 1983)

Kleinerts Pointe ist, dass diese Wende nicht nur der *policy* gilt, sondern sie stellt die Offenheit der *polity* in Frage. Egon Lutz (SPD) wirft der Regierung vor: „Wer da Regelungsbedarf leugnet, der muß schon ein sehr gewissenloser Interessenvertreter oder ein sehr einäugiger Wendepolitiker sein" (13. Dezember 1984).

SPD-Fraktionsvorsitzender Hans-Jochen Vogel verweist auf die normative Fragwürdigkeit und historische Rückständigkeit der Wende, „der Bundeskanzler hat sein Amt mit dem immer wieder erhobenen Anspruch der geistig-moralischen Erneuerung, dem Anspruch der moralisch-politischen Wende, der Forderung nach Rückkehr zu den preußischen Tugenden angetreten" (16. November 1984). Jürgen Schmude (SPD) stellt den ganzen Anspruch der Wende in Frage: „Die Wende sollte ja nicht nur bessere Sachentscheidungen, sie sollte eine erneuerte politische Führung und moralische Orientierung durch diesen Bundeskanzler bringen" (ebenda). Gerhard Schröder (SPD) behauptet: „Es ging um den Kauf einer Partei heraus aus Reformpolitik … hinein in Wende-Politik" (ebenda). Diese Beispiele werten die Formel *politische Wende* ab.

Ob die Wende überhaupt stattgefunden hat, bezweifelt Ernst Waltemathe (SPD): „Wo sehen Sie also die epochale politische Wende für die Familie, die uns Ihre Regierung seit 1982 Jahr für Jahr aufs Neue verspricht?" (27. November 1986). Lothar Löffler (SPD) kommentiert: „Das ist keine Wende, sondern ein haushaltspolitischer Schlingerkurs" (ebenda). Die Folgen der Wende beklagt später etwa Othmar Schreiner (SPD): „Seit 1982, seit der politischen Wende in Deutschland, seien aber weit mehr als 150 Milliarden DM politisch gewollt von unten nach oben umverteilt worden" (29. August 1996).

Die von Helmut Kohl reklamierte ‚Wendepolitik' war kein Einspruch, der mit vorliegenden Tendenzen abbricht, eher war sie eine Abkehr von der Planungseuphorie der siebziger Jahre, auch als Begründung für den Seitenwechsel der FDP. Die Wende war weniger erfolgreich und radikal als die von Ronald Reagan und Margaret Thatcher. Im Kontext der Bundesrepublik haben die Ansprüche auf Erneuerung der parlamentarischen Agenda und die Experimente im Politikstil der Grünen nach ihrem Einzug in den Bundestag trotz der kleinen Fraktion die Wende Kohls bald in den Schatten gestellt.

Die FDP hat mit ihrem Regierungsantritt 2009 auf Kohls Wende zurückgegriffen. Die Kritik am Parteivorsitzenden und Außenminister Guido Westerwelle wurde ein Gemeinplatz in Reden und Zwischenrufen. Joachim Poß (SPD) ironisiert: „2010 ruft wieder jemand aus einer solchen Koalition eine geistig-politische Wende aus. Diesmal ist es Herr Westerwelle" (19. Januar 2010, s. auch Carsten Schneider, SPD, ebenda). Den Zwischenruf des SPD-Vorsitzenden Siegmar Gabriel „Die geistig-politische Wende, haben Sie gesagt!", kontert Bundeskanzlerin Angela Merkel: „Das ist nicht etwas – auch das will ich gleich

ankündigen –, worüber wir nur im Januar des Jahres 2010 debattieren“ (20. Januar 2010). Trotzdem wiederholen Thomas Oppermann und Frank-Walter Steinmeier (beide SPD, ebenda) sowie Elke Ferner (SPD, 24. Februar 2010) die Kritik, ebenso Josef Philip Winkler (Grüne) in einem Zwischenruf (26. Februar 2010). Der Topos der *Wendepolitik* bleibt auch fast 30 Jahre später diskreditiert.

Die radikale politische ‚Wende' von 1989/90 erscheint in Bundestagsdebatten eher als ein Faktum, das der Politik eine neue Richtung gegeben hat, wird jedoch kaum in die parlamentarische Debatte einbezogen (s. die Verweise zur politischen Wende bei Jürgen Schmieder, FDP, 20. Juni 1991; Gerald Thalheim, SPD, 11. Februar 1993; Christel Deichmann, SPD, 1. Juni 1995; Staatsminister Werner Hoyer, FDP, 11. Oktober 1995); Klaus-Jürgen Warnick, PDS, 16. Juni 1997).

Doch wird diese politische Wende als Ausgangspunkt für Veränderungen der *policy* benutzt. Regierungsanhänger heben die neue Politik dem ehemaligen Ostblock gegenüber hervor: „Die Zusammenarbeit im Bereich der Kultur hat sich seit der Vereinigung Deutschlands und der politischen Wende in Polen weiter intensiviert“ (Staatsminister Helmut Schäfer, FDP, 17. Oktober 1991). „Mit der politischen Wende haben wir die Chance, daß dort der Ostseeschutz einen neuen, höheren Stellenwert erhält“ (Rolf Olderog, CDU, 19. März 1992). Ein Steckenpferd für Unionsabgeordnete bilden deutschsprachige Minderheiten in Osteuropa. Bei Roswitha Wisniewski (CDU) heißt es: „Unter diesen genannten politischen Voraussetzungen entwickelte sich in den letzten Monaten eine deutsche Minderheitenpolitik, die sich an die Deutschen in Mittel-, Ost- und Südeuropa wendet“ (24. September 1992, s. auch Hartmut Koschyk, CSU, 11. März 1994 und 20. März 1997). Rudolf Scharping (SPD) und der bayerische Ministerpräsident Eduard Stoiber (CSU) diskutieren über die Beziehungen zur Tschechischen Republik nach der „politischen Wende“ (30. Januar 1997). Parlamentarischer Staatssekretär Horst Waffenschmidt (CDU) sieht die Wende jedoch in einer weiteren Perspektive:

> Durch die politische Wende, durch die politischen Geschehnisse in den letzten drei Jahren in Deutschland und Europa, durch das Mehr an Freiheit und Demokratie ist uns eine große Chance, eine große Möglichkeit auch für diese kulturellen Initiativen in Osteuropa zugewachsen, für die wir sehr dankbar sein sollten und die wir gemeinsam als großes Geschenk empfinden sollten. (24. September 1992)

Waffenschmidt ist einer der wenigen Regierungsvertreter, die überhaupt Freiheit und Demokratie im Kontext der Wende in der DDR und in Osteuropa erwähnen.

Die durch die politische Wende eröffneten Chancen bleiben für die Christ- und Freidemokraten auf die Konsequenzen für die *policies* beschränkt, also primär auf Themen begrenzt, die die Regierung und weniger den Bundestag betreffen. Eine Ausnahme bildet diese Stellungnahme von Thomas Rachel

(CDU) in der Opposition: „Ich finde es insofern etwas billig – das müssen Sie selbst einräumen –, daß Sie diese politische Wende hin zu einer vernünftigen Raumfahrtpolitik plötzlich in Frage stellen“ (22. April 1999).

Die außerordentliche politische Wende, sowohl der innerdeutschen als auch der internationalen *polity*, enthielt neue Chancen für den parlamentarischen Politikstil, die die Oppositionsfraktionen bis zu einem gewissen Grade thematisierten, Gerhard Botz (SPD) etwa sagt zur Landschaft und zum Naturschutz: „Mit der politischen Wende müssen auch auf diesem Gebiet dauerhafte und vor allem weitsichtige Änderungen eintreten“ (15.10. 1990) und Christel Deichmann (SPD): „Es hat nach der politischen Wende gerade auch in der Landwirtschaft der neuen Länder einen dramatischen Strukturwandel gegeben“ (1. Juni 1995). Diese Veränderungen sind auf der Policy-Ebene geblieben (s. auch Christina Schenk, Grüne, 24. September 1992 und Ilja Seifert, PDS, 30. September 1993 zur Wende in der Wohnungspolitik).

Ob nach dem Mauerfall eine Wende stattgefunden hat, bleibt strittig. Elke Ferner (SPD) wirft der Regierung Kohl vor: „Anstatt eine Wende in der Verkehrspolitik einzuleiten, machen Sie so weiter wie bisher“ (10. September 1992) Im ähnlichen Sinne redet Andrea Fischer (Grüne): „Kann ein solches Ministerium diese Fehlentwicklung korrigieren? Kann es die notwendige Wende in der dominierenden Politik einleiten?“ (29. März 1995). Hier ist der primäre Gegenstand noch die *policy,* implizit wird ein neuer Stil im *politicking* verlangt.

Gerd Poppe (Grüne) benutzt das Vokabular für die Außenpolitik mit weitreichenden Implikationen: „Wir meinen, daß dem Erfordernis einer politischen Wende auch eine veränderte Prioritätensetzung in der Außenpolitik entspricht, vor allem die konsequente Zivilisierung der Außenpolitik“ (7. September 1994). Er deutet einen Verzicht auf die traditionelle *arcana imperii* zugunsten der parlamentarischen Kontrolle der Außenpolitik an. Reale Chancen für die Entmilitarisierung sieht Christian Sterzing (Grüne): „Daß man kritisch fragen muß, ob die historische Chance, die in dieser politischen Wende steckt, für Abrüstung, für Entmilitarisierung, für Truppenabbau und für die Umstrukturierungen von militärisch belasteten Regionen ausreichend genutzt worden ist“ (7. November 1996). Diese Reden beanspruchen die Ausnutzung der ‚Wende' zum Umdenken der internationalen *polity.*

Entwicklungspolitiker deuten die Umweltkonferenz in Rio als einen Wendepunkt, zum Beispiel Dieter Schanz (SPD): „Die Konferenz zu Umwelt und Entwicklung in Rio bietet hier einen guten Ansatz, eine politische Wende national und international einzuleiten“, und Ingrid Walz (FDP), „Ich glaube, wir sind uns einig, daß wir am Wendepunkt in der Weltpolitik angelangt sind“ (beide 10. Oktober 1991).

Bei den Grünen gibt es in den achtziger Jahren Ansprüche, anhand der Policy-Wende ein Umdenken des Politikstils einzuleiten. Hans-Werner Senfft (Grüne) verlangt eine verkehrspolitische Wende: „Es wird sich herausstellen,

daß das einzige realitätsorientierte Konzept eine verkehrspolitische Wende sein wird" (27. November 1986). Eckhard Stratmann (Grüne) zweifelt daran, ob die Regierung wirklich den Willen „zu einer politischen Wende in Fragen des Rüstungsexports" haben kann (23. Juni 1989). Die Pointe des Wende-Vokabulars liegt im Aufzeigen einer breiteren Öffnung des Chancenhorizonts für Veränderungen, eines historischen Momentums für Chancen, die entweder genutzt werden oder unbenutzt bleiben.

Den Ausdruck ‚gegen eine Politik wenden' benutzt Werner Marx (CDU) zu einem Plädoyer für einen bestimmten Politikstil: „Daß wir uns zugleich aber gegen eine heuchlerische Politik wenden, welche sich nur traut, die Verwirklichung der Menschenrechte lediglich in bestimmten Ländern zu fordern" (27. Oktober 1977). Der Politikstil bildet ebenfalls das Politikum bei Marita Wagner (Grüne): „Wir wenden uns entschieden gegen solche menschenfeindliche Politik" (27. November 1986). In diesen Fällen geht es also um Chancen der Veränderung in *politicking.*

Eine interessante Rhetorik gegen die Wende der Politik benutzt Bundeskanzler Helmut Kohl im Kontext der Euro-Einführung:

> Es gibt zu dieser Politik keine Alternative. Ich kann nur warnend sagen: Diejenigen, die sich gegen diese Politik wenden und dieses Thema bei Wahlkämpfen ausnutzen wollen, werden erleben, daß es einen dramatischen Einbruch für ihre Position geben wird. Die große Mehrheit der Deutschen hat längst begriffen, daß der Wohlstand und die friedliche Zukunft unseres Landes mit der Europäischen Währungsunion und überhaupt mit der Europäischen Union zusammenhängen. (10. September 1997)

Hier benutzt Kohl, mit Quentin Skinner gesprochen, eine paradiastolische Rhetorik, um eine Abkehr von der erfolgreichen und populären D-Mark ins Ungewisse des Euro zu legitimieren. Er verweist darauf, dass die europäische Union als solche schon akzeptiert worden ist und der Euro einen Bestandteil zur Verfestigung dieser Union bildet.

Seit der Jahrhundertwende verflacht sich die politische Wende zu Forderungen nach einem Regierungswechsel (s. Peter Ramsauer, CSU. 5. Juli 2002; Petra Pau, Linke, 18. März 2005). Die Polemiken gegen Westerwelles Rückgriff auf Kohl von 1982 zeigen auch, dass ein rhetorischer Topos sein Momentum verliert, wenn er zu oft benutzt wird und die historische Parallele in der Situation wenig glaubhaft ist.

Zwei Grünen-Politiker sprechen im Sinne der *voice* vom Paradigmenwechsel. Volker Beck strebt nach dem „zentralen Paradigmenwechsel, das heißt weg von der Behindertenpolitik … weil wir mit dem Barrierefreiheitsgesetz einen Umdenkprozess in der Politik einleiten" (15. November 2001). Jürgen Trittin betont, wie „Präsident Obama … in Prag in der Tat einen Paradigmenwechsel in der Abrüstungspolitik eingeleitet" hat (24. April 2009) .Paradigmenwechsel bedeutet keinen Abbruch wie *voice* oder *Wende*, sondern die

Ersetzung eines Politiktypus durch einen anderen. Die Beispiele verweisen primär auf *policy*, wie die meisten Ausdrücke zu ‚Politik einleiten'.

Idealtypisch ist die politische Wende also auf vier rhetorische Figuren bezogen worden: auf Umkehr, Paradigmenwechsel, *Kairos* und Momentum. ‚Kohls Wende' hatte den Anspruch einer Umkehr und wurde als solche kritisiert. Der Mauerfall mit Folgen markierte eine einmalige *Kairos*-Situation, was in der Rede von der politischen Wende verschieden gedeutet wurde. In den Bundestagsdebatten betonten einige Oppositionspolitiker den Momentum-Aspekt der Wende als ein Spektrum von Gelegenheiten zur Veränderung der *policies*, im Stil des *politicking* ebenso wie in den Chancen der Europäisierung und Globalisierung der *polity,* welche auch mit dem Paradigmenwechsel thematisiert wurden.

6.6 Politik [be]urteilen

Neben dem Anfang enthält Politik als Handeln in der Zeit das Moment der Reflexion, der Einschätzung der Vor- und Nachteile von Handlungsmöglichkeiten. Dies gilt ebenso sehr den vergangenen Handlungen, Ereignissen oder Prozessen, den gegenwärtig auf der Tagesordnung stehenden Fragen wie Vorschlägen oder Ideen, die erst in der Phase des Entwurfs oder der Planung sind.

Zu diesem Zweck habe ich einen Korpus für ‚Politik/politisch urteilen/beurteilen' konstruiert. Die digitale Suchoption trennt die beiden Ausdrücke weitgehend voneinander. Unter den 68 Belegen zu ‚politisch urteilen' finden sich nur drei zu ‚politisch beurteilen'. Beide Ausdrücke haben im Bundestag ein ähnliches Zeitprofil, vielfach gebraucht in den ersten Legislaturperioden, als der Bezug zu Gerichtsentscheidungen aber auch zur Beurteilung der deutschen politischen Situation prägend war, sowie in den siebziger und achtziger Jahren, danach nimmt die Tendenz ab, insbesondere von 'politisch urteilen'.

6.6.1 Das politische Urteil

Die Debatten des Bundestags zeigen klare Differenzen im Gebrauch auf. Verglichen mit gerichtlichen Urteilsentscheidungen erscheint ‚politisch urteilen' als unsachgemäß, parteilich usw., etwa wenn von der DDR die Rede ist (z.B. Hans Reif, FDP als Berichterstatter, 3. Juli 1953; Frank Seiboth, GB/BHE, 29. Juni 1956, aus der Nachwendezeit Maria Michalk, CDU, 17. Juni 1994). Oder aber ‚politisches Urteil' bezeichnet ein schwächeres Urteil, das weniger zwingend als ein Gerichtsurteil ist. Helmut Heiderich (CDU) kommentiert über den Antragsteller einer Petition zum Entschädigungsrentenge-

setz: „Ihm geht es offensichtlich um eine politische Beurteilung dieses Gesetzes“ (20. Februar 1997).

Trotz dieses Beispiels fehlt der ‚politischen Beurteilung’ die enge Verbindung zu Gerichten. Seit den siebziger Jahren bezieht sich die Standardformel der parlamentarischen Fragen im Bundestag darauf, etwa: „Herr Staatssekretär, wie beurteilt die Bundesregierung politisch den Vorgang“? (Norbert Gansel, SPD, 3. Dezember 1975). Also die ‚politische Beurteilung’ wird zur Einschätzung und Auswertung der Vorgänge benutzt, und hat damit eine ganz andere Bedeutung als ‚politisches Urteil’.

Gerichtsurteile als ‚politische Urteile’ zu bezeichnen, ist eine Praxis, mit der man sich im Bundestag der NS-Zeit und der DDR erinnert oder auf ausländische Staaten verweist. Hildegard Hamm-Brücher (FDP) sagt zum Sharpeville-Massaker in Südafrika: „Kein gerechtes Urteil wurde gesprochen, sondern ein politisches Exempel sollte statuiert werden … Gefangene wurden gefoltert, die Nichtbeteiligung einer Angeklagten nachgewiesen. Meine Damen und Herren, was ist das am Ende eigentlich anderes als politische Urteile à la Volksgerichtshof“? (22. Juni 1988). Die Rückgängigmachung der ‚politischen Urteile’ aus der nationalsozialistischen Zeit hat lange gedauert. Dies betont Erwin Marschewski (CDU): „Die letzten neun politischen Urteile sind im März dieses Jahres getilgt worden“ (13. Oktober 1983).

Bestimmte Gerichtsurteile in der Bundesrepublik als politisch kritisiert Ernst Benda (CDU): „Äußerungen, … die klar aufzeigen, wo die Grenzen der zulässigen Form einer Kritik an gerichtlichen Urteilen sind“. Er erwähnt den „Nachrichtendienst des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 6. November vorigen Jahres: Im Gewand juristischer Auslegungen liege ganz unzweifelhaft ein politisches Urteil vor“ (22. Januar 1959). Ihm erwidert Adolf Arndt (SPD): „Heute haben Sie zitiert, daß nicht einmal die politischen Parteien das Recht der Urteilsschelte haben sollten“ (ebenda). Helmut Kohl als CDU-Oppositionsführer stimmt Kanzler Helmut Schmidt gegen die Urteilsschelte zu und ermahnt allgemein dazu dem zuzustimmen, „daß es aus dem Geist unserer freiheitlichen Demokratie nicht statthaft ist, in diesem Zusammenhang von ‚politischer Justiz’ und ‚politischen Urteilen’ zu reden?“ (1. Juni 1978).

Vor dieser Kritik macht Roland Vogt (Grüne) nicht halt. Er übt eine Kritik am juristischen Positivismus und erwähnt Fälle, die er als politische Urteile betrachtet:

> Das ging dann in der juristischen positivistischen Anwendung ja ganz korrekt zu, Herr Kollege. Oder ich erinnere an die Erbgesundheitsgerichte, wo man sich berühmt hat, daß nun diese beiden Stände der Mediziner und der Juristen zueinander gefunden haben und wo man z. B. angeblich Erbkranke sterilisiert hat. Alles juristisch korrekt, Herr Kollege! Und Sie sagen, das waren keine politischen Urteile. (30. März 1984)

Der juristische Positivismus ist in verschiedenen politischen Lagern verpönt, so dass einige Abgeordnete von „politischen Urteilen“ sprechen (s. Ludwig

Schneider, DP, 22. Januar 1959; Günter Nooke, CDU, 17. Juni 1999). Im Verhältnis zum Bundesverfassungsgericht zeigen die Belege, dass es trotz der Festhaltung an Gewaltenteilung, keine eindeutige Differenz zwischen rechtlichen und politischen Urteilen gibt.

Trotzdem gibt es Belege, die Hinweise auf nicht-gerichtliche politische Urteile enthalten. Rudolf Dressler (SPD) sieht die Urteile über Organspenden als bewusst persönlich: „Das, meine Damen und Herren, ist mein politisches Urteil“ (19. April 1996, zur Biotechnik s. auch Helmut Heiderich, CDU, 13. Februar 2004).

Was als ‚politisches Urteil' gilt, bezieht sich auf die Kriterien entweder des Urteils oder der urteilenden Person, wobei sowohl Eigen- als auch Fremdurteile beachtet werden. Der Ausgangspunkt liegt in der Kontingenz des politischen Urteils: Es muss von Akteuren geformt werden, der Gesetzestext allein reicht nicht dazu aus. Erwin Schoettle (SPD) betont, dass Tatsachen interpretierbar sind, aber Material für die Bildung des eigenen politischen Urteils liefern:

> Das sind eben Tatsachen, die sich nach jeder Richtung hin interpretieren lassen, und wenn man ehrlich sein will, Herr Kollege Wuermeling, dann darf man diese Zahlen nicht hier von diesem Pult aus verkünden oder in einem Zwischenruf, dann muß man bereit sein, sich an Hand aller erreichbaren Materialien zusammenzusetzen und zu prüfen, was das für unser eigenes politisches Urteil über einen Vorgang in einem anderen Land bedeutet. (17. Juli 1952)

Hermann Louis Brill (SPD) war Berichterstatter eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Frage„ inwieweit sich die Mitarbeiter des Auswärtigen Amts während der NS-Herrschaft kompromittiert hatten. In seiner Rede interessiert er sich für die Prozedur der politischen Urteilsbildung und -revision mit Hilfe von Materialen, die im Ausschuss behandelt wurden:

> Er [der Ausschuss, KP] verstand seine Aufgabe vielmehr dahin, ein zeitbedingtes politisches Urteil abzugeben, und er legt besonderen Wert auf die Feststellung, daß dieses Urteil durch weitere Aktenpublikationen, durch wissenschaftliche Untersuchungen usw. korrigiert werden könnte; er glaubt sogar, daß es in einzelnen Punkten korrigiert werden muß (22. Oktober 1952)

Heinz Kühn (SPD), später Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens, kritisiert die Stellungnahme des Bundesinnenministeriums, aufgrund eines den Bundestag parodierenden Artikels: „Die bisherige Förderung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes so lange nicht fortzusetzen, bis erkennbar geworden ist, daß der Sozialistische Deutsche Studentenbund sich von ihnen distanziert“ (19. April 1956). Nach Kühn mischt sich das Ministerium in den Streit zwischen politischen Vereinigungen ein und fällt ein politisches Urteil, wofür es nicht zuständig ist. Er sieht parteiliche Verwaltungsurteile als ‚rein politisch' ähnlich wie die Kritik, die an ‚politischen Urteilen' der Gerichte geübt wird. Dagegen hat Kühn nichts gegen ein anderes politisches Urteil des

Bundesinnenministeriums, das die Behauptung enthält: „Der Bundeskanzler [Adenauer, KP] ist ein merkwürdiger Demokrat“ (ebenda).

Über die Bedeutung der Wissenschaft und der Fakten für die Formation des politischen Urteils scheiden sich die Ansichten. Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) hofft, dass die Wissenschaft die politische Urteilsbildung erleichtert und zur weiteren Debatte beiträgt.

> Wo es um die Lage der Nation geht, soll also mit dem Beitrag der Wissenschaft das politische Urteil erleichtert und die politische Diskussion versachlicht werden. Ich hoffe jedenfalls, daß die „Materialien“ nicht nur in der Debatte dieses Hohen Hauses, sondern auch draußen in der Öffentlichkeit, in Wissenschaft, Politik und Bildungsarbeit Beachtung finden und daß die künftigen Arbeiten durch Kritik und Vorschläge gefördert werden. (28. Januar 1971, s. auch Minister Egon Franke, SPD, ebenda)

Auf die Hilfe ‚der Wissenschaft’ verlässt sich auch Ulrich Heinrich (FDP): „Unser politisches Handeln beruht auf der Grundlage wissenschaftlicher Beurteilung. Dass zu dieser wissenschaftlichen Beurteilung immer auch eine politische Beurteilung kommt, ist selbstverständlich. Aber ausschließlich aus ideologischen Gründen eine politische Beurteilung vorzunehmen, wird diesem Sachverhalt nicht gerecht“ (15. November 2001). Hier wird ‚die Wissenschaft’ zur Basis, an die sich ein politisches Urteil anpassen muss, sonst wird es als ‚ideologisch’ denunziert.

Der Naturwissenschaftler und spätere Forschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) bezieht sich auf die Absage der SPD an die „Technokratie“, „die sich dem politischen Urteil entzieht“ (15. Dezember 1977), will aber die Technokratie retten, die er mit Technik überhaupt identifiziert.

> Technokratie ist nur zu überwinden, wenn alternative Wege zur Lösung eines Problems alternativ dargestellt werden mit ihren Chancen und Gefahren, mit ihren Vorteilen und Nachteilen, wenn sie nach bestem Wissen gegenübergestellt und abgewogen werden. Erst dann setzt die politische Wertung überhaupt ein, erst dann beginnt der politische Streit, und erst dann wird politische Verantwortung möglich (ebenda)

Für Riesenhuber sind „alternative Wege“ und die Diskussion um deren Vor- und Nachteile noch keine Fragen des politischen Urteils, d. h. er überlässt das politische Agenda-Setting den „Technokraten“. Dagegen polemisiert der Juraprofessor Horst Ehmke (SPD): „Es wäre auch gut, wenn wir von dem Glauben an technokratische Daten wegkämen. Wir sollten uns eine Bandbreite von Prognosen nehmen und unser eigenes politisches Urteil fällen“ (9. September 1982). Wenn Politik bis hin zum den Streit über die Agenda reicht, dann müssten die politischen Urteile schon die Präsentation der Prognosen als Wertbeziehung prägen.

Es gibt jedoch Vorschläge für Kriterien für legitime und sachgemäße politische Urteile. Paul Bausch (CDU) setzt für die Gesundheitspolitik diese Policy-Kriterien: „Ein eindeutiges, klares, auf politischer Überzeugung beruhendes Urteil vorzulegen“ (25. März 1953). Mit diesen Kriterien erscheinen

jede Zögerung und jede Debatte als verdächtig. Rudolf Vogel (CDU) zitiert zustimmend aus der *Neuen Zürcher Zeitung:* „Die breite Masse der Deutschen [verfügt] über mehr gesunden Menschenverstand und über ein ruhigeres Urteil … als ein Teil ihrer in politischen Dingen federführenden desorientierten Intelligentsia“ (29. Mai 1957). Hier setzt er auf „gesundes politisches Urteil“ des Volkes (ebenda) im Gegensatz zum reflexiven Urteil der Intellektuellen. Nach Claudia Gatzka (2019) war ‚der gesunde Menschenverstand' ein weit verbreiteter Topos der Parlamentarismus- und Parteienkritik in der frühen Bundesrepublik.

Berthold Martin (CDU) sieht die Fähigkeit des Urteilsvermögens im Gegensatz zum ideologischen Urteilen in der politischen Bildung begründet: „Sie soll dazu führen, das Urteilsvermögen zu schärfen, politische Zusammenhänge durchsichtig zu machen, um damit die Voraussetzungen für ein politisch richtiges Handeln zu schaffen. Sie soll dieses Handeln aber nicht ersticken und ersetzen“ (15. November 1968). Politisches Urteilsvermögen erscheint als eine Vorstufe des „politisch richtigen Handelns“, was auch immer damit gemeint sei. Ähnlich defensiv spricht CDU-Fraktionsvorsitzender Alfred Dregger davon, dass „ein Zeichen für das kurze Gedächtnis und das mangelnde politische Urteilsvermögen mancher Publizisten und Politiker in Europa“ viele Friedensbewegte charakterisierte (14. Dezember 1982). Einen Verlust des politischen Urteilsvermögens im Kontext des Afghanistan-Einsatzes beklagt Norman Paesch (Linke): „Sie haben Ihr politisches Urteilsvermögen der militärischen Logik geopfert, dass die NATO das Feld nicht als Verlierer verlassen darf“ (28.9. 2006).

Otto Schmidt (CDU) setzt auf ein „abgewogenes politisches Urteil“ (17. Januar 1962), das eine Reflexion voraussetzt und trotzdem das Gleichgewicht als Ideal setzt. Dasselbe Prinzip benutzt Alois Mertes (CDU): „Politisches Urteil ist das Ergebnis von Güterabwägung“ (22. November 1983). Als SPD-Fraktionsvorsitzender bekennt sich Helmut Schmidt ebenfalls zum abwägenden politischen Urteil, im Gegensatz zur polizeilichen und moralistischen Sprache der Deutschlandpolitik: „Beides sind nur Spielarten des gleichen Typs, dessen Engagement, das hier nicht bezweifelt wird, im umgekehrten Verhältnis zu seiner Fähigkeit zum abwägenden politischen Urteil über das, was möglich ist, steht“ (25. April 1969).

Innenminister Ernst Benda (CDU) teilt im Kontext der Bildung das Ideal, „daß es die Aufgabe der politischen Bildung ist, die Bürger zu befähigen, sich auf Grund eigener Einsichten zu politischen Fragen ein kritisches und selbständiges Urteil zu bilden“ (15. November 1968). Interessant ist hier der Gegenpol: „Das setzt politische Bildung von public relations der Bundesregierung und von politischer Werbung im weitesten Sinne deutlich ab“ (ebenda). In rhetorischer Hinsicht setzt Benda also auf Deliberation und gegen Akklamation.

In der gleichen Sitzung wendet sich Hans-Dietrich Genscher (FDP) gegen die Ansicht Richard Jaegers (CSU), „der Wehrdienst erfordert keineswegs jene besondere Reife des politischen Urteils, die für die Ausübung des Wahlrechts unerläßlich ist“. Genscher erwidert: „Wer so schreibt und spricht, erteilt dem ‚Staatsbürger in Uniform’ eine Absage“ (15. November 1968). Mit der Betonung des selbständigen politischen Urteils sagt er sich vom Obrigkeitsstaat los. Dies hindert nicht daran, das Engagement der Jugend mit „politischem Sachverstand und entsprechender Urteilsfähigkeit“ zu konfrontieren (Klaus-Peter Schulz, SPD, 18 Juni 1970).

Im Kontext der Kontroversen um den Terrorismus der ‚Roten Armee-Fraktion’ (RAF) stellt Friedrich Wendig (FDP) stärkere normative Kriterien auf, indem er „die Verpflichtung der Politiker, der Parlamentarier, den kühlen Kopf für richtiges Urteil und dann richtige Entscheidung zu bewahren“, hervorhebt (22. Juni 1977). Ein „klares, aber auch abgewogenes politisches Urteil“ (ebenda) ist auch sein Kriterium. Einige Monate später formuliert Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) das Prinzip, dass „das streitige Austragen politischer Meinungskonflikte, Urteilskonflikte möglich bleiben“ muss (6. Oktober 1977). Er wendet sich gegen diejenigen, die im Namen einer einheitlichen Front gegen die RAF gegensätzliche Urteile zu reduzieren bereit sind.

Zur Entspannungspolitik der Regierung Schmidt benutzt Horst Ehmke (SPD) ein starkes Wort: „Die Erfolge dieser Politik sind heute unter objektiv Urteilenden unbestritten“ (1. Juni 1978). Ehmke dürfte mit ‚objektiv’ überparteilich oder distanziert meinen. Etwas später benutzt er gegen die Unionspolitiker eine präzisere Terminologie: „Ob es wirklich ein den Tatsachen gerecht werdendes Urteil ist, wenn beide sagen, die Politik der Entspannung sei erfolglos gewesen“ (9. März 1979), obwohl auch hier ‚Tatsachen’ als etwas Gegebenes präsentiert werden.

Im Gegensatz zur polizeilichen und moralistischen Sprache der Deutschlandpolitik betont Parlamentarischer Staatssekretär Rainer Funke (FDP), dass man sich genug Zeit für die politische Urteilsbildung nehmen sollte: „Im übrigen sollte man sich sein politisches Urteil erst bilden, wenn man das, was man beurteilt, tatsächlich auch gelesen und geprüft hat. Dann sollte man sein politisches, sicherlich auch sein rechtliches Urteil fällen“ (8. März 1995).

Zunehmend werden im Bundestag politische Urteile über ausländische Verhältnisse gefällt. Zur Situation in Ghana macht Helmut Lippelt (Grüne) einen prozeduralen Vorschlag, um die politische Urteilsbildung zu stärken:

> Daß es bei einem solchen Auseinanderklaffen von hiesiger Rechtsnorm und der sich anders entwickelnden Verfassungswirklichkeit oder Rechtswirklichkeit in Ghana sehr sinnvoll wäre, daß an unserer Botschaft … auch ein Menschenrechtsbeobachter tätig ist, so daß wir … unser eigenes politisches Urteil stärker schärfen können? (29. Februar 1996)

Einen weiteren Aspekt des politischen Urteils betrifft die Qualität der Personen. Hier sind Ausdrücke wie Urteilsvermögen oder Urteilsfähigkeit benutzt worden. Hermann Louis Brill (SPD) erwähnt aus seiner Untersuchungskommission über die diplomatische Tätigkeit der NS-Zeit einen Gesandten aus Paris: „Da Paris bereits am 23. August 1944 von den Alliierten eingenommen wurde, erschien dem Ausschuß dieses Schreiben des Gesandten Dr. v. Bargen in bezug auf seine Urteilsfähigkeit in politischen Dingen besonders bedeutungsvoll" (22. Oktober 1952). Er setzte auf Urteilsfähigkeit gegen den blinden Gehorsam. Minister Hans Katzer (CDU) verwendet das Kriterium gegen die Interessenabhängigkeit: „Die moderne Gesellschaftspolitik hat das Bild von frei verantwortlichen, urteilsfähigen Bürgern eines Staates vor sich, die … unter dem Gesichtspunkt des allgemeinen Wohles sein sollten" (1. Dezember 1965).

Gegen die Studenten- und Friedensbewegung forderten einige Redner von den Teilnehmern kompetente Urteile. Lambert Huys (CDU) betont die Bedeutung, „das politische Problembewußtsein, die politische Urteilsfähigkeit und Urteilsbereitschaft auszubilden" im Gegensatz zum bloßen „politischen Engagement" (15. November 1968). Roswitha Verhülsdonk (CDU), setzt die Urteilsfähigkeit gegen die politischen Ziele der „von manchen der Drahtzieher der Friedensbewegung" (22. November 1983). Christa Reetz und ihre Kolleginnen von den Grünen sehen sich diesen Vorwürfen ausgesetzt, und Reetz wehrt sich: „Es ist uns Abgeordneten in den letzten zwei Tagen mehrfach die politische Urteilsfähigkeit abgesprochen und Demagogie unterstellt worden" (ebenda). Sie bestreitet der Demagogie verfallen zu sein. Auf Personen bezogen wird die politische Urteilsfähigkeit im Bundestag parteilich benutzt.

Im Bundestag ist es relativ schwer gewesen, das politische Urteilen als ein formales Prinzip zu erfassen, das zu gegensätzlichen politischen Zwecken unabhängig verwendet werden kann. Ich habe in den Debatten keinen Beleg gefunden, der die politische Urteilskraft der Gegner loben würde.

6.6.2 Die politische Beurteilung

Verglichen mit ‚politisch Urteilen' verweist ‚politische Beurteilung' in den Bundestagsdebatten in der Regel auf spezifische Fragen. Hier ist die Abwägung der politischen mit der rechtlichen, wirtschaftlichen usw. Beurteilung kaum besonders kontrovers. Bei einigen Reden geht es darum, in bestimmten Situationen auf die politische Beurteilung zu verzichten. „Eine politische Beurteilung dieses Vertragswerkes steht hier jetzt nicht zur Erörterung", sagt Adolf Arndt (SPD) zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (16. Mai 1953). Oder die Redner wollen sie aus der aktuellen Debatte ausklammern: „[W]ie immer man die Wirkungen dieser Politik beurteilen mag" (Erwin Schoettle, SPD, 5. Oktober 1960, s. Wolfgang von Geldern, CDU, 24. Oktober 1984). Oder sie markieren Übereinstimmung, wenn auch die Pointe der Rede an-

derswo liegt – „Wir stimmen in der politischen Beurteilung dieses Vorgangs überein“ (Günter Verheugen, SPD, 2. Oktober 1986, s. auch die Parlamentarischen Staatssekretäre Erich Riedl, CSU, 20. April 1988 und Friedrich-Adolf Jahn, CDU, 17. Januar 1990, Verteidigungsminister Rudolf Scharping, SPD, 19. November 1998).

Diese Markierungen setzen voraus, dass die politische Beurteilung kontingent und im Bundestag kontrovers ist. Gelegentlich wird die Verfassung zur Eingrenzung des Dissenses aufgerufen, wie Otto-Heinrich Greve (SPD) an die CDU und Regierung adressiert sagt: „Nein, vom Politischen her mögen Sie Ihre Situation anders beurteilen, als sie von uns beurteilt wird, vom Verfassungsrechtlichen her haben Sie … kein Fundament, von dem aus Sie unsere Vorlage anzugreifen vermögen“ (25. April 1958). In anderen Fällen lässt das Verfassungsgericht die politische Beurteilung offen, wie Ulrich Heinrich (FDP) hervorhebt: „Gerade weil diese politische Beurteilung – je nachdem, von wem sie vorgenommen wird – zu einem unterschiedlichen Ergebnis kommt, muß jetzt der Spielraum, den das Verfassungsgericht eröffnet hat, genutzt werden“ (16. April 1997). Friedrich Neuhausen (FDP) sagt über eine „durch eine Unterschriftensammlung unterstützte Petition, die sich gegen das Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Kriegsdienstverweigerung richtet … sie gerät in das Spannungsverhältnis allgemeiner unterschiedlicher politischer Beurteilungen. Anderes kann man wohl nicht erwarten“ (24. Juni 1983).

Ereignisse, Vorgehen oder Skandale der nahen Vergangenheit wurden ebenfalls ‚politisch beurteilt’. Zum Spionagefall Guillaume, der zum Rücktritt Willy Brandts vom Kanzleramt führte, äußert sich der FDP-Fraktionsführer Wolfgang Mischnick: „Wir sind uns alle in diesem Hause über die politische Wertung, die politische Beurteilung der Spionageaffäre Guillaume einig. Aber diesen Fall … als Beweis dafür zu mißbrauchen, die gesamte Vertragspolitik mit unseren östlichen Nachbarn sei falsch, ist unsachlich, primitiv und unpolitisch zugleich“ (20. Mai 1974). Er warnt also die Opposition davor, diesen Fall für eine Legitimierung zur Veränderung der gesamten Ostpolitik zu missbrauchen.

Interessante Gegensätze zeigen sich in der politischen Beurteilung der Zukunft. Zum Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft spricht Erwin Schoettle (SPD) im Namen der Ausschussminderheit: „Der Unterschied zwischen der Auffassung der Mehrheit und der der Minderheit lag… vielmehr in der politischen Beurteilung der Möglichkeiten für künftige Haushaltsjahre, der Chancen für die Herabsetzung der deutschen Belastung“ (4. Dezember 1952). Er beurteilte die Wirtschaftsentwicklung pessimistischer als die Regierungsparteien, was sich in seiner Reserviertheit gegenüber dem Vertrag zeigte. Gegen Wirtschaftsminister Günter Rexrodt (FDP), stellt Siegmar Mosdorf (SPD) den künftigen Erfolg der Wirtschaftspolitik in Frage: „Herr Rexrodt, ich glaube, daß Ihnen auch bewußt sein muß, daß die Schlüsselfrage für die Beurteilung, ob Ihre Politik erfolgreich ist oder nicht … lautet, wie wir

den Arbeitsmarkt in Ordnung bekommen. Das ist eine Schlüsselfrage für die Zukunft (20. Februar 1997).

Eine eindeutige politische Beurteilung über die Zukunft der Regierungspolitik unter Kohl äußert Michaele Hustedt (Grüne): „Die Enkel werden Ihre Politik beurteilen, und die Enkel werden auch auf des Kaisers neue Kleider nicht hereinfallen. Wir wollen, daß das Parlament Politik macht. Ich bin deswegen sehr stolz darauf, daß wir das schon ein Stück weit erreicht haben" (17. Juni 1999). Parlament und Verfassung sind Bestandsteile von einem Politikverständnis, das die Regierung als den primären politischen Akteur in Frage stellt oder zumindest ihre Macht eingrenzt.

Einige Reden enthalten eine scharfe politische Beurteilung über Bundestagsabgeordnete. Richard Stücklen (CSU) distanziert sich von einer Verleumdung sehr zweideutig, „daß ich die Verhandlungsführung des Vorsitzenden des Vertrauensmännergremiums in diesem Quartal, des Herrn Kollegen Wehner, des Oberbiedermanns, keinesfalls jemals beanstandet habe", setzt aber fort: „Ich habe nur erklärt, daß er von dem Spionagefall Guillaume mit anderen Attacken gegen uns ablenken will. Mir steht das Recht zu, diese politische Beurteilung vorzunehmen" (6. Juni 1974). Helmut Kohl (CDU), als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, nimmt den CSU-Vorsitzenden Franz-Josef Strauß gegen Bruno Friedrich (SPD) in Schutz: „Herr Abgeordneter Friedrich, ich muß Sie fragen, ernsthaft fragen … ob Sie wirklich wissen, was Sie sagen, wenn Sie einem Mitglied dieses Hauses, einem Mann, der seinen Beitrag, wie immer Sie ihn beurteilen mögen, zur deutschen Politik geleistet hat, hier ganz primitiv konservativen Nihilismus unterstellen" (26. November 1975). Wehner und Strauß waren umstrittene Persönlichkeiten und wiederholt Gegenstand politischer Beurteilung.

Die politische Beurteilung kann auch den Betroffenen gelten. Klaus Thüsing (SPD) stellt die Frage: „Ist die Bundesregierung der Meinung, daß bei der politischen Beurteilung von Asylsuchenden die gleichen Maßstäbe wie bei der Überprüfung von Bewerbern um den öffentlichen Dienst angelegt werden sollten?" (8. September 1977). Er deutet an, die im Radikalenerlass der Ministerpräsidenten geltende Bewerberprüfung zum öffentlichen Dienst auf die Asylbewerber zu erweitern. Parlamentarischer Staatssekretär Gerhart Rudolf Baum (FDP) winkt ab: „Die Sicherheitsüberprüfung bezweckt nicht die politische Beurteilung eines Asylsuchenden. Sie dient auch nicht der Feststellung, ob der Asylsuchende aktiv für unser Grundgesetz einzutreten bereit ist, wie dies nach geltendem Recht für die Aufnahme eines Bewerbers in den öffentlichen Dienst Voraussetzung ist" (ebenda).

Streit gibt es auch um die politische Beurteilung der Beamten, die sich in die Politik einmischen. Gerd Langguth (CDU) stellt die Frage über den Staatssekretär Manfred Timmermann: „Wie beurteilt die Bundesregierung die Teilnahme von Herrn Dr. Timmermann an dem Podium als Vertreter einer politischen Partei sowie seine Äußerungen angesichts der dienstrechtlichen Pflicht

zur Mäßigung und Zurückhaltung bei politischer Betätigung“ (28. September 1977). Hier geht es um eine parteipolitische Betätigung eines hohen Ministerialbeamten. Innenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) verteidigt den Staatssekretär Egon Bahr im Namen der Staatsräson: „Herr Kollege Benda, was Herr Bahr dort getan hat, war nicht die positive oder negative Beurteilung der politischen Haltung oder Position eines Mitgliedes des Deutschen Bundestages, sondern es war die Zurückweisung eines unberechtigten Angriffs gegen einen Bürger unseres Landes. Das ist die Pflicht eines jeden Beamten, der für dieses Land im Ausland verhandelt!“ (20. Februar 1970).

Politische Beurteilungen zur Kompromittierung politischer Gegner verweisen gelegentlich auf ausländische Akteure. Klaus Thüsing (SPD) stellt die Frage an den zuständigen Minister über eine italienische Organisation: „Stimmen Sie der politischen Beurteilung der ENAS, wie sie die ‚Frankfurter Rundschau' … vorgenommen hat, als ‚neofaschistisch' zu?“ (5. Oktober 1978). Volker Beck (Grüne) parodiert die Politik der Bundesregierung, wenn eine Terrororganisation Menschen vor der anderen rettet:

> Und was machen wir dann mit dem Satz, den wir dann der politischen Beurteilung und Artikulation entziehen: „Wir sind dankbar dafür, dass die syrische PKK die Jesiden aus der Hand der ISIS befreit hat.“? Die PKK ist eine verbotene Terrororganisation. Das, was ich gerade im Zusammenhang mit den Jesiden gesagt habe, wäre nach Ihrem Vorschlag eine strafbare Aussage. Ich meine, Ähnliches hier im Hause schon gehört zu haben. (9. September 2014)

Verhältnisse in fremden Ländern sind mehrfach ein Gegenstand kontroverser politischer Beurteilung im Bundestag. Zur politisch umstrittenen Teilnahme an einer Konferenz um die Weltbank in Südkorea sagt Hermann Kopf (CDU, 29. März 1968), dass „nicht nur deutsche innenpolitische Gesichtspunkte, nicht nur die Frage der Verletzung der Menschenrechte (Zuruf von der FDP: Was denn sonst?) zu beurteilen sind, sondern daß auch außenpolitische Erwägungen hierbei maßgebend sind“ (s. auch die Frage von Dirk Schneider, Grüne, zu den Auswirkungen der Wahlen in der Türkei, 1. Dezember 1983).

Ein zentraler Gegenstand der politischen Beurteilung liegt im Begriff der ‚Situation', wie relevant sie für die Gegenwart ist und was darin politisch möglich und akzeptabel ist. Erwin Schoettle begründet die erwähnte Minderheitenmeinung zur Verteidigungsgemeinschaft: „Ich will aber doch hier die Auffassung der Minderheit aus ihrer politischen Beurteilung der Situation her begründen“ (4. 12. 1952, s. auch 25. April 1958, Zitat oben). Außenminister Gerhard Schröder (CDU) kommentiert: „Das zeigt, Herr Kollege Wehner, wie schwer es ist, eine politische Situation zu beurteilen, und wie schwer es war, die Entwicklung der sogenannten Nah-Ost-Krise richtig vorauszusagen“ (14. Mai 1965). Kurt Gscheidle (SPD) sieht die politische Situationsbeurteilung als ein zentrales Instrument der Länderanalyse:

Wenn man unter Bemühung seiner Phantasie einmal versucht, das fehlende Beispiel zu ersetzen, stellt sich das Problem anders dar, Herr Genscher, nämlich so, ob eine Bundesregierung sich in einer solchen Situation noch in die allgemeine politische Beurteilung innerhalb dieses Landes eingebettet weiß. Entfernt sich die Regierung aus dieser allgemeinen Beurteilung, kommt sie in Konflikt. (16. Mai 1968)

Landwirtschaftsminister Hermann Höcherl (CSU) spricht von „Beurteilung unserer derzeitigen agrarpolitischen Situation“ innerhalb der EEC (12. Februar 1969). Parlamentarischer Staatssekretär Willy Wimmer (CDU) analysiert die Jahre vor der ‚Wende' in der Sprache der nachträglichen Beurteilung, „daß die sicherheitspolitische Situation der zurückliegenden Jahre anders beurteilt werden mußte als das, was wir vielleicht in der Perspektive vor Augen haben“ (25. Januar 1990). Roland Kohn (FDP) macht die ‚Lebenssituation' zu einem Maßstab für die Beurteilung der Entwicklungspolitik: „Unser Maßstab als Liberale zur Beurteilung der Politik ist hingegen die konkrete Verbesserung der Lebenssituation für möglichst viele Menschen in den Ländern der Dritten Welt“ (29. Februar 1996).

‚Lage' wird ebenfalls zur politischen Beurteilung benutzt. Kurt-Georg Kiesinger (CDU) benutzt die Formel „keinen Erdrutsch in der politischen Beurteilung der Lage“ (29. Juni 1956). Karl-Heinz Scherhag (CDU) verweist auf seine eigenen Erfahrungen: „Lassen Sie mich zur Beurteilung der derzeitigen Lage in der Wirtschaftspolitik ein Bild aus meiner Arbeitswelt wählen“ (5. Juli 2002). Gerd Weisskirchen (SPD) bemerkt, dass Bundeskanzler Gerhard Schröder und der SPD-Parteivorsitzende Franz Müntefering nach den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfahlen „die politische Lage als instabil beurteilt“ hatten (1. Juli 2005). Den Unterschied kann man so deuten, dass Situation auf den Augenblick, Lage auf einem breiteren Zeitabschnitt verweist, um es mit Reinhart Koselleck (2000) auszudrücken.

Die genannten Beispiele deuten schon an, wie eng politische Beurteilung mit parlamentarischer Sprache verbunden ist. Im Zentrum der Belege zur politischen Beurteilung im Bundestag stehen die Fragen auf der Tagesordnung, das heißt Anträge, Vorlagen, Misstrauensvoten, Berichte der Ausschüsse, Fragen an Minister sowie internationale Verträge und Abkommen. Obwohl vor allem die Gesetzgebung primär die policies zum Gegenstand hat, wird die Politik über diese Fragen auf der Tagesordnung als *polity* und als *politicking* beurteilt, und darüber was auf die Agenda gelangt, das Profil der *politicisation.*

In den fünfziger Jahren galt ein großer Teil der Belege für ‚politische Beurteilung' der internationalen Stabilisierung der Bundesrepublik sowie den Verträgen zur westeuropäischen Integration. Wenig umstritten war „die politische Beurteilung des Kehler Hafenabkommens“ an der Rheingrenze zu Frankreich (Hermann Kopf, CDU, als Berichterstatter, 21. Februar 1951). Gegen andere Verträge hatten die Sozialdemokraten Vorbehalte (s. Adolf Arndt, SPD, 16. Mai 1952, Zitat oben, Erwin Schöttle, SPD 4.12. 1952, Zitat oben). Willy Brandt (SPD) beurteilt: „Das Vertragswerk kann doch in seinem

weltpolitischen Zusammenhang nur richtig beurteilt werden, wenn man es mißt an den Bindungen, die die Partner auch noch an anderer Stelle eingegangen sind" (3. Dezember 1952). Carlo Schmid (SPD) will vermeiden, dass „vollendete Tatsachen geschaffen werden, die sich prohibitiv auswirken könnten". So wie der „Maßstab für die politische Beurteilung der ‚europäischen' Teilmaßnahmen [abgibt], von denen in der Regierungserklärung gesprochen worden ist", und bleibt skeptisch, ob dies der Bundesregierung gelingt (1. Juli 1953).

Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier (CDU) sieht die Unterschiede in der politischen Beurteilung der Verträge als sekundär: „Ungeachtet der verschiedenartigen politischen Beurteilung der soeben in Kraft getretenen Verträge begrüßt dieses Haus gewiß jedes Ereignis, das dazu angetan ist, dem ganzen deutschen Volk seine innere und äußere Freiheit wiederzugeben und seinen Frieden und seine Einheit zu sichern" (5. Mai 1955). Später wird im Kontext der „politischen Beurteilung" kaum mehr über die Verträge gesprochen.

Parlamentarische Begriffe und Verfahren bilden zentrale Gegenstände der Belege. Von der politischen Beurteilung redet Wolfram Dorn (FPD) im Kontext der Notstandsgesetzgebung und betont den Standpunktwechsel seiner Partei in der Opposition: „In der Beurteilung und in der verfassungspolitischen Ansicht dessen, was sich dann in der Notstandsdiskussion weiter ereignet hat, [hat] diese Fraktion ständig neu überlegt und einen verfassungskonformen Alternativgesetzentwurf vorgelegt" (16. Mai 1968). Volker Ullrich (CSU) betont die Bedeutung der kommunalen Selbstverwaltung in der politischen Beurteilung, die „Verpflichtung … bei ihren Gesetzgebungsvorhaben und der politischen Beurteilung vor allem die Ebene im Blick zu haben, bei der diese gesetzgeberischen Maßnahmen ankommen" (26. Februar 2015).

Hansheinrich Schmidt (FDP) verbindet Regierungsvorlagen mit politischer Beurteilung: „Aus wirtschaftspolitischen Entwicklungen heraus müssen verantwortungsvolle Vorlagen beurteilt werden" (16. März 1978). Christa Reetz (Grüne) erklärt ihr Abstimmungsverhalten: „Ich erkläre hiermit, daß ich gegen die beiden Vorlagen stimmen werde. Ich möchte damit meine politische Urteilsfähigkeit unter Beweis stellen, die uns mehrfach in diesen letzten zwei Tagen abgesprochen wurde" (22. November 1983).

Anträge der Parteien bildeten im Bundestag ein zentrales Thema der „politischen Beurteilung". Gerhard Stoltenberg (CDU) deklariert: „Meine politische Beurteilung ist" und endet mit der Erklärung, „aus diesem Grunde sehen wir uns leider auch nicht in der Lage, diesem Antrag zuzustimmen" (25. Juni 1958). Elfriede Eilers (SPD) begründet einen Veränderungsantrag: „Diese Leistungsverbesserungen müssen bei der politischen Beurteilung des vorliegenden Antrags der Opposition unbedingt mit berücksichtigt werden" (14. April 1972). Peter Kurt Würzbach (CDU) benutzt sowohl Entwurf als auch Antrag in seiner „politischen Beurteilung" (27. Mai 1977).

Diese Beispiele bezeugen, wie eng die Verbindung der politischen Beurteilung zur parlamentarischen Agenda im Bundestag ist. Auf das Kernstück der parlamentarischen Politik, dem Misstrauensantrag im Parlament, verweist Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) anlässlich der vom ihm beantragten Bundestagsauflösung. In dieser Situation ist das Recht zur Abweichung der Mehrheitsabgeordneten für ihn sekundär:

Da aber der Bundeskanzler auf dauerhaftes Vertrauen angewiesen ist, um nach innen wie nach außen seine Politik verwirklichen zu können, muss er ein solches abweichendes Ankündigen, Fordern oder Verhalten stets politisch bewerten. Klar abweichende Positionierungen mögen subjektiv betrachtet als durchaus berechtigt angesehen werden, müssen aber vom Bundeskanzler politisch anders beurteilt werden; denn er braucht eine stetige und verlässliche Basis für seine Politik. (1. Juli 2005)

Diese Begründung Schröders drückt die Priorität der *polity* über die Sachfragen der *policy* in der parlamentarischen politischen Beurteilung aus. Für Franz-Josef Strauß (CSU) macht „die politische Beurteilung der sowjetischen Politik" den Unterschied zur SPD aus (24. Februar 1955, s. auch Erwin Feller, GB/BHE, 29. Juni 1956) aus. Die besprochene Politik kann auch die eigene sein, wie bei Franz-Josef Wuermeling (CDU): „Zu der wirtschaftspolitischen Beurteilung unserer Politik durch die SPD darf noch folgendes ganz kurz gesagt werden" (1.7. 1953, zu „unserer Politik", s. auch Joachim Poß, SPD, 5. Juli 2002). Oder sie kann die der Regierung sein: „Wie immer man die Wirkungen dieser Politik beurteilen mag" (Erwin Schoettle, SPD. 5. Oktober 1960, s. auch Herman Otto Solms, FDP, 1. Dezember 2005). Parlamentarischer Staatssekretär Stefan Höpfinger (CSU) beurteilt die Erfolge der Regierung politisch: „Die Zielsetzung der Bundesregierung ist es, Arbeitsplätze zu schaffen. Wenn Sie da die Politik beurteilen und wenn Sie … die Statistik vom Mai 1988 ansehen, dann müssen Sie ja feststellen: im Vergleich zum Mai 1987 115 000 Erwerbstätige mehr" (9. Juni 1988).

Mehrere Beiträge beurteilten schon früh die europäische Integration politisch. Käte Strobel (SPD) will innerhalb der EEC „endlich die sechs nationalen Parlamente und die Öffentlichkeit in den Mitgliedstaaten in die Lage zu versetzen, die Politik des Ministerrates nach demokratischen Grundsätzen zu beurteilen" (15. Oktober 1964). Landwirtschaftsminister Hermann Höcherl (CSU) sieht in der Agrarpolitik eine historische Schlüsselstelle der Integration:

Man kann freilich das Problem der steigenden Aufwendungen für die gemeinsame Agrarpolitik nicht zutreffend politisch beurteilen, wenn man nicht gleichzeitig in aller Klarheit die dominierende Rolle anspricht, die die Agrarpolitik sowohl beim Zustandekommen dieser Gemeinschaft als auch bei jedem ihrer Integrationsfortschritte – ich betone: bei jedem – gespielt hat. (12. Februar 1969, zur Agrarpolitik auch Wolfgang Mischnick, FDP, 20. Mai 1974)

Christian Sterzing (Grüne) verurteilt die französischen Atomtests:

Kommen wir aber zur politischen Beurteilung des Verhaltens. Es geht um mehr als nur um die Rechtmäßigkeit dieser Atomtests im Südpazifik. Es geht um die europapolitische und auch um die abrüstungspolitische Glaubwürdigkeit dieser Regierung … Die Europäische Union und auch die Mitgliedstaaten können eine am Umwelt- und Gesundheitsschutz orientierte europäische Politik kaum glaubhaft vertreten, wenn trotz aller wissenschaftlicher Hinweise auf die Risiken dieser Atomtests im Südpazifik deren Gefährlichkeit allein nach politischen Glaubensgrundsätzen beurteilt wird. (25. Oktober 1995)

In diesen Beiträgen gilt die politische Beurteilung nicht primär den Policy-Fragen sondern der supranationalen europäischen *polity,* ihrer Geschichte, Gegenwart und ihren Chancen für die Zukunft.

Der Vorrang der normativen Prinzipien wird in der politischen Beurteilung mehrfach in Frage gestellt. Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier (CDU) wendet sich gegen Stimmung und Moralismus, „daß es gerecht und billig ist, diese Forderungen nicht nur aus der Augenblicksstimmung und auch nicht nur aus der Tiefe politisch-moralischer Überlegungen her zu beurteilen. Man wird sie vielmehr im Bereich dieses politisch-militärischen Konzepts würdigen müssen“ (10. Mai 1957). Gegen Moralismus spricht ebenfalls Altkanzler Willy Brandt (SPD): „Meine Mannheimer Einschätzung ist eine Frage einer ganz nüchternen, harten – gebe ich zu – politischen Beurteilung und nicht einer moralischen Kategorisierung“ (26. November 1975). In derselben Sitzung bietet sein Nachfolger Helmut Schmidt (SPD) eine Faustregel zur politischen Beurteilung der Kompromisse:

Was nun den ersten Anhalt angeht, mit dem man einen Kompromiß als Politiker beurteilen kann, … so ergibt sich der erste Augenschein, der sehr viel aussagt, daraus, daß man sieht, daß entweder beide Seiten gleich zufrieden sind oder beide Seiten gleich unzufrieden sind. Wenn beide Seiten mit einem ausgehandelten Kompromiß gleich unzufrieden sind, dann haben sie einen fairen Kompromiß zustande gebracht. (ebenda)

In zwei Belegen werden die Zeitaspekte der politischen Beurteilung thematisiert. Parlamentarischer Staatssekretär Norbert Lammert (CDU) warnt vor vorschnellen Folgerungen aus einem Bericht: „Deswegen kann eine inhaltliche Würdigung des Kommissionsberichts nicht in Frage kommen. Eine politische Beurteilung der Debattenbeiträge wäre so aus der Hüfte geschossen ganz sicher etwas arg voreilig“ (25. Januar 1990). Dagegen will Helmut Lippelt (Grüne) mit einem Antrag die Geheimdienstkontrolle beschleunigen. „Ich glaube, die politischen Beurteilungen müssen früher ansetzen. Sie müssen vor allem an einem Punkt eher ansetzen: bei der Zusammenarbeit der Geheimdienste. Das ist eine Frage der politischen Beurteilung, und deshalb haben wir diesen Punkt in unserem Antrag sehr, sehr deutlich gemacht“ (29. November 1996). Die politisch angemessene Zeit mag für verschiedene Debatten unterschiedlich sein, aber beide Belege verweisen auf die Bedeutung der Zeit für die politische Beurteilung im Parlament.

Während also für das politische Urteil substantielle Kriterien der Qualität angeboten worden sind, wird die politische Beurteilung nicht als Frage der Optimierung oder Maximierung verstanden. Vielmehr verweist sie auf die Abwägung gegensätzlicher Pole. Als nächsten Schritt der Darstellung gehe ich zu Fragen der Abwägung und anderer Termini für die Beurteilung der Politik über.

6.6.3 Politisch einschätzen und abwägen

Zum Komplex der politischen Beurteilung bin ich die Belege für ‚politisch einschätzen' und ‚politisch abwägen' durchgegangen. Beim Einschätzen (44 Belege) geht es um die Beurteilung von Situationen, Tendenzen oder Voraussagen für die Zukunft, also des Erwarteten, Möglichen. Denkbaren etc. als analytischer Hintergrund für das Urteilen bzw. Beurteilen. Beim Abwägen (25 Belege) geht es um die Vergleiche zwischen Handlungsmöglichkeiten, darum zwischen den vorliegenden Alternativen Stellung zu nehmen. Beide Ausdrücke sind selten vor der Mitte der siebziger Jahre, seither sind sie kontinuierlich in Gebrauch.

Dieselben Themen wie die für politische Beurteilung gelten weitgehend auch für politische Einschätzung. Die strikt parlamentarischen Begriffe wie Anträge, Vorlagen, Gesetzesentwürfe findet man jedoch nicht in den Belegen für politische Einschätzung, obwohl einige davon in anderen Formen auf die parlamentarische Geschäftsordnung verweisen. Der Unterschied zwischen Einschätzung und Beurteilung scheint darin zu liegen, dass Einschätzungen im Vorfeld der Fragen auf der parlamentarischen Agenda vorgenommen werden und nicht so direkt wie politische Beurteilung die Fragen auf der Tagesordnung betreffen.

Mehrere Beispiele verweisen auf die Ausklammerung der politischen Einschätzung vom primären Gegenstand der Rede (Minister Martin Bangemann, FDP, 25. Oktober 1984; Horst Peter, SPD, 8. Mai 1987; Klaus-Jürgen Warnick, PDS, 12. Februar 1998; Eckart Pick, SPD, 2. Dezember 1998; Hans-Friedrich Otto, FDP 23. Februar 2005). Einige von ihnen deuten jedoch ihre Meinung über den Gegenstand der Frage an. Guido Westerwelle (FDP) bemerkt zum NPD-Verbot, das die Regierung Schröder anstrebte: „Es geht nicht darum, was wir von der NPD halten und wie wir sie politisch einschätzen. Darüber, dass die NPD eine widerwärtige und auch verfassungsfeindliche Partei ist, die mit allen politischen Mitteln bekämpft werden muss, besteht in diesem Hause Einigkeit" (8. Dezember 2000). Auf politische Einschätzung zu verzichten, bietet gute Beispiele dafür, wie man in der parlamentarischen Debatte ‚zur Sache' sprechen muss, einschließlich der Abgrenzung dessen, was nicht dazu gehört.

Politische Einschätzungen sind im Parlament prinzipiell kontrovers. Dies wird etwa in der Debatte über die Kontaminierung der Lebensmittel nach

Tschernobyl vorausgesetzt. Parlamentarischer Staatssekretär Wolfgang Gröbl (CSU) erläutert die Kontroverse: „Die Werte, die die Bundesregierung national übernommen hat … unterstellen, daß bei einem – hoffentlich nie eintretenden – Ereignis 100 % der Lebensmittel kontaminiert sind. An dieser politischen Einschätzung, ob 100 %, 80 %, 50 % oder 10 % der Lebensmittel kontaminiert sind, scheiden sich auch die Geister in Brüssel“ (11. November 1987).

Ein Beitrag beansprucht für die ‚Wissenschaft' eine mächtige Rolle in der Reduktion der politischen Einschätzung. Matthias Weisheit (SPD) verweist auf einen Bericht des Büros für Technikfolgenabschätzung zum Thema ‚Risikoabschätzung und Nachzulassungsmonitoring transgener Pflanzen' und will im Anschluss daran den politischen Streit auf Bewertungen reduzieren:

> Der TAB-Bericht betont die Wichtigkeit der strikten Trennung wissenschaftlicher Aussagen über die Wahrscheinlichkeit von Ereignissen von bewertenden, also von politischen Einschätzungen. Über die bewertenden Aussagen können wir uns gerne streiten, die wissenschaftlichen Aussagen aber müssen uns allen als Grundlage dienen. Sonst können wir nicht sachgerecht diskutieren. (15. November 2001)

Schon in den parlamentarischen Untersuchungskommissionen des späten 19. Jahrhunderts in Westminster wurde das Ideal gepflegt wurde, dass diese sich auf die Aufklärung der faktischen Zustände ohne Bewertung beschränken sollten (s. May 1883, dazu Palonen 2014b). Dagegen steht die rhetorische Einsicht, dass Debatten um die Ergebnisse und Ausgangpunkte ein unverzichtbarer Bestandteil der Wissenschaft sind, und diese Debatte nicht mit dem faktischen Konsens unter Gelehrten beendet werden sollte (s. z. B. Weber 1904, Skinner 2008, Palonen 2010b). Abgeordneter Weisheit vertritt entweder ein grobes Lehrbuchbild von der Wissenschaft oder beruft sich auf die Autorität der Wissenschaft, um seine Ansicht in der Debatte zu stärken.

Eine viel nuancenreichere Sicht zur politischen Einschätzung der Bedeutung der Wissenschaft vertritt Reinhard Loske (Grüne) zum Verhältnis zwischen Bundestag und dem von der Regierung eingesetzten Nationalen Ethikrat:

> Die Verzahnung mit der Politik fehlte ebenso wie die demokratische Legitimation durch den Deutschen Bundestag. Das Konzept des Rates basiert nach unserer Einschätzung auf einem falschen Dualismus: hier die kundige Zunft der professionellen Ethiker, da die Rat suchende Politik, die Voten entgegennimmt und verarbeitet.
> Dieser Dualismus ist falsch. Gerade in bioethischen Fragen trägt in unserer Gesellschaft auf Dauer nur das, was diskursiv, also im Dialog zwischen allen Beteiligten, erarbeitet worden ist und dann auch von allen getragen wird. (9. November 2006)

Loske verdächtigt Expertengremien, insbesondere wenn die Regierung und nicht das Parlament sie eingesetzt hat. Er versteht, dass die Differenz zwischen gelehrten und parlamentarischen Sichtweisen nicht auf den Unterschied der Institutionen bezogen werden kann, sondern dass Parlamentarier Experten zuhören müssen und umgekehrt. In seiner zweiten Rede am selben Tag verweist Loske auf eine UN-Konferenz in Nairobi und warnt Politiker, sie zu ignorieren.

„Meine politische Einschätzung dieses Themas lautet: Es wäre wirklich verheerend, wenn sich der Eindruck verfestigen würde, dass zwar die Signale aus der Wissenschaft immer alarmierender werden, die Konferenzkarawane aber unbeeindruckt weiter zieht“ (ebenda) Er warnt Regierung und Parlament, sich nicht bloß auf die Mehrheiten zu verlassen, sondern Impulse von Wissenschaftlern in der Debatte ernst zu nehmen.

Zu politischer Einschätzung erwähnen einige Belege die Betroffenen. Rudolf Müller (SPD) verweist auf die Bauern: „Herr Bundeskanzler, ich würde Ihnen empfehlen, einmal die Bauern danach zu fragen, wie sie Ihre Politik einschätzen“ (22. Mai 1985). Horst Peter (SPD) polemisiert gegen die Nicht-Beachtung der Opfer: „Wenn man ein Jahrhundertereignis zelebriert, ist das wie bei allen Jahrhundertereignissen. Es gibt Opfer, und diese Opfer müssen aus dem Bewußtsein verdrängt werden. Im Falle dieses Gesetzes sind es die älteren Frauen, die durch den Stufenplan noch weiter hingehalten werden. Darüber müssen wir uns klar sein, unabhängig von der politischen Einschätzung“ (8. Mai 1987).

Kritische Einschätzungen zur Politik in fremden Ländern sind im Bundestag relativ häufig. Verteidigungsminister Georg Leber (SPD) bemerkt zur sowjetischen Rüstungspolitik. „Es hat manchmal den Anschein, als ob die Führung der Sowjetunion die politischen Wirkungen ihrer Rüstungssteigerungen, die uns doch nicht verborgen sind, falsch einschätzt“ (8. September 1977). Staatsministerin Hildegard Hamm-Brücher (FDP) äußert sich in derselben Sitzung: „Wir müssen wirklich zwischen unserer politischen Einschätzung der derzeitigen Regierung in Chile und dem Jubiläum einer privaten Organisation, die den deutsch-chilenischen Beziehungen dienen soll, unterscheiden“ (ebenda). Friedel Schirmer (SPD) betont: „Eine weltweite Übereinstimmung in der politischen Einschätzung wurde deutlich in der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 15. Januar 1980. 104 Staaten verurteilten die Besetzung Afghanistans durch die UdSSR“ (23. April 1980, s. auch Jürgen Klimke, CDU zu Sri Lanka, 7. Mai 2009).

In diesen Beiträgen geht es primär um *Policy*-Fragen und ihre politische Bedeutsamkeit. Darauf verweisen auch andere Belege. Für Carlo Schmid (SPD) sind Polity-Fragen immer mit von der Partie, auch in dieser Rede: „Meine Frage ist sehr allgemein: Glauben Sie nicht, Herr Minister, daß Europa nur dann europäisch sein wird, wenn kein Unterschied zwischen Großen und Kleinen gemacht wird, und zwar auch hinsichtlich der politischen Einschätzung ihrer Bedeutung für Europa?“ (27. Juni 1962). Staatsminister Klaus v. Dohnanyi (SPD) schätzt die politische Bedeutung einer UN-Resolution zum Seerecht wie folgt ein: „Die Moratoriumsresolution der Vereinten Nationen ist zwar völkerrechtlich nicht verbindlich … gleichwohl muß man feststellen, daß dieser Resolution politisch inzwischen eine hohe Bedeutung zukommt. Diese politische Einschätzung wird übrigens auch von unseren Partnern in der Gemeinschaft geteilt“ (15. September 1977). Harald B. Schäfer (SPD) parodiert

Innenminister Friedrich Zimmermanns (CSU) Äußerung zur Bedeutung der Umweltpolitik: „Sie selbst haben sich gebrüstet, mehr als 80 % Ihrer Arbeit nur für den Bereich des Umweltschutzes zu verwenden … War es eine falsche politische Einschätzung der Sicherheitslage, Herr Zimmermann?" (3. Oktober 1985).

Politische Einschätzung wird auch auf die aktuelle Lage bezogen. Adolf Arndt (SPD) verweist auf eine Broschüre zu den Pariser Verträgen, in denen „zunächst eine politische Einschätzung der Lage völlig einseitig im Sinne der Koalition gegeben wird?" (28. Juni 1955). Parlamentarischer Staatssekretär Martin Grüner (FDP) weist darauf hin, „daß in der aktuellen Stunde des Bundestages die Antwort von Herrn Bundesminister Schäuble auf die politische Einschätzung der Lage im Nahen Osten, speziell in Saudi-Arabien, sehr eindeutig war" (23. Oktober 1985) Die Lage bezieht sich auf einen bestimmten Aspekt in der Konstellation der internationalen *polity.*

Eine interessante Verbindung zwischen der Lageeinschätzung und der Zukunftsvision bietet Parlamentarischer Staatsekretär Klaus von Dohnanyi (SPD). Der Vertriebenenpolitiker Herbert Hupka hat seine frühere Äußerung von der Anerkennung der polnischen Westgrenze im künftigen Friedensvertrag zitiert. Von Dohnanyi antwortet darauf: „Herr Kollege, ich habe eine politische Einschätzung der Lage zu dem Zeitpunkt abgegeben, zu dem ein Friedensvertrag geschlossen werden wird. In der Hoffnung, daß wir beide dies erleben, würde ich sagen: Es wird dann so sein, wie ich dies vorausgeschätzt habe" (12. Februar 1981). Dies enthält sowohl eine Absage an Spekulationen zur Grenzrevision als auch ein Vertrauen, dass der Friedensvertrag irgendwann geschlossen wird. In der Tat, beide haben den Tag erlebt.

Den Begriff der Situation wendet Angelika Krüger-Leißner (SPD) gegen die Redner der Linkspartei: „Weder nehmen Sie eine ehrliche und genaue Analyse der tatsächlichen Situation vor noch eine realistische Einschätzung der Entwicklung der letzten Jahre. Sie ziehen auch keine Schlussfolgerung für politisches Handeln" (5. November 2006). Einige Zitate oben deuten an, dass sie keineswegs die einzige ist, für die im Politikstil der Linken Situationen unterschätzt oder falsch eingeschätzt werden.

Vor allem Oppositionsabgeordnete werfen der Regierungsseite ‚falsche' Einschätzung vor. Olaf v. Wrangel (CDU) polemisiert gegen die Ostpolitik: „Das waren doch Willy Brandt und Egon Bahr mit ihrer falschen Einschätzung der Vertragspolitik und der Möglichkeiten, die es in der Ost- und Deutschlandpolitik gibt" (29. Januar 1976). Georg Fahrenschon (CDU) verurteilt die rot-grüne Finanzpolitik: „Wir müssen uns gegen alle Ihre Vorschläge aussprechen, mit denen Sie die Kennzahlen einer politischen Debatte unterwerfen wollen, weil Sie damit versuchen, politische Einschätzungen der Finanzpolitik zu erreichen. Das ist der falsche Weg. Dahin wollen wir nicht" (20. Januar 2005). Rudolf Scharping als SPD-Fraktionsführer sieht die Irak-Politik der Regierung als fehlerhaft: „daß alle diese Entwicklungen zum Teil auch mit

fehlerhaften politischen Einschätzungen, … denn es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß der Aufbau dieser Kapazitäten im Irak ohne die Hilfe deutscher Firmen und manche andere Nachlässigkeit nicht zustande gekommen wäre“ (12.2. 1998). Wenn ‚falsch' und ‚fehlerhaft' als Fragen der Einschätzung angesehen werden, sind sie eben rhetorische Mittel in der Debatte.

Der Gegenstand der Kritik ist hier die *policy.* Wolfgang Schäuble als CDU-Parteiführer wirft dagegen der Regierung Schröder vor, überhaupt keine *policy* zu haben: „Der Grund für die Schwäche ist die Einschätzung Ihrer Politik, die als Zickzackkurs, nicht beständig, nicht vertrauensbildend angesehen wird“ (3.12. 1999). Dass eine bestimmte *policy* immer besser ist als keine *policy*, setzt er voraus.

Als Polity-Frage aus europäischer Sicht schätzt Kurt Mattick (SPD) die Bedeutung der KSZE ein: „Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, wären wir der Schlußakte nicht beigetreten. Wenn Sie überhaupt eine politische Einschätzung und eine Übersicht haben … dann wissen Sie, daß mit der KSZE nicht nur in Deutschland, sondern in einem großen Teil Europas völlig neue politische Entwicklungen eingeleitet worden sind“ (25. Juni 1980). Auf unklare Einschätzung in der Europa-Politik der Unionsparteien verweist Marion Caspers-Merk (SPD), wenn ich „die Situation in Ihrer Fraktion so ansehe, was die europapolitische Einschätzung vieler einzelner Projekte und Gesetze, aber auch die Europapolitik generell anbetrifft, weder Fisch noch Fleisch“ (29. November 2000). In beiden Fällen betonen die Redner, dass in der gegnerischen Politik die europaweiten Konsequenzen nicht beachtet werden.

Der Politikstil wird ebenfalls als ein Thema der politischen Einschätzung erwähnt. Alois Mertes (CDU) fragt den FDP-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Mischnick zum Verhältnis der Einschätzung und der Gesinnung: „Herr Kollege Mischnick, Sie sind also der Meinung, daß es sich hier nicht um eine Frage der politischen Motivationen und der guten Gesinnung, sondern um eine Frage der politischen Einschätzung handelt?“ (29. Januar 1976). Mischnick antwortet: „Es ist sowohl eine Frage der Moral wie der Politik, beides, denn im Verhältnis zu Polen können wir beides aus der geschichtlichen Entwicklung heraus leider nicht trennen“ (ebenda). Das normative politische Urteil hängt nach Mischnick eben von der Einschätzung der Situation ab.

Für Moral ohne Moralisierung tritt Jürgen Grimming (SPD) ein: „Wie immer man das moralische Bekenntnis des einzelnen einschätzt, wir möchten, daß die Politik in diesem Lande und für dieses Land und für Berlin auch aus einer Position der Moral betrachtet wird, und nicht nur moralisierend, wie es einige von Ihnen getan haben“ (ebenda). Der Maßstab der Moral ist „der Mensch“ (ebenda).

Gegen den auf Sachkunde und Autorität basierten Politikstil in Fragen wie die Gentechnik wendet sich Bärbel Rust (Grüne): „Das ist ein typisches Beispiel professoraler Arroganz, die auch nicht dadurch zu entschuldigen ist, daß sie in der unangemessenen Selbsteinschätzung konservativer Technikliebhaber

ihre politische Entsprechung findet“ (29. März 1990). Sie sieht auch diese Fragen durchgehend politisch und deswegen kann das Parlament nicht die Verantwortung den Experten überlassen. Auf den debattenorientierten parlamentarischen Politikstil verweist explizit Werner Zywietz (FDP):

> Wenn man dies so sehen sollte, kann man dies nicht mit einer Politik des Befehlens, des Überstülpens, des Anordnens tun, sondern da werden wir uns als gute Demokraten zumindest phasenweise wohl einer offenen Diskussion im Sinne einer Bringschuld stellen müssen, was die Fakten und unsere politische Einschätzung anbelangt. Aber auch das muß wohl irgendwann einmal zum Abschluß geführt werden, und dann muß man zu Entscheidungen kommen. (10. Dezember 1981)

Er erkennt, dass man eine Einschätzung benötigt, um die Debatte rechtzeitig zu beenden und zur Abstimmung überzugehen. Kerstin Andrae (Grüne) verlangt von der Parlamentarischen Staatssekretärin eine politische Einschätzung: „Sie verweigern jede Antwort auf die Frage nach Einschätzungen, politischen Einschätzungen, und berufen sich auf etwas, was Sie uns auch im Ausschuss nicht erklären konnten, was nämlich die Grundlage Ihrer Einschätzung ist, dass er gar nichts sagen dürfte“ (2. Dezember 2015). Parlamentarische Staatsekretärin Brigitte Zypries (SPD) verweist auf den Minister (Sigmar Gabriel): „Der Minister wird … in diesem Kartellverfahren alle diese Punkte abwägen und mit einbeziehen“ (ebenda). Dazu ruft Beate Müller-Gemmeke (Grüne): „Das ist jetzt aber wieder keine politische Einschätzung!“ (ebenda). Brigitte Zypries hatte insofern eine Pointe, als das Verfahren der parlamentarischen Prozedur entsprach, während die Pointe der Grünen-Abgeordneten im Bestehen auf einer politischen Einschätzung als Ausgangspunkt für die Beurteilung der Frage auf der Agenda bestand.

Otto Schily (SPD) hat die prozedurale Pointe der Anmerkung des Vizepräsidenten an ihn richtig verstanden:

> Vizepräsident Hans Klein: Sie dürfen das schon sagen, aber Sie müssen gewärtigen, daß das zu einem Dialog führt, der nicht mehr dem Charakter und dem Regelwerk der Fragestunde entspricht. (Otto Schily [SPD]: Wir wollen Tatsachen hören, nicht politische Einschätzungen; die haben wir in der Debatte! Ich habe Verständnis für Sie!) (13. März 1996)

In vielen Belegen wären politische Beurteilung und politische Einschätzung miteinander ersetzbar gewesen, doch haben sie verschiedene Profile. Dies gilt in zeitlicher Hinsicht, worauf das Aufkommen der Umweltpolitik, der Gentechnik und ähnlicher Probleme auf der parlamentarischen Agenda verweist, das der Einschätzung der Möglichkeiten und Grenzen in der aktuellen Situation der beurteilenden Stellungnahme vorangeht. In der politischen Einschätzung beurteilt man noch nicht die Fragen auf der Tagesordnung, sondern den weiteren Hintergrund, etwa die politische Bedeutsamkeit der Fragen oder ihren Zeitbezug, bevor die Beurteilung der Anträge, Verträge usw. unternommen werden kann.

Die wenigen Beiträge zu ‚politisch abwägen' knüpfen direkt an das Kriterium des politischen Urteils an. Sie verweisen auf die Gegenüberstellung, Bilanzierung oder Gewichtung der Alternativen im politischen Handeln. Unter dem Stichwort politisch abwägen hat man durchaus unterschiedliche Sprechakte im Bundestag unternommen.

Carlo Schmid (SPD diskutiert die politische Bedeutung der Abwägung: „Es genügt nicht, daß die Regierung ihrerseits Vorstellungen hat, sondern sie muß politisch abwägen, was im Kräftefeld der gesamten Wirklichkeit, der politischen Wirklichkeit an Möglichkeiten zum Zusammenwirken vorhanden ist, um zu einem bestimmten Ziel zu kommen" (14. März 1962). Staatsminister Karl Moersch (FDP) tut dasselbe: „Denn zu den Prüfungen, die erforderlichenfalls in Kontakt mit den Westmächten notwendig sind, gehört ja auch die Abwägung politischer Gesichtspunkte. Es ist die Freiheit und die Pflicht eines Bundeskanzlers und einer Bundesregierung, alle Gesichtspunkte zu erwägen" (26. September 1974). Die Regierung kann nicht auf Abwägung verzichten, wie Niema Movassat (Linke) betont: „Aber Sie sind als Exekutive kraft Grundgesetz dazu berufen, eine politische Abwägung und Entscheidung vorzunehmen. Sie können sich nicht herausreden und sagen: Das machen dann die Gerichte; wir warten ab" (12. Juni 2013, s. auch Horst Sielaff, SPD, 6. Juni 1997).

Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) spricht von der Abwägung als ein deliberatives Moment: „Daß der politisch entscheidende Mensch, der politisch handelnde Mensch nach Abwägung – oder, wie Weber ja sagt, nach Abwägung ‚mit Augenmaß' trotz ‚Leidenschaft' – … verantworten muß, was an Folgen aus seinem Handeln entsteht".(19. März 1975). Rainer Arnold (SPD) betont den Gegensatz zwischen Abwägung und militärischer Entscheidung in der Verteidigungspolitik: „Es ist für mich in hohem Maß eine Frage von politischer Verantwortung und politischer Abwägung. Wir sind als Verteidigungspolitiker keine kleinen Feldherren, die darüber entscheiden sollen, ob der Einsatz XY an diesem Nachmittag sachgerecht ist" (4. Dezember 2015).

Mehrere Abgeordnete begründen das Resultat ihrer Abwägung, etwa Alois Mertes (CDU): „Ein politisches Abwägen kann aber zu dem Ergebnis führen, daß ich sage: bei aller Würdigung der Gewichte, die auf der Waagschale des Ja der Bundesregierung liegen und die wir sehen, sind die Gewichte auf der Waagschale des Nein der Opposition – aus verantwortlicher Sorge um die Zukunft – erheblich schwerer" (25. Juli 1975). Oder die Stellungnahme wird inhaltlich begründet, wie bei Carola v. Braun-Stützer (FDP) zum BAföG: „Die FDP-Bundestagsfraktion ist daher der Ansicht, daß sich der Darlehensanteil beim Bundesausbildungsförderungsgesetz in jeder Hinsicht und unter Abwägung aller politischen Prioritäten als nachteilig erwiesen hat. Sie wird sich deshalb weiterhin dafür einsetzen, den Darlehensanteil endgültig abzuschaffen" (22. Januar 1981).

Wirtschaftsminister Helmut Haussmann (FDP) nennt zuerst die abzuwägenden Gesichtspunkte und fordert „eine sorgfältige politische Abwägung zwischen Wettbewerbsgesichtspunkten und gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten“ (1. Juni 1989, s. auch Parlamentarischer Staatssekretär Wolfgang Vogt, CDU, 13. März 1985; Alois von Waldburg-Zeil, CDU, 5. Mai 1988; Wilhelm Knabe, Grüne, 22. September 1988; Parlamentarischer Staatssekretär Eduard Lintner, CDU, 24. September 1997).

Die Begründung kann zur Enthaltung führen, wie bei Petra Pau (Linke): „Meine gewissenhafte politische Abwägung zwischen einem Ja zu militärischer Abrüstung und einem Nein zu militärischer Eskalation führt mich im konkreten Fall zu einer Enthaltung in oben genannter Abstimmung“ (9. April 2014). Nach Marina Steindor (Grüne) genügt eine bloße Präsentation der Alternativen ohne Diskussion ihrer Vor- und Nachteile nicht: „Das Nebeneinander dieser beiden Schutzgüter in einem Abwägungsgleichgewicht macht den Deklarationsentwurf politisch unbrauchbar“ (6. Juni 1997).

In einigen Fällen setzten sich die Parlamentarier für eine bisher fehlende faire Abwägung ein. Gertrud Schilling (Grüne) klagt an: „Selbst erfolgreichen Klagen des Landes Hessen und dem zugestimmten Vergleich auf Durchführung einer Anhörung des Landes und Abwägung der verschiedenen Interessen wurde bis jetzt nicht ordentlich entsprochen. Es muß im Einvernehmen mit dem Verkehrsminister entschieden werden“ (22. September 1988). Hermann Bachmeier (SPD) sieht den Umweltschutz gestärkt, wenn er als Staatsziel anerkannt wird: „Die Staatsaufgabe Umweltschutz wird dann der tagespolitischen Opportunität anheimgegeben, wenn sie nicht gleichwertig neben anderen Staatszielen als zwingendes Abwägungs- und Verpflichtungskriterium im Grundgesetz ihren Platz findet“ (16. Januar 1986).

Walter Hitschler (FDP) erhofft von ‚der Wissenschaft’ Hilfe zur Abwägung politischer Fragen: „Die politische Abwägung unterschiedlicher Entscheidungsmöglichkeiten kann die Wissenschaft der politischen Seite dabei nicht abnehmen, aber sie kann helfen, diesen Abwägungsprozeß zu erleichtern, so daß die Politiker mit mehr Überzeugung als bisher sagen können, sie hätten sich nach ‚bestem Wissen und Gewissen’ entschieden“ (22. Juni 1989). Minister Jürgen Rüttgers (CDU) argumentiert ähnlich:

> Die Wissenschaft kann Informationen geben über die technischen Methoden der Energieerzeugung, über ihre jeweiligen Risiken, über Auswirkungen auf Mensch und Umwelt, sie kann aber nicht die ethische und politische Abwägung der Entscheidungsträger, des Parlaments also, ersetzen. Dies kann auch kein sogenannter Ethik-Fachmann. (16. November 1989, s. auch Walter Hitschler, FDP, ebenda)

Otto Graf Lambsdorff (FDP) sieht Abwägung als einen Aspekt von Verhandlungen: „Ist es eigentlich richtig, am Anfang einer solchen Konferenz … eine ausgesprochen harte Position einzunehmen und hinterher Konzessionen zu machen und entgegenzukommen – auf Grund vernünftiger politischer Abwä-

gung –, um wenigstens ein Verhandlungsergebnis zu erzielen, eines allerdings, das nicht unsere grundsätzlichen Positionen aufgibt?" (2. Juni 1976). Rainer Stinner (FDP) warnt vor zu schneller Entscheidung: „Hier müssen wir weiterhin bei der politischen Abwägung bleiben, was darf bekannt werden und was nicht" (17. Januar 2013).

Insgesamt steht die parlamentarische Rede von politischer Abwägung jedoch der des Übergangs zur Abstimmung näher als politische Einschätzung. Die politische Abwägung betrifft die Wahl zwischen debattierten Gesichtspunkten oder sie kann zur Klärung der Wahlsituation beitragen, diese Klärung kann man als einen Vorgang in der Zeit präsentieren, der dem Augenblick der Abstimmung vorangeht oder eine nachträgliche Begründung für die eigene Stellung anbieten kann.

6.7 Aktionsformen der Politik

In diesem Kapitel habe ich elementare Formen der die Politik qualifizierende Kontingenz primär mit Verben thematisiert. Zur Auswahl der Topoi und der Stichworte benutzte ich begriffsgeschichtliche Vorkenntnisse, die mit den Debatten und den Qualitäten der Suche konfrontiert komplettiert und revidiert wurden. Ich habe ein tentatives Repertoire der Aktionen skizziert, das die formale Qualität der eigenen Aktion, oder die der anderen, auf Begriffe zu bringen versucht, präsentiert und diskutiert. Ich habe die Verbalausdrücke auf Typen verteilt: diejenigen, die die ‚gesamte' Politik als Handeln in den Griff zu bekommen beanspruchen, jene die sich auf das Anfangs-Abbruch- oder Wendemoment als Schlüssel konzentrieren sowie Ausdrücke, die sich auf die Auswertung der formalen Qualitäten der Handlungen beziehen.

Die Stichworte geben unterschiedliche Gestalten der Sprechakte für die Politik als kontingentes Handeln wieder. Ihr relativ häufiger Gebrauch im Bundestag deutet an, dass sie zum Repertoire des Politikvokabulars der Abgeordneten gehören und somit die Vielfalt der parlamentarischen Sprachkultur zeigen.

Die zeitlichen Unterschiede im Gebrauch der Topoi entsprechen nicht der Tendenz der allgemeinen Bereicherung des Vokabulars. Es gibt kein generelles Muster für Veränderungen und viel Spielraum, sowohl individuelle Variationen der Ausnutzung der spezifisch parlamentarischen Sprache und der ihr entsprechenden unterschiedlichen Debattentypen oder -situationen. ‚Politik treiben' war anfangs fast ein Prototyp für das politische Handeln, ab den achtziger Jahren ist es fast obsolet geworden. Die darin versteckte Jagdsprache ist offenbar altmodisch geworden (dies verdanke ich Hubertus Buchstein). Ich kann mir ebenfalls vorstellen, dass es heute nicht mehr nötig erscheint, die ‚gesamte'

Politik mit einem Verb zu umfassen, sondern die zeitliche und thematische Vielfalt der Anhaltspunkte als angemessen sowie als sprachlich inspirierend erscheint.

In der Sprache der politischen Initiative sowie der politischen Beurteilung sieht man deutlich, wie die rhetorischen Schachzüge eng mit dem Parlament verbunden sind. Parlamentarische Neulinge, wie die Grünen, hatten anfänglich Schwierigkeit mit der Geschäftsordnung, dagegen war der Anfang der Politik, die politische Initiative, gerade bei den Grünen ein starker Topos, da sie zur Revision des parlamentarischen Agenda-Settings stark beigetragen haben und damit ihren besonderen Beitrag zur Parlamentarisierung der bundesdeutschen Politik geliefert haben.

Die Parlamentarier sind bestrebt, mit den Verbalausdrücken weitere Bedeutungsschichten der Politik als Handeln zu thematisieren, auch um die Begründungen für Anträge in Frage zu stellen. Hier wird *politicking*, also primär der Politikstil aktiviert. Ebenso bedeutsam sind die Verweise auf die Polity-Ebene, auf das Grundgesetz, auf die parlamentarische Vorgehensweise und nicht zuletzt auf die zunehmende Europäisierung und Globalisierung im Verständnis der *polity.*

Politische Einmischung, politisches Eingreifen und politische Einleitung als Ausdrücke der *voice* haben sowohl zur Revision der Agenda als auch zum *politicking* von Fragen oder Akteuren, die institutionell nicht vorgesehen waren, beigetragen. Das Vokabular der politischen Wende enthält darüber hinaus ein Spektrum der Zeitfiguren des Handelns, von der Umkehr der *policy* über den Paradigmenwechsel in *politicking* zur globalen *politicisation* in einer einmaligen *Kairos*-Situation sowie zu den benutzten oder unbenutzten Chancen*,* die die *Kairos*-Situation als ein Momentum für Veränderung in *politicking* ausnutzen. Dies Zeitfiguren sind in den Bundestagsdebatten relativ klar datierbar und teilweise bestimmten Akteuren zuzurechnen.

Mit einer gewissen Übertreibung kann man von der politischen Beurteilung unabhängig der Phasen der parlamentarischen Deliberation sprechen. Dagegen hängt politisches Urteil eng mit der Schlussphase, klassisch gesprochen mit der dritten Lesung zusammen, während politische Abwägung dem Wählen zwischen alternativen Anträgen in zweiter Lesung entsprich, und politische Einschätzung die vorangehenden Phasen der ersten Lesung, des Agenda-Settings und der vorparlamentarischen Reflexion über denkbare Fragen auf der Agenda umfasst.

7. Politik als Dissenshandeln

Politik kann nie rein subjektiv oder persönlich sein, sondern ist nur verständlich, wenn sie sich auf das Handeln (oder Nicht-Handeln) anderer bezieht. Politik ist aber ebenso wenig ein Zusammenhandeln, keine *enterprise association* im Sinne von Michael Oakeshott (1975). Vielmehr enthalten die Chancen der Politik als nächste Stufe der Kontingenz den Dissens über Handlungen und zwischen den Handelnden. In diesem Sinne sind auch persönliche Handlungen, die von denen anderer abweichen, durchaus als politische zu verstehen, unabhängig davon, ob die betreffende Person sie als solche versteht.

Bisher habe ich teils die Grammatik, teils das Experimentieren mit den digitalen Suchoptionen als heuristische Instrumente für die Topoi benutzt. In den folgenden drei Kapiteln (7 bis 9) benutze ich die parlamentarische Begriffsbildung als Modell und Referenzpunkt. Wenn ich die Bundestagsdebatten analysiere, kann ich aus den Prozeduren und Praktiken des Parlaments selbst Anhaltspunkte für die Toposkonstruktion entnehmen. Die Schlüsselbegriffe für die drei Kapitel sind Dissens, Streit und Spiel.

Max Weber formulierte den Begriff des Kampfs „als das Handeln an der Absicht der Durchsetzung des eigenen Willens gegen den Widerstand des oder der Partner" (Weber 1922, 27). Als generelle Darstellung der Politik gilt er immer noch in dem formalen Sinne Webers, in dem die Vielfalt der Kampfformen von friedlichen bis hin zu gewaltsamen enthalten sind. Für Politik halte ich den Dissens über den Gegenstand des Handelns als einen präziseren Oberbegriff als den Begriff des Kampfs. Der Topos des Dissenses ist nach dem Muster der parlamentarischen Prozedur und Rhetorik geprägt (s. Palonen, Rosales and Turkka 2014).

7.1 Dissens versus Konsens

Die Eigenständigkeit der parlamentarischen Politik besteht darin, den Dissens als einen großen Vorteil zu akzeptieren. Ich formulierte dies auf englisch so: „The point of dissensus is to claim that a proper understanding of a motion or of an analysis of the situation is impossible without confrontation between opposed points of view" (Palonen 2014b, 253, s. auch De Mille 1878, 473). Mit anderen Worten, in einem Parlament ist der Dissens über die Fragen auf der Tagesordnung sowie über das Agenda-Setting selbst nicht nur erlaubt, sondern Voraussetzung für und in das parlamentarische Vorgehen eingebaut. Der Dissens ist keine bloße formale Möglichkeit, einen Antrag in Frage zu stellen,

sondern das Fehlen des Dissenses ist ein Zeichen davon, dass die Frage nicht ordentlich, d.h. aus gegensätzlichen Perspektiven betrachtet oder verstanden worden sei. Trotz der Priorität der Regierungsvorlagen in der Geschäftsordnung, setzt die parlamentarische Fragestellung voraus, dass es immer möglich ist, Perspektiven zu konstruieren, die die bisherige Bewertung von Vor- und Nachteilen umkehren oder neue Aspekte problematisieren und zur Debatte stellen.

Dissens zu akzeptieren, geht auf die Beratungen der Volksversammlung (*ekklesia*) und anderer Gremien in der antiken Polis, vor allem in Athen (s. z.B. Cassin 1996; Bassakos 2010, 2015) zurück, aber hat erst mit den Parlamenten seit dem Mittelalter eine institutionelle Verankerung erhalten. Die Kombination der rhetorischen Kultur der Renaissance (s. Skinner 1996, 2014; Peltonen 2013) mit der Etablierung der Geschäftsordnung und parlamentarischen Konventionen (*precedents*) in Westminster ab dem späten 16. Jahrhundert (s. Redlich 1905; Palonen 2014b, 2018b) haben die dissensuale Praxis der Parlamente historisch legitimiert. Mit gewissen Begrenzungen und teils gewaltigen Rückschlägen hat dieses Modell in der westeuropäischen Politik seit dem 19. Jahrhundert eine zentrale Stellung erhalten.

Die historischen Erfahrungen deutscher Parlamente haben, wie gesagt, kaum den dissensualen Aspekt betont, und die Erfahrungen der Weimarer Republik sind dafür nicht hilfreich gewesen (s. Mergel 2002; Meinel 2019). Westminster-inspirierte Parlamentarismuskonzeptionen sind trotz vielfacher Anerkennung ihres Modellcharakters doch auf relativ wenige Autoren begrenzt gewesen (neben Max Weber s. insbesondere Gottfried Cohen 1861).

Der berühmteste Denker der Bundesrepublik, Jürgen Habermas, hat den Konsens als Leitbegriff weit über die akademischen Debatten hinaus als Maßstab propagiert: Er würdigt zwar Kritik und Debatte, aber bloß als eine kathartische Phase, die in Richtung Konsens zu überwinden ist. Entsprechend schief und unhistorisch ist seine Interpretation des Parlamentarismus (Habermas 1962), und es fehlt bei ihm auch später die Einsicht in die dissensuale Prozedur und Rhetorik der parlamentarischen Politik. Max Webers Einsicht, dass Erkenntnis und Wissen im Streit und im Wandel der gegensätzlichen Perspektiven bestehen dazu Palonen 2010b), liegt außerhalb seines Denkhorizonts. Die linguistischen Interpretationen in der Habermas-Nachfolge (s. Burkhardt 2003; Steiner et al. 2005) haben immer noch den Konsens als normatives Ideal für die Parlamente beibehalten.

Nach meinem Ansatz kann man davon ausgehen, dass aktive Parlamentarier den Dissens durchaus besser verstehen als Theoretiker und für ihre eigene Politik besser und vielseitiger nutzen können als Akademiker. Rhetorisch gesehen operiert die parlamentarische Debatte mit dem Vorrang des deliberativen Genres, *in utramque partem disputare* (s. Skinner 1996; Bassakos 2012, 2015), was jedoch aus unterschiedlichen Knotenpunkten der Debatte analysiert und ausgewertet werden kann.

7.2 Rhetorik der politischen Entscheidung

Auf die Beendigung der Deliberation beziehen sich Worte wie entscheiden, bestimmen, beschließen oder abstimmen. Diese Aspekte sind auch mit dem Politikervokabular verbunden. Hier begrenze ich die Analyse des Wortgebrauchs auf *politische Entscheidung*, die in der deutschen Debatte eine besondere historische Bedeutung hat.

Nach der Webseite des Bundestags wird „politische Entscheidung" über 1800-mal in den Debatten benutzt. Um sich trotzdem eine Perspektive zur Bedeutung dieses Begriffs zu bilden, habe ich die Suchergebnisse nach Relevanz sortiert. Da der Ausdruck in jeder Wahlperiode mindestens 60-mal benutzt worden ist, habe ich aus den 18 Wahlperioden die fünf „relevantesten" Beispiele ausgewählt, sofern das Stichwort *politische Entscheidung* in ihnen vorkam. Relevanz ist nicht nach der Anzahl der Belege pro Debatte bestimmt worden, obwohl einige Debatten das Stichwort häufiger erwähnen, wie die Hauptstadtdebatte 1991, sind sie nicht als relevant identifiziert worden.

7.2.1 Entscheidung als Schließung und Freiheit

Die Rede vom ‚Entscheiden' enthält sowohl den ‚dezisionistischen' Sinn der Schließung der Debatte als auch den ‚existentiellen' Sinn einer Wahl zwischen Alternative (s. Greven 2000). In den Bundestagsdebatten sind beide Aspekte vorhanden. Der erste Aspekt ist deutlich, etwa wenn Alex Möller (SPD) über die Wehrpolitik spricht: „Da würde meiner Meinung nach der Finanz- und Haushaltspolitiker an zweiter Stelle stehen. Zuerst muß die politische Entscheidung getroffen werden" (10. November 1966). Dies gilt auch, wenn Rainer Barzel (CDU), wie (in Kap. 2.3) zitiert, Politiker gegen die Intellektuellen stellt und sagt, „wir müssen entscheiden" (30. April 1968).

Oben habe ich Carlo Schmid zitiert, für seine Aussage „Politik heißt Entscheidungen treffen müssen, ohne dafür Anweisungen zu haben; Wahlfreiheit gegenüber Mitteln und Personen, Spontaneität des Handelns sind hier geboten" (25. Oktober 1962). Hier ist der ‚existentielle' Sinn des Begriffs klar formuliert, ebenso in Peter Sellins Forderung nach Politisierung der Technologie (23. November 1988, Zitat in 3.5.4).

Eine bestimmte Entscheidung kann gar mit ‚Notwendigkeit' begründet werden. Finanzminister Franz-Josef Strauß (CSU) spricht fast paradigmatisch von der „Umsetzung der wirtschaftstheoretischen Erkenntnisse, der währungspolitischen Notwendigkeiten in konkrete[n] politische[n] Entscheidungen" (5. April 1968, s. auch Hans-Gerd Strube, SPD, 24. November 1992 und Egon Jüttner, CDU, 26. Mai 1993). Der Verweis auf die Notwendigkeit dient Strauß als eine rhetorische Figur, um hervorzuheben, dass das Parlament hier und jetzt entscheiden muss. Auf die Nuance der notwendigen Voraussetzungen

beruft sich etwa Karl-Hans Laermann (FDP): „Wir kommen aber dennoch nicht an der Notwendigkeit vorbei, für die politische Entscheidungsfindung eine Risikobeurteilung vorzunehmen" (30. September 1982).

Der Aspekt, dass etwas politisch entschieden werden soll, ohne Verschiebung oder Verlegung der Entscheidung auf andere Instanzen, wurde vor allem in einigen maßgebenden Debatten mit weitreichenden politischen Folgen hervorgehoben. In einer Debatte zu den europäischen Verträgen wird der Gegensatz explizit zwischen Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) – „das Wesentliche ist eine politische Entscheidung"– und dem Oppositionsführer Erich Ollenhauer (SPD) – „weil wir es für unerträglich halten, daß die ohnehin schwere politische Entscheidung über das Schicksal der Verträge noch mit einer Verfassungskrise belastet wird" (beide 19. März 1953). Adenauer will eine sofortige Entscheidung, Ollenhauer eine Verschiebung mit Berufung auf die Verfassung (s. auch die Beiträge Adenauers und Ollenhauers am 15. Dezember 1954).

Als eine ähnliche, auf das Gewicht der politischen Entscheidung sich berufende, Debatte galt in der frühen Bundesrepublik der atomaren Aufrüstung (s. die Reden von Georg Kahn-Ackermann, SPD, Rudolf Vogel, CDU und Alexander Elbrächter, DP, 28. Februar 1957). In späteren Jahren war die Föderalismusreform eine, in der sich mehrere Redner auf die politische Entscheidung beriefen (s. Peter Struck, SPD, Otto Schily, SPD, Hans-Peter Friedrich, CSU, Steffen Reiche, SPD, Hartfried Wolff, FDP, am 30. Juni 2006).

Die vielleicht maßgebendste quer durch die Parteilinien in der einmaligen Lesung geführte Debatte, in der die politische Entscheidung hier und jetzt auf der Tagesordnung stand, war die Hauptstadtdebatte am 20. Juni 1991. „Wir haben heute aber eigentlich nur eine politische Entscheidung zu treffen," formuliert Gregor Gysi (PDS) die Pointe. „Nur" bedeutet hier die Dramatisierung der Frage zum Entweder–Oder – *tertium non datur* –, auch mit Verweis darauf, dass es keine vorangehende Ausschussbehandlung mit einer Empfehlung gab. Peter Glotz (SPD) pointiert: „Hauptstädte werden durch politische Entscheidungen geschaffen", und Bärbel Sothmann (CDU) berief sich auf die Verantwortung der Abgeordneten: „Wir alle müssen uns darüber im klaren sein, daß allein eine politische Entscheidung von uns gefordert wird" (alle ebenda). In der Hauptstadtdebatte markiert die *polity* ihren Vorrang über die *policy* und das *politicking*.

Ein weiteres Beispiel davon, dass die politische Entscheidung jetzt getroffen werden soll, enthält eine Rede Karl Schillers (SPD): „Wir alle sollten die wichtigen Verfassungsfragen der Finanzreform, die ihre Zeit brauchen, nicht dazu benutzen, heute fällige politische Entscheidungen zur Geldwertpolitik zu vertagen" (16. Februar 1966). Ein Beispiel, das Vorbehalte gegen eine politische Entscheidung im ‚hier und jetzt' enthält, bietet die Rede von Verteidigungsminister Gerhard Stoltenbergs (CDU): „Ich gebe einmal zu bedenken, ob jetzt nicht doch der Zeitpunkt gekommen ist, in dem politische Entscheidungen,

die … als befriedigend anerkannt werden könnten. Ich gebe zu bedenken, ob es nicht richtiger wäre, bestimmte Punkte, die man ändern möchte, nach einer gewissen Zeit als Novelle in die Gesetzgebung hier einzubringen“ (4. Dezember 1987). Das Fehlen einer politischen Entscheidung kritisiert z. B. Tom Koenigs (Grüne): „Humanitäre Hilfe darf nicht länger Antwort auf weltweite politische Passivität und Substitut für fehlende politische Entscheidungen sein“ (3. Juni 2016).

Der Tendenz nach werden im Bundestag die großen politischen Entscheidungen über die *polity* durch die vielen kleinen der *policy* ersetzt, was auch der gewandelten Praxis entspricht, Policy-Fragen als politische und nicht als bloße Verwaltungsfragen zu verstehen. Etwa Horst Schröder (CDU) betont die Dringlichkeit der Entscheidungen auch in Policy-Fragen: „Wenn nicht unmittelbar weitere politische Entscheidungen zur Konsolidierung der Bahn getroffen werden, ist es bereits 1980 vorbei mit der Methode, den natürlichen Abgang zu nutzen“ (23. Januar 1979).

In späteren Wahlperioden wird politische Entscheidungen häufiger im Plural benutzt und der Begriff veralltäglicht und entdramatisiert. Zu Subventionen für Geringverdiener sagt Ingrid Fischbach (CDU): „Wir haben zum allerersten Mal in transparenter Weise öffentlich gesagt, welche Warenkörbe wir berücksichtigen. Wir haben die politische Entscheidung getroffen, was herausgenommen und was mit hineingenommen werden soll,“ wozu Renate Künast (Grüne) ironisch ruft: „Aha, politische Entscheidung?“ (29. September 2010).

Die Hervorhebung der Freiheit der Entscheidung verweist auf die Chance der Politiker, sich in Fragen einzumischen und sie auf die parlamentarische Agenda zu stellen. In einigen Reden warnen Wirtschaftsliberale wie Kurt Biedenkopf (CDU) davor: „Wir werden uns in diese Auseinandersetzung als Regierung oder Politiker nicht einmischen“ (18. März 1987), oder Detlef Parr (FDP): „Wer gibt uns Politikern eigentlich das Recht, so zu handeln und damit die Entscheidungsfreiheit des Einzelnen immer mehr einzuengen?“ (29. November 2001). Freiheit wird bei Parr im Stil eines Thomas Hobbes als Gegensatz zur Einmischung der Politik *per se* verstanden.

Dagegen betont etwa Hubert Kleinert (Grüne), dass die Freiheit der Politiker auch gegenüber Lobbyismus gesichert werden muss: „mit einer solchen Änderung der Geschäftsordnung [wird] der Interessenfilz und der Interessenklüngel, der viele Entscheidungen in diesem Hohen Hause vorfabriziert, nicht aufgelöst wird. … Aber es wäre ein Schritt in die richtige Richtung“ (18. Februar 1987). Günther Jansen (SPD) fordert, „daß wir Politiker die geschlossenen Türen in den Vorstandsetagen der Konzerne einlaufen, um dort zum Handeln zu zwingen“ (14. Juni 1985), was als Metapher für die Setzung der Frage auf die Agenda des Parlaments verwandt wird.

Die Rhetorik der politischen Entscheidung enthält somit mehrere Interpretationen. Jedoch sind sowohl das dezisionistische als auch das existenzielle

Pathos auf seltene Grenzfälle begrenzt. Dagegen ist die Rede von der Einsicht geprägt, dass ein Parlament Entscheidungen weder endlos aufschieben noch auf andere abwälzen kann. Doch nicht zuletzt die Erfahrung, dass Entscheidungen zur täglichen Parlamentspraxis gehören und ihren Prozeduren und Zeitfristen untergeordnet sind, zeigt, dass sie nichts Dramatisches oder Außerordentliches sein müssen. In diesem Sinne sind Entscheidungen kein Gegensatz zur Debatte, sondern markieren ihren letzten Schritt, obwohl dies im Bundestag vielleicht nie explizit gesagt worden ist.

Dies zeigt sich allerdings in den relative wenigen Reden, die die Bedeutung der parlamentarischen Debatte betonen. Die Forderungen nach einer dringenden Aktion gelten Spezialfragen, und die Regierungen sind oft lieber ungeduldig gegenüber gründlichen Debatten als bereit, als untätig kritisiert zu werden. Die parlamentarische Eigenständigkeit im Bundestag zeigt sich darin, dass die Einsicht von der Debatte als Basis für Entscheidungen im Laufe der Zeit zugenommen hat und der zur Debatte bereite Parlamentarier zum Paradigma des Politikers im Bundestag geworden ist.

7.2.2 Entscheidung und Politikberatung

Intensive Debatten wurden im Bundestag seit den sechziger Jahren über die Politikberatung geführt. Dabei wird das Verhältnis der Ratgeber zum Parlament im Vergleich zu alten beratenden Versammlungen umgekehrt, aber es besteht die Gefahr, dass die Berater die Macht über das Agenda-Setting faktisch übernehmen. Die erste Kontroverse darüber im Bundestag entstand 1965. Liselotte Funcke (FDP) bevorzugt einen Bildungsrat, der die „Möglichkeit, daß die Mächte der Bildung in Verbindung mit der Politik beraten“ schafft (21. Mai 1965). Ulrich Lohmar (SPD) sieht jedoch, dass „[d]ie verwaltungsbezogene Forschung, die ressortbezogene Beratung durch Wissenschaftler … nach unserer Auffassung zu eng [ist]. Im Wissenschaftsministerium sollte ein Zentrum für die Informationen aus der wissenschaftlichen Forschung für die Politik der gesamten Bundesregierung entstehen“ (ebenda). Darauf antwortet Funcke: „Wir schaffen eine gemeinsame verantwortliche Beratungs- und Planungsinstanz, und das ist der Bildungsrat, in dem sich Politik, Wissenschaft und Bildungsmächte gemeinsam um die Aufgabe bemühen“ (ebenda). Der Bildungsrat basiert auf bestehenden Institutionen, das Zentrum sollte eng an die Regierungsberatung angeschlossen sein.

Während der Kiesinger-Brandt-Koalition betonte Joachim Raffert (SPD), „es ist danach gefragt worden, … ob man die politische Entscheidung fällen will, die nötig ist, um unsere Administration, aber auch unser politisches Führungssystem, den Notwendigkeiten der modernen Gesellschaft anzupassen und sich von eingefahrenen hierarchischen Vorstellungen … abzukehren“ (7. Februar 1968). Diese soziologische Sprache reduziert hierarchieabbauende

Politik als „Anpassung an die Notwendigkeit“ und von der Wissenschaft wurde eine Anleitung erwartet, wie dies zu realisieren ist. Wissenschaftsminister Gerhard Stoltenberg (CDU) sagt dazu:

> Wissenschaftspolitische Entscheidungen setzen ein Optimum an sachlicher Prüfung und Beratung voraus. Dies gilt verstärkt in einer Zeit, in der wir durch eine rapide Steigerung der Forschungs- und Entwicklungskosten zur Auswahl und damit auch zum Verzicht gezwungen sind. Politische Entscheidungen in fast allen Sektoren der modernen Gesetzgebung und Verwaltung sind auf eine sorgfältige Klärung ihrer Voraussetzungen und — soweit möglich — auch der Folgeprobleme angewiesen. Hierzu bedarf es neuer, wirkungsvoller Formen wissenschaftlicher Beratung für die Politik. (ebenda)

Stoltenberg grenzte also die Politikberatung auf die Klärung der Voraussetzungen und Folgen ein. Der SPD-Antrag verlangt die Beratung zu zentralisieren: „Für die wissenschaftliche Politik-Beratung der Bundesregierung ist es erforderlich, eine zentrale Institution innerhalb der Regierung zu schaffen“ (ebenda). Die interessanteste Formulierung des Antrags lautet: „Die Wissenschaft muß weitgehend die Aufgabe der Stabsberatung der Bundesregierung und des Bundestages übernehmen“ (ebenda). Dieser Anspruch zielt auf die Entmachtung des alten Verwaltungsapparats, überschätzt aber radikal die Einheitlichkeit und Eindeutigkeit des „Rats der Wissenschaft“.

Trotz der Anerkennung der wissenschaftlichen Politikberatung, wurde der Rat dieser Gremien keineswegs immer befolgt. Dies betont der rheinland-pfälzische Minister Johan Wilhelm Gaddam (CDU) in einer Debatte zum Konjunkturgutachten:

> Herr Kollege Möller hat gestern … darauf hingewiesen, daß wir uns bei der Beurteilung der Aussagen wissenschaftlicher Institute, wissenschaftlicher Gremien, die uns in der Politik beraten, befleißigen müssen, dies objektiv zu tun, sie ernst zu nehmen, auch wenn sie uns einmal nicht passen. Ich bin damit sehr einverstanden. … Ich kann mich sehr wohl an die sehr präzisen Aussagen dieser Institute etwa zum Thema hausgemachte Inflation erinnern. Die Institute haben der Bundesregierung sehr eindeutig Dinge gesagt, die sie nie akzeptiert hat. Da waren diese Gutachter nie so gut. Aber jetzt auf einmal, wo einmal etwas herausgekommen ist, was in das Konzept paßt, ist man also der Meinung, daß das eine hervorragende Sache sei. (18.10. 1975)

Beratergremien haben keinen Sinn, wenn ihr Rat nicht ernst genommen wird, auch wenn er zur *policy* der Bundesregierung zu passen scheint. Sie dürfen nicht regierungs- oder parteipolitische Legitimationsinstitute werden, aber ebenso wenig muss die Regierung ihrem Rat folgen. Gaddams Pointe scheint die rhetorische Kompetenz der Institute gegenüber der Regierung stärken zu wollen.

Eine neue Beratungssituation entstand im Kontext des RAF-Terrorismus. Dazu äußert sich Innenminister Werner Maihofer (FDP): „Die zeitliche und räumliche Nähe der politischen Beratungs- und Entscheidungsgremien hat es zusätzlich ermöglicht, Entscheidungen ohne Zeit- und Informationsverlust unmittelbar über die zentrale Einsatzleitung in bundesweite polizeiliche Akti-

vitäten umzusetzen“ (16. März 1978). Die Nähe zwischen der Expertenberatung und politischer Entscheidung würde also die Ausnutzung der Information ermöglichen. Der Erfolg bleibt unsicher, und ein Hinweis auf die RAF-Wohnung hat „in diesem Einsatzfalle überhaupt nicht[s] erreicht … einschließlich … – der politischen Beratungsgremien, die sich solche Einsätze ausdrücklich vorbehalten hatten und auch mehrfach durchgeführt haben“ (ebenda).

Justizminister Gerhart Rudolf Baum (FDP) hält an der Trennung der „Aufgaben polizeilicher Führungsstellen und politischer Beratungsgremien voneinander“ fest, er sieht nach den Erfahrungen der RAF-Aktion, „die Einberufung politischer Beratungsgremien zwingend erforderlich“ und verweist auf die Erfahrungen, die „ein präzises Aufeinanderabstimmen politischer Grundsatzentscheidungen und polizeitaktischer Erwägungen notwendig gemacht hat“ (15. Juni 1978). Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) sagt, dass er „den sehr ernsthaften Versuch machen werde, ein politisches Beratungsgremium, in dem auch die Opposition beteiligt sein muß, in dem jedenfalls schon aus rechtlichen Gründen die Länder nicht fehlen dürfen,“ zu schaffen (ebenda). Bei Schmidt hat „Beratung“ durchaus einen rhetorischen Sinn: „Ich würde … eine solche Beratungsrunde immer wieder zustande zu bringen suchen, weil nämlich mehr Ratschläge und mehr Abwägungen eingehen, als wenn man es nur alleine zu machen hat“ (ebenda). Er hat keine Sehnsucht nach ‚Verwissenschaftlichung’ der Beratung.

Anders die Situation bei der Enquete-Kommission zur Energiepolitik, die Harald B. Schäfer (SPD) gegen die Kritik Heinz Riesenhubers (CDU) verteidigt:

> In ihr waren sowohl Befürworter als auch Gegner der Kernenergie vertreten. Die unterschiedlichen Positionen in der Kernenergie-Politik wurden in der Kommission kontrovers in die Beratungen eingebracht. Im Verlauf der Beratungen der Enquete-Kommission wurde zweierlei deutlich, das festgehalten zu werden verdient, das nicht zerredet werden darf. Erstens: Jede Seite lernte zu respektieren, daß auch die andere Seite dem Wohl der Gesellschaft dienen will und sich ihr verantwortlich fühlt und daß unterschiedliche Positionen keine Frage unterschiedlicher Moral sind, man also den Vertreter einer gegenteiligen Meinung moralisch nicht abqualifizieren darf. Zweitens wurde deutlich, daß es oft sehr viel mehr Mut erfordert, eine Meinung zu ändern, als an ihr festzuhalten. (26. Mai 1981)

Schäfer formuliert rhetorische Prinzipien für parlamentarische Untersuchungsausschüsse und Sonderkommissionen. Der parlamentarische Respekt und die Anerkennung der Legitimität der Gegenposition sind Voraussetzungen für derartige Kommissionen. Schäfer erkennt an, dass Wissenschaftler und Experten die Phänomene durchaus unterschiedlich bewerten können und die Beratung sie nicht vereinheitlichen kann. Das Parlament soll nicht ‚verwissenschaftlicht’ sondern vielmehr die Beratungsgremien parlamentarisiert werden.

Karl-Hans Laermann (FDP) betont, dass die Empfehlungen der Kommission „nun im Parlament und vom Parlament beraten werden müssen. Wir werden am Ende der Beratungen wissen, ob der Bericht unverändert das Parlament passieren soll oder nicht“ und die Einsetzung einer neuen Kommission „ist ein Beschluß des Parlaments. Wir sind dabei, das hier zu beschließen. Das ist politisches Handeln. Das sind politische Konsequenzen, die wir aus dem Bericht ziehen“ (ebenda). Auch eine im parlamentarischen Stil beratende Kommission, macht die Debatte im Parlament nicht überflüssig. Laermann betont später, wie die Enquete-Kommission zur Kernenergie „nicht nur als Instrumentarium zur Beratung der Politik“ sondern „auch … einen wesentlichen Beitrag zur Versachlichung der öffentlichen Diskussion um die friedliche Nutzung der Kernenergie geleistet hat“ (10. Dezember 1981). Die Gegner der Kernenergie hätten sicher die Rede von der „Versachlichung“ problematisiert.

In der Opposition verschwindet bei den Sozialdemokraten der Glaube an einer ‚wissenschaftlichen' Politikberatung. Nach Achim Großmann (SPD) kann sie nur „vorbereitende Arbeit leisten und … keine politischen Entscheidungen vorwegnehmen“. Er erhebt den Vorwurf, dass „einzelne Mitglieder die Arbeit der Kommission immer wieder behinderten, indem sie sie zu politisieren versuchten, und das hat manchmal doch dazu geführt, daß wir viel Zeit vertan haben“ (27. Oktober 1988). „Politisieren“ bedeutet hier, dass einige Mitglieder ihre Aufgabe nicht als Berater, sondern als Lobbyisten bestimmter Interessen verstanden haben. Die Kommission hat die parlamentarische Regel, eine begrenzte Zeit für die Debatte auf die Fragen auf der Agenda zu verwenden, nicht effektiv genutzt.

Unter der rot-grünen Bundesregierung entstand eine Kontroverse um die Friedensforschung. Heinz Schmitt (SPD) begründet ihre gesteigerte Unterstützung: „Wir wollen sicherstellen, dass die politischen Entscheidungsträger auf eine wissenschaftliche Unterstützung und professionelle Beratung bei der Konfliktbearbeitung zurückgreifen können und über die klassischen Mittel des staatlich-diplomatischen Instrumentariums hinausreichende Möglichkeiten haben und durch dieses Instrumentarium neue Handlungsansätze erhalten“ (20. Januar 2000). Eckart v. Klaeden (CDU) verdächtigt diese Unterstützung: „Gleichwohl soll jetzt mit Steuergeldern ein ideologischer Biotop geschaffen werden. Dabei geht es mehr um die Versorgung bewährter Parteigänger als um eine wissenschaftlich fundierte Forschung und außeruniversitäre Politikberatung“. Er wirft der Bundesregierung vor, „ein tieferes Verständnis für die Bedeutung einer außenpolitischen Politikberatung vermissen [zu] lassen“ (ebenda). Im Vergleich zu den sechziger Jahren hat sich die Konstellation insofern verändert als jetzt die CDU auf angewandte Auftragsforschung und die SPD eher auf die akademische Qualität setzt.

Winfried Nachtwei (Grüne) sieht im Vorwurf der „Klientelpolitik“ eine Beleidigung und beansprucht: „Zur Stärkung der Friedens- und Konfliktforschung reicht es nicht, unstrittig bewährte, Politik beratende und regierungs-

nahe Institute zu fördern. Wir brauchen die gesamte Landschaft der Friedens- und Konfliktforschung, ihre Grundlagenforschung ebenso wie die empirischen Untersuchungen zur operativen Politik". Dafür ist eine Stiftung nötig, „vor allem aber ihre politische Unabhängigkeit sicherzustellen" (20. Januar 2000). Heinrich Fink (PDS) unterstellt: „Die Union will Forschung auf staatstragende Politberatung reduzieren" (ebenda), während Werner Lensing (CDU) ebenso konspirativ behauptet: „Manche apokalyptische Voraussagen bestimmter Friedensforscher haben dem Weltfrieden überhaupt keinen Dienst erwiesen" (ebenda). Unterschiede zeigen sich im Verständnis der Unabhängigkeit als Voraussetzung der Wissenschaft.

Irmgard Schewe-Gerigk (Grüne) nimmt den Gender-Aspekt der Beratungsinstitutionen auf. „Solange Frauen ihre Einflussmöglichkeiten in Beratungs- und Entscheidungsgremien nicht angemessen wahrnehmen können, ist ihre verfassungsmäßig garantierte Gleichberechtigung im politischen, gesellschaftlichen wie kulturellen Leben nicht verwirklicht" (20. Januar 2000). Petra Bläß (PDS) sekundiert: „Eine einseitig auf die männliche Sicht orientierte Politik und Politikberatung bringt für Frauen Nachteile" (ebenda). Parlamentarische Staatssekretärin Edith Niehuis (SPD) gibt zu, dass wir wegen des Nicht-Interesses der Kohl-Regierung zu Fragen der Gleichberechtigung „jetzt Jahre verloren haben, die Politikberatung demokratischer und aus Frauensicht effektiver zu machen" (ebenda).

Bei dieser Kontroverse löst sich die Politikberatung von dem deliberativ-parlamentarischen Stil des *politicking* und seiner Priorität in der *polity* teilweise los. Die CDU-Kritiker begrenzen Beratung auf den Policy-Aspekt und stärken die Expertise mit ihrem epideiktisch-deklarativen Wissen. Die Gender-Frage macht den Polity-Aspekt sichtbar, ebenso wie ihre spezifischen Chancen für *politicisation.*

7.3 Politisch verhandeln und beraten

Für die Politik mit mehreren Akteuren kommen zwei klassische rhetorische Ausdrücke, verhandeln und beraten, in Frage, auf englisch *negotiation* und *deliberation*.

Das Fremdwort ‚Deliberieren' wird nicht in den Bundestagsdebatten benutzt. Die parlamentarische Übersetzung dafür ist Beratung, die jedoch zugleich noch die ältere Bedeutung des Ratgebens beinhaltet, obwohl der Bundestag keine bloß ‚beratende' Versammlung ist. Zu den eng deliberativen Ausdrücken über die Anträge auf der Agenda notiere ich, dass die Beispiele für die Selbstreflexion sehr selten sind.

Das Verhandeln entspricht der diplomatischen Rhetorik mit festen Akteuren, die über die Vor- und Nachteile ihrer gegenseitigen Ressourcen u.a. Machtanteile aber nicht über die Richtung der Politik streiten. In der föderalen Bundesrepublik kommen dazu die Verhandlungen zwischen Ländern, und der Bundesrat mit seinem quasi-imperativen Mandat aus den Länderregierungen ist eher eine Verhandlungs- als eine Beratungsversammlung. Analog dazu sind die Interessen- oder Verteilungsstreitigkeiten auf dem Arbeitsmarkt, in der Koalitionsregierung oder zwischen den Ministerien Gegenstände von Verhandlungen.

Im Deutschen ist die Differenz zwischen Verhandlung und Beratung oft relativ. Die Reichstagsdebatten sind etwa unter dem Titel Verhandlungen des Deutschen Reichstags und seiner Vorläufer dokumentiert worden (https://www.reichstagsprotokolle.de/bundesarchiv.html). Auch im Bundestag erscheinen jene Tagesordnungspunkte mit Verhandlung im Titel, die primär auf zwischenstaatliche Fragen bezogen sind. Umgekehrt ist auch der Begriff der Beratung nicht immer mit dem rhetorischen Begriff der Deliberation übersetzbar. Es klingt noch die ältere Bedeutung mit, das mit einem ‚souveränen' Parlament, das auch über die beratenen Fragen entscheidet, unvereinbar ist (zur Politikberatung s 7.2.2).

Mit der digitalen Suche nach ‚politische Verhandlung' und ‚politisch beraten' erhält man aus den Bundestagsdebatten Beispielen aus 79 bzw. 70 Debatten. Beide sind zeitlich auf bestimmte Situationen konzentriert und innerhalb beider gibt es mehrere Belege in vielen Debatten. In relativ wenigen Reden wird das Verhältnis zur Politik und zum Parlament genauer diskutiert.

7.3.1 Politische Verhandlung

Im Bundestag verweist *politische Verhandlung* vor allem auf die zwischenstaatliche Politik. In der frühen Bundesrepublik sind die Alliierten die primären Verhandlungspartner. Willy Brandt (SPD) als Berliner Abgeordneter formuliert die Pointe: „Wir sagen konkret, daß es nach den Westmächteverhandlungen einer sofortigen Initiative und eines Hinwirkens der deutschen Politik auf Viermächteverhandlungen bedarf" (1. Juli 1953). Carlo Schmid (SPD) spricht ähnlich: „Wir werden also zunächst eine Politik betreiben müssen, die die Siegermächte anspornt, in Verhandlungen über Deutschland einzutreten (1. Oktober 1958).

Bis zum Ende des kalten Krieges wurde den Supermächten als Verhandlungspartner eine Priorität zugestanden, Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) sagt zu Abrüstungsverhandlungen : „Ich habe unser besonderes Interesse an den Genfer Verhandlungen erläutert, ein Interesse, das sich … unmittelbar aus unserer geographischen und politischen Lage ergibt" (3. Dezember 1981). Danach gewannen Fragen wie die Nord-Süd-Dimension, an politischer Be-

deutung (s. Parlamentarischer Staatssekretär Ludolf-Georg v. Wartenberg, CDU, 5. Dezember 1988).

In der Außenpolitik der Bundesrepublik verlangte Franz-Josef Strauß (CSU) die ‚Politik der Stärke' in Verhandlungen mit der Sowjetunion: „Politisches Denken oder politische Verhandlungen im machtleeren Raum können vielleicht bei einem so gutmütigen Volk wie den Eskimos zum Erfolg führen; bei einem Partner mit der Mentalität der Sowjets sind sie zum Scheitern verurteilt" (10. Juli 1952, s. auch 24. Februar 1955). Gegen diesen Verhandlungsstil wendet sich später Außenminister Walter Scheel (FDP): „Wir stehen jetzt am Ende der Vorbereitung von Verhandlungen mit der Sowjetunion. Hier hat unsere Politik einen wichtigen, einen entscheidenden Punkt erreicht, an dem sich die Möglichkeit eröffnet, endlich einen geregelten Modus vivendi mit der anderen, der zweiten Supermacht, der Führungsmacht des europäischen Ostens, zu finden" (27. Mai 1970). Ernst Waltemathe (SPD) polemisiert explizit gegen die „Politik der Stärke": „Als Sozialdemokrat bin ich daran interessiert, daß eine Regierung existiert … die Friedenssicherung durch Verhandlungen einer Politik der Stärke und militärischen Bedrohung vorzieht" (26. Mai 1981).

Die Bundesregierung verweigerte sich lange mit der DDR-Regierung überhaupt zu verhandeln, wie Karl Mommer (SPD) bestätigt: „Der Gesamtdeutsche Ausschuß ist auch da einer Meinung, daß politische Verhandlungen etwa mit Pankow über die Wiedervereinigung Deutschlands sinnlos sind und nicht geführt werden sollen. Dagegen ist er der Meinung, daß zur Erreichung konkreter Ziele im Verkehr der Teile Deutschlands miteinander die Ebene nach Zweckmäßigkeit gewählt werden soll" (25. Mai 1955; s. auch Außenminister Heinrich v. Brentano, CDU, 28. Juni 1956; Johann Baptist Gradl, CDU, 1.10. 1958; Kurt-Georg Kiesinger, CDU, 25. Mai 1958). 'Pankow' war die Metonymie für die DDR-Regierung, ‚politisch' verweist hier auf Diplomatie und ‚hohe Politik'.

An der Möglichkeit der politischen Verhandlungen im Rahmen des kalten Krieges zweifelt Thomas Dehler (FDP): „Die Politik des Kalten Krieges ist in Wirklichkeit keine Politik, ist Verzicht auf Politik, ist Verzicht darauf, im Wege der Politik – d. h. doch des Verhandelns, des Einwirkens auf allen möglichen Wegen der Rede – den politischen Willen des anderen zu beeinflussen" (23. Januar 1958). Gustav Heinemann (SPD) will jedoch den Spielraum des Verhandelbaren weiter ausstrecken: „Bismarck erhielt einmal ein politisches Angebot von den Russen, und jemand sagte zu ihm: Dieser Vorschlag hat doch einen Pferdefuß! Bismarck antwortete: Sie sind sehr optimistisch; er hat bestimmt mehrere Pferdefüße. Und als der andere dann sagte: Und Sie wollen trotzdem verhandeln?, erklärte Bismarck: Lieber Freund, Politik ist nichts anderes als das Studium von Pferdefüßen" (25. März 1958). Die Pointe der Verhandlungen liegt in der Einsicht, dass alle Alternativen Nachteile haben, und ohne dies anzuerkennen kann man nach diesem Bismarck-Wort nicht Politik betreiben.

Ex-Kanzler Kurt-Georg Kiesinger (CDU) wirft der Regierung Brandt-Scheel eine schwache Politik in Verhandlungen vor: „Wenn man gar noch auf manche Position von vornherein verzichtet, nicht einmal sich die Mühe gibt, sie in das Verhandlungsgeschäft mit den anderen einzubringen … Wir nennen es auch das, was es ist, nämlich einen schweren politischen Kunstfehler“ (27. Mai 1970). Horst Ehmke (SPD) betont den Wert, in Verhandlung zu bleiben: „Solange uns … nicht ein anderer, besserer Weg gezeigt wird als Verhandlungen … um zu einem niedrigen Niveau von Rüstung zu kommen, würden wir verantwortungslos handeln, wenn wir von diesem politischen Weg mit einer großen Hoffnung, aber ohne jeden Weg zu ihrem Ziel abgingen“ (26. Mai 1981). Das *politicking* dieser Verhandlungen zeigt sich in diesen zwei Reden.

Während der großen Koalition benutzt der FDP-Oppositionsführer Walter Scheel die Formulierung: „Es ist einfach notwendig, daß Verhandlungen ohne diskriminierende Begleitumstände – ich meine das politisch jetzt ganz wertfrei – begonnen werden. Anders geht es nun einmal nicht“ (25. April 1969). Minister Herbert Wehner (SPD) markiert eine stärkere Abkehr von der alten Linie: „Mir ist jeder Schritt, der mit der politischen Absicht getan wird, Verhandlungen einander nicht diskriminierender Verhandlungspartner in Gang zu bringen und … dort, wo sie geführt werden, in Gang zu halten, wichtiger als noch so lebhafte Anerkennungsdisputationen“ (ebenda). Für beide ging es um die politische Voraussetzung: Verhandlungen sind nur möglich, wenn den Beteiligten ein gewisser Grad von Gleichheit zuerkannt wird.

Auch Richard von Weiszäcker (CDU) gesteht: „In der Deutschlandpolitik müssen wir zu jeder Verhandlung, zur Regelung jeder technischen und menschlichen Frage mit Ost-Berlin bereit sein“ (28. Januar 1971). Franz Amrehn (CDU) bleibt skeptischer, weil die Fragen „hochpolitisch“ werden können:

> Vereinbarungen über Kontrollen und Ausweise sind … hochpolitische Verhandlungen. Ich meine, wir dürften es uns nicht erlauben, uns selber auf diese Weise, indem wir unter dem Schein der Technik wirkliche politische Verhandlungen mit Pankow führen sollen, mit der weiteren Aushandlung der Kontrollen und Ausweise in die Hand Pankows zu begeben. (ebenda)

Nach dem kalten Krieg und dem deutschen Vereinigungsprozess erscheint die Politik der Verhandlungen in einem neuen Licht. Parteiübergreifend suchte man nach den Chancen einer ‚politischen Lösung’ zu Krisen und Kriegen. Zum Jugoslawien-Krieg sagt Außenminister Klaus Kinkel (FDP): „Wir führen den politischen Verhandlungsprozeß fort. … Oberstes Ziel muß es bleiben, eine politische Lösung für diese Tragödie zu finden“ (30. Juni 1995). Für „politische Lösungen“ setzen sich auch Wolfgang Gerhardt (FDP) und Günter Verheugen (SPD) (ebenda) sowie Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU, 6. September 1995) ein. Verteidigungsminister Volker Rühe (CDU) spricht davon, „ein Fenster für politische Verhandlungen offenzulassen“ und Andrea Lederer (PDS) davon,

„daß der einzige Weg zum Frieden politische Verhandlungen und humanitäre Hilfe sind" (beide am 30. Juni 1995). Das Verhältnis zwischen militärischen Mitteln und politischer Lösung im Jugoslawien-Kontext formuliert Karsten Voigt (SPD) folgendermaßen:

> Sie waren nötig, um politische Verhandlungen zu ermöglichen und um dem Schutzzonenkonzept zum Durchbruch zu verhelfen.
> Das heißt: Das ist das Gegenteil von Militarisierung. Die Politik von NATO und UNO ist der Versuch, primär mit politischen Mitteln, aber unter Beimischung militärischer Mittel deutlich zu machen, daß man nur am Verhandlungstisch und nicht durch Gewalt irgendeine Lösung erzwingen kann. (6. September 1995)

Im Kosovo-Konflikt sieht Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) den serbischen Präsidenten Milosevic als Hindernis, da der „Präsident sein eigenes Volk, die albanische Bevölkerungsmehrheit im Kosovo und die Staatengemeinschaft, die nun wirklich bereit war, auch mit ihm zu verhandeln und eine politische Lösung des Konfliktes zu suchen, ein ums andere Mal hintergangen, ja betrogen hat" (15. April 1999). Außenminister Joschka Fischer (Grüne) zieht eine Grenze dafür, was politisch verhandelbar ist: „Für uns ist unannehmbar – darüber kann und darf nicht verhandelt werden, weil dies hieße, es zu akzeptieren –, daß sich eine Politik der ethnischen Kriegsführung gegen die Zivilbevölkerung durchsetzt" (ebenda).

In Beispielen wird Politik mit dem Spielraum des Verhandelbaren verbunden. Für Karsten Voigt (Zitat oben) war dies als Grenzfall mit der Clausewitz-These von Krieg als Fortsetzung der Politik vereinbar. Elisabeth Motschmann (CDU) deklariert: „Die Bundesrepublik agiert im Rahmen der Völkergemeinschaft auf drei Ebenen: erstens mit politischen Verhandlungen, zweitens mit militärischen Interventionen und drittens mit humanitärer Hilfe. Alle drei Ebenen gehören zusammen" (13. Januar 2016). Das hindert sie nicht daran, einige Monate später zu formulieren: „Krieg ist kein Mittel der Politik. Leider sehen das nicht alle so" (22. Juni 2016). Also militärische UNO- oder NATO-Einsätze werden nicht als Krieg, sondern als das äußerste Mittel der Verhandlungstaktik verstanden. Politik verweist auf das kontingent Verhandelbare.

Die politischen Verhandlungen setzen die Legitimität anderer *polities* und der Mittel des *politicking* oder der *policy* voraus. Die Betonung der „politischen Lösungen" und der Eröffnung der Spielräume für Verhandlungen in außerdeutschen Krisensituationen sind ein Zeichen für eine Tendenz, dass „im Spiel bleiben" doch wichtiger als Erfolg in Verhandlungen ist.

Die zweite Dimension der Verhandlungen gilt den Beziehungen zwischen dem Bund und den Ländern, wie dies vor allem Länderministerreden im Bundestag dies manifestieren. Der nordrhein-westfälische Minister Carl Spiecker (CDU) argumentiert als Berichterstatter des Vermittlungsausschusses gegen ein Schiedsgericht in Bund-Länder-Streitigkeiten, „daß es sich hier

vorwiegend um politische Entscheidungen handelt, deren zweckmäßige Lösung der politischen Verhandlung und der politischen Einsicht des Bundesfinanzministers und der beteiligten Landesfinanzminister überlassen werden kann“ (19. Juli 1950),

Nach anfänglichen Debatten (s. auch Helmut Bertram, FU, 24. April 1952) wurde im bundesdeutschen Föderalismus die Rede von politischen Verhandlungen lange vermieden. Minister Diether Posser aus Nordrhein-Westfalen (SPD) benutzt sie, um die Berufung des Bundesverfassungsgerichts zu rechtfertigen: „Als alle politischen Verhandlungen um dieses Thema gescheitert waren … sind wir zum Bundesverfassungsgericht gegangen“ (27. November 1985). Bremens Senatspräsident Klaus Wedemayer (SPD) zieht zum Finanzausgleich die Folgerung gegen eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts: „Diese Bindungen und Vorgaben schließen politische Verhandlungen zwischen allen Beteiligten … nicht aus, ebensowenig ein Zusteuern auf Verständigung und Kompromiß. Der Bund darf sich in diesen Verhandlungen auch durchaus als ehrlicher Makler betätigen“ (4. Dezember 1987, zum Finanzausgleich s. auch Senator Hans-Jürgen Krupp, SPD, 8. Dezember 1988 und Antje Tillmann, CDU, 15. Dezember 2006). Energiepolitik bildete eine weitere Bund-Länder Kontroverse (s. Minister Martin Bangeman, FDP, 4. Dezember 1987, Volker Jung, SPD und Klaus Beckmann, FDP sowie Staatsminister Ludwig-Georg v. Wartenberg, CDU, 8. Dezember 1988).

Matthias Zimmer (CDU) betont Kreativität im Vermittlungsausschuss: „Ich hoffe sehr, dass bei den Verhandlungen im Vermittlungsausschuss genügend juristische und politische Kreativität zusammenfließt, um dieses Problem einer sauberen, nachhaltigen und für die Betroffenen vorteilhaften Lösung zuzuführen“ (ebenda). Die politische Pointe liegt darin, dass Politik in einem Bundesstaat mit Verhandlungen zwischen Bund und Ländern und nicht mit Gerichten zu betreiben ist.

In einer Debatte zur Notstandsgesetzgebung thematisiert Adolf Arndt (SPD) das Verhältnis zwischen Parteienverhandlungen und Bundestagsdebatten: „Die politischen Grundsatzentscheidungen sind stets in interfraktionellen Verhandlungen vorausgegangen, weil sich das nämlich aus dem Wesen der Sache ergibt“ (28. September 1960). Er kritisiert die Regierungsvorlage: „Das ist doch geradezu eine Herabsetzung des Bundestages und auch eine Geringschätzung der Minderheit im Bundestag. Der Bundestag soll dann an eine hochpolitische Frage, über die man erst einmal politisch miteinander verhandeln muß, im Wege einer Ausschußberatung herangehen“ (ebenda). Arndt betont die Politik der interfraktionellen Verhandlungen: „Was hier am Anfang stehen muß, das sind politische Verhandlungen… Ich halte es für notwendig, daß man über eine Sache wie diese zunächst einmal politische Grundlagenverhandlungen führt“ (ebenda). Dass Arndt hier nicht von Beratungen spricht, entspricht dem Prinzip und den Praktiken des Parteienstaats.

CDU-Fraktionsvorsitzender Wolfgang Schäuble verteidigt, an die SPD adressiert, ebenfalls Verhandlungen zwischen Parteien gegen eigenwillige Abgeordnete: „Die Wahrheit ist, daß Sie bis heute noch nicht einmal in der Lage sind, mit den Koalitionsfraktionen überhaupt Verhandlungen und Gespräche darüber zu führen, was wir in der Asyl-, Ausländer- und Zuwanderungspolitik gemeinsam verabreden wollen“ (9. September 1992). Dagegen kritisiert Patrick Döring (FDP), „dass die Koalitionsfraktionen wichtigste politische Themen im Parlament mit Vorliebe bei Nacht und Nebel verhandeln. Man tut dem Parlament und der Demokratie einen Tort an, wenn politische und gesellschaftliche Fragen nicht mehr lebendig ausdiskutiert, sondern nur noch als nächtliche Papierschlacht ausgefochten werden“ (7. Mai 2009).

Die föderalistische Vision der politischen Verhandlungen findet man in Reden zur europäischen Integration. Fritz Erler (SPD) versteht die EWG und die Verhandlungen über die britische Mitgliedschaft politisch: „Wenn wir unter rein kommerziellen Gesichtspunkten und gewissermaßen feilschend die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gegründet und nicht den politischen Willen dahinter gestellt hätten, auch die ökonomischen Schwierigkeiten zu überwinden, wäre die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft nie eine Realität geworden“ (12. Oktober 1962). In der Planung des Europäischen Währungssystems werben Egon Susset (CDU) und Günther Jansen (SPD) noch in den politischen Verhandlungen über die Wechselkurse für die deutschen Interessen (beide 25. Juni 1987). Während der Euro-Krise kritisiert Gerhard Schick (Grüne) die Bankenrettungspolitik der Bundesregierung: „In Europa wurde in häufig langwierigen Verhandlungen durch die Finanzminister über die Bankenrettungen politisch entschieden, und es wurde für die Steuerzahler enorm teuer“ (14. März 2014). Der Gegenstand der Kritik ist, dass bloß die Regierungen die Verhandlungen führen.

Die Korruption ist etwas nicht Verhandelbares. Ewald Bucher (FDP) diskutiert eine Ergänzung des Grundgesetzes, um Abgeordnetenbestechung zu verhindern:

> Im Rechtsausschuß wurden Bedenken dagegen geäußert, eine Abgeordnetenbestechung, einen Stimmkauf im Parlament, unter kriminelle Strafe zu nehmen. Die Bedenken waren von zweierlei Art. Einmal könne man über solche hochpolitischen Sachen nicht das Amtsgericht entscheiden lassen, und zum anderen sei es unmöglich, wirkliche Stimmkauf-, Bestechungsfälle von legitimen politischen Verhandlungen und Bestrebungen abzugrenzen. Wenn eine Gruppe etwa bei solchen politischen Verhandlungen zu weit gehe, also das betreibe, was man populär einen Kuhhandel nennt, dann solle der Wähler entscheiden. (8. Juni 1956)

Bucher sieht das faire Spiel als eine Voraussetzung der parlamentarischen Politik, das durch Bestechung korrumpiert wird. Der DDR-Bürgerrechtler Wolfgang Ullmann (Grüne) betont den Unterschied zwischen Politik und Geschäftemachen und wendet sich, wie Bucher, gegen die Ansicht, „es sei unmöglich, Bestechungsfälle von legitimen politischen Verhandlungen abzu-

grenzen. Ich denke, es ist eine politische Aufgabe, diese Abgrenzung vorzunehmen und diesen Satz nicht das letzte Wort in der Sache sein zu lassen" (16. Januar 1992). Beide verbinden politisches Verhandeln mit legalen Formen des *politicking.*

Hans-Joachim v. Merkatz (DP) diskutiert Verhandlung als politischen Akt: „[I]n der Technik politischer Verhandlungen bedeutet eine Verständigung über Anwendungsprinzipien … eine so weitgehende Festlegung, daß dann die Formulierung in eine bindende Abmachung durchaus auf gutem Wege ist und man sehr schwer von den Ergebnissen, wenn darüber einmal Verständigung erreicht worden ist, wieder zurückweichen kann" (25. Februar 1955, s. auch Bundeskanzler Konrad Adenauer, CDU, 7. Februar 1963). Eine Übereinkunft, nicht die Unterordnung der Gegenseite, ist der Sinn der Verhandlungen: eine unnachgiebige *policy* macht sie unmöglich, wie Hermann Scheer (SPD) zu Abrüstungsverhandlungen feststellt: „Zur Abrüstungspolitik gehört, daß man weiter drängt. Deswegen sollte man nicht vergessen hervorzuheben, was bei diesen Verhandlungen alles nicht zustande kam" (7. November 1991).

Zu Afghanistan setzt Jürgen Trittin (Grüne) normative Policy-Kriterien für den Kompromiss: „Wir müssen einen politischen Kompromiss finden. Aber … eine Verhandlungslösung kann nicht losgelöst von Kriterien gefunden werden. Es muss auch bei einem so schwierigen politischen Kompromiss rote Linien geben, was Rechtsstaatlichkeit, Menschen- und Frauenrechte angeht (28. Januar 2011).

Dass die Verhandlungen praktisch immer Dritte ausschließen, wird selten erwähnt, nur Heike Hänsel (Linke) spricht über die Afghanistan-Verhandlungen: „[K]ritische zivilgesellschaftliche Kräfte aber waren nicht beteiligt. Sie erfahren auch keinen Schutz und keine Unterstützung, sondern sind Opfer von Anschlägen, müssen oft im Geheimen agieren und bleiben bei wichtigen politischen Verhandlungen außen vor" (14. April 2011). Der Ausschluss einiger Parteien kann jedoch eine Voraussetzung des Verhandelns sein. Sich auf die Ausgeschlossenen zu berufen, mag auch einen Grund für Nicht-Verhandeln liefern.

Politik des Verhandelns muss gewaltlos, verbal und primär mündlich sein, und sie setzt legitime, sichtbare, identifizierbare und anerkannte Parteien voraus. Das Verhandeln zielt auf einen Vertrag oder eine Vereinbarung. Ideal wäre ein Kompromiss, in dem alle Parteien glauben, das beste Mögliche für sich erreicht zu haben. In den Bundestagsdebatten ist viel von den Voraussetzungen, Themen und Parteien in Verhandlungen und ihrer Legitimität die Rede, relativ wenig aber davon, wie man Vor- und Nachteile der denkbaren Kompromisse abwägt oder Vorschläge macht, die die Gegenseite günstig erscheinen lassen und auch für die eigene Seite akzeptabel sind.

Politische Verhandlungen können sowohl bi- als auch multilateral geführt werden. Wenn von Kriegen und Krisen außerhalb Westeuropas die Rede ist, ist es im Bundestag eine übliche Forderung, „alle" Beteiligten in die Verhand-

lungen einzubeziehen. Die Bundesregierung und die deutschen Politiker sind in derartigen Verhandlungen außenstehende Dritte, die ihre Dienste zur Schlichtung oder zur Verbesserung der Bedingungen anbieten können. Die Bevorzugung des Multilateralismus im Rahmen der EU, UN oder NATO ist auch eine reguläre Forderung im Bundestag.

7.3.2 Politisch beraten

Der Bundestag wird nie als eine bloß beratende Versammlung präsentiert. Zwar wird der EU-Ausschuss als der erweiterte Teil des Europäischen Parlaments angesehen, etwa in diesem Zwischenruf von Heidemarie Wieszorek-Zeul (SPD): „Federführend an den EG-Ausschuß! Es betrifft die Politische Union! 1. mitberatender Ausschuß soll der Auswärtige Ausschuß sein!“ (6. November 1991).

Die Rede von der Beratung der Fragen auf der Tagesordnung markiert das parlamentarische Vorgehen. Die Belege zu ‚politisch beraten’, die sich auf den Bundestag oder auf Parlamente überhaupt beziehen, sind jedoch relativ spärlich. Die Mitglieder brauchen nicht immer das zu betonen, was von ihnen vorausgesetzt wird und was sie entsprechend gründlich kennen sollten

Im Sinne des parlamentarischen Deliberierens benutzt etwa Alex Möller Beratung (SPD) mit der Redewendung, dass die Wehrpolitik „einer vorherigen gründlichen politischen Beratung“ und „politisch hochbedeutsamen Beratungen des Bundeshaushalts“ bedarf (10. November 1966). Dies unterstreicht die schon zitierte Stelle, dass die parlamentarischen Beratungen primär an Mitglieder adressiert sind. (Annemarie Ringer, SPD, 30. Januar 1986, Zitat in 3.4.1).

Gregor Gysi (Linke) erinnert nostalgisch an die frei gewählte Volkskammer der DDR und sieht sie in deliberativer Hinsicht dem Bundestag eher überlegen.

> Alle Abgeordneten kamen aus DDR-Strukturen und mussten über die Art und Weise des Endes beraten und entscheiden. Es gab lebendige Debatten, abgelehnte Anträge, Änderungen von Anträgen. Es war richtig etwas los, während hier doch gelegentlich auch Langeweile herrscht, wenn ich das einmal sagen darf. (18. März 2015)

Eine mögliche Übersetzung des Deliberierens wäre auch Nachdenken, was jedoch in den Debatten eine seltene Formulierung bleibt. Als sich Helmut Haussmann (FDP) zur Parteispendenaffäre äußert, ruft Joschka Fischer (Grüne) dazwischen: „Darüber sollten Sie einmal nachdenken!“ (16. November 1984, s. auch Hubert Kleinert, Grüne, und Angela Merkel, CDU, zitiert im Kapitel 3.4.4 zum Politikstil). Dabei ist sowohl das Überlegen als auch das Umdenken angedeutet.

Die parlamentarische Beratung ist das Kernstück eines deliberativen Politikstils. Trotzdem gibt es für die Abgeordneten gute Gründe, sich nachdrücklich

für die Rede von politischer Beratung einzusetzen. Sie zeigt den Unterschied zwischen dem parlamentarischen und dem regierungs- und verwaltungsmäßigen Politikstil auf, in dem die Autorität der Akteure im Vordergrund steht. Ebenso markiert die politische Beratung innerhalb des Parlaments das Gewicht der deliberativen Phase als Form des *politicking*, im Gegensatz zur finalen Entscheidung. In einer Zeit, die oft mit zunehmender Macht von Regierung und bürokratischer Herrschaft charakterisiert wird, können die Parlamentarier ‚politische Beratung' als die ihr eigenständige Politikform und ihre primäre Machtquelle in den Vordergrund stellen. Einige Belege dazu gibt es durchaus auch im Bundestag.

Hans-Dietrich Genscher (FDP) lobt aus der Opposition die parlamentarische Beratung, allerdings ohne Benutzung des Politikvokabulars: „Die Haushaltsberatungen sind die große Stunde des Parlaments. Das Parlament bezeugt durch die Art, wie es diese Haushaltsberatungen führt und wie es bei den Haushaltsberatungen auch zahlenmäßig vertreten ist, einen bestimmten Grad der Selbstachtung und Selbsteinschätzung" (3. April 1968). Im Gegensatz zur sonstigen *policy* der Regierung haben die Abgeordneten in den Haushaltsdebatten eine Chance, den Haushalt im Detail zu kontrollieren sowie Alternativen zu einzelnen Punkten der Regierungsvorlage zu debattieren.

Regierungsparteien haben dies nicht immer begrüßt. Finanzminister Fritz Schäffer (CSU) klagt an, dass die Parlamentarier immer dazu tendieren, die Ausgaben zu erhöhen: „Diese Berechnungen haben die eine natürliche Erscheinung, daß sie sich in meiner ganzen Lebenserfahrung nie gemindert haben, sondern im Laufe der politischen Beratungen und Besprechungen immer nur gewachsen sind" (18. April 1956).

Die politische Bedeutung parlamentarischer Beratungen hat die Pointe, dass man „das Gesetz hinreichend erörtern und beraten will" (Manfred Luda, CDU, 14. September 1966). Oder, „wir hoffen hier auf eine konstruktive Ausschußberatung unseres Antrages, der die vielen ökologischen Leerstellen der Umweltpolitik der Bundesregierung jedenfalls an dieser Stelle auffüllen könnte" (Wilhelm Knabe, Grüne, 22. November 1988). Als Regierungsvertreter verspricht Holger Börner (SPD, Parlamentarischer Staatssekretär im Verkehrsministerium), die „Vorlage des Verkehrspolitischen Progamms … dem Hohen Hause bzw. dem zuständigen Ausschuß alle Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die man braucht, um die Vorschläge des Verkehrspolitischen Programms richtig und grundlegend beraten zu können" (6. Dezember 1967).

Die Gründlichkeit hängt mit der für die Debatten reservierten Zeit zusammen, und Parlamente haben immer die Knappheit der Zeit anerkannt. In den Bundestagsdebatten gibt es Belege, die die politischen Beratungen beschleunigen wollen oder gegen ihre Verzögerung oder Verschiebung gerichtet sind. Mit den europapolitischen Fristen begründet Rainer Barzel als CDU-Fraktionsvorsitzender die Notwendigkeit, „daß die in Deutschland notwendigen parlamentarischen Entscheidungen ohne Zeitzwang sachlich erörtert werden

können. Deshalb ist schon aus Gründen der parlamentarischen Entscheidung und der politischen Beratung notwendig … mindestens bis 31. Januar die Übergangsmaßnahmen zu befristen, die … jetzt auf den 31. Dezember befristet sind. Dies halten wir für zwingend“ (13. November 1969). Innenminister Rudolf Seiters (CDU) will die Beratungen zum Asyl- und Ausländergesetz beschleunigen:

> Ich appelliere an alle Fraktionen, diesen Gesetzentwurf und die noch einzubringenden Gesetzentwürfe zum Asyl- und Ausländerrecht zügig zu beraten. Nach den langen, quälenden Monaten der politischen Auseinandersetzung erwartet die Bevölkerung zu Recht von den demokratischen Parteien und vom Parlament Handlungsfähigkeit und Verantwortungsbewußtsein, damit das Asylproblem noch in diesem Jahr eine deutliche und für jedermann erkennbare Milderung erfährt. (21. Januar 1993)

Franz-Josef Strauß (CSU) parodiert im Januar 1974 die Steuerreformpläne der SPD, die auf *sine die* vertagt erscheinen, indem er Alex Möllers Rede aus dem Jahr 1971 zitiert, und darauf verweist, dass die dort versprochene Frist der Reform abgelaufen ist (25. Januar 1974). Im ähnlichen Sinne kritisiert Winfried Hermann (Grüne) die erste Merkel-Koalition für Untätigkeit in der Frage des Schienenlärms: „Die Koalition hielt die Beratung beider Anträge mehr als zehn Sitzungswochen lang auf, weil sie lange Zeit selbst keine konkreten politischen Vorhaben in dieser Sache vorweisen konnte“.(21. Juni 2007). In beiden Beispielen geht es nicht um parlamentarische Obstruktion, sondern darum, dass die Regierung keine Vorlage auf der Tagesordnung eingebracht hat.

Dagegen rühmt sich Hans Engelhard (FDP) im Bundestag das Antidrogenprogramm vor der Behandlung im Parteitag seiner Partei behandelt zu haben: „Der normale Gang der Dinge in der Politik ist ja, daß Parteiprogramme weit, weit der parlamentarischen Umsetzung vorauseilen. Jetzt haben wir einmal das umgekehrte: Einem Programmparteitag ist bereits der parlamentarische Vollzug zu vermelden … wenn wir den Entwurf heute verabschieden, dies [ist] ein deutliches Zeichen für die Funktionsfähigkeit unseres parlamentarischen Systems“ (26. Mai 1981).

Vor den Neuwahlen 2005 werfen Oppositionsabgeordnete der Regierung Schröder vor. „Wieso beraten wir heute den Gesetzentwurf, wenn die Spitzen der Koalition offenbar gar nicht die Absicht haben, dieses Gesetz in das Gesetzblatt zu bringen?“ (Heinz Seiffert, CDU, 2. Juni 2005). „Diese Gesetzentwürfe erweisen sich als letztes müdes Aufbäumen einer abgewirtschafteten Koalition, die den Schein einer Reformpolitik wahren will. Deshalb werden wir im Finanzausschuss, insbesondere was Rot-Grün angeht, keine ernsthaften politischen Beratungen, sondern nur Gesichtswahrungsübungen erleben“ (Carl-Ludwig Thiele, FDP, ebenda). Beiden erscheint die ganze Debatte als Zeitverschwendung.

Generell gilt aber: „Purer politischer Aktionismus ist schon immer ein schlechter Berater gewesen und bringt in der Sache letztendlich keinen ent-

scheidenden Schritt voran" (Angelika Krüger-Leißner, SPD, 8. Februar 2001). Im Spiel mit der Zeit soll die parlamentarische Debatte sowohl Beschleunigung als auch unnötige Verzögerung vermeiden, damit Zeit und Gelegenheit für die Erörterung gegensätzlicher Standpunkte bleibt.

In den Belegen zur parlamentarischen Deliberation heben die Mitglieder ausreichend Zeit als Voraussetzung der Gründlichkeit der Debatte hervor. Steffi Lemke (Grüne) betont für die Agrarpolitik: „Wir hätten uns mehr zeitlichen Spielraum gewünscht" (4. Mai 1999). Auf Zeitmangel verweist auch Edward Oswald (CSU): „Es gilt, die Situation zu sondieren und, soweit dies momentan möglich ist, auf Basis solider Informationen und Analysen zu handeln. Wenn wir aber jeden Tag und jede Stunde einen anderen Vorschlag bekommen, der möglichst schon gestern realisiert worden sein sollte, dann ist dies nicht hilfreich" (4. Dezember 2008). Dagegen gibt es im Bundestag kaum Debatten um die Zeit im parlamentarischen Kalender, wie man sie aus Westminster kennt.

Die Rechte des Bundestags der eigenständigen Beratung wird auch im EU-Kontext betont. Peter Hintze (CDU) als Parlamentarischer Staatssekretär will den gesamten Bundestag in die Beratung über die EU-Politik einbeziehen:

> Da es um eine sehr wichtige Frage geht, wollten wir allerdings, dass das gesamte Parlament, Regierung und Opposition, die Chance hat, an diesem europäischen Prozess mitzuwirken, und wir wollten dafür sorgen, dass es über alle für seine Mitwirkung relevanten Informationen verfügt. Denn es ist unbefriedigend…, wenn wir hier ohnmächtig Richtlinien in nationales Recht umsetzen müssen und nicht politisch beraten, wenn es in Brüssel um die Erstellung, um die Weichenstellung, um die Grundsätze dieser Richtlinien geht. Das wollen wir gemeinsam ändern. (22. September 2006)

Parlamentarische Beratung unterscheidet sich im Politikstil sowohl von dem Kabinettstil der Kommission als auch von den Verhandlungen im Ministerrat. Michael Roth (SPD) polemisiert gegen die Übersetzungspraxis der Kommission: „Die Details, auf die es auch in unseren parlamentarischen Beratungen häufig ankommt, werden immer häufiger als Anhang abgestuft und auch auf Nachfrage hin nicht mehr übersetzt. Die Frage der politischen Relevanz spielt bei der Entscheidung, ob ein Text übersetzt wird oder nicht, für die Kommission eine immer geringere Rolle" (21. Juni 2007) Michael Link (FDP) betont ebenfalls: „Damit der Bundestag seine Rechte nach Art. 23 GG auch praktisch wahrnehmen kann, müssen die politisch beratungs- und entscheidungsrelevanten Dokumente auch auf Deutsch vorliegen" (ebenda).

Eine interessante Debatte entstand, als die Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP die Geschäftsordnung mit einem Ordnungsgeld, als eine Sanktionsform, das mehr eine Rüge als der (befristete) Parlamentsausschluss sein sollte, verändern wollten. Christian Lange (SPD) begründet dies mit dem Urteil des Landesverfassungsgerichts von Mecklenburg-Vorpommern:

> Der Begriff der parlamentarischen Ordnung kann dabei nicht allein auf den äußeren Ablauf der Plenarsitzung und unmittelbare Störungen der Beratungen und der politi-

schen Diskussion im Parlament begrenzt werden. Vielmehr sind weitergehend auch die Werte und Verhaltensweisen zu berücksichtigen, die sich in der demokratischen und vom Repräsentationsgedanken getragenen parlamentarischen Praxis entwickelt haben und die durch die historische und politische Entwicklung geformt worden sind. Das Parlament ist berechtigt, seine Mitglieder durch Verhaltensregeln auch auf die Wahrung der Würde des Landtages … im Sinne eines von gegenseitigem Respekt getragenen Diskurses zu verpflichten. (30.11. 2011)

In der Debatte haben die Gegner u. a. gefragt, ob statt der ‚Würde' die Handlungsfähigkeit des Parlaments als Kriterium des unparlamentarischen Verhaltens reichen würde. Die zitierte Stelle ist jedoch die einzige, in der von der politischen Beratung die Rede ist.

Den Vorrang des innerparlamentarischen Agenda-Settings über die Petitionen diskutiert Stephan Thomae (FDP):

Es mag zwar ein Unterschied sein, ob nur eine Fraktion des Bundestages oder aber 100 000 Bürger eine politische Frage zum Gegenstand einer parlamentarischen Beratung machen. Aber das Petitionswesen kann und soll die Tagesordnung des Bundestages nicht bestimmen. Wir wollen bestimmten Petitionen den Weg in die Plenardebatten öffnen. Aber die Voraussetzungen dafür sollen doch so ambitioniert sein, dass der Beratung einer Petition im Plenum ein besonderer Ausnahmecharakter anhaftet. (1. Juli 2010)

Er zielt darauf ab, die parlamentarische Souveränität über die Tagesordnung zu sichern. Petitionen als ein altbewährtes Instrument können nur ein Komplement zu den parlamentarischen Beratungen bilden. Martin Hirsch (SPD) diskutiert das Verhältnis zwischen politischen Beratungen im Parlament und anderswo:

Wir Parlamentarier müssen uns daran gewöhnen, daß dieses Volk nicht mehr bereit ist, seinen Repräsentanten vier Jahre unbedingt gültige Blankoschecks auszustellen: es will informiert und beteiligt werden bei der politischen Beratung. Und die Diskussionsteilnehmer außerhalb des Parlaments werden sich daran gewöhnen müssen, daß politische Willensbildung die Einhaltung grundlegender Spielregeln und die Beachtung methodischer Grundbedingungen voraussetzt, wenn aus solcher Debatte ebenso repräsentativ wie sachlich sinnvolle Entscheidungen erwachsen sollen. (16. Mai 1968)

Hirsch betont im Mai 1968, dass die Abgeordneten „politische Beratung" außerhalb des Parlaments durchaus annehmen müssen. Zugleich sieht er, wie das Parlament doch das Modell für jede Debatte bildet, die Spielregeln und Methode voraussetzt.

Trotz der relativen Knappheit der Belege, verweisen auch die zur politischen Beratung durchaus auf ein Spektrum unterschiedlicher Anwendungsweisen. Zwar erscheint der Begriff, als Teil der offiziellen parlamentarischen Geschäftsordnung, im Bundestag als etwas Alltägliches und Selbstverständliches. Ein derartiger Begriff wird selten Gegenstand von Lobreden zum parlamentarischen Politikstil.

Das Profil der Belege für ‚politisch beraten' unterschiedet sich im Bundestag klar von ‚politisch verhandeln'. In den Beratungen geht es nicht primär

um knappe gemeinsame Ziele und Vereinbarungen über Verteilung, sondern um den Inhalt und die Richtung der Politik bezüglich der Frage auf der Agenda, um ihre Begründungen und die Kriterien ihrer Beurteilung. Doch sind Sprachlichkeit, Gewaltlosigkeit und Respekt für die Gegenseite gemeinsame Qualitäten der Politikstile von Beratungen und Verhandlungen.

Parlamente überhaupt sind paradigmatische Akteure der politischen Beratungen, und sofern das Vokabular auf andere Instanzen angewendet wird, folgt diese auch dem parlamentarischen Paradigma, wie im Kontext der Politikberatung. Gründliche, Zeit erfordernde Beratungen, in denen immer ein Dissens der Perspektiven, Anträge und Akteure zumindest möglich sind, charakterisieren die Belege für politische Beratung im Bundestag – zwar mit dem Vorbehalt, dass Regierungsparteien eifriger auf die Beschleunigung der Beratungen setzen.

Ähnlich *politischen Verhandlungen* ist, dass *politische Beratungen* ebenfalls sowohl das Moment des *politicking*, als parlamentarischer Politikstil *par excellence*, als auch *polity* als ein politisches Regime, dessen Existenz und Legitimität auf Beratungen parlamentarischen Stils basiert ist, enthalten. Dagegen schließen die Belege für politische Beratung fast komplett eine bloße Policy-Perspektive aus. Kritiken daran, wie man sie aus präsidialen oder plebiszitären Politikstilen kennt sind im Kontext des Vokabulars um ‚politisch beraten' im Bundestag nicht zu finden. Obwohl es auch wenige Forderungen nach *politicisation* im Sinne der Ersetzung von Beamten- und Expertenentscheidungen durch den parlamentarischen Beratungsprozess gibt, begnügt man sich im allgemeinen – etwa im Kontext der EU – mit der Berücksichtigung des Beratungsaspekts der Politik.

7.4 Politische Debatte und Diskussion

Während *Beratung* ein formaler parlamentarischer Begriff ist, der jede Phase eines Antrags auf der Agenda umfasst, ist *politische Debatte* der allgemeine Terminus für jene Aktivitäten des *pro-et-contra*-Redens, aus denen die Beratung einer Frage auf der Tagesordnung im Plenum oder in Ausschüssen besteht. Anderswo habe ich argumentiert, dass mit der Entstehung und Etablierung des parlamentarischen Politikstils das deliberative Genre der Rhetorik zur Rhetorik der Debatte gewandelt wurde (Palonen 2016). In einem lockereren Sinne spricht man von *politischer Diskussion,* und zwar in einer Weise, dass deren Bedeutungsfeld vom ungebundenen Gespräch zur Debatte *pro et contra* reichen kann. Wie sind aber diese Termini in Bundestagsdebatten verwendet worden?

7.4.1 Politisch debattieren

‚Politisch debattieren' umfasst alle Phasen der Beratung einer Frage auf der Tagesordnung sowie die Kontroversen um das Agenda-Setting sowohl in dem Sinne, wie die Alternativen geformt sind, als auch in jenem, was und wie überhaupt eine Frage auf die parlamentarische Agenda kommt. Die Veränderungs-, Vertagungsanträge sowie Unterbrechungen der Debatte zur Geschäftsordnung – *order, order* in Westminster – sind sowohl Beiträge zur Beratung als auch Anträge zur Veränderung ihrer Bedingungen. Es ist üblich, Parlaments- und Politikbegriffe darin zu unterscheiden, ob die Debatte als eine Vorbereitung für die Entscheidung oder ob die Entscheidung als letzter Schritt in der Debatte zu verstehen ist.. Der erste ist in der französischen Konzeption enthalten, der letztere bezieht sich auf Westminster (s. Palonen 2018a, 2019c). In Westminster bildet die Debatte die elementare Aktion parlamentarischer Politik (s. z. B. Campion 1929, 143, vgl. Palonen 2016, 2018a).

Für *politische Debatte* gibt die Webseite Belege in mehr als 500 Debatten wieder, und es gibt – wie bei Verhandeln und Beraten – mehrfach über 100 einzelne Belege in einer Debatte. Deswegen habe ich mit der digitalen Suchoption die Belege für ‚politisch debattieren' und ‚Politik-als-Debatte' in über 20 Debatten zum Ausgangspunkt genommen, obwohl sie nicht immer imstande sind, die politische Debatte als Beratung zur Frage auf der Agenda von der politischen Bedeutung der parlamentarischen Debatten überhaupt zu unterscheiden. Darüber hinaus habe ich aus dem gesammelten Korpus Belege, in denen Debatte mit dem Politikvokabular verbunden wird, hinzugefügt. Hier habe ich bloße Policy-Debatten ausgeklammert und ‚politisch debattieren' als Kriterium behandelt, obwohl es gelegentlich schwierig ist zu bestimmen, wie diese Unterscheidung getroffen werden kann. Mit diesen Kriterien bin ich zu einem Korpus von 67 Debatten gelangt, in denen bei vielen das Vokabular von mehreren Abgeordneten im Gebrauch ist, ohne sicher zu sein, dass man mit ihnen das Profil des Topos ‚politisch debattieren' vielseitig genug analysieren kann.

Über ‚debattieren' als rhetorische Praxis der Parlamente habe ich im Kontext von Politikern nur eine Stelle gefunden, die Rede von Rainder Steenblock (Grüne):

> Dass wir eigentlich hier keine Generaldebatte führen müssen. Vielmehr wäre es besser, wir würden diese Debatte – ähnlich wie eine Haushaltsdebatte – anhand der Politikfelder der Strategieplanung splitten und einzeln darüber debattieren. Das würde das von den Europapolitikern häufig beklagte Problem, dass die Fachpolitiker zu wenig in die europäische Politik integriert sind, lösen. Solche Strategiedebatten würden es erfordern, dass wir uns ein bisschen mehr Zeit nehmen, um die Themen ausführlich zu behandeln. (23. April 2009)

Hier verweist ‚debattieren' gerade auf die ausführliche prozedurale Gründlichkeit des Deliberierens im Stil des Westminster-Parlamentarismus, was Steenblock für die EU-Ebene ausweiten möchte.

Mehrere Belege heben jedoch die Einigkeit der Bundestagsfraktionen in Policy-Fragen hervor. Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier (CDU) bemerkt: „Zweitens habe ich natürlich die Tendenz, auch nach dieser heftigen und langen Debatte den Versuch zu machen, wieder das zum Bewußtsein zu bringen, was vielleicht doch noch an Gemeinsamkeit in diesem Hause vorhanden ist" (25. März 1958). Außenminister Walter Scheel (FDP) spricht im ähnlichen Sinne: „Es ist immer erfreulich, wenn ein Teil der Politik zur Debatte steht, wo es ein gewisses Maß an Gemeinsamkeit nicht nur geben kann, sondern schon gibt" (3. Februar 1971). Wolf-Dieter Zumpfdorf (FDP) setzt Pragmatismus über die Politisierung: „Außerdem ist festzustellen, daß die Debatte doch ein Stück von der hochgradigen Politisierung weg und zu einer mehr pragmatischen Betrachtung hin geführt hat" (15. September 1982). Sogar Außenminister Joschka Fischer (Grüne) stellt fest: „In diesem Zusammenhang muss man den sich in der Einwanderungsdebatte abzeichnenden Konsens anmerken" (11. Mai 2001).

Diese unterschiedlich pointierten Formulierungen erlauben aber keine Folgerungen über die prägende Rolle der Konsenskultur im Deutschen Bundestag. Die parlamentarische Höflichkeit und die rhetorische Taktik, politische Gegner zu rühmen, um sie im nächsten Schritt heftig anzugreifen, hat in diesen Stellen durchaus ihre politische Bedeutung. Trotzdem kann der kontingente Zusammenhang zwischen Konsens in *policy* und der Debatte über sie nicht ignoriert werden.

Diesen Beiträgen gegenüber stehen viele, die von den Mängeln und Einseitigkeiten in der Debatte sprechen. Hans-Joachim v. Merkatz (DP) findet: „Es ist geschmacklos, über moralische Grundsätze und über Grundsätze des Geschmacks zu streiten. Sie gehören nicht in eine politische Debatte" (11. Juni 1952). Kritiken dieser Art nehmen seit den neunziger Jahren zu. Jürgen Rüttgers (CDU) wirft der rot-grünen Bundesregierung vor: „Sie haben sich … für ein parlamentarisches Verfahren entschieden, nach dem Motto: Augen zu und durch. Es ging nicht um Argumente. Es ging auch nicht um die politisch-parlamentarische Debatte; vielmehr waren es in der Anfangsphase dieser Diskussion zuerst das Hochgefühl und dann die Arroganz der Macht, die Sie haben glauben lassen, alle Gegenargumente übergehen zu können" (7. Mai 1999). Angelika Beer (Grüne) wendet sich gegen die Reduktion der außenpolitischen Debatte auf Parteipolitik: „Es ist unglaublich, wie hier mit einer Debatte Parteipolitik betrieben wird, die weder im parlamentarischen noch im Interesse der CDU liegen kann" (5. April 2000). Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) klagt: „Die Menschen haben jedoch auch einen Anspruch darauf, dass nicht alles zerredet und zerfasert wird, was in die politische Debatte gebracht wird"

(1. Dezember 2005). Die Pointe hier liegt im Aufrechterhalten des parlamentarischen Respekts in der Debatte.

Die zitierten Redner machen die politische Gegenseite für die Schieflage der Debatte verantwortlich (s. auch Markus Kurth, Grüne, 4. Dezember 2008 und Peter Aumer, CSU, 22. April 2010). Parlamentarisch sind diese Vorwürfe insofern verständlich als die einseitige Konzentration auf die Scheidelinie Regierung vs. Opposition oder auf die Parteiendifferenz, die parlamentarische Debatte auf die epideiktische Dimension der Akklamation verschiebt. Dies vorzuwerfen, bietet der Opposition eine besonders verlockende Gelegenheit für taktisches Eingreifen, weswegen sie vielleicht nicht allzu wörtlich zu nehmen ist.

Winfried Nachtwei (Grüne) sieht in der Nachhaltigkeitsdebatte die Gefahr: „Diese Debatte [ist] eine akademische geblieben und hat politisch und gesellschaftlich nichts verändert“ (20. Januar 2000). Zur Verwechselung der Genres äußert sich auch Volker Kauder (CDU) in der Debatte über Hans Haackes Werk: „Wir entscheiden aber nicht über Kunst, sondern führen eine politische Debatte“ (5. April 2000). Hier geht es noch deutlicher um das parlamentarische Genre der politischen Debatte, das weder zu wenig (Nachtwei) noch zu viel (Kauder) für sich beanspruchen darf, sondern ihrer Chancen und Grenzen bewusst sein sollte.

Parlamentarische Debatte *par excellence* gilt der Geschäftsordnung. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) mahnt dazu auf, sie von Sachdebatten zu unterscheiden: „Wir führen jetzt aber nur eine Geschäftsordnungsdebatte. Eine Sachdebatte können wir führen, falls die beantragten Erweiterungen der Tagesordnung beschlossen werden. Ich bitte Sie, dies zu beachten und meine Amtsführung nicht zu erschweren, wenn wir jetzt in die Geschäftsordnungsdebatte eintreten“ (18. März 1999). Jörg van Essen (FDP) klagt die Kollegen des Missbrauchs des Genres an: „Das sollte hier eigentlich eine Geschäftsordnungsdebatte sein. … Wir merken, dass sie missbraucht wird, indem daraus eine allgemeinpolitische Debatte gemacht wird“ (7. Juni 2013). Der Vorwurf vom Missbrauch verweist auf die mangelnde Einsicht, dass im parlamentarischen Politikstil die Prozedurfragen der *polity* einen prinzipiellen Vorrang vor den Policy-Fragen haben, und ein *politicking*, das dies nicht respektiert, eine parlamentarische Rüge verdient.

Auch in den ‚Sachfragen’ kann man durchaus einen Polity-Aspekt identifizieren, wie Hans Hermsdorf (SPD) für die Haushaltsfragen:

> Man muß an dem Prinzip festhalten, daß bei der Beratung des Haushalts nicht nur der Haushalt, sondern die gesamte Politik der Regierung zur Debatte steht und besprochen werden muß … hier in diesem Hause steht eben die ganze Politik zur Debatte. Wer auch immer in diesem Hause Opposition sein mag: er muß bei der Beratung des Haushalts die Möglichkeit haben, hier die Politik der Regierung anzugreifen oder verbessern zu helfen. (5. April 1968)

Diese Redewendung provozierte zwei Repliken. Walter Althammer vom Koalitionspartner CDU bemerkt: „Herr Kollege Hermsdorf, sind Sie wenigstens insoweit mit mir einig, daß dann diese allgemeine politische Debatte unter haushaltspolitischen Aspekten geführt werden sollte?“ (ebenda). Hans-Georg Emde (FDP) von der Opposition erfreut sich über Hermsdorfs Ansicht: „Wir haben uns in der zweiten Lesung in unseren Stellungnahmen und in der Beteiligung an der Debatte bemüht, uns über die Haushaltstechnik hinaus mit der Regierung politisch auseinanderzusetzen“ (ebenda).

Parlamentarisch gesehen sind Haushaltsdebatten ein Musterbeispiel wie der Jahresplan der Regierung (*politicking*) mit Debatten über Einzelfragen (*policy*) im Rahmen einer dem Parlamentarismus eigenen Prozedur (*polity*) in Verbindung steht. Die Debatte bietet Gelegenheit für Initiativen und neue Perspektiven mittels Veränderungsanträgen (*politicisation*). Auf den letzten Punkt bezieht sich Ulrich Kelber (SPD): „Aus der Debatte entwickeln sich Beispiele dafür, wo Politik initiativ werden kann“ (13. Dezember 2007).

Klaus-Dieter Gröhler (CDU) wendet sich gegen Roland Claus (Linke) mit dem Argument, dass gerade die Haushaltskürzungen eine lebendige Debatte nötig machen:

> Der Kollege Claus hat vorhin gesagt, jede Festlegung auf „keine neue Staatsverschuldung“ behindere eine lebendige Parlamentsdebatte. Dem will ich ausdrücklich widersprechen, weil ich glaube, eine lebendige Parlamentsdebatte und eine lebendige Debatte in den Haushaltsberatungen, Herr Kollege, entstehen gerade dann, wenn man Deckungsvorschläge machen muss … wenn man schaut: „Was ist notwendiger als das andere?“, wenn man Schwerpunkte setzt und sich auch ein bisschen mit dem Geld, das man hat, bescheiden kann. Dann kann man nämlich wirklich politisch debattieren. (8. September 2015)

Der Ursprung des Westminster-Parlamentarismus bestand bekanntlich in einer Politik, die dem Monarchen mit Kürzungen des Hof- und Kriegsetats drohte und damit eine parlamentarische Kontrolle ermöglichte (s. Palonen 2014b). Ob die Schuldenbremse eine geeignete Maßnahme dazu ist, bleibt eine andere Frage.

Obwohl im Bundestag die Regierungsvorlagen die Priorität besitzen, werden nach höflicher Westminster-Praxis die Anträge der parlamentarischen Minderheit nicht in der ersten möglichen Gelegenheit verweigert. Viola v. Cramon-Taubadel (Grüne) bemerkt, wie dies in der Sportpolitik des Bundestags doch geschah: „Es ist ein Trauerspiel, wenn parlamentarische Initiativen der Opposition mit der Stimmenmehrheit der Regierungskoalition von der Tagesordnung abgesetzt werden“ (7. Juni 2013).

Trotz dieser Vielfalt an Kritiken gibt es im Bundestag durchaus Beiträge, die gerade den parlamentarischen Politikstil loben. In der Ansprache zu Bundeskanzler Kiesingers Regierungserklärung spricht SPD-Fraktionsvorsitzender Helmut Schmidt über die Publizität der Bundestagsdebatten als Medium der Politisierung der Bürger:

Die politischen Argumente der Regierung würden einer breiten Öffentlichkeit verdeutlicht, wenn die dankenswerte Praxis fortgeführt werden würde, bedeutende Debatten direkt und in ausführlichen Zusammenfassungen durch Hörfunk und Fernsehen zu übertragen. Ich glaube, dies hat – nach Abwägung alles dessen, was dafür und dagegen spricht – im Grunde doch sehr zur Politisierung unseres Volkes beigetragen. Wir werden darauf dringen, daß alle wichtigen Entscheidungen der Regierung öffentlich hier im Parlament vertreten werden, und wir erwarten, Herr Bundeskanzler, daß die Minister auf Sonntagsreden verzichten, die im Gegensatz zum Regierungsalltag stehen. (15. Dezember 1966)

Schmidts Argument erinnert an Walter Bagehots Einsicht in *The English Constitution* (1867), dass parlamentarische Debatten ihren zusätzlichen Wert in der Übertragung des Debattierens auf die Praxis der Staatsbürger haben, d. h. in dem, was Schmidt als Politisierung bezeichnet. Die Art und Weise, wie veröffentlichte parlamentarische Debatten in den Medien behandelt worden sind, gibt weniger Grund für Optimismus, und die Tendenz, dass die Minister zentrale politische Botschaften anderswo als im Parlament abgeben, hat seit Schmidts Rede eher zugenommen. Trotzdem enthält sein Ansatz zur Belebung des Bundestags durch den Koalitionswechsel eine historische Zäsur in der Aufwertung des Bundestags im Vergleich zur Adenauer-Ära. Der neu ernannte Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) unterstreicht seinerseits die politische Bedeutung der stillen Parlamentsarbeit, nachdem der Bundestag die ‚kleine Parlamentsreform' beschlossen hatte:

Der Grundtenor dieser Kommentare ist die Feststellung, daß der Bundestag wieder lebendiger geworden sei. Diese Feststellung ist zweifellos richtig, wenn sie auch natürlich die Tatsache verbirgt, daß sich in Zukunft neben den großen Auseinandersetzungen hier im Plenum wie bisher sehr viel stille, von der Öffentlichkeit weniger beachtete Arbeit in diesem Parlament abspielt. Der Deutsche Bundestag gilt mit Recht als eines der fleißigsten Parlamente der Welt, und dies gereicht ihm zur Ehre. (30. Oktober 1969)

Eine Begeisterung für die Bundestagsdebatten gegen die Politikverdrossenheit und Parlamentsskepsis unter jüngeren Menschen zeigt der neu gewählte CDU-Abgeordnete Matthias Wissmann: „Ich möchte als Neuling in diesem Parlament feststellen, daß nach meinem Eindruck die moralische und politische Qualität dieser Debatte gezeigt haben, daß das Parlament sehr wohl auch kritisch fragenden jungen Leuten mit den sehr unterschiedlichen Positionen, die hier vertreten worden sind, überzeugende Antworten geben kann" (29. März 1979). Das Parlamentslob zeugt von einer sichtbaren Freude darüber, dass Parlamentsdebatten politisch interessanter sind als sie von außen betrachtet aussehen.

Das parlamentarische Ideal von der Überschreitung vorhandener Positionen mittels der Debatte bringt Dieter Heistermann (SPD) zum Ausdruck: „Weil man Berichte nicht in die berühmten Schubladen legen darf, weil man Berichte politisch debattieren muß, sind wir für eine offene Untersuchung, für eine

offene Aussprache hier im Parlament. Dann werden wir sehen, wer die richtigen politischen Antworten auf diesen Vorgang gefunden hat" (10. Dezember 1997). Im Gegensatz zur Praxis des Bundestags, Ausschussdebatten in den Vordergrund zu stellen, redet Heistermann von Plenardebatten.

Durchaus interessant sind auch die defensiven Apologien parlamentarischer Debatten. Viktor Kirst (FDP) spricht im Kontext der Kontroversen um die Ostpolitik der Regierung Brandt: „Es ist von mangelndem Mut zur Unpopularität gesprochen worden. Ich will hier keine außenpolitische Debatte führen, aber wenigstens das Stichwort geben: Die Politik, die wir in diesem Bereich führen, widerspricht dieser Feststellung wohl ganz eklatant" (3. Februar 1971). Seine Pointe ist eben, im Parlament den Mut zu zeigen, um in den Debatten Vorurteile zu überwinden. Bekanntlich gibt etwa John Rawls in seinem *Political Liberalism* (1993) dem Supreme Court den Vorrang als deliberative Versammlung über den sehr partei- und mehrheitsorientierten US-Kongress. Dies hängt mit der Machtverteilungsdoktrin der Vereinigten Staaten zusammen, in der der Kongress auf die Gesetzgebung begrenzt wird und ihm deswegen viele Chancen eines parlamentarischen Regimes fehlen..

Im Kontext des RAF-Terrorismus wurde der Ruf nach der Stärkung der Exekutive auf Kosten des Parlaments erhoben. Burkhard Hirsch (FDP) betont jedoch die Bedeutung der parlamentarischen Debatte: „Im Kernpunkt einer jeden parlamentarischen Debatte im Bereich der inneren Sicherheit muß das klare und uneingeschränkte Bekenntnis zur Ablehnung jeder Form der Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung stehen. … Zur Abwehrbereitschaft des demokratischen Rechtsstaates gehört in erster Linie die Bereitschaft zur geistigen und politischen Auseinandersetzung" (13. März 1975). Für ihn bedeutet das Parlament Debatte und Auseinandersetzung mit gewaltlosen Mitteln.

Jürgen Möllemann (FDP) ist kaum als Anhänger der Debattenkultur bekannt. Gegen die weit verbreitete Diskreditierung der Studentenbewegung jedoch verteidigt er in der Debatte zum Hochschulrahmengesetz die Universitäten als Ort politischer Debatten: „Eine solche Auffassung übersieht, daß die abendländische Universität in allen Etappen des Kampfes um die geistige und politische Freiheit eine unersetzliche Rolle gespielt … hat. Sie übersieht die unumstrittene Tradition politischer Debatte und damit demokratischer Einübung in den Student Unions der angelsächsischen Universitäten" (13. Dezember 1973). Der Schluss verweist eben auf das parlamentarische Modell akademischer Debattenvereinigungen (s. Haapala 2016).

Den Vorrang des Parlaments als Ort der Debatte gegen direktdemokratische Vorschläge verteidigt Ingo Wellenreuther (CDU) mit einem Hinweis auf den sechzigsten Jahrestag des Grundgesetzes: „Dieser Umstand sollte eigentlich Anlass für uns alle sein, ein Loblied auf die parlamentarische Demokratie zu singen, anstatt heute eine verfassungsrechtliche und politische Grundsatzdebatte darüber zu führen, ob unsere repräsentative Demokratie überholt ist". Die

Volksentscheide in die Gesetzgebung einzubeziehen würde nach ihm „eine Abwertung des Parlaments“ bedeuten (23. April 2009, s. auch Kap. 4.1).

Die europäische Integration stellt eine Herausforderung für den parlamentarischen Politikstil dar. Frühe Vorbehalte gegenüber der Integration bietet Alex Möller (SPD): „Wenn nun nach den Worten des Bundeskanzlers … ein Opfer für Europa gebracht werden soll, dann können Sie es doch der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion nicht verdenken, wenn wir diese Debatte dazu benutzen, auf die Versäumnisse der Vergangenheit hinzuweisen – das ist schließlich der Sinn einer politisch-parlamentarischen Debatte“ (10. Dezember 1964). Dagegen verweist Walter Hallstein (CDU), ehemaliger Präsident der Europäischen Kommission, auf die Bedeutung der Europapolitik für die Debatten: „Wenn ich zu dieser Haushaltsdebatte einige europapolitische Bemerkungen beisteuere, so sind sie also zugleich als ein Beitrag zur Befriedigung eines Nachholbedarfs gedacht“ (3. Februar 1971).

Die Demokratisierung der Europäischen Gemeinschaft liefert nach Kurt Jung (FDP) die politische Pointe für die erste Direktwahl des Europäischen Parlaments: „Als gemeinsame Erkenntnis der bisher geführten Debatte kann ich wohl feststellen, daß die erste Direktwahl des Europäischen Parlamentes eine neue politische Qualität schafft. … Sie wird allerdings dann ein Ereignis von historischer Bedeutung sein, wenn sie als Initialzündung zur Demokratisierung der Europäischen Gemeinschaft wirkt“ (31. Mai 1979, s. auch Christian Sterzing, Grüne, 12. Dezember 2001 zur Politisierung und Parlamentarisierung der EU, zitiert im Kap. 3.5.4).

Joachim Stünker (SPD) verweist auf den Anachronismus der Debatten um die deutsche Staatsbürgerschaft: „Eine Merkwürdigkeit bleibt bestehen, nämlich daß einerseits die Staatsangehörigkeit in einer Welt der Globalisierung und im Europa der politischen Union immer weniger wichtig wird, andererseits über und um den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit so erbittert gekämpft wird“ (7. Mai 1999). Rainder Steenblock (Grüne) sieht den Wechsel zwischen Straßburg und Brüssel als Grund für die geringe Achtung des Europäischen Parlaments: „Es geht darum, dass die Art und Weise, wie wir die europäische Politik organisiert haben, extrem bürgerfeindlich und parlamentsfeindlich ist … Sie macht dieses Parlament sehr angreifbar; denn Sie können keinem Menschen hier auf der Tribüne erklären, warum die Abgeordneten des Europäischen Parlaments ständig hin- und herfahren“ (23. April 2009).

Michael Kauch (FDP) betont Mängel in Arbeitsformen des Europäischen Parlaments: „Wir vom Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung haben die zuständigen Kollegen im Europäischen Parlament besucht. Wir haben leise angeregt, dass ein solches Gremium wie das im Deutschen Bundestag, das fraktionsübergreifend arbeitet und sich mit den langen Linien von Politik abseits der Tagesdebatten beschäftigt, eine gute Idee auch für das Europäische Parlament wäre“ (10. November 2011). Dies hängt mit der franzö-

sischen Parlamentstradition des EP zusammen, in der die Anträge in die Ausschüsse geschickt werden, anstatt zuerst im Plenum debattiert zu werden, wie in Westminster oder im Bundestag. In der frankophonen Sicht sind die Ausschüsse vorbereitende Organe, in der Westminster-Tradition sind sie für die, nachdem die Grundsätze der Anträge zunächst im Plenum debattiert worden sind.

Einen radikalen Bruch mit nationalstaatlicher Politik zugunsten europäischer Debatten verlangt Staatsminister Michael Roth (SPD):

> Warum ist es gelegentlich so schwer, Bürgerinnen und Bürger für Europa zu begeistern? Das mag auch daran liegen, dass wir Politikerinnen und Politiker die Debatte über Europa gelegentlich als eine Verzichtsdebatte geführt haben, auch hier im Bundestag, nach dem Motto: Wir müssen als Nationalstaat auf etwas verzichten, wenn wir Zuständigkeiten auf die Europäische Union verlagern. – Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Wir können doch nur auf das verzichten, was wir noch haben. Der Nationalstaat alter Prägung ist nicht mehr in der Lage, die Globalisierung angemessen – demokratisch, sozial und nachhaltig – zu gestalten. Das heißt, wir gewinnen über ein handlungsfähigeres, ein demokratischeres, ein stärkeres Europa politische Gestaltungsmacht zurück. (23. März 2017)

Für Roth ist die EU mit ihren Institutionen und Praktiken die prägende *polity*, und er sieht, dass es Zeit ist, von den Illusionen und Denkweisen des Nationalstaats loszukommen. Ohne die *polity* auf der EU-Ebene ist es also unmöglich geworden, „politische Gestaltungsmacht“ zur Verfügung zu haben. Wie Sterzing plädiert er also für die Demokratisierung und Parlamentarisierung der EU. Diese wenigen Belege verweisen darauf, dass im Bundestag durchaus Interessen zur Revision des Europaparlaments, um die EU politisch zu stärken, vorhanden sind.

Die Abgeordneten des Bundestags sind interessiert, die Stellung der Parlamente überhaupt zu stärken. Die konsensualen Beispiele verweisen auf gemeinsame Interessen der Fraktionen in dieser Hinsicht. Die Belege zur Erfrischung der politischen Debatte deuten an, dass die politischen Debatten im Plenum ein maßgebender Teil des parlamentarischen Politikstils sind. Ohne große Deklarationen zugunsten des Parlamentarismus, sind die Bundestagsabgeordneten bereit das Parlament gegen verschiedene Gefahren und Tendenzen zu verteidigen.

Davon zeugt u. a. das Adjektiv „politisch-parlamentarisch“. Alex Möller (SPD) benutzt den Ausdruck „politisch-parlamentarische Debatte“ (10. Dezember 1964), ebenso Thorsten Wolfgramm (FDP, 15. Juni 1977) sowie Parlamentarischer Staatssekretär Martin Grüner (FDP, 20. Oktober 1977) und Jürgen Rüttgers (CDU, 7. Mai 1999). Die Beispiele in diesem Abschnitt zeugen davon, wie die Debatte eine dem Parlament eigenständigen Politikstil bildet. Obwohl der Bundestag kein Musterbeispiel eines debattierenden Parlaments bildet, hat das Ideal unter seinen Mitgliedern trotzdem eine starke Anziehung. Für viele Abgeordnete ist der Parlamentarismus keine bloße Regierungsform

und der Bundestag keine Gesetzgebungsmaschine. Eine Anerkennung des prozeduralen Politikstil und des Ideals des fairen Spiels sind durchausgegeben, zumindest in den zitierten Kritiken der Abwesenheit und des Missbrauchs parlamentarischer Praktiken.

7.4.2 Politisch diskutieren

Walter Bagehot prägte in his *Physics and Politics* (1872, 117–119) den Ausdruck *government by discussion*, obwohl *deliberation* oder *debate* den von ihm gemeinten Dissens besser ausgedrückt hätten. In der Alltagssprache liegt Diskutieren in der Nähe eines informellen Meinungsaustausches. Trotzdem verweist dieses Wort oft auf die Fragen auf der parlamentarischen Agenda.

Mit der Suche nach ‚politisch diskutieren' habe ich Belege in 37 Debatten gefunden, oft benutzen mehrere Abgeordnete diese Formel in derselben Debatte. Der Begriff ist erst seit den siebziger Jahren verbreitet, und die Hälfte der Belege stammt aus der Zeit nach der Jahrhundertwende.

Diskutieren unterscheidet sich von strikt parlamentarischen Begriffen darin, dass dafür der Bezug auf Vergangenheit und Zukunft grundlegend ist. Als ein Beispiel dafür, was nicht diskutiert worden ist, nennt Christel Hanewinkel (SPD) die Situation der Frauen in der DDR: „Frauenpolitische Änderungen in der Gesetzgebung wurden weder diskutiert noch von den Frauen wirklich vorangebracht. Es waren höchstens ‚Segnungen' von oben: Gleichberechtigung war angeordnet –, aber letztlich hielt sich niemand daran" (8. September 1999). Sie wendet sich gegen die nostalgische Sicht, die Situation der Frauen in der DDR sei besser als nach der Wende gewesen.

Günter Nooke (CDU) verweist auf eine versäumte Gelegenheit im Kontext des Entwurfs zum Dokumentationszentrum „Topographie des Terrors" in Berlin zu diskutieren: „Hinzu kam der fehlende Mut aller Beteiligten, über die Frage nach der bautechnischen Realisierbarkeit des Zumthor-Entwurfs acht Jahre früher zu diskutieren; denn das hätte politisch nicht korrekt erscheinen können. Das hat uns hier in Berlin schon fast 15 Millionen Euro gekostet" (17. Juni 2004). Der Mangel an Diskussion über den Entwurf des Architekten Peter Zumthor kann nach Nooke finanziell teuer werden.

Im Bundestag werden auch Diskussionen erwähnt, die nie auf die Tagesordnung gelangt sind. Minister Hans Matthöfer (SPD) nennt eine Frage, die diskussionswürdig gewesen wäre: „Zur Erforschung der Ursachen der wirtschaftlichen Schwäche gehört auch das Problem der Einengung des Spielraums der künftigen Haushaltsgestaltung im Vergleich zu den öffentlichen Steuereinnahmen. Darüber hätte man wohl diskutieren können" (26. Januar 1979). Volkmar Köhler (CDU) wirft der sozial-liberalen Koalition vor, „daß wir uns jetzt zwei Jahre lang immer wieder große und umfassende Grundsatzgedanken, die auf öffentlichen, internationalen Konferenzen formuliert wurden, anhören

mußten, daß aber die Chance, in diesem Parlament darüber zu diskutieren, zwei Jahre lang nicht genutzt wurde“ (28. November 1975).

Ursula Heinen (CDU) klagt die Regierung Schröder an: „Sie haben uns heute keinen Gesetzentwurf präsentiert. Wir diskutieren auch nicht über ein herausragendes politisches Ereignis, und das, obwohl Regierungserklärungen eigentlich eine bedeutende verfassungspolitische Verbindlichkeit zukommen sollte“ (17. Juni 2004). Elisabeth Scharfenberg (Grüne) kritisiert die fehlende Vorlage der Merkel-Regierung zu den Gesundheitsberufen: „Darüber wird schon so lange diskutiert, in der Wissenschaft ebenso wie in der Politik. Doch der Gesetzentwurf der Bundesregierung bleibt viel zu zögerlich“ (10. November 2016). Jörn Wunderlich (Linke) verweist auf Initiativen seiner Partei und Ausschussempfehlungen, die nicht beachtet worden sind: „Seit 2006 versucht die Linke, alleinerziehenden Elternteilen bei den finanziellen Sorgen um ihre Kinder zu helfen. Rechtspolitisch wird über das Ganze schon seit über zehn Jahren diskutiert. Es gibt dazu schon Beschlussempfehlungen des Rechts- und des Familienausschusses aus den Jahren 2000 und 2002“ (8. Mai 2014).

Es gibt einen Redebeitrag mit Hinweis darauf, dass Diskussionen ein Hindernis für politisches Handeln sein können. Der FDP-Fraktionsvorsitzender Wolfgang Mischnick erinnert an seine Diskussionen mit den 68er Studenten:

> Das erinnert mich sehr an Diskussionen, die ich in den Jahren der außerparlamentarischen Opposition 1968/69 an vielen Universitäten geführt habe. Da war es auch oft so, daß man hervorragende theoretische Überlegungen für morgen und übermorgen anstellte. Wenn man aber im Parlament vor der Entscheidung steht, was mit BAföG, was mit Renten, mit Besoldung, mit bestimmten außenpolitischen Fragen werden soll, dann kann man nicht sagen: Darüber müssen wir erst noch einmal da und dort diskutieren. Da muß ich auch bereit sein, eine Entscheidung zu treffen, sie zu vertreten und dann, wenn ich erkenne, daß sie falsch war, auch eine Korrektur anzubringen. (19. Mai 1983)

Mischnick sieht die Berufung auf Diskussion als einen Vorwand für die Vertagung der Frage auf der Tagesordnung, im Sinne der stillschweigenden Begrabung des Antrags (*adjournment sine die*). Er wirft der „außenparlamentarischen Opposition“ Unverständnis dafür vor, dass die Fragen auf der parlamentarischen Agenda einzeln und voneinander getrennt debattiert werden müssen, um im Detail revidiert werden zu können. Radikale Paketlösungen können zu unvorhersehbaren, zumeist ungewollten Konsequenzen führen.

Marie-Louise Beck (Grüne) sagt zur Osteuropapolitik: „Über einige weitere Forderungen und Vorhaben muss wohl nicht diskutiert werden“ (29. Juni 2006). Also einige ihrer Forderungen und Maßstäbe, wie „Freilassung von politischen Gefangenen“ in Belarus sind so offensichtlich, dass sie keine weiteren Diskussionen benötigen.

Es gibt auch mehrere Beispiele, deren politische Bedeutung im Bundestag diskutiert werden sollte. Gerhard Schick (Grüne) fragt nach den Folgen des SEPA-Bezahlungssystems: „Zu diskutieren wird auch sein, wie die Umstellung auf SEPA erfolgt. Erfolgt das rein marktgetrieben? Oder sieht man das als rein

politisches Projekt, wo die Politik die Verantwortung hat, den Systemwechsel durch ihre eigenen Möglichkeiten aktiv voranzutreiben“ (21. Januar 2009). Kai Gehring (Grüne) verweist auf kürzlich stattgefundene Amokläufe und will sie politisch diskutieren:

Es reichte aber auch nicht aus, wenn aus der Ratlosigkeit Sprachlosigkeit in der politischen Debatte würde. Vielmehr müssen wir heute damit beginnen, über politische Konsequenzen zu diskutieren, allein deshalb, weil seit Mittwoch letzter Woche – man mag dies geschmacklos oder richtig finden; es ist zum Teil auch eine Form der Verarbeitung – Experten, Verbände und Politiker bereits Vorschläge gemacht haben. Daher ist es unser aller Aufgabe, alle Maßnahmen zu prüfen, ob sie dazu geeignet sind, das Risiko von Amokläufen zu minimieren. (18. März 2009)

Monika Griefhahn (SPD) bemerkt zu Amokläufen: „Wir in Deutschland [haben] inzwischen eines der wirksamsten Systeme für den Jugendmedienschutz in Europa … Selbstverständlich müssen wir politisch diskutieren, was unabhängig davon noch weiter zu tun ist“ (18. März 2009). Also obwohl die Situation allgemein gut ist, passieren grausame Ereignisse, gegen die zusätzliche Maßnahmen nötig sind.

Eine ministeriale Sicht, die versäumte Gelegenheiten herunterspielt, vertritt Gerhard Schröder (CDU): „Es ist ferner gesagt worden, daß man schon vorher, etwa im Mai, die Absicht gehabt habe, über Fragen der Verteidigungspolitik zu diskutieren. Das hätte geschehen können, wenn man das tatsächlich gewollt hätte“ (6. Dezember 1967). Auch andere Mitglieder der Regierungsparteien wie Rainer Offergeld (SPD) loben positive Entwicklungen: „Die Bundesrepublik gehört damit wiederum zu den westlichen Industriestaaten mit der niedrigsten Preissteigerungsrate. Das muß, wenn wir hier über die wirtschaftspolitische Situation diskutieren, auch einmal gesehen werden“ (4. Oktober 1973). CDU-Fraktionsvorsitzender Wolfgang Schäuble rühmt das, was die Regierung erreicht hat:

Wenn wir über die Grundfragen deutscher Politik diskutieren, gehört auch diese Feststellung dazu: Wir sind in dieser Legislaturperiode große Schritte gegangen, um unsere Beiträge für den Frieden in Europa zu leisten und um zu erreichen, daß die gewaltigen Spannungen zwischen den Kontinenten nicht immer weiter wachsen, daß wir vielmehr eine Chance haben, auch in Zukunft Frieden und Freiheit zu sichern und zu bewahren. Der Weg der Bundesregierung ist richtig, und wir werden sie dabei weiter unterstützen. (11. September 1996)

Ein ministerialer Sprechakt kann auf wichtige Themen hinweisen, aber die Diskussion anderswo verschieben. Dies tut Verkehrsminister Reinhard Klimmt (SPD): „Neben all den Themen, die wir an anderer Stelle diskutieren müssen, zum Beispiel wie wir eine ökologische Verkehrspolitik durch andere Kraftstoffe betreiben könnten und was zum Thema Tempolimit zu sagen ist“ (27. Januar 2000). Ute Finkh-Kramer (SPD) nennt in ihrer Rede zur Rüstungspolitik die Ausschüsse als Orte der Diskussion

Als Außenpolitikerin beschäftigen mich vor allem die außenpolitischen Folgen von Rüstungsexporten. Rüstungsexporte haben eine außenpolitische Wirkung, ob wir das wollen oder nicht. Nicht nur die Regierung, sondern auch wir als Abgeordnete sollten diese Wirkungen bedenken und diskutieren. Ich freue mich auf die Diskussion mit allen Fraktionen in den im Antrag genannten Ausschüssen. (8. Mai 2014)

7.4.3 Exkurs: Modalverben und Gegenwartsbezüge für „politisch diskutieren"

Auffallend in den Diskussionen über die Zukunft sind die dort benutzten (Hilfs-)Verben, die die Art der Diskussionen prägen. ‚Sollen' benutzt etwa Felix v. Eckardt (CDU): „Herr Kollege Borm, ich glaube, wir sollten über dieses Thema politisch diskutieren" (26. Oktober 1966). Hans Engelhard (FDP) benutzt es in seiner Charakterisierung des Bundestags als Diskussionsforum: „Wir sollten uns hier nicht nur als eine Gesetzesmaschinerie verstehen, sondern durchaus auch als ein Forum, in dem politisch relevante Ideen diskutiert werden" (4. Oktober 1973). Minister Gerhard Stoltenberg (CDU) ermahnt den SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel: „Sie sollten künftig häufiger einmal nach Paris reisen und mit den dortigen Politikern diskutieren" (14. September 1984). Die französischen Sozialisten waren nach den ersten Jahren unter Mitterand ‚Realpolitiker' geworden. Ministerin Barbara Henrichs (SPD) formuliert ein Desideratum: „Wir sollten weiterhin leidenschaftlich über unsere nationale Klimaschutzpolitik diskutieren und, wo nötig, dann auch streiten" (22. September 2016). Diese Sprechakte verweisen darauf, wie die in der Geschäftsordnung nicht geregelte ‚Diskussion' nach normativen Prinzipien geführt werden sollte.

Mit Zufriedenheit fordert Minister Hans Matthöfer (SPD) dazu auf, die Erfolge zu diskutieren: „Man hätte aber auch über die Ergebnisse unserer Politik diskutieren sollen, darüber, was wir mit ihr herbeigeführt haben" (26. Januar 1979). Selbstkritisch auf eine versäumte Gelegenheit verweist dagegen Antje Vollmer (Grüne) mit dem Perfekt des Konditionals: „Vielleicht hätte ich etwas anderes machen sollen und, statt über die Journalisten zu diskutieren, über den Anteil von Politik und handelnden Politikern diskutieren sollen" (27. Oktober 1989). Offenbar sieht sie sich selbst nicht als die einzige Abgeordnete, die zu leicht das Agenda-Setting an Journalisten abgegeben hat.

Manfred Carstens (CDU) kombiniert *müssen* und *sollen:* „Das muß diskutiert werden. Wir sollten alle Wirtschaftswissenschaftler, Journalisten und Politiker bitten, sich in diese Diskussion einzuschalten" (14. September 1984). Die Diskussion ist eine *muss*-Frage, die Adresse der Teilnehmer eine *soll*-Frage. Finanzminister Hans Eichel (SPD) benutzt ebenfalls *müssen* und *sollen*, wenn es um die Abgrenzung der staatlichen und überstaatlichen Vollmachten bei der EU geht: „Wenn die Fragen geklärt sind, welche Aufgaben in Zukunft

auf europäischer Ebene gelöst werden sollen, dann müssen wir im Blick auf die Zukunft darüber diskutieren" (16.2. 2002). Hier geht die normative *soll*-Frage zeitlich vor der *muss*-Frage der spezifischen Agenda-Setting.

Christoph Matschie (SPD) schlägt die Behandlung eines Berichts im Bundestag vor: „Er hat wichtige Anstöße gegeben. Er hat viele Defizite in der Umweltpolitik benannt. Darüber müssen wir diskutieren" (14. März 1996). Hier bedeutet „müssen" einfach die Forderung, den Bericht auf die Tagesordnung des Bundestags zu setzen. Ruprecht Polenz (CDU) verlangt eine kontroverse Thematik auf die Tagesordnung zu setzen: „Es kann nicht angehen, daß Deutschland auf Dauer mehr Asylbewerber aufnimmt als alle anderen europäischen Länder zusammengenommen … Das ist ein Punkt, über den wir politisch diskutieren müssen" (14. Januar 1998, s. auch Dietmar Kansy, CDU, 5. Februar 1998).

Wolfgang Thierse (SPD) setzt die Standortdebatte in einen erweiterten Kontext: „Deshalb müssen wir die Standortdebatte eben vom Kopf auf die Füße stellen und über wirklich zukunftsorientierte und zukunftsorientierende Politik diskutieren" (14. März 1996). Hier enthält „wir müssen" einen Antrag zur Veränderung des Agenda-Settings. Manfred Langner (CDU) sagt zur Parteienfinanzierung: „Man muß das politisch diskutieren, ohne daß man gleich eine Enquete beantragt" (19. Mai 1983). Er will eine parlamentarische Diskussion auf die Tagesordnung setzen, ohne eine parlamentarische Untersuchungskommission einzuberufen (s. auch das Offergeld-Zitat, oben).

Auch das parteilich normative *Wollen* wird für künftige Diskussionen benutzt, wie es etwa Werner Zywietz (FDP) tut: „Ich kann in der Richtung wenig feststellen, und nur über die eine Seite der Medaille zu sprechen, ist für mich, wenn wir politisch diskutieren wollen, doch eine sehr abstrakte Angelegenheit" (28. November 1975). Er betont den Wert der Diskussion, ohne die Richtung einzugrenzen. Verena Wohlleben (SPD) stellt eine Frage offen zur Diskussion: „Ob wir in Deutschland eine Öffnung der Streitkräfte für Frauen haben wollen oder nicht, ist politisch sehr wohl zu diskutieren" (11. November 1999). Heike Hänsel (Linke) referiert über den Europa-Afrika-Gipfel: „Es wurde erwähnt: Die EU will nicht über diese zentrale Frage der Ausrichtung der Handelspolitik diskutieren. Dabei gibt es massive Kritik aus den Ländern des Südens" (21. März 2014). Also der EU fehlt der Wille, aber Hänsel präsentiert dies als Zitat.

Auf die Vergangenheit bezogen, habe ich das *Können* oben bei Hans Matthöfer (SPD) zitiert. Hannelore Rönsch (CDU) freut sich darüber Frauenfragen diskutieren zu können: „Wir haben selten die Gelegenheit und selten den breiten Raum, um so konzentriert über Frauenfragen zu diskutieren. Es ist für mich eine besondere Freude, heute über 50 Jahre Parlamentarierinnen in der Politik diskutieren zu können" (8. September 1999). Die Verbindung von *können* und *heute* macht die Diskussion eminent gegenwärtig.

Kerstin Tack (SPD) verweist auf die künftige Diskussion, die schon jetzt praktiziert wird: „Aber unsere politische Erwartungshaltung können wir miteinander diskutieren. Das tun wir auch“ (8. Mai 2014). Dieter Weirich (CSU) benutzt *kann* zur Überwachung der kommunistischen Gruppierungen: „Darüber kann man politisch diskutieren“ (4. Juni 1987). Er will die Frage zur Diskussion stellen, ohne zu sagen, ob der Bundestag das Forum der Diskussion sein sollte. Parlamentarische Staatssekretärin Astrid Klug (SPD) benutzt „kann“ in einem konzessiven Sinne: „Herr Kollege Fell, man kann natürlich über die Frage diskutieren, ob diejenigen, die Nutznießer der Wiederaufbereitungsanlage und der Forschungseinrichtung in Karlsruhe waren, … zur Kostenbeteiligung herangezogen werden können. Über diese Frage muss man politisch diskutieren“ (4. März 2009). Sie hält die Frage für diskussionswürdig, will aber keine Stellung beziehen.

Dieser Exkurs zu Modalverben weist darauf hin, dass *politisch diskutieren* ein weniger bindender Ausdruck als beraten oder auch debattieren ist. Dies hängt mit der Vagheit und Vielfalt des Begriffs zusammen: alles kann diskutiert werden, das muss nichts *a priori* Politisches enthalten. Im Bundestag wird das Parlament-Wir des Diskutierens betont. Der Bezug zum Bundestag ist am deutlichsten, wenn sich diskutieren auf die Gegenwart bezieht, wie in Ausdrücken wie *hier*, *jetzt* und *heute.*

Hier im Sinne des in-die-Diskussion-Bringens benutzt Friedrich Zimmermann (CSU), wenn er vom Wehrpflichtigen spricht: „Ich glaube, daß es einem guten Brauch entspricht, wenn ich jetzt einen letzten, aber nicht den unwichtigsten Gedanken in diese Debatte werfe und damit jemanden meine, von dem wir ausgehen, wenn wir hier politisch diskutieren. Ich meine den Wehrpflichtigen und möchte hier ein Wort zu seiner Beruhigung sagen. Wehrgerechtigkeit ist gar nichts Einfaches“ (6. 12. 1967). Er präzisiert jedoch nicht die parlamentarische Form der Diskussion – offenbar stand kein Antrag zur Stellung der Wehrpflichtigen auf der Tagesordnung. Ähnlich prinzipiell bleibt *hier*, wenn Werner Zywietz (FDP) sagt: „Jenen realen Ressourcentransfer, um den wir hier in der Entwicklungshilfe ja ehrlicherweise zu diskutieren haben. Es geht darum, ob wir als Volk und als politische Repräsentanten zu einem realen Ressourcentransfer bereit sind oder ob wir uns davor drücken“ (28. November 1975).

Karl-Hans Laermann (FDP) benutzt *hier* im Sinne einer fortdauernden Diskussion: „Was wir hier zu diskutieren haben und schon seit langem diskutieren, ist die Frage, wie wir dieser Notwendigkeit entsprechen“ (4. Juni 1987). Die Diskussion im Bundestag wird „seit langem“ praktiziert. Bei Andreas G. Lämmel (CDU) verweist *hier* eindeutig auf den Bundestag als besonderen Ort der Diskussion: „Es ist gute Tradition hier in diesem Hause, über das Thema Rüstungskontrolle zu diskutieren“ (8. Mai 2014).

Bei Wolfgang Gerhardt (FDP) verweist *hier* auf die gerade laufende Debatte: „Warum muß hier denn so elend in parteipolitischen Grenzen diskutiert werden, Herr Poß?“ (11. November 1999). Kritik an der Abwesenheit der

Regierungspolitiker aus der aktuellen Debatte ist die Pointe bei Peter Pasziorek (CDU): „Alle anderen sind gegangen. Ist das vielleicht eine Art, wie man hier im Parlament über Nachhaltigkeit, ein Grundprinzip der Politik, diskutieren kann?“ (16. Mai 2002). In diesen Beiträgen wird *hier* verzeitlicht.

Jetzt verweist auf die laufende Debatte bei Minister Heiner Geißler (CDU): „Die Enquete-Kommission ‚Jugendprotest im demokratischen Staat’ des Deutschen Bundestages hat uns zwei Berichte vorgelegt, die von einem großen politischen Gewicht sind. Wir diskutieren jetzt den Abschlußbericht“ (19. Mai 1983). Ernst Dieter Rossmann (SPD) bündelt die Diskussion zum Weltflüchtlingstag, wenn „jetzt der 20. Juni, der Weltflüchtlingstag der UN, zu dem Tag werden soll, an dem wir das Flüchtlingselend politisch diskutieren und den wir mit der politischen Aufgabe verbinden, uns gegen Vertreibung einzusetzen“ (13. Juni 2013). Dieses ‚Jetzt’ verweist auf eine jährlich sich wiederholende Gelegenheit zur Diskussion.

Ulrike Höfken (Grüne), in der Debatte zur WTO-kompatiblen EU-Agrarpolitik, erweitert auch das ‚Jetzt’: „Wir stehen in der Verantwortung, die Betriebe auf diese Situation vorzubereiten. Deswegen ist es notwendig, diese Vorschläge jetzt vorzulegen, darüber jetzt zu diskutieren und Beschlüsse zu fassen“ (21. Februar 2003). Obzwar das ‚Jetzt’ einige Zeit dauert, darf die Diskussion nicht verschoben werden. Ähnlich sieht Ministerin Brigitte Zypries (SPD) die EU-Osterweiterung: „Bund, Länder und einzelne Politiker diskutieren jetzt darüber, an welche verfassungsrechtlichen Grenzen eine Ausweitung stoßen würde“ (19. Januar 2005). In beiden Fällen ist also nicht der Bundestag der alleinige Akteur, aber von ihm hängt die Diskussion ab.

Das ‚Heute’ bezieht sich bei Bundestagsvizepräsident Dieter-Julius Cronenberg (FDP) auf die laufende Debatte: „Es reicht nach meiner festen Überzeugung gerade für den Problemkreis, über den wir heute erneut diskutieren, auch die übliche Aufgabenverteilung zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht mehr aus“ (4. Juni 1987). Carola Stauche (CDU) sagt sich dagegen von der Diskussion heute los: „Der sozialpolitische Aspekt dessen gehört diskutiert, allerdings nicht heute in dieser Debatte“ (ebenda). Bei Ulla Jelpke (PDS) ist ‚heute’ eine Tagesanzeige: „Das haben wir heute morgen im Innenausschuß diskutiert“ (14. Januar 1998).

‚Heute’ kann auch auf die zur Zeit laufenden Veränderungen verweisen, wie bei Helmut Lippelt (Grüne): „Deshalb sind wir für diese Debatte dankbar und müssen heute darüber diskutieren, welche Bedeutung die kroatischen Wahlen für den Stabilitätspakt haben, und darüber reden, ob sie eine Neuakzentuierung der Politik des Stabilitätspaktes möglich und erforderlich machen“ (27. Januar 2000). Oder heute kann auch mit längerfristiger Politik verbunden sein, wie bei Klaus Mindrup (SPD): „Ich finde es gut, dass wir heute über eine lang angelegte Politik diskutieren. Das ist in diesen hektischen und kurzatmigen Zeiten sehr sinnvoll“ (23. Juni 2016).

Mit diesen Versuchen, das Profil des Ausdrucks ‚politisch diskutieren' zu skizzieren, kann man über das Spektrum der Anwendung des Allgemeinbegriffs Diskutieren spekulieren. Die Belege verweisen auf zwei Bedeutungsschichten, die nicht leicht voneinander zu trennen sind, doch unterschiedliche Sprechakte sind.

In bestimmten Zusammenhängen bildet diskutieren einen Schirmbegriff, der beraten, debattieren und vielleicht verhandeln umfasst. Dies gilt, wenn politisch diskutieren eine parlamentarische Bedeutung hat. Man könnte im Einzelnen prüfen, inwieweit diskutieren jeweils mit anderen Verben übersetzbar wäre, während die umgekehrte Beziehung nicht möglich ist. Eine derartige Übersetzung dürfte am ehesten mit den auf die parlamentarische Debatte eng zusammenhängenden Belegen der Fall sein, mit den auf die Gegenwart bezogenen Adverbien ‚hier', ‚jetzt' und ‚heute'.

Als Sprechakt verweist *politisch diskutieren* auf die Frage auf der Agenda im Parlament sowie in der weiteren Debatte um das Agenda-Setting. Der Westminster-Ausdruck *in possession of the House* enthält eine erweiterte parlamentarische Gegenwart, die über die Frage hinausgeht, gerade auf der Tagesordnung steht (s. Palonen 2018b, 173–176). Was im Bundestag von der Diskussion ‚hier', ‚jetzt' und ‚heute' gesagt wird, bezieht sich mehrfach auf diese erweiterte parlamentarische Gegenwart.

Wenn das Diskutieren auf zukünftige Sprechakte verweist, dann ist es ein Indiz für die möglichen oder denkbaren Fragen, die die jetzigen Abgeordneten auf die Agenda stellen möchten, ohne einen formalen Antrag oder eine parlamentarische Initiative zu ergreifen. Diskussion ist informal genug, um das Wünschen oder das Wollen einzelner Abgeordneter oder Parteien zur Schau zu stellen, unabhängig davon, ob eine parlamentarische Initiative zum Thema später erfolgt oder nicht.

Diskutieren im Sinne des Agenda-Settings deutet gelegentlich an, dass es für die Parlamentarier möglicherweise einen größeren Pool kommender Fragen auf der Agenda des Parlaments gibt, von denen nur ein Teil zu einer parlamentarischen Initiative gelangt. Dazu gehören die zitierten Klagen, dass es die Regierung nicht geschafft hat, von einem Thema eine Vorlage zur parlamentarischen Debatte einzubringen. Wenn man die oben behandelten parlamentarischen Sprechakte zusammenfasst, kann man sich vorstellen, dass der politische Aspekt des Diskutierens darin besteht, das Vorfeld des parlamentarischen Agenda-Settings zu erfassen.

7.5 Typen des Dissenshandelns

In diesem Kapitel habe ich mich auf die paradigmatischen Ausdrücke reiner Typen parlamentarisch geprägten politischen Handelns konzentriert. Dies setzt den konzeptionellen Vorrang der prozeduralen Dimension über die personale als ein Prinzip des parlamentarischen Politikstils voraus. Der Dissens als prozedurales Prinzip begründet die Formation und die Verwandlung der personellen Konstellation des Dissenses (s. Palonen 2014b, 2018b).

Obwohl es in der parlamentarischen Sprache Überschneidungen des verwendeten Vokabulars im Gebrauch gibt, kann man mit gewisser idealtypischer Steigerung von der deliberativen Sequenz der Aktionen des dissensualen Handelns sprechen.

Beratung und *Debatte* zeigen sich als die zwei zentralen Begriffe der parlamentarischen Politik als Aktivität, die nach dem Westminster-Paradigma auch in der deutschen parlamentarischen Sprache systematisch benutzt und im hohen Grad parlamentarisch verstanden werden. Die Debatte umfasst die gesamte Sequenz der Deliberationen vom Agenda-Setting zur Abstimmung. Beratung verweist auf die Stufen der Debatte, die ein auf die Tagesordnung gestellter Antrag oder eine Vorlage im Parlament durchläuft, wie die klassischen drei Lesungen im Plenum, aber auch die Beratungen in Ausschüssen. Auch die Politikberatung bleibt eng mit Fragen auf der Tagesordnung verbunden und verstärkt die parlamentarische Qualität des Selbstverständnisses der Abgeordneten.

Die Debatte markiert auch die Gegenwart der offenen parlamentarischen Fragen: Die Ausschüsse und Sonderkommissionen des Parlaments beraten. Die politische Entscheidung ist als abschließender Schritt der Debatte im Plenum des Parlaments. In der föderativen Bundesrepublik enthält Debatte auch die politischen Verhandlungen zwischen Bundestag und Bundesrat im Vermittlungsausschuss, dessen Stellungnahme dann noch von beiden Parlamentskammern politisch entschieden wird.

Die Rede von politischen Verhandlungen entspricht der diplomatischen Praxis, die im Laufe der Jahre zunehmend von den Stellungnahmen des Bundestags zur Entwicklungspolitik, zu den Vereinten Nationen und zu Kriegen und Krisen abhängt. Die Forderung nach einer politischen Lösung mittels Verhandlungen deutet eine Ausdehnung des parlamentarischen Handelns auf die übernationale *polity* an. Die europäische Integration relativiert die Grenze zwischen Verhandlungen und Beratungen, und die im Bundestag präsentierten Ansichten zur Stärkung des Europäischen Parlaments unterstützen die parlamentarische Geschäftsordnung als Modell und damit die Rhetorik der Beratung. Die Verhandlungen im Europäischen Rat und im Rat der EU sind letztlich als Ausdehnung der parlamentarischen Praktiken zu verstehen, zumindest insofern als dort Mehrheitsentscheidungen praktiziert werden.

Diskussion steht in den Plenardebatten in einem lockereren Verhältnis zum Parlament und die Belege der Benutzung des Politikvokabulars bilden einen relativ kleinen Ausschnitt der Diskussion. Wenn man jedoch die wenigen Belege mit Politikvokabular genauer durchgeht, ist im Gebrauch des Bundestags der parlamentarische Sinn von Diskutieren bedeutsam, gelegentlich Quasi-Synonym für Debatte oder Beratung. Diskussion bezieht sich jedoch primär auf die vor- oder proto-parlamentarische Phase des Agenda-Settings, als eine Ausdehnung der parlamentarischen Sprache ‚nach Außen', auf die Debatten um das Agenda-Setting bevor ihre prozedurale Setzung zur Beratung und Debatte gelangt. Von konsensualen Gesprächen gibt es im parlamentarischen Gebrauch der Diskussion keine Erwähnung.

Im typologischen Sinne ist politische Diskussion ein Grenzbegriff, der am Anfang der parlamentarischen Deliberationen steht, während politische Entscheidung die analoge Stellung am Ende der Deliberation hat. Die relativ geringe Thematisierung des Agenda-Settings, obwohl die Agenda-Streitigkeiten im Bundestag im Laufe der Jahrzehnte zugenommen haben, betont das Gewicht der vor-parlamentarischen Phase.

Der deutsch-amerikanische Politologe Gerhard Loewenberg schreibt: „In der Geschäftsordnung überwog die Tendenz zu privaten Verhandlungen gegenüber öffentlichen Beratungen, in der Ausübung politischer Funktionen überwog die Konzentration auf die Einzelheiten der Gesetzgebung gegenüber der öffentlichen politischen Debatte" (1969, 64–65). Diese Ansicht entspricht nicht mehr dem Bild vom Bundestag, das ich hier rekonstruiert habe. Die Plenardebatten und -redner haben an Bedeutung gewonnen: Gerade in den Plenardebatten wird ein Selbstverständnis des Parlaments sichtbar, das durchaus dem deliberativen Idealtypus entspricht und die Begriffe*,* Debatte, Beratung, Entscheidung, Verhandlung und Diskussion in diesem Sinne überraschend systematisch verwendet. Diese Tendenz ist ab den siebziger Jahren stärker geworden.

Im Kontext von Beratung und Debatte habe ich erwähnt, dass sie zugleich auf die *polity* und *politicking* verweisen. Der Vorrang der Prozedur und des dissensualen Politikstils lassen die ‚Sachfragen' der *policy* nie autonom werden, ohne die parlamentarische Qualität der Aktionen zu gefährden. Die Parlamentarisierung der Fragen markiert bei Beratung und Debatte gleichzeitig ihre *politicisation.* Analytisch gesehen besteht Verhandeln einerseits im *politicking* mit der Gegenseite, andererseits bilden die Verhandlungspartner (mit Dritten und Ausgeschlossenen) jeweils eine besondere *polity*, die auf die *polities* der Beteiligten bezogen ist. Eine normative *policy* mit Kriterien für das Verhandeln und für den Ausschluss von Verhandlungen bildet einen Grenzfall, einen spezifischen Politikstil in Verhandlungen. Ein Thema als verhandelbar oder einen Partner als legitim anzuerkennen, markiert die Chancen der Politisierung durch Verhandlungen.

8. Politik als Streithandeln

Das Verständnis der Politik als Dissenshandeln wird in diesem Kapitel mit dem personalen Aspekt des Streithandelns fortgesetzt. Die paradigmatischen Formen des Dissenses zwischen den Akteuren *politisch kontrovers*, *politisch streiten* und *politische Auseinandersetzung* verweisen auf die Prozedur, auf Rhetorik und das Agenda-Setting im Streithandeln. Die Stichworte haben keine explizit parlamentarische Bedeutung, aber der parlamentarische Politikstil hilft sie zu spezifizieren.

Das Verhältnis dieser Dimensionen besteht, idealtypisch dargestellt, darin, dass ‚politisch kontrovers' auf den aktuellen oder behaupteten Zustand verweist, ‚politisch streiten' bezieht sich auf das Gegeneinanderhandeln in diesem Zustand und ‚politische Auseinandersetzung' thematisiert die Aktualität des Streitens.

Im Anschluss an die Thematik des fünften Kapitels analysiere ich zuerst die adverbialen Ausdrücke ‚politisch kontrovers, strittig, streitig, umstritten'. Die Anzahl der Belege für exakt diese Ausdrücke ist relativ niedrig. Für ‚politisch streiten' oder ‚politischer Streit' habe ich Belege in knapp über 200 Debatten identifiziert, zunehmend ab den achtziger oder neunziger Jahren. Die Bewertungen dieser Begriffe bleiben umstritten. Für ‚politische Auseinandersetzung' ergibt die digitale Suche fast 1000 Belege, von denen ich mit der Klassifizierung nach ‚Relevanz' eine Auswahl in den Korpus aufgenommen habe.

Diese Ausdrücke des Streithandelns disputieren das alltägliche Ideal des Konsenses, der Harmonie, der Einheit, der Zusammenarbeit in einer Weise, wie man dies auch im Parlament tut. In diesen Belegen zeigt sich die Bereitschaft, den unpopulären Parlamentarismus und durch ihn die Politik überhaupt offen zu legen oder aufzuwerten, wie Quentin Skinner dies mit dem Schema *paradiastole* rhetorisch veranschaulicht hat (s. Skinner 1996, 1999, 2007).

8.1 Politisch kontrovers

Dass eine Frage auf der Agenda des Parlaments prinzipiell kontrovers ist, ist für politisch lesekundige Abgeordnete ohnehin klar. Es gibt Zusammenhänge, in denen damit der politische Aspekt der Sprechakte in der Debatte eine besondere personelle Bedeutung haben kann, oder zumindest von den Sprechenden so verstanden wird.

Als Ausgangspunkt für diese Diskussion ziehe ich die 37 Beiträge für ‚politisch umstritten' heran. Diese verteilen sich relativ gleich zwischen den Wahlperioden: sie sind in 15 Debatten bis zur Wahl 1990 zu finden, in 22

danach. Mit der auf den adverbialen Gebrauch fokussierenden Zuspitzung habe ich 19 Bundestagsdebatten gefunden, in denen politisch mit ‚kontrovers, strittig, streitig' verbunden worden ist. Sind sie Ausdrücke bloßer besonderer Emphase, oder deuten sie Konzeptualisierungen der politischen Streitigkeiten und Kontroversen im parlamentarischen Kontext des Bundestags an? Wie verhalten sie sich zu den vier Aspekten der Politik?

8.1.1 Politisch umstritten

Was nicht ‚politisch umstritten' ist, mag politisch bedeutsam sein, zumindest wenn dies unerwartet ist. In diesem Sinne ist es zu verstehen, wenn Thomas Lutze (Linke) verspricht, dass seine Fraktion dem Gesetz auf der Tagesordnung zustimmt: „Politisch umstritten ist es ja nicht. Der Gesetzentwurf beinhaltet zwar eine Vielzahl von Neuregelungen, die aber EU-rechtliche Erfordernisse umsetzen. Vielmehr sind unserer Auffassung nach die Änderungen, die er vorsieht, fachlich auch sinnvoll" (16. Mai 2013). Die politische Pointe dieser Aussage liegt darin, dass Lutze die Zustimmung der Linkspartei extra hervorhebt, um dem gesamten Bundestag zu zeigen, dass die Partei nicht (mehr) demonstrativ gegen jede EU-Gesetzgebung abstimmt und somit keine bloße Protestpartei ist.

Dies war in der Rede von Ruth Fuchs (PDS) kurz nach der Wende noch der Fall. Gegen die Ansicht des Wehrbeauftragten, dass deutsche Verpflichtungen im Ausland „politisch nicht umstritten sein dürfen", antwortet Fuchs: „Sie sind aber politisch umstritten. Ich kann für Deutschland nur hoffen, daß dieser Streit an öffentlicher Breite, an Tiefe, Schärfe und vor allem an Konsequenz zunimmt" (8. Oktober 1992). Damit markiert sie nicht nur die parlamentarische Uneinigkeit, sondern möchte den Streit auf alle Ebenen erweitern, wie eine rein demonstrative Opposition. Die PDS war erst im Begriff, das parlamentarische Spiel zu lernen.

In bloßen Policy-Fragen wäre die Zustimmung der PDS kaum spektakulär gewesen. In den Polity-Fragen der europäischen Integration und der UN-Politik veranschaulichen diese Beispiele den Wandel in breiter Zustimmung. Im Sinne des *politicking* ist Lutze bestrebt, sich mit dem Sprechakt ‚nicht kontrovers' von einem bloß demonstrativen Politikstil zu verabschieden.

Auf das explizit nicht Umstrittene verweist auch Klaus Brandner (SPD): „Ich vertraue den Experten, die schon zu dem Zeitpunkt, als das Thema noch nicht politisch umstritten war, Zahlen genannt haben" (24. Oktober 2007), Brandner erkennt nicht nur die Experten und Zahlen an, sondern zieht diese zum aktuellen Streit heran und beruft sich in der aktuellen Kontroverse auf die Autorität dieser Experten.

Über „nicht politisch Umstrittenes" spricht auch CDU-Fraktionsführer Volker Kauder zur Stabilisierung des Euro.

Wir sollten uns bewusst sein, dass heute zwei Gesetzespakete in die parlamentarische Beratung eingebracht werden, die für die Stabilität des Euro, für die Stabilität Europas und für die Zukunft Europas von entscheidender Bedeutung sind. … Es handelt sich nicht um eine rein nationale, politisch umstrittene Frage, sondern es geht hier – ich akzeptiere sehr wohl, dass dies auch von der Opposition so gesehen wird – um mehr als um eine innenpolitische Diskussion. (29. März 2012)

Kauder verneint keineswegs, dass die Frage umstritten ist, will sie aber aus der deutschen Innenpolitik heraushalten und auf die EU als *polity* beziehen, innerhalb derer er die *policy* der Stabilisierung des Euro für unbedingt nötig hält.

Im Gegensatz zu diesem stehen Belege, in denen die Frage auf der Tagesordnung „wissenschaftlich und auch politisch umstritten“ (Staatssekretär Hettlage zum Steuerstrafverfahren, 24. Juni 1960) ist oder, „die Dringlichkeit einer solchen Regelung sowie deren Vor- und Nachteile … allerdings fachlich und politisch umstritten“ sind. (Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Friedrich-Adolf Jahn, CDU, auf die Fragen Frank Münteferings, SPD, 25. April 1990) Beide Argumente veranschaulichen den Stil der parlamentarischen Beamten, mit der Feststellung der Umstrittenheit zufrieden zu sein, ohne damit eine politische Pointe zu beanspruchen.

In der Schulpolitik griff die CDU/CSU-Opposition die SPD-geführten Bundesländer, vor allem Hessen, an. Parlamentarischer Staatssekretär Klaus von Dohnanyi (SPD) sah darin eine Gelegenheit, die Kontroverse als solche politisch aufzuwerten und präsentierte Materialien für Schüler, die die Bundeszentrale für Politische Bildung vorbereitet hatte: „Für diese Schüler hat die Bundeszentrale für politische Bildung außerdem unter dem Titel ‚Kontrovers’ eine Reihe begonnen, und diese bietet mit einer Reihe von Originaldokumenten zu politisch umstrittenen Themen Arbeitsmaterial für den Unterricht“ (10. März 1977). Er erkennt die Kontroversen, wie sie im Parlament anerkannt sind, auch als Hilfsmittel für die Bildung der eigenen politischen Meinung unter Schülern an.

Dass die Energiepolitik seit den siebziger Jahren politisch sehr umstritten war, betont Hans-Otto Schmiedeberg (CDU): „Die weitere Nutzung der Kernenergie ist nach wie vor politisch umstritten. Mit einem Anteil von 30 Prozent an der Stromerzeugung der Bundesrepublik Deutschland ist allein aus klimapolitischen Gründen die Option Kernenergie aufrechtzuhalten“ (20. Juni 1996). Den Streit als real anerkennend, argumentiert Schmiedeberg aber so als ob die von ihm präsentierten Zahlen schon hinreichende Gründe zugunsten der Kernenergie liefern würden, um damit die Mehrheit des Bundestags auf diesen Standpunkt einzuschwören. Er strebt danach, die Frage auf der Policy-Ebene zu behalten und von der *politicisation* ihrer weiteren Implikationen abzusehen.

Der Streit um die Kernenergie zeigt sich u. a. in der Endlagerung der atomaren Abfälle. Umweltminister Peter Altmaier (CDU) gibt zu: „Die Entscheidungen waren fachlich und politisch umstritten. Nie ist es gelungen, einen

Konsens, eine allgemein akzeptierte Lösung zu gestalten“ (17. Mai 2013). Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) antwortet darauf: „Ich kenne kein anderes Vorhaben, das seit sage und schreibe fast 40 Jahren umstritten ist – politisch, wissenschaftlich, gesellschaftlich. Ich kenne kein anderes Vorhaben, das für sage und schreibe fast 1 Million Jahre Sicherheit schaffen soll“ (ebenda).

Beide sehnen sich nach einem Konsens, und Altmaier betont die außerordentliche Länge des Streits: „Die 30-jährige Debatte über diese Frage [gehört] zu den großen, aber nicht unbedingt zu den vorbildlichen Debatten in der Geschichte der alten Bundesrepublik und des wiedervereinigten Deutschlands“ (ebenda). Eine der parlamentarischen Debatte entsprechende Formulierung wäre gewesen, dass es der Bundestag innerhalb dieser Zeit nicht geschafft hat, das Thema aus der Tagesordnung zu verabschieden.

Der Ausdruck ‚politisch umstritten’ spielte in den Bundestagen der 50er Jahre in Fragen der parlamentarischen Immunität eine zentrale Rolle. Der Berichterstatter Matthias Hoogen (CDU) erklärt das vom Ausschuss einhellig geteilte Prinzip, dass in politisch umstrittenen Fragen keine Immunitätsaufhebung betätigt werden soll:

> Es ist nicht zu verkennen, daß der eben mitgeteilte Sachverhalt u. a. auch politischen Charakter hat. Das ergibt sich aus den politisch umstrittenen Problemen, mit denen sich die verschiedenen Artikel befassen, aus der Stellung der in den Artikeln angesprochenen Persönlichkeiten im öffentlichen Leben und aus ihrer Zugehörigkeit zu verschiedenen politischen Parteien. Der Sachverhalt ist also jedenfalls „politisch infiziert“, wie es in diesem Hohen Hause einmal hieß. In solchen Fällen mit politischem Interesse oder Hintergrund hat das Haus bisher den Standpunkt vertreten, daß sie jedenfalls grundsätzlich nicht zur Aufhebung der Immunität führen sollten. (18. April 1951)

Davon kann es jedoch „Ausnahmen in besonders gelagerten Fällen“ geben, und im aktuellen Fall macht der Ausschuss einmütig eine Ausnahme (ebenda). Eine andere reguläre Debatte gilt der Frage, ob Beamte zu politisch umstrittenen Fragen Stellung nehmen dürfen. Dagegen wendet sich Adolf Arndt (SPD): Es „ist die Unsitte eingerissen, daß manche Beamte ihre Aufgabe darin sehen, sich … in der Öffentlichkeit als Propagandisten politisch umstrittener Gesetzesvorlagen der Mehrheit oder der parteipolitisch von ihr getragenen Regierung zu betätigen“ (7. Februar 1957).

Auf die Frage von Ludwig Eich (SPD): „Welche politisch umstrittenen Themen hat der vom Bundespresseamt finanzierte Kommentardienst der Agentur ‚Presse Plan’ in den letzten zwölf Monaten veröffentlicht und wie vielen Zeitungsredaktionen zum Abdruck angeboten?“ (21. 1994) antwortet Staatssekretär Ludwig Vogel nur, dass die Agentur die politische Opposition nicht kritisiert hat. (ebenda). Die Oppositionsabgeordneten haben die Grenzen zwischen dem unparteilichen Berufsbeamtentum und den Tendenzen der Regierung, im Regierungsapparat parteiliche Gremien zu schaffen, geprüft.

Die Adenauer-Regierung erhielt Kritik für ihre parteiliche Politik in öffentlichen Rundfunkanstalten, u. a. von Peter Blachstein (SPD): „Alles, was politisch umstritten ist, müßte dagegen unter dem gleichen Recht, unter den gleichen Bedingungen, mit den gleichen Chancen für die Regierung und die übrigen demokratischen Kräfte in unserem Lande im Rundfunk vertreten werden können" (29. Juni 1960). Gegen Monopolisierungstendenzen der Regierung wollte er das parlamentarische *fair play* Prinzip auf den Rundfunk übertragen. Wie „gleiche Chancen" in Radioprogrammen und in der Personalpolitik der Sender zu realisieren sind, ist eine andere Frage.

Das politisch Umstrittene wurde auch in zivilrechtlichen Fragen wie im Kartellgesetz problematisiert. Fritz Gautier (SPD) wendet gegen die Regierung Kohl ein: „Aber in diesem Bereich versuchen sie jetzt, einen Musterprozeß zu machen, um das, was politisch umstritten ist, auf juristischem und kartellrechtlichem Wege durchzusetzen. Dies können wir auf keinen Fall akzeptieren" (5. März 1993). Dass eine Frage nicht nur politisch, sondern auch juridisch umstritten ist, macht sie noch komplizierter. Dies betont Thea Dückert (Grüne) in ihrer Rede zur Arbeitsmarktintegration während der rot-grünen Regierung gegen einen dies verbietenden Erlass des Ministerialbeamten Peter Clever in 1997, also vor dem Regierungswechsel: „Der Clever-Erlass ist nicht nur politisch umstritten; er ist auch rechtlich umstritten" (16. März 2000). Hier sieht man, wie scheinbar reine Policy-Fragen mit der *polity* verbunden sind und umgekehrt.

Unter rot-grün wurde die Vergangenheitspolitik als umstritten thematisiert. Parlamentarischer Staatssekretär Fritz Rudolf Körper (SPD) betont die juristischen Schwierigkeiten in der Ausdehnung der Kategorie der Kriegsopfer: „Die geplanten lastenausgleichsrechtlichen Änderungen stehen in keinem inhaltlichen Zusammenhang mit politisch umstrittenen Entschädigungsregelungen für weitere Kriegsopfergruppen wie denen der DDR-Kriegsheimkehrer und der deutschen Zwangsarbeiter" (15. Januar 2004). Staatsminister Rolf Schwanitz (SPD) wundert sich über die enge juristische Reichweite der Rehabilitierung der Betroffenen in der DDR:

> Das Rechtsinstitut der Rehabilitierung ist aber ausschließlich Gegenstand des Ersten und Zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes. Ich muss mich … angesichts der großen politischen Umstrittenheit dieses Begriffs im Zusammenhang mit Rehabilitierungsfragen – das ist in mehreren Legislaturperioden im Deutschen Bundestag deutlich geworden – sehr wundern. (21.3. 2003)

Die Machtverhältnisse zwischen dem Bundestag, der Regierung und dem Bundesverfassungsgericht sind prinzipiell politisch umstritten. Während der sozial-liberalen Regierung verweist Carl-Otto Lenz (CDU) auf die politische Stellung der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse: „Es geht um die Aufklärung … meist von Sachverhalten, die politisch umstritten sind … Die Enquete-Kommission Verfassungsreform … geht davon aus, daß das Unter-

suchungsverfahren ein Teil der Auseinandersetzung zwischen den Parlamentsfraktionen ist, und zwar jener Auseinandersetzung, die um politisch umstrittene Sachverhalte geführt wird“ (15. Dezember 1977). Nach ihm hat der Ausschuss primär zur „Aufklärung“ der Unterschiede zwischen Fraktionen beizutragen, was die Ausschüsse als Teil des Parteienstreits im Gegensatz zu Max Webers Sicht von diesen Ausschüssen als das strengste rhetorische Mittel der parlamentarischen Verwaltungskontrolle (1918, 236–237).

Heinz Riesenhuber (CDU) wendet sich in der Frage der Genehmigungsverfahren im Gericht klar gegen die Parlamentssouveränität à la Westminster:

> In allen diesen Bereichen kann das Parlament nach kontroverser Auseinandersetzung mit seiner Mehrheit beschließen und auch ablehnen. Wir sind für die politische Entscheidung dort, wohin sie gehört, aber wir sind gegen den Eingriff des Parlaments in ein schwebendes Genehmigungsverfahren …
> Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist an diesem Punkt sehr eindeutig: Das Gleichgewicht der Kräfte in der Demokratie darf nicht unterlaufen werden durch einen allumfassenden Entscheidungsvorrang der Parlamente – das gilt auch bei politisch umstrittenen Fragen –; vielmehr seien den Entscheidungen des Parlaments durch die Kompetenzen anderer Gewalten Grenzen gesetzt. Genau dies ist doch die Frage, um die es hier geht … Regierung ist Regierung, und Parlament ist Parlament. Dann, wenn jeder seine Arbeit tut, können wir miteinander auskommen. (14. Dezember 1978)

Dieser Beitrag zeugt davon, wie der Parlamentarismus der Bundesrepublik am alten Gewaltenteilungsmodell festgehalten hat (s. Meinel 2019, Loewenberg 1969). Die Macht des Bundesverfassungsgerichts ist dessen zentraler Aspekt, wie Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) betont: „Dann gehört zu diesem allgemeinen Konsens auch das Einverständnis mit der Aufgabe des Bundesverfassungsgerichts, auf Antrag durchaus auch in politisch umstrittenen Fragen tätig zu werden“ (17. Juni 1993). Der Bundestag ist von einem souveränen Parlament à la Bagehot weit entfernt, die Regierung ist nicht sein Vollzugsauschuss und die Verwaltungskontrolle kein zentraler Gegenstand parlamentarischer Politik.

Eine Schwäche des Bundestages liegt in der Unterschätzung der parlamentarischen Geschäftsordnung. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) ermahnt die Abgeordneten dazu, in Geschäftsordnungs- und Sachfragen genau zu unterscheiden, was umstritten ist (18. März 1999, Zitat in 7.4.2). Er formuliert die parlamentarische Priorität der Polity-Fragen über Policy-Fragen. Auch *politicking* sollte nicht diesen Vorrang streitig machen, sondern was politisch umstritten ist, bezieht sich auf die Frage, wie man den historisch bewährten prozedural geregelten parlamentarischen Streit führt.

Rolf Heyen (SPD) beruft sich auf ein Schlagwort für politisch umstrittene Thematik, nämlich ‚neue Armut‘:

> Der Begriff „neue Armut“ hat sich eingebürgert. Dabei gilt, die neue Armut spitzt die alte, die altbekannte Armut weiter zu. Sie ist Armut im Wohlfahrtsstaat in neuer Gestalt. Das ist alles wohlbekannt, aber gleichwohl politisch umstritten. Die CDU und die

Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände halten die neue Armut für eine Erfindung der SPD, der Gewerkschaften und der Kirchen. (10 März 1988)

Der Streit geht weder um die Interpretation noch um die Bewertung des Ausdrucks, sondern um seine Legitimität in der politischen Sprache. Aufgrund der CDU-Taktik der Besetzung von Begriffen (s. Heringer 1982, Liedke Hg. 1989) kann man sich denken, Streitigkeiten dieser Art häufiger zu begegnen, aber die Art der parlamentarischen Debatte setzt Grenzen für dieses gegenseitige aneinander Vorbeireden, sowie für die beliebige Einführung neuer Schlagworte als andersherum für die komplette Verneinung der Legitimität bestimmter als parteilich verstandener Schlagworte.

Das, was politisch umstritten ist, bezieht sich in der Regel auf eine Policy-Frage auf der Tagesordnung bzw. auf das *politicking* zwischen Parteien bzw. Regierung und Opposition. Wenn jemand das politisch Umstrittene unterstreicht, verweist das auf die Fragen der *polity* oder auf die *politicisation* im Sinne einer Aufnahme neuer Fragen auf der Agenda der Plenardebatten. Die Umstrittenheit als solche wird als parlamentarischer Politikstil entsprechend anerkannt. Auch wenn die lange politische Umstrittenheit der Gorleben-Frage für Altmaier und Weil als ärgerlich erscheint, ist das eher eine Feststellung, als eine Klage darüber, dass derartige ungelöste Debatten in parlamentarischer Politik immer denkbar sind, und dass es keine einfachen Wege gibt, diese loszuwerden.

8.1.2 Politisch kontrovers, strittig, streitig

Es gibt keine klaren Bedeutungsunterschiede zwischen,*kontrovers, strittig* und umstritten, da sich diese auf den beiderseitigen Streit beziehen, was auf ‚streitig' nicht immer zutrifft.

Zwei CDU-Politiker deuten mit ‚politisch streitig' die Beendigung des Streits an. Klaus-Dieter Uelhoff lobt die im Ausschuss erreichte Einigkeit: „Ich bin eigentlich sehr froh darüber, daß es im Ausschuß gelungen ist – übrigens im Einvernehmen mit den Kollegen der Opposition –, die Begabtenförderung auch in der beruflichen Bildung aus der politisch streitigen Situation herauszuführen" (23. November 1993). Der hessische Ministerpräsident Roland Koch erwähnte einen Fall aus den Vereinigten Staaten: „Die Häuser des amerikanischen Parlaments haben dann das, was vorher politisch streitig war, einstimmig beschlossen" (14. März 2002). In diesen beiden Fällen geht es um eine spezifische Policy-Frage.

Zwei Redner betonen die Absicht, im aktuellen Fall politisch strittige Fragen zu vermeiden. Rudolf Dressler (SPD) beruft sich auf Bundeskanzler Helmut Kohl: „Die Zusicherung des Kanzlers, in das Gesetz keine Bestimmungen aufzunehmen, die zwischen beiden Seiten politisch strittig sind, muß Bestand haben" (25. März 1993). Im gleichen Sinn betont Parlamentarischer Staatsse-

kretär Hartmut Schauerte (CDU): „Wir dürfen nicht in Bereichen anfangen, über die inhaltlich gestritten wird. Sonst eröffnete man bei jedem Punkt zum Abbau von Bürokratie die Debatte über ein politisch strittiges Thema" (13. Juni 2007). Also man nimmt die politisch strittigen Aspekte aus der Tagesordnung, um die Lösung einer Policy-Frage zu erleichtern.

In einer Frage an den Bundestag verdächtigt Herbert Czaja (CDU) eine Bundesbehörde der Parteilichkeit in einer politisch strittigen Frage:

Wurde seitens der „übergeordneten" Stelle, die die Veröffentlichung einer Alternative zu polnisch-deutschen Schulbuchempfehlungen durch die Bundeszentrale für politische Bildung unterband, nicht der Gleichheitssatz bei der Förderung wissenschaftlicher Arbeiten zum gleichen Problem … in einer auch politisch strittigen Frage erheblich verletzt, um so mehr, als in der von der Bundeszentrale gestalteten Beilage zum „Parlament" das Fehlen von Alternativen dazu früher beklagt wurde? (13. Dezember 1978)

Die Schulbuchfrage ist keine bloße Policy-Frage, sondern beruht auf dem Gleichheitssatz, der wiederum auf die *polity* verweist. Wie dies im aktuellen Fall zu deuten ist, etwa im Verhältnis zum parlamentarischen Mehrheitsprinzip, ist keineswegs eindeutig.

Während des sog. Deutschen Herbstes 1977 wurde der Wert des parlamentarischen Streits als solcher in Frage gestellt. So sieht es zumindest Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD), der die CDU/CSU-Opposition adressiert:

Ich habe am 15. September hier gesagt, es sei eine normale und zentrale politische Führungsaufgabe des Parlaments gegenüber einer demokratischen Gesellschaft, die durch dieses Parlament vertreten ist, daß sich das Parlament streitig auseinandersetzt, daß es streitig die politischen Grundströmungen des eigenen Volkes hier gegeneinanderstellt und in diesem Saal austrägt. Sie sind an jenem Tage dazu nicht bereit gewesen. Das war der 15. September. Gestern waren Sie dazu bereit. Die Bundesregierung und ich selbst, wir waren darauf durchaus eingestellt und hätten es für völlig normal gehalten, diese normale Funktion des Parlaments, sich über alle Bereiche der Politik streitig auseinanderzusetzen, auch zehn Tage nach jenem terroristischen Verbrechen stattfinden zu lassen. (6. Oktober 1977)

Schmidt bekennt sich mit dieser Aussage eindeutig dazu, dass „streitig auseinanderzusetzen" zum Kern der parlamentarischen Politik überhaupt und zu der des Bundestags im Besonderen gehört. Hier verweist streitig auf eine beiderseitige Aktion, und mit der Aufrechterhaltung und Aufwertung des Streits betont Schmidt den Polity-Aspekt. Dasselbe tut z. B. Rezzo Schlauch (Grüne), der „eine kontroverse parteipolitische Debatte führen" will (20, Januar 2000).

Ein Meinungsaustausch stellt jedoch das, was ‚politisch strittig' ist, in Frage:

Hermann Oetting (SPD): Ich möchte den Bundesverkehrsminister bitten, damit nicht bis zum Juni oder Juli 1976 zu warten, sondern dies früher einzuführen, so früh wie irgend möglich; um so mehr Menschenleben können wir in diesem Lande bewahren. (Abg. Lorenz Niegel (CSU): Ist das eine politisch strittige Frage?)

Wenn das keine politisch strittige Frage ist, bin ich Ihnen sehr dankbar, daß Sie das hier deutlich gemacht haben. (17. Januar 1974, s. auch Erwin Schellenberg, SPD, 15. Juni 1965)

Oetting verweist auf etwas für ihn unzweifelhaft Unstrittiges, was jedoch in der vorangehenden Debatte seiner Deutung zufolge trotzdem bestritten worden sei. Dass das Niegel im Zwischenruf verneint, gibt Oetting zu, unterstreicht aber das Verdachtsmoment in der rhetorischen Wendung seiner Antwort.

Einige Redner erläutern, worin genau das politisch Strittige in der Debatte liegt. Zum Urheberrecht betont Jerzy Montag (Grüne): „Im Grundsatz weiß das Urheberrecht mit diesem Widerspruch umzugehen, indem es den Urheberrechtsschutz zeitlich beschränkt. Politisch strittig sind deshalb weniger diese Schutzfristen als solche als vielmehr ihre genaue Dauer“ (31. Januar 2013). Ihm geht es also nicht um das Prinzip, sondern um die Politik der Zeit, den Polity-Aspekt, d. h. für die Akteure ist das Urheberrecht bedeutsam nur, wenn man die Fristen kennt und beachtet.

Interessante Belege zu politisch strittig sind die Tatsachen als rhetorische Mittel. Rainer Barzel (CDU) vertraut darauf, die Fakten auf seiner Seite zu haben:

Was die Bundesbank und die 600 Millionen betrifft, so frage ich zurück, Herr Kollege Ehmke: Warum hat eigentlich die Bundesbank, als sie Ihnen diese merkwürdige Überweisung aus dem Bankgewinn zum Ausgleich des Haushalts machte, 731 Millionen Komma sowieso abgezogen? Das war nämlich dieser Betrag, den sie für ungewiß und politisch strittig hielt. Das ist etwas über 600. Das sind die Fakten, Kollege Ehmke. Ich denke, wir kennen uns beide in den Fakten aus, wenn wir dazu sprechen. (24. Juni 1982)

Der Streit um die Zahlen ist der scheinbar überzeugendste Schachzug, um die Gegenseite zu widerlegen. Hier dienen die zwei Zahlen als ein Instrument des Oppositionspolitikers gegen die Regierung. Ob Regierungen ihre Politik aufgrund der angeblichen ‚Rechenfehler' verändern, ist zweifelhaft. Peter Struck (SPD), ein Oppositionsmitglied, verweist auf die Unkenntnis der Fakten als Grund dafür, eine parlamentarische Untersuchungskommission einzusetzen:

Wie das Ganze stattgefunden hat, ist politisch strittig. Dazu gibt es die Erklärung der Bundesregierung, sie sei nicht daran beteiligt gewesen, der Bund auch nicht durch den Bundesnachrichtendienst. Dazu gibt es Erklärungen von bayerischen Behörden. Herauszufinden, ob und gegebenenfalls wie Bundesbehörden beteiligt waren, wird die zentrale Aufgabe des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses sein. (26. April 1995)

Die Geheimdienste sind bekanntlich oft „economical with truth“ um eine Westminster-Formel zu zitieren. Struck sieht im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss die Gelegenheit, gegensätzliche Deutungen *pro et contra* zu debattieren und abzuwägen. Während Barzel das politisch Strittige der Fakten

auf eine Policy-Frage zurückführen möchte, strebt Struck umgekehrt an, die unklaren Fakten der *polity* eines parlamentarischen Verfahrens zu klären.

Vier Belege zu ‚politisch kontrovers' stellen nur fest, dass die Frage auf der Agenda im Parlament gestellt werden soll (Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, FDP, 29. März 1995; Lars Klingbeil, SPD, 6. Mai 2010; Staatsministerin Cornelia Pieper, FDP, 21. März 2013; Sylvia Kotting-Uhl, Grüne, 27, April 2017). Die Beispiele zur Schulpolitik veranschaulichen, was kontrovers ist. Heinz-Jürgen Prangenberg (CDU) sieht als „politisch kontrovers … die Erweiterung der neunjährigen Schulpflicht um ein zehntes Pflichtschuljahr". Er behauptet, „diese Bundesregierung ist heute nicht mehr in der Lage – oder sie will es nicht – diesen Teil der Regierungserklärung auch zu verwirklichen" (18. Oktober 1979). Zu behaupten, dass die Regierung ihre programmatisch festgelegte *policy* nicht befolgt, ist ein gängiger Topos der Oppositionsabgeordneten.

Für die bundesdeutsche Schulpolitik bot der sogenannte Beutelsbacher Konsens von 1976 (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Beutelsbacher_Konsens) einen historischen Referenzpunkt. Angelika Brunkhorst (FDP) zitiert dessen zentrale These: „Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muß auch im Unterricht kontrovers erscheinen". (19. März 2009) Eine ausführliche Debatte um den Beutelsbacher Konsens entstand noch im Jahr 2013, wobei sich aber alle Teilnehmer darin einig waren, dass „Themen, die in der Wissenschaft und Politik kontrovers erscheinen, auch von Lehrenden kontrovers dargestellt werden" müssen (Xaver Jung, CDU, 27. April 2013, s. Marianne Schieder, SPD; Rosemarie Hein, Linke; Özcan Mutlu, Grüne, ebenda). Das Prinzip der Kontroverse in der Schule ist institutionalisiert worden und somit das parlamentarische Modell auch im Schulunterricht als Ideal für die politisch kontroverse Meinungsbildung quer durch das Parteienspektrum anerkannt.

8.1.3 Politik als kontroverses Handeln

Dass die Kontroversen ein Kernbestandteil der parlamentarischen Politik sind, ist im Bundestag ein Gemeinplatz. Die Einigkeit in einer Policy-Frage oder in der Stärkung der Stellung des Bundestags sind nur im Hinblick auf das Kontroverse im Hintergrund verständlich. Das umstrittene Debattieren bildet eine Voraussetzung der parlamentarischen *polity*, die sowohl nach unten – in die Schulen – als auch nach oben –in die EU und internationale Institutionen – übertragen werden kann.

Gegenüber der Parlamentssouveränität à la Westminster bestehen im Bundestag Vorbehalte. Das Grundgesetz gründet sich auf das Modell der Gewaltenteilung, die starke Stellung des Bundesverfassungsgerichts und die entsprechende Sehnsucht, politisch umstrittene Fragen vom Bundestag nach ‚Karlsruhe' zu verschieben sind gelegentlich auch im Streitvokabular zu fin-

den. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse musste sogar an den Vorrang der parlamentarischen Geschäftsordnung über Policy- und Politicking-Kontroversen extra erinnern (Zitat in 7.3.1).

Die Rhetorik der Umstrittenheit gilt hier nicht primär den Policy-Streitigkeiten über einzelne Sachfragen. Vielmehr stehen sowohl die Legitimität des *politicking* zwischen Parteien als auch das Umstrittene als prozedural-rhetorischer Aspekt der parlamentarischen *polity* auf der Agenda der Debatten in einem komplexen Verhältnis zueinander. Dies wird mehrfach durch eine Policy-Frage vermittelt, die die vorherrschende Konstellation überschreitet oder Revisionen in spezifischen Aspekten der *polity* verlangt.

Das politisch Kontroverselle wird im Bundestag akzeptiert, gelegentlich zelebriert. Die Kontroversen um das *politicking* sind ins parlamentarische Denken eingebaut, obzwar Regierungsanhänger vielfach danach streben, die Frage auf den Policy-Aspekt zu reduzieren, um die anderen Politikaspekte zu verstecken, während die aktuelle Opposition und grundsätzliche Anhänger des parlamentarischen Politikstils das *politicking* inmitten der scheinbar einfachen Policy-Fragen behaupten.

8.2 Politisch streiten

Die digitale Suche nach *politisch streiten* hat Belege aus 206 Debatten identifiziert, und ich habe ein Stichwort in allen durchgesehenen Debatten gefunden. Der Adjektivausdruck *politischer Streit* ist von Anfang an da, obwohl die Anzahl der Belege bis zur Bildung der sozial-liberalen Koalition in 1969 relativ gering ist. Dagegen nimmt *politisch streiten* ca. ab den neunziger Jahren bemerkbar zu. Die Belege dafür konzentrieren sich in relativ wenigen, sich wiederholenden Redewendungen.

Da die Abgeordneten den politischen Streit als den parlamentarischen Regelfall akzeptieren, bedarf es einer besonderen Betonung, um eine Frage aus dem Streit zu nehmen. Die Betonung, dass es „keinen Streit“ im Parlament gibt, kann verschieden interpretiert werden. Sie kann auf die faktische Abwesenheit des Streits etwa in Ausschussberatungen hinweisen. Oder damit können die Redner die Differenz einer Oppositionspartei zur Regierung zu minimieren versuchen, gar betonen, dass die als Streit markierte Sachlage doch keine ist.

8.2.1 Keinen Streit

Mehrere Belege sehen die Abwesenheit des Streits in einer Frage als Zeichen dafür, dass es sich dabei um Fakten handelt. Etwa Jürgen Anbuhl (SPD) sagt: „Es besteht … darüber kein politischer Streit, daß der Genuß von Rauschmit-

teln ein Symptom für eine komplizierte gesellschaftliche Krankheit ist“ (8. Juni 1973). Er nimmt also an, dass eine bestimmte medizinische Ansicht von allen im Bundestag geteilt wird. Wenn Werner Broll (CDU) zur Aufwandentschädigung der Abgeordneten betont, „es gibt keinen politischen Streit zwischen den wesentlichen Fraktionen dieses Hauses“ (27. Juni 1985), verweist dies auf die vorangehenden Verhandlungen und Vereinbarungen – die Grünen zählten offenbar nicht zu denen. SPD-Fraktionschef Rudolf Scharping marginalisiert den europapolitischen Streit: „Was mit Europa zu tun hat, wo wir keine besonderen Streitpunkte haben“ (18. Juni 1998, s. auch Wolf-Michael Catenhusen, SPD, 19. Juni 1998; Karl-Hermann Haack, SPD, 2. Dezember 1999; Hartmut Büttner, CDU, 28. Juni 2002; Max Stadtler, FDP, 30. Juni 2004). Wenn der Sprechakt eine faktisch vorliegende Übereinstimmung feststellt, zielt er darauf, bei der Gegenseite bestehende Verdächtigungen zu beseitigen.

Zur Abwesenheit des Streits mit der Regierung Kohl in zentralen politischen Fragen macht Horst Ehmke (SPD) diese feierliche Deklaration:

> Lassen Sie mich die Frage noch einmal aufgreifen: Es besteht kein Streit darüber, daß die Bundesrepublik geistig und politisch zum Westen gehört. Es besteht kein Streit darüber, daß unsere freie Lebensordnung verteidigungswürdig ist. Es besteht kein Streit darüber, daß die Sicherheit für unser Land nur im Bündnis zu gewährleisten ist. … Es besteht auch kein Streit darüber, daß eine gemeinsame Sicherheitspolitik nötig ist. Der einzige Streit, der hier besteht, ist, welche gemeinsame Sicherheitspolitik für Europa und für dieses Land nötig ist. (22. November 1983)

Ehmke bemüht sich, nach dem Regierungswechsel die außenpolitische Linie der SPD als die einer weiterhin regierungstauglichen Partei zu bestätigen. Belege, in denen deklariert wird, dass die Opposition keinen Streit mit der Regierung will, sind sonst relativ selten. Arnold Vaatz (CDU) sagt dies zur Verkehrspolitik der Regierung Schröder: „Von allen Seiten wurde ein Angebot unterbreitet. Wir wollen überhaupt keinen politischen Streit über diese Frage“ (10. September 2003).

In den Debatten sehr beliebt ist, ein Thema aus dem politischen Streit „herauszunehmen“ oder „herauszuhalten“. „Damit würde der politische Streit aus diesem Gesetz herausgenommen werden, und wir könnten uns bei den weiteren Beratungen den sachlichen Fragen widmen“ (Fritz Becker, DP, 10. Oktober 1956). Er stellt Streit gegen Sachlichkeit ebenso wie Maria Flachsbarth (CDU), wenn sie sagt, „dass wir das Ganze aus dem politischen Streit herausholen müssen und wirklich in der Sache und an der Lösung des Problems arbeiten müssen“ (28. Februar 2013). Der ‚Sachzwang' ist ein altes Argument in der deutschen Tradition (s. Steinmetz 1995).

Für Victor Kirst (FDP) sind „Steuerschätzungen … keine politischen Willensakte … sondern werden von uns als Bundestag und Bundesregierung so übernommen, wie sie uns geliefert werden; sie werden aus dem politischen Streit herausgehalten“ (23. Januar 1976, s. auch Finanzminister Theo Waigel,

CSU, 16. Mai 1997). Diese Reden setzen voraus, dass die ‚Fakten' der Politik vorgegeben sind und beanspruchen damit implizit, einen politischen Streit um sie als illegitim anzusehen.

Der Terminus „heraushalten" ist eine Lieblingsfigur der Regierungen, die auch Bundeskanzler Helmut Kohl verwendet: „Ich finde, wir sollten das Lehrstellenthema aus dem politischen Streit heraushalten. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, daß wir auch große Probleme ganz anderer Art haben" (26. November 1997). Beispiele aus der Kohl-Ära präsentieren Burkhard Hirsch (FDP), „aber wenn man vom Bund her an der inneren Sicherheit und am inneren Frieden interessiert ist, muß man zuerst die Polizeien aus dem politischen Streit heraushalten" (8. September 1988), Erwin Marschewski (CDU), „wir führen damit eine lange Tradition dieses Hauses fort, eben die Tradition, das Wahlrecht aus dem politischen Streit herauszuhalten. Dabei sollte es bleiben". (11. Oktober 1996) und Birgit Schnieber-Jastram (CDU), „ich wünsche mir für die zukünftige Arbeit, daß wir die Parteipolitik aus dieser Thematik heraushalten. Wir haben Themen genug, über die wir politisch wirklich deftig streiten können" (26. September 1997).

Peter Zumkley (SPD) will „die Bundeswehr parteipolitisch neutral … halten und sie aus politischen Streitereien heraus … halten" (5. Februar 1998). Wie die Rede von Streit vs. sachlichem Handeln geht es in diesen Beispielen um Versuche, die *policy* vom *politicking* zu trennen. Dasselbe schlagen andere Redner der Opposition vor. Margot Kalinke (CDU) sagt zu einem Versicherungsthema: „Damit sollte aber auch über dieses Thema der politische Streit beendet sein" (16. September 1970). Max Straubinger (CSU) erfreut sich: „Ein langwieriger politischer Streit ist endlich beigelegt. Mehrere Tausend bedürftige privat Versicherte können endlich aufatmen" (21. September 2011, auch 1. Dezember 2011). In diesen Beispielen geht also darum, eine Policy-Streitfrage aus der Tagesordnung zu nehmen.

Gabriele Hiller-Ohm (SPD) begrüßt, „dass wir uns im Koalitionsvertrag auf eine Quote für Frauen in Führungspositionen einigen konnten. Auch an dieser wichtigen Stelle haben wir den politischen Streit beendet und setzen jetzt auf Konsens" (21. März 2014). Sie lobt also einen Erfolg der SPD in *politicking:* die CDU/CSU hat sich ihrer Linie angenähert. Den Wechsel des Standpunkts des Koalitionspartners begrüßt auch die neu gewählte Bundeskanzlerin Angela Merkel, indem sie den Schritt zur Dienstleistungsgesellschaft lobt: „Jeder, der den politischen Streit der vergangenen Jahrzehnte verfolgt hat, weiß, dass hier eine lange ideologische Auseinandersetzung zu Ende geht" (30. November 2005, s. auch Georg Fahrensohn, CSU, 17. März 2006).

Dass ein Thema als Gegenstand politischen Streits ungeeignet sei, behauptet Wolfgang Schulhoff (CDU) und richtet sich damit gegen die grüne nordrhein-westfälische Landesministerin Bärbel Höhn: „Dieser Flughafenbrand eignet sich nicht zum politischen Streit" (24. April 1996). Parlamentarischer Staatssekretär Matthias Berninger (Grüne) sieht, „dass der Verbrau-

cherschutz ein Thema ist, das sich nicht zum parteipolitischen Streit eignet" (25. Januar 2001). Nach Max Stadler (FPD) „eignet sich dieser Punkt nach Meinung der FDP ebenso wenig für einen neuen politischen Streit in der Migrationsdebatte" (11. November 2004), während Renate Blank (CSU) behauptet, „dass sich das Thema Baukultur keinesfalls für einen parteipolitischen Streit auf Bundesebene eignet" (10. März 2005, zur Finanzmarktgesetzgebung s. Leo Dautzenberg, CDU, 15. Juni 2005). Hier sieht man sowohl Regierungs- als Oppositionsparlamentarier unter den Rednern.

Es gibt jedoch auch Belege, in denen die Redner den Streit für unumgänglich halten. Innenminister Rudolf Seiters (CDU) zitiert einen Kirchenvertreter zur Asyl- und Flüchtlingspolitik: „Auch der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche Engelhardt [hat] auf die Frage, ob man dieses Thema nicht aus Wahlkämpfen oder aus dem politischen Streit heraushalten müsse, geantwortet: Dies ist ein Thema, das die Menschen ganz offensichtlich bewegt, beunruhigt und teilweise auch ängstigt" (12. Februar 1992). Günter Verheugen (SPD) polemisiert gegen die Ausschaltung des Streits aus der Außenpolitik: „Schon früher war es Ihnen lieber, wenn die Außenpolitik aus dem Streit der Parteien herausgehalten wurde. Ich kann das auch gut verstehen. Sie kann aber auf Dauer kein konfliktfreier Raum sein. Über Prioritäten wird man immer streiten müssen" (6. Mai 1992).

Mehrere Redner warnen davor, dass über das Thema ihrer Rede ein politischer Streit entstehen wird. Minister Walter Arendt (SPD) sieht dies als ein reguläres Phänomen auf dem Arbeitsmarkt: „Jahr für Jahr, meine Damen und Herren, würde also ein politischer Streit darüber entbrennen, welcher Lohnanstieg geschätzt werden soll". (6. April 1973). Martin Bangemann (FDP) macht die Opposition für den plötzlichen Streit um den Begriff *residents* im Berlin-Abkommen verantwortlich: „Dennoch ist an diesem Punkt ein politischer Streit ausgebrochen. Das ganze Problem zwischen der Regierung, der Koalition, die die Regierung trägt, und der Opposition liegt darin, daß die Opposition … etwas verlangt, was illusionär ist, was nicht erfüllbar ist" (17. Oktober 1974). Parlamentarischer Staatssekretär Andreas von Schoeler (FDP) bemerkt: „Als eine Gefahr würde ich es betrachten, wenn wir parteipolitische Streitigkeiten in die Organisationen des Sports hineintragen würden" (13. Mai 1982).

Ähnliche Warnungen gibt es aus der Ära Kohl. Norbert Eimer (FDP) findet es „völlig unangebracht, darüber hier einen politischen Streit vom Zaun zu brechen" (18. Oktober 1985, s. auch 2. April 1987). Helmut Wieczorek (SPD) verweist auf einen Streit zwischen den Firmen Krupp und Mannesmann über das Stahlwerk Rheinhausen und würde es „sehr begrüßen, wenn wir den Streit um Rheinhausen nicht zu einem parteipolitischen Streit machen würden, sondern wenn wir ihn so sachlich führen könnten" (14. Januar 1988). Rolf Olderog (CDU) verweist auf einen erwarteten Bericht: „Den TAB-Bericht, der noch gar nicht fertig ist, sollten wir nicht in den politischen Streit hineinziehen" (2. Fe-

bruar 1998). Klaus-Jürgen Hedrich (CDU) betont: „Bisher ist der Bereich der Entwicklungspolitik immer noch einer gewesen, der nicht in den klassischen parteipolitischen Streit hineingezogen worden ist“ (24. Februar 1999, s. Friedrich Merz, CDU, 5. April 2001).

In der Vergangenheitspolitik wird der Konsens des Bundestags nach außen gerichtet. Zum Denkmal für ermordete Juden Europas sagt Volker Beck (Grüne): „Unsere Aufgabe als Deutscher Bundestag ist es, einen breiten gesellschaftlichen Konsens herzustellen. Die heutige Debatte muß deutlich machen: Der Deutsche Bundestag will über alle Fraktions- und Parteigrenzen hinweg im Herzen unserer neuen Hauptstadt ein Denkmal für die ermordeten Juden Europas errichten. Ein langer politischer Streit über die beste Konzeption birgt die Gefahr, daß das Projekt insgesamt in Frage gestellt werden könnte“ (9. Mai 1996). Ähnlich argumentiert Burkhard Hirsch (FDP): „Wir sollten vor allem gemeinsam darauf achten, daß dieses Denkmal nicht zum Gegenstand politischer Auseinandersetzung, nicht zum Gegenstand von Streit und nicht nur zum Symbol einer Erinnerung, sondern vor allem zu einer Mahnung wird, sich der Zerbrechlichkeit jener dünnen Schicht bewußt zu bleiben, die wir Zivilisation nennen und die uns von der Barbarei trennt (ebenda). In beiden Belegen wird das Strittige des Themas nicht verneint, aber der Bundestag stellt sich gemeinsam auf eine Seite.

8.2.2 Bei allem, Jenseits

Mehrere Redner erkennen die Bedeutung des politischen Streits an, aber nicht die Art, wie darüber gerade debattiert wird. Oder sie loben den politischen Streit und fordern trotzdem, dass es in der aktuellen Frage auf der Tagesordnung dazu keinen Anlass gibt. Diese Wendung benutzt u. a. der um den Parlamentarismus besorgte Wolfgang Schäuble (CDU): „Bei allem politischen Streit kann uns miteinander nicht unberührt lassen, daß das Ansehen dieses Parlaments gesunken ist und weiter zu sinken droht“ (27. März 1974).

Die ‚bei allem’-Formel benutzt auch Friedrich Kronenberg (CDU): „Wir können eine den Frieden auf Dauer wirklich sichernde Politik nur machen, wenn bei allem Streit um konkrete Schritte im einzelnen die wesentlichen Merkmale unserer Friedens- und Sicherheitspolitik fest im Konsens der breiten Mehrheit unserer Bürger verankert bleiben“ (22. November 1983). Peter Conradi (SPD) begründet damit einen gemeinsamen Antrag der SPD mit den Regierungsparteien: „Die Anträge der Koalition und der SPD liegen nicht weit auseinander. Deswegen haben wir hier einen gemeinsamen Antrag eingebracht. Es ist ja kein Fehler, wenn wir bei allem notwendigen politischen Streit auf anderen Feldern in einer Sache einmal einer Meinung sind“ (28. September 1989).

Dieter Wiefelspütz (SPD) beurteilt die Stasi-Opfer: „Bei allem, was im politischen Streit steht: Die Bilanz zugunsten der Opfer ist beachtlich" (10. März 1994). Innenminister Otto Schily (SPD) benutzt dieselbe Redewendung: „Denn bei allem politischen Streit um die richtigen Konzepte dürfen wir eines nicht aus den Augen verlieren: Die Neugestaltung der Zuwanderung ist eine Forderung im besonderen, herausgehobenen Interesse unseres Landes und von hoher Bedeutung für den inneren Frieden und die Zukunft unseres Landes" (13. März 2003). An Ministerpräsident Erwin Teufel aus Baden-Württemberg adressiert, sagt auch Außenminister Joschka Fischer (Grüne), „dass es sich hier bei allem notwendigen parteipolitischen Streit doch um ein gemeinsames Projekt handelt. Es geht nämlich darum, dieses Europa so zu schaffen, dass dauerhaft Frieden auf diesem Kontinent herrscht" (24. Februar 2005, s. auch Swen Schulz, SPD, ebenda; Peter Weiß, CDU, 21. März 2013; Christian Hirte, CDU, 10. April 2014; Nina Warken, CDU, 28. Juni 2017).

Ein prozedurales Argument, das parlamentarischen Respekt jenseits des aktuellen Streits setzt, benutzt Ernst Waltemathe (SPD): „Darum müssen wir bei allem politischen Streit und auch bei allem Schlagabtausch im Innern als Regierung, aber auch als Opposition das Ganze im Auge behalten" (25. November 1992, s. auch Jochen Borchert, CDU, 29. November 1989).

Den politischen Streit voll anerkennt aber ihn mit dem Wort ‚jenseits' aus der aktuellen Debatte nehmend sagt Wolfgang Roth (SPD): „Meine Bitte an Sie ist, jenseits von allem politischen Streit, doch endlich mit dieser Art von Manipulationen auf Kosten der Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland aufzuhören. Wir brauchen keine Beschönigungen, wir brauchen endlich Arbeitsplätze" (6. Mai 1987). Ministerpräsident Berndt Seite (CDU) aus Mecklenburg-Vorpommer, stellt ein Ideal vor: „Kurze, hochkonzentrierte Arbeit jenseits allen politischen Streits" (30. Januar 1997). Parlamentarischer Staatssekretär Ralf Brauksiepe (CDU) notiert: „Jenseits allen politischen Streites … muss man einfach einmal ein herzliches Dankeschön an die Sozialpartner in unserem Land sagen" (8. Juli 2010), während Rolf Schwanitz (SPD) Ministerin Ilse Aigner (CSU) dankt: „Jenseits des politischen Streits, Frau Ministerin, will ich zu Beginn schlicht und einfach ein herzliches Dankeschön an Sie und die Haushaltsabteilung Ihres Ministeriums für die Informationen und die Zusammenarbeit bei der nicht einfachen Beratung sagen" (26. November 2010).

Politischer Streit ist politisch sinnvoll und notwendig, parlamentarische Politik darf sich aber nicht damit zufriedengeben, sondern soll ‚jenseits' des Streits Spielräume für politische Zusammenarbeit quer durch Fraktionen oder der Regierung-vs.-Opposition-Scheidelinie suchen. Der damit erstrebte punktuelle Konsens kann dann auch gern gegen Dritte gerichtet sein. Die ‚bei allem'- und ‚jenseits'-Formeln setzen das Sachgemäße und Regelmäßige des politischen Streits in einem Parlament voraus. Innerhalb dieser Anerkennung gibt es viele auf die *policy* oder *polity* bezogene Gründe, aktuellen Streit als

politicking auszusetzen, ebenso wie prozedurale Gründe, den parlamentarischen Respekt nicht durch aktuelle Kontroversen zu verletzen.

8.2.3 Mängel der Streitkultur

In einer der Immunitätsdebatten des frühen Bundestags unterstreicht Matthias Hoogen (CDU), „daß es nicht ein politisch infizierter Fall, sondern ein politischer Streitfall schlechthin ist" (7. Juni 1951). Die Polemik muss man politisch verstehen, nicht persönlich oder als Beleidigungsfall für die Gerichte. Heinz Kühn (SPD) wirft einem Sacharbeiter des Innenministeriums vor: „Der wollte, glaube ich, nicht aufklären, sondern von dem entscheidenden politischen Streitfall ablenken" (10. Oktober 1956). und stellt etwas später ein Prinzip auf: „Aber im politischen Streit muß man hart im Nehmen sein" (9. Mai 1957). Gegen die Versuche der Adenauer-Regierung, die Rundfunkanstalten zu kontrollieren, hebt Kühn den politischen Charakter des Streits hervor: „Der Streit um die Ordnung des Rundfunks war vor allem angesichts der ungewöhnlichen und immer wachsenden Bedeutung des Fernsehens von Anfang an ein politischer Streit" (29. Juni 1960).

Die Klage, dass politischer Streit unangemessen geführt wird, wiederholen Regierungsanhänger. Finanzminister Franz-Josef Strauß (CSU) verteidigt die Steuerpolitik der Bundesregierung den Ländern gegenüber mit einem Hinweis, sonst hätte „wieder einmal … ein häßlicher politischer Streit jahrelang sozusagen in der Landschaft gestanden" (16. Oktober 1968). SPD-Fraktionsvorsitzender Herbert Wehner klagt vor der Misstrauensabstimmung gegen Bundeskanzler Brandt, „wenn man sich im politischen Streit so ineinander verbeißt, wie wir es hier erlebt haben … dann wird leicht Ursache mit Wirkung verwechselt" (22. September 1972). Er wendet sich namentlich gegen Manfred Wörners (CDU) Art zu streiten: „Das ist einer der wunden Punkte Ihrer Art – ich meine nicht Sie persönlich –, politisch zu streiten: den anderen zu diffamieren und ihm keine Gelegenheit zu geben; das ist Ihre Art!" (ebenda). Wehner unterscheidet den Politikstil Wörners von seiner Person, um nicht seinerseits der Diffamierungsvorwürfe ausgesetzt zu werden. Dies verweist generell auf den politischen Streit zwischen Standpunkten, der von den Personen und ihrer Psyche zu unterscheiden ist.

Kurt Mattick (SPD) begründet, warum politischer Streit leicht als unfair erlebt wird: „Dieser Streit um den Kurs der Politik wird ausgetragen in einem Streit um Personen, um den Kanzlerkandidaten usw. (17. Oktober 1974). Also obwohl die Geschäftsordnung des parlamentarischen Streits von Personen absieht, wird er rhetorisch über Personen vermittelt, was Dissens und Streithandel mit sich bringt.

Karl Wittrock (SPD) hebt das Prinzip der Neutralität des Parlamentspräsidenten hervor: „Wir glauben, dieses Haus tut sich selbst und seinem Präsi-

denten einen schlechten Dienst, wenn es einen solchen Weg beschreitet, den Weg nämlich, den Präsidenten in einem politischen Streit gewissermaßen in die Arena zu schicken“ (13. Juni 1958). Der Bundestag hat jedoch nie dem Bundestagspräsidenten das Recht entzogen, als Abgeordneter Stellung zu nehmen.

Der Verlust des parlamentarischen Respekts für die Gegner ist ein offensichtlicher Mangel an der Streitkultur. Hans-Günter Hoppe (FPD) sieht diese Gefahr im Bundestag: „In unseren Auseinandersetzungen droht das Freund-Feind-Denken immer stärker zu dominieren. Eine Verletzung nicht nur des guten Geschmacks, sondern auch des politischen Gegners wird häufig in Kauf genommen“ (14. Dezember 1979).

Im Kontext der terroristischen Anschlagswelle von 1977 und der öffentlichen Reaktion darauf sprach der FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick vom „Zusammenhalten der Repräsentanten aller demokratischen Parteien. Er fügt aber hinzu: „Ich bitte das nicht als ein Plädoyer für unpolitische Harmonieübungen mißzuverstehen, sondern als Frage an uns alle, nicht zumindest den Eindruck aufkommen ließen, daß das Gegeneinander der politischen Parteien zum Selbstzweck verkommen ist“ (20. Oktober 1977). An dieses Prinzip knüpft Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) in seiner Polemik gegen den CDU-Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger an:

> Sie haben viele Ihrer Sätze und viele der Themata, die Sie angeschnitten haben, nicht um der Bekämpfung des Terrorismus willen angeführt, sondern um des politischen Streites willen. Das ist ja auch Ihr gutes Recht. Dann tun Sie doch aber nicht so, als ob Sie hier den ganzen Abend um eine möglichst effektive Bekämpfung des Terrorismus stritten. Sie kämpfen um die Macht – das ist Ihr Recht –, aber Sie kriegen sie nicht. (16. Februar 1978)

Den parteitaktischen Kampf findet Schmidt parlamentarisch legitim, aber wenn die jeweilige Frage auf der Tagesordnung ihm untergeordnet wird, liegt die Gefahr vor, den parlamentarischen Streit in einen Akklamationswettbewerb zwischen Regierung und Opposition zu reduzieren. Mischnick und Schmidt erinnern an den Vorrang der *polity* über *politicking.* In der Ära der sozialliberalen Koalition wurde über die prozeduralen und rhetorischen Bedingungen des politischen Streits im Parlament am gründlichsten debattiert.

Gegen die Grüne Christa Nickels wendet Friedrich Neuhausen (FDP) ein: „Dazu sind im politischen Streit noch schlimmere Vokabeln – Sie haben eben einige benutzt – leider schon allzu sehr gängige Sprachmünze geworden“ (4. Oktober 1984). Norbert Mann (Grüne) warnt gegen Kriminalisierungstendenzen: „Der politische Streit über den Sinn gewalttätiger Aktionen darf nicht mit dem Mittel des Strafrechts unterdrückt werden“ (6. November 1986). Ludwig Gerstein (CDU) meint in SPD-Bundestagsreden dreht es sich „nur um ein politisches Schaugeschäft“ zum innerparteilichen Streit um Kernenergie (17. September 1987). Otto Graf Lambsdorff (FDP) wirft den Grünen vor, den politischen Streit zu missbrauchen: „Politische Diskussion heißt Streit um den

besten Weg zur Lösung von Problemen, heißt nicht, dem politisch Andersdenkenden üble Argumente und üble Absichten zu unterstellen“ (3. März 1988). Er stellt den Konsens klar über den Streit.

Nach der Wende von 1989/90 setzen die Klagen über die Qualität des Streits fort. Margret Funke-Schmitt-Rink (FDP) sieht den Tiefpunkt in der Hauptstadtdebatte: „Diese Regierungssitzdebatte wird als Negativbeispiel für politische Streitkultur in die Annalen des Jahres 1 nach der Einheit eingehen“ (20. Juni 1991). Andreas Schoekenhoff (CDU) bevorzugt Streit um die Sach- über die Verfahrensfrage: „Sollten wir nicht einerseits die weitverbreitete Politikverdrossenheit beklagen, andererseits aber mehr über Verfahren als über Inhalte streiten“ (8. Oktober 1992). Einen ähnlichen Anti-Prozeduralismus findet man bei Michael Grosse-Brömer (CDU): „Ich möchte mit Ihnen nicht ständig Debatten über Verfahrensfragen führen. … Wir haben jetzt ein gutes Angebot dafür vorgelegt, dass Sie … sich mit Sachfragen befassen können. Denn dafür ist das Parlament im eigentlichen Sinne da“ (13. Februar 2014). In der Westminster-Tradition ist es aber gerade das Verfahren, das die Eigenständigkeit des Parlaments begründet. Wenn ‚Sachfragen’ einen Vorrang in parlamentarischer Politik gewinnen würden, würde dies eine Reduktion dieses Ideals auf Policy-Fragen andeuten.

Hans-Ulrich Klose (SPD) wendet sich gegen antiparlamentarische Tendenzen: „Politikverdrossenheit, gewiß auch geschürt und häufig mit einem beinahe antiparlamentarischen Eifer beschworen, hat auch etwas mit der Art und Ernsthaftigkeit des politischen Streits zu tun, bei dem immer auch spürbar bleiben muß“ (8. September 1993, zur Ernsthaftigkeit s. auch Michael Bärsch, SPD, 19. März 1999). Die Rede von Eifer ist ein Indiz für die den Regierungen eigene Versuchung, Fragen auf der Tagesordnung ohne gründliche Debatte zu erledigen.

Die Motive der Gegner zu verdächtigen, verschlechtert die Debatte, hebt Edelgard Bulmahn (SPD) hervor: „Herr Rachel, ich finde, ein politischer Streit in der Sache ist dann richtig, wenn er nützt und wenn er uns voranbringt. Aber politischer Streit darf nicht so geführt werden, daß er mit Unterstellungen arbeitet, die nicht der Wahrheit entsprechen“ (12. November 1998). Das prozedurale Prinzip, von der Person der Redenden abzusehen, gelingt nicht immer.

Während der Regierung Schröder klagten die Christdemokraten wiederholt über die Streitkultur. Volker Rühe sagt: „Lassen Sie uns hart über Politik streiten, … aber unfaire Angriffe werden auf die geschlossene Abwehr der Union stoßen. Das gilt insbesondere dann, wenn Sie unseren Bundeskanzler Kohl angreifen. (24. November 1999). Nach CDU-Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz gilt: „Wir sind in diesem Bereich nicht an einem kleinlichen parteipolitischen Streit und Gezänk interessiert“ (28. November 2000). CDU-Parteivorsitzende Angela Merkel bemerkt zur BSE-Krise [Rinderseuche],“dass die Menschen von uns erwarten, dass wir dieses Thema nicht zum parteipolitischen oder ideologischen Streit benutzen und dass wir nicht besserwisse-

risch – obwohl wir es nicht besser wissen – übereinander herfallen“ (8. Februar 2001, s. auch Peter Paziorek, CDU, 11. September 2003). Die üblichen Klagen der Opposition gegen die *policy* sind als Sorgen um den parlamentarischen Politikstil getarnt worden.

Von der Unkenntnis der parlamentarischen Streitkultur bei den NGOs spricht Justizministerin Brigitte Zypries (SPD): „Es ist schade, dass es mit vielen Vertretern von NGOs, von Verbänden und Vereinen in unserem Lande offensichtlich keine politische Streitkultur in dem Sinne gibt, dass man anerkennt … dass man aus Rechtsgründen handeln muss“ (29. Juni 2006). Sie verweist auf den Unterschied zwischen dem Verhandlungsstil dieser innerlich als einheitlich angenommenen Akteure und dem Streit, wie er in den parlamentarischen Beratungen geführt wird.

8.2.4 Lob des Streitens

Vor allem seit den achtziger Jahren gibt es auch mehrere Reden, die den politischen Streit parlamentarischen Stils eloquent loben. Für Peter Conradi (SPD) ist das Paar Rede- und Arbeitsparlament nicht „ein unaufhebbarer Gegensatz“ und er lobt gerade das Redeparlament: „Und wir haben als Redeparlament die Meinungs- und Willensbildung unseres Volkes, die politische Kultur dieser Republik im Streit um die wichtigen politischen und gesellschaftlichen Fragen mitzugestalten. Diese zweite Aufgabe kommt oft zu kurz, die könnten wir besser erfüllen“ (30. Januar 1986). Er kritisiert stillschweigend die Dominanz des Regierung-Opposition-Paars im Bundestag.

Ähnlich versteht Manfred Reimann (SPD), „daß die Meinungsvielfalt in der politischen Diskussion und der positive Streit in der Sache … dem Parlament die Chance geben könnten, die Parlamentsarbeit neu zu beleben, daß zugleich aber auch die Chance eröffnet wäre, bei den Wählerinnen und Wählern das Vertrauen in unsere Demokratie zu stabilisieren und die Arbeit des Abgeordneten auch interessanter zu machen“ (18. September 1987). Gerd Weisskirchen (SPD) lobt ebenfalls die politische Streitkultur: „Wir brauchen solche Formen des politischen Streites und der politischen Kultur, die dazu beitragen, daß eine Abrüstung der innenpolitischen Auseinandersetzung stattfindet“ (21. Januar 1988). Mit der demilitarisierenden Metapher veranschaulicht er die Spannbreite des Streits mit friedlichen und höflichen Mitteln.

Die Grünen verstanden anfangs nicht den Zusammenhang zwischen dem politischen Streit mit dem parlamentarischen Politikstil. Peter Sellin (Grüne) plädiert zwar für politischen Streit in der *polity*, jedoch ohne Verbindung zum Parlament: „Ich plädiere für den politischen Streit, darum, was für eine Wirtschaftspolitik zu intelligenteren Lösungsstrategien führt als die herrschend umweltzerstörende Wirtschaftsweise“ (3. März 1988).

Ältere Lobreden sprechen eher beiläufig vom *politisch streiten*, wie Minister Richard Jaeger (CSU) im Kontext des KPD-Verbots: „Der angestrebte Erfolg, über den man natürlich schon politisch streiten kann, wird also praktisch nicht erreicht" (13. Januar 1966) oder Minister Josef Ertl (FDP) zur EG-Agrarpolitik: „Darüber kann man politisch streiten" (28. Oktober 1982). Die Pointe hebt Willy Brandt (SPD) zur Entspannungspolitik stärker hervor: „Um das Nein oder Ja zu dieser Politik streiten wir mit Ihnen, um nicht mehr, aber auch nicht um weniger" (22. November 1983). Minister Martin Bangemann (FDP) betont das bewusste Streiten über die Fusionskontrolle: „Und das ist der Punkt, über den wir politisch streiten" (30. Januar 1986, s. auch Erwin Marschewski, CDU, 26. November 1987; Angelika Beer, Grüne, 20. September 1990; Hermann Otto Solms, FDP, 14. Dezember 1994).

Hans-Ulrich Klose (SPD) präzisiert den Gegenstand des Streitens: „Wir streiten nicht um Macht an sich und nicht in erster Linie um parteitaktische Vorteile und nicht zur Person, sondern wir streiten und ringen jeder auf seine Weise um die Kompetenz, den Menschen zu dienen" (8. September 1993). Damit setzt er die Bedeutung der *polity* über das *politicking.* Eine Sehnsucht nach etwas jenseits der Tagespolitik zeigt Minister Norbert Blüm (CDU): „Laßt uns doch darum streiten, uns darauf konzentrieren: Wem dient Politik? – Den Menschen" (12. September 1996).

Den politischen Charakter des Streits betont Günter Nooke (CDU): „Wir können sehr wohl sagen, daß wir darüber politisch streiten dürfen. Wir sind nämlich der Deutsche Bundestag und nicht das Verfassungsgericht" (17. Juni 1999). Den Streit über die politische Abwägung in der EU-Politik betont Christian Sterzing (Grüne), „ob es große oder kleine Schritte in die richtige Richtung sind – das ist die Frage, ob das Glas halb voll oder halb leer ist; darüber kann man politisch streiten" (28. Juni 2001). Anja Hajduk (Grüne) sieht ‚Unterschiede' als den Gegenstand des politischen Streitens: „Es gibt Unterschiede; über diese sollten wir streiten" (8. Mai 2003, s. auch Franz Müntefering, SPD, 10. September 2003).

Der an Fraktionen gebundene Bundestag kann in den Ausschüssen Spielräume finden, die die besten Chancen für eine debattierende Streitkultur anbieten, Jochen Borchert (CDU) rühmt den parlamentarischen Politikstil des Haushaltsausschusses:

> Den Haushaltsausschuß kennzeichnet ein … besonderes politisches Klima. Es wird in der Sache hart gestritten. Dabei werden politische Unterschiede deutlich herausgestellt, sie werden nicht unter den Teppich gekehrt. Aber, ich meine, bei allem politischen Streit gehen wir im Ausschuß menschlich fair miteinander um. Ich glaube, es bleiben auch nach Abschluß der Beratungen keine Wunden oder offene Gräben zurück. (29. November 1989)

Andreas Schmidt (CDU) betont die Ambivalenz von Wahlrechtsdebatten: „Das Wahlrecht gehört zu den Grundlagen, auf denen der notwendige politische

Streit in einer Demokratie stattfinden soll und muß. Die Regeln und Grundlagen, auf denen dieser Streit ausgetragen wird, sollten jedoch im Interesse einer stabilen Demokratie nicht im Streit stehen“ (26. September 1997). Dies zeigt wieder, dass die *polity* sowohl durch geteilte Grundsätze als auch durch den politischen Streit geprägt wird.

Den politischen Streit parlamentarischen Stils loben auch einige aus der DDR stammende Abgeordnete. Petra Bläß (PDS) sagt dazu: „Ich denke, in diesem Parlament sitzen nur Originale und keine Kopien. Es gehört für mich zur Kultur des politischen Streits … sich gegenseitig in seiner Persönlichkeit zu achten“ (19. März 1992). Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) betont die Bedeutung des Runden Tisches für politische Debattenkultur: „Viele sich erstmals oder neu engagierende Bürgerinnen und Bürger, Mitglieder neu entstandener Gruppen, nutzten oder fanden mit ihnen eine neue politische Autonomie, erlernten und praktizierten die Kultur des politischen Streits, der Suche nach dem besten Argument, der besten Lösung. Sie erlebten die Runden Tische als Schulen der freien politischen Meinungsbildung auf dem Weg von der Diktatur in die parlamentarische Demokratie“ (3. Dezember 1999). Zwar grenzt er den Streit auf die Suche nach dem besten Argument ein, ohne die Kriterien des Besten als strittig einzugestehen.

Einen originellen Beitrag zu politisch streiten im Verhältnis zwischen Experten und Politikern präsentiert Margrit Wetzel (SPD): „Wenn Experten sich streiten, haben Politiker die Pflicht, zu zweifeln, zu prüfen und genau abzuwägen, ob sie eingreifen und politisch entscheiden“ (29. Juni 2006). Der Expertenstreit ist ein seltenes Thema im Bundestag. Interessant ist vor allem Wetzels nuancierte Sicht dazu, was Politiker tun sollten, um die Expertenstreitigkeiten zu beurteilen: Die Verben hier verweisen auf die Komplexität des Politikerhandelns.

Den parlamentarischen Politikstil lobt Außenminister Joschka Fischer (Grüne), als er dem aus dem Bundestag scheidenden CDU-Abgeordneten Karl-Heinz Hornhues dankt: „Mir hat die Zusammenarbeit und vor allen Dingen auch der politische Streit mit Ihnen sehr viel Spaß gemacht“ (16. Mai 2002). Vom Spaß am Streit spricht sonst kaum jemand in den Bundestagsdebatten. Eine Apologie des politischen Streits bietet aber auch Otto Schily (SPD) als Alterspräsident des 2002 gewählten Bundestags:

> Daraus folgt eine politische Kultur, die dem Konflikt nicht ausweicht, aber dem Andersdenkenden den Respekt nicht verweigert … Eine Kultur des Respekts und des demokratischen Dialogs kennt keine Feinde, sondern nur politische Gegner. Eine Kultur des Respekts auf der Grundlage des demokratischen Rechtsstaats achtet ebenso darauf, dass auch bei schärfstem politischem Streit die Institutionen des Staates und der Gesellschaft keinen Schaden nehmen. (17. Oktober 2002)

Er spricht von der personellen Dimension der streitbaren Politik und unterscheidet zwischen Gegner und Feind. Die Stärke des Streits birgt keine Gefahr

für den Respekt der Personen oder für offizielle Institutionen. Der wiedergewählte Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) sieht im Parlament das Muster für die Streitkultur: „Ich sehe meine Aufgabe auch weiterhin darin, dabei mitzuhelfen, dass der leidenschaftliche, aber faire Streit über die politische Zukunft unseres Landes hier in diesem Saal, im Reichstagsgebäude, im Parlament ausgetragen wird" (17. Oktober 2002). Er wendet sich gegen die weit verbreitete Ansicht,

> …dass die eigentlichen Fragen nicht mehr im Parlament debattiert, geschweige denn entschieden würden. Die Debatten … seien doch längst in die Talkshows abgewandert und die Entscheidungen würden in der Exekutive oder in parlamentsfernen Expertenkommissionen getroffen. Ich habe mich dieser Betrachtungsweise immer vehement widersetzt, ohne dabei gefährliche Tendenzen in diese Richtungen leugnen zu wollen. (ebenda)

Dennoch sagt Thierse nicht, dass die Geschäftsordnung die Eigenart des parlamentarischen Streits ausmacht. An diese Thematik knüpft Volker Beck (Grüne) in einer Rede zur Bezahlung der Abgeordneten an: „Denn das Ansehen des Parlaments steigt dann, wenn der Bevölkerung klar wird, was die Parlamentarier leisten, wie sie im politischen Streit immer wieder miteinander um die besten Lösungen ringen und dass im Parlament solide Arbeit geleistet wird, die aber nicht nur im Plenum, sondern auch in vielen Gremien stattfindet" (12. November 2004), allerdings hält auch er am Optimierungsideal – „beste Lösungen" – fest. Jörg-Otto Spiller (SPD) beurteilt die Bedeutung der deutschen Einheit: „Gefestigt heißt auch, dass politischer Streit in angemessener Form ausgetragen wird und dass der politische Wettbewerber, der politische Gegner nicht als Feind betrachtet wird" (ebenda).

Carsten Körber (CDU) verbindet auch das Lob des Streits mit der Optimierung sowie mit dem personellen Aspekt der Politik als Konkurrenz:

> In der Sache gibt es natürlich eine Vielzahl von Diskussions-, vor allem aber Streit- und Konfliktpunkten. Es ist unsere vornehmste Aufgabe als Abgeordnete, gemeinsam zu streiten und miteinander um die bestmögliche Lösung zu ringen, vor allem dann, wenn es um das Budgetrecht – das Königsrecht – des Parlaments geht. … Der politische Streit, der Konkurrenzgedanke, ist Wesenskern unserer Demokratie und nichts weniger als das. Dieses Ringen und Streiten sind wir den Bürgern schuldig. (11. April 2014)

Er verbindet mit politischem Streit sowohl Parlamentarismus als auch Demokratie. Matthias Schmidt (SPD) betont, wie das Parlament Argumente sichtbar macht: „Zur parlamentarischen Demokratie gehört der Austausch der Argumente, gehört der Streit, aber dazu gehört auch die Fähigkeit zum Kompromiss. Die parlamentarische Demokratie wirkt wie eine Lupe, durch die man die unterschiedlichen Argumente sehr klar erkennen kann". (9. Juni 2016) Der Kompromiss als Ideal entspricht eher dem kontinentalen als dem Westminster Modell des Parlamentarismus. Britta Haßelmann (Grüne) beurteilt die Gefahren

einer zu großen Mehrheit für das Parlament, und setzt sich für die Öffentlichkeit der Ausschusssitzungen ein:

> Dann verlagert sich die politische Auseinandersetzung oft in den vorparlamentarischen Raum. Das tut der parlamentarischen Demokratie nicht gut. Der richtige Ort aber, um die unterschiedlichen politischen Positionen darzulegen, zu argumentieren und darüber öffentlich zu debattieren und zu streiten, ist das Parlament. Denn die parlamentarische Demokratie lebt von einer lebendigen Debatte, von einem öffentlich erkennbaren Austausch und Streit um die besseren Argumente und einer transparenten Entscheidungsfindung. Gerade in einer repräsentativen Demokratie ist es essenziell wichtig, dass die Wählerinnen und Wähler die Abwägungs- und Entscheidungsprozesse vor allem des Gesetzgebers, also des Parlamentes, nachvollziehen können. (ebenda)

Auch sie spricht von ‚besseren Argumenten'. Interessanterweise benutzt sie die drei Verben, argumentieren, debattieren und streiten als quasi synonyme Ausdrücke, obwohl sie historisch und konzeptionell durchaus verschiedene Aktionen sind.

8.2.5 Politik des Streitens

Politisch streiten ist kein Nullsummenspiel. Ein politischer Streit parlamentarischen Stils strebt nicht nach Monopolisierung umkämpfter Machtanteile, sondern eher nach einem Vergleich der Gewichte der jeweils verfügbaren Machtanteile. Deswegen bestehen die ‚Resultate' parlamentarisch geführten politischen Streits selten im Sieg oder in der Niederlage, sondern in Modifikationen der Anträge oder Verschiebungen der Konstellationen mit einem mehr oder weniger offenen Ausgang.

Das Streiten unter Parlamentariern ist eine friedliche, verbale Aktivität: Zu diesem Muster passt schlecht die Rede von Streitkräften als Einheiten des Militärs. In den Bundestagsdebatten verweist politisch streiten oder politischer Streit nie auf gewaltsame Mittel, sondern fast ausschließlich auf die Parlamentarier, die Mitglieder des Bundestags selbst. In diesem Kontext befolgt also das Streiten durchaus das parlamentarische Paradigma.

Darauf verweisen auch Beispiele, die die Grenzen dieses Paradigmas zeigen. Brigitte Zypries' Bemerkung zum Fehlen einer politischen Streitkultur bei NGOs, Verbänden und Vereinen veranschaulicht, wie von diesen Verhandlungsakteuren das Verhältnis dazu fehlt, dass Streiten nicht nur die gängige Praxis, sondern auch die besondere politische Stärke der Parlamente bildet. In Margrit Wetzels Diskussion zu akademischen und parlamentarischen Formen des Streitens bildet das Parlament das Modell für das wenig prozeduralisierte akademische Streiten (s. Weber 1904 und 1918, 235–248, dazu Palonen 2010b; 2019b).

Bestreiten ist eine einseitige oder asymmetrische Handlung im Sinne der *voice*, was in den Belegen zu politisch streitig teilweise gesehen wird. Im

politischen Streit handeln die Akteure symmetrisch, wofür eben das Parlament das Modell bildet. Klagen über Mängel oder Parteilichkeit im politischen Streit des Bundestags verweisen auf die Tendenz, das Parlament von einer deliberativen Versammlung des politischen Streitens zur quasi-epideiktischen Versammlung des Applaudierens oder dessen Verweigerung zwischen Regierung und Opposition zu reduzieren. Die hier diskutierten Kritiken an Mängeln oder die Vorschläge zur Stärkung der Streitkultur deuten ein Streben danach an, die Politik der Fraktionsvereinbarungen zu überschreiten.

Die Differenz zwischen politischem Streit und Wettstreit kann auch betont werden. Obwohl Carsten Körber (CDU) diese Differenz herunterspielt, unterscheidet sich das parlamentarische Streiten vom Wettbewerb als Politikstil des Wahlkampfs oder des parteiinternen Machtkampfs. Wettstreit verweist auf die personale Dimension der Politik etwa im Sinne der Karriere der Abgeordneten, während Streit mehrere Dimensionen der politischen Kompetenz und Auszeichnung zulässt.

Typologisch verweist politisch streiten in Verbindung mit den Begriffen um Beraten und Debattieren zugleich auf die Handlungen individueller Akteure (*politicking*) wie auf die *polity* dieser mit- und gegeneinander streitenden Akteure. Die enge Verbindung mit dem parlamentarischen Gebrauch wird am ehesten in der Präsentation des fairen Streitens deutlich, während die Vorwürfe mangelnder Streitkultur auf die Schwäche der *polity* verweisen. Das ‚Heraushalten' des Streits kann wiederum als ein Indiz eines Formalismus angesehen werden, in der ein streitbares *politicking* individueller Abgeordnete als eine umgekehrte Schwäche der *polity* des bundesdeutschen Parlamentarismus angesehen wird.

Die Abgrenzungen vom politischen Streit behaupten relative Eigenständigkeit der Policy-Fragen sowohl von *polity* als auch von *politicking.* Die Loblieder des parlamentarischen Streitens zeigen die Chancen der *politicisation* durch Parlamentarisierung, durch die Ausdehnung der Streitkultur parlamentarischen Stils in andere Kontexte. Die Rede von ‚besten' Argumenten zeigt jedoch eine Sehnsucht nach Kriterien für eine ‚überpolitische' Beurteilung der Politik. Es fehlt das volle Vertrauen in die Kompetenz des auf rhetorischem Wissen beruhenden parlamentarischen Politikstils, der selbst Kriterien zur Beurteilung der Politik setzt, diese durch die Debatte und durch Debatte in Frage stellt und bei Bedarf verändert.

8.3 Politisch auseinandersetzen

Auseinandersetzen ist ein deutsches Wort, das nicht leicht übersetzbar ist. Das Wort enthält sowohl die Trennung voneinander als auch die Messung der

Kräfte zwischen den Beteiligten. Damit wird das Wort in einigen Zusammenhängen zum Synonym von Streiten, in anderen Fällen werden die Unterschiede zwischen den beiden Begriffen deutlich.

Die Suche nach politisch auseinandersetzen oder politische Auseinandersetzung ergibt Belege in 968 Debatten im Vergleich zu ca. 200 Debatten mit Streit-Vokabular. Auseinandersetzung enthält alle Formen des Kampfs. In der Auseinandersetzung ist die Rhetorik des Sieges und der Niederlage stärker enthalten als im laufenden Streit mit einem offenen Ausgang.

Mit dem Kriterium der Relevanz ging ich die 100 ersten Verweise für politische Auseinandersetzung in den Debatten durch, grenzte die zeremoniellen Sitzungen, wie die Reden für die neuen Bundespräsidenten, aus. Mit diesem Mittel gelangte ich zu einem Korpus mit einer ausreichenden Anzahl jener Debatten, in denen das Vokabular von politischer Auseinandersetzung häufig von den Rednern benutzt wurde. Auch hier ist es schwer zu erraten, was als ‚Relevanz' gilt.

Jedenfalls gelangte ich zu einer relativ ausführlichen Basis für die Analyse dieses Wortgebrauchs im Bundestag. Den Spitzenplatz nimmt eine von Bundeskanzler Helmut Schmidt eröffnete Debatte vom 13. März 1975 ein, in der zusammen 11 Redner von ‚politischer Auseinandersetzung' sprachen, unter ihnen auch Hans-Dieter Genscher, Willy Brandt, Helmut Kohl, Franz-Josef Strauß und Herbert Wehner sowie die Länderministerpräsidenten Hans Filbinger und Heinz Kühn. Mehrere von den Rednern benutzten mehrmals das gesuchte Vokabular.

Zu den Rahmenbedingungen des Vokabulars um politische Auseinandersetzung gehört auch die Verteilung zwischen den Bundestagsperioden. Diese Verteilung weicht nicht wesentlich von der Verteilung der auf der Webseite angezeigten Gesamtverteilung ab, obzwar die Spitzenperioden in der Auswahl noch stärker hervortreten. Die Verteilung in meiner Auswahl ist die folgende:

Belege für ‚politische Auseinandersetzung' nach Wahlperioden

1. (1949–1953) – 6
2. (1953–1957) – 7
3. (1957–1961) – 10
4. (1961–1965) – 0
5. (1965–1969) – 14
6. (1968–1972) – 16
7. (1972–1976) – 15
8. (1976–1980) – 25
9. (1980–1983) – 8
10. (1983–1987) – 19
11. (1987–1990) – 22
12. (1990–1994) – 9
13. (1994–1998) – 15

14. (1998–2002) – 11
15. (2002–2006) – 7
16. (2005–2009) – 9
17. (2009–2013) – 6
18. (2013–2017) – 5

Diese Verteilung weicht stark vom Profil des politischen Streits, das nach dem Jahr 2000 zunimmt, ab. Die Differenz wird noch größer, wenn man die Anzahl der Redner sowie die zahlenmäßige Erwähnung des Stichworts beachtet. Der Grund für die verschiedenen Häufigkeiten liegt nicht im Wechsel der Regierungsverantwortung.

Einen wichtigen Grund für das Profil der politischen Auseinandersetzung in der Bundestagsdebatte liefert der Fokus auf die Gewalt in der Auseinandersetzung. Die Hochkonjunktur reicht von den späten sechziger Jahren mit den Ereignissen um die Studentenbewegung über die Kontroversen um den Terrorismus als härtestes Debattenthema zum Gewaltpotential bis zu den Anti-AKW-Bewegungen, einschließlich des Gewaltverdachts gegenüber den 1983 in den Bundestag gelangten Grünen bis zum Ende der achtziger Jahre. Mit dem Ausklang dieser Gewaltdebatte wurde das Vokabular der ‚politischen Auseinandersetzung' entdramatisiert.

Der Terminus Auseinandersetzung betont in der parlamentarischen Debatte den Gegensatz zwischen den Personen. Das Wort zitiert Adolf Arndt (SPD) aus der Stellungnahme des Landgerichts Traunstein (s. Kap. 2), dem gemäß „stehe bereits jeder im politischen Leben, der sich in irgendeiner Form und in irgendeinem Grade mit den Fragen des öffentlichen und politischen Lebens auseinandersetzen müsse“, was nicht Arndts Kriterium entspricht (18. Februar 1955).

Mehrere Abgeordnete sehen in der Auseinandersetzung den personellen Kern der Politik. Carl-Heinz Thiele (FDP) deklariert: „Unser Handwerkszeug als Politiker besteht allerdings darin, daß wir uns hier inhaltlich mit politischen Zielen auseinandersetzen“ (14. März 1991). Für Johannes Gerster (CDU) gilt: „Realität ist, daß wir Politiker uns bedeutend mehr mit politischen Tagesfragen auseinandersetzen als der Normalbürger“ (11. Juni 1991). Angela Merkel als CDU-Parteivorsitzende stellt den „demokratischen Streit“ und die Erwartungen an Politiker „in Bezug auf die Wahl der Mittel unserer politischen Auseinandersetzung, also des Politikstils, und im Hinblick auf den Inhalt der Debatte, also der Debatte um die Sachfragen“ (26. Januar 2001).

8.2.1 Grenzen der Auseinandersetzungen

Im Bundestag gibt es wenig Belege, die die politische Auseinandersetzung als solche negativ bewerten. Einige Mitglieder verweisen auf die Schwächen, die

aus den Auseinandersetzungen folgen, etwa Karl Hübner (DA): „Die Öffentlichkeit ist mit Recht sehr empfindlich, wenn sie die Verwendung von Steuergeldern für parteipolitische Auseinandersetzungen feststellen muß“ (19. April 1956). Innenminister Rudolf Seiters (CDU) erwartet mit dem Grundgesetzzusatz die Auseinandersetzung in der Asylpolitik zu beenden: „Nach den langen, quälenden Monaten der politischen Auseinandersetzung erwartet die Bevölkerung … Handlungsfähigkeit und Verantwortungsbewußtsein, damit das Asylproblem noch in diesem Jahr eine deutliche und für jedermann erkennbare Milderung erfährt“ (21. Januar 1993).

Die Formel „keine Auseinandersetzung“ verwendet nur Kurt Mattick (SPD) in seiner Kritik der rechtsextremen Tendenzen: „Fensterscheiben einzuschlagen ist keine Auseinandersetzung in unserem Land“ (20. Januar 1961). Für ihn ist die fehlende Auseinandersetzung kein Ideal, sondern er bestreitet einigen Aktionen der rechten Gegner die Qualität einer Auseinandersetzung.

Führende CDU-Politiker der siebziger Jahre idealisieren die Überschreitung der Auseinandersetzungen. CDU-Fraktionsvorsitzender Karl Carstens sagt an Bundeskanzler Schmidt: „Aber, Herr Bundeskanzler, ich meine, Ihnen fehlt bisher doch noch jedes Gefühl dafür, was Millionen Bürger unseres Landes von ihrer Regierung erwarten, daß sie nämlich den Blick über die Auseinandersetzung der Tagespolitik hinaushebt und deutlich macht, was für uns die Einheit der deutschen Nation bedeutet“ (20. September 1974). CDU-Oppositionsführer Helmut Kohl verweist auf die ökonomischen Folgen der politischen Auseinandersetzungen: „Es besteht doch gar kein Zweifel, Herr Bundeskanzler, daß über die meßbaren ökonomischen und wettbewerblichen Wirkungen hinaus durch die Härte und Stärke der Auseinandersetzung gerade auch die so lebensnotwendigen psychologischen Grundlagen des Aufschwungs in Gefahr geraten sind“ (24. Januar 1979).

Einige Redner zielen über die Auseinandersetzung hinaus. Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) mahnt die Opposition, „bei aller notwendigen kritischen Auseinandersetzung nicht außer acht zu lassen“ (2. Februar 1971). Sein Namensvetter Hugo Brandt (SPD) mahnt die Opposition: „Bei aller Gegensätzlichkeit der Meinungen: Fahren Sie doch so nicht fort! Sie sind doch jetzt schon dabei, sich in dieser Auseinandersetzung des Wortschatzes aus dem Wörterbuch des politischen Extremismus zu bedienen“ (15. Februar 1979). Der neu gewählte Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) verweist auf die Grenzen der Auseinandersetzungen: „Bei aller Schärfe der politischen Auseinandersetzung ist es im höchsten Maß erwünscht, daß es Felder der deutschen Politik gibt, wo wir die Fähigkeit besitzen, bei allen Kontroversen auch zusammenzuarbeiten“ (14. Dezember 1982). Thüringens Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) mahnt ebenfalls, „bei allen notwendigen politischen Auseinandersetzungen Einigkeit über die Grundsätze unseres Zusammenlebens herrschen zu lassen“ (3. Juli 2002, s. auch Minister Volker Hauff, SPD, 4. Juli 1979).

Bundeskanzler Kohl benutzt in seiner erwähnten Rede auch den Ausdruck: „ungeachtet der parteipolitischen Auseinandersetzung“ (14. Dezember1982), er erkennt die Auseinandersetzung an aber verweist über sie hinaus. Hermann Schmitt-Vockenhausen (SPD) benutzt die Formel „ungeachtet aller politischen Auseinandersetzungen“ (26. Mai 1966). Helmut Kalbitzer (SPD) erwähnt die Entwicklungspolitik als ein Thema, das außerhalb der Auseinandersetzungen behandelt werden sollte: „Ich denke, wir brauchen und werden die Frage der Entwicklungspolitik nicht zum Gegenstand der Auseinandersetzungen im Wahljahr machen“ (5. Mai 1961). Dies entspricht der Jenseits- und Heraushalten-Formeln bei politischem Streit.

8.3.2 Illegitime Formen der Auseinandersetzung

Die Klagen am Politikstil der Gegner sind bei Auseinandersetzungen viel stärker als beim Streit. Schon im ersten Monat des Bundestags verteidigt Heinrich v. Brentano (CDU) den Regierungsstil: „Es ist ein Wort gefallen: man müsse befürchten, diese Regierung sehe ihre Aufgabe darin, zu restaurieren und einen autoritären Besitzverteilungsstaat (Zurufe von der SPD: Besitzverteidigung!) oder Besitzverteidigungsstaat wiederherzustellen. Ich glaube, es ist nicht gut, wenn wir am Anfang der politischen Auseinandersetzung bereits mit solchen Unterstellungen beginnen“ (21. September 1949). Er hofft auf die Jugend: „Sie rückt ab von den Methoden einer gehässigen politischen Auseinandersetzung“ (ebenda).

Otto-Heinrich Greve (SPD) wirft „neofaschistischen Gruppen“ am Beispiel des fraktionslosen Abgeordneten Wolfgang Hedler vor, „diese Giftspritze als das einzige Instrument in der politischen Auseinandersetzung zu handhaben wissen!“ (16. März 1950). Der ultrarechte Abgeordnete Adolf v. Thadden (DRP) versucht den Vorwurf zu wenden, wonach die Fälle zunehmen, „in denen man versucht, mit der Organisation von Terror und mit Gewaltakten einen politischen Gegner, mit dem man sich durchaus in sachlicher Rede auseinandersetzen kann … an der Ausübung der freien Rede zu verhindern“ (ebenda).

Schon früh wird der „Stil politischer Auseinandersetzungen“ beklagt (Ernst Majonica, CDU, 19. Juni 1956; Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier, CDU und Fritz Erler, SPD, 25. März 1958). Erich Mende (FDP) notiert jedoch nüchtern: „Es gibt zu allen Zeiten der politisch-parlamentarischen Auseinandersetzungen Streit um den richtigen Stil, Streit auch um das Wesen der Opposition“ (14. Juni 1967).

Minister Franz-Josef Strauß (CSU) unterscheidet zwischen Krieg und politischer Auseinandersetzung: „Krieg ist heute kein Mittel der Politik, und Gewaltanwendung ist kein Instrument politischer Auseinandersetzungen mehr“ (16. Juni 1955). Seit der Studentenbewegung geriet die Gewalt zum Haupt-

gegenstand in der Debatte um den Begriff im Bundestag. Zuerst blieb man bei Deklarationen, wie Bert Even (CDU) nach dem Dutschke-Attentat und den Springer-Unruhen Ostern 1968, „daß politische Anschauungen in diesem Lande mit dem Mittel der Gewalt und des Terrors durchgesetzt werden sollen. … Das allein ist der Kern der Auseinandersetzung“ (30. April 1968). Gegen den NPD-Verbotsplan deklarierte Wolfram Dorn (FDP): „Wir sind der Meinung, daß die politischen Auseinandersetzungen mit den radikalen Kräften in unserem Lande ausgetragen werden müssen“ (21. März 1969, auch 28. März 1969).

Nach dem Regierungswechsel zur sozial-liberalen Koalition wurde aus dem Verhältnis zur Opposition eine Stilfrage (s. Ernst Benda, CDU, und Hans-Dietrich Genscher, FDP, 20. Februar 1970). Der Ton der Opposition wurde schärfer, etwa bei Friedrich Vogel (CDU): „Wir haben es zu tun mit der zunehmenden Intoleranz und der zunehmenden Unfriedlichkeit in der politischen Auseinandersetzung, im Austragen von Meinungsverschiedenheiten“ (18. März 1970), und Heinz Eyrich (CDU) verlangte einen Eingriff aufgrund des Landfriedensbruchs (ebenda). Innenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) bemerkte, dass der „Eindruck entstehen kann, als ob wir zu einer Verwischung zwischen Gewaltkriminalität und politischer Auseinandersetzung kommen“ und unterstrich, dass „Gewalt gegenüber Sachen und Personen“ nicht dem Rechtsempfinden entspricht (4. November 1980). Oskar Schneider (CSU) polemisiert gegen die Liberalisierung des Demonstrationsrechts: „Die gewalttätige politische Auseinandersetzung wurde erleichtert. Extreme Gruppen werden zugunsten der Sicherheit aller bevorzugt. Der Staat ist insgesamt wehrloser, die Polizei insgesamt hilfloser geworden“ (ebenda, auch 7. Juni 1972).

Alfred Dregger (CDU) nennt die zwei Prinzipien, die zum zentralen Gegenstand des Streits um die politischen Auseinandersetzungen in den siebziger Jahren wurden, nämlich Radikalenerlass und Verfassungsfeindlichkeit:

> Wer die politische Auseinandersetzung dem rechtlichen Verbot vorzieht – und dazu bekenne ich mich persönlich –, sollte nicht die Voraussetzungen in Frage stellen, ohne die eine rein politische Auseinandersetzung keinen Erfolg haben kann. Das sind meines Erachtens zwei: zum einen, daß der öffentliche Dienst freigehalten wird, und zum anderen, daß die demokratischen Parteien sich klar von verfassungsfeindlichen Kräften abgrenzen. (25. Januar 1973)

Eine Antwort zum zweiten Punkt formuliert Burkhard Hirsch (FDP), mit einer Anspielung auf die Legende der Wiederaufstehung des Kaisers Friedrich Barbarossa aus einer Höhle im Berg Kyffhäuser: „Ein Staat, der sich vor der Herausforderung von Verfassungsfeinden fürchtet, der nicht die politische Auseinandersetzung sucht, sondern vorschnell mit Verboten, mit der Beschwörung der Ordnung hantiert, gerät in Gefahr, die alten Mächte aus dem Kyffhäuser herauszuzaubern, wie Scheel das einmal genannt hat“ (14. Februar

1974). Hermann Dürr (SPD) bemerkt, dass der Eindruck besteht, „statt einer politischen Auseinandersetzung fälschlicherweise eine verfassungsrechtliche Auseinandersetzung zu führen. Sie erweckt den Eindruck, als verlaufe die Frontlinie zwischen den Parteien entlang der Verfassung. Das bedeutet Diffamierung statt politischer Auseinandersetzung“ (ebenda).

Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) eröffnet die ausführlichste Debatte zur politischen Auseinandersetzung mit dem RAF-Terrorismus mit der Deklaration: „Es ist eine geschichtliche Leistung der sozial-liberalen Koalition, daß sie nach 1969 die politisch-geistige Auseinandersetzung angenommen hat, die sie unter Anspannung aller Kräfte tatsächlich führt“, ein paar Zeilen weiter mit der Präzision „praktisch allein führen“ (13. März 1975). Dazu stellt der CDU-Vorsitzende Ministerpräsident Helmut Kohl die Frage, „ob nicht die Maßstäbe des politischen Handelns und der Auseinandersetzung ins Wanken geraten sind“, und für ihn geht es „um die Auseinandersetzung mit den geistigen Hintergründen des Terrorismus“ (ebenda).

Burkhard Hirsch (FDP) setzt eine Grenze der Toleranz: „Die große Toleranzbreite unserer Verfassung, für die die politische Auseinandersetzung mit ihren Gegnern im Vordergrund steht, findet dort ihre Grenze, wo es darum geht, diesen unseren Staat funktions- und handlungsfähig zu erhalten“ (ebenda). Ministerpräsident Hans Filbinger (CDU, Baden-Württemberg) behauptet: „Wir sind mit dem Radikalismus von rechts nicht zuletzt wegen der entschlossenen Abwehr durch die Unionsparteien fertig geworden, die die Auseinandersetzung mit den reaktionären Kräften überall gesucht und erfolgreich bestanden haben“ (ebenda). Der Kollege Heinz Kühn (SPD, Nordrhein-Westfalen) verweigert dem Terrorismus eine politische Qualität: „Es handelte sich doch um einen Akt kriminellen Terrors und nicht um eine Stilfrage der politischen Auseinandersetzung, über die wir unter uns auch im Rahmen der Demokratie zu diskutieren haben (ebenda).

Auf dem Höhepunkt der RAF-Anschläge versichert Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD): „Ich denke, es sollte niemand … den parteipolitischen Gegner in der Auseinandersetzung mit dem Terrorismus in unterschwelligen Zusammenhang mit dem Terrorismus bringen“ (6. Oktober 1977). Justizminister Hans-Jochen Vogel (SPD) formuliert die *policy:* „Ich sehe vor allem drei Felder, auf denen die Auseinandersetzung geführt werden muß, nämlich das Feld der moralisch-politischen Auseinandersetzung mit dem Terror, seinen Ursachen und seinem Umfeld, das Feld des Gesetzesvollzuges und das Feld der Gesetzgebung. Die moralisch-politische Auseinandersetzung steht für mich im Vordergrund“ (28. Oktober 1977). Kanzler Schmidt betont später die politische Bedeutung der Mitwirkung der Opposition:

> Daß hier in unserem Lande bei schärfsten innenpolitischen Auseinandersetzungen gleichwohl Kräfte der Regierung und der Regierungsparteien und Kräfte aus den Oppositionsparteien gemeinsam politisch beraten konnten, manchmal zweimal an einem

Tage, dies ist ein ganz wichtiger Beitrag zur Stärkung des Vertrauens unseres Volkes in die Konsistenz und die Führungsfähigkeit des Staates und seiner Organe. (15. Juni 1978)

FDP-Fraktionsführer Wolfgang Mischnick sagt zu den u. a. von Helmut Kohl thematisierten Stilfragen der Politik (s. Kap. 3.4.3): „Zum Stil der politischen Auseinandersetzung. Hat es denn wirklich einen Sinn, wenn Debatten des Deutschen Bundestages oft mehr und mehr zu einem einzigen Hauen und Stechen ausufern, bei dem man manchmal den Eindruck hat, daß es nur um die Verwundung des politisch Andersdenkenden und weniger um die Suche nach dem bestmöglichen Ergebnis geht?" (24. Januar 1979). Albert Emmerlich (SPD) stellt den Stil der Opposition in Frage: „Diese Strategie der Verdächtigung und Verleumdung verfolgt das Ziel, der Auseinandersetzung um die wirklichen politischen Probleme zu entgehen. Anstelle soll dem politischen Gegner die Legitimation für sein politisches Wirken genommen, soll sein moralisches und politisches Recht auf Mitwirkung und Mitgestaltung bei der politischen Willensbildung zerstört werden" (25. Juni 1980). Insofern verdächtigen die Regierungs- und Oppositionsabgeordneten während der Ära Schmidt einander mit relativ ähnlichen Termini der unfairen Auseinandersetzung.

Eine harte Linie gegen die *policy* der Schmidt-Regierung verfolgt Carl-Dieter Spranger (CSU): „Immer, wenn es um die aktive Auseinandersetzung mit den Verfassungsfeinden geht, kneift diese Regierung. Im Gegensatz zu jeder Logik und Vernunft ist sie nicht einmal bereit, festzustellen, daß die Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Partei wie der DKP … grundsätzlich und schlechterdings unvereinbar mit der Gewähr für aktives Eintreten für unsere Verfassung" ist (15. Februar 1979). Heinz Schwarz (CDU) spricht von der „Kapitulation der deutschen Sozialdemokratie in dieser Frage" (ebenda).

Hugo Brandt (SPD) kontert: „Wer sich für die politische Auseinandersetzung entschieden hat, muß sie mit allen zu Gebote stehenden Mitteln auch führen, und er darf nicht administrative Maßnahmen für politische Auseinandersetzung ausgeben" (ebenda). Er will auch „die Scheidung in Verfassungsfeinde und Verfassungsfreunde," vermeiden, und meint, sie führe zu dem, „Ergebnis … einer unerträglichen Verfassungsstarre, in der nicht nur die politische Auseinandersetzung, weil sie sich in unfruchtbarem Gegeneinander verliert, ihre Kraft einbüßt, sondern letzten Endes auch die Glaubwürdigkeit der Verfassung leidet" (ebenda). Helga Schuchardt (FDP) hat sich bereit erklärt, sich auch mit den Extremisten auseinanderzusetzen: „Sie wollen zu einer politischen Auseinandersetzung auffordern. Da kann ich nur sagen: Dann haben Sie bitte endlich den Mut, sich mit auf ein Podium zu setzen, auf dem DKP- oder NPD-Leute sitzen", was sie selbst auch getan hat (ebenda).

In den Achtzigern wurden die Grünen zum primären Kritikobjekt der CDU. Der Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger unterstreicht dies, von Zwischenrufen begleitet:

> Wer in der politischen Auseinandersetzung dem anderen menschliche Verkommenheit vorwirft (Weiterer Zuruf des Abg. Schily [GRÜNE]) und wer einen anderen Menschen mit Blut besudelt, (Zurufe von den GRÜNEN) dem fehlt die Achtung vor der Menschenwürde, (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Zurufe von den GRÜNEN) dem fehlen die demokratische Gesinnung und die demokratische Haltung, die für den Parlamentarismus notwendig sind. (9. September 1983)

Die Rhetorik der Provokation, die die Grünen der Studentenbewegung entnommen hatten, war für Dregger mit legitimen Formen der Auseinandersetzung unvereinbar. Karl Miltner (CDU) äußert sich zu den Grünen: „Wir als Abgeordnete haben in erster Linie die Verpflichtung, die politische Auseinandersetzung mit den zerstörerischen Kräften zu suchen“ (11. September 1986, s. Carl-Dieter Spranger, CSU, und Horst Eylmann, CDU, 5. Dezember 1986). Manfred Langner (CDU) stellt den Grünen die Forderung, das staatliche Gewaltmonopol anzuerkennen:

> Wir werden nicht aufhören, diese Frage, die für unser friedliches Zusammenleben zentral ist, zu stellen, bis Sie auf einem Parteitag feierlich erklärt haben werden: Die grüne Partei anerkennt das Gewaltmonopol, und bei der grünen Partei kann niemand Abgeordneter oder Vorsitzender werden, der nicht das staatliche Gewaltmonopol anerkennt oder auch nur mit dem Gedanken an Gewalt in der politischen Auseinandersetzung spielt. (2. April 1987)

Bei der FPD sind die Formulierungen gemäßigter, wie bei Justizminister Hans Engelhard: „Jede Form der Gewalt in der politischen Auseinandersetzung ist ein Verstoß gegen das Friedensgebot unserer Verfassung und damit ein Anschlag auf unseren freiheitlichen Rechtsstaat“ (ebenda), oder Wolfgang Lüder (FDP), „auch die politische Auseinandersetzung um Atomanlagen rechtfertigt nicht den Einsatz von rechtswidriger Gewalt“ (ebenda). Mit der Formel „politische Auseinandersetzung“ haben die SPD-Abgeordneten keine ähnliche Abgrenzung von den Grünen oder Anti-AKW-Aktivisten betrieben. Hans-Gottfried Bernrath (SPD) betont vielmehr:

> Wir dürfen aber nicht die Augen davor verschließen, daß Gewalt in der politischen Auseinandersetzung … auch als Anlaß dazu benutzt wird, den politisch Andersdenkenden zu diffamieren und ihn auszugrenzen. Die heutige Debatte ist ein Beispiel dafür, daß die an sich notwendige geistige Auseinandersetzung mit der Gewalt in unserer Gesellschaft für wahltaktische Manöver angesichts einer wichtigen Landtagswahl mißbraucht werden soll. (ebenda)

Die Grünen beantworteten die Vorwürfe kaum mit dem Vokabular der ‚politischen Auseinandersetzung’, obzwar sie sich auf Gewaltfreiheit in ihrem Politikstil beriefen und etwas später das staatliche Gewaltmonopol anerkannten. Hans-Christian Ströbele (Grüne) thematisiert den unproblematischen Gewalt-

begriff im Kontext der Maßnahmen gegen die Gegner der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf: „Jetzt reagieren sie hilflos mit autoritären polizeistaatlichen Mitteln, mit Verboten, Polizeiknüppeln und Sondergesetzen. Der offenen Auseinandersetzung darüber, was die Menschen zum Engagement gegen die Atompolitik oder sogar zu Straftaten treibt, gehen Sie aus dem Weg" (2. Dezember 1986). Das Verhältnis zwischen Gewalt und Straftat unter den Aktivisten wird nach Ströbele also von Behörden ignoriert.

Waltraud Schoppe (Grüne) verschiebt das Problem und verweist auf die Gewalt im täglichen Leben: „In einer Gesellschaft, in der Menschen ausgebeutet werden, in der eine Politik betrieben wird, die Kriege ins Kalkül zieht, in der Abschreckung die Fähigkeit ist, Menschen vernichten zu können, hat Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung auch in die engsten menschlichen Beziehungen Eingang gehalten" (5. Mai 1983). Hans-Gottfried Bernrath (SPD) präsentiert eine noch längere Liste:

> Müssen wir, wenn wir uns mit den Ursachen der Gewalt auseinandersetzen wollen, über den Tellerrand blicken, weiterdenken. Es genügt nicht, Demonstrationen, Gewaltanwendung vordergründig zu verurteilen. Wir müssen versuchen, das Phänomen aller Gewalt in unserer Gesellschaft, der individuellen Gewalt, der Gewalt in der Ehe, der Gewalt gegen Kinder, gegen Ausländer, in Fußballstadien, auch der Gewalt, die sich in sinnloser Überbewaffnung zeigt…zu erfassen. (2. April 1987)

Diese Beispiele zeigen, dass die Gegenüberstellung von gewaltsamen und gewaltfreien Mitteln begrifflich nicht so eindeutig ist, wie viele Deklarationen sie präsentierten. Den Vorwurf, *ad hominem*-Argumente in der politischen Auseinandersetzung zur Denunziation zu benutzen, erhebt Jutta Oesterle-Schwerin (Grüne): „Über die Frage, ob die Denunziation von tatsächlichen oder vermeintlichen sexuellen Verhaltensweisen ein sinnvolles Mittel der politischen Auseinandersetzung ist, wurde in der schleswig-holsteinischen CDU schon 1986 öffentlich diskutiert" (26. Oktober 1989). Dieter Wiefelspütz (SPD) schließt sie an diese Kritik an: „Die Denunziation von tatsächlichen oder vermeintlichen Homosexuellen als Mittel der politischen Auseinandersetzung gehört zu den übelsten Methoden politischer Vernichtungsstrategien" (ebenda, s. auch die Reden vom Parlamentarischen Staatssekretär Friedrich Adolf Jahn, CDU und Waltraud Schoppe, Grüne, ebenda).

8.3.3 Entdramatisierung der Auseinandersetzung

Die Polemik um die politische Auseinandersetzung beruhigte sich, sowohl in der Anzahl der Belege als auch in der Vehemenz der Standpunkte. In der Debatte auf die neu aufgetauchten Bilder des Außenministers Joschka Fischer (Grüne) aus seiner Zeit als Straßenkämpfer der sog. Frankfurter Putzkolonne dominiert die ironische Distanz zu dieser Sprache der Auseinandersetzung. Fischer selbst bemerkt: „Ich begreife dies nicht als einen Prozess der Wahr-

heitsfindung, sondern als eine völlig legitime politische Auseinandersetzung, und so findet sie auch hier statt“ (17. Januar 2001). Er gesteht zu, dass die Vergangenheit der Politiker immer gegen sie gewendet werden kann, aber als Politiker müssen sie verstehen, dass es um sie als Politiker von heute geht. Peter Struck (SPD) wendet sich gegen die Quasi-Verrechtlichung der Frage: „Offenbar ist Ihre ganze Fraktion verpflichtet worden, ein Buch von jemandem zu kaufen, der Joschka Fischers Vergangenheit diskriminieren will. Was ist das denn für eine Art und Weise der politischen Auseinandersetzung? Das hat doch mit Seriosität nichts mehr zu tun!“ (ebenda, s. auch Gernot Erler, SPD, ebenda).

Der Begriff der politischen Auseinandersetzung geht von der Instrumentalisierung des Gewaltbezugs zur Debatte um den politischen Stil über. Etwa Karl-Hans Laermann (FDP) beklagt, „daß es offenbar einigen Diskussionsrednern … [darum] geht, … dieses Feld dafür zu benutzen, in der generellen politischen Auseinandersetzung neue Fronten zu eröffnen in der Hoffnung, damit möglicherweise ein paar Punkte zu machen. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht mein Stil“ (4. Oktober 1989). Andrea Fischer (Grüne) hebt den Mangel an Qualität im Politikstil hervor: „Dieser selbstvergessene und unberechenbare Politikstil hat sehr viel mit der Rat- und Phantasielosigkeit seiner Akteure zu tun. Dieser Auseinandersetzung zwischen den Sparkommissaren, die sich einer unterschiedlichen Rhetorik bedienen, aber dasselbe Ziel verfolgen, fehlt jede inhaltliche und konzeptionelle Qualität“ (13. Juni 1996).

Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) klagt die Opposition an: „Charakteristisch für die Lage der deutschen Konservativen unter Frau Merkel und Herrn Stoiber …[ist] ein Niveau der politischen Auseinandersetzung, das an Inhaltsleere und Bodenlosigkeit nicht mehr zu überbieten ist … ein Niveau der politischen Auseinandersetzung, das … nur noch zum Instrument der persönlichen Diffamierung greift“ (4. Dezember 2002). Stephen Kampeter (CDU) sieht die Situation ebenso asymmetrisch: „An einer Stelle der Rede des Genossen Müntefering hat es mich richtig umgehauen: als der für den Wahlkampf der Sozialdemokratischen Partei verantwortliche Generalsekretär die Sprache der politischen Auseinandersetzung kritisierte. Wenn es jemanden in Deutschland gibt, der für Brutalität und Verrohung der politischen Sprache steht, dann ist es Müntefering und sonst keiner“ (ebenda). Hier ist also der Stil der gegenseitigen Verwerfungen zu den ‚ordinären' Maßen, wie man sie etwa in den sechziger Jahren betrieb, zurückgekehrt.

8.3.4 Lob der Auseinandersetzung

Trotz der zeitweisen heftigen Polemik gibt es auch in militanten Einwänden gegen ihre gewaltbereiten Formen, eine prinzipielle Stellungnahme für ‚politische Auseinandersetzung' als eine für die demokratische und parlamentari-

sche Politik wertvolle, ja lobenswerte Aktivität. Schon im September 1949 sagt Hermann Schäfer (FDP) von der Demokratie:

> Ihre innere Festigkeit und ihre innere Kraft bekommt sie in erster Linie durch die Konvention, durch Brauchtum, durch Anerkennung wechselseitig verbindlicher Regeln für den politischen Verkehr und die politische Auseinandersetzung. Das bedeutet allerdings auch, daß man den positiven Gehalt der politischen Auseinandersetzungen, auch des Meinungsstreits, erkennt. Hier gilt für die Politik, was auch für das persönliche Leben gilt. In der Zwiesprache, in dem Wechselspiel von Äußerung und Gegenäußerung wächst die menschliche Erkenntnis. Da steigern sich die Möglichkeiten, die eigenen Einsichten immer wieder zu prüfen, zu vertiefen und zu verfeinern. Das ist auch die Aufgabe der politischen Auseinandersetzungen, die wir hier zu führen haben. (21. September 1949)

Interessant ist hier die methodologische Pointe, der Wert der Auseinandersetzung, des Streits oder der Debatte für die Erkenntnis und ihre Revision, was ich bei Max Weber die parlamentarische Erkenntnistheorie genannt habe (s. Palonen 2010b, 2016).

Auch Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) benutzt für die Außenpolitik eine beachtenswerte Formel: „Ich werde mich freuen auf die Auseinandersetzung, die ich ja doch haben werde – das haben Sie ja angekündigt, Herr Kollege Ollenhauer“ (23. April 1952). Zur parlamentarischen Politik äußert sich Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier (CDU): „Es ist auch natürlich, wenn in der bald beginnenden politischen Auseinandersetzung des Hauses, die nun einmal zum Wesen des Parlaments gehört, wiederum die Verschiedenheiten und Gegensätze mehr als die Gemeinsamkeiten in die Erscheinung treten“ (15. Oktober 1957).

In der polarisierten Situation nach dem Tod des Studenten Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967, sieht Erich Mende (FDP) eine enge Verbindung zwischen Parlamentarismus und Auseinandersetzung: „Das Wesen des Parlamentarismus ist die harte geistige Auseinandersetzung von Argument und Gegenargument mit dem Ziel, die relativ richtige Lösung für die demokratisch-politische Ordnung zu finden“ (9. Juni 1967). Fraktionsvorsitzender Helmut Schmidt (SPD) lobt gar den Wert der Unruhe:

> Und da gibt es sicherlich dann auch, was diese Ziele angeht, Auseinandersetzungen. Aber im Grunde ist Unruhe etwas Gesundes. Das war ja doch in einer kleinbürgerlichen Ära, wo jemand gemeint hat, Ruhe sei die erste Bürgerpflicht. Unruhe und geistige Auseinandersetzung sind etwas Gesundes. Niemand wird am Ende dieser Haushaltsberatung sagen können, hier habe keine Unruhe geherrscht, in diesem Hause habe es nur farblose Diskussionen gegeben. (14. Juni 1967)

Später sah Schmidt eine innere Verbindung der Sozialdemokratie zur politischen Auseinandersetzung: „Sie bekennen sich ebenso … zu dieser Zähigkeit und Energie zu Anstand und Fairneß in der politischen Auseinandersetzung, nicht nur hier im Bundestag, sondern bitte gefälligst auch draußen, in parla-

mentarischen Formen“ (30. April 1968). ‚Anstand’ und ‚Fairness’ erscheinen hier als normatives Ideal für politische Auseinandersetzungen.

Bert Even (CDU) deklariert im Namen aller Bundestagsfraktionen: „Wir alle haben … die feste Bereitschaft, die geistige und politische Auseinandersetzung auch mit den sogenannten außerparlamentarischen Gruppen fortzusetzen“ (ebenda), ebenso wie Wolfram Dorn (FDP): „Die politische Auseinandersetzung mit allen Kräften, auch mit den extremen, gehört zum Wesen der parlamentarischen Demokratie“ (28. März 1969). Für die Regierung Brandt erklärt Außenminister Walter Scheel (FDP) die Bereitschaft zur Auseinandersetzung: „Aber die Regierung stellt sich natürlich der politischen Auseinandersetzung, wo immer sie sie finden kann“ (6. November 1969).

Die quer durch das politische Spektrum zitierten Loblieder auf politische Auseinandersetzungen als ein Bestandteil parlamentarisch-demokratischer Politik bestehen auch, wenn die Polemik gegen Gewalt ins Zentrum rückt. Helga Timm (SPD) rühmt die Reformen der sozial-liberalen Regierung: „Dieses Parlament hat allzu lange gebraucht, um eine klare Position in dieser tiefgründigen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung zu beziehen, die Demonstrationen als ein Mittel der politischen Meinungs- und Willensbildung von Minderheiten anzuerkennen und das Strafrecht entsprechend zu reformieren“ (13. März 1970). Einige Tage später setzt sie das Lob fort: „Wir hängen keinen falschen Harmonisierungsvorstellungen an. So leicht machen wir es uns nicht, und so leichtfertig sind wir auch nicht. Aber in bezug auf die Vergangenheit ist hier etwas zu bereinigen, damit wir in der Zukunft in unseren politischen Auseinandersetzungen klarere Verhältnisse haben“ (18. März 1970). Als eine Stellungnahme aus der Regierungsmehrheit ist dies durchaus beachtlich.

Oskar Schneider (CSU) dagegen spricht im warnenden Ton: „Die Demokratie lebt von der gewaltlosen politischen Auseinandersetzung. Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung untergräbt die demokratische Staatsform“ (4. November 1970).

Friedrich Schäfer (SPD) vertraut der Macht der Auseinandersetzung: „Wir meinen nicht, daß man die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner über Verbote führen soll. Wir Sozialdemokraten haben ein solch sicheres politisches Selbstbewußtsein, daß wir die politische Auseinandersetzung auch mit radikalen Kräften nicht fürchten“. (26. April 1972) Innenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) traut mehr: „Alle demokratischen Kräfte müssen die Auseinandersetzung mit den Gewalttätern, den Predigern der Gewalt und ihren Anhängern offensiv führen“. (7. Juni 1972, s. auch seinen Nachfolger Werner Maihofer, FDP, 15. November 1974)

Nach Karl Liedtke (SPD) gilt: „Auch die Form der politischen Auseinandersetzung des Parlaments ist ein Teil der inneren Sicherheit“ (22. Juni 1972). Dagegen behauptet Alfred Dregger (CDU): „Die geistig-politische Auseinandersetzung, … und der Einsatz rechtsstaatlicher Mittel gegen diejenigen, die die

Spielregeln nicht akzeptieren, sind nebeneinander notwendig“ (14. Februar 1974). Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) sieht in der Herausforderung etablierter Politikformen vielmehr eine Chance:

Diese Kritik, diese Auseinandersetzungen, die bis an die Wurzel unseres Gemeinwesens gehen, bieten uns aber auch eine Chance. Wir werden gezwungen, unsere eigene Position zu überdenken, berechtigte Kritik anzuerkennen und die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Wir kommen so in die Lage, die Stärke unserer Position zu erkennen, den Wert unserer Verfassung zu begreifen und das Gefühl rational zu begründen, für eine gute Sache einzutreten. (ebenda)

Die SPD- und FDP-Abgeordneten verfügten über ein Vertrauen in die parlamentarische Politik, auch im Sinne des kontroversen *politicking* in der *polity* (s. Burkhard Hirsch, FDP, 15. November 1974). Bei den CDU-Hardlinern bestand ein juridisch-administratives Verständnis der *polity*, das als etwas Überpolitisches verstanden wurde und zu dem der bevorzugte Terminus der „geistigen Auseinandersetzungen“ (z.B. Helmut Kohl, 13. März 1975) passt. Diese Tonlage sieht man z. B. in den Kriterien für die akzeptable Auseinandersetzung bei Karl Carstens (CDU), „daß die politische Auseinandersetzung mit einem Mindestmaß an Willen zur Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit geführt wird. … Dazu gehört, daß sich diese politische Auseinandersetzung wieder aus den niedrigsten Bereichen – ich kann nur sagen – der Gemeinheit löst, in die sie mehr und mehr zu geraten droht“ (20. September 1974).

Franz-Josef Strauß (CSU) spricht von „Recht und Pflicht der parlamentarischen und politischen Auseinandersetzung“ (13 März 1975). Dies hindert Hans-Günter Hoppe (FDP) nicht daran zu behaupten, gerade „Strauß hat den politischen Stil grundlegend gewandelt. Er ist jedenfalls dabei, die Werte auf den Kopf zu stellen. … Die Demokratie lebt aber von der offenen und fairen Auseinandersetzung. Ohne gegenseitige Achtung und ein Mindestmaß an Vertrauen ist eine konstruktive Politik nicht möglich“ (17. Dezember 1976).

Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) betont, dass im Kampf mit den Terroristen auch der parlamentarischen Politik eine Beschleunigung gelungen ist: „Wir haben gezeigt, daß der Rechtsstaat da, wo die Not es erfordert, schnell zu handeln und schnell zu reagieren vermag; aber wir wollen uns Inhalt, Tempo und Stil der Auseinandersetzung über unsere Gesetzgebungsarbeiten nicht von den von Terroristen gesetzten Daten vorschreiben lassen“ (6. Oktober 1977). Hugo Brandt (SPD) betont die Vorzüge des Parlaments in politischer Auseinandersetzung im Vergleich zu administrativen Mitteln (15. Februar 1979, Zitat in 8.3.2).

Auf der CDU-Seite sind Lobreden auf politische Auseinandersetzungen selten, eine Ausnahme ist jedoch Bundestagspräsident Philip Jenninger:

Die Duldung und Legitimierung von Minderheitspositionen in der politischen Auseinandersetzung in Form parlamentarischer Opposition sind deshalb unverwechselbare Kennzeichen freiheitlicher Ordnung. Niemandem wird zugemutet, sich einem unbe-

grenzten Verfügungsrecht zu unterwerfen. An den Schutz der elementaren Rechte der Person, an die Menschenrechte und Bürgerrechte bleibt auch die Mehrheit unter allen Umständen stets gebunden. (18. Februar 1987)

Die prozedurale Auseinandersetzung der Perspektiven wird hier mit dem modischen Begriff der Menschenrechte ersetzt, die eine Grenze für die skrupellose Mehrheitsherrschaft bildet. Da erscheint der Respekt für Gegner eher als Grenze der Auseinandersetzung statt als dessen Medium wie in dem oben zitierten parlamentarischen Modell für Erkenntnis.

8.3.5 Streit und Auseinandersetzung als politische Aktionen

Die Steigerung der Kontoverse um die politische Auseinandersetzung in den siebziger und achtziger Jahren verweist auf eine relativ kurze historische Konjunktur. Danach hat sich das Vokabular der Auseinandersetzung wieder der Bedeutung des politischen Streitens genähert, das ab den neunziger Jahren durchaus häufiger verwendet worden ist.

Die Kontroverse um die Mittel der politischen Auseinandersetzung der siebziger und achtziger Jahre verweist sowohl auf die *polity* als auch auf das *politicking.* Unterschiede im Politikstil zeigen sich darin, wie Gesetzesverletzungen behandelt werden sollen. Während die CDU ohne Zögern juristische Schritte und Verwaltungsmaßnahmen anzuwenden bereit war, blieben SPD, FDP und Grüne viel reservierter oder ablehnend. Norbert Mann (Grüne) formuliert die Pointe: „Wir GRÜNE halten ein solches politisches Gesinnungsstrafrecht für untauglich zur Auseinandersetzung mit dem Terrorismus. … Der politische Streit über den Sinn gewalttätiger Aktionen darf nicht mit dem Mittel des Strafrechts unterdrückt werden“ (8. November 1986).

Hier zeigen sich unterschiedliche Konzeptionen der *polity.* Für die einen ging es um die formale Verfassung und die Legalität der Handlungen, während die anderen über ein weiteres Verständnis der *polity* verfügten, wozu etwa die Fragen der häuslichen Gewalt gehörten. Während für die CDU jener Zeit *law and order* oberhalb der politischen Beurteilung lag, erkannte das *politicking* bei SPD und Grünen die Stildifferenz, auch jenen gegenüber, die im Namen bestimmter Policy-Ziele zu begrenzten Gesetzesverletzungen bereit waren. Der Berliner Grünen-Abgeordnete German Menenses Vogl formuliert die Strategie wie folgt: „Wenn die Politik der Deeskalation ein Abrücken von polizeistaatlichem Denken und Handeln bedeutet, wenn Deeskalation Dialog und Auseinandersetzung heißt, wenn Deeskalation eine soziale, kulturelle und politische Integration der Minderheiten und Ausgegrenzten in dieser Gesellschaft bedeutet, dann ist das der richtige Weg“ (10. Mai 1989).

Bis zu den frühen siebziger Jahren wurde auch politische Auseinandersetzung parlamentarisch verstanden, in den siebziger Jahren wurde der Begriff bei CDU-Hardlinern eng mit der Gewaltsamkeit verbunden. Lobreden auf politi-

sche Auseinandersetzung sind nach der Jahrhundertwende kaum mehr zu finden. Die Rede von der Auseinandersetzung ist noch drin, aber der Streit ist der Schlüsselbegriff, etwa bei Britta Haßelmann (Grüne, 25. Juni 2016, Zitat in 8.2.4).

Der Nuancenunterschied ist bemerkbar. In der politischen Auseinandersetzung sind die Personen der Akteure stärker, sie nehmen sich auseinander, während im Streit immer ein Thema oder ein Antrag auf der Agenda den Gegenstand bildet, zu dem die Akteure Stellung nehmen müssen.

Für die parlamentarische Auseinandersetzung bleibt die Distanz konstitutiv: Die Fragen werden sowohl in bestimmten geregelten Räumen als auch zeitlich getrennt voneinander behandelt (s. Palonen 2014b, 2018b). Wenn Aktionen wie Streiks, Demonstrationen, Hausbesetzungen, Sitzblockaden usw. in die Rede von Auseinandersetzung eingehen, geht die parlamentarische Distanz verloren und die Hemmschwelle der Gewaltanwendung sinkt, was wiederum die Gegenseite zu Kriminalisierung und polizeilichen Gegenmaßnahmen berechtigt.

Für ‚direkte Aktionen' der sechziger Jahre, wäre es möglich gewesen, Distanzen zwischen Personen einzuführen und sie parlamentarisch zu vermitteln. Hoffnungen dieser Art findet man etwa bei Minister Hans-Dietrich Genscher, der die Herausforderungen dieser neuen Aktionsformen betont. In diesem Sinne bedeutet die Parlamentarisierung der Grünen keine Anpassung ans ‚System', sondern ein Lernen der Politik der Distanz und der Bedeutung des Parlaments als Modell, dass die Bedeutung der direkten Aktionsformen relativiert oder auch von innen verwandelt.

Gegenüber der Gewaltbereitschaft sowohl der Rechtextremen als auch der RAF-Terroristen sind parlamentarische Auseinandersetzungen von begrenztem Wert. Wenn die Gewaltanwendung keine bloße *ultima ratio* für bestimmte Policy-Ziele ist, wie etwa für militante AKW-Gegner, sondern der bewaffnete Kampf einen Teil der Strategie mit der Annahme bildete, dass für diese ‚Militanten' das individuelle Leben keinen Wert an sich hat, kann es keine faire Auseinandersetzung geben.

8.4 Die Sprache des Gegeneinanderhandelns

Thematisch gehören das siebte und das achte Kapitel dieses Buchs eng zusammen: Beide verweisen auf gewisse Typen dissensualer Aktionen zwischen mehreren Akteuren als konstitutive Aspekte der parlamentarischen Politik. Diese Einsicht ist durchaus auch in den Plenardebatten des Deutschen Bundestags zu finden. Das Bestehen der Kontroversen und die Aktionen insbesondere des Beratens, Debattierens, Diskutierens und Streitens betonen den Dissens und verweisen auf unterschiedliche Aspekte der Kontroversen auf der

parlamentarischen Agenda, die zwischen den Abgeordneten als politische Akteure geführt werden.

Verhandeln, Beraten, Debattieren, Diskutieren und Entscheiden verweisen auf reine Typen der Kontroversen mit dem Parlamentsmodell, während Streiten und Auseinandersetzen das Verhältnis zwischen den Akteuren im Parlament behandeln. Der Gegenstand des Dissenses stellt eine persönliche Bindung zu den gegnerischen Akteuren her. Diese existentielle Dimension des Dissenses gilt sowohl dem Streit als auch der Auseinandersetzung, ist jedoch stärker bei der Rede von Auseinandersetzung, obwohl auch hier unter Abgeordneten das Parlament das Paradigma für das Dissenshandeln bildet. Die Vokabeln der Kontroverse verweisen auf die personelle Dimension des Agenda-Settings. Die Chance, das parlamentarische Modell mit dem persönlichen Engagement der Akteure zu erweitern, ist bei Streit stärker als bei Auseinandersetzung, die wie die Entscheidung, das Ende des Streits andeuten kann.

Die Periodisierung der Begriffe der Auseinandersetzung und des Streits muss verschiedene Formen ‚direkter' Aktion beachten. Man kann sich gut vorstellen, dass für situationistisch geprägte Denker um Rudi Dutschke die personale Dimension der Auseinandersetzung überragte und die prozedurale entweder in einer schiefen Karikatur präsentiert wurde (s. Agnoli 1967) oder unbekannt war (zum Politikverständnis der Studentenbewegung s. Greven 2011). Die legalistisch-administrative Strategie der CDU-Hardliner erschien diesem Denken gegenüber als politisch ratlos, während die SPD und die FDP auf die Erweiterung des parlamentarischen Modells setzten. Nach ihrer anfänglichen Skepsis haben die Grünen das parlamentarische Modell akzeptiert und sind in vieler Hinsicht zu dessen starken Befürwortern geworden.

Die Thematisierung der Gewalt in den siebziger und achtziger Jahren hat stillschweigend dazu geführt, dass das Lob der Auseinandersetzung als parlamentarischer Begriff etwas altmodisch geworden ist.

Konzeptionell bewegen sich die Belege für Kontroverse, Streit und Auseinandersetzung sowohl auf der Polity- als auch auf Politicking-Ebenen. Die *Law and order*-Hardliner wollen den Kreis der legitimen *polity* eingrenzen und verdächtigen in diesem Zusammenhang sowohl *politicking* als auch *politicisation.* Für die Gegenseite wird die *polity* auch mittels *politicking* im Sinne scharfer Auseinandersetzungen konstituiert und die Parlamentarisierung erhält Chancen zur *politicisation.*

9. Das Politikspiel

„Dem Deutschen ist es nicht leicht ums Herz, wenn er Politik treibt, weil er sich nicht zu spielen traut", schrieb Helmuth Plessner in seiner Schrift *Grenzen der Gemeinschaft* (1924, 22). Einige Jahre später sprach Hermann Kantorowicz in seinem Buch *Der Geist der englischen Politik* vom „Sportgeist im Parlament" (1929, 73), was in den deutschen Parlamenten fehlte. In England hatte schon Jeremy Bentham William Gerard Hamiltons Maximen (*Parliamentary Logick*, posthum publiziert 1808) vorgeworfen, dieser mache das Parlament zum bloßen *gaming house* (*The Book of Fallacies*, 1824, 483).

Diese historischen Verweise deuten auf die Dauer der Kontroversen im Umkreis der Rede von der Politik als Spiel (s. auch Trimçev 2018). Für die einen wäre es eine Beleidigung, Politiker als Spieler zu bezeichnen, für die anderen ist das Spiel ein Musterbeispiel für kontingentes Handeln wie in der Politik, in der alternative Handlungen immer möglich und Resultate ungewiss bleiben (s. Kapitel 12 in Palonen 2006). Während Dissens und Streit konstitutive Aspekte der Politik markieren, enthält die Rede vom Spiel ein Moment der Politik, in dem die Sprache und die Personen des Handelns eng miteinander verwoben sind.

9.1 Politik als Spielen

Gegen diesen Hintergrund lohnt es sich zu analysieren, inwieweit die Sprache des Spiels eine Herausforderung für die Bundestagsdebatte gebildet hat? Stimmt Plessners Beobachtung für die Debatten des Deutschen Bundestags? Hat sich im Laufe der 68 Jahre das Verhältnis zwischen Politik und Spiel unter den Abgeordneten verändert? Wie ist das Verhältnis des Spielaspekts zu den pejorativen, neutralen und aufwertenden, direkten und indirekten Gebrauchsweisen von Politik? Kann man von der Spielsprache als eine in der parlamentarischen Prozedur und Rhetorik eingebaute Perspektive zur Kontingenz der Politik im Deutschen Bundestag sprechen?

Der Begriff des Spiels bringt in die Politik das verbindende Moment zwischen dem Handeln und den Handelnden zum Ausdruck. Das Spiel verweist auf eine Kontingenz, die sowohl das Spielgenre auf der Agenda als auch die beteiligten Spieler umfasst: Politik als *Spielen* enthält eine anspruchsvolle und vielschichtige Perspektive, die die Eigenart der parlamentarischen Politik erhellt.

Ungleich meiner Terminologie in *The Struggle with Time* (2006) und die von Rieke Trimçev in *Politik als Spiel* (2018) verstehe ich nicht mehr das Spiel

als ‚eine Metapher' im Sinne einer besonderen Darstellung der Politik. Die Spielsprache dient nicht nur zur Veranschaulichung der Politik für andere, sondern gilt auch der Interpretation und Analyse des Handelns unter den Parlamentariern, obzwar diese Differenz nicht immer eindeutig oder den Akteuren bewusst ist. Hier analysiere ich Politik als Spiel, anderswo deute ich Spiel als Politik (zu Fußball als Politik s. Wiesner, Haapala und Palonen 2017, 215–222).

In *The Struggle with Time* habe ich Politik als *Play, Game* als den letzten Topos ausführlich mit akademischen, journalistischen und sonstigen Quellen behandelt sowie historisch bedeutsame Nuancen und Versionen der Spielsprache der Politik diskutiert. Bis zum gewissen Grad setze ich in diesem Kapitel die dort geführte Diskussion fort.

Die in die parlamentarische Politik eingebaute Spielsprache enthält die prozeduralen Regeln, die rhetorischen Schachzüge, die parlamentarischen Freiheiten der Abgeordneten, den Streit zwischen Regierung und Opposition bzw. Mehrheit vs. Minderheit oder die Zeit der Debatten in mehreren Runden (s. Palonen 2018b). Das Spielen bringt sie alle in Bewegung, es ist etwas, was man nur in der Praxis lernt und deswegen oft besonders schwierig, auf einen Begriff zu bringen. Mein Ansatz nähert sich Frage der Politik als parlamentarisches Spiel aus dem aktuellen Gebrauch der Spielsprache im Bundestag, und behandelt dabei einschließlich jene Spielausdrücke, die so trivial oder selbstverständlich erscheinen, dass man sie oft ‚tote Metaphern' nennt.

Auf den ersten Blick scheint die Rede von Politik als Spiel im Bundestag als überwiegend negativ bewertet, in der Regel mit einer impliziten, etwas paradoxen Verteidigung der Politik, die man vor der Denunziation als Spiel schützen möchte. Zu diesem Zweck genügt es nicht, die direkten Vergleiche zwischen Politik und Spiel zu notieren oder verschiedene Genres von Spielen – wie Theater, Roulette, Kartenspiele, Börse, Schach oder Fußball – miteinander zu vergleichen und zu analysieren.

In diesem Band habe ich ein ganzes Spektrum der Redeweisen als Verbindung zwischen Politik und Spiel identifiziert und analysiert. Dazu gehören auch Ausdrücke, wie „ins Spiel bringen", „sich aufs Spiel setzen", „eine Rolle spielen" oder die Erweiterung bzw. Verengung der ‚Spielräume', in denen das Spiel so trivial erscheint, eben als ‚tote Metapher'. Für die parlamentarische Politik eine besondere Bedeutung dürfte die Rede von ‚Spielregeln' und, damit zusammenhängend, das Prinzip des *Fair play* haben, die somit eine eigenständige Analyse verdienen.

Mit der digitalen Suche nach ‚politisch spielen' und ‚Politik-als-Spiel' sowie mit der Sammlung der Politik-und-Spiel-Ausdrücke aus meiner Zitatenauswahl habe ich 84 Debatten für diesen Topos identifiziert. Der Gebrauch des Spielvokabulars hat ungewöhnlich viele Polemiken oder sonstige Verweise auf die Debatten provoziert. ‚Politische Spielregeln' und *fair play* wurden zusätzlich gesucht.

9.2 Kritik an der Spielsprache

Wieder mit den Kritiken anfangend, unterscheide ich zwischen der direkten Ablehnung der Spielrede überhaupt, den Hinweisen auf die Gefahren und Risiken des Spiels und den Abgrenzungen der Spielsprache von der Politik. Die beiden letzteren Versionen erkennen die Spielsprache implizit an und begnügen sich damit, nach ihren Grenzen zu fragen.

9.2.1 Die Absage an die Spielsprache

In meinem Korpus der Debatten teilen sich scharf klingende Absagen an die Spielsprache der Politik grob in zwei Typen auf: entweder werden die politischen Gegner des Spielens bezichtigt oder die Redner wehren sich gegen Behauptungen, Spiele zu betreiben. In vielen Fällen sind beide Varianten möglich, und zwar mit verschiedenen Deutungen dessen, was als Spiel gilt und wie es sich zur Politik verhält. Dabei scheinen die Redner dennoch stillschweigend anzunehmen, dass von Politik mit der Spielsprache zu reden eine im Parlament weit verbreitete Praxis ist. Der Vorwurf, dass jemand politisch spielt, wird zwar nicht als unparlamentarische Sprache sanktioniert, aber trotzdem als eine Art Politikverachtung verstanden.

Eine Debatte zur Spielkritik fand im Kontext der geplanten Atombewaffnung für die Bundeswehr statt. Richard Jaeger (CSU) sagt: „Nun warte ich auf das ‚praktische Verhalten in den Aufgaben der Sicherung der Bundesrepublik' auf der Seite der Sozialdemokratischen Partei“ (21. März 1958). Dazu ruft Fritz Erler (SPD): „Ihre Politik gefährdet sie mit Atomspielereien“ (ebenda) und spielt dabei auf politische Gedankenspiele an, Atomwaffen anzuschaffen, die er für unrealistisch hält. Jaeger wehrt sich vehement gegen das Spielvokabular: „Herr Kollege Erler, an Spielen denkt kein Mensch. … Ich weiß jetzt nicht, ob Sie den Amerikanern Spielerei auf diesem Gebiet vorwerfen wollen. Aber angesichts des Ernstes dieser Bomben würde ich doch nicht von Spielerei reden. Die Zeiten, wo man Soldat spielte, wie man das früher nannte, sind weiß Gott vorbei, wenn es sie überhaupt gegeben hat“ (ebenda). Neben der Antwort auf Spekulationen notiert Jaeger also die alte Rede vom ‚Soldat spielen', die, im Gegensatz dazu, wie Erler andeutet, in der Bundesrepublik anachronistisch geworden ist. Damit deutet er das Spielen als Gegenbegriff für Gewaltanwendung und begreift das militärische Ernste als Gegensatz zum Spiel.

Einige Jahre später kommentiert Heinrich Deist (SPD), an Wirtschaftsminister Ludwig Erhard (CDU) adressiert, den Rücktritt des Chefs des Statistischen Bundesamts mit den Worten: „Bitte, ohne mich! Ich will nicht in dieses politische Spiel hineingebracht werden!“ Deist wirft also Erhard vor, für diesen Rücktritt als „ein unglückliches Ergebnis Ihrer Art, zu taktieren“ (5. April 1962). Mit Entrüstung wehrt sich Erhard: „Es ist auch ganz falsch zu sagen, ich

hätte ein ‚Spiel' getrieben. Nein, mir ist nicht zum Spielen, sondern sehr ernst zumute, und ich möchte mich nicht beschwichtigen lassen" (ebenda). Wieder sind verschiedene Nuancen im Spielbegriff möglich: Deist sieht, dass die Regierung in ihrem taktischen Spiel einen hohen Beamten geopfert hat, während Erhard, wie Jaeger, den Gegensatz zwischen dem Spiel und dem Ernst hervorhebt. Beide wenden sich gegen das *politicking* mit der Spielsprache.

Als Bundeskanzler klingt Ludwig Erhard (CDU) jedoch konzilianter: „Wir werden also, wie Sie so schön sagen, unser Spiel machen, und ich kann Sie nicht hindern, Ihr Spielchen weiter zu treiben" (17. Februar 1966). Er erkennt an, dass Regierung und Opposition in der Politik ein Spiel miteinander treiben, wehrt sich aber dagegen, dies mit dem spekulativen Börsenspiel zu vergleichen: „Die Frage, ob ich jetzt etwa à la baisse spekuliere, à la baisse eingestellt sei, kommt mir, muß ich sagen, etwas grotesk vor" (ebenda).

Erhard antwortet hier auf eine Rede des SPD-Wirtschaftsprofessors Karl Schiller am Tag zuvor. Die Experten der Bundesregierung hatten eine Preissteigerungsrate sowohl von 6 oder 4 Prozent in Erwägung gezogen, und Schiller fragte nach dem Standpunkt der Regierung: „Aber was gilt nun als regierungsamtlich? Wir insistieren, wir fragen ganz beharrlich: Soll das Konzert auf die ‚Sexte' oder auf die ‚Quart' abgestimmt werden? Oder soll ein Roulette veranstaltet – um ein anderes Bild zu gebrauchen –: 6 oder 4? Faites votre jeu, Messieurs!" (16. Februar 1966).

In der Debatte verwirft Hans Friederichs (FDP) das Spiel als solches:

> Wir haben einen Vormittag um 4 % oder 6 % gestritten. Herr Kollege Schiller hat in der ihm eigenen Art französisch zitiert: Faites votre jeu, Messieurs, an die Adresse der Bundesregierung. Herr Kollege Schiller, ich muß sagen, wenn Sie die Absicht haben … ‚votre jeu' zu spielen, dann möchte ich nicht Staatsbürger sein. Denn ich glaube, die Bundesregierung soll keine Spiele spielen, sondern sie soll politisch handeln. (17. Februar 1966)

Friederichs bleibt eine Antwort auf die Frage schuldig, warum die unsichere Prognose über zukünftige Voraussetzungen kein Teil des politischen Handelns sein sollte. Friederichs' Sicht verbindet Politik mit Ernst, Schiller dagegen sieht ein, wie die Abschätzung der Preissteigerungsrate die dem Spiel eigene Kontingenz voraussetzt: „Herr Kollege, ist Ihnen nicht bekannt, daß ich zuerst in meinem Beitrag die Regierung gefragt habe: ‚Was ist eure Politik?' und dann erst gesagt habe: ‚Ich kann das auch in einem Bild darstellen'? So kam die Sache mit dem Roulette. Das heißt, es geht um die politische Entscheidung, um das politische Spiel, um nichts anderes. Ein Bild zur Verdeutlichung werden Sie doch wohl nicht ablehnen" (ebenda).

Das politische Handeln setzt Entscheidung voraus, die Abschätzung der künftigen Preissteigerungsrate ist für Schiller ein Teil der Entscheidung und damit des politischen Handelns. Ebenso wenig wie Roulette kommt politisches

Handeln ohne Annahmen über die Situation aus, und da die eben unsicher sind, ist darin ein Spielmoment enthalten.

Auf Roulette verweist auch Hans-Georg Emde (FDP), als gefragt wurde, warum seine Partei verweigert, den Haushalt der Koalition Kiesinger-Brandt zu unterstützen: „Der Regierung in diesem Zustand den Haushalt zu genehmigen und die Gelder für die weitere Arbeit zu bewilligen, hieße, von der Opposition etwas Unmögliches verlangen. Es hieße für uns politisches Roulette spielen, denn in der Frage der Koalitions- und Kabinettsentscheidungen weiß niemand vorher zu sagen, wohin die Kugel rollt, ob auf rot oder auf schwarz“ (28. März 1969). Er spielt auf die Unvorhersehbarkeit von Politik an.

Den Gegensatz zwischen Spiel und Ernst trifft man im Bundestag auch später. Günther Jansen (SPD) kritisiert Wolfgang Ehmke (Grüne), dass dieser nicht daran festhalte, was er als Mitglied des Innenausschusses zum einstimmigen Votum zur ‚Nordseefrage' beigetragen habe und warnt ihn vor den Bürgern: „Die merken sonst, daß Sie Politik spielen und nicht ernsthaft praktizieren“ (4. Oktober 1984). Rose Götte (SPD) sagt: „Herr Staatssekretär, betrachten Sie bitte das, was ich jetzt sage, nicht als Provokation oder als parteipolitisches Spielchen**,** sondern nehmen Sie es bitte so ernst, wie ich es meine“ (27. Oktober 1989). Regine Schmidt-Zadel (SPD) betont, dass die ‚Sache' nicht gegen Betroffene geopfert werden darf: „Wir wollen hier in Bonn keine Spielereien mehr. Wir wollen Ernsthaftigkeit. Wir wollen auch nicht Schafskopf spielen. Wir wollen etwas für die Patientinnen und Patienten tun“ (10. Oktober 1996). Der Gegensatz zwischen Spiel und Ernst verweist in diesen Beispielen darauf, inwieweit die Mehrdeutigkeit der Sprache akzeptabel ist oder nicht.

Regierungsanhänger werfen der Opposition wiederholt das Spielen vor. Maria Flachsbarth (CDU) appelliert auf den Gegensatz Spiel vs. Ernst: „Ziel aller Bemühungen muss es sein, die Bevölkerung vor Ort und das Betriebspersonal jetzt und in Zukunft zu schützen und Vertrauen in die Verantwortlichen zurückzugewinnen. Das Thema ist zu ernst für politische Spielchen und Schuldzuweisungen“ (26. Juni 2008). Für Roderick Kiesewetter (CDU) ist die Eurokrise kein Spiel: „Es darf nicht, wie heute eine Zeitung titelte, der erste Dominostein fallen. Das ist kein Spiel; es ist etwas Hochernstes“ (10. Mai 2012).

Minister Horst Seehofer (CSU) kritisiert Horst Schmidbauer (SPD): „Aber wir sollten uns wegen der Betroffenen hier eines wesentlich seriöseren und ernsteren Umgangs mit dem Thema befleißigen und nicht ständig unsere parteipolitischen Spiele auf dem Rücken der Betroffenen austragen“ (19. Mai 1994). Zu beachten ist jedoch, dass Seehofer diese Spiele „unsere“ nennt, also das Spiel als eine für Parlamentarier, ihn selbst mitgerechnet, übliche Tätigkeit, die er jedoch einzuschränken anstrebt.

Die Asymmetrie, dass Regierungen das Spielen eingrenzen und die Oppositionen dies ausweiten möchten, ist in die parlamentarische Konstellation

eingebaut. Für Regierungen ist die vom Wahlresultat bestimmte Stabilität wichtig, während es für die Opposition (und die Hinterbänkler aller Parteien) wichtig ist, die spezifischen parlamentarischen Ressourcen zur Revision der Mehrheiten zu benutzen, d. h. das in die parlamentarische Geschäftsordnung und in etablierte Praktiken eingebaute Bespielbare so kompetent und imaginativ wie möglich zu nutzen.

Die heftigste Debatte im Bundestag um den Spielbegriff entstand zu deutschen Rüstungsexporten. Parlamentarischer Staatssekretär Christian Schmidt (CSU) bemerkt: „Das heißt auch, dass man mit den regionalen politischen Spielern bzw. den Ländern, die in dieser Region Verantwortung tragen, in einen Dialog eintreten muss" (6. Juli 2011). Joachim Pfeiffer (CDU) unterstützt ihn mit dem Fußballvokabular: „Fakt ist darüber hinaus, dass wir schlecht beraten wären, wenn wir als Deutschland vom Platz gingen, bevor das Spiel angepfiffen ist, und uns nachher wunderten, dass wir nicht mitspielen dürfen. Deshalb halte ich es allemal für besser, im Spiel zu bleiben. Dann können wir auch Fragen zu Menschenrechten in die Diskussion einbringen" (ebenda). Obwohl dieses Spiel schmutzig ist, andere Mächte spielen es jedenfalls, und Pfeiffer findet es weniger klug, ‚vom Platz zu gehen'. Diese Beispiele provozierten Widerreden in Zwischenrufen und Wortmeldungen:

> Das ist kein Spiel! (Omid Nouripour, Grüne) …
> Herr Pfeiffer spielt mit Panzern! Unglaublich! (Jan van Aken, Linke)
> Diesmal geht es um Kampfpanzer des 21. Jahrhunderts. Das, Herr Pfeiffer, ist kein Spielzeug (Katja Keul, Grüne)
> Frau Keul, Sie sagten, Panzer seien kein Spielzeug. Da haben Sie natürlich völlig recht. Aber ich darf Ihnen einmal vorlesen, was unter Ihrer Regierung an Saudi-Arabien geliefert worden ist: Auch das sind, verehrte Kollegin Keul, keine Spielzeuge (Rainer Stinner, FDP). (ebenda)

Hier zeigen sich wieder unterschiedliche Spielbegriffe. Pfeiffer und Stinner reden vom weltpolitischen Spiel der Mächte, einschließlich Waffen als Mittel der Rüstungspolitik. Die Kritiker verweisen mit dem Spielzeugparadigma auf die Gewaltlosigkeit des Spielens als Genre des *politicking.*

Der Appell an den Ernst legitimiert den Vorrang der ‚Sache', d. h. der *policy*, gegenüber *politicking* als Spiel. Die Kritiker nehmen an, dass es gewisse Prinzipien gibt, die für die Wählerschaft allzu ernst sind, um dem im Parlament praktizierten taktischen Spiel ausgesetzt zu werden. Diese Redner zählen in der parlamentarischen Praxis jedoch eher zu Ausnahmen als zu Regeln.

Um die Rhetorik gegen das Spielen zu stärken, werden die Handlungen politischer Gegner mit den Diminutiven Spielchen und Spielerei abgewertet. Vom ‚Spielchen' sprechen – neben Erhard, Götte und Flachsbart – Werner Zywietz (FDP): „Wir … dürfen keine kleinen Spielchen in persönlichen Eitelkeiten oder irgendwelchen Nischen betreiben" (23. November 1993), Gero Pfenning (CDU): „Die SPD sollte endlich einmal verstehen, daß es in der Maastricht-II-Konferenz und auch bei der Währungsunion um Themen geht,

die zu wichtig sind, als daß man damit tagespolitische oder wahltaktische Spielchen treibt“ (10. Oktober 1996) ebenso wie Franziska Eichstädt-Bohlig (Grüne): „Wollen die Antragsteller, die nun schon seit fünf Jahren betriebenen vielen Verzögerungsspielchen zum Dauerspielzeug machen und betreiben eine bewußte Desorientierung der Bürger“ (ebenda).

Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) bemerkte zu zeitlich befristeten Arbeitsverträgen: „Es darf aber nicht sein, dass dann das Spielchen mit den sechs Monaten wieder losgeht“ (13. September 2000; s. auch Klaus-Jürgen Hedrich, CDU, ebenda; Hans-Peter Kemper, SPD, 12. Oktober 2001; Ulrike Höfken, Grüne, 26. November 2004; Martin Zeil, FDP, 8. Mai 2008; Volker Kauder, CDU, 10. Mai 2012; Steffen Bilger, CDU, 17. Januar 2013; Torsten Staffelt, FDP, 5. Juni 2013; Michael Fuchs, CDU, 8. Mai 2014; Thorsten Hoffmann, CDU, 17. Dezember 2015). Das Diminutiv wertet entweder den Umfang oder die Qualität des Spiels ab.

Von der Spielerei sprechen (neben Fritz Erler und Regina Schmidt-Zadel) auch Renate Künast (Grüne): „Die Zeit der Spielereien muss zu Ende sein, auch für den smarten Herrn Guttenberg, der am Times Square herumturnt“ (19. März 2009) und Sonja Steffen (SPD): „Wahltaktische Spielereien und breite Diskussionen über Personen im Vorfeld sollte es nicht geben“ (1. Juni 2017). Auch hier, auf das *politicking* bezogen, sind Spiel und Ernst oder Taktik und Sache Gegenbegriffe zueinander, was, oxymoronisch gesprochen, seriösere Spiele nicht ausschließt.

Der Gegensatz zwischen Regierung und Opposition bietet institutionelle Gründe für die Anerkennung der Spielsprache als Bestandteil der parlamentarischen Praxis. Deswegen sind Begrenzungen der Spielsprache interessanter als ihre scheinbar komplette Ablehnung.

9.2.2 Gefahren und Risiken des Spiels

Zur Kritik des Spielens werden in den Bundestagsdebatten primär zweierlei Mittel benutzt. Eines sind die normativen Abgrenzungen vom Spielen der politischen Gegner, also der Parteien, der einzelnen Abgeordnete oder auch fremder Mächte. Das andere sind Anklagen, dass diese Spiele Gefahren und Risiken enthalten, über die die Akteure nicht selbst sprechen. Beide zielen auf die Eingrenzung des *politicking*, im ersten Fall im Namen der *policy,* im zweiten Fall mit Berufung auf die *polity.*

Spiel wird namentlich der Verantwortung für die Folgen entgegengestellt. Hans-Joachim v. Merkatz (DP) rügt „die Verführungskünste der verantwortungslosen politischen Spieler“ (23. Februar 1950). Die fehlende Verantwortung kritisiert später Franziska Eichstädt-Bohlig (Grüne): „Ich finde es politisch wirklich unverantwortlich, mit den Sorgen der Menschen hier und mit den Sorgen und Hoffnungen der Menschen … wahltaktische Spiele zu treiben“

(10. Oktober 1996). Gerhard Schick (Grüne) vergleicht die Wirtschafts- und Finanzminister der schwarz-gelben Koalition mit Spekulanten: „Aber es gibt zurzeit nur zwei Berufsgruppen, die mit der Angst der Menschen vor Inflation unverantwortlich spielen: Das sind windige Anlageberater und das sind Politiker der Koalition" (17. Januar 2013). Gemeinsam ist diesen Aussagen die Sorge für die unvorhersehbaren und unkontrollierbaren Folgen des Spiels. Dies kann als eine Abschwächung des Pathos des Ernstes verstanden werden.

In der Rede vom gefährlichen Spiel kann entweder das Spiel gefährliche Konsequenzen haben oder das Spiel selbst gefährlich sein. Ein Beispiel des ersteren bietet Anton Besold (BP): „Wir haben vor allem die große Sorge, daß mit wachsendem militärischem Potential eines Tages nicht eine Politik des Gleichgewichts und der Friedenssicherung, sondern eine Politik gefährlichen Spiels mit dem Kräftepotential gemacht wird" (19. März 1953). Besold erkennt das ständige Spiel der Großmächte um das Gleichgewicht an, sieht aber im aktuellen Rüstungswettlauf Gefahren, dass das Spiel unkontrollierbar wird und den Rahmen der Machtbalance sprengt.

Fast ein halbes Jahrzehnt später sprach Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) von gefährlichen Konsequenzen des Spiels. Besorgt um die Arbeitslosigkeit mahnt er: „Alle, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, ob sie in den Medien, in der Wirtschaft oder in der Politik tätig sind: Lasst das gefährliche Spiel mit dieser Kampagne" (13. September 2000). Auf die unerwünschten Folgen verweist auch Uwe Hicksch (PDS), für den „der rechte Teil der CDU/CSU" den Gegenstand seiner Kritik bildet: „Sie betreiben ein gefährliches Spiel. Sie zünden etwas an, das das, was wir täglich erleben, nämlich den Nationalismus in seiner brutalsten Form, vorantreibt" (28. November 2000). Ein gefährliches Spiel ist ein Spiel mit zu hohen Risiken.

Das vorhandene Spiel selbst sieht Friedrich Ostendorff (Grüne) als gefährlich an: „Nicht zuletzt spielen wir ein gefährliches Spiel, indem wir Tiere kreuz und quer durch Europa und bis an den Ural karren" (10. Mai 2012). Das Spiel mit den Tieren enthält zu hohe Risiken, um akzeptabel zu sein.

Das Spiel mit Feuer ist eine beliebte Metapher für die Gefahren. Bruno Friedrich (SPD) benutzt sie gegen Richard v. Weizsäcker (CDU): „Wissen Sie eigentlich, mit welchem Feuer Sie spielen, wenn Sie die Sprengkraft der nationalen deutschen Frage ganz bewußt ins politische Spiel bringen" (24. Januar 1978). Nach dem Mauerfall behauptet Antje Vollmer (Grüne): „Helmut Kohl und die bundesdeutsche Politik spielen mit dem Feuer" (14. Dezember 1989). Minister Norbert Blüm (CDU) spricht von der Feuerwehr, die für die Sozialpolitik nicht reicht: „Haben wir uns davor gehütet, nur die Feuerwehr zu spielen, haben wir uns davor gehütet, nur eine Sozialpolitik aus dem Handgelenk zu machen" (11. November 1982). Hier sind durchaus Parallelen zu Forderungen wie Feuerwerke der Fußballfans im Stadion zu verbieten, um die Spiele zulassen zu können.

Würde ist ein moralischer Begriff der Spielkritik. Rudolf Purps (SPD) benutzt sie gegen die CSU: „Da drängt sich doch die Frage auf, ob nicht von Ihnen in der Vergangenheit ein politisch unwürdiges Spiel getrieben worden ist". (11. November 1982) Auf denselben Topos beruft sich Fritz Schumann (Linke): „Das Verhandeln über die Bundeszuschüsse für die Alterssicherung der Bauern ist ein unwürdiges, dem Fleiß und den Leistungen der Landwirte nicht angemessenes politisches Spiel" (19. Mai 1994). Othmar Schreiner (SPD) bemerkt zur Rentenpolitik: „Ich glaube, es handelt sich hier, Herr Kollege Blüm, um ein wirklich unwürdiges taktisches Spiel" (11. September 1997). Zu notieren ist, dass mit der Würde nur bestimmte Spielmittel ausgeschlossen, nicht ein Verbot des Spiels gefordert werden sollten.

Diese Beispiele beziehen sich primär gegen das *politicking,* während Alexander Bonde (Grüne) auf die *polity* bezogen der Bundesratsmehrheit unter der Regierung Schröder vorwarf: „Das Problem war, dass die rechte Seite dieses Hauses und der Bundesrat das verhindert haben. Machen Sie endlich mit und beenden Sie dieses unwürdige Spiel zum Schaden unseres Landes" (26. November 2004). Peter Struck (SPD) verwendete gar zwei moralische Termini: „Das ist ein miserables politisches Spiel mit der Angst und der Sorge der Menschen … Klar ist nur, daß Sie hier ein mieses politisches Spiel treiben" (13. Februar 1992). Wieder wollen die Redner nur einige Spielmittel ausschließen, kein Spielverbot.

Moral- und Folgenkritik verbindet Eugen Gerstenmeier (CDU) in einer Warnung, „daß es auch nach unserem Willen lebensgefährlich ist, in deutschen Landen alte gewaltpolitische Spiele und verbrecherische Instinkte neu zu betätigen, und daß wir sogar das Spiel mit derartigen Gedanken unter Strafe gestellt sehen möchten" (23. Februar 1950). Er verbindet also Spiel mit Gewaltlosigkeit. Gisela Babel (FDP) benutzt auch eine dualistische Kritik am Spielen: „Mit dieser Beschwichtigungspolitik nach dem Motto ‚Wir müssen nicht sparen; wir holen uns das fehlende Geld' treiben Sie ein schlimmes Spiel" (11. September 1997).

‚Redlich' und ‚falsch' sind beliebte Ausdrücke der Spielkritik. Den ersten benutzt Fritz Kuhn (Grüne): „Sie spielen ein unredliches politisches Spiel mit den Behauptungen, dass die Dauerarbeitslosen das soziale Sicherungssystem missbrauchen würden" (1. Juni 2006), den zweiten Sahra Wagenknecht (Linke): „Ich muss sagen, dieses Abschiedsgeschenk der Großen Koalition ist so vergiftet, dass man wirklich nur hoffen kann, dass möglichst viele Wähler Ihr falsches Spiel durchschauen" (1. Juni 2017). Bei beiden wiegt das Moralpathos stärker als die Regelwidrigkeit.

Werner Schulz (Grüne) klagt aber die Verletzung der fairen Spielregeln an: „Am Beispiel der Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrages zeigt sich, daß die Bundesregierung mit gezinkten Karten spielt … Mit billigen Taschenspielertricks versucht sich der Finanzminister am finanzpolitischen Offenbarungseid in Brüssel vorbeizumogeln" (23. November 1993). Er macht

also einige fragwürdige Spielzüge durchsichtig, um ihre politische Legitimität zu bestreiten.

Unerwünschte Folgen des Spiels entstehen auch, wenn jemand schlecht spielt. Karl Carstens' (CDU) Kritik an Bundeskanzler Schmidt ist davon ein Musterbeispiel: „Das ist eine schlechte Politik. … Durch diese Politik spielen Sie genau denen in die Hände, die weniger an den Kontakten der Bevölkerung der DDR mit uns interessiert sind" (11. Dezember 1974). Für Carstens ist Helmut Schmidt ein schlechter Spieler, der jedoch nichts davon weiß. Mit einem Kartenspielbeispiel veranschaulicht Minister Norbert Blüm (CDU) die ständige Gefahr, wegen schlechten Spiels zu verlieren: „Ich denke, es ist niemand im Saal, der sich damit begnügt, parteipolitisch Schwarzer Peter zu spielen. Das wäre für die Arbeitslosen ein trauriges Spiel" (3. Februar 1994). Vom schlechten Spiel sind vor allem Dritte betroffen.

Vom gegenseitigen Ausspielen der Betroffenen spricht explizit Kirstin Takmann (Linke): „Linke Politik bedeutet, soziale, ökologische und wirtschaftliche Interessen nicht gegeneinander auszuspielen, sondern gemeinsam zu denken, erst recht in den ländlichen Räumen (1. Juni 2006). Die gegnerischen Akteure werden also von außenstehenden Dritten ausgespielt. Ein Gegenpol dafür ist die Gefahr, dass gerade die nicht im Spiel beteiligten Dritten die Verlierer sind (s. Ernst Lemmer, Zitat in 9.3.2).

Das Verb verspielen verweist auf verlorene Gelegenheiten. Florian Toncar (FDP) spricht von verspielten Chancen der Bundesregierung: „Bundeskanzlerin Merkel und Bundesaußenminister Steinmeier stehen hier in der Pflicht, politisches Kapital zurück zu erlangen, welches in der Startphase des Verhandlungsprozesses leichtfertig von deutscher Seite verspielt wurde, als man Ausnahmen für vermeintlich ungefährliche Streumunition schaffen wollte" (19. März 2009). Annette Hübinger (CDU) deutet auf die Gefahr, dass die EU Gelegenheiten verspielt: „Dieser neue Versuch der Kommission darf daher nicht zu einem weiteren Lippenbekenntnis werden. Worten müssen Taten folgen. Ansonsten verspielen wir, das heißt die EU und die Mitgliedstaaten, die europäische Reputation im entwicklungspolitischen Bereich" (10. Mai 2012). Hübinger verschiebt mit dem EU-Wir die *polity* auf die Unionsebene. In diesen Beispielen kommt die Kritik an verpassten Gelegenheiten von der ‚Wir'-Seite.

Keiner dieser Belege lehnt das Spielen schlechthin ab, sondern die Redner erkennen an, dass das Spielen zur Politik gehört, dass *politicking* nicht abgeschafft werden kann oder darf. Das Spiel darf jedoch nicht aus den Händen gleiten und an sich unverantwortlich werden oder unkontrollierbare Folgen haben. Gewisse Spielmittel sollen ausgeschlossen und Spielregeln verschärft werden.

9.2.3 Eingrenzung des Spiels

Mit einem Schachbeispiel markiert Alexander Bonde (Grüne), wie Unionspolitiker ausgespielt worden sind: „Seehofer und Merz sind vom Spielfeld. Die Schachspieler unter uns kennen die Situation: Wenn man ein Damenopfer vorbereitet, müssen zwei bis drei Figuren vom Feld“ (26. November 2004). Von außen spielt man eben nicht. Ruprecht Polenz (CDU) deutet die Stellung Europas in der Weltpolitik wie folgt: „Europa hat in dieser multipolaren Welt nur die Wahl, entweder als Mitspieler zu agieren oder Spielfeld zu sein, das sich die anderen untereinander aufteilen“ (10. Februar 2012) .Hier steht die Wahl, entweder Akteur oder Spielfeld zu sein: Wer nicht ein Spieler sein will oder kann, wird zum Spielfeld der anderen degradiert.

Ein anderes Wort für das passive Element ist Spielmasse. Dazu sagt Jürgen Rüttgers (CDU): „Die Reform der deutschen Hochschulen soll, wenn es nach der SPD geht, zur Spielmasse der Wahlkampfstrategen werden“ (13. Februar 1998). Dies kann man auch als eine Kritik an der kompletten Unterordnung der *policy* unter dem *politicking* verstehen, als eine Tendenz, alles von Parteistandpunkten her zu betrachten.

Politische Gegner können auch so ausgespielt werden, dass sie auf sekundäre Spielwiesen ausgewiesen werden oder dort freiwillig bleiben. Klaus Daweke (CDU) ironisiert die politische Schwerpunktsetzung der abgewählten sozial-liberalen Koalition gegen die linken Hinterbänkler, „als man …[ihnen] sozusagen die Spielwiese Bildungspolitik gegeben hat, damit sie den Kanzler in der Wirtschafts- und Finanzpolitik sonst in Ruhe ließen“ (11. November 1982) Diese Spielwiese im politischen Abseits hat nach Daweke den Regierungswechsel zu Kohl erleichtert. Dietrich Austermann (CDU) kritisiert an den Grünen die Überbetonung marginaler Fragen: „Das … geht über die ideologischen Spielwiesen, von denen es gerade in der Haushaltspolitik der Grünen besonders viele gibt“ (7. September 2004) Mit der Verweisung auf eigene Spielwiesen werden also Spieler marginalisiert.

Wolfgang Götzer (CSU) benutzt das Wort für den rot-grünen Missbrauch der Rechtspolitik, so „ist es mir natürlich lieber, dass weniger passiert, bevor Rot-Grün die Rechtspolitik als ideologische Spielwiese zur Gesellschaftsveränderung nutzt“ (ebenda). Rainer Brüderle (FDP), warnt davor, eine neue Spielwiese zu schaffen: „Kein Grund, Industriepolitikern eine Spielwiese für staatliche Eingriffe in die Wirtschaft zu schaffen“ (26. Juni 2008). Diese Beiträge polemisieren gegen die Gefahren der *politicisation*, halten jedoch die bevorzugten Nebenschauplätze der Gegner für harmlos. Diese Beispiele setzen voraus, dass die bestimmte Rangordnung der Spielplätze, d. h. der Fragen auf der Tagesordnung, ihre politische Bedeutung beibehält.

Eine andere Nuance betont Martin Zeil (FDP) im Verhältnis der EU-Institutionen nach dem Lissabon-Vertrag: „Sie entwerten mit dieser Ängstlichkeit das ganze Projekt, indem Sie dem neuen Rat mit Absicht hier nur eine abge-

grenzte Spielwiese zuweisen, das Parlament nicht an der Besetzung beteiligen, sondern diese auf Regierungsebene auskungeln, und jedes Risiko, sich für Bürokratiekosten rechtfertigen zu müssen, vermeiden wollen" (1. Juni 2006). Er stellt die vorhandene ‚Gewaltenteilung' in der EU, gar die Existenz des Europäischen Rats überhaupt, in Frage, sowohl dessen abgegrenzten Machtbereich als auch das Fehlen der parlamentarischen Kontrolle. Zeil erhebt mit seiner ironischen Rede von der Spielwiese also den Anspruch, die vorhandene Rangordnung der EU-Institutionen als *polity* in Frage zu stellen.

Dass die Akteure zum Spielball degradiert werden, wird erst ab den neunziger Jahren angesprochen. Den Terminus benutzt Ulrich Klinkerts (CDU) gegen die *politicisation:* „Die Bedeutung der mit dem Treibhauseffekt verbundenen Fragen verbietet es, das Thema wahltaktischem Kalkül zu unterwerfen und zum Spielball polemischer Auseinandersetzungen zu machen" (25. April 1991). Werner Hoyer (FDP) deutet in Afghanistan dubiose Interessen im Spiel an: „Aber es sind ja gerade diese enormen Ressourcen, die Bodenschätze, die dieses Land schon so lange zum Spielball von Kolonialherren, von Interessenvertretern aus aller Welt und von korrupten Machteliten im eigenen Land machen" (1. Juni 2006). Politik erscheint also als ein Spiel mit mehreren Bällen, aber neue Bälle darf man nicht unbestraft einführen.

Antje-Marie Steen (SPD) warnt ebenfalls vor einer Kapitulation vor etablierten Interessen: „Der europaweit vorsorgende Gesundheits- und Verbraucherschutz darf nicht hinter den ökonomischen Interessen der Fleischerzeuger zurückstehen. Schon gar nicht darf er zum Spielball internationaler politischer Machtinteressen werden" (23. Mai 1996). Auf den Spielball von ‚Interessen' verweisen auch Ruth Fuchs (PDS): „Frau Ministerin … Passen Sie aber auf, dass Sie nicht zum Spielball der Gewinn- und Einkommensinteressen der Hauptakteure im Gesundheitswesen werden!" (22. Juni 2001), Gesine Lötzsch (Linke): „So kann die öffentlich-rechtliche Bank zum Spielball von politischen Interessen werden. Das ist keine gute Entwicklung" (21. März 2013) und Cornelia Möhring (Linke): „Das ist doch im Kern die Wiederkehr einer Bevölkerungspolitik, in der Selbstbestimmungsrechte von Frauen zum Spielball ganz anderer Interessen werden" (25. September 2014). Diese Reden der PDS/Linken-Abgeordneten verteidigen die Eigenständigkeit der Policy-Fragen gegen das Politicking-Spiel. Hier ist also die Pointe, dass Politik nicht mit den Bällen privater Interessenten gespielt werden darf.

Die Verweigerung, ein Spielball zu werden, findet man bei Jan Marco Luczak (CDU): „Ich möchte mich allerdings nicht zum Spielball von taktischen und parteipolitisch motivierten Manövern der Opposition machen lassen" (17. Januar 2013). Bei Dirk Niebel (FDP) heißt es: „Die Arbeitsmarktpolitik dieser Regierung ist seit fast drei Jahren zum Spielball rückwärtsgewandter Gewerkschaftsideologien geworden" (5. Juli 2001). Auch hier geht es um das *politicking*, in dem Sinne, dass politische Akteure ihre spezifischen Lieb-

lingsstile haben, die sie als Machtanteile im Politikspiel benutzen, auch mit der Gefahr, von anderen ausgespielt zu werden.

Eine weitere Abgrenzung besteht in Deklarationen, für sich selbst oder für die eigene Partei, bestimmte Spiele „nicht mitzumachen". Zur Preissteigerungsrate sagt Hans Friederichs (FDP): „Ich spiele Ihr Spiel 4 oder 6 nicht mit" (17. Februar 1966). Wilhelm Born (FDP) betont während der ersten großen Koalition, „daß meine Fraktion eine deutsche Beteiligung am atomaren politischen Spiel ausgeschaltet wissen möchte, und dies beiderseits der Demarkationslinie" (27. April 1967). Diese sind also politische exit-Optionen, Drohungen der Spielerstreiks in außerordentlichen Situationen.

Später bemerkt Günter Verheugen (SPD) zum Streit zwischen Außen- und Innenministerien: „Wir jedenfalls wollen dieses Spiel zwischen den zwei Häusern nicht länger mitmachen" (22. November 1988). Er will also nicht, dass die SPD sich neutral verhält, sondern diesen wenig sinnvollen Streit beenden. Gregor Gysi (PDS) parodiert die Klientelpolitik der FDP: „Aber Sie werden begreifen, daß andere Parteien dieses Spiel nicht mitmachen" (23. Mai 1996). Er ermahnt die FDP, endlich mit dieser Art der Klientelpolitik aufzuhören. Politiker können also auf bestimmte Spielgenres verzichten.

Fritz Kuhn (Grüne) polemisiert dagegen, dass die SPD nicht mitmacht: „Die Bundesagentur für Arbeit hockt auf diesen Mitteln und versucht sie einzusparen. Sie können mir nicht erzählen, dass dies nicht ein verdecktes Spiel ist, bei dem Sie nicht mitmachen. Sie müssen das Fördern jetzt endlich auf den Weg bringen, sonst wird aus dieser Geschichte nichts". (1. Juni 2006) Für ihn bedeutet ‚nicht mitmachen' hier ein Mangel an politischer Verantwortung und damit ein Fehlverhalten der Regierungspartei. Ein Spielverzicht ist auch das Auslassen eines Zuges in der Serie von Spielen, aus denen etwa die Wahlperiode besteht, nach Kuhn ein Verhalten, mit dem Chancen verspielt werden.

In allen Beispielen ist das ‚Nicht mitspielen' eine Ausnahme, die eine spezielle Begründung benötigt, um von den eigenen Chancen im Spiel abzusehen. Das Spielen wird gerade deswegen indirekt als eine für die Politik dauernd erforderliche Aktivität im Sinne des *politicking* anerkannt. Die denkbare, z. B. von Sartre in *Critique de la raison dialectique* (1960, s. Palonen 1992) aktivierte Möglichkeit, zum Spielball anderer zu werden, d. h. mit dem Einsatz der eigenen Person indirekte Wege zum politischen Wandel zu gehen, habe ich in den Bundestagsdebatten nicht gefunden.

9.3 Akzeptieren des Spiels

Von den Zweifeln am Spielbegriff für Politik unterscheiden sich jene Redeweisen, die das Spiel offen als Teil der Politik akzeptieren, unabhängig davon,

dass bestimmte normative Bedenken gegen das Spiel weiter bestehen. Von diesen Typen der Belege in den Bundestagsreden gibt es auch Topoi, in denen entweder der Grad oder die Art der Spielakzeptanz jeweils verschieden ist.

9.3.1 Das übliche Spiel

Mit leichter Ironie wird die Allgegenwart des Spielens in der Politik mehrfach mit der Redewendung ‚das übliche Spiel' angedeutet. Die Formel entspricht grob dem englischen Ausdruck *politics as usual*, in den Bundestagsdebatten wird sie aber erst ab ca. 2000 benutzt

Der früheste Benutzer in meinem Korpus war Außenminister Joschka Fischer (Grüne). Er spricht von Konflikten im ehemals sowjetischen Kaukasus und Zentralasien und diskutiert die Alternativen der deutschen Politik im Verhältnis zu ihnen: „Hier wird natürlich ein bestimmtes politisches Spiel gespielt. Ich möchte darauf nicht näher eingehen, warne aber davor, dies einseitig zu verankern" (22. Juni 2001). Fischer verweist auf das Spiel der großen Mächte, ohne *a priori* die Gewalt aus dem Spielbegriff auszuschließen, wie es seine Parteifreunde später in der zitierten Debatte zu Waffenkäufen taten. Er deutet die Möglichkeit an, dass auch die Bundesregierung eben das übliche Spiel mitspielen könnte:

> Eine stärkere Rolle der Vereinten Nationen setzt mehr Geld voraus. Wir können natürlich das übliche Spiel machen: Wir fordern zum einen in den Fachdebatten für alles mehr Geld … zum anderen fordern wir Steuersenkungen und dieses und jenes für die verschiedenen Sektoren … und dann, wenn wir einen Strich darunter machen, stellen wir fest, dass dabei illusorische Zahlen herauskommen. So etwas wird weder von der Bevölkerung noch von uns selber ernst genommen. (ebenda)

Das übliche Spiel erschien Fischer als eines, das maximale Forderungen mit dem realistischen Zugeständnis an das knappe Geld verbindet. Für Fischer ist dieses Spiel zu einfach und durchsichtig, und es kann zu Politikverdrossenheit und zu Schwierigkeiten im Selbstverständnis der Politiker beitragen. Um dies zu vermeiden, muss man nicht Ansprüche verkürzen, sondern Schwerpunkte und Rangordnungen anders setzen. Fischer möchte das übliche Spiel vermeiden, ohne genauere Kriterien für das komplexere oder anspruchsvollere Spiel anzudeuten.

Pascal Kober (FDP) parodiert den zu leichten Spielmodus der Opposition – die FDP war der Koalitionspartner in der Regierung Merkel: „Es scheint mir eher ein übliches politisches Spiel zu sein, den jeweils Regierenden unlautere Methoden vorzuwerfen" (21. März 2013). Für beide Seiten ist das übliche Spiel zu vorhersehbar, sie müssten etwas Besseres finden. Das übliche Spiel zwischen Regierung und Opposition lehnt auch Markus Weinberg (CDU) vehement ab, „dass ich das taktische Spiel der Opposition ablehne und mich davon

nicht unter Druck setzen lasse“ (17. Januar 2013). Hier verwirft er bloß die Opposition für *politicking.*

Rainer Stinner (FDP) benutzt ‚das übliche Spiel' weniger ironisch als Kompromiss: „Dies führt eben nicht dazu, dass in der politischen Diskussion das übliche politische Spiel der Kompromissfindung, des Gebens und Nehmens sowie des Ausgleichs eine Rolle spielt“ (26. November 2004). Mit dem Beispiel Bosnien-Herzegowina betont er, dass ohne Kompromisse keine Politik möglich ist, und das Ringen um sie eben als *politics-as-usual* zu verstehen ist.

Eine Kritik am ‚alten Spiel' in Afghanistan übt Agniezka Brugger (Grüne):

> Statt den Afghaninnen und Afghanen wirtschaftliche Perspektiven zu geben, statt für mehr Sicherheit zu sorgen, statt den Verhandlungsprozess mit den bewaffneten Gruppen voranzutreiben, statt endlich einen besseren Staat aufzubauen, treiben die Akteure das alte Spiel der Machtkämpfe, der Klientelpolitik und der Korruption weiter. Diese Art der schlechten Regierungsführung ist seit Jahrzehnten eines der zentralen Probleme und auch ein Grund, warum die Situation heute so düster ist. (15. Dezember 2015)

Für diese Aussage gibt es zwei mögliche Interpretationen. Entweder gibt es in Afghanistan kein den westlichen Ländern vergleichbares übliches Politikspiel mit freien, gleichen und fairen Wahlen, mächtigen Parlamenten und etablierten Parteien, aber man sollte es einführen. Oder es gibt es nur in seinen korrupten und gewaltsamen Auswüchsen, die die ironische Distanz der zitierten Stelle besser verständlich macht.

Zu üblichen Spielen zwischen Großmächten sagt Carlo Schmid (SPD): „Die Resolution spricht noch weiter von der besonderen Rolle, die die Großmächte bei dieser Politik spielen sollen“ (22. März 1956), die jedoch nicht verhindern sollten, dass andere Mächte, wie die Bundesrepublik, auch mitspielen:

> Die Nicht-Großmächte können in diesem Prozeß durchaus etwas tun. Sie können dabei eine sehr wichtige Rolle spielen. Sie können nämlich durch die ihnen mögliche Politik, die Politik der Großmächte in Bewegung und in die richtige Richtung bringen. Diese Aufgabe und Möglichkeit sollte man in der Bundesrepublik nicht übersehen. Die Bundesregierung, die Bundesrepublik hat die Möglichkeit, auf die Politik der Großmächte Einfluß zu nehmen; sie kann ihre Richtung zum mindesten mit bestimmen. (ebenda)

Schmid ermahnt dazu, dass die Bundesrepublik auf die Großmächte Einfluss nehmen sollte und diese nicht eine geschlossene Liga unter sich spielen lassen sollte, auf die andere Mächte keinen Einfluss nehmen könnten.

Kritik der Parteipolitik im Parlament aus der Sicht der Staatsräson übt etwa Franz-Josef Strauß (CSU) als Finanzminister der Regierung Kiesinger-Brandt:

> Umgekehrt haben die schnell zunehmenden Steuererträge auf politischer Seite zu dem Aberglauben geführt, der moderne Staat könne schlechthin alles finanzieren, es gebe dafür keine Grenzen mehr. An dem Spiel haben sich alle Kräfte und Kreise dieses Hauses beteiligt, gleichgültig auf welcher Seite – der Opposition oder der Regierungslinie – sie sich befunden haben. (28. März 1969)

Den Kuhhandel mit maximalen Forderungen, stellt Michael Glos (CSU) in Frage. Er fragt Antje Fuchs (SPD), „ob Sie ihre Verhandlungsführung als eine Art Spiel, als eine Art Kuhhandel, bei dem man mit Angeboten kommt, die niemand akzeptieren kann, darstellen wollen?“ (13. Februar 1992). Mit maximalen Forderungen erreicht man selten optimale Resultate.

Gegen wahl- und parteitaktische Spiele wenden sich mehrere Redner an oben zitierten Stellen (Ulrich Klinkert, CDU, 25. April 1991; Gero Pfenning, CDU, 10. Oktober 1996; Franziska Eichstädt-Bohlig, Grüne, ebenda; Sonja Steffen, SPD, 1. Juni 2017). Niemand scheint die taktische Meisterschaft im Spiel zu rühmen. Die Taktikerfolge der parlamentarischen Politik werden weder von Siegern noch von Besiegten gern anerkannt. Es gibt also Spiele, bei denen die Teilnehmer von ihren Taktiken lieber schweigen als sich mit ihnen zu rühmen.

Im föderalistischen System der Bundesrepublik werden die Spiele zwischen Bund und Ländern anerkannt, im Bundestag findet jedoch häufig Kritik an den Bundesländern statt. Hans Wellhausen (FDP) parodiert, wie die Landespolitiker ihr Unvermögen zu Veränderungen zu begründen pflegen: „Das ist dann die Folge eines großen politischen Spiels in Bonn, weil nämlich der Bundesfinanzminister, um die Länder ein wenig freundlicher … zu stimmen, sich genötigt gefühlt hat, an allen möglichen Stellen die Sperrungen vorzunehmen“ (10. Oktober 1951). Minister Jürgen Rüttgers (CDU) sieht die Hochschulbaupolitik der Länder als ein zu durchsichtiges Spiel:

> Natürlich weiß jeder, daß die 3,6 Milliarden DM, die Bund und Länder zusammen für diesen Bereich aufbringen, eigentlich zu wenig sind. Aber dieses Spiel, das darin besteht, daß man sagt, der Bund tue zu wenig, aber daß man sich deswegen klammheimlich mit dem Landesfinanzminister freut, daß dieser kein Geld zur Verfügung stellen muß, ist ein Beispiel für jene Unehrlichkeit, die die jungen Leute abstößt und vor der wir uns hüten müssen. (25. November 1997, s. auch seine Rede am 25. November 1994)

Finanzminister Hans Eichel (SPD), früher Ministerpräsident in Hessen, ironisiert das Spiel, die Bundesländer gegeneinander zu stellen: „Das muss sich auch abbilden, damit das komische Spiel ‚Lassen wir doch den anderen an die Wand fahren, wir retten unsere Haut’ aufhört. Sie sehen doch: Sie können Ihre Haut nicht retten. Das ist die Lage. Deshalb denke ich, es gibt eine Chance. Ich höre auch entsprechende Stimmen“ (26. November 2004). Dies macht dieses Spiel schon zu durchsichtig, um unter den Ländern Sieger und Besiegte zu unterscheiden.

Es gibt auch Redner wie Doris Odendahl (SPD), die im Bundestag das Spiel der Länder verteidigen: „Der Öffnungsbeschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern vom November 1977 steht auf dem Spiel“ (13. Februar 1997). Zu ihnen gehört auch Carsten Schneider (SPD): „Sorgen Sie mit dafür, dass wir insbesondere den Ländern die Mittel geben, die ihnen Spielräume verschaffen, ihre bildungspolitischen Vorstellungen, die sie für sich immer wieder sehr in

Anspruch nehmen, tatsächlich umzusetzen!" (7. September 2004). Ihre Pointe ist, dass eine Voraussetzung dafür, dass die ‚Bundesliga' floriert, eben die starken und unabhängigen Bundesländer sind.

Im Verhältnis zum Föderalismus scheint eine Umkehr stattgefunden zu haben. Während im Parlamentarischen Rat die CDU/CSU am stärksten den Föderalismus unterstützte und die SPD den Bund stärken wollte (s. etwa Recker 2018), deuten die knappen Belege eine Umkehr an, die mit der stärkeren Stellung der SPD bei den Landesregierungen zu verstehen ist.

Krista Sager (Grüne) beklagt das Fehlen schicklicher Spieler in den Ländern: „Es ist doch einfach ein Armutszeugnis, dass einige Länder jetzt erst merken, dass sie nach den alten Spielregeln – fortgeschrieben bis 2019 – die eigentlichen Verlierer dieser Reform sind, dass ihre Hochschulkliniken zukünftig nicht gesichert sind" (1. Juni 2006). Die aktuellen Spielregeln müssen sowohl verstanden und genutzt werden.

Ob übliches Spiel oder Kuhhandel, es gibt auch im Bundestag ab den neunziger Jahren eine Unzufriedenheit mit ritualisierten Praktiken. Eine Minimierung der Forderungen ist ebenso wenig eine Lösung wie die Berufung auf mangelnde Ressourcen. Es gibt kaum Ansätze, wie *das übliche Spiel* zu verbessern wäre, ohne ihre Durchsichtigkeit im Parlament zu zeigen.

Die Fragen des üblichen Spiels und ihrer Ausdrucksformen sind Fragen der *polity* oder jene zwischen den Polity-Ebenen (zur EU s. Joachim Poß, SPD, Peter Hintze, CDU, und Michael Roth, SPD, 28. November 2000). Die Verhandlungen zwischen gegebenen Partnern taugen nicht ohne weiteres mehr als *politicking*, wie aber das *politicking* als spielerisches Handeln oder der Politikstil parlamentarischer Beratungen auf diese inter-polity Politik zu übertragen wäre, bleibt offen.

9.3.2 Präpositionen des Spiels

Eine Möglichkeit, das Verhältnis der Politik zum Spiel zu untersuchen, liegt in der Aufmerksamkeit darauf, wie das Spiel mit bestimmten typischen Präpositionen verbunden wird. Ich habe den Zitatenkorpus nach seinem aktuellen Gebrauch aus der Sicht des Verständnisses von Politik und Spiel eingesehen.

Eine typische Redensfigur ist *aufs Spiel setzen*, d.h. im Spiel etwas riskieren. In den fünfziger Jahren spricht Minister Ernst Lemmer (CDU) von der Gefahr, die Landsleute im Osten Deutschlands zu opfern: „Würde sie durch eine falsche Politik aufs Spiel gesetzt, dann wäre das für unsere Landsleute jenseits der Werra das Ende aber auch der letzten Hoffnung, auf eine andere Entwicklung noch vertrauen zu können" (21. März 1958). Das große Risiko jener Politik liegt darin, dass die nicht im Spiel beteiligten Ostdeutschen den Kompromissen am leichtesten zu Opfer fallen.

SPD-Fraktionsvorsitzender Herbert Wehner hat in der Zeitschrift *Merkur* einen Vorwurf behandelt. Er habe sich „mit einem derer auseinandergesetzt …, die der Meinung sind, die Politik dieser unserer Regierung sei sozusagen eine, die Europa nicht nur aufs Spiel setze, sondern schon aufs Spiel gesetzt habe. Dort habe ich mich sehr eingehend mit diesen Einwänden befaßt“ (29. Januar 1971). Damit bestreitet Wehner, dass die Ostpolitik der Regierung Brandt die Europapolitik vernachlässigt. Mit ‚aufs Spiel setzen’ bezeichnet er ein Spiel auf Kosten Dritter.

Eine andere Nuance thematisiert Wirtschaftsminister Karl Schiller (SPD): „Die Erfolge unserer liberalen Handels- und Kapitalmarktpolitik, um die auch frühere Bundesregierungen ernsthaft und mühsam gerungen haben, darf niemand leichtfertig aufs Spiel setzen oder wegschenken“ (11. Mai 1971). Er versicherte im Namen der sozial-liberalen Koalition, in der Handelspolitik keinen Bruch mit den CDU-geführten Regierungen zu riskieren. Damit versicherte er die Kontinuität der *policy* und nahm zugleich der Opposition einige Angriffspunkte.

Zur Sportpolitik der CDU unter Kanzler Kohl äußert sich Heinrich Klein (SPD), „daß ein ganz klarer Vertrauensbruch begangen worden ist und daß Sie die Glaubwürdigkeit der Politik aufs Spiel gesetzt haben; denn Sie haben unentwegt versprochen, meine Damen und Herren von der CDU“ (6. November 1986). Der bekannte Topos, ‚Versprechen’ aus der Oppositionszeit in der Regierung nicht zu befolgen, bringt nach Klein das Risiko mit sich, die Glaubwürdigkeit zu verlieren.

In zwei Reden wendet sich Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) mit ‚aufs Spiel setzen’ gegen die Europapolitik der Regierung Kohl. „Wer den Sozialstaat in der Bundesrepublik über den EG-Binnenmarkt aushebeln will, der setzt das gesamte politische Projekt der Europäischen Politischen Union und auch des Binnenmarkts aufs Spiel“ (22. November 1988). Sie äußerte eine zweifache Warnung an die Regierung: Über den Umweg der Europäisierung soll weder der Sozialstaat aufgegeben noch das Projekt der politischen Union riskiert werden, mit der Pointe dass diese zwei Aspekte nicht ohne Schaden zu trennen sind, was sie noch stärker in einer acht Jahre späteren Rede darstellt:

> Mit dieser Politik, die die Menschen von der EU entfremdet, setzt Helmut Kohl das europäische Einigungswerk und sein eigenes Lebenswerk, das er mit Europa verbunden hat, aufs Spiel. Helmut Kohl und seine Bundesregierung wollen nicht einsehen, daß der soziale Zusammenhalt, die Erhaltung der sozialen Sicherungen und des sozialen Rechtsstaates die zentralen Voraussetzungen dafür sind, daß Menschen und Staaten bereit sind, die Risiken der Globalisierung des Marktes überhaupt auf sich zu nehmen. (10. Oktober 1996)

Wieczorek-Zeul nennt Bundeskanzler Helmut Kohl als Adressaten ihrer Rede. Mit der Anerkennung der europäischen Einigung als Lebenswerk Kohls stärkt sie ihre These, dass Kohl verstehen sollte, dass Europäisierung und Globali-

sierung, ohne den Sozialstaat zu unterstützen, ein ungeheures Risiko mit sich bringen.

Rudolf Dressler (SPD) fragt: „Wer hat die finanzielle Leistungsfähigkeit unserer Sozialversicherung durch eine falsche Politik aufs Spiel gesetzt?" (23. Mai 1996). Dies ist insofern eine ‚rhetorische Frage' als der Redner die Antwort zu wissen glaubt. Er deutet an, dass die Regierung das zu große Risiko hätte vermeiden können, wenn sie keine falsche Politik betrieben hätte. Gegen Minister Jürgen Rüttgers' (CDU) vergleichbare Kritik am Hochschulrahmengesetz wendet sich Edelgard Bulmahn (SPD): „Sie sind derjenige, der um des parteipolitischen Kalküls willen die gesamte HRG-Reform aufs Spiel setzt" (13. Februar 1998). Sie appelliert also an die Staatsräson, die die Parteitaktik Rüttgers gefährdet und ermahnt den Minister, die Reform zu retten.

Finanzminister Hans Eichel (SPD) warnt: „Dabei dürfen wir aber nicht unsere Zukunftsfähigkeit aufs Spiel setzen … und dürfen nicht die Verfassungsgebote der Menschenwürde und der sozialen Gerechtigkeit verletzen" (4. Mai 1999). Das Aufs-Spiel-setzen enthält hohe Risiken, die wertvolle Errungenschaften gefährden könnten, und Eichel versichert, dass die Regierung Schröder keine so riskanten Spiele wagt.

Typologisch verweisen diese allzu riskanten Spiele auf das *politicking*, oder auch darauf, dass eine bestimmte *policy,* die nach Wieczorek-Zeul jedoch eine Polity-Ebene gefährdet. Bei den Beispielen fragt man sich, ob *aufs Spiel zu setzen* ein typischer SPD-Topos in einer Zeit ist, in der es überhaupt große politische Risiken zu vermeiden und das Wertvolle im Bestehenden zu sichern galt: Nur Bulmahn sieht eine Reform in Gefahr. Seit der Regierung Kohl scheint die SPD die Partei der Vorsicht geworden zu sein, die den Regierungsparteien warnt, Politik mit allzu hohen Risiken zu spielen.

Mit *auf dem Spiel stehen,* fragt man, womit gespielt wird. Horst Schröder (CDU) richtet im Kontext des RAF-Terrors diese Worte an Bundeskanzler Helmut Schmidt:

> Der entscheidende Punkt, in dem insbesondere auch Ihre persönliche und politische Glaubwürdigkeit auf dem Spiele steht, ist doch, daß Sie in Ihren Trauerreden, daß Sie in Ihren Bundestagsreden nach den schändlichen Mordvorfällen nicht nur für uns … sondern auch für die Öffentlichkeit, für die Bürger draußen im Lande stets den Eindruck erweckt haben, daß Sie ganz persönlich als Bundeskanzler den staatlichen Organen den Kampf gegen den Terrorismus und gegen die Terroristen in Zukunft erleichtern wollten. (24. Januar 1978)

Mit überengagierten Trauerreden hat Schmidt den Kampf gegen die RAF auf seine Person konzentriert. Dies riskiert seine Glaubwürdigkeit, und Schröder warnt den Kanzler vor diesem gefährlichen Risikospiel, das leicht gegen seine Person gewendet werden kann. Wenn ein Oppositionsabgeordneter eine so höfliche Warnung äußert, betont er in der Abwehr des Terrors die Bedeutung der Institutionen über die Person des Kanzlers hinaus, die leicht von der

Bildfläche verschwinden kann, wie das Wahlcharisma bei Weber (1922, 155–157). Die politische Pointe der Warnung ist gegen den ‚Kanzlerbonus' in der Terrorabwehr gerichtet.

Glaubwürdigkeit steht auch bei Manfred Hampel (SPD) auf dem Spiel: „Immer weniger Menschen in den neuen Bundesländern sind bereit, die falschen Wahlversprechen als politisches Kavaliersdelikt zu sehen, bei dem man ein Auge zudrücken könne, das man bagatellisieren könne. Was auf dem Spiel steht, ist politische Glaubwürdigkeit" (19. März 1991). Er deutet an, dass die ostdeutsche Wählerschaft die Versprechen der Parteien und Kandidaten noch sehr ernst nimmt, und wenn diese enttäuscht werden, geht die politische Glaubwürdigkeit verloren. Das primäre Anliegen Hampels ist nicht die Befreiung der ex-DDR-Bürger aus ihrer politischen Naivität, sondern die Bundesregierung zu mahnen, ihre Wahlversprechen ernst zu nehmen, um die Legitimität der Bundesrepublik im Osten zu sichern.

Nach der Verschärfung des Asylparagraphen im Grundgesetz sieht Gerd Anders (SPD) Gefahren. „Weil unmittelbarer Handlungsbedarf besteht und weil unsere politische Glaubwürdigkeit auf dem Spiele steht und weil man einem Patienten nicht erst dann Zuwendung zukommen lassen kann, wenn er schon irreparable Schäden davonträgt, ist eine Änderung des Ausländerrechtes noch in dieser Legislaturperiode notwendig" (19. Mai 1994). Die Glaubwürdigkeit betrifft also „uns", den Bundestag und ihre Abgeordneten, und das Risiko liegt im Verlust der politischen Legitimität bei Asylbewerbern ohne medizinische Versorgung und bei ihren Unterstützern, eventuell auch bei internationalen Organisationen, wie der UNHCR.

Eine andere Nuance des Risikos betont Christian Schmidt (CSU): „In Europa steht viel auf dem Spiel. Die Bundesregierung hat sehr präzise Vorschläge eingebracht. … Es ist aber nicht klug, in allen Bereichen seine Positionen in der öffentlichen Debatte so weit hinauszuposaunen, daß sie später zu einer Frage von Status und Gesichtswahrung werden bzw. es anderen schwerer ermöglichen, mit an Bord zu kommen" (10. Oktober 1996). Er sieht die europäische Union noch als ein fragiles Gebilde, das mit einer Machtdemonstration der Bundesregierung nicht riskiert werden darf, sondern subtilen Spielformen gefördert werden sollte. .

In zwei Belegen stehen weit fortgeschrittene Reformen in Frage. Bei Edelgard Bulmahn (SPD) ist es das Hochschulrahmengesetz (s. das Zitat oben) und bei Annette Widmann-Mauz (CDU) der Parteienkompromiss zur Versicherungspolitik. An die Ministerin Ulla Schmidt (SPD) gerichtet, sagt sie: „Mit dem heute vorliegenden Gesetzentwurf kündigen Sie den Kompromiss in diesem Bereich auf. Sie spielen hier ein politisches Spiel auf dem Rücken der Versicherten. Dafür tragen Sie die Verantwortung" (7. September 2004). Widmann-Mauz stellt also die Verlässlichkeit der SPD als Partner der Vereinbarungen in Frage.

Die Rede vom ‚auf dem Spiel' stehen impliziert, dass das Risiko zu groß und die Folgen zu fatal werden können. Die Warnung vor zu hohen Risiken im Spiel ist ein weit verbreiteter Topos im Bundestag. Die Betonung der politischen Glaubwürdigkeit kann sowohl der *polity* – den Bundestag vor allem – als auch dem *politicking* der führenden Politiker, wie Helmut Schmidt, gelten.

Die Form des Spielens benutzt Carlo Schmid (SPD) in einer der Immunitätsdebatten im ersten Bundestag: „Meines Erachtens darf die Immunität, wenn auch nur die Vermutung bestehen kann, daß bei der Anklageerhebung Politisches im Spiele ist, von dem Parlament nicht aufgehoben werden" (27. Oktober 1950). Schmid erkennt deutlich, dass die Immunitätsaufhebung nicht zum Mittel werden darf, unbeliebte politische Gegner loszuwerden.

Im Streit um die Vollmachten des Bundesverfassungsgerichts strebte Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) nach dessen strikter Abgrenzung von der Politik. „Das Bundesverfassungsgericht ist lediglich zu reinen Rechtsentscheidungen berufen. … Das allein ist seine Aufgabe. Niemand sollte auch nur den Versuch machen, dem Bundesverfassungsgericht diese Aufgabe irgendwie zu entziehen und es zu einem Faktor im politischen Spiel der Kräfte zu machen" (4. März 1953). Obwohl dies dem Standpunkt Schmids entspricht, blieb die strikte Trennung, wie oben diskutiert, im Bundestag umstritten, und das Bundesverfassungsgericht ist später durchaus zu einem ‚Faktor im politischen Spiel' geworden.

Den Unterschied zwischen Ost und West im politischen Spiel deklariert Werner Marx (CDU): „Ich will die fundamentale Auseinandersetzung und Gegensätzlichkeit im politischen Wollen, im politischen Spiel, im Menschenbild, im Geschichtsbild sowie im Ziel aller politischen Handlungen darstellen" (24. Januar 1978). Er bestreitet die weit verbreitete Auffassung, dass Politik etwas immer Gleiches ist. Die Pointe hier kann auf die Unterschiede im Stil des *politicking* fokussiert werden: das Politbüro der KPdSU war keine westliche Parteiführung, das Oberste Sowjet kein Parlament usw.

Hans-Joachim Fuchtel (CDU) benutzt einen Fußballausdruck: „Die deutsche Bundesregierung gehört zu den sozialpolitischen Stürmern im europäischen Spiel" (14. Dezember 1989). Zwischen den Mitgliedern der Europäischen Gemeinschaft gibt es Differenzen in der Sozialpolitik, und Deutschland gehört zu ihren aktiven Betreibern. Die Pointe kann gegen die Opposition gerichtet sein, die eben (s. das Zitat von Wieczorek-Zeul von 1988) dies bestreitet.

Die ‚im Spiel'-Redewendungen verweisen auf die Politik im Spiel und *vice versa*. Die ausdehnenden bzw. politisierenden Figuren ‚ins Spiel' und ‚in das Spiel' enthalten Veränderungsversuche, wie Thomas Dehlers Erwähnung, dass in einer Berliner Konferenz der Außenminister Molotov einen „Versuch**,** China ins politische Spiel zu bringen" unternahm (25. April 1954.) Deutlicher abweisend spricht Herbert Wehner (SPD) davon, dass „wir unsere eigenen Interessen … nicht so in das Spiel anderer Interessen hineinziehen lassen dürfen"

(11. Dezember 1974), was der passiven Verpolitisierung der Interessen entsprechen würde. Nach der Wende bedauert Heinz Dieter Hackel (FDP), „daß die Bemühungen der ÖTV … zu einer Stärkung der sozialpolitischen Flankierung der Warteschleifenregelung im Einigungsvertrag zu gelangen, in das parteipolitische Spiel der PDS geraten sind“ (25. April 1991). Finanzminister Theo Waigel (CSU) wehrt einen gegnerischen Vorstoß ab: „Die von der SPD ins Spiel gebrachte Lösung, nur unten mit dem Grundfreibetrag etwas zu tun, beseitigt die Probleme des Arbeitsmarkts ganz sicher nicht“ (25. November 1997).

Unter der Regierung Schröder verweist Oswald Metzger (Grüne) auf eine Steuerreform: „Ich kann es nicht mehr hören, wenn Sie in der steuerpolitischen Debatte die Petersberger Beschlüsse vor dem Hintergrund der Kritik an den jetzigen knappen Haushaltsreserven immer wieder ins Spiel bringen“ (4. Mai 1999), was er in der aktuellen Situation für unangemessen hält. Einen Versuch der Gegenseite zum *politicking* erwähnt Fritz Kuhn (Grüne): „Dann kommt mit dem Kollegen Koch aus Hessen, der Kanzlerkandidat werden will, die Politik ins Spiel. Überschrift: ‚Gerhard Schröder hat seine letzte Chance verpasst'“.(20. März 2003) .Ähnlich äußert sich Michael Grosse-Brömer (CDU): „Aber dann kam wieder die Parteipolitik ins Spiel“ (17. Januar 2013). Das ‚Ins-Spiel-Bringen' verweist in diesen drei Fällen auf eine dem Redner sachfremde Einmischung in Politik.

Dagegen benutzt Antje Blumenthal (CDU) das Wort zur Begründung der Kontrolle durch Politik. „Aber – und hier kommt die Politik ins Spiel – Eltern brauchen Unterstützung bei ihrer Erziehungsaufgabe; denn auf den ersten Blick ist nicht zu erkennen, ob ein Film oder ein Spiel für ein bestimmtes Alter freigegeben ist“ (8. Mai 2008). Für das Einbringen der Politik ins Spiel nimmt auch Tom Koenigs (Grüne) Stellung: „Der humanitäre Bedarf entsteht da, wo Politik versagt. Es widerspricht auch nicht den humanitären Prinzipien, wenn man sagt: Hier kommt Politik ins Spiel. Im Gegenteil: 90 Prozent der Opfer von Kriegen sind Zivilisten. Das humanitäre Völkerrecht wird bewusst und massiv verletzt“ (22. Juni 2017). Koenigs spricht hier von Politik in zwei verschiedenen Bedeutungen. Der erste verweist auf die konventionelle nationale *polity,* der zweite auf die Polity-Ebene des mit dem Völkerrecht verbundenen Handelns supranationaler Akteure.

Die Präpositionsanalyse unterstützt den Eindruck, dass man die Allgegenwart des Spiels anerkennt. Mit wenigen Ausnahmen verweisen die Beispiele jedoch auf zu hohe Risiken bzw. auf die von politischen Gegnern ins Spiel gebrachten Probleme oder Lösungen, während eigene Initiativen, etwas Neues ins politische Spiel zu bringen kaum zu finden sind.

9.3.3 Lob des Spiels

In meinem Korpus habe ich nur eine Rede identifiziert, die eindeutig Politik als Spiel lobt. Carlo Schmid (SPD) sprach davon am 23. März 1958 im Laufe einer Rede zu aktuellen Gipfel- u. a. Konferenzen. Nachdem er u. a. zur Rechtfertigung seiner eigenen Tätigkeit im Dritten Reich gesprochen hatte, gelangte er über das Beispiel des Pokerspiels zu dieser Äußerung:

> Ich glaube, wir stehen mitten drin. Wissen Sie, man kann in der Politik nicht „passen". … Man kann nicht passen, man muß spielen.
> Es ist selbstverständlich – ich wiederhole es –, daß auch hierbei wie in allem Politischen ein Risiko eingegangen werden muß. Um diese Alternative kommt man nicht herum. Man muß immer Wahrscheinlichkeitsrechnungen anstellen, wissen, daß es nur Wahrscheinlichkeitsrechnungen sind und daß man nicht weiß, wohin die Kugel dann wirklich fällt. Aber ohne das kann man ja keine Politik machen. Man muß sich einmal für einen Einsatz entscheiden. Sonst kann man nicht spielen. Aber um das Spielen kommt man nicht herum, wenn man sich nicht totstellen kann. Das kann man nicht, wenn man mit wehem Herzen am Kreuzweg der Geschichte in Europa liegt, nicht durch unser Verdienst. (ebenda)

Dieser Passus enthält mehrere interessante Aspekte. Vor allem bietet Schmid eine Begründung, warum Spielen politisch notwendig ist. Der Anfang – „Wir stehen mitten drin" – wird am Ende damit begründet, dass die Bundesrepublik Deutschland, „am Kreuzweg der Geschichte in Europa liegt", und diese politische Lage „nicht durch unser Verdienst" da ist, d. h. Geschichte und Geopolitik bilden zusammen eine unüberwindbare Bedingung der bundesdeutschen Politik.

In einer derartigen Situation gilt: „Man kann in der Politik nicht ‚passen'… man muß spielen", d. h. aktiv eingreifen. ‚Nicht Spielen' wäre gleich mit ‚Spielfeld' oder ‚Spielball' zu sein gleich, d. h. der Gnade anderer Mächte ausgeliefert zu sein. In einer früheren Rede (zitiert in 9.3.1) räumte Schmid Chancen für kleinere Mächte, inklusive der Bundesrepublik, im politischen Spiel der großen Mächte ein. Ein Verzicht auf Spiel erkennt die Unfähigkeit, politisch zu handeln, an.

Der zweite Punkt liegt in der Betonung, dass Politik immer *Risiko* enthält, da das Resultat des Spiels kontingent und unvorhersehbar bleibt. Diese Annahme steckt in jeder Akzeptanz des Spielaspekts der Politik, obwohl viele der zitierten Reden das Risiko zu reduzieren oder zu kontrollieren versuchen. Darauf zielt auch Schmid mit seinem Hinweis auf Wahrscheinlichkeitsrechnungen als notwendigen Teil der Politik – ich würde hier von Einschätzungen des Grades und der Art von Risiko sprechen. Aber jedes Spiel enthält Risiko, und das Spiel kann mit alternativen Risiken gespielt werden. Mit der Begründung, „„man muß sich einmal für einen Einsatz entscheiden" verbindet Schmid Politik, Handeln, Spiel, Risiko und Entscheidung miteinander. Aber Entscheidungen sind bei Schmid keine radikalen „Entscheidungen über die

Ausnahme“ à la Carl Schmitt (1922), sondern der Alltag der Politik – sonst hätten die Einschätzungen der Risiken wenig Sinn.

Nach einer Diskussion der Ziele Frieden und Sicherheit für die Bundesrepublik bemerkt Schmid zum Verhältnis zwischen Politik und Spiel:

> Wenn man das will, ist eine gewisse Polarität zwischen den beiden Zielen unvermeidlich. Dann sind hier Wechselbeziehungen, dann sind hier Notwendigkeiten, einen Schritt zu tun und einen anderen und den einen Schritt da zu tun und den anderen dort. Das muß aufeinander abgestimmt sein. Das ist ein schwieriges Spiel. Man muß in diesem Fall gewissermaßen mit zwei Bällen spielen, und keiner der beiden Bälle darf auf den Boden fallen. (23 März 1958)

Diese Ansicht entspricht der oben diskutierten Politik der Abwägung, die eben im Gegensatz zum Entweder-Oder-Spiel steht. Schmid wechselt hier das Muster vom Poker zum Ballspiel und vergleicht Politik – zumindest die Außenpolitik der Bundesrepublik – mit der Kompetenz eines Jonglierenden, dessen Ziel eben im Spiel zu bleiben ist, und das Schwierige ist, dies mit zwei Bällen zu machen.

In der Debatte antwortet Außenminister Heinrich v. Brentano (CDU) an Schmid: „Sie, Herr Kollege Schmid, haben uns zunächst gesagt – und hier melde ich meine ersten Bedenken an –, man müsse auch in der Politik spielen, ja sogar pokern … wir sind nicht bereit, um die Zukunft des deutschen Volkes ein Pokerspiel zu beginnen“ (ebenda). Er scheint Schmids Pointe mit Pokern zu missdeuten: Dieser setzt keineswegs auf das höchste Risiko im Spiel, sondern betont vielmehr, dass die Lage der Bundesrepublik in der europäischen Politik so zentral und trotzdem fragil ist, dass die Anerkennung des Risikos notwendig ist.

Brentano setzt aber fort: „Ich sage das nicht, Herr Kollege Schmid, weil ich unterstelle, daß Sie das verlangt haben. Aber Sie haben gesagt, es fehle uns an Mut, in der Politik auch zu spielen“ (ebenda), was zu Zwischenrufen von SPD-Abgeordneten führte. Die Absage Brentanos an das Pokern markiert gerade, dass es ihm an Bereitschaft fehlt, die Risiken in der Situation zu nutzen.

Begriffsgeschichtlich kann man die Rede Carlo Schmids als eine Ausnahme ansehen, denn es kommt darin nicht darauf an, Politik so vorsichtig wie immer zu betreiben, und ebenso wenig darauf alles zu riskieren, sondern eine Freude am Spiel zu entwickeln, eine Chance wahrzunehmen, das Spiel zu genießen (vgl. etwa Pierre 1896 und die Diskussion in Palonen 2006). Der Unterschied zwischen Brentano und Schmid entspricht dem Gegensatz zwischen einer traditionellen Sicht der Außenpolitik als *policy*, in der das *politicking* minimiert werden sollte, und der Einsicht in die Bedingungen einer europäischen und weltweiten *polity*, in der von der Außenpolitik der Bundesrepublik eben ein aktives *politicking* verlangt wird. Im weiteren Sinne bedeutet die relativ größere Akzeptanz der Spielsprache für Politik eine Verschiebung in die von Schmid angezeigte Richtung.

9.4 Das parlamentarische Spiel

Die Redewendungen, die das Spiel in etablierte Sprachfiguren so tief eingewoben haben, dass der Spielverweis im Alltag oft nicht beachtet wird, verdienen eine eigenständige Diskussion. Als Beispiele verwende ich drei offensichtliche und in den Debatten reichlich verwendete Ausdrücke, ‚eine Rolle spielen', ‚Spielraum' und ‚Spielregeln', die alle mit dem weiteren Verständnis der Politik als ein faires parlamentarisches Spiel zusammenhängen.

9.4.1 Rollenspiele der Politik

Sehr unterschiedliche Spiele sind zur Analyse der Politik benutzt worden. Der vielleicht häufigste Ausdruck der Spielsprache stammt aus dem Theater, dessen Sprache sonst sparsam im Bundestag verwendet wird. Johannes Pflug (SPD) sieht jedoch: „Der Ausgang dieses politischen Dramas ist offen. Diese Offenheit wirkt auf manche wie eine Einladung zum Mitspielen" (22. Januar 2001), und Peter Hintze (CDU) spricht von der „Weltbühne" (28. November 2000). Aber *eine Rolle spielen* mit Verweisen auf das Politikvokabular wird in meinem Korpus in ca. 50 Reden erwähnt.

Für das Verständnis der Politik als Spiel sind die Arten, Politik mit den ‚Rollenspielen' zu verbinden, durchaus interessant. Am wenigsten gilt das für die Bindestrichpolitiken (zur Preispolitik Fritz Hellwig, CDU, 28. November 1957, zur Einfuhrpolitik, Georg Kurlbaum, SPD, 17. Februar 1966, zur Arbeitsmarktpolitik, Horst Seehofer, CSU, 25. April 1991, zur Steuerpolitik, Oswald Metzger, Grüne, 4. Mai 1999).

Die Weltpolitik formt die Paradearena der Rollenspiele. Die Rolle, die die Bundesrepublik in der Weltpolitik spielen werde, wurde insbesondere nach der Wende 1989/90 häufig befragt. Bundeskanzler Helmut Schmidt sprach bescheiden über die Abrüstungsverhandlungen: „Was die Wiener Verhandlungen auf dem Felde der klassischen Waffen angeht … bei denen wir, die Bundesrepublik Deutschland, eine Rolle spielen … die politische Klugheit verbietet uns … eine eigene, eigenständige, nationale deutsche Rolle zu spielen" (24. Januar 1978). Die Lage neu abzuschätzen sei „ein Gebot der politischen Klugheit" (Herta Däubler-Gmelin, SPD, 27. April 1990; Bundeskanzler Helmut Kohl, CDU, 23. August 1990).

Im Jahre 1991 betont Marita Sehn (FDP): „Der Klimaschutz ist eines der wichtigsten Aufgabenfelder in der Umweltpolitik geworden. … Die Maßnahmen der Bundesrepublik Deutschland spielen dabei im Hinblick auf das CO2-Emissions-Reduzierungspotential, das in den neuen Ländern besteht, eine wichtige Rolle" (25. April 1991). Während der rot-grünen Bundesregierung fragt Winfried Nachtwei (Grüne): „Welche Rolle will und soll das gewachsene Deutschland in der internationalen Politik spielen? Da gibt es oft eine erheb-

liche Diskrepanz zwischen äußeren Erwartungen und der Binnenwahrnehmung bei uns“ (13. September 2000). Die Frage wird von Frank-Walter Steinmeier (SPD, 10. Mai 2012); Rainer Arnold (SPD, 29. Januar 2014) und Thorsten Frei (CDU, 6. Februar 2015) wiederholt.

Die politische Rolle der Vereinten Nationen betonen die Außenminister Joschka Fischer (Grüne, 22. Juni 2001) und Guido Westerwelle (FDP, 10. Februar 2012), der auch von der Weltinnnenpolitik spricht. Die weltpolitische Rolle der EG wertet Bruno Friedrich (SPD) schon in 1978 auf: „Dabei spielt die Europäische Gemeinschaft heute bereits eine höchst konstruktive Rolle in der Weltpolitik, vor allem im Nord-Süd-Dialog“ (24. Januar 1978, s. auch Joachim Poß und Michael Roth (beide SPD, 28. November 2000). Fritjof Schmidt (Grüne) sagt zu Ukraine: „Wir hoffen, dass die Europäische Union eine wichtige Rolle dabei spielen kann, diese Entwicklung voranzubringen. Wir hoffen auch, dass die Bundesregierung diese Politik der Europäischen Union unterstützt. Wir ermutigen Sie, sich hier zu engagieren (29. Januar 2014, s. Rainer Stinner, FDP, zu Bosnien-Herzegowina, 26 April 2004).

Bundeskanzler Gerhard Schröder strebt danach, die politische Rolle aller zentralen EU-Institutionen zu stärken:

> Wir wollen ein starkes Parlament und wir wollen einen handlungs- und beschlussfähigen Rat, in dem die Mitgliedstaaten eine wichtige Rolle in der Ausübung einer effizienten europäischen Politik spielen können. …
> Unbestritten ist auch, dass sich die verstärkte Zusammenarbeit möglichst innerhalb der Verträge vollziehen soll und dass die Kommission als Hüterin der Verträge eine starke Rolle spielen muss. (28. November 2000)

Politisch kämpfen diese Institutionen aber dauernd um die Macht (s. etwa Wiesner 2018, Palonen 2019c). Die Hoffnung, alle zu stärken, vermeidet die Neugewichtung der Institutionen, d. h. das Parlament in der EU wird nicht aufgewertet. Trotzdem kann man Schröder insofern verstehen als die Stärke der jeweiligen Institutionen sie gegen die Interessen der Mitgliedsstaaten stärkt. Im Vergleich zu Schröder will Michael Roth (SPD) eine klare Machtverschiebung zwischen den EU-Institutionen:

> Wir müssen uns natürlich auch fragen, welche Rolle der Deutsche Bundestag hierbei spielen kann. Wir haben darüber Einvernehmen erzielt, dass das zentrale Projekt die weit gehende Beseitigung des Vetorechtes im Rat ist. Meines Erachtens ist der ambitionierte Vorschlag, den die Bundesregierung entwickelt hat, für die weit gehende Einbringung der qualifizierten Mehrheit auch ein Erfolg der Europapolitiker dieses Hauses … Wir müssen die qualifizierte Mehrheit zur Regel werden lassen … Das ist ein Erfolg dieses Hauses und seines Europaausschusses. Wir sollten ruhig einmal selbstbewusst auf die Möglichkeiten des Deutschen Bundestages hinweisen. (ebenda)

Die Beseitigung des Vetorechts im Rat wäre ein wichtiger Schritt zu dessen Verwandlung in eine Parlamentskammer, in denen die Stimmen nicht gewogen sondern gezählt werden (s. Weber 1917c), Die Rollenspiel-Figur ist für die EU-

und Weltpolitik insofern treffend, als es dort Haupt- und Nebenrollen mit verschiedenen, nicht klar im voraus abgegrenzten Machtchancen gibt, und sowohl einzelne Situationen als auch allgemeine Tendenzen Veränderungen ausgesetzt sind.

Fußballsprache mit Rollenspiel verbindet Annette Hübinger (CDU): „Wir brauchen endlich ein abgestimmtes arbeitsteiliges Miteinander der EU mit den Mitgliedstaaten und der Mitgliedstaaten untereinander. Wir brauchen ein Miteinander wie in einem Mannschaftsspiel, in dem jeder Spieler seine Rolle kennt und konsequent spielt" (10. Mai 2012). Dieses arbeitsteilige Rollenspiel wirkt jedoch insofern anachronistisch als im modernen Fußball die Spieler flexibel, ohne feste Positionsbenennungen agieren.

Es gibt auch Beispiele aus der frühen Bundesrepublik, in denen das Rollenspiel zur Begründung der Aktionen dient. Gegen die Aufhebung der parlamentarischen Immunität erwähnt Carlo Schmid (SPD), „daß bei der Anklage und all dem, was mit dem Verfahren zusammenhing, politische Motive eine Rolle gespielt haben könnten" (27. Oktober 1950). Margot Kalinke (DP) hofft nach „sachlichen Lösungen" und beklagt, „daß hier politische Argumente eine Rolle spielen könnten" (28. November 1957). Richard v. Weizsäcker (CDU) verweist auf Frieden und Versöhnung: „Sie ist eine moralische Kategorie. Diese spielt in der Politik eine wichtige Rolle" (25. Januar 1973). Gegen die konventionelle Sphäreneinteilung akzeptiert er Moral als eine ‚politische Kategorie'. Unabhängig davon, wie in diesen Fällen ‚politisch' bewertet wird, wird mit der Rede von Rollen eben keine vorherbestimmte ‚Arbeitsteilung' gemeint, sondern die Rolle ist mit dem Spielverlauf verbunden.

Bernhard Bußmann (SPD) begrüßt die Debatte zur Bundeswehr: „Denn unser politisches Urteil spielt auch eine wesentliche Rolle, nicht nur das, was uns von militärischer Seite nur unter militärischen Gesichtspunkten vorgeschlagen wird" (12. Mai 1971). Er sieht den Bundestag als Spieler gestärkt. Im ähnlichen Sinne betont Birgitt Bender (Grüne) die Schwächung der Parteidisziplin für die sog. Gewissens- oder Weltanschauungsfragen im Bundestag.

> Die Debatte um Patientenverfügungen ist nicht einfach irgendeine politische Debatte. … Ich finde, dass Parteipolitik bei diesem Thema nichts verloren hat. Deshalb wird der vorgelegte Entwurf auch von Parlamentariern aus verschiedenen politischen Lagern getragen. Die Ernsthaftigkeit der Stammzelldebatte hat gezeigt, dass es der Sache durchaus dienlich ist, wenn Parteipolitik in diesem Hause für kurze Zeit einmal keine Rolle spielt. (25. Juni 2008)

Also die Fraktionen können ihr Quasi-Monopol als Team, das entscheiden kann, wer von den Abgeordneten ans Rednerpult kommt, verlieren und die Machtanteile der Hinterbänkler quer durch die Parteien als Spieler anerkennen.

Die Sprache des politischen Rollenspiels veranschaulicht vor allem das Gewicht und die Stärke der Rollen. In dieser Hinsicht ist die Ausleihe aus dem Theater durchaus wichtig auch für die Politik als Spiel. Analytisch verweist das

Rollenspiel sowohl auf die *polity* – als Rahmen, der das Verhältnis der Akteure und der sie bindenden und trennenden Ordnung regelt – als auch auf das *politicking* mit verschieden Chancen und Stilprofilen, die auf die Art und den Grad der Teilnahme an Spielen sowie auf die Spielkompetenz, also Politikfähigkeit, der Akteure verweisen. *Politicisation* findet dann statt, wenn ein Akteur oder eine Handlung politisch aus der vorgegebenen Rolle fällt.

9.4.2 Politische Spielräume

Die 28 Beispiele von *Spielraum* in der Auswahl der Debatten stammen primär aus der Zeit ab den neunziger Jahren. *Spielraum* im Singular ist etwas häufiger als das Plural.

Die Rede vom Spielraum der Politik (s. etwa Schäffle 1897) muss nicht wörtlich verstanden werden. Vielmehr verweist der Begriff auf die Art und den Grad der Kontingenz, auf das Bespielbare, das beibehalten, verkleinert oder erweitert werden kann. Es geht um den Umfang und die Qualität der *polity*, welche die *policies* und das *politicking* als Spielmodi bedingt, eventuell herausfordert und seinerseits *politicisation* verändern kann.

Dies entspricht dem Verständnis in den Bundestagsdebatten. Steffi Lemke (Grüne) spricht gar oxymoronisch vom *zeitlichen Spielraum:* „[Wir] hätten uns mehr zeitlichen Spielraum gewünscht" (4. Mai 1999). Ihr Wunsch nach mehr Zeit für politisches Handeln entspricht Reinhart Kosellecks (1979) These, dass von der nicht anschaulichen Zeit nur mit Raumbegriffen gesprochen werden kann. In diesem Sinne war die politische Pointe der Rednerin, dass sie mehr Zeit für die Debatte und Diskussion des Antrags benötigt hätte, um sie ordentlich zu beurteilen.

Ohne „die verläßliche und umfassende Konsolidierung der Staatsfinanzen" wird der Spielraum nach Adolf Roth (CDU) weiter verringert: „Diese Aufgabe … duldet jetzt keinen zeitlichen Aufschub, wenn man nicht auf Jahre hinaus den Spielraum der Finanzpolitik noch stärker einengen will, als dies in Deutschland bereits der Fall ist" (23. November 1993). Diese scheinbar sachliche Feststellung enthält die Drohung, dass der Bundestag in der Finanzpolitik einfach dem Sachverständigenrat zu folgen hat, da der Rat aus Experten zur Messung des Spielraums besteht. Eher resigniert stellt Joachim Günther (FDP) fest, „dass sich mit diesem Haushalt der Spielraum für die entwicklungspolitischen Kernaufgaben weiter verringert" (13. September 2002). Der Streit um den politischen Spielraum erscheint in diesen Reden als ein messbares Nullsummenspiel. Gerade diese Messbarkeit stellt jedoch Monika Grütters (CDU) in der Kulturpolitik in Frage, „dass bei Kulturgütern nicht der ausschließlich wirtschaftliche Charakter dieser Güter und Dienstleistungen wichtig ist, dass der Liberalisierungsdruck in der globalisierten Welt nicht die Handlungsspielräume der nationalen Kulturpolitik einengen darf" (1. Juni 2006). Sowohl

die Ausmaße des Spielraums als die Art der dort enthaltenen Chancen können also kontrovers interpretiert werden.

Aufs Spiel mit der Zeit setzt Michael Hartmann (SPD) in Erwartungen an die Regierung Schröder: „Ich freue mich darauf, dass jetzt die zweite Halbzeit dieser Legislaturperiode in der Innenpolitik angepfiffen wird und bin gespannt, wie das Spiel laufen wird" (7. September 2004). Elisabeth Schwarzenberg (Grüne) klagt die erste Merkel-Koalition an, auf Zeit zu spielen: „Auch beim Risikostrukturausgleich spielt die große Koalition auf Zeit. Die Ausgangspositionen der Koalitionspartner liegen weit auseinander. Also passiert erst einmal gar nichts" (1. Juni 2006). Für sie spielt die Regierung auf Verzögerung, um mehr Zeit für die Stellungnahme zu haben.

In der Haushaltspolitik pflegt die jeweilige Regierung die Enge des Spielraums hervorzuheben und die Opposition zweifelt daran. So sieht Hans-Günter Hoppe (FDP) den Spielraum in der Finanz- und Haushaltspolitik als etwas, das die Akteure selbst kaum modifizieren können: „Es ist bittere Wahrheit, daß der haushaltspolitische Spielraum durch die dramatisch steigende Zinslast mehr und mehr eingeengt wird" (24. Januar 1978). Er sieht die Verengung des Spielraums als unvermeidbares Resultat früherer Handlungen, primär der Akteure außerhalb Deutschlands. Damit legt er ein Wort ein für das Spiel der ‚Anpassung an das Unvermeidliche'.

Hamburgs Bürgermeister Klaus v. Dohnanyi (SPD) wirft dagegen der neuen Regierung Kohl die absichtliche Verengung des Spielraums vor: „Aber was macht die Bundesregierung? Sie engt den Spielraum für eine Politik des ‚zweiten' Arbeitsmarktes ein" (11. November 1982). Werner Schulz (Grüne) bemängelt seinerseits an der Regierung Kohl die ungeschickte Nutzung des Spielraums: „Diese Schuldenpolitik schränkt den Spielraum künftiger Politik dramatisch ein. In der Tendenz, so ist zu befürchten, geht dieser verengte Spielraum zu Lasten von Ländern und Gemeinden und besonders zu Lasten der sozial Schwachen" (12. März 1991). Die Regierung spielt schlecht.

Auf eine ‚rationale' Verwendung des Spielraums, wie Experten es geraten haben, beruft sich Monika Ganseforth (SPD): „Rund 150 Wissenschaftler aus 50 Instituten wurden beauftragt, den Spielraum für politisches Handeln zur CO2-Reduktion zu ermitteln. Dabei wurde nach heutigem Wissensstand das durch rationelle Energieverwendung technisch mögliche Energiesparpotential zusammengestellt" (25. April 1991). Dies würde eine kohärente *policy* ermöglichen. Ulrich Heinrich (FDP) lobt die Regierung für ihre geschickte Nutzung der Spielräume in der Agrarpolitik: „wir haben es vorhin in der Agrardebatte gehört, in welcher Art und Weise wir in eine europäische Agrarpolitik eingebunden sind – den Spielraum genutzt, und wir haben hier meiner Meinung nach ein vernünftiges Ergebnis vorgelegt" (19. Mai 1994). In diesen Beispielen erscheint Politik als Kunst der Maximierung ohne Streit um ihre Richtung.

Die Folgen früherer Ereignisse hat Fritz-Rudolf Schultz (FDP) im Sinn, der an Chruschtschows Berlin-Politik anspielt: „Darüber hinaus hat die Entscheidung von 1958 auch unseren außenpolitischen Spielraum eingeengt. Die sowjetische Deutschlandpolitik hat sich seitdem erheblich verhärtet“ (27. April 1967). Politik setzt eine Abschätzung der Erwartungen voraus, und einige Akteure spielen mit den pessimistischen Erwartungen. Mit der Aufnahme der diplomatischen Verbindungen zur DDR sieht Olaf v. Wrangel (CDU) einen erhöhten sowjetischen Druck und „dies würde uns doch so stark in die Defensive drängen, daß der Spielraum der deutschen auswärtigen Politik vollends zusammenschrumpfen müßte (25.4. 1969).

Während der sozial-liberalen Koalition entstand eine reale Debatte über den außenpolitischen Spielraum. Verteidigungsminister Helmut Schmidt betonte:

> Die Außen- und Sicherheitspolitik dieser Regierung nützt im Rahmen dieser tatsächlichen Daten den Handlungsspielraum der Bundesrepublik Deutschland voll aus. Das ist allerdings wahr, und da besteht ein Unterschied zu den vorangegangenen Bundesregierungen unter den Herren Dr. Kiesinger und Professor Erhard, die unseren Handlungsspielraum teils nicht ausgenutzt, teils nicht ganz erkannt haben. (28 Januar 1971)

Hier steckt ein Vorwurf der politischen Inkompetenz der früheren Bundesregierungen und ihren Kanzlern drin. Ex-Kanzler Kurt-Georg Kiesinger (CDU) konterte am nächsten Tag, indem er Schmidt eine allzu optimistische Beurteilung des Spielraums vorwarf, und zwar mit dem Verweis auf seine frühere Äußerung:

> Damit sind wir beim Spielraum für die deutsche Außenpolitik, über den Helmut Schmidt gestern in diesem Hause so optimistisch plauderte. Dieser Handlungsspielraum, meinte er, sei größer, als man sich zugebe, obwohl er bei der Debatte zum Bericht zur Lage der Nation im Jahre 1968 genau das Gegenteil festgestellt hatte. (29. Januar 1971)

Da es keinen gemeinsamen Maßstab weder für die Beurteilung der Folgen vergangener Politiken noch für die Abschätzung der gegensätzlichen Situation gibt, führen diese gegenseitigen Vorwürfe kaum die Debatte weiter.

In einigen Debatten ist es umstritten, wer Spielraum zur Verfügung hat. Innenminister Gustav Heinemann (CDU) diskutiert das Strafrecht für politische Delikte. Zum Zwischenruf Friedrich Risches (KPD) „Was bleibt denn dann eigentlich von der Demokratie noch übrig?“, antwortet er: „Herr Rische, von der Demokratie bleibt für jeden, der es echt meint, genügend Spielraum übrig!“ (Lachen bei der KPD und Zuruf: „So, ‚genügend‘“? (23. Februar 1950). Offenbar sahen die KPD-Abgeordneten sich im Kalten Krieg vom politischen Strafrecht bedroht und waren nicht mit „genügend Spielraum“ zufrieden.

Trotz der internationalen Finanzkrise schätzte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) den Spielraum optimistisch ab: „Deutschland ist in einer guten Lage, weil wir in den letzten Jahren unsere Staatsfinanzen konsolidiert haben. Dadurch haben wir haushaltspolitische Spielräume gewonnen, um in dieser Krise zu agieren“ (19. März 2009). In derselben Debatte beansprucht Christine

Scheel (Grüne), vom Bundesverfassungsgericht ermutigt, Spielräume für das Parlament: „Der Spielraum, den das Bundesverfassungsgericht uns als politisch Verantwortliche eingeräumt hat, ist relativ groß. Wir hätten es als Fraktion richtig gefunden, wenn Sie nicht erst im Wahlkampf Vorschläge unterbreitet hätten" (ebenda). Auch Hans Joachim Fuchtel (CDU) betont die Nutzung der „parlamentarischen Spielräume" und zwar primär „[u]m Bürokratie und Regelwut Einhalt zu bieten" (12. Mai 2005). Die expliziten Kriterien der Priorisierung verweisen eher auf die Richtung konkurrierender *policies*, obwohl die Anhänger der rot-grünen Regierung die Priorisierung eines neuen Politikstils andeuten.

Das *politicking* mit knappen Spielräumen ist ebenfalls umstritten: Was zu priorisieren ist und wie sind knappe Spielräume kompetent auszunutzen? Gerade die engen Spielräume verlangen ein besonders schickliches *politicking.* Den Streit um die Prioritäten in knappen Spielräumen betont Rita Grießhaber (Grüne) gegen die CDU-Frauen- und Familienministerin Claudia Nolte:

> Frau Nolte, wir alle wissen, daß der finanzielle Spielraum äußerst gering ist. Auch wir haben nicht erwartet, daß Sie ein Füllhorn von Wohltaten ausschütten könnten und würden. Aber was Sie uns geboten haben, zeigt neben Unfähigkeit einfach auch Unwillen, auf gesellschaftliche Veränderungen einzugehen, weil Sie oder Ihr Kabinett immer noch in veralteten Vorstellungen verhaftet sind. (11. September 1997)

Minister Hans Eichel (SPD) wollte neue politische Prioritäten setzen: „Diese Schwerpunktsetzungen im Haushalt 1999 verdeutlichen, daß trotz engster Spielräume und der Begrenzung des Ausgabenzuwachses unterhalb des Wachstums des Bruttosozialprodukts – andere Rechnungen stimmen nicht – eine andere Politik möglich" ist (4. Mai 1999). Christine Scheel (Grüne) mahnt die CDU zur Prioritätensetzung, dass „selbst die Haushaltsexperten der Opposition … wissen müssen, dass es im Haushalt … eben keinen Spielraum mehr gibt. Ich finde, dass die Union sich endlich sortieren muss, dass sie klar bekennen muss, wie sie Haushaltspolitik, Finanzpolitik und Wirtschaftshilfe in der Zukunft gestalten will (12. Oktober 2001). Mit der konsequenten Priorisierung erscheinen auch dies Spielräume anders als sonst.

Wolfgang Weng (FDP) will die Verschlechterung der Spielräume verhindern: „In dem Zusammenhang mit dem Ausbau von Verkehrswegen appelliere ich an die Verantwortlichen, die ja mit den erleichterten Möglichkeiten viel Spielraum haben werden, mit dem Bau der Infrastruktur keinen umweltpolitischen Kahlschlag zu verbinden" (12. März 1991). Eine unerwünschte Veränderung wollen auch Volker Beck und Andrea Fischer (Grüne) in ihrer gemeinsamen Erklärung verhindern: „Die Auseinandersetzung zeigt, daß Teile der Exekutive den Bosnieneinsatz benutzen wollen, um den Spielraum der Bundesregierung für eine militärisch gestützte Außenpolitik zu erweitern" (6. Dezember 1995). Ihre Pointe zielt auf die Bundeswehr als Parlamentsarmee, was durch diese Verschiebung bedroht ist.

Für eine *politicisation* durch die Zustimmung zum Haushalt setzt sich Carsten Schneider (SPD) ein: „Ich bitte Sie deswegen, dem Haushalt zuzustimmen. Sorgen Sie mit dafür, dass wir insbesondere den Ländern die Mittel geben, die ihnen Spielräume verschaffen, ihre bildungspolitischen Vorstellungen, die sie für sich immer wieder sehr in Anspruch nehmen, tatsächlich umzusetzen" (7. September 2004) Diese Politisierung strebt nach neuen Mitteln für *politicking* in den Bundesländern.

In zwei Beiträgen geht es um neue Spielräume in fremden Ländern. Philip Mißfelder (CDU) deklariert: „Das gibt uns vielleicht die Gelegenheit, die irakischen Streitkräfte insgesamt zu stärken. Das wäre notwendig, um überhaupt wieder politischen Spielraum zu schaffen" (15. Januar 2015), was also auf die Bedingungen für die Ermöglichung einer irakischen *polity* verweist. Manuel Sarrazin (Grüne) äußert sich zu Portugal nach der Eurokrise: „Dieses Geld wird die portugiesische Regierung einsetzen können, um den Menschen in Portugal zu zeigen, dass auch ein harter und anstrengender Weg Sinn machen kann und dass die Politik Spielräume zurückgewinnen kann, die dann auch für politische Entscheidungen der Parteien … genutzt werden können" (22. Juni 2017). Da geht es um eine vorsichtige *politicisation.*

Insgesamt findet man kaum aktive Forderungen nach *politicisation* der Spielräume im Bundestag. Die Öffnung einer neuen Thematik auf der Agenda wird nicht *per* se als Öffnung neuer Chancen für Politik hervorgehoben. Wie erwähnt, gibt der Bundestag, kaum Spielraum für individuelle Initiativen, und auch interfraktionelle Initiativen der Hinterbänkler sind schwächer als in Westminster.

Die Reden von Spielräumen verweisen auf eine Bedeutung des Polity-Aspekts in der Spielsprache der Politik in den Parlamentsdebatten. Insbesondere ab den neunziger Jahren sind die Verkürzung, Aufrechterhaltung und Erweiterung des politischen Spielraums sowie dessen Verhältnis zur Vergangenheit, Gegenwart und mögliche Zukunft ein fester Bestandteil des parlamentarischen Repertoires geworden. Dennoch ist der Bezug auf das parlamentarische Agenda-Setting relativ bescheiden geblieben und die Erweiterung des Spielraums in unkonventionelle Richtungen mittels parlamentarischen Initiativen ist weitgehend marginal geblieben.

9.4.3 Die Suche nach fairen Spielregeln

Als letzten Topos zum Verhältnis zwischen Spiel und Politik diskutiere ich die Spielregeln und das *Fair play,* in späteren Jahren auch als Fairplay eingedeutscht. Ihr Umfang ist weniger häufig als eine Rolle spielen und entspricht etwa der Häufigkeit von Spielraum. Das regulative Ideal des fairen Spiels fungiert als ein Maßstab, mit dem man auch die existierenden oder vorge-

schlagenen Regeln beurteilen kann. Im Bundestag sind auch diese Beispiele auf die Periode ab den neunziger Jahren konzentriert.

Die Spielregeln verweisen auf die Politik der Geschäftsordnung. Verglichen mit Westminster sind deutschen Parlamente weniger prozedural gewesen und im Bundestag ist die Berufung auf politische Spielregeln relativ selten (14 Debatten in meinem Korpus). Frühe Formulierungen haben einen pädagogischen Ton, wie bei Minister Gustav Heinemann (CDU): „Aber es läßt sich sehr wohl darüber nachdenken, ob nicht von Gesetzes wegen gewisse Spielregeln für einen ordnungsmäßigen Ablauf politischer Versammlungen festgelegt werden sollten" (23. Februar 1950).

Denselben Ton findet man später z. B. bei Christel Hanewinckel (SPD), die über die Jugendlichen in östlichen Bundesländern und ihr Verhältnis zur Demokratie sprach: „Wie sollen sich die Jugendlichen mit der Demokratie, ihren Werten und ihren Spielregeln identifizieren? Sie höhlen durch Ihre Nichtpolitik für Jugendliche das Vertrauen in die Demokratie aus" (23. Mai 1996).

Für die „Spitze des politischen Nachrichtendienstes" wird nach Hellmuth Heye (CDU) „eine Persönlichkeit von Ansehen und Gewicht" gesucht, die „mit den politischen Spielregeln vertraut" ist (17. September 1954). Hohe Beamte müssen die politischen Spielregeln beherrschen – ob damit der Vorrang parlamentarischer Politik anerkannt wird, bleibt offen. In der Wirtschaftspolitik betont Minister Ludwig Erhard (CDU) die Bedeutung der Spielregeln (22. März 1956, s. Matthias Heider, CDU, 21. März 2013 und Ulli Nissen, SPD, 9. Juni 2016). Nissen bringt mit „demokratischen Spielregeln" eine kritische Pointe ein.

Eine Kontroverse um die Spielregeln entstand zwischen dem CSU-Vorsitzenden Franz-Josef Strauß und Otto Graf Lambsdorff (FDP). Strauß bemerkt, dass die „Demokratisierung der Gesellschaft" „zum Ende der Demokratie" führt: „Wenn man dieser Entwicklung ein hartes Nein entgegensetzt, dann verletzt man die Solidarität der Demokraten. … Dann verunglimpft man den politischen Gegner und verstößt man wider die politischen Spielregeln" (13. März 1975). Er deutet ‚politische Spielregeln' zugunsten etablierter Praktiken. Lambsdorff zieht gegen Strauß „den Schluß, daß ich die Auseinandersetzung mit solchen politischen Methoden in aller Schärfe insbesondere dann führen werde, wenn so jemand für sich in Anspruch nimmt, Wahrer der Freiheit in diesem Lande zu sein und gar die Arroganz besitzt, sich als Liberalen zu bezeichnen" (30. Juni 1976). Er betont die Gefahr, dass „ein solcher Umgang innerhalb der eigenen Partei zum politischen Brauch und zu den politischen Spielregeln in der Bundesrepublik gehören sollte – was glücklicherweise nicht überall der Fall ist" (ebenda).

Krista Sager (Grüne) kritisiert bestehende Spielregeln in der Hochschulpolitik, in der „die starken Länder stärker gefördert werden als die schwachen Länder und dass es für das, was für uns besonders wichtig ist, nämlich die Studienkapazitäten auszubauen, in den Verteilungsmechanismen der alten GA

überhaupt keine Anreize gibt“ (1. Juni 2006) .Ihre Kritik gilt den Regeln selbst und nicht ihrem Missbrauch.

Mit der Fußballsprache übt Hans-Werner Ehrenberg (FDP) eine prozedurale Kritik an einem Antrag von der Linke zu Kolumbien: „Nach internationalen und diplomatischen Gepflogenheiten ist es völlig unüblich, während laufender Verhandlungen Forderungen von außen zu stellen. … Das ist so, als ob man während eines laufenden Fußballspiels die Spielregeln ändern würde. Wer sind wir denn, dass wir uns eine solche Verhaltensweise anmaßen? Das ist nicht konstruktiv“ (17. Januar 2013). Man fragt sich, ob der Verhandlungsprozess eher mit der Spielzeit einer Liga als mit einem Spiel vergleichbar ist.

Lars Castellucci (SPD) wendet sich gegen die mangelnden Kenntnisse der politischen Spielregeln außerhalb des Parlaments. Er betont: „Vielfalt, Recht und Gesetz und Spielregeln sind keine Gegensätze, sondern gehören zusammen. Wir müssen also Vielfalt gestalten“ (25. September 2014). In einer späteren Rede, an die vorangehende Rede von Öczan Mutlu (Grüne) anspielend, hebt Castellucci hervor:

> Wir alle haben einen Auftrag, nämlich mit dem, was wir hier betreiben, auch Aufklärung zu leisten. Es gibt da draußen ein Missverständnis oder ein Unverständnis, was politische Prozesse und politische Spielregeln angeht. Das hängt mit vielem von dem zusammen, was Sie in Ihrer Analyse haben: die zurückgehende Beteiligung in der Politik auf allen Ebenen und die wachsende Distanz. (9. Juni 2016, s. Monika Griefahn, SPD, 16. März 2006)

Aktivistische Praktiken haben nach Castelluci einen Anti-Prozeduralismus in der Bundesrepublik gefördert. Den Wert der Geschäftsordnung unterstreicht Bernhard Kastner (CDU) in der Pflicht jedes Bundestags, die sie neu zu beschließen:

> „Änderung der Geschäftsordnung“ heißt der jetzige Tagesordnungspunkt. Die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages ist Ausdruck der in Artikel 40 unserer Verfassung garantierten Parlamentsautonomie, ja, sie beinhaltet letztlich die Spielregeln der Demokratie hier in unserem Parlament. Sie muss daher der Diskontinuität unterliegen. Jeder neu gewählte Bundestag muss sie neu beschließen und wie in fast jeder Legislaturperiode klug weiterentwickeln. Genau das machen wir heute. Die Konstituierung eines Parlamentes nach einer Wahl gehört unbestritten zu den ganz besonderen Momenten einer Demokratie. (1. Juni 2017)

Es gibt auch Vorschläge zur Revision der Spielregeln. Rainder Steenblock (Grüne) verlangt dies für die EU: „Wir brauchen neue Spielregeln, aber die Europäische Union muss für alle Länder, die in Europa liegen, offen sein. Lassen Sie uns dafür streiten. Die Spielregeln müssen hart sein; aber die Offenheit brauchen wir“ (1. Juni 2006).

Der Respekt für Spielregeln ist ein wesentlicher Aspekt des parlamentarischen Politikstils. Den Respekt komplettiert der zweite Aspekt des Topos, das

Fair play. Das *Fair play*-Vokabular wird in meiner Auswahl in 49 Debatten benutzt, jedoch meistens eng auf Sport oder Sportpolitik bezogen.

Für Politik als Spiel sind die meisten sportlichen Belege des *Fair play* wenig interessant, obwohl sie ausführlich debattiert werden. Sie reichen vom Doping (s. etwa Gerhart Baum, FDP, 3. März 1988; die Speerwurf–Olympiasiegerin für die DDR Ruth Fuchs, PDS, 26. März 1993; Minister Wolfgang Schäuble, CDU, 5. Juni 2008) zu den finanziellen Regeln des Fair *play* der UEFA (Berndt Heinemann, CDU, 6. Mai 2009) bis zur Fußball-EM in der Ukraine, während der Julia Timoschenko im Gefängnis saß (Frank Steffel, CDU 28. Juni 2012), oder dem Verhältnis zwischen *Fair play* und Menschenrechten (Öczan Mutlu, Grüne, 6. Februar 2015).

Mehrere Redner erkennen den politischen Aspekt im sportlichen *Fair play* an. Nach Jeannine Pflugradt (SPD) lehrt der Sport das Beachten von Spielregeln: „Wer Sport treibt, lernt, Spielregeln zu akzeptieren, zu tolerieren und mit Siegen und Niederlagen umzugehen" (6. Februar 2015), obwohl der Sieg auf Kosten der Regeln keineswegs unbekannt ist. Nach Klaus Riegert (CDU) „wurde der Sport im Nationalsozialismus wie auch im Kommunismus missbraucht und gegen jegliches Verständnis von Fair Play, gegenseitiger Anerkennung, Freiheit und Gleichheit ins Gegenteil verkehrt" (20. Januar 2011). Swen Schulz (SPD) verweist auf die Nicht-Diskriminierung im Sport und nennt Namen deutscher Fußballnationalspieler: „Das ist ein schönes Beispiel dafür … welche Kraft der Sport hat. Er bringt Menschen zusammen. Er unterscheidet nicht nach Arm und Reich, nach Herkunft, Hautfarbe oder Religion. Sport integriert und vermittelt Werte wie Respekt, Teamwork und Fair Play. Aber das macht der Sport nicht automatisch" (2. Juli 2009).

Im Gegensatz dazu deklariert der ehemalige Gymnast Eberhard Gienger (CDU):

> Der Sport steht für eine Idee und für übergreifende Werte, die sich sehr gut im Attribut ‚olympisch' zusammenfassen lassen. Stellvertretend seien hier die Werte Fair Play, Toleranz, Verantwortung und Respekt genannt, die als Prinzipien wenige gesellschaftliche Bereiche so exponiert vertreten wie der Sport. Aber es muss eine klare Trennung zwischen Sport und Politik gemacht werden. (10. Mai 2012)

Gienger identifiziert Politik mit der Parteiverbindung, und benutzt das *Fair play* nicht im Sinne des fairen Streits im Parlament, sondern verweist eher auf substantielle Normen der *Fairness* wie etwa John Rawls (1993). Gienger kennt nicht die Verbindung des *Fair play* zur parlamentarischen Prozedur und Rhetorik (s. Palonen 2014a,b), die von der Sportbewegung im 19. Jahrhundert adoptiert wurde.

Das *fair play* der wirtschaftlichen Konkurrenz thematisiert Klaus Daubertshäuser (SPD): „Es müssen auf diesem Wirtschaftssektor endlich faire Voraussetzungen geschaffen werden. … Wir sind nämlich für ein marktwirtschaftliches Fair play" (22. Januar 1988). Für Minister Hans Eichel (SPD)

markiert *fair play* ein Kriterium wirtschaftlicher Vielseitigkeit: „Wir wollen auch sicherstellen, dass nicht allein die Interessen der Vorstände, sondern auch die der Aktionäre und der Beschäftigten gewahrt bleiben. Wir schaffen so ein Regelwerk für ein *Fair play*" (15. November 2001). Das faire Handeln thematisiert Gustav Herzog (SPD), der über eine bayerische Firma als „sozusagen ein Global-Fair-Player und das alles mit Stammsitz im bayerischen Gräfelfing und nach unseren strengen deutschen Verbandsrichtlinien" spricht (24. Februar 2005). Parlamentarischer Staatssekretär Max Stadler (FDP) hofft, das eine EU-Richtlinie dazu beiträgt, „dass im Geschäftsverkehr … wieder mehr Fair Play Einzug hält und sich die Zahlungsmoral bessert" (27. September 2012). Dem politischen Ideal am nächsten kommt Katharina Dröge (Grüne), die einem Gesetz zur Korruptionsbekämpfung vorwirft: „Das ist keine verantwortungsvolle Politik gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern und gegenüber allen Unternehmen in diesem Land, die fair spielen" (1. Juni 2017).

Es gibt Kritiken am fehlenden *fair play* im Bundestag. In der frühen Bundesrepublik beklagt Richard Jaeger (CSU) die Praxis, dass die Opposition im Ausschuss zur Revision der Vorlage beiträgt und im Plenum gegen das Gesetz stimmt. Nach ihm „müssen diese Gesetze …mindestens keinen offenen Widerspruch mehr finden. Das ist, glaube ich, ein fair play, das wir so von der Opposition erwarten können, wie wir es von der Mehrheit gegenüber der Opposition halten wollen" (15. Juni 1955). Adolf Cillien (CDU) sagt zu gescheiterten Plänen der Wahlrechtsänderung: „Fair play gilt in solchen Fällen für beide Seiten" (15. März 1956).

Gegen angebliche Wirtschaftsfeindlichkeit verteidigt Werner Mertes (FDP) die sozial-liberale Koalition: „Das ist kein faires politisches Spiel, meine Damen und Herren von der Opposition, und die Früchte müssen in diesem Fall sehr, sehr bitter sein" (11. Mai 1971). Manfred Vohrer (FDP) wirft der Opposition vor: „Ich bitte Sie deshalb, jenes Fairplay in der Argumentation, das Sie immer von uns fordern, hier selber zu zeigen, wenn es darum geht, den Unterschied zwischen Ihren Maximalforderungen und dem zu finden, was Sie dort, wo Sie mit politische Verantwortung tragen, tatsächlich befürworten" (14. November 1974).

Richard Reitzner (SPD) beruft sich auf parlamentarischen Respekt: „Wir werden den Herrn Minister nach seinen Leistungen und nach seinen Ergebnissen beurteilen; wir werden ihm gegenüber fair play walten lassen und ihm Zeit lassen, seinen Zweijahresplan zu erfüllen" (15. Juni 1955). Landwirtschaftsminister Josef Ertl (FDP) dankt seinem Vorgänger Hermann Höcherl (CSU): „Ich möchte hier zunächst meinem Kollegen Höcherl meinen persönlichen Dank für das demokratische Fair play bei der Amtsübergabe abstatten" (30. Oktober 1969).

Gegen Bundeskanzler Helmut Kohls Vereinigungsplan wendet sich Antje Vollmer (Grüne) mit *fair play.* Sie fürchtet also, dass die eigenständige Politik der ‚Demokratiebewegung' im Vereinigungsdruck untergeht:

Staatsmännische Klugheit, politische Vorsicht, diplomatische Höflichkeit und koalitionspolitisches Fair play gelten einfach nichts mehr. Manchmal fürchte ich, es könnte zu einem großen Unglück für die Demokratiebewegung in der DDR werden, daß sie mit ihrer gewaltfreien Revolution einfach nicht mehr so lange warten wollte, bis hier bei uns der Wahlkampf vorbei ist“. (14. Dezember 1989)

Mit dem englischen Ausdruck deuten einige Redner eine konzeptionelle Verbindung zum Westminster-Parlamentarismus an, etwa der Verfassungspolitiker Adolf Arndt (SPD):

Ich weiß nicht, was Sie da rufen. Aber lassen Sie mich Ihnen eins sagen: In einer wirklichen Demokratie wie in England richtete sich das ganz schlicht nach einem Grundsatz des fair play. F – a – i – r schreibt sich das! (Unruhe und Zurufe bei der CDU/CSU.) Ich glaube, es wäre an der Zeit, daß die einfachsten Grundlagen der Fairneß hier gesehen würden, und die müssen dazu zwingen, daß Sie den Beschluß von heute morgen wieder aufheben, weil alles andere nichts wäre als blanker Terror. (25. März 1958)

Arndt wagt England als Modell der Demokratie zu loben, mit versteckter Andeutung, dass die Bundesrepublik noch keine ist. Das britische Beispiel deutet auch Annemarie Renger (SPD) an, die die Verbindung zwischen Sport und Politik im Zeichen des *fair play* hervorhebt: „Der Sport hat wesentliche Grundelemente der Demokratie in sich: gegenseitige Achtung, Toleranz und fair play. Wie schön wäre es auch hier bei uns im Bundestag, wenn wir immer danach handelten“ (3. Juni 1959). Innenminister Werner Maihofer (FDP) betont, „die Übung in Fairneß gegenüber dem sportlichen Gegner unter strenger Einhaltung gesetzter Regeln des ‚Fair play'“ und markiert die englische Pointe: „Sportgeist und Staatsgesinnung aber stehen, wie vor allem das englische Beispiel zeigt, in hintergründiger Verbindung zueinander“ (14. November 1974).

Ohne das englische Vorbild zu erwähnen, formuliert Altkanzler Willy Brandt (SPD) ein Demokratie- und Parlamentsverständnis, dass im Fair *play* eine über das legalistische Minimum hinausgehende Sichtweise ausdrückt:

Das Stichwort Fair play beinhaltet aber noch etwas mehr als die Erwartung, daß die Spielregeln beachtet werden, nämlich den Ausdruck des Respekts vor der Demokratie als Lebensform — nicht nur als Regierungsform —, als Ordnung der Regeln für die Parlamente und ihre Kontrolle der Bürokratien. Demokratie als Lebensform soll und muß der lebendige Anspruch sein, den unser Volk an sich selbst stellt, hineinwirkend in alle sozialen Bereiche und in jene der Wirtschaft. (17. Dezember 1976)

Brandt hebt also, im Einklang mit dem Westminster-Modell, die Bedeutung sowohl der prozeduralen Regeln als auch der Bürokratiekontrolle als Grundzüge der Demokratie hervor. Norbert Blüm (CDU) verbindet, gegen Bagehot und Weber, das *Fair play* mit der Gewaltenteilung, „zu dieser Gewaltenteilung zählen … auch der nicht formulierte Teil eines politischen Taktes des Parlaments, eines institutionellen Fair play, nämlich die Zurückhaltung, wenn Bürger vor dem Verfassungsgericht klagen“ (11. Mai 1978).

In späteren Jahren sind prinzipielle Stellungnahmen über die spezifische parlamentarische Bedeutung des *Fair play* nicht mehr zu finden. Hängt dies damit zusammen, dass das Westminster-Ideal des debattierenden Parlamentarismus nicht mehr für den Bundestag gilt? Oder bedeutet die fortgesetzte Benutzung des englischen Ausdrucks, dass zumindest ein prozedurales Verständnis des Parlamentarismus selbstverständlicher als früher geworden ist?

9.5 Die Spielkontingenz der Politik

Die genauere Durchsicht der Spielsprache der Politik zeigt beachtliche Veränderungen während der 68 Jahre des Bundestags. Die Frage, ob Politik ein Spiel ist oder nicht, wird seit den achtziger Jahren kaum mehr gestellt. Zwar bestreiten einzelne Redner, ein Spiel zu betreiben oder werfen ihren Gegner das Spielen vor. Aber auch in diesen Zusammenhängen ist die Absage an eine besondere Pointe geknüpft. Die Gegensätze zwischen Politik und Ernst, Politik und loser Spekulation haben ihr Gewicht verloren, und die zwischen Politik und Gewalt erscheint in neuen Formen.

Die Spielkritik begrenzt sich weitgehend auf das *politicking*, das angeblich die ‚sachliche' *policy* in spezifischen Themen verhindert. Regelmäßig benutzte Formeln, wie das Rollenspiel, der Spielraum, die Spielregeln und das *Fair play* deuten an, wie das parlamentarische *politicking* und die *polity* von Bundesländern bis zur Weltpolitik zunehmend akzeptiert werden. Dagegen wird *politicisation* als Eröffnung des Bespielbaren kaum thematisiert. Trotzdem kann auch die harmlos klingende Spielsprache als Indiz dafür genommen werden, wie die Kontingenz als prägendes Element der komplex gewordenen Politik, den parlamentarischen Respekt für die Gegner voraussetzt.

Ein Grund für die Zunahme der Spielwörter ab den achtziger oder neunziger Jahren dürfte auch darin liegen, dass das bestehende Dreiparteiensystem mit dem Eintritt der Grünen und später der PDS/Linken seine Stellung verloren hat. Weder die Grünen und noch weniger die Linken begründen ihre Politik jedoch mit der Freude am Spiel und sind als Benutzer der Spielsprache nicht auffällig stark vertreten.

Trotzdem ist der Wandel der politischen Konstellationen im Bundestag ein Grund, der Mehrheiten und Koalitionen spielbarer macht. Sowohl einzelne Abgeordnete als auch kleinere Parteien haben Chancen für eine mehr spielerische Politik erkannt. Damit steigern sich die rhetorischen und prozeduralen Ressourcen des Parlaments. Dies bietet weitere Chancen für die Stärkung des *fair play* und Regelveränderungen, während die Mehrheiten vor der Debatte und Abstimmung nicht mehr so voraussehbar sind wie bisher.

10. Politik als parlamentarisches Handeln

Wie ist Politik als Handeln zu verstehen? So lautet die Leitfrage meiner Forschungen seit den späten siebziger Jahren. Die begriffsgeschichtliche Version dieser Frage lautet: Wie haben politische Akteure selbst über Politik gesprochen? In diesem Buch habe ich die Parlamentsabgeordneten als paradigmatische Beispiele politischer Akteure zum Gegenstand gewählt und ihr Gebrauch des Politik-Vokabulars sowohl als Sprechakte in Plenardebatten als auch im Verhältnis zu gewissen idealtypischen und historisch relevanten Denkweisen über Politik analysiert und beurteilt. Als Beispiel habe ich die Reden der Mitglieder in den Plenardebatten des Deutschen Bundestages unter den 18 ersten Wahlperioden von 1949 bis 2017 behandelt.

Meine Studien zum Politikbegriff und zum parlamentarischen Politikstil haben mir einen hohen Respekt für das Handeln der professionellen Politiker, vor allem der Parlamentarier, eingebracht. Die Forschungsagenda dieser Studie ist daran bestrebt gewesen, diesem Respekt zu entsprechen – nicht nur auf die weitverbreitete akademische Verachtung den Berufspolitikern gegenüber zu verzichten. Vielmehr habe ich mich angestrengt Parlamentarier als Personen zu verstehen, die in einer Situation handeln, in der sie herausgefordert sind, sich mit immer neuen Fragen auf der Agenda, im Plenum oder in Ausschüssen, bekannt zu machen, Argumente *pro et contra* zu beachten und – trotz Spezialisierung und Fraktionsdisziplin – persönlich Stellung zu nehmen. Insofern haben sie zumindest gute Chancen, mit ihrer Teilnahme an Debatten nicht das Gesagte zu wiederholen, sondern etwas Neues zu sagen und auch ihr sonstiges Denken zu revidieren. Bezüglich des Politikbegriffs muss dieses Neue sich nicht in radikalen Innovationen, sondern vielmehr in feinen Nuancen, in leichten Umformulierungen oder Umdeutungen zeigen, was eine Pointe in der aktuellen Debatte markiert aber darüber hinaus als eine Modifizierung oder Revision des Begriffsgebrauchs interpretiert werden kann.

Diese Weise, die Debattenreden der Parlamentarier beim Wort zu nehmen, richtet sich gegen eine gewichtige, lange fast hegemoniale Denkweise: Diese hat verschiedene Gesichter – Soziologie, Psychologie, Ökonomie, Marxismus, Systemtheorie usw. – die nach den ‚Funktionen' oder sonstigen Faktoren ‚hinter' den Handlungen fragt. Aus meiner Sicht geht in allen diesen Denkweisen die Eigenart der Politik als Handeln sowie die damit verbundene Denkweise der Politik als kontingentes und umstrittenes Handeln mehr oder weniger verloren (s. auch Skinner 2002, 1–7).

Die Kehrseite meines Ansatzes ist, dass ich die Geschichte des Politikbegriffs in der Bundesrepublik überhaupt nicht ‚erklären' will. Mein Interesse begrenzt sich auf die Reden als Sprechakte in der Debatte sowie auf die Interpretation ihrer Bedeutung in der sekundären Debatte um den Politikbegriff.

In diesem Sinne weicht mein Forschungsinteresse von der Tradition der Geschichtswissenschaft ab.

Um den Gebrauch des Politikbegriffs in den Bundestagsdebatten zu analysieren, habe ich auch aus forschungspraktischen Gründen von einer detaillierten Durchsicht der Unterschiede zwischen den verschiedenen Typen Fragen auf der Agenda und sonstigen Aspekten des engeren parlamentarischen Kontexts der Wortmeldungen weitgehend abstrahiert. Ich hoffe später die Verbindung zwischen den verschiedenen Aspekten der parlamentarischen Politik, wie ich sie analysiert habe (Palonen 2018b), enger mit Debatten zum Politikbegriff zu verbinden.

10.1 Die Thematisierung des Politikbegriffs

Ein Ausgangspunkt für meine Studien zum Politikbegriff vor Jahrzehnten war die Annahme, dass es keinen ‚etablierten Politikbegriff' gibt. Diese Studie zum Begriffsgebrauch im Deutschen Bundestag zeigt deutlicher und anschaulicher als meine bisherigen Studien die ungeheure Vielfalt im Politikvokabular und ebenso wie unsinnig die Rede von einem einheitlichen Politikbegriff für die handelnden Politiker wäre.

Ausgehend von der Annahme, dass auf der Agenda eines 'souveränen' Parlaments alles Politik sei, habe ich untersucht, wie sich die Abgeordneten zu dieser Annahme verhalten haben, auch wenn sie diese nie explizit behandeln. Ein bedeutsames Resultat dieser Studie liegt in der These, dass sich ihr Verhältnis zum Politikbegriff als Gegenstand parlamentarischer Debatten tendenziell verändert hat.

Vereinfachend formuliert zeigt dies, dass im frühen Bundestag, grob gesprochen in der Adenauer-Ära, zumindest unter den bürgerlichen Abgeordneten (CDU/CSU, FDP und die Kleinparteien auf rechts) ein Verständnis bestand, dass ‚Politik/politisch' etwas ‚an sich', etwas, das im Gegenstand selbst verwurzelt ist, über deren ‚Wahrheit' geurteilt werden kann.

Dagegen ist seit der sozial-liberalen Koalition, zuerst unter den Koalitionsparteien, bald danach auch unter den oppositionellen Christdemokraten dieser naive Begriffsrealismus mit einer rhetorischen Sicht ersetzt worden, in der das, was Politik/politisch ist, selbst zum Gegenstand des Streits geworden ist. Im Sinne Kosellecks (2006) ist Politik im Bundestag im vollen Sinne ein Grundbegriff geworden, der sowohl umstritten als auch von allen benutzt wird.

In diesem Sinne haben zuerst die Abgeordneten der SPD und FDP, bald aber auch die der CDU/CSU gelernt, zu behaupten, dass die Gegenseite entweder eine Frage ‚politisiert' oder ‚entpolitisiert', und zwar nie als Frage der Korrespondenz mit der ‚Wirklichkeit', sondern nur im Verhältnis zur politi-

schen Konstellation, vor allem zur Dyade Regierung vs. Opposition. Auch die Gegenüberstellung von ‚sachlich' vs. politisch' ist nur in diesem Sinne zu verstehen.

Damit hängt die ab Kapitel 3 dargestellte Veränderung zusammen, dass es für die Bundestagsabgeordneten die schlimmste Degradierung ihrer Aktivitäten ist, sie als *politikunfähig* zu bezeichnen. Etwas später kommt die in Kapitel 4 diskutierte Veränderung, dass sich *Berufspolitiker* von einem Schimpfwort zu einer Anerkennung der Professionalität der Parlamentarier verwandelt hat. Beide Vorgänge verweisen auf eine Aufwertung der Politik als solche, vor allem als eine Voraussetzung dafür, dass die Abgeordneten im Parlament überhaupt wirksam handeln zu können.

Dies schließt nicht aus, dass weiterhin gemäß der Situation eine Frage auf der Tagesordnung als *unpolitisch* bezeichnet wird, oder dass ein Abgeordneter stolz darauf sein kann, *kein Berufspolitiker* zu sein oder dass Negationen, Abgrenzungen und Zweifel an *politicisation* im Bundestag geäußert werden. Politik abwertende bzw. unterschätzende Formulierungen sind ein erheblicher Teil der Studie geblieben, ohne welche die anderen Gebrauchsweisen des Begriffs nicht ordentlich zu verstehen sind. Aber auch sie sind in meinem Ansatz als politische Schachzüge zu verstehen.

Die in Kapitel 3 zu den Wortkonstellationen diskutierte Bereicherung der sprachlichen Ressourcen im Umkreis des Politikbegriffs kann ebenfalls als ein Aspekt derselben Rhetorisierung des Verhältnisses zur Politik angesehen werden, von der nicht zuletzt die neu im Bundestag vertretenen Grünen einen Teil ihres Profils geformt haben. Die Einsicht ist also, dass wenn im Bundestag alles Politik ist, dies auch der Rede von der Politik, unabhängig ihres Inhalts, gilt. Die Kehrseite davon besteht vielleicht darin, dass nach den achtziger Jahren kein weiterer Schub von umfassender *politicisation* des Sprachgebrauchs stattgefunden hat, obwohl kleinere Veränderungen in diese Richtung durchaus erfolgt sind. Weder der Vereinigungsprozess noch der Eintritt der PDS/Linkspartei hat etwas qualitativ Neues für den Politikbegriff mit sich gebracht.

Trotzdem kann man von einer weiteren Zunahme der Bandbreite des Politikbegriffs *(range of reference* bei Skinner 1979, 1996) sprechen. Obwohl es nach den achtziger Jahren keinen Umbruch in der Konzeptualisierung der Politik als Handeln in Bundestagsdebatten gegeben hat, gibt es verschiedene neue Weisen, Politik als Handeln auf den Begriff zu bringen. Die Spielsprache ist ein Beispiel davon, dass die Verachtung abnimmt und die mehr oder weniger qualifizierte Akzeptanz des Spiels als Bestandsteil der parlamentarischen Politik zunimmt.

10.2 Die Vielfalt der Politikrede

Es lohnt sich hervorzuheben, dass ich in diesem Band die Reden von fast ein Tausend Bundestagsabgeordneten zumeist mit Zitaten erwähnt habe. Im Gegensatz zu den quantitativ orientierten *digital humanities* zitiere ich Worte, Namen und Daten der Abgeordneten als Beitragende sowie bestimmte singuläre Ausdrücke und Formulierungen zur Debatte um die Thematisierung des Politikbegriffs. An diese Redner und ihren Beitrag zu erinnern, ist mein Beitrag zur Kritik der ‚Gipfelwanderung' in der Begriffsgeschichte (s. Reichardt 1985) mittels eines debattenorientierten Ansatzes. Der Ansatz veranschaulicht zugleich, wie aus den scheinbar alltäglichen Reden der Parlamentarier Aspekte des politischen Denkens (im Sinne von Skinner 1978, xi) herausgelesen und ausgewertet werden können.

Der thematisierende Gebrauch des Politikvokabulars ist keine Spezialität weniger Abgeordneter. Wenn man die Verweise auf die erwähnten Redner – die kritizierten aber nicht zitierten Vorrednern nicht gerechnet, die zitierten Zwischenrufe mitgerechnet – zusammenzählt, habe ich die Reden von nach meiner Rechnung 952 Rednern (inklusive einiger Bundes- und Landesminister, die keine Bundestagsmitglieder sind) zumindest mit dem Datum erwähnt. Die Verteilung der Redner nach Parteien entspricht grob gesprochen ihrer parlamentarischen Stärke, jedoch scheint die Emphase der politischen Qualität für die Opposition und die kleineren Parteien etwas wichtiger als die der Regierungsmehrheit zu sein. Diese Unterschiede zeigen sich dann stärker, wenn man beachtet, dass ein Großteil der politikverneinenden oder -eingrenzenden Beiträge von CDU/CSU-Abgeordneten stammt, während vor allem die Grünen- und die SPD-Parlamentarier Beiträge das *Politikum* der Sprache mit verschiedenen Mitteln betonen.

Wegen der teilweisen Selektivität und der uneinheitlich praktizierten Auswahl der Texte, macht eine Rangliste der zitierten Abgeordneten wenig Sinn. Trotzdem präsentiere ich die Spitze der Liste.

Helmut Schmidt (SPD) 24
Adolf Arndt (SPD) 20
Helmut Kohl (CDU) 20
Carlo Schmid (SPD) 19
Franz-Josef Strauß (CSU) 16
Joschka Fischer (Grüne) 15
Willy Brandt (SPD) 14
Volker Beck (Grüne) 12
Angela Merkel (CDU) 12
Hans-Dietrich Genscher (FDP) 10
Gerhard Schröder (SPD) 10
Antje Vollmer (Grüne) 10

Die politische Rivalität zwischen Schmidt und Kohl zeigt durchaus auch eine begrifflich interessante Dimension. Alle Bundeskanzler (Adenauer 6, Erhard 7, Kiesinger 7) sind relativ gut vertreten, ebenso wie führende Politiker (Strauß, Fischer). Als innovativer Ideologe (im Sinne von Skinner 1974b) treten vor allem Carlo Schmid, Adolf Arndt und Volker Beck in Erscheinung, Angela Merkel und Antje Vollmer sind meist zitierte Frauen.

Die Abgeordneten benutzen für Politik keine Formeln aus Wörter- und Lehrbüchern. Sie gebrauchen das Politikvokabular als Sprechakt, ohne den Anspruch, die Kontexte oder die Anwendungsweisen zu erschöpfen. Die Vielschichtigkeit der Redeweisen über Politik bedeutet auch, dass die Dualismen zwischen Regierung und Opposition oder die zwischen links und rechts nicht überwiegen, sondern ein bedeutsamer Teil des thematisierten Gebrauchs des Politik-Vokabulars dient dazu, einfache Schemata zu vermeiden. Die Bedeutung der Vielfalt zeigt sich eher im Agenda-Setting als für die Debatten auf der Tagesordnung: Es gibt kaum Debatten darum, ob etwa politisch ist oder nicht, noch darum, was in diesem Kontext mit Politik/politisch gemeint ist.

Es gibt jedoch einige typische Schemata zur Vereinfachung der Debatten, in denen vor allem der Gegensatz zwischen Regierung und Opposition bedeutsam wird. Die Regierungsanhänger können Ansprüche und Risiken reduzierende Figuren wie *Realpolitik* (3.3.2) einbringen, auf die Asymmetrie der Chancen unter den Beteiligten verweisen, Oppositionspolitiker denunzieren oder gar -parteien als *politikunfähig* (3.4.3) bezeichnen. Regierungsanhänger pflegen weiter der Opposition vorzuwerfen, die Sachfragen *politisch* zu behandeln, und betonen gern, dass etwas *politisch unmöglich* ist oder dem *politisch Möglichen* enge Grenzen gesetzt sind. (5.4.1) Die Regierungen tendieren dazu, *politische Beratungen* im Parlament zu beschleunigen und die Opposition verlangt mehr Zeit dafür (7.2.2). Belege, die den politischen Streit leugnen, stammen eher von Regierungs- als von Oppositionsabgeordneten (8.2.1). Zur Regierungssprache gehören diskreditierende Konnotationen, etwa Formeln wie *politische Spielwiese* (9.2). Eine oppositionelle Redeweise ist die Mahnung an die Regierung zu *Handeln* oder ab den 90er Jahren, dass *die Politik* die Verantwortung übernehmen muss (Kap. 2.3). Eine typische Kritik an der Regierung ist, dass ihr Politikverständnis auf die Beibehaltung der Ordnung vor den Bürgerrechten zielt (Kap. 3.1.5; 3.4.2) oder der Vorwurf, Chancen ungenutzt zu lassen (5.4.4), keine *politischen Initiativen* einzuleiten (6.4.1), oder dass die Regierung auf *politische Abwägung* verzichten kann (6.5.3) sowie die Unterschätzung der verfügbaren *politischen Spielräume* (9.3.2). Es gibt Begriffe, die Regierungs- und Oppositionsabgeordnete einander vorwerfen, zum Beispiel die Berufung auf den Ernst der Politik (9.2.1).

Insofern ist der Gegensatz im Politikverständnis zwischen Regierung und Opposition relativ voraussehbar und teils dadurch bedingt, dass die Regierungen die Stabilität der Politik aufgrund der Wahlresultate und des Koaliti-

onsabkommens fördern, während die Opposition die parlamentarischen Ressourcen zur Veränderung der Mehrheiten ausschöpft.

10.3 Topoi des Politikbegriffs

Der Ausgangspunkt der Toposanalyse in diesem Band ist experimentell gewesen. Die Stichworte der Suche mussten gebildet und ausgewählt werden, und zwar mit der Gegenüberstellung dessen, was mit der digitalen Suchfunktion gefunden werden konnte. Zwar geben die digitalen Suchergebnisse scheinbar fertige Antworten auf vorgeschlagene Termini, aber schon bei zusammengeschriebenen Worten sind sie nicht immer zuverlässig. Getrennt geschriebene Wortformen geben in einigen Fällen relativ exakte Resultate, in anderen Fällen müssen die Belege einzeln durchgegangen werden. Bei einigen Belegen, für die die digitale Suche etwa über 300 Belege findet, habe ich mit dem ‚Relevanz'-Kriterium verschiedene Versuche unternommen, um die Belege einigermaßen ‚repräsentativ' zu reduzieren. Dadurch habe ich aber keine Einsicht darüber erlangt, was für den Algorithmus als Kriterien der Relevanz zählt.

All das bedeutet, dass meine zur Analyse benutzte Auswahl von Zitaten aus den Bundestagsdebatten explorativ und experimentell bleibt, und keineswegs vollständig oder im statistischen Sinne repräsentativ zu sein beansprucht. Es gibt Beispiele, für die die Basis der Belege sehr knapp ist. Nach meinem Vorverständnis und meiner Einbildungskraft habe ich interessant erscheinende Thematisierungen der Topoi des Politikbegriffs experimentell mittels Annäherungen mit denkbaren Wortformen gesucht. Die Resultate dieser Toposanalyse möchte ich in diesem Abschnitt kurz zusammenfassen, und zwar mit einer Interpretation der beachtenswertesten, oft überraschenden Pointen jedes Kapitels, versehen mit einigen weiterführenden Bemerkungen.

Im zweiten Kapitel fällt die Hypostasierung *der Politik* zum eigenständigen Quasi-Akteur auf. Die Quasi-Personifizierung der Politik – Klaus Sondermann hat mich schon in den neunziger Jahren auf diese Neuheit aufmerksam gemacht – drückt am klarsten eine Furcht vor der Eigenverantwortung der Politiker aus (s. Weber 1919a, 53). Hier zeigen sich vielleicht Überreste der von Loewenberg und Meinel kritisierten Beamtenhaltung deutscher Parlamentarier. Im Verständnis von *unpolitisch* zeigt sich die Veränderung darin, dass nach den zwei ersten Jahrhunderten das Wort nicht mehr die ‚Sachen selbst' betrifft, sondern rhetorisch auf die politischen Gegensätze im Verhältnis zwischen Regierung und Opposition verweist.

Die letzten Vorbehalte gegen die Bereicherung der Parlamentariersprache durch neue Politik-Wortverbindungen (Kap. 3) sind in den siebziger und achtziger Jahren weggefallen und der politische Aspekt der Phänomene ist

besser ‚lesbar' geworden. Die Wortkonstellationen haben die linguistischen Ressourcen der Parlamentarier für den rhetorischen Gebrauch gesteigert und ihre politische Einbildungskraft unterstützt, und vor allem die *polity* viel komplexer gemacht, einschließlich ihrer Europäisierung und Globalisierung. Das dritte Kapitel stellt ebenfalls eine Hypothese für die Periodisierung der Veränderung im Politikverständnis auf, die in den folgenden Kapiteln diskutiert und teilweise revidiert oder relativiert worden ist.

Über die Professionalisierung der Bundestagsmitglieder als Berufspolitiker geht es im vierten Kapitel. Die Politikunfähigkeit ist der schlimmste Vorwurf, den man den Bundestagsabgeordneten gegenüber äußern kann. Die Thematisierung der *Politikersprache* verweist nicht nur auf eine Selbstreflexion, sondern deutet auch Veränderungen im Typus des Politikers an. Die Parlamentarier haben ihre Ansprüche den Experten, dem Parteiapparat und den Bewegungsaktivisten gegenüber gestärkt, nicht zuletzt, weil die Grünen sich zu den stärksten Befürwortern des Parlamentarismus und der Berufspolitiker wandelten (zur Abkehr der Grünen vom Dilettantenideal mit den zeitgenössischen Pamphleten als Quellen s. auch Palonen 2012b, 143–146). Sie haben neue Ansprüche für das parlamentarische Agenda-Setting gesetzt und damit die Dominanz der Fraktionen relativiert, obwohl dies nicht die Geschäftsordnung des Bundestags zugunsten einer Institutionalisierung der Chancen zur parlamentarischen Einmischung für die Hinterbänkler à la Westminster verändert hat.

In diesem Sinne passt Max Webers These „Politik wird innerhalb wie außerhalb der Demokratie überall von Wenigen gemacht" (Weber 1917a, 135) nur für die frühe Bundesrepublik mit der Kanzlerdemokratie und dem Parteienstaat. Die von Weber in seiner Parlamentsschrift (1918) empfohlene Professionalisierung der Abgeordneten hat seit den siebziger Jahren ein für Weber noch unvorstellbares Maß eingenommen, womit auch die Hinterbänkler tendenziell zu echten Politikern geworden sind.

Im fünften Kapitel bin ich zuerst auf den adverbialen Gebrauch der für Steigerungen verwendeten Quasi-Superlative – *rein, höchst, eminent, ausgesprochen politisch* – eingegangen. Viele dieser Ausdrücke sind, im Gegensatz zu den Wortverbindungen, in den ersten Bundestagsperioden zu finden, als die Spannweite des Streits über die Interpretationen des Politikbegriffs noch relativ gering war und eben deswegen seine Gradierungen unabhängig des Inhalts glaubhaft waren. Eine andere zeitliche Verteilung der Belege gilt dem Sub-Topos des *politisch Möglichen.* Er verweist direkt auf die Politik als kontingentes Handeln. Das alles zeugt von einem zunehmenden Möglichkeits- oder Chancenbewusstsein im Sinne eines Übergangs von Entweder-Oder-Entscheidungen zur Wahl zwischen mehreren Alternativen, die die Politik von bloßen Bewertungsfragen in etwas, was Problematisierung, Einschätzungs- oder Beurteilungsfragen voraussetzt, verwandelt haben.

Im sechsten Kapitel zu Politikverben habe ich viel experimentiert. Der in den frühen Jahren viel benutzte Ausdruck *Politik treiben* ist im Laufe der Jahrzehnte rar geworden. Mit den Vokabeln *politische Initiative* und *politische Beurteilung* deutet sich an, dass Politik nicht mehr als ein bestimmter Vorgang von Handlungen verstanden wird. Die Dimensionen der Initiative des Agenda-Settings und der Beurteilung der Debatte der Fragen auf der Agenda als zwei Phasen haben an Bedeutung gewonnen, was auf den parlamentarischen Politikstil und dem ihm eigenen Dualismus der Handlungsstufen verweist. Man kann weiter spekulieren, dass sich die De-zentrierung des Politikbegriffs darin zeigt, dass ein Wort für ‚politisch handeln' nicht mehr reicht.

Im siebten Kapitel diskutiere die zentralen parlamentarischen Topoi. Mit gewisser Zuspitzung habe ich die Begriffe auf ihre Stellung in der Abfolge der parlamentarischen Politik von der proto-parlamentarischen Phase der *Diskussion* über das Agenda-Setting der *Debatte*, *Beratung* und *Verhandlung* der Fragen auf der Agenda bis hin zur *Entscheidung* als letzten Schritt der parlamentarischen *Deliberation* hinterfragt. Dem Selbstverständnis nach prägt die parlamentarische Vorgehensweise in der Geschäftsordnung und Rhetorik des Bundestags den Gebrauch dieser Politik-Vokabeln. Dies entspricht der Praxis des Redeparlaments à la Westminster, was den Kontrast zu der ausschusszentrierten und parteienstaatlichen Organisation des Bundestags relativiert. Dies ist auch dem gestärkten parlamentarischen Selbstverständnis des Bundestags und seinen Machtchancen geschuldet. Gerade die anfangs parlamentsskeptischen Grünen haben mit lebhaften Debatten dem Bundestag neue Impulse gegeben.

Die Begriffe der Kontroverse im achten Kapitel verweisen auf die personelle Austragung des parlamentarischen Dissenses. *Politischer Streit* und *politische Auseinandersetzung* werden häufig als Synonyme verwendet, obzwar der Streit immer sprachlich vermittelt und eine Distanz zwischen den Streitenden aufrechterhält. In den siebziger Jahren wurde ‚politische Auseinandersetzung' ein Stichwort für die *Hardliner* in der CDU/CSU-Fraktion, die Gewaltbereitschaft bei Gegnern verdächtigten und sie mit der Staatsautorität niederschlagen wollten. Die sozial-liberale Koalition stimmte dazu als letzte Instanz zu, ohne den Vorrang der Zivilisierung der Auseinandersetzung mit dem parlamentarischen Politikstil auch in der Konfrontation mit den Militanten aufzugeben. Danach hat die *Law and order*-Rhetorik aufgehört und die Differenz zwischen Streit und Auseinandersetzung entsprechend an Bedeutung verloren.

Die Spannung zwischen Politik- und Spielbegriffen ist das Thema des neunten Kapitels. Die zunehmende Akzeptanz der Spielsprache für Politik ist bemerkenswert. Dem Muster der klassischen Rhetorik folgend besteht hier eine Differenz zwischen Sieg und Spiel, zwischen dem Mehrheitsprinzip und dem *Fair play*, mit der spezifisch parlamentarischen Sympathie für das Spielen als Aktivität im Gange. Die Akzeptanz des Spiels setzt eine Distanz zur eigenen Seite voraus, eine Überschreitung der Staats- und Parteiräson und die Aner-

kennung der fairen und gleichen politischen Chancen aller Spieler. Das Spiel setzt das freie Mandat zur Beratung, Debatte, Diskussion, Verhandlung und Entscheidung voraus und markiert auch einen Bruch mit dem autoritären Staat. Der Spielbegriff markiert eine Kontingenz, die sowohl die Fragestellung und die Personen verbindet und die verschiedenen Aspekte parlamentarischer Politik ‚in Aktion' zu realisieren beansprucht.

10.4 Die *politicisation* des Bundestags?

Die Topoi der Politik bilden eine Schicht der Begriffsgeschichte der (west-) deutschen Nachkriegszeit ebenso wie des Politikprofils des Bundestags als Parlament. Die Politiktypologie bietet dazu eine andere, den Abgeordneten selbst wenig explizite aber im Prinzip verständliche Perspektive. Diese gilt dem Verhältnis der einzelnen Politikaspekte zueinander, aber eine das Profil steigernde Schlussfolgerung ist noch nötig. Im dritten Kapitel habe ich anhand der Wortverbindungen Hypothesen zur Begriffsgeschichte der Politik-Typologie angeboten. Die folgenden Diskussionen haben zu partiell verschiedenen Interpretationen der Begriffsgeschichte geführt.

Im Politikvokabular des Bundestags spielt der Polity-Aspekt eine zentrale Rolle. Dies gilt nicht nur mit Berufung auf das Grundgesetz oder die Legalität. Ich habe mit Wortverbindungen auf zwei Dimensionen der *polity,* auf ihre Formation durch *Politikgestaltung* als Akzeptanz und Eingrenzung der Kontingenz und auf die mit *Politikverständnis* im engen Sinne ausgedrückten und für legitim gehaltenen Scheidelinien, mit denen die *polity* intern gegliedert wird, hingewiesen.

Mit der emphatischen Markierung des politischen Charakters einer Frage oder Debatte im Zusammenhang mit der Demokratie oder des Parlamentarismus wird die vorhandene *polity* kritisch beurteilt. Das gesteigerte parlamentarische Selbstverständnis der Politik stärkt die *polity* gegenüber dem parteienstaatlichen *politicking* und öffnet zugleich die *polity* für neue Spielzeiträume der *politicisation.* Die Begriffe der parlamentarischen Debatte (Kap. 7), der personellen Kontroversen (Kap. 8) und die Akzeptanz der den Spielen ähnlichen Kontingenz der Politik (Kap. 9) verweisen alle auf eine indirekte *politicisation* der Bundestagsdebatten und -debattierenden.

Sehr wichtig ist die Tendenz zur *politicisation* der bundesdeutschen Polity-Ebene mit ihrer Europäisierung und Globalisierung. Europäisierung haben mehrere Abgeordnete schon in den fünfziger Jahren angestrebt, ab den sechziger Jahren wird sie stufen- und schubweise gestärkt, obzwar Mängel an der Parlamentarisierung der EU-Institutionen (und ihrer Vorläufer) in Debatten mit unterschiedlicher Radikalität erwähnt werden. Die UN und die Entwick-

lungspolitik erscheinen als Polity-Ebenen schon in den siebziger Jahren, die Globalisierung der Politik ist im vollen Gange ab den neunziger Jahren, als Stellungnahmen zu weltpolitischen Krisen und Kriegen auf die Tagesordnung des Bundestags gelangt sind. Als innovative Ideologen der Europäisierung und Parlamentarisierung haben sich in den Bundestagsdebatten vor allem Rainder Steenblock (Grüne) und Michael Roth (SPD) ausgezeichnet.

Die *policy* ist in den Debatten über die Anträge und Vorlagen zu 'Sachfragen' ein konstitutiver Teil des parlamentarischen Agenda-Settings. Die Bindestrich-Politiken verweisen auf die alltägliche Herrschaft der Verwaltung (Weber), die die Macht des Bundestags zu einer Ratifizierungsinstanz zu reduzieren droht, was sich in der Gegenüberstellung der ‚Sachfragen vs. Politik' zeigt. Die besondere Pointierung des politischen Aspekts als Gegenstand der Debatten markiert in diesem Kontext der Anspruch, die Policy-Ebene zu überschreiten. Wenn man auch zugibt, dass die ‚Sachfrage' keine ‚unpolitische' ist, erkennt man aber die Eigenständigkeit des Policy-Aspekts gegen ihre Unterordnung unter die Taktik des *politicking* oder die Regimefragen der *polity.*

Seit den sechziger Jahren sind Policy-Fragen selbst als bewusst wählbar und Debatten Richtungsentscheidungen ausgesetzt worden, unabhängig davon, ob sie als bloße ‚Sachfragen' legitimiert wurden. Zugleich zielte das Planungsdenken auf die Reduktion der Kontingenz im Sinne einer effizienten Folgekontrolle, was den Widerstand gegen die gewählte Politiklinie ausschloss. Für die Behandlung der Policy-Fragen haben viele Abgeordnete insbesondere in den siebziger und achtziger Jahren auf die Entlastung der Politiker durch ‚die Wissenschaft' oder die Politikberatung gehofft, was sich bald jedoch als illusorisch erwies. Die Parlamentarier haben gelernt, Fragen aus verschiedenen Perspektiven zu debattieren und zu beurteilen, und sie wollten in der Regel auch gegenüber ‚der Wissenschaft' das letzte Wort behalten.

Zu *politicking* hat man auch im Bundestag eine ambivalente Haltung. In der parlamentarischen Politik benötigen die Policy-Fragen eine Unterstützung, am liebsten der Mehrheit der Mitglieder. Die Fragen beziehen sich deswegen auf die Streitigkeiten um die Machtchancen, d. h. auf *politicking.* Die Kehrseite ist, dass Parlamentarier dauernd danach streben, auch in Policy-Debatten Mittel zu finden, um zugleich die Machtanteile der eigenen Partei oder des Parlaments zu steigern oder beizubehalten.

Die parlamentarische Pointe des *politicking* folgt daraus, dass Wahlresultate nie sichere parlamentarische Mehrheiten garantieren, sondern jede Frage auf der Tagesordnung und jede Rede im Plenum die Chance enthält, die durch Wahlen und Koalitionsbildung geformten, stabil gemeinten politischen Konstellationen zu verändern. Ein Grund dafür ist, dass die Mitglieder des Parlaments als Individuen reden und abstimmen, und die Identität eines Fraktionsparlaments sowie die Maßnahmen ihrer Disziplinierung keine Garantie für feste und stabile Mehrheiten bieten (Recker 2018 erwähnt Beispiele auch von dem 1957 gewählten Bundestag, in dem die CDU/CSU die einfache Mehrheit hatte).

Die Berechtigung des *politicking*, die im Bundestag prinzipiell von Anfang an zugestanden wird, liegt in der Behauptung der innerparlamentarischen Machtchancen.

Die Professionalisierung der Politiker änderte die *polity* spätestens mit dem Diätenurteil von 1975 und der späteren Pflicht zur Veröffentlichung der Nebeneinkünfte der Abgeordneten. Sie hat die Stellung der Parlamentsfraktionen den Parteiapparaten gegenüber gestärkt und auch das Selbstvertrauen des Bundestags gegenüber der Regierungskoalition und Verwaltung gestärkt.

Die Professionalisierung im Bundestag hat eine Zunahme der *Politikfähigkeit* in zwei verschiedenen Formen mit sich gebracht. Dem Selbstverständnis des Arbeitsparlaments entsprechend nahm die Anzahl der *Fachpolitiker* zu, was die Tendenz einer parteienübergreifenden Zusammenarbeit, wie sie in Debatten zur Entwicklungspolitik mehrfach betont worden ist, ermöglicht hat. Obwohl es im Bundestag keine prozeduralen Instrumente für thematische Koalitionen der Hinterbänkler gibt, können die Fachpolitiker gegebenenfalls die Fraktions- und Koalitionsdisziplin gefährden – auch wenn sie kaum eine Regierungskrise provozieren können.

Wie in meinem Zitat der Grünen-Abgeordneten Bärbel Rust (Kap. 4.3.5) ausgedrückt, agieren die Parlamentarier als Laienspieler, die mit verschiedenen rhetorischen und prozeduralen Mitteln Beamte, Experten sowie parlamentarische Fachpolitiker kontrollieren können. Sie sind *Berufspolitiker* im Sinne ihres kompetenten *politicking,* u. a. Leser und Analytiker der politischen Situationen und Konstellationen und geschickte Benutzer der parlamentarischen Sprache, obwohl im Bundestag etwa die Beherrschung der Geschäftsordnung und der Debattenrhetorik selten gerühmt wird. Parlamentarische Kompetenzen für *politicking* wurden darüber hinaus etwa durch die Praxis der politischen Beurteilung und die Einschätzung des politisch Möglichen mit dessen unterschiedlichen Nuancen gemeistert. Die selbstreflexive Politikersprache*,* die ab den siebziger Jahren im Bundestag thematisiert wurde, verweist zugleich darauf, dass *politicking* und Berufspolitiker keine statischen Qualitäten, sondern im Bundestag der Pluralisierung der Kompetenzen und der Politikertypen ausgesetzt sind.

Die Belege für *Politisierung* bilden nur einen besonderen Ausschnitt der *politicisation.* Die frühen Vorbehalte gegen Politisierung im Sinne einer Einmischung der Politik in andere Ordnungen wurden auch später erhoben. Allgemein hat man die unbeabsichtigt vollzogene *politicisation* registriert oder auch als Chance für Bürger zur politischen Einmischung anerkannt. Die aktiven Forderungen nach Politisierung sind rar und praktisch nur bei den Grünen zu finden, die ab den späten achtziger Jahren damit neue Typen von Fragen auf die parlamentarische Agenda setzen wollten oder auch politisierende Veränderungsanträge unternahmen.

Eine umfassende *politicisation* zeigt sich auf der Agenda des Bundestags mit den erwähnten Erweiterungen der *polity*, im Verständnis der Verbreitung

des Handlungshorizonts und der Zuständigkeit der deutschen Politiker. Die Professionalisierung hat als gesteigertes Kontingenz- und Streitbewusstsein in den Debatten ebenfalls zur *politicisation* des Handelns beigetragen.

Explizite Debatten um die Politisierung sind nach den späten achtziger Jahren jedoch kaum geführt worden. In Aspekten wie in der Akzeptanz des Spielvokabulars haben Veränderungen erst ab den neunziger Jahren stattgefunden. Radikale Umbrüche zu *politicisation* sind aber in den letzten zwei-drei Jahrsehnten kaum zu notieren, auch nicht während der rot-grünen Koalition. Kann man sagen, dass die *politicisation* des Bundestags und der *polity* im vereinten Deutschland eher stagniert hat? Es ist durchaus denkbar, dass die *politicisation* sich veralltäglicht hat, teils mit dem Ausklang der Vorbehalte gegen sie, teils mit der stillschweigenden Einsicht in das *Politikum* immer neuer Fragen.

Der Gebrauch des Politikvokabulars markiert keine lineare Tendenz einer *politicisation*, und der Umbruch, der bei den Wortverbindungen zu beobachten ist, wird bei den anderen Topoi nicht in ähnlicher Form befolgt. Obwohl das Kontingenzbewusstsein und die Kontroverstoleranz den Bundestag im 21. Jahrhundert durchaus ‚politisierter' erscheinen lassen als in der Adenauer-Ära, würde die weitere Bedeutung sowie detaillierte Datierung der Veränderungen sowohl in der Politikakzeptanz als solche in den Uminterpretationen des Begriffs genauere Studien verlangen.

10.5 Politik als parlamentarischer Debattenbegriff

Es ist ein Gemeinplatz zu behaupten, dass Politik außerhalb des Parlaments ‚erweitert' worden ist und oft auch weiter erweitert werden sollte. Das parlamentarische Verständnis der Politik wird oft als ‚eng' oder ‚traditionell' verworfen. Der Gemeinplatz setzt eine räumliche, klar abgrenzbare *polity*, primär an die an den Nationalstaat gebundene Konzeption des Parlaments voraus.

Meine Analysen der Politik als parlamentarischer Begriff widersprechen diesem Gemeinplatz. Das Parlament ist kein Ort oder Gebäude und ist als Institution nicht einer bestimmten *polity* untergeordnet. Vielmehr verweist Parlament auf eine bestimmte Weise, politisch zu handeln. In *Parliamentary Thinking* (Palonen 2018b) habe ich die Kriterien der dissensualen Prozedur, die *Pro et contra*-Rhetorik, die Freiheit der Mitglieder von Abhängigkeit, die Verantwortung der Regierung gegenüber dem Parlament sowie einen besonderen Komplex der parlamentarischen Zeit für diese Politikart vorgestellt. In diesem Sinne ist das parlamentarische Handeln eine höchst intensive und von seiner politischen Qualität selbstbewusste Art und Weise, politisch zu agieren.

Der Bundestag weicht in seinen Ausgangspunkten im Vergleich zu Westminster in mehrfacher Hinsicht von diesem politisch selbstbewussten Parlament ab. Die Verwandlungen im Politikverständnis unter den Bundestagsabgeordneten in den 18 Wahlperioden verweisen jedoch, wie im vorangehenden Abschnitt zusammengefasst, in mehrfacher Hinsicht auf Veränderungen in Richtung einer *politicisation* des Bundestags, sicher nicht linear und oft unbeabsichtigt, aber der Bundestag ist seit den achtziger Jahren eindeutig ein selbstbewussteres und politikoffeneres Parlament als früher. In mehrfacher Hinsicht sind weitere *politicisations* noch nach der Jahrtausendwende erfolgt. Zugleich ist klar, dass die Bundestagsabgeordneten nicht mehr Politik für sich monopolisieren wollen, sondern den parlamentarischen Aspekt für Kommunal- und Landespolitik sowie für supranationale Politikebenen anerkennen, mehrere von ihnen fordern namentlich die Parlamentarisierung der Europäischen Union.

Schwerer ist zu sagen, inwieweit die Bundestagsabgeordneten das parlamentarische Politikmodell mit seinem intensiven Kontingenzbewusstsein und seinen zur Regel gemachten Kontroversen als Musterbeispiel für alle Politik verstehen. Die Beispiele in den Kapiteln verweisen darauf, dass der Streit zwischen Politik minimierender, eingrenzender, akzeptierender und erweiternder Sichtweisen in mehrfacher Hinsicht ein permanentes Phänomen im Bundestag ist. Doch kann man von einem Trend nach stillschweigender oder offener Akzeptanz des *politicking* sprechen, die offensiven Forderungen nach *politicisation* mittels Parlamentarisierung sind dagegen marginal.

Die Toposanalyse, insbesondere die in den Kapiteln 7 und 8 aber auch in vieler Hinsicht in den anderen Kapiteln, macht sichtbar, wie tief und übergreifend die parlamentarischen Begriffe und die Zeitperspektive des parlamentarischen Prozesses den Deutschen Bundestag geprägt haben. Die parlamentarische Politikform mit der Deliberation – Debatte und Beratung – *pro et contra* wird von mehreren Abgeordneten unterschiedlicher Fraktionen in verschiedenen Kontexten und Zeitpunkten als die intensivste Form der Politik, wenn nicht als Paradigma aller Politik verstanden.

Eine Konsequenz, die ich in dieser Studie nicht habe befolgen können, ist die innerparlamentarische Einordnung der Belege. Relativ systematisch habe ich nur den Gegensatz zwischen den Rednern der Regierungs- und der Oppositionsparteien befolgt. Genauere Diskussionen über die Debattensubgenres oder -phasen sowie die damit verbundenen Zeitbezüge der parlamentarischen Politik habe ich hier schon wegen des Umfangs der Debatten nicht führen können. Ein weiterer Schritt in die Richtung der Verbindung der Begriffsgeschichte der Politik würde darin bestehen, die Reden enger mit der parlamentarischen Geschäftsordnung und mit den Debattenphasen zu verbinden.

10.6 Politisch vorausgesetzt: vier Stufen

Ein Reiz der größeren Studien liegt darin, dass oft auch etwas Unerwartetes als Resultat der Untersuchungen sichtbar wird. In Kap. 1 war ich sehr vorsichtig mit der Bestimmung unproblematischer Konventionen im Gebrauch des Politikvokabulars. In Kap. 5.3 habe ich jedoch notiert, dass es, wenn man die Gradierung von *politisch* im Bundestag analysiert, doch einige zentrale Konventionen dieser Art gibt, um für unproblematisch gehaltene Gebrauchsweisen insbesondere des Adverbs *politisch* zu entdecken. Ich habe auf das Paar Regierung vs. Opposition, auf die Parteilichkeit des Gebrauchs sowie auf die Zweckmäßigkeit hingewiesen.

Wenn man die Gesamtheit der Studie beachtet und die Betrachtung formaler macht, kann man das Resultat bezüglich des konventionellen Wortgebrauchs zusammenfassen. Bezüglich des Politikvokabulars in den Plenardebatten des Bundestages habe ich mit einer einseitigen Steigerung à la Weber eine Abstufung der nicht thematisierten Voraussetzungen entworfen. Eine vorläufige Formulierung von höherer zu niedrigerer Abstraktionsebene könnte dies sein:

4. kontingent
3. kontrovers
2. parteiisch
1. zweckmäßig.

Diese Qualifizierungen gelten der Politik als Handeln, wie ich sie in diesem Band zum Thema behandelt habe. Für jede Stufe können nicht nur Beispiele aus diesem Buch, sondern auch Hinweise aus der weiteren Begriffsgeschichte der Politik eingebracht werden, ebenfalls können für sie mehr oder weniger offensichtliche Gegenbegriffe angeboten werden, die den Grad der Qualifikation für *politisch* verständlich machen. Aus dieser Sicht können die Stufen einzeln behandelt werden.

Wenn *politisch* als zweckmäßig oder als Synonym für opportunistisch erscheint, wird der adverbiale Gebrauch gegen die normative, insbesondere die moralische Betrachtung gestellt. Diese Gegenüberstellung behandelt Immanuel Kant in *Zum ewigen Frieden* (1795), obzwar mit einer klaren Rangordnung zugunsten von moralisch. Die Gegenposition wird namentlich in L.A. von Rochaus *Grundsätze der Realpolitik* (1853/1869) eingenommen, der für das Verständnis der Politik die moralische Betrachtung für unzulänglich und die zweckmäßige für unabdingbar hält. Dasselbe galt auch den späteren Reden von der Realpolitik, die Rochaus minimalistische Sicht zum Möglichen nicht teilten. Auch die Bundestagsreden zur Realpolitik setzten das Zweckmäßige als ein Minimum von politisch voraus. Damit wird zugleich die normative Gegenposition als politisch verstanden: bei Max Weber ist die rigorose Gesinnungsethik ebenso politisch wie die opportunistische Verantwortungsethik.

Der Gegensatz zwischen normativer und zweckmäßiger Beurteilung der Politik verweist primär auf die *policy.* Die Rede von parteiisch oder parteilich verweist auf die Einseitigkeit im *politicking* der Akteure. ‚Partei' in dem hier gemeinten Sinne kann irgendein gegen andere gerichteter Akteurstypus sein, sie muss also nicht Partei im Sinne der für das Parlament kandidierenden Vereinigung sein. In diesem Sinne sind auch Regierung und Opposition als Parteien zu verstehen. Politisch muss im konventionellen Gebrauch nicht mit ‚parteipolitisch' identifiziert werden, sondern in einem formalen Sinne, wie dies etwa bei Reinhart Koselleck im Verständnis der *Politisierung* der Fall ist. (s. Koselleck 1972, zur Interpretation s. Palonen 2012a). Zu behaupten, dass jemand ‚unparteiisch' ist, kann rhetorisch ein ebenso politischer Sprechakt sein wie das Gegenteil, wie die Asymmetriethese bei Carl Schmitt andeutet.

Kontrovers oder umstritten als Kriterium für politisch verweist sowohl auf die Frage als auch auf die Akteure. Historisch kann man hier auf Webers Objektivitätsaufsatz mit der These, „der sozial*politische* Charakter" der Wertmaßstäbe bestehe darin, dass um sie „gestritten werden kann und *muß*" (Weber 1904, 153), verweisen. In den Bundestagsdebatten zeigt sich dies etwa darin, ob die Kontroverse als solche schon ein *Politikum* bedeutet, was heißt, dass in formaler Hinsicht auch jene, die dies bestritten, das Kriterium von kontrovers benutzten, obwohl sie es für den aktuellen Fall verneinen (s. Kap. 3.2.1).

Kontingent als Kriterium von politisch verweist auf das Mögliche, oder genauer, wie die Zitate zweier Abgeordneter in Kap. 5.4.4 zeigen, auf das ‚Menschenmögliche', d.h. auf das mit menschlichen Kräften Veränderbare, oder auf das Bespielbare. Auf das Kriterium verweist etwa John Pocock in *The Machiavellian Moment* mit der Qualifizierung der Politik als „contingent event". (1975, 156), was ich auf Max Webers Begriff der Chance bezogen und mit dem Verständnis von kontingent konfrontiert habe (Palonen 1998). Wie in Kap. 6 diskutiert, verweisen auch die Gegenbegriffe ‚politisch unmöglich' und ‚politisch notwendig' auf die Kontingenz als Kriterium der Politik, ebenso wie die Verneinung des Spiels auf das Bespielbare (Kap. 9).

Zweckmäßigkeit und Parteilichkeit sind im Rahmen der traditionellen *polity* brauchbar und werden oft ohne Thematisierung als implizite Verweise auf politisch verwendet, wenn die Agenda der Fragen und die Zahl der Akteure begrenzt ist. Im Gegensatz dazu enthalten kontrovers und kontingent den Verweis auf *politicisation* bestimmter Aspekte und können auch als Stufen davon verstanden werden. Das Kontroverse verweist im parlamentarischen Sinne auf Fragen auf der Tagesordnung, während das Kontingente eben die Politisierung im Sinne der Thematisierung des Agenda-Settings markiert.

Die vier Stufen von politisch können als Grade des Politikbewusstseins verstanden werden. Der Unterschied zwischen den frühen Jahren des Bundestags und der stillschweigenden *politicisation* sowohl der Agenda als auch der Akteure seit den achtziger Jahren können auch im Sinne dieses Politikbewusstseins verstanden werden: In diesem Kontext muss das, was als kontrovers

bzw. kontingent gilt, nicht immer explizit politisch genannt werden. Man kann sich weitere Gebrauchsweisen des vierstufigen Schemas vorstellen. Vor allem bietet es eine Chance, neben der hier praktizierten expliziten Thematisierung von politisch auch die implizite begriffsgeschichtlich und politologisch zu analysieren. Dies muss jedoch in anderen Studien unternommen werden.

Tabelle 1: Wortkonstellationen in den Bundestagsdebatten

Wahlperiode	Berufs-politiker	Politik-ansatz	Politik-fähig	Politik-gestaltung	Politik-konzept	Politik-stiL	Politi-kum	Politik-unfähig	Politikver-ständnis.	Politi-sierung	Real-politik
1949 – 1953	3						27			20	21
1953 – 1957	1						28			12	21
1957 – 1961	2						22			5	13
1961 – 1965	1						22			1	5
1965 – 1969	1						18			16	8
1969 – 1972				1			8		1	11	7
1972 – 1976	4			1			14	1	5	16	7
1976 – 1980	3					1	7	1	4	18	6
1980 – 1983			2		1		7	1	3	7	3
1983 – 1987	5	4	3		2	1	12	4	14	16	21
1987 – 1990	2	1	8	4	4	2	8	7	9	15	19
1990 – 1994	4	17	6	5	13	2	6	13	11	4	22
1994 – 1998	5	16	13	6	13	7	12	12	7	17	21
1998 – 2002	1	39	12	5	5	9	6	10	21	10	19

Wahlperiode	Berufs-politiker	Politik-ansatz	Politik-fähig	Politik-gestaltung	Politik-konzept	Politik-stiL	Politi-kum	Politik-unfähig	Politikver-ständnis.	Politi-sierung	Real-politik
2002 – 2005		16	1	6	5	6	8	2	9	2	13
2005 – 2009	3	32	12	8	6	12	3	1	9	13	18
2009 – 2013	3	23	4	13	1	15	5	4	23	3	41
2013 – 2017	5	13	2	6	1	7	5	3	10	8	24

Politiker-Zitate in Bundestagsdebatten 1949–2017

Gesamtzahl der Wörter (327)
Wortvarianten (mindestens zweimal benutzt)
Politiker (155)
Berufspolitiker (56)
Realpolitiker (15)
Politiker und Politikerinnen (14)
Politikerrede (11)
Politikersprache (10)
Politikerleben (6)
Politikerkopf (4)
Berufspolitikerinnen und Berufspolitiker (3)
Entwicklungspolitiker (3)
Politikerwort (3)
Umweltpolitiker (3)
Bildungspolitiker (2)
Finanzpolitiker (2)
Forschungspolitiker (2)
Kommunalpolitiker (2)
Oppositionspolitiker (2)
Politikerberuf (2)
Politikerbetrieb (2)
Politikergeneration (2)

Wahlperiode/Debatten/Redner/Belege

1. 1949–1953 – 12/12/13
2. 1953–1957 11/11/11
3. 1957–1961, 6/6/7
4. 1961/1965, 4/4/5
5. 1965–1969, 11/13/20
6. 1969–1972 2/2/4
7. 1972–1976, 12/12/17
8. 1976–1980 9/11/13
9. 1980–1983, 9/10/12
10. 1983–1987, 20/23/28
11. 1987–1990, 22/24/31
12. 1990–1994, 34/38/46
13. 1994–1998, 11/12/18
14. 1998–2002, 15/19/21
15. 2002–2005, 4/4/7
16. 2005–2009, 8/11/16

17. 2009–2013, 19/22/32
18. 2013–2017, 19/23/26.

Liste der zitierten Redner im Bundestag 1949–2017

(Parteizugehörigkeit zur Zeit der zitierten Reden)
MP = Ministerpräsident eines Bundeslandes
BM = Bundesminster ohne Parlamentssitz
LM = Landesminster
StS = beamteter Staatsekretär

Abelein, Manfred (CDU)
Adenauer, Konrad (CDU)
Aken, Jan van (Linke)
Akgün, Lale (SPD)
Albani, Stephan (CDU)
Alber, Siegbert (CDU)
Albowitz, Ina (FDP)
Althammer, Walter (CDU)
Altherr, Walter Franz (CDU)
Altmaier, Peter (CDU)
Altmann, Gila (Grüne)
Amrehn, Franz (CDU)
Andrae, Kerstin (Grüne)
Andres, Gerd (SPD)
Apel, Hans (SPD)
Arendt, Walter (SPD)
Arndgen, Josef (CDU)
Arndt, Adolf (SPD)
Arnold, Rainer (SPD)
Atzenroth, Karl (FDP)
Augustinowitz, Jürgen (CDU)
Aumer, Peter (CSU)
Austermann, Dietrich (CDU)

Babel, Gisela (FDP)
Bachmeier, Hermann (SPD)
Bär, Dorotee (CSU)
Bärsch, Michael (SPD)
Bahr, Egon (SPD)
Bamberg, Georg (SPD)
Bangemann, Martin (FDP)
Barthel, Eckhardt (SPD)
Barthle, Norbert (CDU)
Bartsch, Dietmar (Linke)
Barzel, Rainer (CDU)
Baum, Gerhart Rudolf (FDP)
Bausch, Paul (CDU)
Bazille, Hermann (SPD)
Beck(-Oberndorf), Marie-Luise (Grüne)
Beck, Volker (Grüne)
Becker, Fritz (DP)
Becker, Max (FDP)
Beckmann, Klaus (FDP)
Beer, Angelika (Grüne)
Behrens, Herbert (Linke)
Behrisch, Arno (SPD, fraktionslos)
Benda, Ernst (CDU)
Bender, Birgitt (Grüne)
Bergmann, Karl (SPD)
Berkhan, Karl Wilhelm (SPD)
Berninger, Matthias (Grüne)
Bernrath, Hans-Gottfried (SPD)
Bernschneider, Florian (FDP)
Bertram, Helmut (FU)
Besold, Anton (BP, FU)
Bettin, Grietje (Grüne)
Biedenkopf, Kurt (CDU)
Bielig, Karl (SPD)

Bietmann, Rolf (CDU)
Bilger, Steffen (CDU)
Binder, Karin (Linke)
Bindig, Rudolf (SPD)
Binding, Lothar (SPD)
Birrenbach, Kurt (CDU)
Blachstein, Peter (SPD)
Bläß, Petra (PDS/Linke)
Blank, Renate (CSU)
Blank, Theodor (CDU)
Blüm, Norbert (CDU)
Bluhm, Heidrun (Linke)
Blumenfeld, Erik (CDU)
Blumenthal, Antje (CDU)
Blunck, Liselotte (SPD)
Böhm, Franz (CDU)
Boenisch, Peter (StS)
Börner, Holger (SPD) – auch MP
Böttcher, Maritta (PDS)
Bohl, Friedrich (CDU)
Bonde, Alexander (Grüne)
Borchert, Jochen (CDU)
Borm, Wilhelm (FDP)
Bothmer, Lenelotte v. (SPD)
Botz, Gerhard (SPD)
Bracht-Bendt, Nicole (FDP)
Brähmig, Klaus (CDU)
Brandner, Klaus (SPD)
Brandt, Helmut (CDU)
Brandt, Hugo (SPD)
Brandt, Willy (SPD) – auch MP
Brase, Willi (SPD)
Brauer, Hans-Joachim (Grüne)
Brauksiepe, Ralf (CDU)
Braun-Stützer, Carola v. (FDP)
Braune, Tilo (SPD)
Brentano, Heinrich v. (CDU)
Brill, Hermann Louis (SPD)
Brinkhaus,Ralph (CDU)
Bröckelsen, Else (CDU)
Broll, Werner (CDU)
Brüderle, Rainer (FDP)
Brühler, Ernst-Christoph (DP)
Brugger, Agnieszka (Grüne)
Brunkhorst, Angelika (FDP)
Bucher, Ewald (FDP)
Bueb, Eberhard (Grüne)
Büttner, Hartmut (CDU)
Bulmahn, Edelgard (SPD)
Bunge, Martina (Linke)
Buntenbach, Annelie (Grüne)
Burchardt, Ursula (SPD)
Burgbacher, Ernst (FDP)
Burgbacher, Fritz (CDU)
Burger, Albert (CDU)
Bury, Hans-Martin (SPD)
Buschfort, Hermann (SPD)
Bußmann, Bernhard (SPD)

Campe, Carl v. (DP)
Carstens, Karl (CDU)
Carstens, Manfred (CDU)
Caspers-Merk, Marion (SPD)
Castellucci, Lars (SPD)
Catenhusen, Wolf-Michael (SPD)
Cillien, Adolf (CDU)
Clemens, Joachim (CDU)
Collet, Hugo (SPD)
Conradi, Peter (SPD)
Corterier, Peter (SPD)
Cramon-Taubadel, Viola v. (Grüne)
Crone, Petra (SPD)
Cronenberg, Dieter Julius (FDP)
Czaja, Herbert (CDU)

Däubler-Gmelin, Herta (SPD)
Dahlgrün, Rolf (FDP)
Dahrendorf, Ralf (FDP)
Daniels, Wolfgang (Grüne)
Daubertshäuser, Klaus (SPD)
Dautzenberg, Leo (CDU)
Daweke, Klaus (CDU)
Dehler, Thomas (FDP)
Deichmann, Christel (FDP)
Deist, Heinrich (SPD)

Delden, Rembert van (CDU)
Deligöz, Egin (Grüne)
Dichgans, Hans (CDU)
Diekmann, Bruno (SPD)
Diemer-Nicolaus, Emmy (FDP)
Döring, Patrick (FDP)
Dörner, Katja (Grüne)
Dohnanyi, Klaus v. (SPD) – auch MP
Donhauser, Anton (BP)
Dorn, Wolfram (FDP)
Dregger, Alfred (CDU)
Dresbach, August (CDU)
Dressler, Rudolf (SPD)
Dröge, Katharina (Grüne)
Dückert, Thea (Grüne)
Dürr, Hermann (SPD)
Duve, Freimut (SPD)

Eckardt, Felix v. (CDU)
Effertz, Josef (FDP)
Ehlers, Hermann (CDU)
Ehmke, Horst (SPD)
Ehmke, Wolfgang (Grüne)
Ehrenberg, Hans-Werner (FDP)
Eich, Ludwig (SPD)
Eichel, Hans (SPD)
Eichhorn, Maria (CSU)
Eichler, Willi (SPD)
Eichstädt-Bohlig, Franziska (Grüne)
Eilers, Elfriede (SPD)
Eimer, Norbert (FDP)
Elbrächter, Alexander (DP)
Emde, Hans-Georg (FDP)
Emmerlich, Albert (SPD)
Engelhard, Hans (FDP)
Enkelmann, Dagmar (PDS)
Eppler, Erhard (SPD)
Erhard, Ludwig (CDU)
Erler, Fritz (SPD)
Erler, Gernot (SPD)
Ertl, Josef (FDP)
Essen, Jörg van (FDP)
Etzel, Hermann (BP)
Even, Bert (CDU)
Evers-Mayer, Karin (SPD)
Ewers, Hans (DP)
Ey, Richard (CDU)
Eylmann, Horst (CDU)

Färber, Hermann (CDU)
Fahrensohn, Georg (CDU)
Feldmann, Olaf (FDP)
Feller, Erwin (GB/BHE)
Ferner, Elke (SPD)
Filbinger, Hans (CDU) – MP
Finckh-Krämer, Ute (SPD)
Fink, Heinrich (PDS)
Fisch, Walter (KPD)
Fischbach, Ingrid (CDU)
Fischer, Andrea (Grüne)
Fischer, Joschka (Grüne)
Fischer, Ulrich (Grüne)
Fischer, Ursula (PDS)
Flachsbarth, Maria (CDU)
Flisek, Christian (SPD)
Franke, Egon (SPD)
Franke, Heinrich (CDU)
Frei, Thorsten (CDU)
Freitag, Dagmar (SPD)
Fricke, Hans-Joachim (DP)
Friedensburg, Ferndinand (CDU)
Friederichs, Hans (FDP)
Friedmann, Bernhard (CDU)
Friedrich, Bruno (SPD)
Friedrich, Hans-Peter (CSU)
Friedrich, Horst (FDP)
Fuchs, Antje (SPD)
Fuchs, Michael (CDU)
Fuchs, Ruth (PDS)
Fuchtel, Hans-Joachim (CDU)
Fugmann-Heesing, Annette (SPD) – LM
Funcke, Liselotte (FDP)
Funke, Rainer (FDP)
Funke-Schmitt-Rink, Margret (FDP)

Gabriel, Siegmar (SPD)
Gaddam, Johan Wilhelm (CDU) – LM
Gallus, Georg (FDP)
Ganseforth, Monika (SPD)
Gansel, Norbert (SPD)
Gattermann, Hans H. (FDP)
Gautier, Fritz (SPD)
Gehrcke, Wolfgang (PDS)
Gehring, Kai (Grüne)
Geißler, Heiner (CDU)
Geldern, Wolfgang v. (CDU)
Gengler, Karl (CDU)
Genscher, Hans-Dietrich (FDP)
Gerhardt, Wolfgang (FDP)
Gerstein, Ludwig (CDU)
Gerstenmaier, Eugen (CDU)
Gerster, Johannes (CDU)
Gewandt, Heinrich (CDU)
Gibbert, Paul CDU
Gienger, Eberhard (CDU)
Gille, Alfred (GB/BHE)
Girisch, Georg (CSU)
Glos, Michael (CSU)
Gloser, Günter (SPD)
Glotz, Peter (SPD)
Göring-Eckardt, Katrin (Grüne)
Götte, Rose (SPD)
Götz, Peter (CDU)
Götzer, Wolfgang (CDU)
Gradl, Johann Baptist (CDU)
Grehn, Klaus (PDS)
Greve, Otto-Heinrich (SPD)
Griefhahn, Monika (SPD)
Griese, Kerstin (SPD)
Grießhaber, Rita (Grüne)
Grimming, Jürgen (SPD)
Grindel, Reinhard (CDU)
Gröbl, Wolfgang (CSU)
Gröhler, Klaus-Dieter (CDU)
Grötsch, Uli (SPD)
Grosse-Brömer, Michael (CDU)
Großmann, Achim (SPD)
Grüner, Martin (FDP)
Grütters, Monika (CDU)
Gscheidle, Kurt (SPD)
Gülich, Wilhelm (SPD)
Günther, Horst (CDU)
Günther, Joachim (FDP)
Gundelach, Gustav (KPD)
Gysi, Gregor (PDS/Linke)

Haack, Karl-Hermann (SPD)
Haasler, Horst (CDU)
Hackel, Heinz Dieter (FDP)
Hacker, Hans-Joachim (SPD)
Häfele, Hansjörg (CDU)
Häfner, Gerald (Grüne) 49
Hänsel, Heike (Linke)
Haibach, Holger (CDU)
Hajduk, Anja (Grüne)
Hallstein, Walter (CDU)
Hamacher, Wilhelm (Z)
Hamm-Brücher, Hildegard (FDP)
Hammer, Richard (FDP)
Hanewinkel, Christel (SPD)
Hansen, Karlheinz (fraktionslos)
Happach-Kasan, Christel (FDP)
Harm, Walter (SPD)
Hartenbach, Alfred (SPD)
Hartmann, Michael (SPD)
Hassel, Kai-Uwe v, (CDU)
Hasselfeldt, Gerda (CSU)
Haßelmann, Britta (Grüne)
Hauchler, Ingomar (SPD)
Hauff, Volker (SPD)
Haussmann, Helmut (FDP)
Haustein, Peter (FDP)
Hedrich, Klaus-Jürgen (CDU)
Heider, Matthias (CDU)
Heiderich, Helmut (CDU)
Heil, Hubertus (SPD)
Heil, Mechthild (CDU)
Heiler, Anne-Marie (CDU)
Hein, Rosemarie (Linke)

Heinemann, Berndt (CDU)
Heinemann, Gustav (CDU, SPD)
Heinen, Ursula (CDU)
Heinrich, Ulrich (FDP)
Heistermann, Dieter (SPD)
Hellwig, Fritz (CDU)
Hendricks, Barbara (SPD)
Henke, Erich (SPD)
Hennrich, Michael (CDU)
Henschel, Karitas Dagmar (Grüne)
Hermann, Winfried (Grüne)
Hermenau, Antje (Grüne)
Hermsdorf, Hans (SPD)
Herzog, Gustav (SPD)
Heuer, Uwe-Jens (PDS)
Heuser, Hedda (FDP)
Heydemann, Berndt (SPD) – LM
Heye, Hellmuth (CDU)
Heyen, Rolf (SPD)
Hicksch, Uwe (PDS)
Hiller-Ohm, Gabriele (SPD)
Hillerich, Imma (Grüne)
Hinz, Priska (Grüne)
Hintze, Peter (CDU)
Hirsch, Burkhard (FDP)
Hirsch, Martin (SPD)
Hitschler, Walter (FDP)
Höcherl, Hermann (CSU)
Höffkes, Peter Wilhelm (CSU)
Höfken, Ulrike (Grüne)
Höll, Barbara (PDS/Linke)
Hölscher, Friedrich (FDP)
Hönes, Hannegret (Grüne)
Höpfinger, Stefan (CSU)
Hörsken, Heinz-Adolf (CDU)
Hofbauer, Klaus (CSU)
Hoffmann, Ingeborg (CDU)
Hoffmann, Karl (FDP)
Hoffmann, Thorsten (CDU)
Hofreiter, Anton (Grüne)
Homburger, Birgit (FDP)
Hoogen, Matthias (CDU)
Hoppe, Anton (FDP)
Hoppe, Hans-Günter (FDP)
Horacek, Milan (Grüne)
Horlacher, Michael (CSU)
Hoss, Willi (Grüne)
Hoyer, Werner (FDP)
Hübner, Karl (DA)
Hübinger, Annette (CDU)
Hüsch, Heinz-Günther (CDU)
Hustedt, Michael (Grüne)
Huyn, Hans Graf (CSU)
Huys, Lambert (CDU)

Irber, Brunhilde (SPD)

Jacobi, Werner (SPD)
Jacobs, Peter (SPD)
Jacoby, Peter (CDU)
Jäger, Claus (CDU)
Jaeger, Richard (CSU)
Jahn, Friedrich Adolf (CDU)
Jahn, Gerhard (SPD)
Jansen, Günther (SPD)
Jelpke, Ulla (PDS/Linke)
Jenninger, Philipp (CDU)
Jens, Uwe (SPD)
Jochimsen, Lukrezia (Linke)
Jork, Rainer (CDU)
Jüttner, Egon (CDU)
Jung, Kurt (FDP)
Jung, Volker (SPD)
Jung, Xaver (CDU)
Juratovic, Josip (SPD)

Kahn-Ackermann, Georg (SPD)
Kalbitzer, Helmut (SPD)
Kalinke, Margot (DP, CDU)
Kampeter, Steffen (CDU)
Kanka, Karl (CDU
Kansy, Dietmar (CDU)
Kaspereit, Sabine (SPD)
Kastner, Bernhard (CDU)
Kather, Linus (GB/BHE)
Katzer, Hans (CDU)

Kauch, Michael (FDP)
Kauder, Volker (CDU)
Kaufmann, Stefan (CDU)
Kelber, Ulrich (SPD)
Kemper, Hans-Peter (SPD)
Kern, Karl-Hans (SPD)
Keul, Katja (Grüne)
Kiechle, Ignaz (CSU)
Kiesewetter, Roderick (CDU)
Kiesinger, Kurt-Georg (CDU)
Kinkel, Klaus (FDP)
Kipping, Katja (Linke)
Kirst, Victor (FDP)
Kittelmann, Peter (CDU)
Klaeden, Eckart v. (CDU)
Klein, Hans (CSU)
Klein, Heinrich (SPD)
Kleindinst. Josef Ferdinand (CSU)
Kleinert, Detlef (FDP)
Kleinert, Hubert (Grüne)
Klemmer, Siegrun (SPD)
Klepsch, Egon (CDU)
Kliesing, Georg (CDU)
Klimke, Jürgen (CDU)
Klimmt, Reinhard (SPD) – BM
Klingbeil, Lars (SPD)
Klinkerts, Ulrich (CDU)
Klose, Hans-Ulrich (SPD)
Klug, Astrid (SPD)
Knabe, Wilhelm (Grüne)
Knake-Werner, Heidi (PDS)
Kober, Pascal (FDP)
Koch, Roland (CDU) – MP
Köhler, Kristina (CDU)
Köhler, Volkmar (CDU)
Koenigs, Tom (Grüne)
Körber, Carsten (CDU)
Körper, Fritz Rudolf (SPD)
Kohl, Helmut (CDU) – auch MP
Kohn, Roland (FDP)
Kohut, Oswald (FDP)
Kolbow, Walter (SPD)
Konrad, Klaus (SPD)
Kopf, Hermann (CDU)
Kopp, Gudrun (FDP)
Koppelin, Jürgen (FDP)
Kortmann, Karin (SPD)
Koschyk, Hartmut (CSU)
Kossendey, Thomas (CDU)
Kotting-Uhl, Sylvia (Grüne)
Kramme, Anette (SPD)
Krichbaum, Gunther (CDU)
Krogmann, Martina (CDU)
Kronenberg, Friedrich (CDU)
Krupp, Hans-Jürgen (CDU) – LM
Krüger-Leißner, Angelika (SPD)
Kühn, Heinz (SPD) – auch MP
Kühn, Walter (FDP)
Künast, Renate (Grüne)
Küster, Uwe (SPD)
Kuhn, Fritz (Grüne)
Kumpf, Ute (SPD)
Kunz, Gerhard (CDU)
Kunz, Max (CSU)
Kunze, Johannes (CDU)
Kurlbaum, Georg (SPD)
Kurth, Markus (Grüne)
Kutzmutz, Rolf (Linke)

Lämmel, Andreas G. (CDU)
Laermann, Karl-Hans (FDP)
Lafontaine, Oskar (SPD) – auch MP
Lambrecht, Christine (SPD)
Lambsdorff, Otto Graf (FDP)
Lamers, Karl A. (CDU)
Lammert, Norbert (CDU)
Lange, Christian (SPD)
Langguth, Gerd (CDU)
Langner, Manfred (CDU)
Laufs, Paul (CDU)
Lausen, Willi (SPD)
Lauterbach, Karl (SPD)
Lazar, Monika (Grüne)
Leber, Georg (SPD)
Lederer, Andrea (PDS)

Leibbrand, Robert (KPD)
Leicht, Albert (CDU)
Lemke, Steffi (Grüne)
Lemmer, Ernst (CDU)
Lenke, Ina (FDP)
Lennartz, Klaus (SPD)
Lensing, Werner (CDU)
Lenz, Carl-Otto (CDU)
Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine (FDP)
Liedtke, Karl (SPD)
Lindenberg, Heinrich (CDU)
Link, Michael (FDP)
Lintner, Eduard (CSU)
Lippelt, Helmut (Grüne)
Lötzer, Ursula (PDS)
Lötzsch, Gesine (Linke)
Lohmar, Ulrich (SPD)
Loritz, Alfred (WAV)
Loske, Reinhart (Grüne)
Lowack, Ortwin (CSU)
Lucyga, Christine (SPD)
Luczak, Jan-Marco (CDU)
Luda, Manfred (CDU)
Lüdemann, Barbara (FDP)
Ludwig, Adolf (SPD)
Lühmann, Kirsten (SPD)
Lührmann, Anna (Grüne)
Lutz, Egon (SPD)
Lutze, Thomas (Linke)
Luuk, Dagmar (SPD)

Männle, Ursula (CSU)
Magwas, Yvonne (CDU)
Maihofer, Werner (FDP)
Maisch, Nicole (Grüne)
Maizière, Thomas de (CDU)
Majonica, Ernst (CDU)
Mann, Norbert (Grüne)
Manteuffel, Hasso v. (FDP)
Margulies, Robert (FDP)
Marschewski, Erwin (CDU)
Martin, Bertold (CDU)
Martiny-Glotz, Anke (SPD)
Marx, Werner (CDU)
Mast, Katja (SPD)
Matschie, Christoph (SPD)
Matthäus-Maier, Ingrid (FDP)
Matthöfer, Hans (SPD)
Mattick, Kurt (SPD)
Mauk, Adolf (FDP)
Mechtersheimer, Alfred (Grüne)
Mellies, Wilhelm (SPD)
Mende, Erich (FDP)
Menenses Vogl, German (Grüne)
Mensing, Fritz (CDU)
Menzel, Walter (SPD)
Merkatz, Hans-Joachim v. (DP)
Merkel, Angela (CDU)
Mertes, Alois (CDU)
Mertes, Werner (FDP)
Merz, Friedrich (CDU)
Metzger, Ludwig (SPD)
Metzger, Oswald (Grüne)
Meyer, Laurenz (CDU)
Michalk, Maria (CDU)
Miersch, Matthias (SPD)
Mießner, Herward (FDP)
Mihalic, Irene (Grüne)
Miltner, Karl (CDU)
Mindrup, Klaus (SPD)
Mischnick, Wolfgang (FDP)
Mißfelder, Philip (CDU)
Möhring, Cornelia (Linke)
Möllemann, Jürgen (FDP)
Möller, Alex (SPD)
Moersch, Karl (FDP)
Mommer, Karl (SPD)
Momper, Walter (SPD) – MP
Montag, Jerzy (Grüne)
Motschmann, Elisabeth (CDU)
Movassat, Niema (Linke)
Muckermann, Richard (CDU)
Mühlenfeld, Hans (DP)
Müller, Christian (SPD)

Müller, Günther (SPD)
Müller, Joachim (Grüne)
Müller, Jutta (SPD)
Müller, Kerstin (Grüne)
Müller, Manfred (PDS)
Müller, Michael (SPD)
Müller, Oskar (KPD)
Müller, Rudolf (SPD)
Müller, Werner (parteiloser Minister)
Müller-Gemmeke, Beate (Grüne)
Müntefering, Franz (SPD)
Mützenich, Rolf (SPD)
Mutlu, Öczan (Grüne)

Nachtwei, Winfried (Grüne)
Nahles, Andrea (SPD)
Narjes, Karl-Heinz (CDU)
Naumann, Kerstin (PDS)
Nellen, Peter (CDU)
Neuhäuser, Rosel (PDS)
Neuhausen, Friedrich (FDP)
Neuling, Christian (CDU)
Neumayer, Fritz (FDP, DA)
Neumeister, Hanna (CDU)
Nickels, Christa (Grüne)
Nida-Rümelin, Julian (SPD) – BM
Niebel, Dirk (FDP)
Niederalt, Alois (CSU)
Niegel, Lorenz (CSU)
Niehuis, Edith (SPD)
Nissen, Ulli (SPD)
Nölling, Wilhelm (SPD)
Nölting, Erik (SPD)
Nolte, Claudia (CDU)
Nolting, Günter Friedrich (FDP)
Nooke, Günter (CDU)
Notz, Konstantin v. (Grüne)
Nouripour, Omid (Grüne)

Odendahl, Doris (SPD)
Oesterle-Schwerin, Jutta (Grüne)
Oetting, Hermann (SPD)
Özdemir, Cem (Grüne)
Offergeld, Rainer (SPD)
Olderog, Rolf (CDU)
Ollenhauer, Erich (SPD)
Oppermann, Thomas (SPD)
Ostendorff, Friedrich (Grüne)
Ostrowski, Christine (PDS)
Oswald, Edward (CDU)
Otto, Hans-Joachim (FDP)

Paesch, Norman (Linke)
Paintner, Hans (FDP)
Parr, Detlef (FDP)
Patzelt, Martin (CDU)
Pau, Petra (PDS/Linke)
Paul, Hugo (KPD)
Paula, Heinz (SPD)
Pazioreck, Peter (CDU
Penner, Wilfried (SPD)
Peter, Horst (SPD)
Petersen, Peter (CDU)
Pfeifer, Anton (CDU)
Pfeiffer, Joachim (CDU)
Pfennig, Gero (CDU)
Pfleiderer, Karl Georg (FDP)
Pflug, Johannes (SPD)
Pflugradt, Jeannine (SPD)
Philipp, Ingeborg (PDS)
Pick, Eckart (SPD)
Pieper, Cornelia (FDP)
Pieroth, Elmar (CDU)
Pöppl, Ernst Josef (CSU)
Polenz, Ruprecht (CDU)
Pols, Ekkhard (CDU)
Poppe, Gerd (Grüne)
Poß, Joachim (SPD)
Posser, Diether (SPD) – LM
Prangenberg, Heinz-Jürgen (CDU)
Preusker, Victor-Emmanuel (FDP)
Probst, Albert (CSU)
Pünder, Hermann (CDU)
Purps, Rudolf (SPD)

Raab, Daniela (CSU)

Rachel, Thomas (CDU)
Raffert, Joachim (SPD)
Raidel, Hans (CSU)
Ramms, Egon (FDP)
Ramsauer, Peter (CSU)
Rapp, Heinz (SPD)
Rechenberg, Hans Albert v. (FDP)
Reents, Jürgen (Grüne)
Reetz, Christa (Grüne)
Reiche, Steffen (SPD)
Reif, Hans (FDP)
Reimann, Manfred (SPD)
Reischl, Gerhard (SPD)
Reitzner, Richard (SPD)
Renger, Annemarie (SPD)
Rennebach, Renate (SPD)
Renner, Heinz (KPD)
Repnik, Hans-Peter (CDU)
Reschke, Otto (SPD)
Richter, Franz = Rössler, Fritz (DRP)
Riebsamen, Lother (CDU)
Riederer v. Paar, Max (CDU)
Riedl, Erich (CSU)
Riegert, Klaus (CDU)
Riesenhuber, Heinz (CDU)
Riester, Walter (SPD)
Rische, Friedrich (KPD)
Rochlitz, Jürgen (Grüne)
Rönsch, Hannelore (CDU)
Rösler, Philipp (FDP) – BM
Röttgen, Norbert (CDU)
Ronneburger, Uwe (FDP)
Rossmanith, Kurt (CSU)
Rossmann, Ernst Dieter (SPD)
Roth, Adolf (CDU)
Roth, Claudia (Grüne)
Roth, Karin (SPD)
Roth, Michael (SPD)
Roth, Wolfgang (SPD)
Ruck, Christian (CSU)
Rühe, Volker (CDU)
Rüttgers, Jürgen (CDU)
Ruf, Thomas (CDU)
Rumpf, Wolfgang (FDP)
Ruppert, Stefan (FDP)
Russe, Hermann-Josef (CDU)
Rust, Bärbel (Grüne)

Sabel, Anton (CDU)
Sager, Krista (Grüne)
Saibold, Hannelore (Grüne)
Sarrazin, Manuel (Grüne)
Schaaf, Anton (SPD)
Schäfer, Axel (SPD)
Schäfer, Friedrich (SPD)
Schäfer, Harald B. (SPD)
Schäfer, Helmut (FDP)
Schäfer, Hermann (FDP)
Schäffer, Fritz (CSU)
Schäuble, Wolfgang (CDU)
Schanz, Dieter (SPD)
Scharfenberg, Elisabeth (Grüne)
Scharnberg, Hugo (CDU)
Scharping, Rudolf (SPD)
Schauerte, Hartmut (CDU)
Scheel, Christine (Grüne)
Scheel, Walter (FDP)
Scheer, Hermann (SPD)
Schellenberg, Erwin (SPD)
Schenk, Christina (Grüne)
Scherhag, Karl-Heinz (CDU)
Schewe-Gerigk, Irmingard (Grüne)
Schick, Gerhard (Grüne)
Schieder, Marianne (SPD)
Schiller, Karl (SPD)
Schilling, Gertrud (Grüne)
Schily, Otto (Grüne, SPD)
Schirmer, Friedel (SPD
Schlauch, Rezzo (Grüne)
Schlee, Albrecht (CSU)
Schlei, Marie (SPD)
Schluckebier, Günter (SPD)
Schmid, Carlo (SPD)
Schmidhuber, Peter (CSU)
Schmidt, Adolf (SPD)

Schmidt, Albert (Grüne)
Schmidt, Andreas (CDU)
Schmidt, Christian (CSU)
Schmidt, Fritjof (Grüne)
Schmidt, Hansheinrich (FDP)
Schmidt, Helmut (SPD)
Schmidt, Matthias (SPD)
Schmidt, Otto (CDU)
Schmidt, Ulla (SPD)
Schmidt-Zadel, Regine (SPD)
Schmiedeberg, Hans-Otto (CDU)
Schmieder, Jürgen (FDP)
Schmitt-Vockenhausen, Hermann (SPD)
Schmitz, Hans-Peter (CDU)
Schmude, Jürgen (SPD)
Schneider, Carsten (SPD)
Schneider, Dirk (Grüne)
Schneider, Heinrich (FDP)
Schneider, Herbert (DP)
Schneider, Ludwig (FDP, DP)
Schneider, Oskar (CSU)
Schneider, Volker (Linke)
Schnieber-Jastram, Birgit (CDU)
Schnittler, Christoph (FDP)
Schober, Kurt (CDU)
Schockendorff, Andreas (CDU)
Schoeler, Andreas v. (FDP)
Schoettle, Erwin (SPD)
Scholz, Rupert (CDU)
Schoppe, Waltraud (Grüne)
Schreiner, Othmar (SPD)
Schröder, Gerhard (CDU)
Schröder, Gerhard (SPD)
Schröder, Horst (CDU)
Schröer, Thomas (SPD)
Schubert, Mathias (SPD)
Schuchardt, Helga (FDP)
Schüßler, Gerhard (FDP)
Schulhoff, Wolfgang (CDU)
Schulte, Manfred (SPD)
Schultz, Fritz Rudolf (FDP)
Schulz, Klaus-Peter (SPD)
Schulz, Swen (SPD)
Schulz, Werner (Grün)
Schumacher, Kurt (SPD)
Schumann, Fritz (Linke)
Schuster, R. Werner (SPD)
Schwaetzer, Irmgard (FDP)
Schwall-Düren, Angelica (SPD)
Schwanitz, Rolf (CDU)
Schwarz, Heinz (CDU)
Seehofer, Horst (CSU)
Segall, Inge (SPD)
Sehn, Marita (FDP)
Seiboth, Frank (GB/BHE)
Seifert, Ilja (PDS)
Seiffert, Heinz (CDU)
Seite, Berndt (CDU) – MP
Seiters, Rudolf (CDU)
Sellin, Peter (Grüne)
Senfft, Hans-Werner (Grüne)
Seuffert, Walter (SPD)
Seume, Franz (SPD)
Sick, Willi-Peter (CDU)
Sielaff, Horst (SPD)
Silberhorn, Thomas (CSU)
Simm, Erika (SPD)
Simmert, Christian (Grüne)
Sitte, Petra (Linke)
Solms, Hermann Otto (FDP)
Sothmann, Bärbel (CDU)
Spiecker, Carl (CDU) – LM
Spies v. Böllersheim, Adolf (CDU)
Spiller, Jörg-Otto (SPD)
Spitzmüller, Kurt (FDP)
Spranger, Carl-Dieter (CSU)
Stachowa, Angela (PDS)
Stadler, Max (FDP)
Staffelt, Torsten (FDP)
Stahl, Willy (FDP)
Stamm-Fibich, Martina (SPD)
Starke, Heinz (FDP)
Starnick, Jürgen (FDP)

Stauche, Carola (CDU)
Stavenhagen, Lutz G. (CDU)
Steen, Antje-Marie (SPD)
Steenblock, Rainder (Grüne)
Steffel, Frank (CDU)
Steffen, Sonia (SPD)
Stegner, Arthur (FDP, GB/BHE)
Steinbach, Erika (CDU)
Steinbrück, Peer (SPD)
Steindor, Marina (Grüne)
Steinhauer, Waltraud (SPD)
Steinmeier, Frank-Walter (SPD)
Sterzing, Christian (Grüne)
Stinner, Rainer (FDP)
Stoiber, Eduard (CSU) – MP
Stoltenberg, Gerhard (CDU) – auch MP
Stracke, Stephan (CSU)
Stratmann, Eckhard (Grüne)
Straubinger, Max (CSU)
Strauß, Franz-Joseph (CSU) – auch MP
Strobel, Käte (SPD)
Strobl, Thomas (CDU)
Ströbele, Hans-Christian (Grüne)
Strube, Hans-Gerd (SPD)
Struck, Peter (SPD)
Struve, Detlev (CDU)
Stücklen, Richard (CSU)
Stünker, Joachim (SPD)
Such, Manfred (Grüne)
Süßmuth, Rita (CDU)
Suhr, Heinz (Grüne)
Susset, Egon (CDU)

Tack, Kerstin (SPD)
Takmann, Kirstin (Linke)
Tauss, Jörg (SPD)
Teuchner, Jella (SPD)
Teufel, Erwin (CDU) – MP
Thadden, Adolf v. (DRP)
Thalheim, Gerald (SPD)
Thiele, Carl-Ludwig (FDP)
Thierse, Wolfgang (SPD)
Thomae, Stephen (FDP)
Thüsing, Klaus (SPD)
Tillmann, Antje (CDU)
Tillmanns, Robert (CDU)
Timm, Helga (SPD)
Titze-Stecher, Ute (SPD)
Töpfer, Klaus (CDU)
Toncar, Florian (FDP)
Tressell, Markus (Grüne)
Trittin, Jürgen (Grüne)
Troost, Axel (Linke)

Ueberhorst, Reinhard (SPD)
Uelhoff, Klaus-Dieter (CDU)
Uhl, Hans-Peter (CSU)
Uldall, Günter (CDU)
Ullmann, Wolfgang (Grüne)
Ullrich, Volker (CSU)
Ulrich, Alexander (Linke)

Vaatz, Arnold (CDU)
Veit, Rüdiger (SPD)
Verheugen, Günter (SPD)
Verhülsdonk, Roswitha (CDU)
Vogel, Bernhard (CDU) – MP
Vogel, Friedrich (CDU)
Vogel, Hans-Jochen (SPD)
Vogel, Rudolf (CDU)
Vogler, Kathrin (Linke)
Vogt, Roland (Grüne)
Vogt, Wolfgang (CDU)
Vohrer, Manfred (FDP)
Voigt, Karsten (SPD)
Vollmer, Antje (Grüne)
Volmer, Ludger (Grüne)

Wadephul, Johann (CDU)
Waffenschmidt, Horst (CDU)
Wagenknecht, Sahra (Linke)
Wagner, Friedrich Wilhelm (SPD)
Wagner, Marita (Grüne)
Waigel, Theo (CSU)
Waitz, Christoph (FDP)

Waldburg-Zeil, Alois v. (CDU)
Waltemathe, Ernst (SPD)
Walz, Ingrid (FDP)
Wanka, Johanna (CDU) –BM
Warken, Nina (CDU)
Warnick, Klaus-Jürgen (PDS)
Warnke, Jürgen (CSU)
Wartenberg, Gerd (SPD)
Wartenberg, Ludolf Georg v. (CDU)
Wawszyniak, Halina (Linke)
Weber, Karl (CDU)
Wedemayer, Klaus (SPD) – MP
Wegner, Kontanze (SPD)
Wehner, Herbert (SPD)
Weil, Stephan (SPD) – MP
Weinberg, Markus (CDU)
Weirich, Dieter (CSU)
Weisheit, Matthias (SPD)
Weiß, Konrad (Grüne)
Weıß, Peter (CDU)
Weisskirchen, Gerd (SPD)
Weiszäcker, Richard v. (CDU)
Wellenreuther, Ingo (CDU)
Wellhausen, Hans (FDP
Wendig, Friedrich (FDP)
Wessel, Helene (Z, SPD)
Westerwelle, Guido (FDP)
Wetzel, Dietrich (Grüne)
Wetzel, Margit (SPD)
Widmann-Mauz, Anette (CDU)
Wieczorek, Helmut (SPD)
Wieczorek-Zeul, Heidemarie (SPD)
Wiefelspütz, Dieter (SPD)
Wilhelm, Helmut (Grüne)
Will, Rudolf (FDP)
Wilms, Dorotee (CDU)
Wimmer, Willy (CDU)
Windelen, Heinrich (CDU)
Winkler, Josef Philipp (Grüne)
Wischniewski, Roswitha (CDU)
Wissmann, Matthias (CDU)
With, Hans de (SPD)
Wittmann, Simon (CSU)
Wittrock, Karl (SPD)
Wöhrl, Dagmar (CDU)
Wönner, Max (SPD)
Wörner, Manfred (CDU)
Wohlleben, Verena (SPD)
Wolf, Aribert (CSU)
Wolf, Erika (CDU)
Wolf, Margaretha (Grüne)
Wolff, Hartfried (FDP)
Wolfgramm, Thorsten (FDP)
Wrangel, Olaf v. (CDU)
Wülfing, Elke (CDU)
Wuermeling, Franz-Josef (CDU)
Würzbach, Peter Kurt (CDU)
Wunderlich, Jörn (Linke)

Zapf, Uta (SPD)
Zdebel, Hubertus (Linke)
Zeil, Martin (FDP)
Zimmer, Matthias (CDU)
Zimmermann, Friedrich (CSU)
Zinn, Georg-August (SPD)
Zumkley, Peter (SPD)
Zumpfdorf, Wolf-Dieter (FDP)
Zypries, Brigitte (SPD)
Zywietz, Werner (FDP)

Quellen und Literatur

Primärquellen

Bundestagswahlen. *Zusammensetzung nach Fraktionen und Gruppen und Veränderung dieser Zusammensetzung seit 1949*,
https://www.wahlen-in-deutschland.de/bBundestagFraktionen.htm
Bundesverfassungsgericht, BVerfGE 40, 296 – *Abgeordnetendiäten,* https://www.servat.unibe.ch/dfr/bv040296.htm
Deutscher Bundestag, *Bundestagswahlergebnisse seit 1949 – Zweitstimmen*, https://www.bundestag.de/parlament/wahlen/ergebnisse_seit1949-244692;
———. *Drucksachen und Plenarprotokolle des Bundestages ab 1949* http://pdok.bundestag.de/ aufgerufen 26.05.2021.
———.*24, Verzeichnis der Mitglieder des Deutschen Bundestages und Personenverzeichnis*, https://www.bundestag.de/dokumente/parlamentsarchiv/datenhandbuch/24/kapitel-24-476004
DWDS Deutscher Zeitungskorpus ab 1945, *Die Zeit (1946–2018) https://www.dwds.de/d/k-zeitung#zeit*
Hansard Corpus (British Parliament), https://www.english-corpora.org/hansard/
Historic Hansard, https://api.parliament.uk/historic-hansard/index.html
Verhandlungen des Deutschen Reichstags und seiner Vorläufer, https://www.reichstagsprotokolle.de/index.html

Literatur:

Adiputri, Ratih 2015. *Political Culture in the Indonesian Parliament. Analyzing Parliamentary Debates on the Regional Parliaments 1999–2009.* Ph.Dissertation in Political Science, University of Jyväskylä.
Agnoli, Johannes 1967 [1974]. Die Transformation der Demokratie, in Johannes Agnoli und Peter Brückner, *Die Transformation der Demokratie.* Frankfurt/M: Europäische Verlagsanstalt, 5–87.
Arendt, Hannah 1958/1960 [1981]. *Vita activa.* München: Piper.
———. 1964 [1990]. *Eichmann in Jerusalem.* Leipzig: Reclam.
Austin, J.L. 1962 [1980]. *How to Do Things with Words*, ed. J.O. Urmson and Marina Sbisà. Oxford: Oxford University Press.
Bagehot, Walter 1867 [2001]. *The English Constitution.* Cambridge: Cambridge University Press.
Bagehot, Walter 1872 [1956]. *Physics and Politics.* Boston: Beacon Press.
Barthou, Louis, 1923. *Le Politique.* Paris: Hachette.
Bassakos, Pantelis 2010. *Ambiguitas* Instead of *ambigere*; Or, What Has Become of *inventio* in Hobbes. *Redescriptions: Political Thought, Conceptual History and Feminist Theory* 14, 15–30.
———. Officium Auditoris: Rudiments of a History of Hearing. *Redescriptions: Political Thought, Conceptual History and Feminist Theory* 18, 12–25.

Beck, Ulrich 1986. *Risikogesellschaft.* Frankfurt/M: Suhrkamp.
Bentham, Jeremy 1791/1843. *Essays on Political Tactics.* In *The Collected Works of Jeremy Bentham,* vol. 2, 298–378. Edinburgh: Tait, Vol. 2. https://oll.libertyfund.org/titles/1921
1824. The Book of the Fallacies. In *The Collected Works of Jeremy Bentham,*vol. 2, 379–478. Edinburgh: Tait, Vol. 2, https://oll.libertyfund.org/titles/1921
Beutelsbacher Konsens 1976, https://de.wikipedia.org/wiki/Beutelsbacher_Konsens
Borchert, Jens. 2003. *Die Professionalisierung der Politik.* Frankfurt am Main: Campus.
———. 2008. Political Professionalism and Representative Democracy: Common History, Resolvable Linkage and Inherent Tensions. In Kari Palonen, Tuija Pulkkinen and José María Rosales eds. *The Ashgate Research Companion on the Politics of Democrazation in Europe: Concepts and Histories.* Farnheim: Ashgate, 267–283.
Brückner, Jutta 1977. *Staatswissenschaft, Kameralismus und Naturrecht. Ein Beitrag zur Geschichte der Politischen Wissenschaft in Deutschland.* München: Beck.
Bryce, James. 1888/1914 [1995]. *The American Commonwealth*, vol. 1–2. Indianapolis: Liberty Press.
Burke, Kenneth 1945 [1969]. *A Grammar of Motives.* Berkeley: University of California Press.
Burkhardt, Armin 2003. *Das Parlament und seine Sprache.* Berlin: de Gruyter.
Burkhardt, Armin 2016. German Parliamentary Discourse Since 1848 from a Linguistic Point of View. In *Parliament and Parliamentarism*, ed. Pasi Ihalainen, Cornelia Ilie and Kari Palonen, 176–191. Oxford: Berghahn.
Campion, Gilbert 1929. *An Introduction to the Procedure of the House of Commons.* London: Allen &co.
Cassin, Barbara 1996. *L'effet sophistique.* Paris: Gallimard.
Cohen, Gottfried 1861. *Die Verfassung und Geschäftsordnung des englischen Parlaments mit Hinweis auf die Geschäftsordnungen deutscher Kammern.* Hamburg: Perthes-Besser & Mauke. http://tinyurl.com/o556sjt.
Collingwood, Robin George 1939 [1978]. *An Autobiography.* Oxford: Clarendon Press.
Curzon, George 1914. *Modern Parliamentary Eloquence.* London: Macmillan.
Flynn, Paul. 2012. *How to Be an MP?* London: Biteback.
Freeden, Michael 2013. *The Political Theory of Political Thinking.* Oxford: Oxford University Press.
Gallie, W.B. 1956. Essentially Contested Concepts. *Proceedings of the Aristotelian Society*, NS, 167–198.
.——— 1973. An Ambiguity in the Idea of Politics and Its Practical Implications. *Political Studies* 21, 439–452.
Gatzka, Claudia 2019. *Die Demokratie der Wähler. Stadtgesellschaft und politische Kommunikation in Italien und der Bundesrepublik 1944–1979.* Düsseldorf: Droste.
Geschichtliche Grundbegriffe, 9 Bde. Hg. Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Koselleck 1972–1997 [2004]. Stuttgart: Klett-Cotta.
Greven, Michael Th. 2000. *Kontingenz und Dezision.* Opladen: Leske + Budrich.
Greven, Michael Th. 2011. *Systemopposition.* Leverkusen: Budrich.
Gunn, J.A.W. 2009. *When the French Tried to Be British. Party, Opposition and the Quest for Civil Disagreement 1814–1848.* Montreal: McGill-Queens University Press.
Haapala, Taru 2016. *Political Rhetoric in the Oxford and Cambridge Unions 1840–1870.* London: PalgraveMacmillan.

Habermas, Jürgen 1962 [1970]. *Strukturwandel der Öffentlichkeit.* Neuwied: Luchterhand.
Hamilton, William Gerard (1808/1927) *Parliamentary Logic*, edited by Courtney S. Kenny: Cambridge: Heffers.
Hennis, Wilhelm 1987. *Max Webers Fragestellung.* Tübingen: Mohr.
Heringer, Hans Jürgen (Hg.) 1982. *Holzhäuer im hölzernen Ofen. Aufsätze zur politischen Sprachkritik.* Tübingen: Narr.
Hirschman, Albert O 1970. *Exit, Voice and Loyalty.* Cambridge/MA. Harvard University Press.
.———. 1991. *The Rhetoric of Reaction.* Princeton: Princeton University Press.
Ihalainen, Pasi and Kari Palonen 2009. Parliamentary Sources in Comparative Conceptual History: Methodological Aspects and Illustrations of a Research Proposal. *Parliaments, Estates & Representation* 29, 17–34.
Jouvenel, Bertrand 1955. *De la souveraineté.* Paris: Genin.
Jouvenel, Bertrand 1963. *De la politique pure.* Paris: Calmann-Lévy.
Kann, Hans-Joachim 1973. Zusammensetzungen mit „-politik“. *Muttersprache* 83, 263–269.
Kant, Immanuel 1795. *Zum ewigen Frieden.* https://www.gutenberg.org/files/46873/46873-h/46873-h.htm
Kantorowicz, Hermann 1929. *Der Geist der englischen Politik und das Gespenst der Einkreisung Deutschlands.* Berlin: Rowohlt.
Kautsky, Karl 1911. *Parlamentarismus und Demokratie.* Berlin: Dietz.
Koselleck, Reinhart 1972. Einleitung. In *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. I, xiii–xxvii.
———. 1979. *Vergangene Zukunft.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.
———. 1982. Archivalien – Quellen – Geschichten. In *150 Jahre Staatsarchive in Düsseldorf und Münster.* Düsseldorf und Münster: Selbstverlag der Staatsarchive 21–36.
———. 2000. *Zeitschichten.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.
———. 2006. *Begriffsgeschichten*, Hg. Carsten Dutt. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
Kutscher, Hauke-Hendrik 2016. *Politisierung oder Verrechtlichung? Der Streit um die Verfassungsgerichtsbarkeit in Deutschland (1921–1958*). Frankfurt/M.: Campus.
Leibholz, Gerhard. 1951 [1967]. Repräsentativer Parlamentarismus und parteienstaatliche Demokratie. In *Parlamentarismus*, Hg. Kurt Kluxen, 349–360. Köln: Kiepenhauer & Witsch.
Liedtke, Frank, Martin Wengeler und Karin Böke (Hg.) 1991. *Begriffe Besetzen. Strategien des Sprachgerbrauchs in der Politik.* Opladen: Westdeutscher Verlag.
Loewenberg, Gerhard 1969. *Parlamentarismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland.* Tübingen: Wunderlich.
Luhmann, Niklas 2000. *Die Politik der Gesellschaft.* Frankfurt/M: Suhrkamp.
Maier, Hans 1966 [1980]. *Die ältere deutsche Staats-und Verwaltungslehre* (*Polizeiwissenschaft*). Frankfurt/M: DTV.
Mannheim, Karl 1929 [1978]. *Ideologie und Utopie.* Frankfurt: Schulte und Bulmke.
Marchart, Oliver 2007. *Post-foundational Political Thought.* Edinburgh: Edinburgh University Press.
Marchart, Oliver 2010. Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben, Berlin: Suhrkamp 2010
Medvic, Stephen K. 2013. *In Defence of Politicians.* London: Routledge.
Meier, Ulrich, Martin Papenheim and Willibald Steinmetz (2012) *Semantiken des Politischen.* Göttingen: Wallstein.

Meinecke, Friedrich. 1924 [1960]. *Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte.* München: Oldenbourg.
Meinel, Florian 2019. *Die Vertrauensfrage. Zur Krise des heutigen Parlamentarimus.* München: Beck.
Mergel, Thomas 2002. *Die parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik.* Düsseldorf: Droste.
Metzler. Gabriele 2005. *Konzeptionen des politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft.* Paderborn: Schönigh.
Michels, Robert, 1910/1925 [1970]. *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens.* Stuttgart: Kröner.
Mohr, Arno 1988. *Politikwissenschaft als Alternative.* Bochum: Brockmayer.
Mouffe, Chantal 2005. *On the Political.* London: Verso.
Müller. Ernst und Falko Schmieder 2016. *Begriffsgeschichte und historische Semantik.* Frankfurt/M: Suhrkamp.
Oakeshott, Michael J. 1975 [1991]. *On Human Conduct.* Oxford: Clarendon Press.
Ostrogorski, Moisei, 1903 [1993]. *La démocratie et les partis politiques.* Paris: Calmann-Lévy.
Palonen, Kari 1985. *Politik als Handlungsbegriff. Horizontwandel des Politikbegriffs in Deutschland 1890–1933.* Helsinki: Societas Scientarum Fennica.
———. 1989. Korrekturen zur Geschichte von ‚Politisierung' Archiv für Begriffsgeschichte 30, 1989, 215–224.
———. 1990. *Thematisierung der Politik als Phänomen. Eine Geschichte des Begriffs Politik im Frankreich des 20. Jahrhunderts.* Helsinki: Societas Scientarum Fennica.
———. Politik als Vereitelung. *Die Politikkonzeption in Jean-Paul Sartres 'Critique de la raison dialectique'.* Münster: Westfälisches Dampfboot.
———. 1993. Introduction: From policy and polity to politicking and politicisation. In Kari Palonen and Tuija Parvikko eds. *Reading the Political.* Helsinki: The Finnish Political Science Association, 6–16.
———. 1998. Das ‚*Webersche Moment'. Zur Kontingenz des Politischen.* Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
———. 2001. Transformation of a Common European Concept to Finnish. Conceptual changes in the understanding of *politiikka. Finnish Yearbook of Political Thought* 5, 113–153.
———. 2002. *Eine Lobrede für Politiker, Ein Kommentar zu Max Webers ‚Politik als Beruf'.* Opladen: Leske+Budrich
———. 2003. Four Times of Politics: Policy, Polity, Politicking and Politicization, *Alternatives: Global, Local, Political* 28, 171–186.
———. 2005. Political theorizing as a dimension of political life, *European Journal of Political Theory*, 4, 351–367.
———. 2006/2014 *The Struggle with Time A conceptual history of ‚politics' as an activity.* Münster: LIT.
———. 2007. *Re-thinking Politics. Essays from a Quarter-Century*, ed. Kia Lindroos. Helsinki: The Finnish Political Science Association.
———. 2010a. Begriffsdebatten und Debattenbegriffe. *Zeitschrift für Politische Theorie* 2: 155–172.
———. 2010b „*Objektivität" als faires Spiel. Wissenschaft als Politik bei Max Weber.* Baden-Baden: Nomos.

———.2012a. Reinhart Koselleck on Translation, Anachronism and Conceptual Change. In Martin J. Burke and Melvin Richter (eds), *Why Concepts Matter. Translating social and political thought.* Leiden: Brill, 73–92.
———. 2012b. *Rhetorik des Unbeliebten. Lobreden auf Politiker im Zeitalter der Demokratie.* Baden-Baden: Nomos.
——— 2014a. Fair Play and Scarce Time. Aspects of the 1882 procedural reform debates in the British Parliament. In Kari Palonen, José María Rosales and Tapani Turkka (eds): *The Politics of Dissensus. Parliament in Debate.* Santander: University of Santander Press and McGrawHill, 327–348.
———. 2014b. *The Politics of Parliamentary Procedure. The Formation of the Westminster procedure as a parliamentary ideal type.* Leverkusen: Budrich.
———.2014c. Was Max Weber Wrong about Westminster? *History of Political Thought* 35, 519–537.
———.2016. *From Oratory to Debate. Parliamentarisation of deliberative rhetoric in Westminster.* Baden-Baden: Nomos.
———. 2017. Concepts and Debates. Rhetorical perspectives on conceptual change. In Willibald Steinmetz, Michael Freeden and Javier Fernández Sebastián (eds) *Conceptual History in the European Space.* Oxford: Berghahn 96–117.
———.2018a. Comparison between three ideal types of parliamentary politics: representation, legislation and deliberation. *Parliaments, Estates and Representation* 38, 8–20.
———. 2018b. *Parliamentary Thinking. Procedure, Rhetoric and Time.* London: Palgrave Macmillan.
———.2019a. Four aspects of politics in Max Weber's *Politik als Beruf.* Journal of Classical Sociology 2019, 19, 331–345
———. 2019b. *Max Webers Begriffspolitik.* Baden-Baden: Nomos.
———. 2019c. Rethinking Political Representation from the Perspective of Rhetorical Genres. *Theoria* 66:1, 27–50.
———. 2021. Conceptual Explarations around 'Politics'. Thematizing the Activity of Politics in the Plenary Debates of the German Bundestag. *Contributions to the History of Concepts* 16, 18–39.
Palonen, Kari, José María Rosales and Tapani Turkka (eds) 2014. *The Politics of Dissensus. Parliament in Debate.* Santander: University of Santander Press and McGrawHill
Papenheim, Martin 2017. Politique. *Handbuch politisch-sozialer Grundbegriffe in Frankreich 1680–1820*, Heft 21, 3–86. Berlin: De Gruyter/Oldenbourg.
Pekonen, Onni 2014. *Debating the ABCs of Parliamentary Life: The Learning of Parliamentary Rules and Practices in the Late Nineteenth-century Finnish Diet and the Early Eduskunta.* Ph.D. thesis, University of Jyväskylä.
Peltonen, Markku 2013. *Rhetoric, Politics and Popularity in Pre-Revolutionary England.* Cambridge: Cambridge University Press.
Pierre, Eugène 1896. *Politique et gouvernement.* Paris: Libraries-impriméries reuniés.
Plessner, Hellmuth 1924 [1981]. Grenzen der Gemeinschaft. In: *Gesammelte Schriften* V. Frankfurt/M: Suhrkamp, 11–133.
Pocock, J.G.A. 1975. *The Machiavellian Moment.* Princeton: Princeton University Press.
Proksch, Sven-Oliver, and Jonathan B. Slapin. 2014. *The Politics of Parliaentary Debate. Parties, Rebels and Representation.* Cambridge: Cambridge University Press.
Rawls, John 1993. *Political Liberalism.* Princeton: Princeton University Press.

Recker, Marie-Louise 2018. *Parlamentarismus in der Bundesrepublik Deutschland. Der Deutsche Bundestag 1949–1969.* Düsseldorf: Droste.
Redlich, Josef 1905. *Recht und Technik des Englischen Parlamentarismus.* Leipzig: Duncker & Humblot.
Reichardt, Rolf 1985. Einleitung. In *Handbuch politisch-sozialer Grundbegriffe in Frankreich 1680–1820*, vol. 1–2, 39–48.
Ridard, Basile 2018. *L'encadrement du temps parlementaire dans la procédure législative. Étude comparée: Allemagne, Espagne, France, Royaume-Uni.* Paris: Institute Universitaire Varenne.
Rochau, Ludwig August von (1853/69 [1972]) *Grundsätze der Realpolitik* I-II. Frankfurt/M: Ullstein.
Rohe, Karl (1978/1994) *Politik. Begriffe und Wirklichkeiten.* Stuttgart: Kohlhammer.
Rosanvallon, Pierre 2003. *Pour une histoire conceptuelle du politique.* Paris: Seuil.
Roussellier, Nicolas 2005. The Political Transfer of English Parliamentary Rules in the French Assemblies (1789–1848). *European Review of History* 12, 239–248.
Sartre, Jean-Paul 1960 [1985]. *Critique de la raison dialectique*, tôme I. Paris: Gallimard.
Schäffle, Albert 1897. Über den wissenschaftlichen Begriff der Politik. *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 53, 579–600.
Scheer, Herman 2003. *Die Politiker.* München: Kunstmann.
Schmitt, Carl (1922 [1979]) *Politische Theologie.* Berlin: Duncker & Humblot.
———. (1932/1963 [1979]) *Der Begriff des Politischen.* Berlin: Duncker & Humblot.
Schorske, Carl (1955 [1981]) *Die große Spaltung. Die deutsche Sozialdemokratie von 1905 bis 1917.* Berlin: Olle & Wolter.
Schulz, Andreas 2018. Politische Parallelwelten – Öffentliche Gesprächsarenen und parlamentarische Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1980. In Marie-Luise Recker und Andreas Schulz (Hg.), *Parlamentarismuskritik und Antiparlamentarismus in Europa.* Düsseldorf: Droste 183–219.
Schweitzer, Carl-Christoph 1979. *Der Abgeordnete im parlamentarischen Regierungssystem der Bundesrepublik.* Opladen: Westdeutscher Verlag.
Siefken, Sven T. 2018. *Parlamentarische Kontrolle im Wandel. Theorie und Praxis des Deutschen Bundestages.* Baden-Baden: Nomos.
Skinner, Quentin 1970. Conventions and the Understanding of Speech Acts. *The Philosophical Quarterly* 20, 118–138.
———.1973. The Empirical Theorists of Democracy and Their Critics. *Political Theory* 1: 287–304.
———. 1974a. The Principles and Practice of Opposition: The Case of Bolingbroke Versus Walpole. In Historical Perspectives, ed. N. McKendrick, 93–128. London: Europa.
———. 1974b. Some Problems in Analysis of Political Thought and Action. *Political Theory* 2: 277–303.
———. 1978. *The Foundations of Modern Political Thought* I-II. Cambridge: Cambridge University Press.
———. 1979. The Idea of a Cultural Lexikon. *Essays in Criticism* 29, 205–224.
———. 1996. *Reason and Rhetoric in the Philosophy of Hobbes.* Cambridge: Cambridge University Press.
———. 1999. Rhetoric and Conceptual Change. *Finnish Yearbook of Political Thought* 3, 60–73.

———. 2002. *Visions of Politics I. Regarding Method.* Cambridge: Cambridge University Press.
———. 2007. Paradiastole. In Sylvia Adamson, Gavin Alexander and Katrin Ettenhuber (eds), *Renaissance Figures of Speech.* Cambridge: Cambridge University Press, 149–163.
————. 2008.Quentin Skinner interviewed by Alan Macfarlane 10th January 2008. http://www.alanmacfarlane.com/ancestors/skinner.htm.
———. 2012. *La verité et l'historien.* Paris: Editions d'EHESS.
———. 2014. *Forensic Shakespeare.* Oxford: Oxford University Press.
Steiner, Jörg, Andre Bächtiger, Markus Spröndli und Marco Steinbergen 2005. *Deliberative Politics in Action. Analyzing Parliamentary Discourse.* Cambridge: Cambridge University Press.
Steinmetz, Willibald 1995. Anbetung und Dämonisierung des 'Sachzwangs'. Zur Archäologie einer deutschen Redefigur, in: Michael Jeismann (Hg.), Obsessionen. Beherrschende Gedanken im wissenschaftlichen Zeitalter. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 293–333.
Steinmetz, Willibald Hg. 2007. *Politik. Situationen eines Wortgebrauchs in Europa der Neuzeit.* Frankfurt/M: Campus.
Steinmetz, Willibald, Ingrid Gilcher-Holtey and Hans-Georg Haupt (eds), 2013. *Writing Political History Today.* Frankfurt/M: Campus.
Sternberger, Dolf 1978. *Drei Wurzeln der Politik* I-II. Frankfurt/M: Insel.
Stötzel, Georg und Martin Wengeler (Hg.) 1995. *Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland.* Berlin: de Gruyter.
Tardieu, André 1937. *La profession parlementaire.* Paris: Flammarion.
Tribe, Keith 1995. *The Strategies of Economic Order.* Cambridge: Cambridge University Press.
Trimçev, Rieke 2018. *Politik als Spiel. Zur Geschichte einer Kontingenzmetapher im politischen Denken des 20. Jahrhunderts.* Baden-Baden: Nomos.
Ullrich, Sebastian 2009. *Der Weimar-Komplex.* Göttingen: Wallstein.
Weber, Max 1895 [1993]. Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik. In: *Max-Weber-Gesamtausgabe* I/4, Hg. W. J. Mommsen and R. Aldenhoff. Tübingen: Mohr, 543–574.
———. 1904 [1973]. Die ‚Objektivität' sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, in: *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre,* Hg. Johannes Winckelmann. Tübingen: Mohr, 146–214.
———. 1906 [1973]. Kritische Studien auf dem Gebiet der kulturwissenschaftlichen Logik, In: *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre,* Hg. Johannes Winckelmann. Tübingen: Mohr, 215–290.
———. 1917a [1988]. Die Lehren der deutschen Kanzlerkrisis. In: *Max-Weber-Studienausgabe I/15, Zur Politik im Weltkrieg, Schriften und Reden 1914–1918*, Hg. W. J. Mommsen und G. Hübinger, Tübingen: Mohr, 133–136.
———. 1917b [1973]. Der Sinn der ‚Wertfreiheit' in den sozialen und ökonomischen Wissenschaften. In: *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, Hg. Johannes Winckelmann, Tübingen: Mohr, 489–540.
———. 1917c [1988]. Wahlrecht und Demokratie in Deutschland. In: *Max-Weber-Studienausgabe I/15, Zur Politik im Weltkrieg, Schriften und Reden 1914–1918*, Hg. W. J. Mommsen und G. Hübinger, Tübingen: Mohr, 155–189

———. 1918 [1988]. Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland. Max-Weber-Studienausgabe 1/15, Hg. Wolfgang J. Mommsen. Tübingen Mohr, 202–302.
———. 1919 [1994]) Politik als Beruf, in: *Max-Weber-Studienausgabe* 1/17. Hg. Wolfgang Schluchter und Wolfgang J. Mommsen. Tübingen: Mohr 35–88.
Weidner, Tobias 2012a. *Die Geschichte des Politischen in der Diskussion.* Göttingen: Wallstein.
———. 2012b. *Die unpolitische Profession. Deutsche Mediziner im langen 19, Jahrhundert.* Frankfurt/M: Campus.
‚Wieder gelesen' 1999. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 30, 467.
Wiesner, Claudia 2018. *Inventing the EU as a Democratic Polity. Concepts, Actions and Controversies.* London: PalgraveMacmillan.
Wiesner, Claudia, Taru Haapala und Kari Palonen 2017. *Debates, Rhetoric and Political Action. Practices of Textual Interpretation and Analysis.* London: PalgraveMacmillan.
Wittgenstein, Ludwig 1953 [1971], *Philosophische Untersuchungen.* Frankfurt/M: Suhrkamp.

Politik als parlamentarischer Begriff

Das Buch analysiert die Verwendung des Begriffs „Politik“ in den Plenardebatten des Deutschen Bundestags für den Zeitraum von 1949 bis 2017. Wie thematisieren und problematisieren Parlamentarier den Politikbegriff? Welche Schlüsse für Begriffsgeschichte, Rhetorik und Politiktheorie lassen sich daraus ableiten? Der Untersuchung liegen die digitalisierten Parlamentsdebatten zugrunde, die neue Chancen bieten, den Begriffsgebrauch aus der Sicht der Parlamentarier als Schachzüge in Debatten zu analysieren.

Der Autor:
Prof. Dr. Kari Palonen,
Fachbereich Sozialwissenschaften und Philosophie,
Universität Jyväskylä, Finnland

ISBN 978-3-8474-2545-8



www.budrich.de

Titelbildnachweis: istock.com